

Bundesgesetzblatt¹⁴³⁷

Teil II

Z 1998 A

1994

Ausgegeben zu Bonn am 9. September 1994

Nr. 40

Tag	Inhalt	Seite
30. 8. 94	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. April 1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation und zur Änderung anderer Gesetze FNA: neu: 188-62; 303-8, III-13, 303-12, 424-3-8, 702-1, 303-1, 340-1 GESTA: XE21	1438
30. 8. 94	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen FNA: neu: 9290-10; 9231-1 GESTA: XJ24	1765
2. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-chinesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1782
10. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1784
10. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1785
10. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1787
10. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1788
10. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1790
16. 8. 94	Bekanntmachung der Vereinbarung zur Änderung des deutsch-kenianischen Handels- und Wirtschaftsabkommens	1792
17. 8. 94	Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1793
17. 8. 94	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße	1796

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 15. April 1994 zur Errichtung der Welthandelsorganisation und zur Änderung anderer Gesetze

Vom 30. August 1994

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation

Dem in Marrakesch am 15. April 1994 unterzeichneten Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation einschließlich der Schlußakte über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde vom selben Tage wird zugestimmt. Das Übereinkommen und die Schlußakte einschließlich der Übereinkünfte*) sowie

- a) die Zollzugeständnis-Liste LXXX, soweit sie unter den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallende Waren enthält,
- b) die Listen der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten über Verpflichtungen und Meistbegünstigungsausnahmen im Dienstleistungshandel

werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung

§ 206 der Bundesrechtsanwaltsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1325) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden die Worte „Europäische Gemeinschaften“ ersetzt durch die Worte „Europäische Union“.

2. Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Für die Angehörigen der Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation, die einen in der Ausbildung und den Befugnissen dem Beruf des Rechtsanwalts nach diesem Gesetz entsprechenden Beruf ausüben, gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Befugnis zur Rechtsberatung auf das Recht des Her-

kunftsstaates und das Völkerrecht beschränkt ist. Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Berufe zu bestimmen.“

3. Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 mit der Maßgabe, daß in Satz 2 die Worte „Der Bundesminister der Justiz“ ersetzt werden durch die Worte „Das Bundesministerium der Justiz“ und das Wort „mit“ durch das Wort „ohne“.

Artikel 3

Änderung des Rechtsanwaltsgesetzes

§ 186 des Rechtsanwaltsgesetzes vom 13. September 1990 (GBl. I Nr. 61 S. 1504), das nach Anlage II Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1156) fortgilt und zuletzt durch § 23 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 (BGBl. I S. 1147) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„§ 186

Niederlassung

(1) Ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, der seine berufliche Tätigkeit unter einer der in § 1 des Rechtsanwaltsdienstleistungsgesetzes genannten Berufsbezeichnungen ausübt, ist berechtigt, sich unter dieser Berufsbezeichnung zur Rechtsbesorgung auf dem Gebiet ausländischen und internationalen Rechts niederzulassen, wenn er auf Antrag in die für den Ort seiner Niederlassung zuständige Rechtsanwaltskammer aufgenommen ist.

(2) Für die Angehörigen der Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation, die einen in der Ausbildung dem § 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung und in den Befugnissen dem Beruf des Rechtsanwalts nach diesem Gesetz entsprechenden Beruf ausüben, gilt Absatz 1 entsprechend mit der Maßgabe, daß die Befugnis zur Rechtsberatung auf das Recht des Herkunftsstaates und das Völkerrecht beschränkt ist. Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Berufe zu bestimmen.

(3) Für die Angehörigen anderer Staaten, die einen in der Ausbildung dem § 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung und in den Befugnissen dem Beruf des Rechtsanwalts nach diesem Gesetz entsprechenden Beruf ausüben, gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, daß die Befugnis zur Rechtsberatung auf das Recht des Herkunftsstaates beschränkt ist, entsprechend, wenn die Gegenseitigkeit mit dem Herkunftstaat verbürgt ist. Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Staaten, für deren Angehörige dies gilt, und die Berufe zu bestimmen.“

*) Die Veröffentlichung erfolgt nur bezüglich derjenigen Übereinkommen, bei denen eine – zumindest teilweise – nationale Gesetzgebungskompetenz besteht: Marrakesch-Protokoll zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen 1994 und Anhang gemäß o.a. Artikel 1 a, Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) und Anlagen gemäß o.a. Artikel 1 b, Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPS), Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Streitbeilegung. Die übrigen Übereinkommen werden im Amtsblatt der EG veröffentlicht. Die Zollzugeständnislisten sowie die Listen der Verpflichtungen und Meistbegünstigungsausnahmen im Dienstleistungshandel der übrigen Mitglieder der Welthandelsorganisation können beim Sekretariat dieser Organisation in Genf eingesehen werden.

Artikel 4**Änderung des Rechtsberatungsgesetzes**

Artikel 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-12, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2135) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

1. Absatz 1 Satz 2 Nr. 6 wird wie folgt gefaßt:

„6. Rechtskundigen in einem ausländischen Recht für die Rechtsbesorgung auf dem Gebiet dieses Rechts; eine für das Recht eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erteilte Erlaubnis erstreckt sich auf das Recht der Europäischen Gemeinschaften.“

2. Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Antragsteller die für den Beruf erforderliche Zuverlässigkeit und persönliche Eignung sowie genügende Sachkunde besitzt und ein Bedürfnis für die Erlaubnis besteht. Eine Bedürfnisprüfung findet nicht statt, wenn der Antragsteller Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ist.“

3. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Erstreckt sich eine vor dem 10. September 1994 erteilte Erlaubnis nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 6 auch auf das Recht der Europäischen Gemeinschaften, ist die Erlaubnis nachträglich auf die Rechtsbesorgung auf dem Gebiet des ausländischen Rechts zu beschränken. Dies gilt nicht, wenn das ausländische Recht das Recht eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union ist. Ist dem Erlaubnisinhaber eine gesonderte Erlaubnis zur Rechtsbesorgung auf dem Gebiet des Rechts der Europäischen Gemeinschaft aufgrund nachgewiesener Sachkunde erteilt worden, so ist diese nicht zu widerrufen.“

Artikel 5**Änderung des Erstreckungsgesetzes**

Nach § 6 des Erstreckungsgesetzes vom 23. April 1992 (BGBl. I S. 938) wird folgender § 6a eingefügt:

§ 6a**Patentdauer**

Die Dauer der nach § 4 erstreckten Patente, die am 31. Dezember 1995 noch nicht abgelaufen sind, beträgt 20 Jahre, die mit dem auf die Anmeldung folgenden Tag beginnen.“

Artikel 6**Änderung der Wirtschaftsprüferordnung**

§ 10 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744) geändert worden ist, wird wie folgt gefaßt:

„(2) die Zulassung zur Prüfung kann versagt werden, wenn der Bewerber sich so verhalten hat, daß die Besorgnis begründet ist, er werde den Berufspflichten als Wirtschaftsprüfer nicht genügen.“

Artikel 7**Steuerliche Privilegien**

Für die Gewährung steuer- und zollrechtlicher Vorrechte und Befreiungen an die Welthandelsorganisation, ihre Beamten und die Vertreter der Mitglieder, ist das Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 (BGBl. 1954 II S. 640) mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, daß die von direkten Steuern befreiten Gehälter und sonstigen Bezüge der Beamten und der Vertreter der Mitglieder der Welthandelsorganisation bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrages berücksichtigt werden können.

Artikel 8**Änderung der Bundesnotarordnung**

§ 19a der Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 21. Juli 1994 (BGBl. I S. 1630) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Der Notar ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zu unterhalten zur Deckung der Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden, die sich aus seiner Berufstätigkeit und der Tätigkeit von Personen ergeben, für die er haftet. Die Versicherung muß bei einem im Inland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen zu den nach Maßgabe des Versicherungsaufsichtsgesetzes eingereichten allgemeinen Versicherungsbedingungen genommen werden. Die Versicherung muß für alle nach Satz 1 zu versichernden Haftpflichtgefahren bestehen und für jede einzelne Pflichtverletzung gelten, die Haftpflichtansprüche gegen den Notar zur Folge haben könnte.“

2. Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Vom Versicherungsschutz können ausgeschlossen werden

1. Ersatzansprüche wegen wissentlicher Pflichtverletzung,

2. Ersatzansprüche aus der Tätigkeit im Zusammenhang mit der Beratung über außereuropäisches Recht, es sei denn, daß die Amtspflichtverletzung darin besteht, daß die Möglichkeit der Anwendbarkeit dieses Rechts nicht erkannt wurde,

3. Ersatzansprüche wegen Veruntreuung durch Personal des Notars, soweit nicht der Notar wegen fahrlässiger Verletzung seiner Amtspflicht zur Überwachung des Personals in Anspruch genommen wird.“

3. Der bisherige Absatz 1 Satz 3 bis 6 wird Absatz 3.

4. Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden Absätze 4 bis 6.

Artikel 9**Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung**

§ 48 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1374) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In Satz 1 Nr. 5 werden die Wörter „Planfeststellungsverfahren nach § 7 des Abfallgesetzes“ durch das Wort „Verfahren“ ersetzt.

Artikel 10**Inkrafttreten**

(1) Die Artikel 1, 4, 8 und 9 treten am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft, die Artikel 2, 3 und 5 bis 7 treten an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation nach seinem Artikel XIV für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. August 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Wirtschaft
Rexrodt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Die Bundesministerin der Justiz
S. Leutheusser-Schnarrenberger

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Übereinkommen
zur Errichtung der Welthandelsorganisation
Agreement
establishing the World Trade Organization

Ratifizierungspflichtige Teile
 der multilateralen GATT-Uruguay-Handelsverhandlungsergebnisse
 in englischer Originalfassung sowie
 in vertragsförmlich überprüfter deutscher Übersetzung

	Seite	
	englisch	deutsch
1. Schlußakte über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde	1442	1624
2. Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO)	1443	1625
3. Protokoll von Marrakesch zum Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommen von 1994	1453	1631
3.a) Liste LXXX der Europäischen Gemeinschaften für Zollzugeständnisse für EGKS-Waren	1455	1632
4. Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen und diesbezügliche Ministerbeschlüsse	1473	1643
4.a) Liste der spezifischen Verpflichtungen der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten zum Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen	1521	1678
4.b) Endgültige Liste der Ausnahmen zu Artikel II (Meistbegünstigung) der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten zum Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen	1560	1723
5. Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums	1565	1730
6. Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten und diesbezüglicher Ministerbeschluß	1598	1749

**FINAL ACT EMBODYING THE RESULTS OF THE
URUGUAY ROUND OF MULTILATERAL TRADE NEGOTIATIONS**

1. Having met in order to conclude the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations, representatives of the governments and of the European Communities, members of the Trade Negotiations Committee, *agree* that the Agreement Establishing the World Trade Organization (referred to in this Final Act as the "WTO Agreement"), the Ministerial Declarations and Decisions, and the Understanding on Commitments in Financial Services, as annexed hereto, embody the results of their negotiations and form an integral part of this Final Act.
2. By signing the present Final Act, the representatives *agree*
 - (a) to submit, as appropriate, the WTO Agreement for the consideration of their respective competent authorities with a view to seeking approval of the Agreement in accordance with their procedures; and
 - (b) to adopt the Ministerial Declarations and Decisions.
3. The representatives *agree* on the desirability of acceptance of the WTO Agreement by all participants in the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations (hereinafter referred to as "participants") with a view to its entry into force by 1 January 1995, or as early as possible thereafter. Not later than late 1994, Ministers will meet, in accordance with the final paragraph of the Punta del Este Ministerial Declaration, to decide on the international implementation of the results, including the timing of their entry into force.
4. The representatives *agree* that the WTO Agreement shall be open for acceptance as a whole, by signature or otherwise, by all participants pursuant to Article XIV thereof. The acceptance and entry into force of a Plurilateral Trade Agreement included in Annex 4 of the WTO Agreement shall be governed by the provisions of that Plurilateral Trade Agreement.
5. Before accepting the WTO Agreement, participants which are not contracting parties to the General Agreement on Tariffs and Trade must first have concluded negotiations for their accession to the General Agreement and become contracting parties thereto. For participants which are not contracting parties to the General Agreement as of the date of the Final Act, the Schedules are not definitive and shall be subsequently completed for the purpose of their accession to the General Agreement and acceptance of the WTO Agreement.
6. This Final Act and the texts annexed hereto shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to the General Agreement on Tariffs and Trade who shall promptly furnish to each participant a certified copy thereof.

DONE at Marrakesh this fifteenth day of April one thousand nine hundred and ninety-four, in a single copy, in the English, French and Spanish languages, each text being authentic.

[List of signatures to be included in the treaty copy of the Final Act for signature]

AGREEMENT ESTABLISHING THE WORLD TRADE ORGANIZATION

The Parties to this Agreement,

Recognizing that their relations in the field of trade and economic endeavour should be conducted with a view to raising standards of living, ensuring full employment and a large and steadily growing volume of real income and effective demand, and expanding the production of and trade in goods and services, while allowing for the optimal use of the world's resources in accordance with the objective of sustainable development, seeking both to protect and preserve the environment and to enhance the means for doing so in a manner consistent with their respective needs and concerns at different levels of economic development,

Recognizing further that there is need for positive efforts designed to ensure that developing countries, and especially the least developed among them, secure a share in the growth in international trade commensurate with the needs of their economic development,

Being desirous of contributing to these objectives by entering into reciprocal and mutually advantageous arrangements directed to the substantial reduction of tariffs and other barriers to trade and to the elimination of discriminatory treatment in international trade relations,

Resolved, therefore, to develop an integrated, more viable and durable multilateral trading system encompassing the General Agreement on Tariffs and Trade, the results of past trade liberalization efforts, and all of the results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations,

Determined to preserve the basic principles and to further the objectives underlying this multilateral trading system,

Agree as follows:

Article I

Establishment of the Organization

The World Trade Organization (hereinafter referred to as "the WTO") is hereby established.

Article II

Scope of the WTO

1. The WTO shall provide the common institutional framework for the conduct of trade relations among its Members in matters related to the agreements and associated legal instruments included in the Annexes to this Agreement.
2. The agreements and associated legal instruments included in Annexes 1, 2 and 3 (hereinafter referred to as "Multilateral Trade Agreements") are integral parts of this Agreement, binding on all Members.
3. The agreements and associated legal instruments included in Annex 4 (hereinafter referred to as "Plurilateral Trade Agreements") are also part of this Agreement for those Members that have

accepted them, and are binding on those Members. The Plurilateral Trade Agreements do not create either obligations or rights for Members that have not accepted them.

4. The General Agreement on Tariffs and Trade 1994 as specified in Annex 1A (hereinafter referred to as "GATT 1994") is legally distinct from the General Agreement on Tariffs and Trade, dated 30 October 1947, annexed to the Final Act Adopted at the Conclusion of the Second Session of the Preparatory Committee of the United Nations Conference on Trade and Employment, as subsequently rectified, amended or modified (hereinafter referred to as "GATT 1947").

Article III

Functions of the WTO

1. The WTO shall facilitate the implementation, administration and operation, and further the objectives, of this Agreement and of the Multilateral Trade Agreements, and shall also provide the framework for the implementation, administration and operation of the Plurilateral Trade Agreements.

2. The WTO shall provide the forum for negotiations among its Members concerning their multilateral trade relations in matters dealt with under the agreements in the Annexes to this Agreement. The WTO may also provide a forum for further negotiations among its Members concerning their multilateral trade relations, and a framework for the implementation of the results of such negotiations, as may be decided by the Ministerial Conference.

3. The WTO shall administer the Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes (hereinafter referred to as the "Dispute Settlement Understanding" or "DSU") in Annex 2 to this Agreement.

4. The WTO shall administer the Trade Policy Review Mechanism (hereinafter referred to as the "TPRM") provided for in Annex 3 to this Agreement.

5. With a view to achieving greater coherence in global economic policy-making, the WTO shall cooperate, as appropriate, with the International Monetary Fund and with the International Bank for Reconstruction and Development and its affiliated agencies.

Article IV

Structure of the WTO

1. There shall be a Ministerial Conference composed of representatives of all the Members, which shall meet at least once every two years. The Ministerial Conference shall carry out the functions of the WTO and take actions necessary to this effect. The Ministerial Conference shall have the authority to take decisions on all matters under any of the Multilateral Trade Agreements, if so requested by a Member, in accordance with the specific requirements for decision-making in this Agreement and in the relevant Multilateral Trade Agreement.

2. There shall be a General Council composed of representatives of all the Members, which shall meet as appropriate. In the intervals between meetings of the Ministerial Conference, its functions shall be conducted by the General Council. The General Council shall also carry out the functions assigned to it by this Agreement. The General Council shall establish its rules of procedure and approve the rules of procedure for the Committees provided for in paragraph 7.

3. The General Council shall convene as appropriate to discharge the responsibilities of the Dispute Settlement Body provided for in the Dispute Settlement Understanding. The Dispute Settlement Body may have its own chairman and shall establish such rules of procedure as it deems necessary for the fulfilment of those responsibilities.
4. The General Council shall convene as appropriate to discharge the responsibilities of the Trade Policy Review Body provided for in the TPRM. The Trade Policy Review Body may have its own chairman and shall establish such rules of procedure as it deems necessary for the fulfilment of those responsibilities.
5. There shall be a Council for Trade in Goods, a Council for Trade in Services and a Council for Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (hereinafter referred to as the "Council for TRIPS"), which shall operate under the general guidance of the General Council. The Council for Trade in Goods shall oversee the functioning of the Multilateral Trade Agreements in Annex 1A. The Council for Trade in Services shall oversee the functioning of the General Agreement on Trade in Services (hereinafter referred to as "GATS"). The Council for TRIPS shall oversee the functioning of the Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (hereinafter referred to as the "Agreement on TRIPS"). These Councils shall carry out the functions assigned to them by their respective agreements and by the General Council. They shall establish their respective rules of procedure subject to the approval of the General Council. Membership in these Councils shall be open to representatives of all Members. These Councils shall meet as necessary to carry out their functions.
6. The Council for Trade in Goods, the Council for Trade in Services and the Council for TRIPS shall establish subsidiary bodies as required. These subsidiary bodies shall establish their respective rules of procedure subject to the approval of their respective Councils.
7. The Ministerial Conference shall establish a Committee on Trade and Development, a Committee on Balance-of-Payments Restrictions and a Committee on Budget, Finance and Administration, which shall carry out the functions assigned to them by this Agreement and by the Multilateral Trade Agreements, and any additional functions assigned to them by the General Council, and may establish such additional Committees with such functions as it may deem appropriate. As part of its functions, the Committee on Trade and Development shall periodically review the special provisions in the Multilateral Trade Agreements in favour of the least-developed country Members and report to the General Council for appropriate action. Membership in these Committees shall be open to representatives of all Members.
8. The bodies provided for under the Plurilateral Trade Agreements shall carry out the functions assigned to them under those Agreements and shall operate within the institutional framework of the WTO. These bodies shall keep the General Council informed of their activities on a regular basis.

Article V

Relations with Other Organizations

1. The General Council shall make appropriate arrangements for effective cooperation with other intergovernmental organizations that have responsibilities related to those of the WTO.
2. The General Council may make appropriate arrangements for consultation and cooperation with non-governmental organizations concerned with matters related to those of the WTO.

*Article VI**The Secretariat*

1. There shall be a Secretariat of the WTO (hereinafter referred to as "the Secretariat") headed by a Director-General.
2. The Ministerial Conference shall appoint the Director-General and adopt regulations setting out the powers, duties, conditions of service and term of office of the Director-General.
3. The Director-General shall appoint the members of the staff of the Secretariat and determine their duties and conditions of service in accordance with regulations adopted by the Ministerial Conference.
4. The responsibilities of the Director-General and of the staff of the Secretariat shall be exclusively international in character. In the discharge of their duties, the Director-General and the staff of the Secretariat shall not seek or accept instructions from any government or any other authority external to the WTO. They shall refrain from any action which might adversely reflect on their position as international officials. The Members of the WTO shall respect the international character of the responsibilities of the Director-General and of the staff of the Secretariat and shall not seek to influence them in the discharge of their duties.

*Article VII**Budget and Contributions*

1. The Director-General shall present to the Committee on Budget, Finance and Administration the annual budget estimate and financial statement of the WTO. The Committee on Budget, Finance and Administration shall review the annual budget estimate and the financial statement presented by the Director-General and make recommendations thereon to the General Council. The annual budget estimate shall be subject to approval by the General Council.
2. The Committee on Budget, Finance and Administration shall propose to the General Council financial regulations which shall include provisions setting out:
 - (a) the scale of contributions apportioning the expenses of the WTO among its Members; and
 - (b) the measures to be taken in respect of Members in arrears.

The financial regulations shall be based, as far as practicable, on the regulations and practices of GATT 1947.

3. The General Council shall adopt the financial regulations and the annual budget estimate by a two-thirds majority comprising more than half of the Members of the WTO.
4. Each Member shall promptly contribute to the WTO its share in the expenses of the WTO in accordance with the financial regulations adopted by the General Council.

Article VIII

Status of the WTO

1. The WTO shall have legal personality, and shall be accorded by each of its Members such legal capacity as may be necessary for the exercise of its functions.
2. The WTO shall be accorded by each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the exercise of its functions.
3. The officials of the WTO and the representatives of the Members shall similarly be accorded by each of its Members such privileges and immunities as are necessary for the independent exercise of their functions in connection with the WTO.
4. The privileges and immunities to be accorded by a Member to the WTO, its officials, and the representatives of its Members shall be similar to the privileges and immunities stipulated in the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies, approved by the General Assembly of the United Nations on 21 November 1947.
5. The WTO may conclude a headquarters agreement.

Article IX

Decision-Making

1. The WTO shall continue the practice of decision-making by consensus followed under GATT 1947.¹ Except as otherwise provided, where a decision cannot be arrived at by consensus, the matter at issue shall be decided by voting. At meetings of the Ministerial Conference and the General Council, each Member of the WTO shall have one vote. Where the European Communities exercise their right to vote, they shall have a number of votes equal to the number of their member States² which are Members of the WTO. Decisions of the Ministerial Conference and the General Council shall be taken by a majority of the votes cast, unless otherwise provided in this Agreement or in the relevant Multilateral Trade Agreement.³
2. The Ministerial Conference and the General Council shall have the exclusive authority to adopt interpretations of this Agreement and of the Multilateral Trade Agreements. In the case of an interpretation of a Multilateral Trade Agreement in Annex 1, they shall exercise their authority on the basis of a recommendation by the Council overseeing the functioning of that Agreement. The decision to adopt an interpretation shall be taken by a three-fourths majority of the Members. This paragraph shall not be used in a manner that would undermine the amendment provisions in Article X.
3. In exceptional circumstances, the Ministerial Conference may decide to waive an obligation imposed on a Member by this Agreement or any of the Multilateral Trade Agreements, provided that

¹The body concerned shall be deemed to have decided by consensus on a matter submitted for its consideration, if no Member, present at the meeting when the decision is taken, formally objects to the proposed decision.

²The number of votes of the European Communities and their member States shall in no case exceed the number of the member States of the European Communities.

³Decisions by the General Council when convened as the Dispute Settlement Body shall be taken only in accordance with the provisions of paragraph 4 of Article 2 of the Dispute Settlement Understanding.

any such decision shall be taken by three fourths⁴ of the Members unless otherwise provided for in this paragraph.

- (a) A request for a waiver concerning this Agreement shall be submitted to the Ministerial Conference for consideration pursuant to the practice of decision-making by consensus. The Ministerial Conference shall establish a time-period, which shall not exceed 90 days, to consider the request. If consensus is not reached during the time-period, any decision to grant a waiver shall be taken by three fourths⁴ of the Members.
- (b) A request for a waiver concerning the Multilateral Trade Agreements in Annexes 1A or 1B or 1C and their annexes shall be submitted initially to the Council for Trade in Goods, the Council for Trade in Services or the Council for TRIPS, respectively, for consideration during a time-period which shall not exceed 90 days. At the end of the time-period, the relevant Council shall submit a report to the Ministerial Conference.

4. A decision by the Ministerial Conference granting a waiver shall state the exceptional circumstances justifying the decision, the terms and conditions governing the application of the waiver, and the date on which the waiver shall terminate. Any waiver granted for a period of more than one year shall be reviewed by the Ministerial Conference not later than one year after it is granted, and thereafter annually until the waiver terminates. In each review, the Ministerial Conference shall examine whether the exceptional circumstances justifying the waiver still exist and whether the terms and conditions attached to the waiver have been met. The Ministerial Conference, on the basis of the annual review, may extend, modify or terminate the waiver.

5. Decisions under a Plurilateral Trade Agreement, including any decisions on interpretations and waivers, shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article X

Amendments

1. Any Member of the WTO may initiate a proposal to amend the provisions of this Agreement or the Multilateral Trade Agreements in Annex 1 by submitting such proposal to the Ministerial Conference. The Councils listed in paragraph 5 of Article IV may also submit to the Ministerial Conference proposals to amend the provisions of the corresponding Multilateral Trade Agreements in Annex 1 the functioning of which they oversee. Unless the Ministerial Conference decides on a longer period, for a period of 90 days after the proposal has been tabled formally at the Ministerial Conference any decision by the Ministerial Conference to submit the proposed amendment to the Members for acceptance shall be taken by consensus. Unless the provisions of paragraphs 2, 5 or 6 apply, that decision shall specify whether the provisions of paragraphs 3 or 4 shall apply. If consensus is reached, the Ministerial Conference shall forthwith submit the proposed amendment to the Members for acceptance. If consensus is not reached at a meeting of the Ministerial Conference within the established period, the Ministerial Conference shall decide by a two-thirds majority of the Members whether to submit the proposed amendment to the Members for acceptance. Except as provided in paragraphs 2, 5 and 6, the provisions of paragraph 3 shall apply to the proposed amendment, unless the Ministerial Conference decides by a three-fourths majority of the Members that the provisions of paragraph 4 shall apply.

⁴A decision to grant a waiver in respect of any obligation subject to a transition period or a period for staged implementation that the requesting Member has not performed by the end of the relevant period shall be taken only by consensus.

2. Amendments to the provisions of this Article and to the provisions of the following Articles shall take effect only upon acceptance by all Members:

Article IX of this Agreement;
Articles I and II of GATT 1994;
Article II:1 of GATS;
Article 4 of the Agreement on TRIPS.

3. Amendments to provisions of this Agreement, or of the Multilateral Trade Agreements in Annexes 1A and 1C, other than those listed in paragraphs 2 and 6, of a nature that would alter the rights and obligations of the Members, shall take effect for the Members that have accepted them upon acceptance by two thirds of the Members and thereafter for each other Member upon acceptance by it. The Ministerial Conference may decide by a three-fourths majority of the Members that any amendment made effective under this paragraph is of such a nature that any Member which has not accepted it within a period specified by the Ministerial Conference in each case shall be free to withdraw from the WTO or to remain a Member with the consent of the Ministerial Conference.

4. Amendments to provisions of this Agreement or of the Multilateral Trade Agreements in Annexes 1A and 1C, other than those listed in paragraphs 2 and 6, of a nature that would not alter the rights and obligations of the Members, shall take effect for all Members upon acceptance by two thirds of the Members.

5. Except as provided in paragraph 2 above, amendments to Parts I, II and III of GATS and the respective annexes shall take effect for the Members that have accepted them upon acceptance by two thirds of the Members and thereafter for each Member upon acceptance by it. The Ministerial Conference may decide by a three-fourths majority of the Members that any amendment made effective under the preceding provision is of such a nature that any Member which has not accepted it within a period specified by the Ministerial Conference in each case shall be free to withdraw from the WTO or to remain a Member with the consent of the Ministerial Conference. Amendments to Parts IV, V and VI of GATS and the respective annexes shall take effect for all Members upon acceptance by two thirds of the Members.

6. Notwithstanding the other provisions of this Article, amendments to the Agreement on TRIPS meeting the requirements of paragraph 2 of Article 71 thereof may be adopted by the Ministerial Conference without further formal acceptance process.

7. Any Member accepting an amendment to this Agreement or to a Multilateral Trade Agreement in Annex 1 shall deposit an instrument of acceptance with the Director-General of the WTO within the period of acceptance specified by the Ministerial Conference.

8. Any Member of the WTO may initiate a proposal to amend the provisions of the Multilateral Trade Agreements in Annexes 2 and 3 by submitting such proposal to the Ministerial Conference. The decision to approve amendments to the Multilateral Trade Agreement in Annex 2 shall be made by consensus and these amendments shall take effect for all Members upon approval by the Ministerial Conference. Decisions to approve amendments to the Multilateral Trade Agreement in Annex 3 shall take effect for all Members upon approval by the Ministerial Conference.

9. The Ministerial Conference, upon the request of the Members parties to a trade agreement, may decide exclusively by consensus to add that agreement to Annex 4. The Ministerial Conference, upon the request of the Members parties to a Plurilateral Trade Agreement, may decide to delete that Agreement from Annex 4.

10. Amendments to a Plurilateral Trade Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article XI

Original Membership

1. The contracting parties to GATT 1947 as of the date of entry into force of this Agreement, and the European Communities, which accept this Agreement and the Multilateral Trade Agreements and for which Schedules of Concessions and Commitments are annexed to GATT 1994 and for which Schedules of Specific Commitments are annexed to GATS shall become original Members of the WTO.
2. The least-developed countries recognized as such by the United Nations will only be required to undertake commitments and concessions to the extent consistent with their individual development, financial and trade needs or their administrative and institutional capabilities.

Article XII

Accession

1. Any State or separate customs territory possessing full autonomy in the conduct of its external commercial relations and of the other matters provided for in this Agreement and the Multilateral Trade Agreements may accede to this Agreement, on terms to be agreed between it and the WTO. Such accession shall apply to this Agreement and the Multilateral Trade Agreements annexed thereto.
2. Decisions on accession shall be taken by the Ministerial Conference. The Ministerial Conference shall approve the agreement on the terms of accession by a two-thirds majority of the Members of the WTO.
3. Accession to a Plurilateral Trade Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article XIII

Non-Application of Multilateral Trade Agreements between Particular Members

1. This Agreement and the Multilateral Trade Agreements in Annexes 1 and 2 shall not apply as between any Member and any other Member if either of the Members, at the time either becomes a Member, does not consent to such application.
2. Paragraph 1 may be invoked between original Members of the WTO which were contracting parties to GATT 1947 only where Article XXXV of that Agreement had been invoked earlier and was effective as between those contracting parties at the time of entry into force for them of this Agreement.
3. Paragraph 1 shall apply between a Member and another Member which has acceded under Article XII only if the Member not consenting to the application has so notified the Ministerial Conference before the approval of the agreement on the terms of accession by the Ministerial Conference.

4. The Ministerial Conference may review the operation of this Article in particular cases at the request of any Member and make appropriate recommendations.
5. Non-application of a Plurilateral Trade Agreement between parties to that Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article XIV

Acceptance, Entry into Force and Deposit

1. This Agreement shall be open for acceptance, by signature or otherwise, by contracting parties to GATT 1947, and the European Communities, which are eligible to become original Members of the WTO in accordance with Article XI of this Agreement. Such acceptance shall apply to this Agreement and the Multilateral Trade Agreements annexed hereto. This Agreement and the Multilateral Trade Agreements annexed hereto shall enter into force on the date determined by Ministers in accordance with paragraph 3 of the Final Act Embodying the Results of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations and shall remain open for acceptance for a period of two years following that date unless the Ministers decide otherwise. An acceptance following the entry into force of this Agreement shall enter into force on the 30th day following the date of such acceptance.
2. A Member which accepts this Agreement after its entry into force shall implement those concessions and obligations in the Multilateral Trade Agreements that are to be implemented over a period of time starting with the entry into force of this Agreement as if it had accepted this Agreement on the date of its entry into force.
3. Until the entry into force of this Agreement, the text of this Agreement and the Multilateral Trade Agreements shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947. The Director-General shall promptly furnish a certified true copy of this Agreement and the Multilateral Trade Agreements, and a notification of each acceptance thereof, to each government and the European Communities having accepted this Agreement. This Agreement and the Multilateral Trade Agreements, and any amendments thereto, shall, upon the entry into force of this Agreement, be deposited with the Director-General of the WTO.
4. The acceptance and entry into force of a Plurilateral Trade Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement. Such Agreements shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947. Upon the entry into force of this Agreement, such Agreements shall be deposited with the Director-General of the WTO.

Article XV

Withdrawal

1. Any Member may withdraw from this Agreement. Such withdrawal shall apply both to this Agreement and the Multilateral Trade Agreements and shall take effect upon the expiration of six months from the date on which written notice of withdrawal is received by the Director-General of the WTO.
2. Withdrawal from a Plurilateral Trade Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement.

Article XVI***Miscellaneous Provisions***

1. Except as otherwise provided under this Agreement or the Multilateral Trade Agreements, the WTO shall be guided by the decisions, procedures and customary practices followed by the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947 and the bodies established in the framework of GATT 1947.
2. To the extent practicable, the Secretariat of GATT 1947 shall become the Secretariat of the WTO, and the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to GATT 1947, until such time as the Ministerial Conference has appointed a Director-General in accordance with paragraph 2 of Article VI of this Agreement, shall serve as Director-General of the WTO.
3. In the event of a conflict between a provision of this Agreement and a provision of any of the Multilateral Trade Agreements, the provision of this Agreement shall prevail to the extent of the conflict.
4. Each Member shall ensure the conformity of its laws, regulations and administrative procedures with its obligations as provided in the annexed Agreements.
5. No reservations may be made in respect of any provision of this Agreement. Reservations in respect of any of the provisions of the Multilateral Trade Agreements may only be made to the extent provided for in those Agreements. Reservations in respect of a provision of a Plurilateral Trade Agreement shall be governed by the provisions of that Agreement.
6. This Agreement shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

DONE at Marrakesh this fifteenth day of April one thousand nine hundred and ninety-four, in a single copy, in the English, French and Spanish languages, each text being authentic.

Explanatory Notes:

The terms "country" or "countries" as used in this Agreement and the Multilateral Trade Agreements are to be understood to include any separate customs territory Member of the WTO.

In the case of a separate customs territory Member of the WTO, where an expression in this Agreement and the Multilateral Trade Agreements is qualified by the term "national", such expression shall be read as pertaining to that customs territory, unless otherwise specified.

MARRAKESH PROTOCOL TO THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE 1994

Members,

Having carried out negotiations within the framework of GATT 1947, pursuant to the Ministerial Declaration on the Uruguay Round,

Hereby agree as follows:

1. The schedule annexed to this Protocol relating to a Member shall become a Schedule to GATT 1994 relating to that Member on the day on which the WTO Agreement enters into force for that Member. Any schedule submitted in accordance with the Ministerial Decision on measures in favour of least-developed countries shall be deemed to be annexed to this Protocol.
2. The tariff reductions agreed upon by each Member shall be implemented in five equal rate reductions, except as may be otherwise specified in a Member's Schedule. The first such reduction shall be made effective on the date of entry into force of the WTO Agreement, each successive reduction shall be made effective on 1 January of each of the following years, and the final rate shall become effective no later than the date four years after the date of entry into force of the WTO Agreement, except as may be otherwise specified in that Member's Schedule. Unless otherwise specified in its Schedule, a Member that accepts the WTO Agreement after its entry into force shall, on the date that Agreement enters into force for it, make effective all rate reductions that have already taken place together with the reductions which it would under the preceding sentence have been obligated to make effective on 1 January of the year following, and shall make effective all remaining rate reductions on the schedule specified in the previous sentence. The reduced rate should in each stage be rounded off to the first decimal. For agricultural products, as defined in Article 2 of the Agreement on Agriculture, the staging of reductions shall be implemented as specified in the relevant parts of the schedules.
3. The implementation of the concessions and commitments contained in the schedules annexed to this Protocol shall, upon request, be subject to multilateral examination by the Members. This would be without prejudice to the rights and obligations of Members under Agreements in Annex 1A of the WTO Agreement.
4. After the schedule annexed to this Protocol relating to a Member has become a Schedule to GATT 1994 pursuant to the provisions of paragraph 1, such Member shall be free at any time to withhold or to withdraw in whole or in part the concession in such Schedule with respect to any product for which the principal supplier is any other Uruguay Round participant the schedule of which has not yet become a Schedule to GATT 1994. Such action can, however, only be taken after written notice of any such withholding or withdrawal of a concession has been given to the Council for Trade in Goods and after consultations have been held, upon request, with any Member, the relevant schedule relating to which has become a Schedule to GATT 1994 and which has a substantial interest in the product involved. Any concessions so withheld or withdrawn shall be applied on and after the day on which the schedule of the Member which has the principal supplying interest becomes a Schedule to GATT 1994.
5. (a) Without prejudice to the provisions of paragraph 2 of Article 4 of the Agreement on Agriculture, for the purpose of the reference in paragraphs 1:(b) and 1(c) of Article II of GATT 1994 to the date of that Agreement, the applicable date in respect of each product which is the subject of a concession provided for in a schedule of concessions annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.

- (b) For the purpose of the reference in paragraph 6(a) of Article II of GATT 1994 to the date of that Agreement, the applicable date in respect of a schedule of concessions annexed to this Protocol shall be the date of this Protocol.
6. In cases of modification or withdrawal of concessions relating to non-tariff measures as contained in Part III of the schedules, the provisions of Article XXVIII of GATT 1994 and the "Procedures for Negotiations under Article XXVIII" adopted on 10 November 1980 (BISD 27S/26-28) shall apply. This would be without prejudice to the rights and obligations of Members under GATT 1994.
7. In each case in which a schedule annexed to this Protocol results for any product in treatment less favourable than was provided for such product in the Schedules of GATT 1947 prior to the entry into force of the WTO Agreement, the Member to whom the schedule relates shall be deemed to have taken appropriate action as would have been otherwise necessary under the relevant provisions of Article XXVIII of GATT 1947 or 1994. The provisions of this paragraph shall apply only to Egypt, Peru, South Africa and Uruguay.
8. The Schedules annexed hereto are authentic in the English, French or Spanish language as specified in each Schedule.
9. The date of this Protocol is 15 April 1994.

[The agreed schedules of participants will be annexed to the Marrakesh Protocol in the treaty copy of the WTO Agreement.]

Schedule LXXX**Annex II****European Communities**

This Schedule is authentic only in the English language.

Part I – Most-Favoured-Nation Tariff**Section II – Other Products****Anmerkung**

In dieser Liste sind nur Zollsätze für **EGKS**-Erzeugnisse aufgeführt.

Notes**(1) BASE RATES OF DUTY (column 3)**

Unless indicated to the contrary all rates shown in column 3 are bound.

(2) IMPLEMENTATION OF CONCESSIONS (column 4)**a) General Provisions**

Unless otherwise stated below or in the schedule, all concessions indicated in column 4 will be implemented in 5 equal rate reductions. The first such reduction will be made on the date of entry into force of the Agreement establishing the WTO, and each successive reduction will be made on the 1 January of each of the following years.

[b) Chemical products – Chapters 28–39

- The customs duties on pharmaceutical products, as defined in GATT document L 7430(*) will be eliminated on entry into force of the WTO in accordance with the provisions of that record of discussion and the procedures set forth therein. Headings in which such products fall (see Appendix) are indicated by the reference "Pharma" or "Ex Pharma" in the attached schedule.

- Concessions on all chemical products will be implemented as follows:

Base rate 10 % or less	5 equal rate reductions
10.1 %–25 %	10 equal rate reductions
above 25 %	15 equal rate reductions]

[c) Chapters 48–49

- See chapter note for details of implementation.]

[d) Chapters 50–63

- Concessions on textiles and clothing will be implemented by 10 equal rate reductions.]

(*) with the exceptions indicated in the Appendix.

[e] Semi-Conductor Manufacturing and Testing Equipment

- The duties on the tariff lines listed below will be eliminated immediately on entry into force of the WTO. The products covered are those destined for use in the manufacture or testing of semi-conductor devices:

ex 84.19.89.90 (ex1 – new)
 ex 84.21.19.99 (ex1 – new)
 (ex2 – new)

 ex 84.24.89.10 (ex1 – new)
 ex 84.24.89.31 (ex1 – new)
 ex 84.24.89.39 (ex1 – new)
 ex 84.24.89.90 (ex1 – new)

 ex 84.56.90.00 (ex1 – new)
 (ex2 – new)

 ex 84.64.10.00 (ex1 – new)
 ex 84.64.20.90 (ex1 – new)
 ex 84.64.90.00 (ex1 – new)
 (ex2 – new)

 ex 84.79.81.90 (ex1 – new to ex6 – new)

 ex 85.14.30.10 (ex1 – new)
 ex 85.14.30.90 (ex1 – new)

 ex 85.43.10.00 (ex1 – new)

 ex 90.17.20.30 (ex1 – new)
 ex 90.30.81.90 (ex1 – new to ex4 – new)
 ex 90.30.89.91 (ex1 – new to ex4 – new)
 ex 90.31.40.00 (ex1 – new to ex4 – new)
 ex 90.31.80.39 (ex1 – new to ex9 – new)
 ex 90.31.80.99 (ex1 – new to ex5 – new)]

- [f] Should the US not implement its concessions under the conditions set out in Note 2 to Chapter 84 and Note 12 to Chapter 85 in its schedule, then the EC reserves the right to do the same with respect to the concessions indicated in this schedule for the following headings:

Chapter 84	84.10.11.00	84.11.22.90
	84.10.12.00	84.11.81.90
	84.10.13.00	84.11.82.91
	84.10.90.00	84.11.82.92
		84.11.82.93
	84.11.11.90	84.11.91.90
	84.11.12.90	
	84.11.21.90	
Chapter 85	85.17.10.00	85.35.10.00
	85.17.20.00	85.35.21.00
	85.17.30.00	85.35.29.00
	85.17.40.00	85.35.30.10
	85.17.81.10	85.35.30.90
	85.17.81.90	85.35.40.00
	85.17.82.00	
	85.17.90.90 Ex1 New	
	Ex2 New	
	85.17.90.91 Ex1 New	
	Ex2 New	
	85.17.90.99 Ex1 New	
	Ex2 New]	

Schedule LXXX European Communities

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
26	ORES, SLAG and ASH					
2601	Iron ores and concentrates, including roasted iron pyrites:					
	– Iron ores and concentrates, other than roasted iron pyrites:					
2601 11 00	– – Non agglomerated (ECSC)	0.0	0.0			
2601 12 00	– – Agglomerated (ECSC)	0.0	0.0			
2602 00 00	Manganese ores and concentrates, including manganiferous iron ores and concentrates with a manganese content of 20 % or more, calculated in the dry weight (ECSC)	0.0	0.0			
2619 00	Slag, dross (other than granulated slag), scalings and other waste from the manufacture of iron or steel:					
2619 00 10	– Blastfurnace dust (ECSC)	0.0	0.0			
27	MINERAL FUELS, MINERAL OILS AND PRODUCTS OF THEIR DISTILLATION; BITUMINOUS SUBSTANCES; MINERAL WAXES					
2701	Coal, briquettes, ovoids and similar solid fuels manufactured from coal					
	– Coal, whether or not pulverised, but not agglomerated:					
2701 11	– – Anthracite (ECSC):					
2701 11 10	– – – Having a volatile matter limit (on a dry mineral-matter-free basis) not exceeding 10 %	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2701 11 90	– – – Other	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2701 12	– – Bituminous coal (ECSC):					
2701 12 10	– – – Coking coal	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2701 12 90	– – – Other	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2701 19 00	– – Other coal (ECSC)	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2701 20 00	– Briquettes, ovoids and similar solid fuels manufactured from coal (ECSC)	FRG 6 DM/ 1000 kg/ net ITA:1.8 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2702	Lignite, whether or not agglomerated, excluding jet:					
2702 10 00	– Lignite, whether or not pulverised, but not agglomerated (ECSC)	GR:5 FR:2.2 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
2702 20 00	– Agglomerated lignite (ECSC)	GR:5 ITA:1.8 FR:2.2 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2704	Coke and semi-coke of coal, of lignite or of peat, whether or not agglomerated; retort carbon:					
2704 00 19	– Coke and semi coke of coal: – – Other (ECSC)	ITA:3.8 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
2704 00 30	– Coke and semi coke of lignite (ECSC)	ITA:3.8 0th:0	0.0	ALA		THE ZERO RATE WILL BE IMPLEMENTED IN FULL ON 01/01/96
72 NOTE:	IRON AND STEEL REDUCTIONS TO ZERO FOR ALL ITEMS COVERED BY THIS NOTE WILL BE PHASED IN OVER 10 YEARS I. PRIMARY MATERIALS; PRODUCTS IN GRANULAR OR POWDER FORM					
7201	– Pig iron and spiegeleisen in pigs, blocks or other primary forms:					
7201 10	– – Non-alloy pig iron containing by weight 0,5 % or less of phosphorus (ECSC): – – – Containing by weight not less than 0,4 % of manganese:					
7201 10 11	– – – – Containing by weight 1 % or less of silicon	3.2	1.7			
7201 10 19	– – – – Containing by weight more than 1 % of silicon	3.2	1.7			
7201 10 30	– – – – Containing by weight not less than 0,1 % but less than 0,4 % of manganese	3.2	1.7			
7201 10 90	– – – – Containing by weight less than 0,1 % of manganese	3.2	1.7			
7201 20 00	– – Non-alloy pig iron containing by weight more than 0.5 % of phosphorus (ECSC)	4.0	2.2			
7201 30	– – Alloy pig iron:					
7201 30 10	– – – – Containing by weight not less than 0,3 % but not more than 1 % of titanium and not less than 0,5 % but not more than 1 % of vanadium (ECSC)	0.0	0.0			
7201 30 90	– – – – Other (ECSC)	3.2	1.7			
7201 40 00	– – Spiegeleisen (ECSC)	3.2	1.7			
7202	– Ferro-alloys:					
	– – Ferro-manganese:					
7202 11	– – – – Containing by weight more than 2 % of carbon (ECSC):					
7202 11 10	– – – – – With a granulometry not exceeding 10 mm and a manganese content by weight exceeding 65 %	4.0	2.7			
7202 11 90	– – – – – Other	4.0	2.7			
7202 99	– – – – Other:					
	– – – – – Ferro-phosphorus:					
7202 99 11	– – – – – – Containing by weight more than 3 % but less than 15 % of phosphorus (ECSC)	4.0	0.0			
7203	– Ferrous products obtained by direct reduction of iron ore and other spongy ferrous products, in lumps, pellets or similar forms; iron having a minimum purity by weight of 99.94 %, in lumps, pellets or similar forms:					
7203 10 00	– – Ferrous products obtained by direct reduction of iron ore (ECSC)	2.5	0.0			
7203 90 00	– – Other (ECSC)	3.2	0.0			
7204	– Ferrous waste and scrap: remelting scrap ingots of iron or steel:					
7204 10 00	– – Waste and scrap of cast iron (ECSC)	0.0	0.0			
	– – Waste and scrap of alloy steel:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7204 21 00	--- Of stainless steel (ECSC)	0.0	0.0			
7204 29 00	--- Other (ECSC)	0.0	0.0			
7204 30 00	-- Waste and scrap of tinned iron or steel (ECSC)	0.0	0.0			
	--- Other waste and scrap:					
7204 41	--- Turnings, shavings, chips, milling waste, sawdust, filings, trimmings and stampings, whether or not in bundles (ECSC):					
7204 41 10	----- Turnings, shavings, chips, milling waste, sawdust and filings	0.0	0.0			
	----- Trimmings and stampings:					
7204 41 91	----- In bundles	0.0	0.0			
7204 41 99	----- Other	0.0	0.0			
7204 49	--- Other (ECSC):					
7204 49 10	----- Fragmentised (shredded)	0.0	0.0			
	----- Other:					
7204 49 30	----- In bundles	0.0	0.0			
	----- Other:					
7204 49 91	----- Neither sorted nor graded	0.0	0.0			
7204 49 99	----- Other	0.0	0.0			
7204 50	-- Remelting scrap ingots:					
7204 50 10	--- Of alloy steel (ECSC)	0.0	0.0			
7204 50 90	--- Other (ECSC)	2.5	0.0			
	II. IRON AND NON-ALLOY STEEL					
7206	- Iron and non-alloy steel in ingots or other primary forms (excluding iron of heading No 7203):					
7206 10 00	-- Ingots (ECSC)	2.5	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7206 90 00	-- Other (ECSC)	2.5	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207	- Semi-finished products of iron or non-alloy steel:					
	-- Containing by weight less than 0.25 % of carbon:					
7207 11	--- Of rectangular (including square) cross-section, the width measuring less than twice the thickness:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC):					
7207 11 11	----- Of free-cutting steel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 11 19	----- Other	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 12	--- Other, of rectangular (other than square) cross-section:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC):					
7207 12 11	----- Of a thickness of 50 mm or more	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 12 19	----- Of a thickness of less than 50 mm	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 19	--- Other:					
	----- Of circular or polygonal cross-section:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting:					
7207 19 11	----- Of free-cutting steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 19 15	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Blanks for angles, shapes and sections:					
7207 19 31	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7207 20	-- Containing by weight 0.25 % or more of carbon:					
	---- Of rectangular (including square) cross-section, the width measuring less than twice the thickness:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC)					
7207 20 11	----- Of free cutting steel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other, containing by weight:					
7207 20 15	----- 0.25 % or more but less than 0.6 % of carbon	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 20 17	----- 0.6 % or more of carbon	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other, of rectangular (other than square) cross-section:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC)					
7207 20 31	----- Of a thickness of 50 mm or more	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 20 33	----- Of a thickness of less than 50 mm	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Of circular or polygonal cross-section:					
	----- Rolled or obtained by continuous casting:					
7207 20 51	----- Of free-cutting steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other (ECSC):					
7207 20 55	----- Containing by weight 0.25 % or more but less than 0,6 % of carbon	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 20 57	----- Containing by weight 0.6 % or more of carbon	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7207 20 71	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208	- Flat-rolled products of iron or non-alloy steel, of a width of 600 mm or more, hot-rolled, not clad, plated or coated:					
	-- In coils, not further worked than hot-rolled, of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa					
7208 11 00	--- Of a thickness exceeding 10 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 12	--- Of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm:					
7208 12 10	---- Intended for re-rolling (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other (ECSC):					
7208 12 91	----- With patterns in relief	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 12 99	----- Other	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 13	--- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm:					
7208 13 10	---- Intended for re-rolling (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other (ECSC):					
7208 13 91	----- With patterns in relief	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 13 99	----- Other	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 14	--- Of a thickness of less than 3 mm:					
7208 14 10	---- Intended for re-rolling (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 14 90	---- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, in coils, not further worked than hot-rolled:					
7208 21	--- Of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7208 21 10	---- With patterns in relief	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 21 90	---- Other	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 22	--- Of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm:					
7208 22 10	---- Intended for re-rolling (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other (ECSC):					
7208 22 91	----- With patterns in relief	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 22 99	----- Other	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 23	--- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm:					

Tariff item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7208 23 10	----- Intended for re-rolling (ECSC) ----- Other (ECSC):	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 23 91	----- With patterns in relief	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 23 99	----- Other	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 24	---- Of a thickness of less than 3 mm:					
7208 24 10	----- Intended for re-rolling (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 24 90	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Not in coils, not further worked than hot-rolled, of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
7208 31 00	---- Rolled on four faces or in a closed box pass, of a width not exceeding 1 250 mm and of a thickness of not less than 4 mm, without patterns in relief (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 32	---- Other, of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7208 32 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other, of a thickness:					
7208 32 30	----- Exceeding 20 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Exceeding 15 mm but not exceeding 20 mm, of a width of:					
7208 32 51	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 32 59	----- Less than 2 050 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Exceeding 10 mm but not exceeding 15 mm, of a width of:					
7208 32 91	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 32 99	----- Less than 2 050 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 33	---- Other, of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm (ECSC):					
7208 33 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other, of a width of:					
7208 33 91	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 33 99	----- Less than 2 050 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 34	---- Other, of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm (ECSC):					
7208 34 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 34 90	----- Other	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 35	---- Other, of a thickness of less than 3 mm:					
7208 35 10	----- Of a thickness of 2 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a thickness of less than 2 mm (ECSC):					
7208 35 91	----- Of a thickness of 1 mm or more but less than 2 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 35 93	----- Of a thickness of 0,5 mm or more but less than 1 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 35 99	----- Of a thickness of less than 0,5 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, not in coils, not further worked than hot-rolled:					
7208 41 00	---- Rolled on four faces or in a closed box pass, of a width not exceeding 1 250 mm and of a thickness of not less than 4 mm, without patterns in relief (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 42	---- Other, of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7208 42 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7208 42 30	----- Other, of a thickness: ----- Exceeding 20 mm ----- Exceeding 15 mm but not exceeding 20 mm, of a width of:	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 42 51	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 42 59	----- Less than 2 050 mm ----- Exceeding 10 mm but not exceeding 15 mm, of a width of:	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 42 91	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 42 99	----- Less than 2 050 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 43	-- Other, of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm (ECSC):					
7208 43 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other, of a width of:					
7208 43 91	----- 2 050 mm or more	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 43 99	----- Less than 2 050 mm	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 44	-- Other, of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm (ECSC):					
7208 44 10	----- With patterns in relief	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 44 90	----- Other	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 45	-- Other, of a thickness of less than 3 mm:					
7208 45 10	----- Of a thickness of 2 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a thickness of less than 2 mm (ECSC):					
7208 45 91	----- Of a thickness of 1 mm or more but less than 2 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 45 93	----- Of a thickness of 0.5 mm or more but less than 1 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 45 99	----- Of a thickness of less than 0.5 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7208 90	-- Other:					
7208 90 10	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209	- Flat-rolled products of iron or non-alloy steel, of a width of 600 mm or more, cold-rolled (cold-reduced), not clad, plated or coated:					
	- - In coils, not further worked than cold-rolled (cold-reduced), of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
7209 11 00	--- Of a thickness of 3 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 12	--- Of a thickness exceeding 1 mm but less than 3 mm:					
7209 12 10	----- 'Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 12 90	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 13	--- Of a thickness of 0.5 mm or more but not exceeding 1 mm:					
7209 13 10	----- 'Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 13 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 14	--- Of a thickness of less than 0.5 mm:					
7209 14 10	----- 'Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 14 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	- - Other, in coils, not further worked than cold-rolled (cold reduced):					
7209 21 00	--- Of a thickness of 3 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 22	--- Of a thickness exceeding 1 mm but less than 3 mm:					
7209 22 10	----- 'Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 22 90	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7209 23	--- Of a thickness of 0.5 mm or more but not exceeding 1 mm:					
7209 23 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 23 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 24	--- Of a thickness of less than 0.5 mm:					
7209 24 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other (ECSC):					
7209 24 91	----- Of a thickness of 0.35 mm or more but less than 0.5 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 24 99	----- Of a thickness of less than 0.35 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Not in coils, not further worked than cold-rolled (cold reduced), of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
7209 31 00	--- Of a thickness of 3 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 32	--- Of a thickness exceeding 1 mm but less than 3 mm:					
7209 32 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 32 90	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 33	--- Of a thickness of 0.5 mm or more but not exceeding 1 mm:					
7209 33 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 33 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 34	--- Of a thickness of less than 0.5 mm:					
7209 34 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 34 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, not in coils, not further worked than cold-rolled (cold reduced):					
7209 41 00	--- Of a thickness of 3 mm or more (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 42	--- Of a thickness exceeding 1 mm but less than 3 mm:					
7209 42 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 42 90	----- Other (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 43	--- Of a thickness of 0.5 mm or more but not exceeding 1 mm:					
7209 43 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 43 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 44	--- Of a thickness of less than 0.5 mm:					
7209 44 10	----- ,Electrical' (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 44 90	----- Other (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7209 90	-- Other:					
7209 90 10	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210	- Flat rolled products of iron or non-alloy steel, of a width of 600 mm or more, clad, plated or coated:					
	-- Plated or coated with tin:					
7210 11	--- Of a thickness of 0.5 mm or more:					
7210 11 10	----- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 12	--- Of a thickness of less than 0.5 mm:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
	----- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square):					
7210 12 11	----- Tinplate (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 12 19	----- Other (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 20	-- Plated or coated with lead, including terre-plate:					
7210 20 10	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Electrolytically plated or coated with zinc:					
7210 31	--- Of steel of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
7210 31 10	----- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 39	---- Other:					
7210 39 10	----- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Otherwise plated or coated with zinc:					
7210 41	---- Corrugated:					
7210 41 10	----- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 49	---- Other:					
7210 49 10	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 50	-- Plated or coated with chromium oxides or with chromium and chromium oxides:					
7210 50 10	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 60	-- Plated or coated with aluminium:					
	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC):					
7210 60 11	----- Plated or coated with aluminium-zinc alloys	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 60 19	----- Other	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 70	-- Painted, varnished or coated with plastics:					
	--- Not further worked than surface-treated or simply cut into shapes other than rectangular (including square):					
7210 70 11	----- Tinplate, varnished (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 70 19	----- Other (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 90	-- Other:					
	---- Other:					
	----- Not further worked than surface-treated, including cladding, or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC):					
7210 90 31	----- Clad	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 90 33	----- Tinned and printed	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 90 35	----- Plated or coated with chromium or nickel	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7210 90 39	----- Other	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211	- Flat-rolled products of iron or non-alloy steel, of a width of less than 600 mm, not clad, plated or coated:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/8)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7211 11 00	-- Not further worked than hot-rolled, of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 Mpa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa: --- Rolled on four faces or in a closed box pass, of a width exceeding 150 mm and a thickness of not less than 4 mm, not in coils and without patterns in relief (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 12	--- Other, of a thickness of 4.75 mm or more:					
7211 12 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 12 90	----- Of a width not exceeding 500 mm (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 19	--- Other:					
7211 19 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a width not exceeding 500 mm (ECSC):					
7211 19 91	----- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 19 99	----- Of a thickness of less than 3 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, not further worked than hot-rolled:					
7711 21 00	--- Rolled on four faces or in a closed box pass, of a width exceeding 150 mm and a thickness of not less than 4 mm, not in coils and without patterns in relief (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 22	--- Other, of a thickness of 4.75 mm or more:					
7211 22 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 22 90	----- Of a width not exceeding 500 mm (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 29	--- Other:					
7211 29 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a width not exceeding 500 mm (ECSC):					
7211 29 91	----- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 29 99	----- Of a thickness of less than 3 mm	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 30	-- Not further worked than cold-rolled (cold-reduced), of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
7211 30 10	--- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, not further worked than cold-rolled (cold-reduced):					
7211 41	--- Containing by weight less than 0.25 % of carbon:					
7211 41 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a width not exceeding 500 mm:					
7211 41 91	----- In coils intended for the manufacture of tinplate (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 49	--- Other:					
7211 49 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7211 90	-- Other:					
	--- Of a width exceeding 500 mm:					
7211 90 11	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212	- Flat-rolled products of iron or non-alloy steel, of a width of less than 600 mm, clad, plated or coated:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7212 10	-- Plated or coated with tin:					
7212 10 10	---- Tinplate, not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
	----- Of a width exceeding 500 mm:					
7212 10 91	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Electrolytically plated or coated with zinc:					
7212 21	---- Of steel of a thickness of less than 3 mm and having a minimum yield point of 275 MPa or of a thickness of 3 mm or more and having a minimum yield point of 355 MPa:					
	---- Of a width exceeding 500 mm:					
7212 21 11	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212 29	---- Other:					
	----- Of a width exceeding 500 mm					
7212 29 11	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212 30	-- Otherwise plated or coated with zinc:					
	---- Of a width exceeding 500 mm:					
7212 30 11	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	5.3	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212 40	-- Painted, varnished or coated with plastics:					
7212 40 10	---- Tinplate, not further worked than varnished (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
	----- Of a width exceeding 500 mm:					
7212 40 91	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212 50	-- Otherwise plated or coated:					
	---- Of a width exceeding 500 mm:					
	---- Other:					
7212 50 51	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7212 60	-- Clad:					
	---- Of a width exceeding 500 mm:					
7212 60 11	----- Not further worked than surface-treated (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Of a width not exceeding 500 mm:					
	----- Not further worked than surface treated:					
7212 60 91	----- Hot-rolled, not further worked than clad (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7213	-- Bars and rods, hot-rolled, in irregularly wound coils, of iron or non-alloy steel:					
7213 10 00	-- Containing indentations, ribs, grooves or other deformations produced during the rolling process (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Of free cutting steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, containing by weight less than 0.25 % of carbon:					
7213 31 00	---- Of circular cross-section measuring less than 14 mm in diameter (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7213 39 00	---- Other (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- Other, containing by weight 0.25 % or more but less than 0.6 % of carbon:					
7213 41 00	---- Of circular cross-section measuring less than 14 mm in diameter (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7213 49 00	---- Other (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7213 50 00	-- Other, containing by weight 0.6 % or more of carbon (ECSC)	4.9	0.0			SEE CHAPTER NOTE

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7214	– Other bars and rods of iron or non-alloy steel, not further worked than forged, hot-rolled, hot-drawn or hot-extruded, but including those twisted after rolling:					
7214 20 00	-- Containing indentations, ribs, grooves or other deformations produced during the rolling process or twisted after rolling (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 30 00	-- Of free cutting steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 40	-- Other, containing by weight less than 0.25 % of carbon (ECSC):					
7214 40 10	---- Of rectangular (other than square) cross-section, rolled on four faces	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other, with a maximum cross-sectional dimension of:					
7214 40 91	----- 80 mm or more	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 40 99	----- Less than 80 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 50	-- Other, containing by weight 0.25 % or more but less than 0.6 % of carbon (ECSC):					
7214 50 10	---- Of rectangular (other than square) cross-section, rolled on four faces	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other, with a maximum cross-sectional dimension of:					
7214 50 91	----- 80 mm or more	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 50 99	----- Less than 80 mm	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7214 60 00	-- Other, containing by weight 0.6 % or more of carbon (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7215	– Other bars and rods of iron or non-alloy steel:					
7215 90	-- Other:					
7215 90 10	---- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216	– Angles, shapes and sections of iron or non-alloy steel:					
7216 10 00	-- U, I or H sections, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded, of a height of less than 80 mm (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- L or T sections, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded, of a height of less than 80 mm:					
7216 21 00	---- L sections (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 22 00	---- T sections (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	-- U, I or H sections, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded, of a height of 80 mm or more:					
7216 31 00	---- U sections (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 32 00	---- I sections (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 33 00	---- H sections (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 40	-- L or T sections, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded, of a height of 80 mm or more (ECSC):					
7216 40 10	---- L sections	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 40 90	---- T sections	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7216 90	-- Other:					
7216 90 10	---- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	III. STAINLESS STEEL					
7218	– Stainless steel in ingots or other primary forms; semi-finished products of stainless steel:					
7218 10 00	-- Ingots and other primary forms (ECSC)	2.5	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7218 90	-- Other:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
	--- Of rectangular (including square) cross-section: ----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC): ----- Of a width measuring less than twice the thickness, containing by weight: ----- 2.5 % or more of nickel ----- Less than 2.5 % of nickel ----- Other, containing by weight: ----- 2.5 % or more of nickel ----- Less than 2.5 % of nickel ----- Other:					
7218 90 11	----- 2.5 % or more of nickel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7218 90 13	----- Less than 2.5 % of nickel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7218 90 15	----- 2.5 % or more of nickel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7218 90 19	----- Less than 2.5 % of nickel	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7218 90 50	----- Rolled or obtained by continuous casting (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219	- Flat-rolled products of stainless steel, of a width of 600 mm or more: -- Not further worked than hot-rolled, in coils: --- Of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7219 11	--- Of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7219 11 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 11 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 12	--- Of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm (ECSC):					
7219 12 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 12 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 13	--- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm (ECSC):					
7219 13 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 13 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 14	--- Of a thickness of less than 3 mm (ECSC):					
7219 14 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 14 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 21	-- Not further worked than hot-rolled, not in coils: --- Of a thickness exceeding 10 mm (ECSC):					
7219 21 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 21 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 22	--- Of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 10 mm (ECSC):					
7219 22 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 22 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 23	--- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm (ECSC):					
7219 23 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 23 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 24	--- Of a thickness of less than 3 mm (ECSC):					
7219 24 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 24 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 31	-- Not further worked than cold-rolled (cold-reduced): --- Of a thickness of 4.75 mm or more (ECSC):					
7219 31 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 31 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 32	--- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm (ECSC):					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7219 32 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 32 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 33	----- Of a thickness exceeding 1 mm but less than 3 mm (ECSC):					
7219 33 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 33 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 34	----- Of a thickness of 0.5 mm or more but not exceeding 1 mm (ECSC):					
7219 34 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 34 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 35	----- Of a thickness of less than 0.5 mm (ECSC):					
7219 35 10	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 35 90	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 90	-- Other:					
	---- Not further worked than surface-treated, including cladding, or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC):					
7219 90 11	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7219 90 19	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7220	- Flat-rolled products of stainless steel, of a width of less than 600 mm:					
	-- Not further worked than hot-rolled:					
7220 11 00	---- Of a thickness of 4.75 mm or more (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7220 12 00	---- Of a thickness of less than 4.75 mm (ECSC):	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7220 20	-- Not further worked than cold-rolled (cold-reduced):					
7220 20 10	---- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7220 90	-- Other:					
	---- Of a width exceeding 500 mm:					
7220 90 11	----- Not further worked than surface-treated, including cladding (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a width not exceeding 500 mm:					
	----- Not further worked than surface-treated, including cladding:					
7220 90 31	----- Hot-rolled, not further worked than clad (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7221	- Bars and rods, hot-rolled in irregularly wound coils, of stainless steel (ECSC):					
7221 00 10	-- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7221 00 90	-- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222	- Other bars and rods of stainless steel; angles, shapes and sections of stainless steel:					
7222 10	-- Bars and rods, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC):					
	---- Of circular cross-section of a diameter of 80 mm or more, containing by weight:					
7222 10 11	----- 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222 10 19	----- Less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other, containing by weight:					
7222 10 91	----- 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222 10 99	----- Less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222 30	-- Other bars and rods:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7222 30 10	--- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222 40	-- Angles, shapes and sections:					
	---- Not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC):					
7222 40 11	----- Containing by weight 2.5 % or more of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7222 40 19	----- Containing by weight less than 2.5 % of nickel	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
7222 40 30	----- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	IV. OTHER ALLOY STEEL; HOLLOW DRILL BARS AND RODS, OF ALLOY OR NON-ALLOY STEEL					
7224	- Other alloy steel in ingots or other primary forms; semifinished products of other alloy steel:					
7224 10 00	-- Ingots and other primary forms (ECSC)	2.5	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7224 90	-- Other:					
	---- Of rectangular (including square) cross-section:					
7224 90 11	----- Hot-rolled or obtained by continuous casting (ECSC)	3.2	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
7224 90 30	----- Hot-rolled or obtained by continuous casting (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225	- Flat rolled products of other alloy steel, of a width of 600 mm or more:					
7225 10	-- Of silicon-electrical steel (ECSC):					
7225 10 10	---- Hot-rolled	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Cold-rolled:					
7225 10 91	----- Grain oriented	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 10 99	----- Non grain oriented	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 20	-- Of high speed steel:					
	---- Not further worked than rolled (ECSC):					
7225 20 11	----- Not further worked than hot-rolled	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 20 19	----- Not further worked than cold-rolled (cold-reduced)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
7225 20 30	----- Not further worked than surface-treated, including cladding or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 30 00	-- Other, not further worked than hot-rolled, in coils (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 40	-- Other, not further worked than hot-rolled, not in coils (ECSC):					
7225 40 10	---- Of a thickness exceeding 20 mm	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 40 30	---- Of a thickness exceeding 15 mm but not exceeding 20 mm	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 40 50	---- Of a thickness of 4.75 mm or more but not exceeding 15 mm	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 40 70	---- Of a thickness of 3 mm or more but less than 4.75 mm	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 40 90	---- Of a thickness of less than 3 mm	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 50 00	-- Other, not further worked than cold-rolled (cold-reduced) (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7225 90	-- Other:					
7225 90 10	--- Not further worked than surface-treated, including cladding or simply cut into shapes other than rectangular (including square) (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226	- Flat-rolled products of other alloy steel, of a width of less than 600 mm:					
7226 10	-- Of silicon-electrical steel:					

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating night	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7226 10 10	--- Not further worked than hot-rolled (ECSC) --- Other:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226 10 30	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226 20	-- Of high-speed steel:					
7226 20 10	--- Not further worked than hot-rolled (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	--- Not further worked than cold-rolled (cold-reduced):					
7226 20 31	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC) --- Other:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Of a width exceeding 500 mm:					
7226 20 51	----- Not further worked than surface-treated, including cladding (ECSC) ----- Of a width not exceeding 500 mm:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Not further worked than surface-treated, including cladding:					
7226 20 71	----- Hot-rolled not further worked than clad (ECSC) -- Other:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226 91 00	--- Not further worked than hot-rolled (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226 92	--- Not further worked than cold-rolled, cold-reduced):					
7226 92 10	----- Of a width exceeding 500 mm (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7226 99	--- Other:					
	----- Of a width exceeding 500 mm:					
7226 99 11	----- Not further worked than surface-treated, including cladding (ECSC) ----- Of a width not exceeding 500 mm:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Not further worked than surface-treated, including cladding:					
7226 99 31	----- Hot-rolled, not further worked than clad (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7227	- Bars and rods, hot-rolled, in irregularly wound coils, of other alloy steel:					
7227 10 00	-- Of high-speed steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7227 20 00	-- Of silico-manganese steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7227 90	-- Other (ECSC):					
7227 90 10	--- Containing by weight 0.0008 % or more of boron	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE.
7227 90 90	--- Other	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228	- Other bars and rods of other alloy steel; angles, shapes and sections, of other alloy steel; hollow drill bars and rods, of alloy or non-alloy steel:					
7228 10	-- Bars and rods, of high-speed steel:					
7228 10 10	--- Not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC) --- Other:	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 10 30	----- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 20	-- Bars and rods, of silico-manganese steel:					
	--- Not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC):					
7228 20 11	----- Of rectangular (other than square) cross-section, rolled on four faces	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 20 19	----- Other	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	--- Other:					
7228 20 30	----- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 30	-- Other bars and rods, not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC):					
7228 30 10	--- Of circular cross-section of a diameter of 80 mm or more	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE

Tarif item number	Description of products	Base rate of duty (U/B)	Bound rate of duty	Initial negotiating right	Other duties and charges	Remarks
1	2	3	4	5	6	
7228 30 90	--- Other	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 60	--- Other bars and rods:					
7228 60 10	---- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 70	-- Angles, shapes and sections:					
7228 70 10	---- Not further worked than hot-rolled, hot-drawn or extruded (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	---- Other:					
7228 70 31	----- Hot-rolled, hot-drawn or extruded, not further worked than clad (ECSC)	5.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
	----- Other:					
7228 80	-- Hollow drill bars and rods:					
7228 80 10	--- Of alloy steel (ECSC)	6.0	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7228 80 90	--- Of non-alloy steel (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
73	ARTICLES OF IRON OR STEEL					
NOTE:	REDUCTIONS TO ZERO FOR ALL ITEMS COVERED BY THIS NOTE WILL BE PHASED IN OVER 10 YEARS					
7301	Sheet piling of iron or steel, whether or not drilled, punched or made from assembled elements; welded angles, shapes and sections, of iron or steel:					
7301 10 00	- Sheet piling (ECSC)	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7301 20 00	- Angles, shapes and sections	4.1	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302	Railway or tramway track construction material of iron or steel, the following: rails, check-rails and rack rails, switch blades, crossing frogs, point rods and other crossing pieces, sleepers (cross-ties), fish-plates, chairs, chair wedges, sole plates (base plates), rail clips, bedplates, ties and other material specialized for jointing or fixing rails:					
7302 10	- Rails:					
	-- Other:					
	--- New (ECSC):					
7302 10 31	----- Of a weight per m of 20 kg or more	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302 10 39	----- Of a weight per m of less than 20 kg	4.4	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302 10 90	--- Used (ECSC)	2.5	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302 20 00	- Sleepers (cross-ties) (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302 40	- Fish-plates and sole plates:					
7302 40 10	-- Rolled (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE
7302 90	- Other					
7302 90 10	-- Check-rails (ECSC)	3.8	0.0			SEE CHAPTER NOTE

GENERAL AGREEMENT ON TRADE IN SERVICES**PART I SCOPE AND DEFINITION**

Article I Scope and Definition

PART II GENERAL OBLIGATIONS AND DISCIPLINES

Article II Most-Favoured-Nation Treatment
Article III Transparency
Article III *bis* Disclosure of Confidential Information
Article IV Increasing Participation of Developing Countries
Article V Economic Integration
Article V *bis* Labour Markets Integration Agreements
Article VI Domestic Regulation
Article VII Recognition
Article VIII Monopolies and Exclusive Service Suppliers
Article IX Business Practices
Article X Emergency Safeguard Measures
Article XI Payments and Transfers
Article XII Restrictions to Safeguard the Balance of Payments
Article XIII Government Procurement
Article XIV General Exceptions
Article XIV *bis* Security Exceptions
Article XV Subsidies

PART III SPECIFIC COMMITMENTS

Article XVI Market Access
Article XVII National Treatment
Article XVIII Additional Commitments

PART IV PROGRESSIVE LIBERALIZATION

Article XIX Negotiation of Specific Commitments
Article XX Schedules of Specific Commitments
Article XXI Modification of Schedules

PART V INSTITUTIONAL PROVISIONS

Article XXII Consultation
Article XXIII Dispute Settlement and Enforcement
Article XXIV Council for Trade in Services
Article XXV Technical Cooperation
Article XXVI Relationship with Other International Organizations

PART VI FINAL PROVISIONS

Article XXVII Denial of Benefits

Article XXVIII Definitions

Article XXIX Annexes

Annex on Article II Exemptions

Annex on Movement of Natural Persons Supplying Services under the Agreement

Annex on Air Transport Services

Annex on Financial Services

Second Annex on Financial Services

Annex on Negotiations on Maritime Transport Services

Annex on Telecommunications

Annex on Negotiations on Basic Telecommunications

Members,

Recognizing the growing importance of trade in services for the growth and development of the world economy;

Wishing to establish a multilateral framework of principles and rules for trade in services with a view to the expansion of such trade under conditions of transparency and progressive liberalization and as a means of promoting the economic growth of all trading partners and the development of developing countries;

Desiring the early achievement of progressively higher levels of liberalization of trade in services through successive rounds of multilateral negotiations aimed at promoting the interests of all participants on a mutually advantageous basis and at securing an overall balance of rights and obligations, while giving due respect to national policy objectives;

Recognizing the right of Members to regulate, and to introduce new regulations, on the supply of services within their territories in order to meet national policy objectives and, given asymmetries existing with respect to the degree of development of services regulations in different countries, the particular need of developing countries to exercise this right;

Desiring to facilitate the increasing participation of developing countries in trade in services and the expansion of their service exports including, *inter alia*, through the strengthening of their domestic services capacity and its efficiency and competitiveness;

Taking particular account of the serious difficulty of the least-developed countries in view of their special economic situation and their development, trade and financial needs;

Hereby *agree* as follows:

PART I

SCOPE AND DEFINITION

Article I

Scope and Definition

1. This Agreement applies to measures by Members affecting trade in services.
2. For the purposes of this Agreement, trade in services is defined as the supply of a service:
 - (a) from the territory of one Member into the territory of any other Member;
 - (b) in the territory of one Member to the service consumer of any other Member;
 - (c) by a service supplier of one Member, through commercial presence in the territory of any other Member;

- (d) by a service supplier of one Member, through presence of natural persons of a Member in the territory of any other Member.

3. For the purposes of this Agreement:

- (a) "measures by Members" means measures taken by:
 - (i) central, regional or local governments and authorities; and
 - (ii) non-governmental bodies in the exercise of powers delegated by central, regional or local governments or authorities;

In fulfilling its obligations and commitments under the Agreement, each Member shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure their observance by regional and local governments and authorities and non-governmental bodies within its territory;

- (b) "services" includes any service in any sector except services supplied in the exercise of governmental authority;
- (c) "a service supplied in the exercise of governmental authority" means any service which is supplied neither on a commercial basis, nor in competition with one or more service suppliers.

PART II

GENERAL OBLIGATIONS AND DISCIPLINES

Article II

Most-Favoured-Nation Treatment

1. With respect to any measure covered by this Agreement, each Member shall accord immediately and unconditionally to services and service suppliers of any other Member treatment no less favourable than that it accords to like services and service suppliers of any other country.
2. A Member may maintain a measure inconsistent with paragraph 1 provided that such a measure is listed in, and meets the conditions of, the Annex on Article II Exemptions.
3. The provisions of this Agreement shall not be so construed as to prevent any Member from conferring or according advantages to adjacent countries in order to facilitate exchanges limited to contiguous frontier zones of services that are both locally produced and consumed.

Article III

Transparency

1. Each Member shall publish promptly and, except in emergency situations, at the latest by the time of their entry into force, all relevant measures of general application which pertain to or affect the operation of this Agreement. International agreements pertaining to or affecting trade in services to which a Member is a signatory shall also be published.

2. Where publication as referred to in paragraph 1 is not practicable, such information shall be made otherwise publicly available.
3. Each Member shall promptly and at least annually inform the Council for Trade in Services of the introduction of any new, or any changes to existing, laws, regulations or administrative guidelines which significantly affect trade in services covered by its specific commitments under this Agreement.
4. Each Member shall respond promptly to all requests by any other Member for specific information on any of its measures of general application or international agreements within the meaning of paragraph 1. Each Member shall also establish one or more enquiry points to provide specific information to other Members, upon request, on all such matters as well as those subject to the notification requirement in paragraph 3. Such enquiry points shall be established within two years from the date of entry into force of the Agreement Establishing the WTO (referred to in this Agreement as the "WTO Agreement"). Appropriate flexibility with respect to the time-limit within which such enquiry points are to be established may be agreed upon for individual developing country Members. Enquiry points need not be depositories of laws and regulations.
5. Any Member may notify to the Council for Trade in Services any measure, taken by any other Member, which it considers affects the operation of this Agreement.

Article III bis

Disclosure of Confidential Information

Nothing in this Agreement shall require any Member to provide confidential information, the disclosure of which would impede law enforcement, or otherwise be contrary to the public interest, or which would prejudice legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article IV

Increasing Participation of Developing Countries

1. The increasing participation of developing country Members in world trade shall be facilitated through negotiated specific commitments, by different Members pursuant to Parts III and IV of this Agreement, relating to:
 - (a) the strengthening of their domestic services capacity and its efficiency and competitiveness, *inter alia* through access to technology on a commercial basis;
 - (b) the improvement of their access to distribution channels and information networks; and
 - (c) the liberalization of market access in sectors and modes of supply of export interest to them.
2. Developed country Members, and to the extent possible other Members, shall establish contact points within two years from the date of entry into force of the WTO Agreement to facilitate the access of developing country Members' service suppliers to information, related to their respective markets, concerning:
 - (a) commercial and technical aspects of the supply of services;

- (b) registration, recognition and obtaining of professional qualifications; and
 - (c) the availability of services technology.
3. Special priority shall be given to the least-developed country Members in the implementation of paragraphs 1 and 2. Particular account shall be taken of the serious difficulty of the least-developed countries in accepting negotiated specific commitments in view of their special economic situation and their development, trade and financial needs.

Article V

Economic Integration

1. This Agreement shall not prevent any of its Members from being a party to or entering into an agreement liberalizing trade in services between or among the parties to such an agreement, provided that such an agreement:
- (a) has substantial sectoral coverage¹, and
 - (b) provides for the absence or elimination of substantially all discrimination, in the sense of Article XVII, between or among the parties, in the sectors covered under subparagraph (a), through:
 - (i) elimination of existing discriminatory measures, and/or
 - (ii) prohibition of new or more discriminatory measures,either at the entry into force of that agreement or on the basis of a reasonable time-frame, except for measures permitted under Articles XI, XII, XIV and XIV bis.
2. In evaluating whether the conditions under paragraph 1(b) are met, consideration may be given to the relationship of the agreement to a wider process of economic integration or trade liberalization among the countries concerned.
3. (a) Where developing countries are parties to an agreement of the type referred to in paragraph 1, flexibility shall be provided for regarding the conditions set out in paragraph 1, particularly with reference to subparagraph (b) thereof, in accordance with the level of development of the countries concerned, both overall and in individual sectors and subsectors.
- (b) Notwithstanding paragraph 6, in the case of an agreement of the type referred to in paragraph 1 involving only developing countries, more favourable treatment may be granted to juridical persons owned or controlled by natural persons of the parties to such an agreement.
4. Any agreement referred to in paragraph 1 shall be designed to facilitate trade between the parties to the agreement and shall not in respect of any Member outside the agreement raise the overall level of barriers to trade in services within the respective sectors or subsectors compared to the level applicable prior to such an agreement.

¹This condition is understood in terms of number of sectors, volume of trade affected and modes of supply. In order to meet this condition, agreements should not provide for the *a priori* exclusion of any mode of supply.

5. If, in the conclusion, enlargement or any significant modification of any agreement under paragraph 1, a Member intends to withdraw or modify a specific commitment inconsistently with the terms and conditions set out in its Schedule, it shall provide at least 90 days advance notice of such modification or withdrawal and the procedure set forth in paragraphs 2, 3 and 4 of Article XXI shall apply.

6. A service supplier of any other Member that is a juridical person constituted under the laws of a party to an agreement referred to in paragraph 1 shall be entitled to treatment granted under such agreement, provided that it engages in substantive business operations in the territory of the parties to such agreement.

7. (a) Members which are parties to any agreement referred to in paragraph 1 shall promptly notify any such agreement and any enlargement or any significant modification of that agreement to the Council for Trade in Services. They shall also make available to the Council such relevant information as may be requested by it. The Council may establish a working party to examine such an agreement or enlargement or modification of that agreement and to report to the Council on its consistency with this Article.

(b) Members which are parties to any agreement referred to in paragraph 1 which is implemented on the basis of a time-frame shall report periodically to the Council for Trade in Services on its implementation. The Council may establish a working party to examine such reports if it deems such a working party necessary.

(c) Based on the reports of the working parties referred to in subparagraphs (a) and (b), the Council may make recommendations to the parties as it deems appropriate.

8. A Member which is a party to any agreement referred to in paragraph 1 may not seek compensation for trade benefits that may accrue to any other Member from such agreement.

Article V bis

Labour Markets Integration Agreements

This Agreement shall not prevent any of its Members from being a party to an agreement establishing full integration² of the labour markets between or among the parties to such an agreement, provided that such an agreement:

- (a) exempts citizens of parties to the agreement from requirements concerning residency and work permits;
- (b) is notified to the Council for Trade in Services.

Article VI

Domestic Regulation

1. In sectors where specific commitments are undertaken, each Member shall ensure that all measures of general application affecting trade in services are administered in a reasonable, objective and impartial manner.

²Typically, such integration provides citizens of the parties concerned with a right of free entry to the employment markets of the parties and includes measures concerning conditions of pay, other conditions of employment and social benefits.

2. (a) Each Member shall maintain or institute as soon as practicable judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures which provide, at the request of an affected service supplier, for the prompt review of, and where justified, appropriate remedies for, administrative decisions affecting trade in services. Where such procedures are not independent of the agency entrusted with the administrative decision concerned, the Member shall ensure that the procedures in fact provide for an objective and impartial review.

(b) The provisions of subparagraph (a) shall not be construed to require a Member to institute such tribunals or procedures where this would be inconsistent with its constitutional structure or the nature of its legal system.

3. Where authorization is required for the supply of a service on which a specific commitment has been made, the competent authorities of a Member shall, within a reasonable period of time after the submission of an application considered complete under domestic laws and regulations, inform the applicant of the decision concerning the application. At the request of the applicant, the competent authorities of the Member shall provide, without undue delay, information concerning the status of the application.

4. With a view to ensuring that measures relating to qualification requirements and procedures, technical standards and licensing requirements do not constitute unnecessary barriers to trade in services, the Council for Trade in Services shall, through appropriate bodies it may establish, develop any necessary disciplines. Such disciplines shall aim to ensure that such requirements are, *inter alia*:

- (a) based on objective and transparent criteria, such as competence and the ability to supply the service;
- (b) not more burdensome than necessary to ensure the quality of the service;
- (c) in the case of licensing procedures, not in themselves a restriction on the supply of the service.

5. (a) In sectors in which a Member has undertaken specific commitments, pending the entry into force of disciplines developed in these sectors pursuant to paragraph 4, the Member shall not apply licensing and qualification requirements and technical standards that nullify or impair such specific commitments in a manner which:

- (i) does not comply with the criteria outlined in subparagraphs 4(a), (b) or (c); and
- (ii) could not reasonably have been expected of that Member at the time the specific commitments in those sectors were made.

(b) In determining whether a Member is in conformity with the obligation under paragraph 5(a), account shall be taken of international standards of relevant international organizations³ applied by that Member.

6. In sectors where specific commitments regarding professional services are undertaken, each Member shall provide for adequate procedures to verify the competence of professionals of any other Member.

³The term "relevant international organizations" refers to international bodies whose membership is open to the relevant bodies of at least all Members of the WTO.

Article VII

Recognition

1. For the purposes of the fulfilment, in whole or in part, of its standards or criteria for the authorization, licensing or certification of services suppliers, and subject to the requirements of paragraph 3, a Member may recognize the education or experience obtained, requirements met, or licenses or certifications granted in a particular country. Such recognition, which may be achieved through harmonization or otherwise, may be based upon an agreement or arrangement with the country concerned or may be accorded autonomously.
2. A Member that is a party to an agreement or arrangement of the type referred to in paragraph 1, whether existing or future, shall afford adequate opportunity for other interested Members to negotiate their accession to such an agreement or arrangement or to negotiate comparable ones with it. Where a Member accords recognition autonomously, it shall afford adequate opportunity for any other Member to demonstrate that education, experience, licenses, or certifications obtained or requirements met in that other Member's territory should be recognized.
3. A Member shall not accord recognition in a manner which would constitute a means of discrimination between countries in the application of its standards or criteria for the authorization, licensing or certification of services suppliers, or a disguised restriction on trade in services.
4. Each Member shall:
 - (a) within 12 months from the date on which the WTO Agreement takes effect for it, inform the Council for Trade in Services of its existing recognition measures and state whether such measures are based on agreements or arrangements of the type referred to in paragraph 1;
 - (b) promptly inform the Council for Trade in Services as far in advance as possible of the opening of negotiations on an agreement or arrangement of the type referred to in paragraph 1 in order to provide adequate opportunity to any other Member to indicate their interest in participating in the negotiations before they enter a substantive phase;
 - (c) promptly inform the Council for Trade in Services when it adopts new recognition measures or significantly modifies existing ones and state whether the measures are based on an agreement or arrangement of the type referred to in paragraph 1.
5. Wherever appropriate, recognition should be based on multilaterally agreed criteria. In appropriate cases, Members shall work in cooperation with relevant intergovernmental and non-governmental organizations towards the establishment and adoption of common international standards and criteria for recognition and common international standards for the practice of relevant services trades and professions.

Article VIII

Monopolies and Exclusive Service Suppliers

1. Each Member shall ensure that any monopoly supplier of a service in its territory does not, in the supply of the monopoly service in the relevant market, act in a manner inconsistent with that Member's obligations under Article II and specific commitments.
2. Where a Member's monopoly supplier competes, either directly or through an affiliated company, in the supply of a service outside the scope of its monopoly rights and which is subject to that Member's

specific commitments, the Member shall ensure that such a supplier does not abuse its monopoly position to act in its territory in a manner inconsistent with such commitments.

3. The Council for Trade in Services may, at the request of a Member which has a reason to believe that a monopoly supplier of a service of any other Member is acting in a manner inconsistent with paragraph 1 or 2, request the Member establishing, maintaining or authorizing such supplier to provide specific information concerning the relevant operations.

4. If, after the date of entry into force of the WTO Agreement, a Member grants monopoly rights regarding the supply of a service covered by its specific commitments, that Member shall notify the Council for Trade in Services no later than three months before the intended implementation of the grant of monopoly rights and the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of Article XXI shall apply.

5. The provisions of this Article shall also apply to cases of exclusive service suppliers, where a Member, formally or in effect, (a) authorizes or establishes a small number of service suppliers and (b) substantially prevents competition among those suppliers in its territory.

Article IX

Business Practices

1. Members recognize that certain business practices of service suppliers, other than those falling under Article VIII, may restrain competition and thereby restrict trade in services.

2. Each Member shall, at the request of any other Member, enter into consultations with a view to eliminating practices referred to in paragraph 1. The Member addressed shall accord full and sympathetic consideration to such a request and shall cooperate through the supply of publicly available non-confidential information of relevance to the matter in question. The Member addressed shall also provide other information available to the requesting Member, subject to its domestic law and to the conclusion of satisfactory agreement concerning the safeguarding of its confidentiality by the requesting Member.

Article X

Emergency Safeguard Measures

1. There shall be multilateral negotiations on the question of emergency safeguard measures based on the principle of non-discrimination. The results of such negotiations shall enter into effect on a date not later than three years from the date of entry into force of the WTO Agreement.

2. In the period before the entry into effect of the results of the negotiations referred to in paragraph 1, any Member may, notwithstanding the provisions of paragraph 1 of Article XXI, notify the Council on Trade in Services of its intention to modify or withdraw a specific commitment after a period of one year from the date on which the commitment enters into force; provided that the Member shows cause to the Council that the modification or withdrawal cannot await the lapse of the three-year period provided for in paragraph 1 of Article XXI.

3. The provisions of paragraph 2 shall cease to apply three years after the date of entry into force of the WTO Agreement.

Article XI

Payments and Transfers

1. Except under the circumstances envisaged in Article XII, a Member shall not apply restrictions on international transfers and payments for current transactions relating to its specific commitments.
2. Nothing in this Agreement shall affect the rights and obligations of the members of the International Monetary Fund under the Articles of Agreement of the Fund, including the use of exchange actions which are in conformity with the Articles of Agreement, provided that a Member shall not impose restrictions on any capital transactions inconsistently with its specific commitments regarding such transactions, except under Article XII or at the request of the Fund.

Article XII

Restrictions to Safeguard the Balance of Payments

1. In the event of serious balance-of-payments and external financial difficulties or threat thereof, a Member may adopt or maintain restrictions on trade in services on which it has undertaken specific commitments, including on payments or transfers for transactions related to such commitments. It is recognized that particular pressures on the balance of payments of a Member in the process of economic development or economic transition may necessitate the use of restrictions to ensure, *inter alia*, the maintenance of a level of financial reserves adequate for the implementation of its programme of economic development or economic transition.
2. The restrictions referred to in paragraph 1:
 - (a) shall not discriminate among Members;
 - (b) shall be consistent with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund;
 - (c) shall avoid unnecessary damage to the commercial, economic and financial interests of any other Member;
 - (d) shall not exceed those necessary to deal with the circumstances described in paragraph 1;
 - (e) shall be temporary and be phased out progressively as the situation specified in paragraph 1 improves.
3. In determining the incidence of such restrictions, Members may give priority to the supply of services which are more essential to their economic or development programmes. However, such restrictions shall not be adopted or maintained for the purpose of protecting a particular service sector.
4. Any restrictions adopted or maintained under paragraph 1, or any changes therein, shall be promptly notified to the General Council.
5. (a) Members applying the provisions of this Article shall consult promptly with the Committee on Balance-of-Payments Restrictions on restrictions adopted under this Article.

(b) The Ministerial Conference shall establish procedures⁴ for periodic consultations with the objective of enabling such recommendations to be made to the Member concerned as it may deem appropriate.

(c) Such consultations shall assess the balance-of-payment situation of the Member concerned and the restrictions adopted or maintained under this Article, taking into account, *inter alia*, such factors as:

- (i) the nature and extent of the balance-of-payments and the external financial difficulties;
- (ii) the external economic and trading environment of the consulting Member;
- (iii) alternative corrective measures which may be available.

(d) The consultations shall address the compliance of any restrictions with paragraph 2, in particular the progressive phaseout of restrictions in accordance with paragraph 2(e).

(e) In such consultations, all findings of statistical and other facts presented by the International Monetary Fund relating to foreign exchange, monetary reserves and balance of payments, shall be accepted and conclusions shall be based on the assessment by the Fund of the balance-of-payments and the external financial situation of the consulting Member.

6. If a Member which is not a member of the International Monetary Fund wishes to apply the provisions of this Article, the Ministerial Conference shall establish a review procedure and any other procedures necessary.

Article XIII

Government Procurement

1. Articles II, XVI and XVII shall not apply to laws, regulations or requirements governing the procurement by governmental agencies of services purchased for governmental purposes and not with a view to commercial resale or with a view to use in the supply of services for commercial sale.

2. There shall be multilateral negotiations on government procurement in services under this Agreement within two years from the date of entry into force of the WTO Agreement.

Article XIV

General Exceptions

Subject to the requirement that such measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination between countries where like conditions prevail, or a disguised restriction on trade in services, nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption or enforcement by any Member of measures:

- (a) necessary to protect public morals or to maintain public order;⁵

⁴It is understood that the procedures under paragraph 5 shall be the same as the GATT 1994 procedures.

⁵The public order exception may be invoked only where a genuine and sufficiently serious threat is posed to one of the fundamental interests of society.

- (b) necessary to protect human, animal or plant life or health;
- (c) necessary to secure compliance with laws or regulations which are not inconsistent with the provisions of this Agreement including those relating to:
 - (i) the prevention of deceptive and fraudulent practices or to deal with the effects of a default on services contracts;
 - (ii) the protection of the privacy of individuals in relation to the processing and dissemination of personal data and the protection of confidentiality of individual records and accounts;
 - (iii) safety;
- (d) inconsistent with Article XVII, provided that the difference in treatment is aimed at ensuring the equitable or effective⁶ imposition or collection of direct taxes in respect of services or service suppliers of other Members;
- (e) inconsistent with Article II, provided that the difference in treatment is the result of an agreement on the avoidance of double taxation or provisions on the avoidance of double taxation in any other international agreement or arrangement by which the Member is bound.

⁶Measures that are aimed at ensuring the equitable or effective imposition or collection of direct taxes include measures taken by a Member under its taxation system which:

- (i) apply to non-resident service suppliers in recognition of the fact that the tax obligation of non-residents is determined with respect to taxable items sourced or located in the Member's territory; or
- (ii) apply to non-residents in order to ensure the imposition or collection of taxes in the Member's territory; or
- (iii) apply to non-residents or residents in order to prevent the avoidance or evasion of taxes, including compliance measures; or
- (iv) apply to consumers of services supplied in or from the territory of another Member in order to ensure the imposition or collection of taxes on such consumers derived from sources in the Member's territory; or
- (v) distinguish service suppliers subject to tax on worldwide taxable items from other service suppliers, in recognition of the difference in the nature of the tax base between them; or
- (vi) determine, allocate or apportion income, profit, gain, loss, deduction or credit of resident persons or branches, or between related persons or branches of the same person, in order to safeguard the Member's tax base.

Tax terms or concepts in paragraph (d) of Article XIV and in this footnote are determined according to tax definitions and concepts, or equivalent or similar definitions and concepts, under the domestic law of the Member taking the measure.

*Article XIV bis**Security Exceptions*

1. Nothing in this Agreement shall be construed:
 - (a) to require any Member to furnish any information, the disclosure of which it considers contrary to its essential security interests; or
 - (b) to prevent any Member from taking any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests:
 - (i) relating to the supply of services as carried out directly or indirectly for the purpose of provisioning a military establishment;
 - (ii) relating to fissionable and fusionable materials or the materials from which they are derived;
 - (iii) taken in time of war or other emergency in international relations; or
 - (c) to prevent any Member from taking any action in pursuance of its obligations under the United Nations Charter for the maintenance of international peace and security.
2. The Council for Trade in Services shall be informed to the fullest extent possible of measures taken under paragraphs 1(b) and (c) and of their termination.

*Article XV**Subsidies*

1. Members recognize that, in certain circumstances, subsidies may have distortive effects on trade in services. Members shall enter into negotiations with a view to developing the necessary multilateral disciplines to avoid such trade-distortive effects.⁷ The negotiations shall also address the appropriateness of countervailing procedures. Such negotiations shall recognize the role of subsidies in relation to the development programmes of developing countries and take into account the needs of Members, particularly developing country Members, for flexibility in this area. For the purpose of such negotiations, Members shall exchange information concerning all subsidies related to trade in services that they provide to their domestic service suppliers.
2. Any Member which considers that it is adversely affected by a subsidy of another Member may request consultations with that Member on such matters. Such requests shall be accorded sympathetic consideration.

⁷A future work programme shall determine how, and in what time-frame, negotiations on such multilateral disciplines will be conducted.

PART III
SPECIFIC COMMITMENTS

Article XVI

Market Access

1. With respect to market access through the modes of supply identified in Article I, each Member shall accord services and service suppliers of any other Member treatment no less favourable than that provided for under the terms, limitations and conditions agreed and specified in its Schedule.⁸

2. In sectors where market-access commitments are undertaken, the measures which a Member shall not maintain or adopt either on the basis of a regional subdivision or on the basis of its entire territory, unless otherwise specified in its Schedule, are defined as:

- (a) limitations on the number of service suppliers whether in the form of numerical quotas, monopolies, exclusive service suppliers or the requirements of an economic needs test;
- (b) limitations on the total value of service transactions or assets in the form of numerical quotas or the requirement of an economic needs test;
- (c) limitations on the total number of service operations or on the total quantity of service output expressed in terms of designated numerical units in the form of quotas or the requirement of an economic needs test;⁹
- (d) limitations on the total number of natural persons that may be employed in a particular service sector or that a service supplier may employ and who are necessary for, and directly related to, the supply of a specific service in the form of numerical quotas or the requirement of an economic needs test;
- (e) measures which restrict or require specific types of legal entity or joint venture through which a service supplier may supply a service; and
- (f) limitations on the participation of foreign capital in terms of maximum percentage limit on foreign shareholding or the total value of individual or aggregate foreign investment.

⁸If a Member undertakes a market-access commitment in relation to the supply of a service through the mode of supply referred to in subparagraph 2(a) of Article I and if the cross-border movement of capital is an essential part of the service itself, that Member is thereby committed to allow such movement of capital. If a Member undertakes a market-access commitment in relation to the supply of a service through the mode of supply referred to in subparagraph 2(c) of Article I, it is thereby committed to allow related transfers of capital into its territory.

⁹Subparagraph 2(c) does not cover measures of a Member which limit inputs for the supply of services.

*Article XVII**National Treatment*

1. In the sectors inscribed in its Schedule, and subject to any conditions and qualifications set out therein, each Member shall accord to services and service suppliers of any other Member, in respect of all measures affecting the supply of services, treatment no less favourable than that it accords to its own like services and service suppliers.¹⁰
2. A Member may meet the requirement of paragraph 1 by according to services and service suppliers of any other Member, either formally identical treatment or formally different treatment to that it accords to its own like services and service suppliers.
3. Formally identical or formally different treatment shall be considered to be less favourable if it modifies the conditions of competition in favour of services or service suppliers of the Member compared to like services or service suppliers of any other Member.

*Article XVIII**Additional Commitments*

Members may negotiate commitments with respect to measures affecting trade in services not subject to scheduling under Articles XVI or XVII, including those regarding qualifications, standards or licensing matters. Such commitments shall be inscribed in a Member's Schedule.

PART IV**PROGRESSIVE LIBERALIZATION***Article XIX**Negotiation of Specific Commitments*

1. In pursuance of the objectives of this Agreement, Members shall enter into successive rounds of negotiations, beginning not later than five years from the date of entry into force of the WTO Agreement and periodically thereafter, with a view to achieving a progressively higher level of liberalization. Such negotiations shall be directed to the reduction or elimination of the adverse effects on trade in services of measures as a means of providing effective market access. This process shall take place with a view to promoting the interests of all participants on a mutually advantageous basis and to securing an overall balance of rights and obligations.
2. The process of liberalization shall take place with due respect for national policy objectives and the level of development of individual Members, both overall and in individual sectors. There shall be appropriate flexibility for individual developing country Members for opening fewer sectors, liberalizing fewer types of transactions, progressively extending market access in line with their development situation and, when making access to their markets available to foreign service suppliers, attaching to such access conditions aimed at achieving the objectives referred to in Article IV.

¹⁰Specific commitments assumed under this Article shall not be construed to require any Member to compensate for any inherent competitive disadvantages which result from the foreign character of the relevant services or service suppliers.

3. For each round, negotiating guidelines and procedures shall be established. For the purposes of establishing such guidelines, the Council for Trade in Services shall carry out an assessment of trade in services in overall terms and on a sectoral basis with reference to the objectives of this Agreement, including those set out in paragraph 1 of Article IV. Negotiating guidelines shall establish modalities for the treatment of liberalization undertaken autonomously by Members since previous negotiations, as well as for the special treatment for least-developed country Members under the provisions of paragraph 3 of Article IV.

4. The process of progressive liberalization shall be advanced in each such round through bilateral, plurilateral or multilateral negotiations directed towards increasing the general level of specific commitments undertaken by Members under this Agreement.

Article XX

Schedules of Specific Commitments

1. Each Member shall set out in a schedule the specific commitments it undertakes under Part III of this Agreement. With respect to sectors where such commitments are undertaken, each Schedule shall specify:

- (a) terms, limitations and conditions on market access;
- (b) conditions and qualifications on national treatment;
- (c) undertakings relating to additional commitments;
- (d) where appropriate the time-frame for implementation of such commitments; and
- (e) the date of entry into force of such commitments.

2. Measures inconsistent with both Articles XVI and XVII shall be inscribed in the column relating to Article XVI. In this case the inscription will be considered to provide a condition or qualification to Article XVII as well.

3. Schedules of specific commitments shall be annexed to this Agreement and shall form an integral part thereof.

Article XXI

Modification of Schedules

1. (a) A Member (referred to in this Article as the "modifying Member") may modify or withdraw any commitment in its Schedule, at any time after three years have elapsed from the date on which that commitment entered into force, in accordance with the provisions of this Article.

(b) A modifying Member shall notify its intent to modify or withdraw a commitment pursuant to this Article to the Council for Trade in Services no later than three months before the intended date of implementation of the modification or withdrawal.

2. (a) At the request of any Member the benefits of which under this Agreement may be affected (referred to in this Article as an "affected Member") by a proposed modification or withdrawal notified under subparagraph 1(b), the modifying Member shall enter into negotiations with a view to reaching agreement on any necessary compensatory adjustment. In such negotiations and agreement, the Members

concerned shall endeavour to maintain a general level of mutually advantageous commitments not less favourable to trade than that provided for in Schedules of specific commitments prior to such negotiations.

(b) Compensatory adjustments shall be made on a most-favoured-nation basis.

3. (a) If agreement is not reached between the modifying Member and any affected Member before the end of the period provided for negotiations, such affected Member may refer the matter to arbitration. Any affected Member that wishes to enforce a right that it may have to compensation must participate in the arbitration.

(b) If no affected Member has requested arbitration, the modifying Member shall be free to implement the proposed modification or withdrawal.

4. (a) The modifying Member may not modify or withdraw its commitment until it has made compensatory adjustments in conformity with the findings of the arbitration.

(b) If the modifying Member implements its proposed modification or withdrawal and does not comply with the findings of the arbitration, any affected Member that participated in the arbitration may modify or withdraw substantially equivalent benefits in conformity with those findings. Notwithstanding Article II, such a modification or withdrawal may be implemented solely with respect to the modifying Member.

5. The Council for Trade in Services shall establish procedures for rectification or modification of Schedules. Any Member which has modified or withdrawn scheduled commitments under this Article shall modify its Schedule according to such procedures.

PART V

INSTITUTIONAL PROVISIONS

Article XXII

Consultation

1. Each Member shall accord sympathetic consideration to, and shall afford adequate opportunity for, consultation regarding such representations as may be made by any other Member with respect to any matter affecting the operation of this Agreement. The Dispute Settlement Understanding (DSU) shall apply to such consultations.

2. The Council for Trade in Services or the Dispute Settlement Body (DSB) may, at the request of a Member, consult with any Member or Members in respect of any matter for which it has not been possible to find a satisfactory solution through consultation under paragraph 1.

3. A Member may not invoke Article XVII, either under this Article or Article XXIII, with respect to a measure of another Member that falls within the scope of an international agreement between them relating to the avoidance of double taxation. In case of disagreement between Members as to whether a measure falls within the scope of such an agreement between them, it shall be open to either Member to bring this matter before the Council for Trade in Services.¹¹ The Council shall refer the matter to arbitration. The decision of the arbitrator shall be final and binding on the Members.

¹¹With respect to agreements on the avoidance of double taxation which exist on the date of entry into force of the WTO Agreement, such a matter may be brought before the Council for Trade in Services only with the consent of both parties to such an agreement.

Article XXIII

Dispute Settlement and Enforcement

1. If any Member should consider that any other Member fails to carry out its obligations or specific commitments under this Agreement, it may with a view to reaching a mutually satisfactory resolution of the matter have recourse to the DSU.
2. If the DSB considers that the circumstances are serious enough to justify such action, it may authorize a Member or Members to suspend the application to any other Member or Members of obligations and specific commitments in accordance with Article 22 of the DSU.
3. If any Member considers that any benefit it could reasonably have expected to accrue to it under a specific commitment of another Member under Part III of this Agreement is being nullified or impaired as a result of the application of any measure which does not conflict with the provisions of this Agreement, it may have recourse to the DSU. If the measure is determined by the DSB to have nullified or impaired such a benefit, the Member affected shall be entitled to a mutually satisfactory adjustment on the basis of paragraph 2 of Article XXI, which may include the modification or withdrawal of the measure. In the event an agreement cannot be reached between the Members concerned, Article 22 of the DSU shall apply.

Article XXIV

Council for Trade in Services

1. The Council for Trade in Services shall carry out such functions as may be assigned to it to facilitate the operation of this Agreement and further its objectives. The Council may establish such subsidiary bodies as it considers appropriate for the effective discharge of its functions.
2. The Council and, unless the Council decides otherwise, its subsidiary bodies shall be open to participation by representatives of all Members.
3. The Chairman of the Council shall be elected by the Members.

Article XXV

Technical Cooperation

1. Service suppliers of Members which are in need of such assistance shall have access to the services of contact points referred to in paragraph 2 of Article IV.
2. Technical assistance to developing countries shall be provided at the multilateral level by the Secretariat and shall be decided upon by the Council for Trade in Services.

Article XXVI

Relationship with Other International Organizations

The General Council shall make appropriate arrangements for consultation and cooperation with the United Nations and its specialized agencies as well as with other intergovernmental organizations concerned with services.

PART VI**FINAL PROVISIONS***Article XXVII**Denial of Benefits*

A Member may deny the benefits of this Agreement:

- (a) to the supply of a service, if it establishes that the service is supplied from or in the territory of a non-Member or of a Member to which the denying Member does not apply the WTO Agreement;
- (b) in the case of the supply of a maritime transport service, if it establishes that the service is supplied:
 - (i) by a vessel registered under the laws of a non-Member or of a Member to which the denying Member does not apply the WTO Agreement, and
 - (ii) by a person which operates and/or uses the vessel in whole or in part but which is of a non-Member or of a Member to which the denying Member does not apply the WTO Agreement;
- (c) to a service supplier that is a juridical person, if it establishes that it is not a service supplier of another Member, or that it is a service supplier of a Member to which the denying Member does not apply the WTO Agreement.

*Article XXVIII**Definitions*

For the purpose of this Agreement:

- (a) "measure" means any measure by a Member, whether in the form of a law, regulation, rule, procedure, decision, administrative action, or any other form;
- (b) "supply of a service" includes the production, distribution, marketing, sale and delivery of a service;
- (c) "measures by Members affecting trade in services" include measures in respect of
 - (i) the purchase, payment or use of a service;
 - (ii) the access to and use of, in connection with the supply of a service, services which are required by those Members to be offered to the public generally;
 - (iii) the presence, including commercial presence, of persons of a Member for the supply of a service in the territory of another Member;
- (d) "commercial presence" means any type of business or professional establishment, including through

- (i) the constitution, acquisition or maintenance of a juridical person, or
 - (ii) the creation or maintenance of a branch or a representative office,within the territory of a Member for the purpose of supplying a service;
- (e) "sector" of a service means,
 - (i) with reference to a specific commitment, one or more, or all, subsectors of that service, as specified in a Member's Schedule,
 - (ii) otherwise, the whole of that service sector, including all of its subsectors;
- (f) "service of another Member" means a service which is supplied,
 - (i) from or in the territory of that other Member, or in the case of maritime transport, by a vessel registered under the laws of that other Member, or by a person of that other Member which supplies the service through the operation of a vessel and/or its use in whole or in part; or
 - (ii) in the case of the supply of a service through commercial presence or through the presence of natural persons, by a service supplier of that other Member;
- (g) "service supplier" means any person that supplies a service;¹²
- (h) "monopoly supplier of a service" means any person, public or private, which in the relevant market of the territory of a Member is authorized or established formally or in effect by that Member as the sole supplier of that service;
- (i) "service consumer" means any person that receives or uses a service;
- (j) "person" means either a natural person or a juridical person;
- (k) "natural person of another Member" means a natural person who resides in the territory of that other Member or any other Member, and who under the law of that other Member:
 - (i) is a national of that other Member; or
 - (ii) has the right of permanent residence in that other Member, in the case of a Member which:
 - 1. does not have nationals; or
 - 2. accords substantially the same treatment to its permanent residents as it does to its nationals in respect of measures affecting trade in services, as notified in its acceptance of or accession to the WTO Agreement, provided that no Member is obligated to accord to such permanent residents treatment more favourable than would be

¹²Where the service is not supplied directly by a juridical person but through other forms of commercial presence such as a branch or a representative office, the service supplier (i.e. the juridical person) shall, nonetheless, through such presence be accorded the treatment provided for service suppliers under the Agreement. Such treatment shall be extended to the presence through which the service is supplied and need not be extended to any other parts of the supplier located outside the territory where the service is supplied.

accorded by that other Member to such permanent residents. Such notification shall include the assurance to assume, with respect to those permanent residents, in accordance with its laws and regulations, the same responsibilities that other Member bears with respect to its nationals;

- (l) "juridical person" means any legal entity duly constituted or otherwise organized under applicable law, whether for profit or otherwise, and whether privately-owned or governmentally-owned, including any corporation, trust, partnership, joint venture, sole proprietorship or association;
- (m) "juridical person of another Member" means a juridical person which is either:
 - (i) constituted or otherwise organized under the law of that other Member, and is engaged in substantive business operations in the territory of that Member or any other Member; or
 - (ii) in the case of the supply of a service through commercial presence, owned or controlled by:
 - 1. natural persons of that Member; or
 - 2. juridical persons of that other Member identified under subparagraph (i);
- (n) a juridical person is:
 - (i) "owned" by persons of a Member if more than 50 per cent of the equity interest in it is beneficially owned by persons of that Member;
 - (ii) "controlled" by persons of a Member if such persons have the power to name a majority of its directors or otherwise to legally direct its actions;
 - (iii) "affiliated" with another person when it controls, or is controlled by, that other person; or when it and the other person are both controlled by the same person;
- (o) "direct taxes" comprise all taxes on total income, on total capital or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of property, taxes on estates, inheritances and gifts, and taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

Article XXIX

Annexes

The Annexes to this Agreement are an integral part of this Agreement.

ANNEX ON ARTICLE II EXEMPTIONS

Scope

1. This Annex specifies the conditions under which a Member, at the entry into force of this Agreement, is exempted from its obligations under paragraph 1 of Article II.
2. Any new exemptions applied for after the date of entry into force of the WTO Agreement shall be dealt with under paragraph 3 of Article IX of that Agreement.

Review

3. The Council for Trade in Services shall review all exemptions granted for a period of more than 5 years. The first such review shall take place no more than 5 years after the entry into force of the WTO Agreement.
4. The Council for Trade in Services in a review shall:
 - (a) examine whether the conditions which created the need for the exemption still prevail; and
 - (b) determine the date of any further review.

Termination

5. The exemption of a Member from its obligations under paragraph 1 of Article II of the Agreement with respect to a particular measure terminates on the date provided for in the exemption.
6. In principle, such exemptions should not exceed a period of 10 years. In any event, they shall be subject to negotiation in subsequent trade liberalizing rounds.
7. A Member shall notify the Council for Trade in Services at the termination of the exemption period that the inconsistent measure has been brought into conformity with paragraph 1 of Article II of the Agreement.

Lists of Article II Exemptions

[The agreed lists of exemptions under paragraph 2 of Article II will be annexed here in the treaty copy of the WTO Agreement.]

**ANNEX ON MOVEMENT OF NATURAL PERSONS
SUPPLYING SERVICES UNDER THE AGREEMENT**

1. This Annex applies to measures affecting natural persons who are service suppliers of a Member, and natural persons of a Member who are employed by a service supplier of a Member, in respect of the supply of a service.
2. The Agreement shall not apply to measures affecting natural persons seeking access to the employment market of a Member, nor shall it apply to measures regarding citizenship, residence or employment on a permanent basis.
3. In accordance with Parts III and IV of the Agreement, Members may negotiate specific commitments applying to the movement of all categories of natural persons supplying services under the Agreement. Natural persons covered by a specific commitment shall be allowed to supply the service in accordance with the terms of that commitment.
4. The Agreement shall not prevent a Member from applying measures to regulate the entry of natural persons into, or their temporary stay in, its territory, including those measures necessary to protect the integrity of, and to ensure the orderly movement of natural persons across, its borders, provided that such measures are not applied in such a manner as to nullify or impair the benefits accruing to any Member under the terms of a specific commitment.¹

¹The sole fact of requiring a visa for natural persons of certain Members and not for those of others shall not be regarded as nullifying or impairing benefits under a specific commitment.

ANNEX ON AIR TRANSPORT SERVICES

1. This Annex applies to measures affecting trade in air transport services, whether scheduled or non-scheduled, and ancillary services. It is confirmed that any specific commitment or obligation assumed under this Agreement shall not reduce or affect a Member's obligations under bilateral or multilateral agreements that are in effect on the date of entry into force of the WTO Agreement.
2. The Agreement, including its dispute settlement procedures, shall not apply to measures affecting:
 - (a) traffic rights, however granted; or
 - (b) services directly related to the exercise of traffic rights,except as provided in paragraph 3 of this Annex.
3. The Agreement shall apply to measures affecting:
 - (a) aircraft repair and maintenance services;
 - (b) the selling and marketing of air transport services;
 - (c) computer reservation system (CRS) services.
4. The dispute settlement procedures of the Agreement may be invoked only where obligations or specific commitments have been assumed by the concerned Members and where dispute settlement procedures in bilateral and other multilateral agreements or arrangements have been exhausted.
5. The Council for Trade in Services shall review periodically, and at least every five years, developments in the air transport sector and the operation of this Annex with a view to considering the possible further application of the Agreement in this sector.
6. Definitions:
 - (a) "Aircraft repair and maintenance services" mean such activities when undertaken on an aircraft or a part thereof while it is withdrawn from service and do not include so-called line maintenance.
 - (b) "Selling and marketing of air transport services" mean opportunities for the air carrier concerned to sell and market freely its air transport services including all aspects of marketing such as market research, advertising and distribution. These activities do not include the pricing of air transport services nor the applicable conditions.
 - (c) "Computer reservation system (CRS) services" mean services provided by computerised systems that contain information about air carriers' schedules, availability, fares and fare rules, through which reservations can be made or tickets may be issued.
 - (d) "Traffic rights" mean the right for scheduled and non-scheduled services to operate and/or to carry passengers, cargo and mail for remuneration or hire from, to, within, or over the territory of a Member, including points to be served, routes to be operated, types of traffic to be carried, capacity to be provided, tariffs to be charged and their conditions, and criteria for designation of airlines, including such criteria as number, ownership, and control.

ANNEX ON FINANCIAL SERVICES

1. *Scope and Definition*

(a) This Annex applies to measures affecting the supply of financial services. Reference to the supply of a financial service in this Annex shall mean the supply of a service as defined in paragraph 2 of Article I of the Agreement.

(b) For the purposes of subparagraph 3(b) of Article I of the Agreement, "services supplied in the exercise of governmental authority" means the following:

- (i) activities conducted by a central bank or monetary authority or by any other public entity in pursuit of monetary or exchange rate policies;
- (ii) activities forming part of a statutory system of social security or public retirement plans; and
- (iii) other activities conducted by a public entity for the account or with the guarantee or using the financial resources of the Government.

(c) For the purposes of subparagraph 3(b) of Article I of the Agreement, if a Member allows any of the activities referred to in subparagraphs (b)(ii) or (b)(iii) of this paragraph to be conducted by its financial service suppliers in competition with a public entity or a financial service supplier, "services" shall include such activities.

(d) Subparagraph 3(c) of Article I of the Agreement shall not apply to services covered by this Annex.

2. *Domestic Regulation*

(a) Notwithstanding any other provisions of the Agreement, a Member shall not be prevented from taking measures for prudential reasons, including for the protection of investors, depositors, policy holders or persons to whom a fiduciary duty is owed by a financial service supplier, or to ensure the integrity and stability of the financial system. Where such measures do not conform with the provisions of the Agreement, they shall not be used as a means of avoiding the Member's commitments or obligations under the Agreement.

(b) Nothing in the Agreement shall be construed to require a Member to disclose information relating to the affairs and accounts of individual customers or any confidential or proprietary information in the possession of public entities.

3. *Recognition*

(a) A Member may recognize prudential measures of any other country in determining how the Member's measures relating to financial services shall be applied. Such recognition, which may be achieved through harmonization or otherwise, may be based upon an agreement or arrangement with the country concerned or may be accorded autonomously.

(b) A Member that is a party to such an agreement or arrangement referred to in subparagraph (a), whether future or existing, shall afford adequate opportunity for other interested Members to negotiate their accession to such agreements or arrangements, or to negotiate comparable ones with it, under circumstances in which there would be equivalent regulation, oversight, implementation of such regulation, and, if appropriate, procedures concerning the sharing of information between the parties to the agreement or arrangement. Where a Member accords recognition

autonomously, it shall afford adequate opportunity for any other Member to demonstrate that such circumstances exist.

(c) Where a Member is contemplating according recognition to prudential measures of any other country, paragraph 4(b) of Article VII shall not apply.

4. *Dispute Settlement*

Panels for disputes on prudential issues and other financial matters shall have the necessary expertise relevant to the specific financial service under dispute.

5. *Definitions*

For the purposes of this Annex:

(a) A financial service is any service of a financial nature offered by a financial service supplier of a Member. Financial services include all insurance and insurance-related services, and all banking and other financial services (excluding insurance). Financial services include the following activities:

Insurance and insurance-related services

- (i) Direct insurance (including co-insurance):
 - (A) life
 - (B) non-life
- (ii) Reinsurance and retrocession;
- (iii) Insurance intermediation, such as brokerage and agency;
- (iv) Services auxiliary to insurance, such as consultancy, actuarial, risk assessment and claim settlement services.

Banking and other financial services (excluding insurance)

- (v) Acceptance of deposits and other repayable funds from the public;
- (vi) Lending of all types, including consumer credit, mortgage credit, factoring and financing of commercial transaction;
- (vii) Financial leasing;
- (viii) All payment and money transmission services, including credit, charge and debit cards, travellers cheques and bankers drafts;
- (ix) Guarantees and commitments;
- (x) Trading for own account or for account of customers, whether on an exchange, in an over-the-counter market or otherwise, the following:
 - (A) money market instruments (including cheques, bills, certificates of deposits);
 - (B) foreign exchange;
 - (C) derivative products including, but not limited to, futures and options;

- (D) exchange rate and interest rate instruments, including products such as swaps, forward rate agreements;
 - (E) transferable securities;
 - (F) other negotiable instruments and financial assets, including bullion.
- (xi) Participation in issues of all kinds of securities, including underwriting and placement as agent (whether publicly or privately) and provision of services related to such issues;
 - (xii) Money broking;
 - (xiii) Asset management, such as cash or portfolio management, all forms of collective investment management, pension fund management, custodial, depository and trust services;
 - (xiv) Settlement and clearing services for financial assets, including securities, derivative products, and other negotiable instruments;
 - (xv) Provision and transfer of financial information, and financial data processing and related software by suppliers of other financial services;
 - (xvi) Advisory, intermediation and other auxiliary financial services on all the activities listed in subparagraphs (v) through (xv), including credit reference and analysis, investment and portfolio research and advice, advice on acquisitions and on corporate restructuring and strategy.
- (b) A financial service supplier means any natural or juridical person of a Member wishing to supply or supplying financial services but the term "financial service supplier" does not include a public entity.
- (c) "Public entity" means:
- (i) a government, a central bank or a monetary authority, of a Member, or an entity owned or controlled by a Member, that is principally engaged in carrying out governmental functions or activities for governmental purposes, not including an entity principally engaged in supplying financial services on commercial terms; or
 - (ii) a private entity, performing functions normally performed by a central bank or monetary authority, when exercising those functions.

SECOND ANNEX ON FINANCIAL SERVICES

1. Notwithstanding Article II of the Agreement and paragraphs 1 and 2 of the Annex on Article II Exemptions, a Member may, during a period of 60 days beginning four months after the date of entry into force of the WTO Agreement, list in that Annex measures relating to financial services which are inconsistent with paragraph 1 of Article II of the Agreement.
2. Notwithstanding Article XXI of the Agreement, a Member may, during a period of 60 days beginning four months after the date of entry into force of the WTO Agreement, improve, modify or withdraw all or part of the specific commitments on financial services inscribed in its Schedule.
3. The Council for Trade in Services shall establish any procedures necessary for the application of paragraphs 1 and 2.

ANNEX ON NEGOTIATIONS ON MARITIME TRANSPORT SERVICES

1. Article II and the Annex on Article II Exemptions, including the requirement to list in the Annex any measure inconsistent with most-favoured-nation treatment that a Member will maintain, shall enter into force for international shipping, auxiliary services and access to and use of port facilities only on:
 - (a) the implementation date to be determined under paragraph 4 of the Ministerial Decision on Negotiations on Maritime Transport Services; or,
 - (b) should the negotiations not succeed, the date of the final report of the Negotiating Group on Maritime Transport Services provided for in that Decision.
2. Paragraph 1 shall not apply to any specific commitment on maritime transport services which is inscribed in a Member's Schedule.
3. From the conclusion of the negotiations referred to in paragraph 1, and before the implementation date, a Member may improve, modify or withdraw all or part of its specific commitments in this sector without offering compensation, notwithstanding the provisions of Article XXI.

ANNEX ON TELECOMMUNICATIONS

1. Objectives

Recognizing the specificities of the telecommunications services sector and, in particular, its dual role as a distinct sector of economic activity and as the underlying transport means for other economic activities, the Members have agreed to the following Annex with the objective of elaborating upon the provisions of the Agreement with respect to measures affecting access to and use of public telecommunications transport networks and services. Accordingly, this Annex provides notes and supplementary provisions to the Agreement.

2. Scope

(a) This Annex shall apply to all measures of a Member that affect access to and use of public telecommunications transport networks and services.¹

(b) This Annex shall not apply to measures affecting the cable or broadcast distribution of radio or television programming.

(c) Nothing in this Annex shall be construed:

(i) to require a Member to authorize a service supplier of any other Member to establish, construct, acquire, lease, operate, or supply telecommunications transport networks or services, other than as provided for in its Schedule; or

(ii) to require a Member (or to require a Member to oblige service suppliers under its jurisdiction) to establish, construct, acquire, lease, operate or supply telecommunications transport networks or services not offered to the public generally.

3. Definitions

For the purposes of this Annex:

(a) "Telecommunications" means the transmission and reception of signals by any electromagnetic means.

(b) "Public telecommunications transport service" means any telecommunications transport service required, explicitly or in effect, by a Member to be offered to the public generally. Such services may include, *inter alia*, telegraph, telephone, telex, and data transmission typically involving the real-time transmission of customer-supplied information between two or more points without any end-to-end change in the form or content of the customer's information.

(c) "Public telecommunications transport network" means the public telecommunications infrastructure which permits telecommunications between and among defined network termination points.

(d) "Intra-corporate communications" means telecommunications through which a company communicates within the company or with or among its subsidiaries, branches and, subject to a Member's domestic laws and regulations, affiliates. For these purposes, "subsidiaries", "branches"

¹This paragraph is understood to mean that each Member shall ensure that the obligations of this Annex are applied with respect to suppliers of public telecommunications transport networks and services by whatever measures are necessary.

and, where applicable, "affiliates" shall be as defined by each Member. "Intra-corporate communications" in this Annex excludes commercial or non-commercial services that are supplied to companies that are not related subsidiaries, branches or affiliates, or that are offered to customers or potential customers.

(e) Any reference to a paragraph or subparagraph of this Annex includes all subdivisions thereof.

4. *Transparency*

In the application of Article III of the Agreement, each Member shall ensure that relevant information on conditions affecting access to and use of public telecommunications transport networks and services is publicly available, including: tariffs and other terms and conditions of service; specifications of technical interfaces with such networks and services; information on bodies responsible for the preparation and adoption of standards affecting such access and use; conditions applying to attachment of terminal or other equipment; and notifications, registration or licensing requirements, if any.

5. *Access to and use of Public Telecommunications Transport Networks and Services*

(a) Each Member shall ensure that any service supplier of any other Member is accorded access to and use of public telecommunications transport networks and services on reasonable and non-discriminatory terms and conditions, for the supply of a service included in its Schedule. This obligation shall be applied, *inter alia*, through paragraphs (b) through (f).²

(b) Each Member shall ensure that service suppliers of any other Member have access to and use of any public telecommunications transport network or service offered within or across the border of that Member, including private leased circuits, and to this end shall ensure, subject to paragraphs (e) and (f), that such suppliers are permitted:

- (i) to purchase or lease and attach terminal or other equipment which interfaces with the network and which is necessary to supply a supplier's services;
- (ii) to interconnect private leased or owned circuits with public telecommunications transport networks and services or with circuits leased or owned by another service supplier; and
- (iii) to use operating protocols of the service supplier's choice in the supply of any service, other than as necessary to ensure the availability of telecommunications transport networks and services to the public generally.

(c) Each Member shall ensure that service suppliers of any other Member may use public telecommunications transport networks and services for the movement of information within and across borders, including for intra-corporate communications of such service suppliers, and for access to information contained in data bases or otherwise stored in machine-readable form in the territory of any Member. Any new or amended measures of a Member significantly affecting such use shall be notified and shall be subject to consultation, in accordance with relevant provisions of the Agreement.

(d) Notwithstanding the preceding paragraph, a Member may take such measures as are necessary to ensure the security and confidentiality of messages, subject to the requirement that such

²The term "non-discriminatory" is understood to refer to most-favoured-nation and national treatment as defined in the Agreement, as well as to reflect sector-specific usage of the term to mean "terms and conditions no less favourable than those accorded to any other user of like public telecommunications transport networks or services under like circumstances".

measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination or a disguised restriction on trade in services.

(e) Each Member shall ensure that no condition is imposed on access to and use of public telecommunications transport networks and services other than as necessary:

- (i) to safeguard the public service responsibilities of suppliers of public telecommunications transport networks and services, in particular their ability to make their networks or services available to the public generally;
- (ii) to protect the technical integrity of public telecommunications transport networks or services; or
- (iii) to ensure that service suppliers of any other Member do not supply services unless permitted pursuant to commitments in the Member's Schedule.

(f) Provided that they satisfy the criteria set out in paragraph (e), conditions for access to and use of public telecommunications transport networks and services may include:

- (i) restrictions on resale or shared use of such services;
- (ii) a requirement to use specified technical interfaces, including interface protocols, for inter-connection with such networks and services;
- (iii) requirements, where necessary, for the inter-operability of such services and to encourage the achievement of the goals set out in paragraph 7(a);
- (iv) type approval of terminal or other equipment which interfaces with the network and technical requirements relating to the attachment of such equipment to such networks;
- (v) restrictions on inter-connection of private leased or owned circuits with such networks or services or with circuits leased or owned by another service supplier; or
- (vi) notification, registration and licensing.

(g) Notwithstanding the preceding paragraphs of this section, a developing country Member may, consistent with its level of development, place reasonable conditions on access to and use of public telecommunications transport networks and services necessary to strengthen its domestic telecommunications infrastructure and service capacity and to increase its participation in international trade in telecommunications services. Such conditions shall be specified in the Member's Schedule.

6. *Technical Cooperation*

(a) Members recognize that an efficient, advanced telecommunications infrastructure in countries, particularly developing countries, is essential to the expansion of their trade in services. To this end, Members endorse and encourage the participation, to the fullest extent practicable, of developed and developing countries and their suppliers of public telecommunications transport networks and services and other entities in the development programmes of international and regional organizations, including the International Telecommunication Union, the United Nations Development Programme, and the International Bank for Reconstruction and Development.

(b) Members shall encourage and support telecommunications cooperation among developing countries at the international, regional and sub-regional levels.

(c) In cooperation with relevant international organizations, Members shall make available, where practicable, to developing countries information with respect to telecommunications services and developments in telecommunications and information technology to assist in strengthening their domestic telecommunications services sector.

(d) Members shall give special consideration to opportunities for the least-developed countries to encourage foreign suppliers of telecommunications services to assist in the transfer of technology, training and other activities that support the development of their telecommunications infrastructure and expansion of their telecommunications services trade.

7. *Relation to International Organizations and Agreements*

(a) Members recognize the importance of international standards for global compatibility and inter-operability of telecommunication networks and services and undertake to promote such standards through the work of relevant international bodies, including the International Telecommunication Union and the International Organization for Standardization.

(b) Members recognize the role played by intergovernmental and non-governmental organizations and agreements in ensuring the efficient operation of domestic and global telecommunications services, in particular the International Telecommunication Union. Members shall make appropriate arrangements, where relevant, for consultation with such organizations on matters arising from the implementation of this Annex.

ANNEX ON NEGOTIATIONS ON BASIC TELECOMMUNICATIONS

1. Article II and the Annex on Article II Exemptions, including the requirement to list in the Annex any measure inconsistent with most-favoured-nation treatment that a Member will maintain, shall enter into force for basic telecommunications only on:

- (a) the implementation date to be determined under paragraph 5 of the Ministerial Decision on Negotiations on Basic Telecommunications; or,
- (b) should the negotiations not succeed, the date of the final report of the Negotiating Group on Basic Telecommunications provided for in that Decision.

2. Paragraph 1 shall not apply to any specific commitment on basic telecommunications which is inscribed in a Member's Schedule.

**DECISION ON INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS
FOR THE GENERAL AGREEMENT ON TRADE IN SERVICES**

Ministers decide to recommend that the Council for Trade in Services at its first meeting adopt the decision on subsidiary bodies set out below.

The Council for Trade in Services,

Acting pursuant to Article XXIV with a view to facilitating the operation and furthering the objectives of the General Agreement on Trade in Services,

Decides as follows:

1. Any subsidiary bodies that the Council may establish shall report to the Council annually or more often as necessary. Each such body shall establish its own rules of procedure, and may set up its own subsidiary bodies as appropriate.
2. Any sectoral committee shall carry out responsibilities as assigned to it by the Council, and shall afford Members the opportunity to consult on any matters relating to trade in services in the sector concerned and the operation of the sectoral annex to which it may pertain. Such responsibilities shall include:
 - (a) to keep under continuous review and surveillance the application of the Agreement with respect to the sector concerned;
 - (b) to formulate proposals or recommendations for consideration by the Council in connection with any matter relating to trade in the sector concerned;
 - (c) if there is an annex pertaining to the sector, to consider proposals for amendment of that sectoral annex, and to make appropriate recommendations to the Council;
 - (d) to provide a forum for technical discussions, to conduct studies on measures of Members and to conduct examinations of any other technical matters affecting trade in services in the sector concerned;
 - (e) to provide technical assistance to developing country Members and developing countries negotiating accession to the Agreement Establishing the World Trade Organization in respect of the application of obligations or other matters affecting trade in services in the sector concerned; and
 - (f) to cooperate with any other subsidiary bodies established under the General Agreement on Trade in Services or any international organizations active in any sector concerned.
3. There is hereby established a Committee on Trade in Financial Services which will have the responsibilities listed in paragraph 2.

**DECISION ON CERTAIN DISPUTE SETTLEMENT PROCEDURES
FOR THE GENERAL AGREEMENT ON TRADE IN SERVICES**

Ministers decide to recommend that the Council for Trade in Services at its first meeting adopt the decision set out below.

The Council for Trade in Services,

Taking into account the specific nature of the obligations and specific commitments of the Agreement, and of trade in services, with respect to dispute settlement under Articles XXII and XXIII,

Decides as follows:

1. A roster of panelists shall be established to assist in the selection of panelists.
2. To this end, Members may suggest names of individuals possessing the qualifications referred to in paragraph 3 for inclusion on the roster, and shall provide a curriculum vitae of their qualifications including, if applicable, indication of sector-specific expertise.
3. Panels shall be composed of well-qualified governmental and/or non-governmental individuals who have experience in issues related to the General Agreement on Trade in Services and/or trade in services, including associated regulatory matters. Panelists shall serve in their individual capacities and not as representatives of any government or organisation.
4. Panels for disputes regarding sectoral matters shall have the necessary expertise relevant to the specific services sectors which the dispute concerns.
5. The Secretariat shall maintain the roster and shall develop procedures for its administration in consultation with the Chairman of the Council.

DECISION ON TRADE IN SERVICES AND THE ENVIRONMENT

Ministers decide to recommend that the Council for Trade in Services at its first meeting adopt the decision set out below.

The Council for Trade in Services,

Acknowledging that measures necessary to protect the environment may conflict with the provisions of the Agreement; and

Noting that since measures necessary to protect the environment typically have as their objective the protection of human, animal or plant life or health, it is not clear that there is a need to provide for more than is contained in paragraph (b) of Article XIV;

Decides as follows:

1. In order to determine whether any modification of Article XIV of the Agreement is required to take account of such measures, to request the Committee on Trade and Environment to examine and report, with recommendations if any, on the relationship between services trade and the environment including the issue of sustainable development. The Committee shall also examine the relevance of inter-governmental agreements on the environment and their relationship to the Agreement.
2. The Committee shall report the results of its work to the first biennial meeting of the Ministerial Conference after the entry into force of the Agreement Establishing the World Trade Organization.

DECISION ON NEGOTIATIONS ON MOVEMENT OF NATURAL PERSONS

Ministers,

Noting the commitments resulting from the Uruguay Round negotiations on the movement of natural persons for the purpose of supplying services;

Mindful of the objectives of the General Agreement on Trade in Services, including the increasing participation of developing countries in trade in services and the expansion of their service exports;

Recognizing the importance of achieving higher levels of commitments on the movement of natural persons, in order to provide for a balance of benefits under the General Agreement on Trade in Services;

Decide as follows:

1. Negotiations on further liberalization of movement of natural persons for the purpose of supplying services shall continue beyond the conclusion of the Uruguay Round, with a view to allowing the achievement of higher levels of commitments by participants under the General Agreement on Trade in Services.
2. A Negotiating Group on Movement of Natural Persons is established to carry out the negotiations. The group shall establish its own procedures and shall report periodically to the Council on Trade in Services.
3. The negotiating group shall hold its first negotiating session no later than 16 May 1994. It shall conclude these negotiations and produce a final report no later than six months after the entry into force of the Agreement Establishing the World Trade Organization.
4. Commitments resulting from these negotiations shall be inscribed in Members' Schedules of specific commitments.

DECISION ON FINANCIAL SERVICES

Ministers,

Noting that commitments scheduled by participants on financial services at the conclusion of the Uruguay Round shall enter into force on an MFN basis at the same time as the Agreement Establishing the World Trade Organization (hereinafter referred to as the "WTO Agreement"),

Decide as follows:

1. At the conclusion of a period ending no later than six months after the date of entry into force of the WTO Agreement, Members shall be free to improve, modify or withdraw all or part of their commitments in this sector without offering compensation, notwithstanding the provisions of Article XXI of the General Agreement on Trade in Services. At the same time Members shall finalize their positions relating to MFN exemptions in this sector, notwithstanding the provisions of the Annex on Article II Exemptions. From the date of entry into force of the WTO Agreement and until the end of the period referred to above, exemptions listed in the Annex on Article II Exemptions which are conditional upon the level of commitments undertaken by other participants or upon exemptions by other participants will not be applied.
2. The Committee on Trade in Financial Services shall monitor the progress of any negotiations undertaken under the terms of this Decision and shall report thereon to the Council for Trade in Services no later than four months after the date of entry into force of the WTO Agreement.

DECISION ON NEGOTIATIONS ON MARITIME TRANSPORT SERVICES

Ministers,

Noting that commitments scheduled by participants on maritime transport services at the conclusion of the Uruguay Round shall enter into force on an MFN basis at the same time as the Agreement Establishing the World Trade Organization (hereinafter referred to as the "WTO Agreement"),

Decide as follows:

1. Negotiations shall be entered into on a voluntary basis in the sector of maritime transport services within the framework of the General Agreement on Trade in Services. The negotiations shall be comprehensive in scope, aiming at commitments in international shipping, auxiliary services and access to and use of port facilities, leading to the elimination of restrictions within a fixed time scale.

2. A Negotiating Group on Maritime Transport Services (hereinafter referred to as the "NGMTS") is established to carry out this mandate. The NGMTS shall report periodically on the progress of these negotiations.

3. The negotiations in the NGMTS shall be open to all governments and the European Communities which announce their intention to participate. To date, the following have announced their intention to take part in the negotiations:

Argentina, Canada, European Communities and their member States, Finland, Hong Kong, Iceland, Indonesia, Korea, Malaysia, Mexico, New Zealand, Norway, Philippines, Poland, Romania, Singapore, Sweden, Switzerland, Thailand, Turkey, United States.

Further notifications of intention to participate shall be addressed to the depositary of the WTO Agreement.

4. The NGMTS shall hold its first negotiating session no later than 16 May 1994. It shall conclude these negotiations and make a final report no later than June 1996. The final report of the NGMTS shall include a date for the implementation of results of these negotiations.

5. Until the conclusion of the negotiations Article II and paragraphs 1 and 2 of the Annex on Article II Exemptions are suspended in their application to this sector, and it is not necessary to list MFN exemptions. At the conclusion of the negotiations, Members shall be free to improve, modify or withdraw any commitments made in this sector during the Uruguay Round without offering compensation, notwithstanding the provisions of Article XXI of the Agreement. At the same time Members shall finalize their positions relating to MFN exemptions in this sector, notwithstanding the provisions of the Annex on Article II Exemptions. Should negotiations not succeed, the Council for Trade in Services shall decide whether to continue the negotiations in accordance with this mandate.

6. Any commitments resulting from the negotiations, including the date of their entry into force, shall be inscribed in the Schedules annexed to the General Agreement on Trade in Services and be subject to all the provisions of the Agreement.

7. Commencing immediately and continuing until the implementation date to be determined under paragraph 4, it is understood that participants shall not apply any measure affecting trade in maritime transport services except in response to measures applied by other countries and with a view to maintaining or improving the freedom of provision of maritime transport services, nor in such a manner as would improve their negotiating position and leverage.

8. The implementation of paragraph 7 shall be subject to surveillance in the NGMTS. Any participant may bring to the attention of the NGMTS any action or omission which it believes to be relevant to the fulfilment of paragraph 7. Such notifications shall be deemed to have been submitted to the NGMTS upon their receipt by the Secretariat.

DECISION ON NEGOTIATIONS ON BASIC TELECOMMUNICATIONS

Ministers decide as follows:

1. Negotiations shall be entered into on a voluntary basis with a view to the progressive liberalization of trade in telecommunications transport networks and services (hereinafter referred to as "basic telecommunications") within the framework of the General Agreement on Trade in Services.
2. Without prejudice to their outcome, the negotiations shall be comprehensive in scope, with no basic telecommunications excluded *a priori*.
3. A Negotiating Group on Basic Telecommunications (hereinafter referred to as the "NGBT") is established to carry out this mandate. The NGBT shall report periodically on the progress of these negotiations.
4. The negotiations in the NGBT shall be open to all governments and the European Communities which announce their intention to participate. To date, the following have announced their intention to take part in the negotiations:

Australia, Austria, Canada, Chile, Cyprus, European Communities and their member States, Finland, Hong Kong, Hungary, Japan, Korea, Mexico, New Zealand, Norway, Slovak Republic, Sweden, Switzerland, Turkey, United States.

Further notifications of intention to participate shall be addressed to the depositary of the Agreement Establishing the World Trade Organization.

5. The NGBT shall hold its first negotiating session no later than 16 May 1994. It shall conclude these negotiations and make a final report no later than 30 April 1996. The final report of the NGBT shall include a date for the implementation of results of these negotiations.
6. Any commitments resulting from the negotiations, including the date of their entry into force, shall be inscribed in the Schedules annexed to the General Agreement on Trade in Services and shall be subject to all the provisions of the Agreement.
7. Commencing immediately and continuing until the implementation date to be determined under paragraph 5, it is understood that no participant shall apply any measure affecting trade in basic telecommunications in such a manner as would improve its negotiating position and leverage. It is understood that this provision shall not prevent the pursuit of commercial and governmental arrangements regarding the provision of basic telecommunications services.
8. The implementation of paragraph 7 shall be subject to surveillance in the NGBT. Any participant may bring to the attention of the NGBT any action or omission which it believes to be relevant to the fulfilment of paragraph 7. Such notifications shall be deemed to have been submitted to the NGBT upon their receipt by the Secretariat.

DECISION ON PROFESSIONAL SERVICES

Ministers decide to recommend that the Council for Trade in Services at its first meeting adopt the decision set out below.

The Council for Trade in Services,

Recognizing the impact of regulatory measures relating to professional qualifications, technical standards and licensing on the expansion of trade in professional services;

Desiring to establish multilateral disciplines with a view to ensuring that, when specific commitments are undertaken, such regulatory measures do not constitute unnecessary barriers to the supply of professional services;

Decides as follows:

1. The work programme foreseen in paragraph 4 of Article VI on Domestic Regulation should be put into effect immediately. To this end, a Working Party on Professional Services shall be established to examine and report, with recommendations, on the disciplines necessary to ensure that measures relating to qualification requirements and procedures, technical standards and licensing requirements in the field of professional services do not constitute unnecessary barriers to trade.
2. As a matter of priority, the Working Party shall make recommendations for the elaboration of multilateral disciplines in the accountancy sector, so as to give operational effect to specific commitments. In making these recommendations, the Working Party shall concentrate on:
 - (a) developing multilateral disciplines relating to market access so as to ensure that domestic regulatory requirements are: (i) based on objective and transparent criteria, such as competence and the ability to supply the service; (ii) not more burdensome than necessary to ensure the quality of the service, thereby facilitating the effective liberalization of accountancy services;
 - (b) the use of international standards and, in doing so, it shall encourage the cooperation with the relevant international organizations as defined under paragraph 5(b) of Article VI, so as to give full effect to paragraph 5 of Article VII;
 - (c) facilitating the effective application of paragraph 6 of Article VI of the Agreement by establishing guidelines for the recognition of qualifications.

In elaborating these disciplines, the Working Party shall take account of the importance of the governmental and non-governmental bodies regulating professional services.

UNDERSTANDING ON COMMITMENTS IN FINANCIAL SERVICES

Participants in the Uruguay Round have been enabled to take on specific commitments with respect to financial services under the General Agreement on Trade in Services (hereinafter referred to as the "Agreement") on the basis of an alternative approach to that covered by the provisions of Part III of the Agreement. It was agreed that this approach could be applied subject to the following understanding:

- (i) it does not conflict with the provisions of the Agreement;
- (ii) it does not prejudice the right of any Member to schedule its specific commitments in accordance with the approach under Part III of the Agreement;
- (iii) resulting specific commitments shall apply on a most-favoured-nation basis;
- (iv) no presumption has been created as to the degree of liberalization to which a Member is committing itself under the Agreement.

Interested Members, on the basis of negotiations, and subject to conditions and qualifications where specified, have inscribed in their schedule specific commitments conforming to the approach set out below.

A. *Standstill*

Any conditions, limitations and qualifications to the commitments noted below shall be limited to existing non-conforming measures.

B. *Market Access*

Monopoly Rights

1. In addition to Article VIII of the Agreement, the following shall apply:

Each Member shall list in its schedule pertaining to financial services existing monopoly rights and shall endeavour to eliminate them or reduce their scope. Notwithstanding subparagraph 1(b) of the Annex on Financial Services, this paragraph applies to the activities referred to in subparagraph 1(b)(iii) of the Annex.

Financial Services purchased by Public Entities

2. Notwithstanding Article XIII of the Agreement, each Member shall ensure that financial service suppliers of any other Member established in its territory are accorded most-favoured-nation treatment and national treatment as regards the purchase or acquisition of financial services by public entities of the Member in its territory.

Cross-border Trade

3. Each Member shall permit non-resident suppliers of financial services to supply, as a principal, through an intermediary or as an intermediary, and under terms and conditions that accord national treatment, the following services:

- (a) insurance of risks relating to:
 - (i) maritime shipping and commercial aviation and space launching and freight (including satellites), with such insurance to cover any or all of the following: the goods being transported, the vehicle transporting the goods and any liability arising therefrom; and
 - (ii) goods in international transit;
- (b) reinsurance and retrocession and the services auxiliary to insurance as referred to in subparagraph 5(a)(iv) of the Annex;
- (c) provision and transfer of financial information and financial data processing as referred to in subparagraph 5(a)(xv) of the Annex and advisory and other auxiliary services, excluding intermediation, relating to banking and other financial services as referred to in subparagraph 5(a)(xvi) of the Annex.

4. Each Member shall permit its residents to purchase in the territory of any other Member the financial services indicated in:

- (a) subparagraph 3(a);
- (b) subparagraph 3(b); and
- (c) subparagraphs 5(a)(v) to (xvi) of the Annex.

Commercial Presence

5. Each Member shall grant financial service suppliers of any other Member the right to establish or expand within its territory, including through the acquisition of existing enterprises, a commercial presence.

6. A Member may impose terms, conditions and procedures for authorization of the establishment and expansion of a commercial presence in so far as they do not circumvent the Member's obligation under paragraph 5 and they are consistent with the other obligations of the Agreement.

New Financial Services

7. A Member shall permit financial service suppliers of any other Member established in its territory to offer in its territory any new financial service.

Transfers of Information and Processing of Information

8. No Member shall take measures that prevent transfers of information or the processing of financial information, including transfers of data by electronic means, or that, subject to importation rules consistent with international agreements, prevent transfers of equipment, where such transfers of information, processing of financial information or transfers of equipment are necessary for the conduct of the ordinary business of a financial service supplier. Nothing in this paragraph restricts the right of a Member to protect personal data, personal privacy and the confidentiality of individual records and accounts so long as such right is not used to circumvent the provisions of the Agreement.

Temporary Entry of Personnel

9. (a) Each Member shall permit temporary entry into its territory of the following personnel of a financial service supplier of any other Member that is establishing or has established a commercial presence in the territory of the Member:
 - (i) senior managerial personnel possessing proprietary information essential to the establishment, control and operation of the services of the financial service supplier; and
 - (ii) specialists in the operation of the financial service supplier.
- (b) Each Member shall permit, subject to the availability of qualified personnel in its territory, temporary entry into its territory of the following personnel associated with a commercial presence of a financial service supplier of any other Member:
 - (i) specialists in computer services, telecommunication services and accounts of the financial service supplier; and
 - (ii) actuarial and legal specialists.

Non-discriminatory Measures

10. Each Member shall endeavour to remove or to limit any significant adverse effects on financial service suppliers of any other Member of:
 - (a) non-discriminatory measures that prevent financial service suppliers from offering in the Member's territory, in the form determined by the Member, all the financial services permitted by the Member;
 - (b) non-discriminatory measures that limit the expansion of the activities of financial service suppliers into the entire territory of the Member;
 - (c) measures of a Member, when such a Member applies the same measures to the supply of both banking and securities services, and a financial service supplier of any other Member concentrates its activities in the provision of securities services; and
 - (d) other measures that, although respecting the provisions of the Agreement, affect adversely the ability of financial service suppliers of any other Member to operate, compete or enter the Member's market;

provided that any action taken under this paragraph would not unfairly discriminate against financial service suppliers of the Member taking such action.

11. With respect to the non-discriminatory measures referred to in subparagraphs 10(a) and (b), a Member shall endeavour not to limit or restrict the present degree of market opportunities nor the benefits already enjoyed by financial service suppliers of all other Members as a class in the territory of the Member, provided that this commitment does not result in unfair discrimination against financial service suppliers of the Member applying such measures.

C. *National Treatment*

1. Under terms and conditions that accord national treatment, each Member shall grant to financial service suppliers of any other Member established in its territory access to payment and clearing systems operated by public entities, and to official funding and refinancing facilities available in the normal course of ordinary business. This paragraph is not intended to confer access to the Member's lender of last resort facilities.

2. When membership or participation in, or access to, any self-regulatory body, securities or futures exchange or market, clearing agency, or any other organization or association, is required by a Member in order for financial service suppliers of any other Member to supply financial services on an equal basis with financial service suppliers of the Member, or when the Member provides directly or indirectly such entities, privileges or advantages in supplying financial services, the Member shall ensure that such entities accord national treatment to financial service suppliers of any other Member resident in the territory of the Member.

D. *Definitions*

For the purposes of this approach:

1. A non-resident supplier of financial services is a financial service supplier of a Member which supplies a financial service into the territory of another Member from an establishment located in the territory of another Member, regardless of whether such a financial service supplier has or has not a commercial presence in the territory of the Member in which the financial service is supplied.

2. "Commercial presence" means an enterprise within a Member's territory for the supply of financial services and includes wholly- or partly-owned subsidiaries, joint ventures, partnerships, sole proprietorships, franchising operations, branches, agencies, representative offices or other organizations.

3. A new financial service is a service of a financial nature, including services related to existing and new products or the manner in which a product is delivered, that is not supplied by any financial service supplier in the territory of a particular Member but which is supplied in the territory of another Member.

EUROPEAN COMMUNITIES AND THEIR MEMBER STATES

Schedule of Specific Commitments

(This is authentic in English only)

INTRODUCTORY NOTE

1. The specific commitments in this schedule apply only to the territories in which the Treaties establishing the European Communities are applied and under the conditions laid down in these Treaties. These commitments apply only to the relations between the Communities and their Member States on the one hand, and non-Community countries on the other. They do not affect the rights and obligations of Member States arising from Community law.
2. The following abbreviations are used to indicate the Member States:

B	Belgium	I	Italy
D	Germany	IRL	Ireland
DK	Denmark	L	Luxembourg
E	Spain	NL	The Netherlands
F	France	P	Portugal
GR	Greece	UK	United Kingdom
3. The rights and obligations arising from the GATS, including the schedule of commitments, shall have no self-executing effect and thus confer no rights directly to individual natural persons or juridical persons.
4. A glossary of terms used by individual Member States is attached to this schedule.

European Communities and their member States – Schedule of Specific Commitments

Modes of supply: 1) Cross-border supply 2) Consumption abroad 3) Commercial presence 4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
1. Horizontal Commitments			
ALL SECTORS INCLUDED IN THIS SCHEDULE	3) In all EC Member States services considered as public utilities at a national or local level may be subject to public monopolies or to exclusive rights granted to private operators.* Real estate purchases: DK: Limitations on real estate purchase by non-resident physical and legal entities. Limitations on agricultural estate purchased by foreign physical and legal entities. GR: According to Law No. 1892/89 permission from the Minister of Defense is needed for a citizen to acquire land in areas near borders. According in administrative practices permission is easily granted for direct investment.	3) a) Treatment accorded to subsidiaries (of third-country companies) formed in accordance with the law of a Member State and having their registered office, central administration or principal place of business within the Communities is not extended to branches or agencies established in a Member State by a third-country company. However, this does not prevent a Member State from extending this treatment to branches or agencies established in another Member State by a third-country company or firm, as regards their operation in the first Member State's territory, unless such extension is explicitly prohibited by Community law. b) Treatment less favourable may be accorded to subsidiaries (of third-country companies) formed in accordance with the law of a Member State which have only their registered office in the territory of the Communities, unless it can be shown that they possess an effective and continuous link with the economy of one of the Member States. D: Purchase of real estate by foreigners in the Länder Berlin, Schleswig-Holstein and Saarland may be subject to authorization. After 1994 it is very likely that only Land Berlin will continue to require such authorization. IRL: Prior written consent of the Land Commission is necessary for the acquisition of any interest in Irish land by domestic or foreign companies or foreign nationals. Where such land is for industrial use (other than agricultural industry), this requirement is waived subject to a certificate to this effect from the Minister for Enterprise and Employment. This Law does not apply to land within the boundaries of cities and towns. I: Unbound for purchase of real estate.	

* Explanatory Note: Public utilities exist in sectors such as related scientific and technical consulting services, R&D services on social sciences and humanities, technical testing and analysis services, environmental services, health services, transport services and services auxiliary to all modes of transport. Exclusive rights on such services are often granted to private operators, for instance operators with concessions from public authorities, subject to specific service obligations. Given that public utilities often also exist at the sub-central level, detailed and exhaustive sector-specific scheduling is not practical.

Modes of supply:	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Senior or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments	
	Investments: F: Foreign purchases exceeding 33,33 per cent of the shares of capital or voting rights in existing French enterprise, of 20 per cent in publicly quoted French companies, are subject to the following regulations: investments* of less than 50 million FF in French enterprises with a turnover not exceeding 500 million FF are free, after a delay of 15 days following prior notification and verification that these amounts are met; F: Foreign participation in newly privatized companies may be limited to a variable amount, determined by the government of France on a case by case basis, of the equity offered to the public. E: Investment in Spain by foreign government and foreign public entities (which tends to imply, besides economic, also non-economic interests so entity's part), directly or through companies or other entities controlled directly or indirectly by foreign governments, need prior authorization by the government. P: Authorization** is required for investments by non-EC companies, when exceeding 20 per cent of the capital of the company or when the investments result in effective control or in strengthening of the decision making power. Foreign participation in newly privatized companies may be limited to a variable amount, determined by the Government of Portugal on a case by case basis, of the equity offered to the public. I: Exclusive rights may be granted or maintained to newly-privatized companies. Voting rights in newly privatized companies may be restricted in some cases. For a period of five years, the acquisition of large equity stakes of companies operating in the fields of defence, transport services, telecommunications and energy may be subject to the approval of the Ministry of Treasury. F: For establishing in certain*** commercial, industrial or artisanal activities, a specific authorization is needed if the managing director is not holder of a permanent residence permit.	Subsidies: 3) None, other than for branches established in a Member State by a non-Community company. Eligibility for subsidies from the Communities or Member States may be limited to juridical persons established within the territory of a Member State or a particular geographical sub-division thereof. Unbound for subsidies for research and development. The supply of a service, or his subsidisation, within the public sector is not in breach of this commitment. 4) To the extent that any subsidies are made available to natural persons, their availability may be limited to nationals of a Member State of the Communities.		

* This procedure does not apply to investments in France in activities which are part of the exercise of official authority. The latter is to be understood in the sense of Article 55 of the Treaty of Rome and the jurisprudence concerned.

** An assessment of the investment is made in light of the effect on the economy of the country. The criteria taken into account are among others: creation of new jobs; positive foreign currency balance; introduction of advanced technology; reduced industrial pollution; professional training for Portuguese workers; etc.

*** Commercial, industrial or artisanal activities relate to sectors such as: other business services, construction, distribution and tourism services. It does not relate to telecommunications and financial services.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
	4) Presence of natural persons		
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	4) Unbound except for measures concerning the entry into and temporary stay* within a Member State, without requiring compliance with an economic needs test,** of the following categories of natural persons providing services: i) the temporary presence, as intra-corporate transferee,*** of natural persons in the following categories, provided that the service supplier is a juridical person and that the persons concerned have been employed by it or have been partners in it (other than as majority shareholders), for at least the year immediately preceding such movement: a) Persons working in a senior position within a juridical person, who primarily direct the management of the establishment, receiving general supervision or direction principally from the board of directors or stockholders of the business or their equivalent, including: - directing the establishment or a department or sub-division of the establishment; - supervising and controlling the work of other supervisory, professional or managerial employees; - having the authority personally to hire and fire or recommend hiring, firing or other personnel actions. b) Persons working within a juridical person who possess uncommon knowledge essential to the establishment's service, research equipment, techniques or management. In assessing such knowledge, account will be taken not only of knowledge, account will be taken not only of knowledge specific to the establishment, but also of whether the person has a high level of qualification referring to a type of work or trade requiring specific technical knowledge, including membership of an accredited profession.	4) Unbound except for measures concerning the categories of natural persons referred to in the Market Access column. EC directives on natural recognition of diplomas do not apply to nationals of third countries. Recognition of the diplomas which are required in order to practise regulated professional services by non-Community nationals remains within the competence of each Member State, unless Community law provides otherwise. The right to practise a regulated professional service in one Member State does not grant the right to practise in another Member State.	

* The duration of „temporary stay“ is defined by the Member States and, where they exist, Community laws and regulations regarding entry, stay and work. The precise duration can vary according to the different categories of natural persons mentioned in this schedule.

** All other requirements of Community and Member States' laws and regulations regarding entry, stay, work and social security measures shall continue to apply, including regulations concerning period of stay, minimum wages as well as collective wage agreements.

*** An „intra-corporate transferee“ is defined as a natural person working within a juridical person, other than a non-profit making organisation, established in the territory of an WTO Member, and being temporarily transferred in the context of the provision of a service through commercial presence in the territory of a Community Member State: the juridical persons concerned must have their principal place of business in the territory of a WTO Member other than the Communities and their Member States and the transfer must be to an establishment (office, branch or subsidiary) of that juridical person, effectively providing like services in the territory of a Member State to which the EEC Treaty applies. In ITALY „intra-corporate transferee“ is defined as a natural person working within a juridical person constituted as a SPA (joint stock company) or a SRL (capital stock company with limited responsibility).

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	ii) the temporary presence of natural persons in the following categories: a) Persons not residing in the territory of a Member State to which the EC treaties apply, who are representatives of a service supplier and are seeking temporary entry for the purpose of negotiating for the sale of services or entering into agreements to sell services for that service provider, where those representatives will not be engaged in making direct sales to the general public or in supplying services themselves. b) Persons working in a senior position, as defined in i) a) above, within a juridical person, who are responsible for the setting up, in a Member State, of a commercial presence of a service provider of a Member when: - the representatives are not engaged in making direct sale or supplying services; and - the service provider has its principal place of business in the territory of a WTO Member other than the Communities and their Member States and has no other representative, office, branch or subsidiary in that Member State. F: The managing director of an industrial, commercial or artisanal activity*, if not holder of a residence permit, needs a specific authorization. I: Access to industrial, commercial and artisanal activities is subject to a residence permit and specific authorization to pursue the activity.		

* Commercial, industrial or artisanal activities relate to sectors such as: other business services, construction, distribution and tourism services. It does not relate to telecommunications and financial services.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
II. Sector-Specific Commitments			
1. BUSINESS SERVICES			
A. Professional Services			
a) Legal advice home country law and public international law (excluding EC law)	1) F.P. Unbound for drafting of legal documents. 2) None 3) D: Access subject to acceptance into a Bar Association according to the „Federal Lawyers Act“ which requires establishment which is restricted to sole proprietorship or partnership only. F: Provision through SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) or SCP only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations. GR: Condition of nationality L: Unbound F: Legal advice activities and drafting of legal documents as a main activity and for the public, are reserved to the members of the regulated legal and judicial professions**. These activities may also be exercised as a secondary activity to the principal activity by members of other regulated professions or by qualified persons.	1) F, P: Unbound for drafting of legal documents. DK: Marketing of legal advice activities is restricted to lawyers with a Danish licence to practise and law firms registered in Denmark. 2) None 3) DK: Marketing of legal advice activities is restricted to law firms registered in Denmark. Only lawyers with a Danish licence to practise and law firms registered in Denmark may own shares in a Danish law firm. Only lawyers with a Danish licence to practise may sit on the board or the part of the management of a Danish law firm. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Marketing of legal advice activities is restricted to lawyers with a Danish licence to practise. Requirement of a Danish legal examination in order to obtain a Danish licence to practise.	F: Host country law and international law (including EC law) are opened to the Members of the regulated legal and judicial profession.* L: Host country law and international law (including EC law) subject to registration as „avocat“ at the Luxembourg Bar.
b) Accounting services (CPC 86212 other than „auditing services“, 86213, 86219)	1) F, GR, I: Unbound 2) None 3) D: Provision through a „GmbH & Co KG“ and „EWIV“ is prohibited. F: Provision through a SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) or SCP only. P: Provision through professional establishment only. I: Access is restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted.	1) F, GR, I: Unbound 2) None 3) DK: Foreign accountants may enter into partnership with Danish authorized accountants after obtaining permission from the Danish Commerce and Companies Agency.	

* Access to these professions is governed by the French law No. 90-1259 of 31 December 1990 which opens the entire range of legal and judicial activities.

** Access to these professions is governed by the French law No. 90-1259 of 31 December 1990 which opens the entire range of legal and judicial activities.

Modes of supply:	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments	
b) Auditing services* (CPC 86211 and 86212 other than accounting services)	4) Unbound, except as indicated in the horizontal section, and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality. However non-EC professionals may be permitted to provide services, by a decision of the Minister of Economics, Finance and Budget, in agreement with the Minister of Foreign Affairs. The requirement of residence cannot exceed 5 years. I: Condition of nationality for „Ragionieri-Periti commerciali“. DK: Citizenship requirement unless otherwise provided by the Danish Commerce and Companies Agency.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK, I: Residence requirement.		
	1) Unbound 2) None 3) B: Provision through a „SA“ and „Société en commandite“ is prohibited. D: Provision through a „GmbH & Co KG“ and „EWIV“ is prohibited. F: For statutory audits: provision through any company form except SNC, SCS and secondary offices. P: Provision through professional association only. IRL: Provision through partnership only. I: For access as „Ragionieri-Periti commerciali“ and „Dottori commerciali“, access is restricted to natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Citizenship condition, unless otherwise provided by the Danish Commerce and Companies Agency. E. GR: Conditions of nationality for statutory auditors. E: Audit companies: Administrators, directors and partners of companies other than those covered by the 8th EEC directive on company law, must fulfil a nationality condition. I: Nationality requirement for „Ragionieri-Periti commerciali“. Audit companies: administrators and auditors in „società di revisioni“ other than those covered by the 8th EEC directive on company law, ... fulfil a nationality condition.	1) Unbound 2) None 3) DK: Foreign auditors may enter into partnership with Danish State authorized accountants after obtaining permission from the Danish Commerce and Companies Agency. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Residence requirement. I, P: Residence requirement for individual auditors.		

* Explanatory note: Given the fact that commercial presence is required to exercise any auditing activity, the cross-border mode is unbound. Only established statutory auditors can be approved by the national professional bodies. Approval is a necessary pre-condition to exercising the activity.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	4) Presence of natural persons
b) Bookkeeping services (CPC 86220)	1) F, GR, I: Unbound. 2) None 3) F: Provision through a SEL (anonyme, à responsabilité limitée on en commandite par actions) or SCP only. I: Access for natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality. However non-EC professionals may be permitted to provide services, by a decision of the Minister of Economics, Finance and Budget, in agreement with the Minister of Foreign Affairs. The requirement of residence cannot exceed 5 years. I: Condition of nationality for „Ragionieri-Periti commerciali“.	1) F, GR, I: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I: Residence requirement for „Ragionieri-Periti commerciali“. P: Residence requirement.	
c) Taxation Advisory Services (CPC 863 excluding representation in Court/tribunals)	1) F: Unbound for the drafting of legal documents. 2) None 3) I: Access for natural persons only: Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. F: Provision through SEL (anonyme, à responsabilité limitée on en commandite par actions) or SCP only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Legal advice activities and drafting of legal documents as a main activity and for the public, are reserved to the members of the regulated legal and judicial professions*. These activities may also be exercised as a secondary activity to the principal activity by members of other regulated professions or by qualified persons. I: Condition of nationality for „Ragionieri-Periti commerciali“.	1) F: Unbound for the drafting of legal documents. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement.	

* Access to these professions is governed by the French law No. 90-1259 of 31 December 1990 which opens the entire range of legal and judicial activities.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
d) Architectural Services (CPC 8671)	1) B, GR, I, P: Unbound. 2) None 3) E: Access is restricted to natural persons. F: Provision through SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) or SCP only. I, P: Access is restricted to natural persons. Professional associations. (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR, P: Condition of nationality. F: Condition of nationality unless waived by ministerial authorization.	1) B, GR, I, P: Unbound. D: Application of the national rules on fees and emoluments for all services which are performed from abroad. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: B, D, F.: Use by third country qualified professionals of the professional title is only possible on the basis of natural recognition agreements or for B, with special authorization by Royal Decree. I: Residence requirement.	
e) Engineering services (CPC 8672)	1) GR, I, P: Unbound. 2) None 3) E: Access is restricted to natural persons. I, P: Access is restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR: Condition of nationality.	1) GR, I, P: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement.	
f) Integrated Engineering Services (CPC 8673)	1) GR, I, P: Unbound. 2) None 3) E: Access is restricted to natural persons. I, P.: Access is restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR: Condition of nationality.	1) GR, I, P: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement	
g) Urban Planning and Landscape Architectural Services (CPC 8674)	1) B, GR, I, P: Unbound.	1) B, GR, I, P: Unbound. D: Application of the national rules on fees and emoluments for all services which are performed from abroad.	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
h) Medical, Dental and Midwife Services (CPC 9312, 93191*)	2) None 3) I, P: Access is restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR, P: Condition of nationality.	2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: B, D: Use by third country qualified professionals of the professional title is only possible on the basis of manual recognition agreements or, for B, with special authorization by Royal Decree. I: Residence requirement.	
	1) Unbound 2) None 3) D: Access restricted to natural persons only. Economic needs test for medical doctors and dentists who are authorized to treat members of public insurance schemes. The criterion is shortage of doctors and dentists in the given region. E: Access restricted to natural persons only. I, P: Access is restricted to natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted. IRL: Access through partnership or natural persons only. UK: Establishment for doctors under the National Health Service is subject to medical manpower planning. F: Provision through SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) or SCP only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Limited authorization to fulfil a specific function can be given for maximum 18 months. GR, P: Condition of nationality. F: Condition of nationality. However, access is possible within annually established quotas. D: Condition of nationality for doctors and dentists which can be waived on an exceptional basis in cases of public health interest. A zero quota for midwives.	1) Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Residence requirement in order to obtain necessary individual authorization from the National Board of Health. I: Residence requirement.	

* Indicates that the service specified constitutes only a part of the total range of activities covered by the CPC concordance.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
i) Veterinary services (CPC 932)	1) Unbound 2) None 3) D, DK, E, P: Access restricted to natural persons. I: Access restricted to natural persons. Professional associations (no incorporation) among natural persons permitted. IRL, UK: Access through partnership or natural persons only. F: Provision through SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) or SCP only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: D, F, GR, P: Condition of nationality.	1) Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I: Residence requirement.	
j) Services provided by Nurses, Physiotherapists and Paramedical Personnel (CPC 93191*)	1) Unbound 2) None 3) E, P: Nurses – access restricted to natural persons. I: Nurses – access restricted to natural persons. Professional associations (no incorporation) among natural persons permitted. F: Provision through a SEL (anonyme, à responsabilité limitée, ou en commandite par actions) or SCP only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Limited authorization to fulfil a specific function can be given for maximum 18 months. GR, P: Condition of nationality. I: Subject to economic needs test: decision is subject to regional vacancies and shortages.	1) Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Residence requirement in order to obtain necessary individual authorization from the National Board of Health.	
Supply of pharmaceutical goods to the general public (pharmacists)	1) Unbound 2) None 3)** D, DK, E, GR, L, NL, P: Access restricted to natural persons only. I: Access restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted.	1) Unbound 2) None 3) None	

* Indicates that the service specified constitutes only a part of the total range of activities covered by the CPC concordance.

** Where the establishment of pharmacies is subject to an economic needs test, the main criteria taken into account are: the population, the number of existing pharmacies and their geographical density.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	B, DK, E, F, GR, I, L, P: Monopoly for pharmacists of supply of pharmaceuticals to the general public. B, DK, IRL, P: Economic needs test. F: Pharmacies are authorized according to the needs of the population and within established quotas. Access through a SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) SNC and SARL only. E, I: Establishment of new pharmacies is subject to an economic needs test. D: Establishment of new pharmacies is restricted and only possible through the take-over of an existing pharmacy-store. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the specific conditions: F: Condition of nationality. However, within established quotas, access for third country nationals is possible provided the service provider holds the French degree in pharmacy. D, DK, GR: Condition of nationality.		
k) Other	1) Unbound for exploration services.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the specific conditions:	
Related Scientific and Technical Consulting Services* (CPC 8675)	2) None	I, D, DK, P: Residence requirement.	
	3) F: „Surveying”: Access through a SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions), SCP, SA and SARL only.	1) Unbound for exploration services. D: Application of the national rules on Fees and emoluments for all surveying services which are performed from abroad.	
	I: For certain exploration services activities related to mining (minerals, oil, gas, etc.), exclusive rights may exist.	2) None	
	E: Access to profession of surveyors and geologists through natural persons only.	3) F: „Exploration and prospection services” subject to authorization.	
	P: Access restricted to natural persons.		
	I: Access to profession of surveyors and geologists through natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons permitted.		

* The service involved excludes operation of mines, etc.

Modes of supply: 1) Cross-border supply 2) Consumption abroad 3) Commercial presence 4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: D: Conditions of nationality for publicly appointed surveyors. F: „Surveying“ – operations relating to the establishment of property rights and to land law are reserved for EC „experts-géomètres“.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P.: Residence requirement.	
B. Computer and Related Services			
a) Consultancy Services related to the Installation of Computer Hardware (CPC 841)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
b) Software Implementation Services (CPC 842)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
c) Data Processing Services (CPC 843)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
d) Data Base Services (CPC 844)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Maintenance and Repair (CPC 845)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
e) Other Computer Services (CPC 849)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
C. Research and Development Services			
b) R & D Services on Social Sciences and Humanities (CPC 852)	1) None 2) None 3) I: Access to the profession of psychologist is restricted to natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons is permitted. P: Access to the profession of psychologist is restricted to natural persons only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement for psychologists.	
D. Real Estate Services*			
a) Involving Own or Leased Property (CPC 821)	1) IRL: Unbound 2) None 3) E: Access through natural persons, partnership or „sociedad en comandita“ only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: E, GR: Condition of nationality.	1) IRL: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F, I, P: Residence requirement.	
b) On a Fee or Contract Basis (e.g. Property Evaluation, Estate Management, etc.) (CPC 822)	1) IRL: Unbound. 2) None 3) E: Access is restricted to natural persons. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Authorized estate agent: Citizenship requirement unless waived by the Danish Commerce and Companies Agency. Unauthorized estate agent: Citizenship requirement unless waived by the Danish Commerce and Companies Agency. GR: Condition of nationality.	1) IRL: Unbound. 2) None 3) DK: Authorization for authorized estate agent may limit the scope of activity. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Authorized and unauthorized estate agent: Residence requirement unless waived by the Danish Commerce and Companies Agency. F, I, P: Residence requirement.	

* The Service involved relates to the profession of real estate agents and does not affect any rights and/or restrictions on natural and juridical persons purchasing real estate.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
E. Rental/Leasing Services without Operators			
a) Relating to ships (CPC 83103)	1) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. D: Unbound. 2) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. D: Unbound. 3) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) D: Unbound. 2) D: Unbound. 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
b) Relating to Aircraft (CPC 83101)	1) None 2) All Member States: Aircraft used by Community air carriers have to be registered in the Member State licensing the air carrier or elsewhere in the Community. Waivers can be granted for short term lease contracts or under exceptional circumstances. 3) All Member States: To be registered in the aircraft register of these Member States, the aircraft must be owned either by natural persons meeting specific nationality criteria or by juridical persons meeting specific requirements regarding ownership of capital and control (including nationality of directors). 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
c) Relating to Other Transport Equipment (CPC 83101, 83102, 83105)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
d) Relating to Other Machinery and Equipment (CPC 83106, 83107, 83108, 83109)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Rental Services with Operators	1) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. D: Unbound.	1) D: Unbound.	
Rental of Vessels with Crew (CPC 7213, 7223)	2) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. D: Unbound. 3) F: Chartering of all ships is subject to prior notification. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	2) D: Unbound. 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
Rental of Commercial Road Vehicles with Operator (CPC 7124)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
F. Other Business Services			
a) Advertising (CPC 871)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
b) Market Research and Opinion Polling (CPC 864)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
c) Management Consulting Services (CPC 865)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
d) Services Related to Management Consulting (CPC 866)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
e) Technical Testing and Analysis Services (CPC 8676)	1) I: Unbound for the profession of biologist and chemical analyst. 2) None 3) E: Access for chemical analysis through natural persons only. I: Access for the profession of biologist and chemical analyst through natural persons only. Professional association (no incorporation) among natural persons is permitted. P: Access for the profession of biologist and chemical analyst through natural persons only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) I: Unbound for the profession of biologist and chemical analyst. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement for biologist and chemical analyst.	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
f) Advisory and Consulting Services Relating to Agriculture, Hunting and Forestry	1) I: Unbound for activities reserved to agronomist and „periti agrari“. 2) None 3) E: Access for agronomist and engineers in forestry is restricted to natural persons. P: Access for agronomist is restricted to natural persons. I: Access for agronomist and „periti agrari“ restricted to natural persons. Professional association (no incorporation) among natural persons is permitted. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I: Condition of nationality for „periti agrari“.	1) I: Unbound for activities reserved to agronomist and „periti agrari“. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, P: Residence requirement for agronomist.	
g) Advisory and Consulting Services Relating to Fishing	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
h) Advisory and Consulting Services Relating to Mining	1) None 2) None 3) E, P: Access for mining engineers is restricted to natural persons. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: P: Residence requirement	
k) Placement and Supply Services of Personnel Executive Search Services (CPC 87201)	1) D, E, IRL, P: Unbound. 2) None 3) D, P: Unbound. E: State monopoly. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) D, E, IRL, P: Unbound. 2) None 3) D, P: Unbound. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Placement Services (CPC 87202)	1) Unbound 2) None 3) D: Subject to a mandate given to the service supplier by the competent authority. The mandate will be granted in function of the situation and development of the labour market. P: Unbound. B, F, E, I: State monopoly.	1) Unbound 2) None 3) None	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
Supply Services of Office Support Personnel (CPC 87203)	4) Unbound except as indicated in the horizontal section 1) D, F, I, IRL, NL, P: Unbound. 2) None 3) D, P: Unbound I: State monopoly.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section 1) D, F, I, IRL, NL, P: Unbound. 2) None 3) D, P: Unbound.	
Security Services (CPC 87302, 87303, 87304, 87305)	4) Unbound except as indicated in the horizontal section 1) B, E, F, I, P: Unbound. 2) None 3) E: Access-through Sociedades Anonimas, Sociedades de Responsabilidad Limitada, Sociedades Anonimas Laborales and Sociedades Cooperativas only. Access is subject to prior authorisation. In granting the authorization, the Council of Ministers takes into account conditions such as competence, professional integrity and independence, adequacy of the protection provided for the security of the population and the public order. DK: Unbound for airport guard services. Requirement to be a national juridical person. Access is subject to prior authorization. In granting the authorization, the Ministry of Justice takes into account conditions such as competence, professional integrity and independence, experience and good reputation of the firm seeking establishment. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Unbound for airport guard services. Nationality requirement for managers. F: Requirement of nationality for managing directors and directors. b): Condition of nationality for management personnel. E, P: Nationality requirement for specialized personnel. I: Nationality requirement in order to obtain necessary authorization for security guard services and the transport of valuables.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section 1) B, E, F, I, P: Unbound. 2) None 3) DK: Requirement of residence and nationality for majority of members of the board and for managers. Unbound for airport guard services. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Unbound for airport guard services. Residence requirement for managers. B: Residence requirement for management personnel. I: Residence requirement in order to obtain necessary authorization for security guard services and the transport of valuables.	
n) Maintenance and Repair of Equipment (not including Maritime Vessels, Aircraft or Other Transport Equipment) (CPC 633, 8861, 8866)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments	
o) Building-Cleaning Services (CPC 874)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
p) Photographic Services (CPC 875 excluding retail)	1) Unbound* except for aerial photography: none 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* except for serial photography: none 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
q) Packaging Services (CPC 876)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
r) Printing and Publishing (CPC 88442)	1) None 2) None 3) 1: Foreign participation in publishing companies limited to 49 per cent of capital or of voting rights. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
s) Convention Services	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
t) Other Translation Services (CPC 87905)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Authorized public translators and interpreters: Citizenship condition unless waived by the Danish Commerce and Companies Agency.	1) None 2) None 3) DK: Authorization for authorized public translators and interpreters may limit the scope of activity. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Authorized public translators and interpreters: residence requirement unless waived by the Danish Commerce and Companies Agency.		

* A commitment on this mode of delivery is not feasible.

Modes of supply:	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments	
Interior Design Services (CPC 87907)*	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) D: Application of the national rules on fees and emoluments for all services which are performed from abroad. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
2. COMMUNICATION SERVICES				
C. Telecommunication Services				
h) Value-added services**, Electronic Mail, Voice Mail, On-line Information and Data Base Retrieval, EDI, Code- and Protocol Conversion	1) None 2) None 3) P: The direct or indirect participation of natural persons, who are non-nationals of EC Member States or non-EC companies or firms in the capital of carriers of complementary telecommunications services, whose exploitation involves the use of complementary telecommunications infrastructures, cannot exceed 25 per cent. Complementary telecommunications infrastructures are all public telecommunications infrastructures which are not part of the basic telecommunications network. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		
3. CONSTRUCTION AND RELATED ENGINEERING SERVICES (CPC 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518)	1) Unbound*** except for 5111 and 5114: none 2) None 3) I: Exclusive rights are granted for construction, maintenance and management of highways and the airport of Rome. P: Exclusive rights are granted for maintenance and management of highways. GR: Nationality condition for managers of the board of directors of construction companies supplying in the public sector. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR: Nationality condition for managers of construction companies supplying in the public sector.	1) Unbound*** except for CPC 5111 and 5114: none. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section		

* Indicates that the service specified constitutes only a part of the total range of activities covered by the CPC concordance.

** Excludes voice telephone, packet and circuit switched data services, telegraph, telex, mobile radio telephone, paging and satellite services.

*** A commitment on this mode of delivery is not feasible.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	4) Presence of natural persons
4. DISTRIBUTION SERVICES*			
A. Commission Agents* Services (CPC 621)	1) F: Unbound for traders and brokers working in market of national interest. I: Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality for activities of traders, commissioners, and brokers working in twenty (20) markets of national interest.	1) F: Unbound for traders and brokers working in market of national interest. I: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I, E, P: Residence requirement.	
B. Wholesale Trade Services (CPC 622)	1) E, I, P: State monopoly on tobacco. F: Unbound for pharmacies. 2) None 3) E, I, P: State monopoly on tobacco. F: Wholesale pharmacies are authorized according to the needs of the population and within established quotas. State monopoly on tobacco and matches. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality for wholesale of pharmaceuticals.	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: E, I, P: Residence requirement.	
C. Retailing Services (CPC 631, 632, 633, 61112, 6113, 6121 excluding 63211)	1) Unbound except for mail order: none 2) None 3)** B: Economic needs test for department stores. DK: Economic needs test for new department stores. F: Economic needs test for larger department stores. E, F, I: State monopoly on tobacco. I: Economic needs test on establishment of any new department store/outlet and authorization can be denied in order to protect areas of particular historic and artistic interest.	1) Unbound except for mail order: none 2) None 3) None	

* Excluding trade in arms, chemical products, explosives and precious metals.

** Where establishment is subject to an economic needs test, the main criteria are: the number of and impact on existing stores, population density, geographic spread, impact on traffic conditions and creation of new employment.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	P: Economic needs test for large (i.e. more than 2000 sq. m.) department stores. IRL: Unbound for retail of alcoholic beverages. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section, and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality for tobacconists (i.e. buraliste).		
D. Franchising (CPC 8929)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
5. PRIVATELY FUNDED EDUCATION SERVICES			
A. Primary Education Services (CPC 921)	1) F: Condition of nationality. However, third country nationals may obtain authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality. However, third country nationals may obtain authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. I: Condition of nationality for service providers who are authorized to issue State recognized diplomas. GR: Condition of nationality for teachers.	1) I: Condition of nationality for service providers to be authorized to issue State recognized diplomas. 2) None 3) GR: Majority of members of the Board must be of Greek nationality. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
B. Secondary Education Services (CPC 922)	1) F: Condition of nationality. However, third country nationals may obtain authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. 2) None 3) None	1) I: Condition of nationality for service providers to be authorized to issue State recognized diplomas. 2) None 3) GR: Majority of members of the Board must be of Greek nationality.	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
C. Higher Education Services (CPC 923)	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Condition of nationality. However, third country nationals may obtain authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. I: Condition of nationality for service providers to be authorized to issue State recognized diplomas. GR: Condition of nationality for teachers.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
	1) F: Condition of nationality. However, third country nationals can have authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. 2) None 3) E, I: Needs test for opening of private universities authorized to issue recognized diplomas or degrees; procedure involves an advice of the Parliament. GR: Unbound for education institutions granting recognized State diplomas.	1) I: Condition of nationality for service providers to be authorized to issue State recognized diplomas. 2) None 3) None	
D. Adult Education Services (CPC 924)	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Condition of nationality for professors. F: Condition of nationality. However, third country nationals may obtain authorization from competent authorities to establish and direct an education institution and to teach. I: Condition of nationality for service providers to be authorized to issue State recognized diplomas.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
6. ENVIRONMENTAL SERVICES			
A. Sewage Disposal Services (CPC 9401)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
B. Refuse Disposal Services (CPC 9402)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
C. Sanitation and Similar Services (CPC 9403)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Cleaning Services of Exhaust Gases (CPC 9404)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Nature and Landscape Protection Services (CPC 9406)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
D. Other Environmental Protection Services (CPC 9409)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments	

7. FINANCIAL SERVICES SECTOR*

1. The Communities and their Member States undertake commitments on Financial Services in accordance with the provisions of the „Understanding on Commitments in Financial Services“ (the Understanding).
2. These commitments are subject to the limitations on market access and national treatment in the „all sectors“ section of this schedule and to those relating to the subsectors listed below.
3. The market access commitments in respect of modes 1) and 2) apply only to the transactions indicated in paragraphs 3 and 4 of the market access section of the Understanding respectively.
4. Notwithstanding note L. above, the market access and national treatment commitments in respect of mode 4) on financial services are those in the „all sectors“ section of this schedule.
5. The admission to the market of new financial services or products may be subject to the existence of, and consistency with, a regulatory framework aimed at achieving the objectives indicated in Article 2.1 of the Financial Services Annex.
6. As a general rule and in a non-discriminatory manner, financial institutions incorporated in a Member State of the Community must adopt a specific legal form.

A. Insurance and Insurance Related Services	1) DK: Compulsory air transport insurance can be underwritten only by firms established in the Community. DK: No persons or companies (including insurance companies) may for business purposes in Denmark assist in effecting direct insurance for persons resident in Denmark, for Danish ships or for property in Denmark, other than Danish companies, foreign companies registered in Denmark, or foreign insurance companies subject to the Danish Act on the provision of insurance services within direct non-life insurance (implementing the EC second non-life Insurance Directive). The Minister of Industry may lay down rules providing otherwise. D: Compulsory air insurance policies can be underwritten only by a subsidiary established in the Community or by a branch established in Germany. D: If a foreign insurance company has established a branch in Germany, it may conclude insurance contracts in Germany relating to international transport only through the branch established in Germany. E, I: Inbound for the actuarial profession. F: Insurance of risks relating to ground transport may be carried out only by insurance firms established in the Communities. I: Insurance of risks relating to CIF exports by residents in Italy may be underwritten only by insurance firms established in the Communities.	1) None	

* Unlike foreign subsidiaries, branches established directly in a Member State by a non-Community financial institution are not, with certain limited exceptions, subject to prudential regulations harmonized at Community level which enable such subsidiaries to benefit from enhanced facilities to set up new establishments and to provide cross-border services throughout the Communities. Therefore, such branches receive an authorization to operate in the territory of a Member State under conditions equivalent to those applied to domestic financial institutions of that Member State, and may be required to satisfy a number of specific prudential requirements such as, in the case of banking and securities, separate capitalization and other solvency requirements and reporting and publication of accounts requirement or, in the case of insurance, specific guarantee and deposit requirements, a separate capitalization, and the localization in the Member State concerned of the assets representing the technical reserves and at least one-third of the solvency margin. Member States may apply the restrictions indicated in this schedule only with regard to the direct establishment from a third country of a commercial presence or to the provision of cross-border services from a third country; consequently, a Member State may not apply these restrictions, including those concerning establishment, to third country subsidiaries established in other Member States of the Communities, unless these restrictions can also be applied to companies or nationals of other Member States in conformity with Community law.

Modes of supply:			
1) Cross-border supply		2) Consumption abroad	
3) Commercial presence		4) Presence of natural persons	
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	I: Transport insurance of goods, insurance of vehicles as such and liability insurance regarding risks located in Italy may be underwritten only by insurance companies established in Italy or companies having their head office in the EC. This reservation does not apply for international transport involving imports into Italy. P: Air and maritime transport insurance, covering goods, aircraft, full and liability can be underwritten only by firms established in the EC; only persons or companies established in the EC may act as intermediaries for such insurance business in Portugal. 2) DK: Compulsory air transport insurance can be underwritten only by firms established in the Community. DK: No persons or companies (including insurance companies) may for business purposes in Denmark assist in effecting direct insurance for persons resident in Denmark, for Danish ships or for property in Denmark, other than Danish companies, foreign companies registered in Denmark, or foreign insurance companies subject to the Danish Act on the provision of insurance services within direct non-life insurance (implementing the EC second non-life Insurance Directive). The Minister of Industry may lay down rules providing otherwise. D: Compulsory air insurance policies can be underwritten only by a subsidiary established in the Community or by a branch established in Germany. D: If a foreign insurance company has established a branch in Germany, it may conclude insurance contracts in Germany relating to international transport only through the branch established in Germany. F: Insurance of risks relating to ground transport may be carried out only by insurance firms established in the Community. I: Insurance of risks relating to CIF exports by residents in Italy may be underwritten only by insurance firms established in the Communities.	2) None	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	I: Transport insurance of goods, insurance of vehicles as such and liability insurance regarding risks located in Italy may be underwritten only by insurance companies established in Italy or companies having their head office in the EC. This reservation does not apply for international transport involving imports into Italy. P: Air and maritime transport insurance, covering goods, aircraft, hull and liability can be underwritten only by firms established in the EC; only persons or companies established in the EC may act as intermediaries for such insurance business in Portugal. 3) GR, E, IRL: The right of establishment does not cover the creation of representative offices or other permanent presence of insurance companies, except where such offices are established as agencies, branches or head offices. E: Before establishing a branch or agency in Spain to provide certain classes of insurance, a foreign insurer must have been authorized to operate in the same classes of insurance in its country of origin for at least five years. F: The establishment of branches of insurance companies not having their head office in a Member State of the Community is subject to a special authorization for the representative of the firm in France. I: Access to actuarial profession through natural persons only. Professional associations (no incorporation) among natural persons permitted. I: The authorization of the establishment of branches of insurance companies not having their head office in a Member State of the Community is ultimately subject to the evaluation of supervisory authorities. P: Foreign companies may carry out insurance intermediation in Portugal only through a company formed in accordance with the law of a Community Member State. P: In order to establish a branch in Portugal, foreign insurance companies need to demonstrate prior operational experience of at least five years.		
			3) E: The establishment of branches of insurance companies not having their head office in a Member State of the Communities is subject to the representative of the branch having received the special authorization as referred under mode 4) (see next page).

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
B. Banking and other Financial Services (excluding insurance)	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the specific condition: DK: The general agent of an insurance branch shall be a national of one of the Member States of the Community. The Ministry of Industry may grant exemption from this requirement. Managers and the members of the board of directors of a company shall be a national of one of the Member States of the Community. However, the Minister of Industry may grant exemption from this requirement. Exemption is granted on a non-discriminatory basis. GR: A majority of the Members of the Board of Directors of a Greek insurance company shall be nationals of Greece or of one of the Member States of the Community.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: The general agent of an insurance branch will need to have resided in Denmark for the last two years. The Ministry of Labour may grant exemption. E, I: Residence requirement for actuarial profession. E: The representative of a branch of an insurance company which does not have its head office in a Member State of the Communities is subject to a special authorization. The conditions to be met are related to the technical qualification and good standing of the person.	
	1) B: Establishment in Belgium is required for the provision of investment advisory services. I: The offer and marketing of services concerning the distribution to the public, through telecommunication or other information means, of information concerning prices, the volume of transactions, the offer and demand conditions relating to the negotiation of securities dealt in the Italian regulated market, or in other recognized markets, requires prior authorization by the Stock Exchanges Commission (Consob). This authorization may not be granted if the authorities determine that there is a risk that the data provided may induce the public to error. I: An establishment (a securities investment company incorporated in Italy or a bank subsidiary or branch) is needed in order to provide investment research and advice relating to securities (dealing, issue, underwriting) and asset management, securities custody, and services regarding mergers, acquisitions, corporate restructuring, management buy-outs and venture capital. Collective asset management (excluding UCITS) is extended to banks, insurance companies, securities investment companies with their legal head office in the EC. I: Unbound for „promotori di servizi finanziari“ (financial salesmen).	1) None	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	2) D: Issues of securities denominated in Deutschmarks can be head managed only by a credit institution, subsidiary or branch, established in Germany. GR: Establishment is required for the provision of custodial and depository services involving the administration of interest and principal payments due on securities issued in Greece. I: An establishment (a securities investment company incorporated in Italy or a bank subsidiary or branch) is needed in order to provide investment research and advice relating to securities (dealing, issue, underwriting) and asset management, securities custody, and services regarding mergers, acquisitions, corporate restructuring, management buy-outs and venture capital. Collective asset management (excluding UCITS) is extended to banks, insurance companies, securities investment companies with their legal head office in the EC. I: Residents in Italy need authorization to purchase or sell abroad unrefined gold. P: Open-ended investment funds are required to invest 25 per cent to their funds in Portuguese Government funds. The ability of residents in Portugal to carry out the following operation abroad is restricted: – issue on a foreign market of domestic securities and negotiable instruments. UK: Sterling issues, including privately led issues, can be lead managed only by a firm established in the United Kingdom. 3) All Member States: – The establishment of a specialized management company is required to perform the activities of management of unit trusts and investment companies (Articles 6 and 13 of UCITS Directive, 85/611/EEC). – Only firms having their registered office in the Communities can act as depositories of the assets of investment funds (Articles 8.1 and 15.1 of the UCITS Directive, 85/611/EEC).	2) None F: In addition to French credit institutions, issues denominated in french francs may be lead managed only by French subsidiaries (under French law) of non-French banks which are authorized, based on sufficient means and commitments in Paris of the candidate French subsidiary of a non-French bank. These conditions apply to lead banks running the books. A non-French bank may be, without restrictions or requirement to establish, jointly-lead or co-lead manager of Eurofranc bond issue.	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	B: With certain exception (block trading), financial institutions may engage in securities trading only through stock exchange firms incorporated in Belgium. DK: Non resident financial institutions may engage in securities trading on the Copenhagen Stock Exchange only through subsidiaries incorporated in Denmark. E: Financial institutions may engage in securities trading in securities listed in an official stock exchange or in the government securities market only through securities firms incorporated in Spain. P: The establishment of non-EC banks may be subject to an economic needs test. GR: Participation by non-EC investors in the share capital of a bank established in Greece is limited in principle to 40 per cent. For the establishment of a branch, a minimum amount of foreign exchange must be imported, converted into drachmas and kept in Greece as long as a foreign bank continues to operate in Greece; this minimum amount is equal to the minimum amount of share capital required for the establishment of a Greek bank. GR: Financial institutions may engage in securities trading only through stock exchange firms incorporated in Greece. IRL: The right of establishment does not cover the establishment of representative offices of foreign banks. IRL: In the case of unit trusts and collective investment schemes constituted as variable capital companies (other than undertakings for collective investment in transferable securities, UCITS), the trustees or depository, management company or investment company is required to be incorporated in Ireland or in another Member State of the Community.	I: Representative offices of foreign intermediaries cannot carry out promotional activities in the area of investment in securities. NL: Branches and subsidiaries of non-EC banks need permission to lead manage guilders-denominated paper.	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	I: A separate incorporation in Italy in the form of a securities company is required for firms other than banks (including foreign banks branches) in order to provide services related to securities dealing (including dealing for the own account or for the account of customers*, issue and distribution of securities, acceptance of sale and purchase orders, investment advice, asset and portfolio management, and raising funds from the public by means of activities which may also be promotional** and carried on in a place different from the legal head office or principal administrative establishment of the issuer, offerer or person marketing the investment). I: Clearing and settlement of securities may be conducted only by the official clearing system. I: The public offer of securities (as provided for under Art. 18 bis of Law 216/74) other than shares, debt securities (including convertible debt securities) can only be made by Italian limited companies, foreign companies duly authorized, public bodies or companies belonging to local authorities whose assigned capital is not below 2 billion Liras. I: Centralized deposit, custody and administration services for Government securities can be provided only by the Bank of Italy, or by Monte Titoli SpA for shares, securities of a participating nature and other bonds traded in a ruled market. NL: Only companies incorporated according to the law and regulations of an EC Member State may become members of the Amsterdam Stock Exchange. P: The services of provision of venture capital, factoring, enterprise development, pension and investment fund management and broker/dealer services may be provided only by companies incorporated in Portugal. UK: The following categories of financial institutions dealing in Government debt are required to be incorporated in the United Kingdom and be separately capitalized:		

* From 1 January 1993 foreign as well as domestic banks may not provide securities dealing for its own account or for the account of customers; however, banks, including branches of foreign banks, are allowed to deal in Treasury bonds and State-backed securities.

** Door-to-door selling.

Modes of supply:			
1) Cross-border supply 2) Consumption abroad 3) Commercial presence 4) Presence of natural persons			
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	- gilt-edged market makers (or GEMMs), which are primary dealers in gilt-edged Government debt and through which the Government operates in executing Government debt management policy; - discount houses which are primary dealers for Treasury Bills and other money market instruments, and through which the Government operates in executing monetary policy; - stock exchange money brokers (SEMBs), which act as intermediaries between GEMMs and lenders of gilt-edged stock; and - inter-dealer brokers (IDBs), which act as intermediaries between GEMMs. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the specific conditions: F: Sociétés d'investissement à capital fixe: condition of nationality for the president of the Board of Directors, the Directors-General and no less than two thirds of the administrators, and also, when the securities firm has a Supervisory Board or Council, for the members of such board or its Director General, and no less than two-thirds of the members of the supervisory council. GR: The majority of the members of the Board of Directors of a bank established in Greece must be nationals of a Member State of the EC and residing in Greece.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I: Condition of residence for „promotori di servizi finanziarie“ (financial salesmen).	
B. HEALTH SERVICES AND SOCIAL SERVICES			
A. Hospital Services (CPC 9311)	1) Unbound 2) None 3) B: The number of beds and use of heavy medical equipment is limited on the basis of a health plan. The needs test is in function of the degree of specialization, their capacity and equipment. The criteria are fixed, arithmetical rules or formulae designed to calculate the needs in function of the population, age scale, death rate and geographical spread. F, I, L: The number of beds authorized is limited by a health services plan established on the basis of needs.	1) Unbound 2) None 3) None	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
	F, I, L, P: Equipment of heavy material is limited by a health services plan established on the basis of needs. I: Private health and sanitary services need authorization by local health authorities. Criteria are based on a ratio in function of population. NL: Quantitative economic needs test fixed by a health plan allowing for a maximum number of beds related to the population of each health region. E: Prior authorization is required by the „Comunidades Autónomas“ based on an economic needs test taking into account the population and already existing health services in the given health regions. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Access to management functions is subject to prior authorization. In granting the authorization conditions such as professional experience and skills, availability of local managers and degree of specialization required, are taken into consideration. GR: Condition of nationality for public hospitals.	4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
C. Social Services			
Convalescent and Rest Houses, Old People's Homes	1) Unbound 2) None 3) F: Provision of services is permitted by the competent authorities according to local needs. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Access to management function is subject to prior authorization. In granting the authorization conditions such as professional experience and skills, availability of local managers and degree of specialization required, are taken into consideration.	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
9. TOURISME AND TRAVEL RELATED SERVICES			
A. Hotels, Restaurants and Catering (CPC 641, 642, 643) (excluding catering in transport services sector)	1) Unbound* except for catering: none 2) None	1) Unbound* except for catering: none 2) None	

* A commitment on this mode of delivery is not feasible.

Modes of supply:		1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector		Limitations on market access		Limitations on national treatment	Additional commitments
B. Travel Agencies and Tour Operators Services (including tour managers) (CPC 7471)		3) E, GR, P: Authorization can be denied in order to protect areas of particular historic and artistic interest. I: Local economic needs test on opening of new bars, cafés and restaurants; authorization can be denied in order to protect areas of particular historic and artistic interest.		3) None	
		4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Cafés and bars: condition of nationality.		4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
C. Tourist Guides Services (CPC 7472)		1) None 2) None 3) B: Authorization for non-EC incorporated companies to act as travel agencies is possible only if the company has a permanent base in Belgium (siège d'opérations permanent) and if the person directing the daily operations (of the person asking for the authorization) is an EC national. P: Requirement of constitution of a commercial company having its corporate base in Portugal. I: Economic needs test.		1) None 2) None 3) None	
		4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: GR: Access limited to two persons per entity.		4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
		1) I, P: Unbound. 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: E, I: The right to exercise the profession is reserved for the local organizations of tourist guides. GR, E, F, I, P: Access to the activity is subject to condition of nationality.		1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
10. RECREATIONAL, CULTURAL AND SPORTING SERVICES (other than Audio-visual Services)			
A. Entertainment Services (including Theatre, Live Bands and Circus Services) (CPC 9619)	1) Unbound 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: F: Access to management functions is subject to authorization by the competent authorities. Condition of nationality for managers of entertainment enterprise if authorization for more than two years is required. I: Economic needs test.	1) Unbound. 2) None 3) F, I: Unbound for subsidies and any other forms of direct and indirect support. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
B. News and Press Agency Services (CPC 962)	1) None 2) None 3) F: Foreign participation in companies publishing publications in the French language may not exceed 20 per cent of the capital or of voting rights in the company. Press agencies: unbound. I: Special anti-concentration rules operate in the daily press and broadcasting sectors, specific limits are fixed to multimedia ownership. Foreign companies may not control publishing or broadcasting companies: foreign equity participation limited to 49 per cent. P: Foreign participation, whether by natural or juridical persons, in the capital of publishing companies, including newspapers, is limited to 10 per cent, without voting rights. News companies, incorporated in Portugal in juridical form of "Sociedade Anónima", must have the social capital in the form of nominal stock. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations. P: Nationality requirement for administrators and managers.	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
D. Sporting and Other Recreational Services other than Gambling and Betting Services (CPC 9641, 96491)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: I: Economic needs test.	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
11. TRANSPORT SERVICES			
C. Air Transport Services			
d) Maintenance and Repair of Aircraft and parts thereof	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section.	
Sales and Marketing	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) For distribution through CRS of air transport services provided by CRS parent carrier: unbound. 2) None 3) For distribution through CRS of air transport services provided by CRS parent carrier: unbound. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Computer Reservations System	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) For obligations of parent or participating carriers in respect of a CRS controlled by an air carrier of one or more third countries: unbound. 2) None 3) For obligations of parent or participating carriers in respect of a CRS controlled by an air carrier of one or more third countries: unbound. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
E. Rail Transport Services			
d) Maintenance and Repair of Rail Transport Equipment (CPC 8868)	1) Unbound** 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in	1) Unbound** 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in	

* A commitment on this mode of delivery is not feasible.

** A commitment on this mode of delivery is not feasible.

Modes of supply:			
	1) Cross-border supply	2) Consumption abroad	3) Commercial presence
			4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
F. Road Transport Services	the horizontal section	the horizontal section	
a) Passenger Transportation (CPC 71213, 7122)	1) Unbound 2) None 3) For transport within a Member State (cabotage), by a carrier established outside that Member State: unbound except for rental of non-scheduled services of buses with operator (71223*) where no limitation will apply as from 1996. – For 7122: E: Economic needs test. – For 71221 (taxi services): All Member States: economic needs test**, plus. DK: Access for natural persons only, and local establishment requirement. I: Access for natural persons only. – For 71222 (limousine services): DK: Access for natural persons only, and local establishment requirement. I: Access for natural persons only, and economic needs test. P: Economic needs test. – For 71213 (Intercity bussing services):*** I, E, IRL: Economic needs test. F: Unbound. DK: Economic needs test and residence and citizenship requirement for the manager. P: Access through incorporation only. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Citizenship requirement for managers. P: Nationality requirement for	1) Unbound 2) None 3) Unbound for transport within a Member State (cabotage), by a carrier established outside that Member State. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section and subject to the following specific limitations: DK: Residence requirement for managers.	

* Indicates that the service specified constitutes only a part of the total range of activities by the CPC concordance.

** Needs test based on the number of service suppliers in the local geographic area.

*** Where the supply of a service is subject to an economic needs test, this is essentially based on existing public transport on the route concerned.

Modes of supply:			
		1) Cross-border supply	2) Consumption abroad
		3) Commercial presence	4) Presence of natural persons
Sector or subsector	Limitations on market access	Limitations on national treatment	Additional commitments
b) Freight Transportation (CPC 7123)	specialist personnel. 1) Unbound 2) None 3) For transport within a Member State by a carrier established in another Member State: unbound. I: For transport within the country, licensing subject to an economic needs test. E: Unbound. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound 2) None 3) Unbound for transport within a Member State by a carrier established in another Member State. E: Unbound. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
d) Maintenance and Repair of Road Transport Equipment (CPC 6112)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
H. Services auxiliary to all modes of transport			
b) Storage and Warehouse Services (CPC 742) (other than in ports)	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound* 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
c) Freight Transport Agency/Freight Forwarding Services (CPC 748)	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
Pre-Shipment Inspection (CPC 749)**	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) None 2) None 3) None 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	
I. Other Transport Services			
Land Transport, Provision of Combined Transport Service 1) None	1) Unbound 2) None 3) None, without prejudice to the limitations affecting any given mode of transport. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	1) Unbound 2) None 3) None, without prejudice to the limitations affecting any given mode of transport. 4) Unbound except as indicated in the horizontal section	

* A commitment on this mode of delivery is not feasible.

** Indicates that the services specified constitutes only a part of the total range of activities covered by the CPC concordance.

Attachment A

GLOSSARY

TERMS USED FOR INDIVIDUAL MEMBER STATES

France

SC	Société Civile
SCP	Société Civile professionnelle
SEL	Société d'Exercice Libéral
SNC	Société en Nom Collectif
SCS	Société en Commandite Simple
SARL	Société à Responsabilité Limitée
SCA	Société en Commandite par Actions
SA	Société Anonyme

N.B. Toutes ces sociétés sont dotées de la personnalité morale

Germany

GmbH & Co KG Kommanditgesellschaft, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine GmbH (a stock company with limited responsibility) ist.

EWTV Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (European Economic Interest Grouping)

Italy

SPA	Società per Azioni (joint stock company)
SRL	Società a Responsabilità Limitata (company with limited responsibility)

For Italy the following professional services are covered in the EC offer:

Ragionieri-periti commerciali	Bookkeeping accounting-auditing
Commercialisti	Bookkeeping-accounting-auditing
Geometri	Surveyors
Ingegneri	Engineers
Architetti	Architects
Geologi	Geologists
Medici	Doctors
Farmacisti	Pharmacists
Psicologi	Psychologists
Veterinari	Veterinarians
Biologi	Biologists
Chimici	Chemists
Periti agrari	Agricultural experts
Agronomi	Agronomists
Arruari	Actuarists

EUROPEAN COMMUNITIES AND THEIR MEMBER STATES

Final List of Article II (MFN) Exemptions

(This is authentic in English only)

European Communities and their member States – Final list of Article II (MFN) exemptions

Sector or subsector	Description of measure indicating its inconsistency with Article II	Countries to which the measure applies	Intended duration	Conditions creating the need for the exemption
Audiovisual services – Distribution of audiovisual works	Redressive duties which may be imposed in order to respond to unfair pricing practices, by certain third countries distributors of audiovisual works.	All Members	Indefinite	Unfair pricing practices may cause serious disruption to the distribution of European works
Audiovisual services	Measures taken to prevent, correct or counterbalance adverse, unfair or unreasonable conditions or actions affecting EC audiovisual services, products or service providers, in response to corresponding or comparable actions taken by other Members.	All Members	Indefinite The need for exemption will lapse together with corresponding exemption from other Members	Need to protect the European Communities and their Member States from adverse, unfair or unreasonable unilateral actions from other Members
Audiovisual Services – Production and distribution of audiovisual works through broadcasting or other forms of transmission to the public	Measures which define works of European origin, in such a way as to extend national treatment to audiovisual works which meet certain linguistic and origin criteria regarding access to broadcasting or similar forms of transmission.	Parties to the Council of Europe Convention on Transfrontier Television or other European countries with whom an agreement may be concluded.	Indefinite. Exemption needed, for certain countries, only until an economic integration agreement is concluded or completed.	The measures aim, within the sector, to promote cultural values both within EC Member States and with other countries in Europe, as well as achieving linguistic policy objectives
Audiovisual Services – Production and distribution of cinematographic works and television programmes	Measures based upon government-to-government framework agreements, and plurilateral agreements, on coproduction of audiovisual works, which confer National Treatment to audiovisual works covered by these agreements, in particular in relation to distribution and access to funding.	All countries with whom cultural cooperation may be desirable (agreements already exist, or are being negotiated, with the following countries: Algeria, Angola, Argentina, Australia, Brazil, Burkina Faso, Canada, Cape Verde, Chile, Côte d'Ivoire, Columbia, Cuba, Egypt, Guinea Bissau, India, Israel, Mali, Mexico, Morocco, Mozambique, New Zealand, São Tomé e Príncipe, Senegal, States in Central, Eastern and South-Eastern Europe, Switzerland, Tunisia, Turkey, Venezuela).	Indefinite	The aim of these agreements is to promote cultural links between the countries concerned

Sector or subsector	Description of measure indicating its inconsistency with Article II	Countries to which the measure applies	Intended duration	Conditions creating the need for the exemption
Audiovisual Services – Production and distribution of television programmes and cinematographic works	Measures granting the benefit or any support programmes (such as Action Plan for Advanced Television Services, MEDIA or EURIMAGES) to audiovisual works, and suppliers of such works, meeting certain European origin criteria.	European countries	Indefinite. Exemption needed, for certain countries, only until an economic integration agreement is concluded or completed.	These programmes aim at preserving and promoting the regional identity of countries within Europe which have longstanding cultural links
Audiovisual – Distribution services	Waiver of the requirement in Spain to obtain licences for the distribution of dubbed films of non-Community origin, granted to films of European origin which are especially recommended for children's audiences.	Parties to the Council of Europe	Indefinite. Exemption needed for certain countries, until an economic integration agreement is concluded or completed.	The measure aims at promoting European cultural values and linguistic policy objectives toward the youth.
Audiovisual services: television and radio broadcasting services	Foreign participation in companies in Italy exceeding 49 % of the capital and voting rights, subject to a condition of reciprocity.	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for Italian service suppliers.
Audiovisual services: production and distribution of cinematographic works and television programmes in Nordic countries	Measures taken in Denmark that are adopted for the implementation of benefits in conformity with such support programmes as the NORDIC FILM and TV FUND in order to enhance production and distribution of audiovisual works produced in Nordic countries.	Finland, Norway, Sweden, Iceland	Indefinite	Preservation and promotion of the regional identity of the countries concerned
Road transport – passenger and freight	Provisions in existing or future agreements on international road haulage (including combined transport – road/rail) and passenger transport, concluded between the EC or their Member States and third countries, which: – reserve or limit the provision of a transport service between the contracting parties or across the territory of the contracting parties to vehicles registered in each contracting party; – provide for tax exemption for such vehicles.	Switzerland, States in Central, Eastern and South-Eastern Europe and all Members of the Commonwealth of Independent States, Albania, Turkey, Lebanon, Israel, Syria, Jordan, Egypt, Tunisia, Algeria, Morocco, Cyprus, Malta, Iran, Afghanistan, Iraq, Kuwait	Indefinite	The need for exemption is linked to the regional characteristics of the crossborder provision of road transport services
Road transport services – Freight (CPC 7123)	Authorization for the establishment of a commercial presence in Spain may be refused to service suppliers, whose country of origin does not accord effective market access to Spanish service suppliers	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for Spanish service suppliers

Sector or subsector	Description of measure indicating its inconsistency with Article II	Countries to which the measure applies	Intended duration	Conditions creating the need for the exemption
CRS and sales and marketing of air transport services	Provision of Article 7 of Regulation (EC) No. 2299/89, as amended by Regulation (EC) No. 3089/93, whereby the obligations of CRS system vendors or of parent and participating air carriers shall not apply where equivalent treatment to that applied under the Regulation is not accorded in the country of origin of the parent carrier or of the system vendor.	All countries where a CRS system vendor or a parent air carrier is located.	Indefinite	The need for the exemption results from the insufficient development of multilaterally agreed rules for the operation of CRS.
Internal waterways transport	Measures based upon existing or future agreements on access to inland waterways (incl. agreements following the Rhine-Main-Danube link), which reserve traffic rights for operators based in the countries concerned and meeting nationality criteria regarding ownership.	Switzerland, States in Central, Eastern and South-Eastern Europe and all Members of the Commonwealth of Independent States.	Indefinite. Exemption needed, for certain countries, only until an economic integration agreement is concluded or completed.	To regulate transport capacity on inland waterways taking into account geographic specificity.
Internal waterways transport	Regulations implementing the Mannheim Convention on Rhine Shipping.	Switzerland	Indefinite	To regulate transport capacity on inland waterways taking into account geographic specificity.
Rental/leasing services without operators, relating to ships (CPC 83103). Rental of vessels with crew (CPC 7213, 7223).	Chartering in of foreign ships by consumers resident in Germany may be subject to condition of reciprocity.	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for German service suppliers.
Publishing (Part of CPC 88442)	Foreign participation in companies in Italy exceeding 49 % of the capital and voting rights, subject to a condition of reciprocity.	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for Italian service suppliers.
Newsagency Services (Part of CPC 962)	Foreign participation in companies in France publishing publications in the French language exceeding 20 % of the capital or of voting rights in the company, subject to a condition of reciprocity.	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for French service suppliers.
Press Agency Services (Part of CPC 962)	Market access in France. Subject to a condition of reciprocity.	All countries	Indefinite	Need to ensure effective market access and equivalent treatment for French service suppliers.

Sector or subsector	Description of measure indicating its inconsistency with Article II	Countries to which the measure applies	Intended duration	Conditions creating the need for the exemption
Direct non-life insurance	Measures based on a bilateral agreement between the European Communities and Switzerland on direct insurance other than life insurance. This agreement provides on a reciprocal basis for freedom of establishment and the right to take up or pursue non-life insurance business for agencies and branches of undertakings whose head office is situated in the territory of the other contracting party.	Switzerland	Indefinite	Need to remove obstacles to the taking up and pursuit of non-life insurance business in the framework of an agreement between the European Communities and Switzerland on non-life insurance consistent with the provision of paragraph 3 of the Annex of Financial Services
Financial services	Measure granting favourable tax treatment (off-shore regime) in Italy to service suppliers trading with the countries to which the measure applies.	States in Central, Eastern and South-Eastern Europe, and all Members of the Commonwealth of Independent States	10 years	The need to aid the countries concerned in their transition to a market economy.
All sectors	Measures taken in Denmark aimed at promoting Nordic cooperation, such as: – financial support to R&D projects (the Nordic Industrial Fund); – funding of feasibility studies for international projects (the Nordic Fund for Project Exports); – financial assistance to companies* utilizing environmental technology (the Nordic Environment Finance Corporation).	Sweden, Finland, Iceland and Norway	Indefinite	To maintain and develop Nordic cooperation.
All sectors	Authorization for purchase of real estate in Italy by foreign natural persons and juridical persons granted on the basis of reciprocity.	All countries	Indefinite	The reciprocity requirement is put in place to ensure equivalent treatment for Italians in other countries.
All sectors	Waiver of nationality requirements for the exercise, in Portugal, of certain activities and professions by natural persons supplying services from the designated countries	Countries of Portuguese official language (Angola, Brazil, Cape Verde, Guinea-Bissau, Mozambique and São Tomé & Príncipe)	Indefinite	This measure reflects historical links between Portugal and these countries.
All sectors	Facilitation of access procedures in France for the exercise of certain services activities and professions by natural and legal persons of certain third countries	Francophone African countries, Algeria, Switzerland and Romania	10 years	This measure reflects historical links between France and these countries.

* Applies to East European companies, which are cooperating with one or more Nordic companies.

Sector or subsector	Description of measure indicating its inconsistency with Article II	Countries to which the measure applies	Intended duration	Conditions creating the need for the exemption
All sectors	For citizens of Commonwealth countries with a grandparent born in the UK, the UK waives the requirement for a work permit in all services sectors	Countries members of the British Commonwealth of Nations	Indefinite	This measure reflects historical links between these countries and the UK.
All sectors	Measures based on bilateral agreements between the European Communities and/or their Member States and Switzerland with the objective of providing for the movement of all categories of natural persons supplying services	Switzerland	Indefinite	The agreements reflect a process of progressive trade liberalisation between the EC and its regional trading partner.
All sectors	Measures based on existing or future bilateral agreements between the European Communities and certain Member States and the countries and principalities concerned, providing for: a) the right of establishment for juridical and natural persons and; b) waiving the requirements of work permits for natural persons supplying services.	San Marino, Monaco, Andorra, Vatican City State.	Indefinite	The geographical situation and historical, economic and cultural links between the Member States of the European Communities and the countries and principalities concerned.
All sectors	Measures based upon bilateral agreements between Italy and third countries guaranteeing work permits for seasonal workers.	States in Central Eastern and South-Eastern Europe and in the Mediterranean Basin.	Indefinite	Seasonal shortages of workers and to ensure the orderly movement of seasonal workers.
All sectors – principally construction and hotel and catering	Measures based upon bilateral agreements between Community Member States and European and Mediterranean countries guaranteeing work permits, for the purposes of temporary contract work, on the basis of contracts between an employer of the third country concerned and a company in the Member State concerned, and which permit limited numbers of workers from the countries concerned to be employed certain service sectors; the members numbers variation according to criteria established in the agreement.	States in Central, Eastern and South-Eastern Europe, including Russia, Ukraine, Belarus and Georgia, and in the Mediterranean Basin.	Indefinite. Exemption needed, for certain countries, only until an economic integration agreement is concluded or completed.	The agreements form part of a broader initiative to assist the countries concerned in their process of economic transition and development.

**AGREEMENT ON TRADE-RELATED ASPECTS OF
INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS**

- PART I GENERAL PROVISIONS AND BASIC PRINCIPLES**
- PART II STANDARDS CONCERNING THE AVAILABILITY, SCOPE AND USE OF
INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS**
1. Copyright and Related Rights
 2. Trademarks
 3. Geographical Indications
 4. Industrial Designs
 5. Patents
 6. Layout-Designs (Topographies) of Integrated Circuits
 7. Protection of Undisclosed Information
 8. Control of Anti-Competitive Practices in Contractual Licences
- PART III ENFORCEMENT OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS**
1. General Obligations
 2. Civil and Administrative Procedures and Remedies
 3. Provisional Measures
 4. Special Requirements Related to Border Measures
 5. Criminal Procedures
- PART IV ACQUISITION AND MAINTENANCE OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS
AND RELATED *INTER-PARTES* PROCEDURES**
- PART V DISPUTE PREVENTION AND SETTLEMENT**
- PART VI TRANSITIONAL ARRANGEMENTS**
- PART VII INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS; FINAL PROVISIONS**

AGREEMENT ON TRADE-RELATED ASPECTS OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS

Members,

Desiring to reduce distortions and impediments to international trade, and taking into account the need to promote effective and adequate protection of intellectual property rights, and to ensure that measures and procedures to enforce intellectual property rights do not themselves become barriers to legitimate trade;

Recognizing, to this end, the need for new rules and disciplines concerning:

- (a) the applicability of the basic principles of GATT 1994 and of relevant international intellectual property agreements or conventions;
- (b) the provision of adequate standards and principles concerning the availability, scope and use of trade-related intellectual property rights;
- (c) the provision of effective and appropriate means for the enforcement of trade-related intellectual property rights, taking into account differences in national legal systems;
- (d) the provision of effective and expeditious procedures for the multilateral prevention and settlement of disputes between governments; and
- (e) transitional arrangements aiming at the fullest participation in the results of the negotiations;

Recognizing the need for a multilateral framework of principles, rules and disciplines dealing with international trade in counterfeit goods;

Recognizing that intellectual property rights are private rights;

Recognizing the underlying public policy objectives of national systems for the protection of intellectual property, including developmental and technological objectives;

Recognizing also the special needs of the least-developed country Members in respect of maximum flexibility in the domestic implementation of laws and regulations in order to enable them to create a sound and viable technological base;

Emphasizing the importance of reducing tensions by reaching strengthened commitments to resolve disputes on trade-related intellectual property issues through multilateral procedures;

Desiring to establish a mutually supportive relationship between the WTO and the World Intellectual Property Organization (referred to in this Agreement as "WIPO") as well as other relevant international organizations;

Hereby agree as follows:

PART I

GENERAL PROVISIONS AND BASIC PRINCIPLES

*Article 1**Nature and Scope of Obligations*

1. Members shall give effect to the provisions of this Agreement. Members may, but shall not be obliged to, implement in their law more extensive protection than is required by this Agreement, provided that such protection does not contravene the provisions of this Agreement. Members shall be free to determine the appropriate method of implementing the provisions of this Agreement within their own legal system and practice.
2. For the purposes of this Agreement, the term "intellectual property" refers to all categories of intellectual property that are the subject of Sections 1 through 7 of Part II.
3. Members shall accord the treatment provided for in this Agreement to the nationals of other Members.¹ In respect of the relevant intellectual property right, the nationals of other Members shall be understood as those natural or legal persons that would meet the criteria for eligibility for protection provided for in the Paris Convention (1967), the Berne Convention (1971), the Rome Convention and the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits, were all Members of the WTO members of those conventions.² Any Member availing itself of the possibilities provided in paragraph 3 of Article 5 or paragraph 2 of Article 6 of the Rome Convention shall make a notification as foreseen in those provisions to the Council for Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (the "Council for TRIPS").

*Article 2**Intellectual Property Conventions*

1. In respect of Parts II, III and IV of this Agreement, Members shall comply with Articles 1 through 12, and Article 19, of the Paris Convention (1967).
2. Nothing in Parts I to IV of this Agreement shall derogate from existing obligations that Members may have to each other under the Paris Convention, the Berne Convention, the Rome Convention and the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits.

¹When "nationals" are referred to in this Agreement, they shall be deemed, in the case of a separate customs territory Member of the WTO, to mean persons, natural or legal, who are domiciled or who have a real and effective industrial or commercial establishment in that customs territory.

²In this Agreement, "Paris Convention" refers to the Paris Convention for the Protection of Industrial Property; "Paris Convention (1967)" refers to the Stockholm Act of this Convention of 14 July 1967. "Berne Convention" refers to the Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works; "Berne Convention (1971)" refers to the Paris Act of this Convention of 24 July 1971. "Rome Convention" refers to the International Convention for the Protection of Performers, Producers of Phonograms and Broadcasting Organizations, adopted at Rome on 26 October 1961. "Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits" (IPIC Treaty) refers to the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits, adopted at Washington on 26 May 1989. "WTO Agreement" refers to the Agreement Establishing the WTO.

Article 3

National Treatment

1. Each Member shall accord to the nationals of other Members treatment no less favourable than that it accords to its own nationals with regard to the protection³ of intellectual property, subject to the exceptions already provided in, respectively, the Paris Convention (1967), the Berne Convention (1971), the Rome Convention or the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits. In respect of performers, producers of phonograms and broadcasting organizations, this obligation only applies in respect of the rights provided under this Agreement. Any Member availing itself of the possibilities provided in Article 6 of the Berne Convention (1971) or paragraph 1(b) of Article 16 of the Rome Convention shall make a notification as foreseen in those provisions to the Council for TRIPS.

2. Members may avail themselves of the exceptions permitted under paragraph 1 in relation to judicial and administrative procedures, including the designation of an address for service or the appointment of an agent within the jurisdiction of a Member, only where such exceptions are necessary to secure compliance with laws and regulations which are not inconsistent with the provisions of this Agreement and where such practices are not applied in a manner which would constitute a disguised restriction on trade.

Article 4

Most-Favoured-Nation Treatment

With regard to the protection of intellectual property, any advantage, favour, privilege or immunity granted by a Member to the nationals of any other country shall be accorded immediately and unconditionally to the nationals of all other Members. Exempted from this obligation are any advantage, favour, privilege or immunity accorded by a Member:

- (a) deriving from international agreements on judicial assistance or law enforcement of a general nature and not particularly confined to the protection of intellectual property;
- (b) granted in accordance with the provisions of the Berne Convention (1971) or the Rome Convention authorizing that the treatment accorded be a function not of national treatment but of the treatment accorded in another country;
- (c) in respect of the rights of performers, producers of phonograms and broadcasting organizations not provided under this Agreement;
- (d) deriving from international agreements related to the protection of intellectual property which entered into force prior to the entry into force of the WTO Agreement, provided that such agreements are notified to the Council for TRIPS and do not constitute an arbitrary or unjustifiable discrimination against nationals of other Members.

³For the purposes of Articles 3 and 4, "protection" shall include matters affecting the availability, acquisition, scope, maintenance and enforcement of intellectual property rights as well as those matters affecting the use of intellectual property rights specifically addressed in this Agreement.

Article 5

*Multilateral Agreements on Acquisition or
Maintenance of Protection*

The obligations under Articles 3 and 4 do not apply to procedures provided in multilateral agreements concluded under the auspices of WIPO relating to the acquisition or maintenance of intellectual property rights.

Article 6

Exhaustion

For the purposes of dispute settlement under this Agreement, subject to the provisions of Articles 3 and 4 nothing in this Agreement shall be used to address the issue of the exhaustion of intellectual property rights.

Article 7

Objectives

The protection and enforcement of intellectual property rights should contribute to the promotion of technological innovation and to the transfer and dissemination of technology, to the mutual advantage of producers and users of technological knowledge and in a manner conducive to social and economic welfare, and to a balance of rights and obligations.

Article 8

Principles

1. Members may, in formulating or amending their laws and regulations, adopt measures necessary to protect public health and nutrition, and to promote the public interest in sectors of vital importance to their socio-economic and technological development, provided that such measures are consistent with the provisions of this Agreement.
2. Appropriate measures, provided that they are consistent with the provisions of this Agreement, may be needed to prevent the abuse of intellectual property rights by right holders or the resort to practices which unreasonably restrain trade or adversely affect the international transfer of technology.

PART II**STANDARDS CONCERNING THE AVAILABILITY, SCOPE
AND USE OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS****SECTION 1: COPYRIGHT AND RELATED RIGHTS***Article 9**Relation to the Berne Convention*

1. Members shall comply with Articles 1 through 21 of the Berne Convention (1971) and the Appendix thereto. However, Members shall not have rights or obligations under this Agreement in respect of the rights conferred under Article 6bis of that Convention or of the rights derived therefrom.
2. Copyright protection shall extend to expressions and not to ideas, procedures, methods of operation or mathematical concepts as such.

*Article 10**Computer Programs and Compilations of Data*

1. Computer programs, whether in source or object code, shall be protected as literary works under the Berne Convention (1971).
2. Compilations of data or other material, whether in machine readable or other form, which by reason of the selection or arrangement of their contents constitute intellectual creations shall be protected as such. Such protection, which shall not extend to the data or material itself, shall be without prejudice to any copyright subsisting in the data or material itself.

*Article 11**Rental Rights*

In respect of at least computer programs and cinematographic works, a Member shall provide authors and their successors in title the right to authorize or to prohibit the commercial rental to the public of originals or copies of their copyright works. A Member shall be excepted from this obligation in respect of cinematographic works unless such rental has led to widespread copying of such works which is materially impairing the exclusive right of reproduction conferred in that Member on authors and their successors in title. In respect of computer programs, this obligation does not apply to rentals where the program itself is not the essential object of the rental.

*Article 12**Term of Protection*

Whenever the term of protection of a work, other than a photographic work or a work of applied art, is calculated on a basis other than the life of a natural person, such term shall be no less than

50 years from the end of the calendar year of authorized publication, or, failing such authorized publication within 50 years from the making of the work, 50 years from the end of the calendar year of making.

Article 13

Limitations and Exceptions

Members shall confine limitations or exceptions to exclusive rights to certain special cases which do not conflict with a normal exploitation of the work and do not unreasonably prejudice the legitimate interests of the right holder.

Article 14

Protection of Performers, Producers of Phonograms (Sound Recordings) and Broadcasting Organizations

1. In respect of a fixation of their performance on a phonogram, performers shall have the possibility of preventing the following acts when undertaken without their authorization: the fixation of their unfixed performance and the reproduction of such fixation. Performers shall also have the possibility of preventing the following acts when undertaken without their authorization: the broadcasting by wireless means and the communication to the public of their live performance.
2. Producers of phonograms shall enjoy the right to authorize or prohibit the direct or indirect reproduction of their phonograms.
3. Broadcasting organizations shall have the right to prohibit the following acts when undertaken without their authorization: the fixation, the reproduction of fixations, and the rebroadcasting by wireless means of broadcasts, as well as the communication to the public of television broadcasts of the same. Where Members do not grant such rights to broadcasting organizations, they shall provide owners of copyright in the subject matter of broadcasts with the possibility of preventing the above acts, subject to the provisions of the Berne Convention (1971).
4. The provisions of Article 11 in respect of computer programs shall apply *mutatis mutandis* to producers of phonograms and any other right holders in phonograms as determined in a Member's law. If on 15 April 1994 a Member has in force a system of equitable remuneration of right holders in respect of the rental of phonograms, it may maintain such system provided that the commercial rental of phonograms is not giving rise to the material impairment of the exclusive rights of reproduction of right holders.
5. The term of the protection available under this Agreement to performers and producers of phonograms shall last at least until the end of a period of 50 years computed from the end of the calendar year in which the fixation was made or the performance took place. The term of protection granted pursuant to paragraph 3 shall last for at least 20 years from the end of the calendar year in which the broadcast took place.
6. Any Member may, in relation to the rights conferred under paragraphs 1, 2 and 3, provide for conditions, limitations, exceptions and reservations to the extent permitted by the Rome Convention. However, the provisions of Article 18 of the Berne Convention (1971) shall also apply, *mutatis mutandis*, to the rights of performers and producers of phonograms in phonograms.

SECTION 2: TRADEMARKS

Article 15

Protectable Subject Matter

1. Any sign, or any combination of signs, capable of distinguishing the goods or services of one undertaking from those of other undertakings, shall be capable of constituting a trademark. Such signs, in particular words including personal names, letters, numerals, figurative elements and combinations of colours as well as any combination of such signs, shall be eligible for registration as trademarks. Where signs are not inherently capable of distinguishing the relevant goods or services, Members may make registrability depend on distinctiveness acquired through use. Members may require, as a condition of registration, that signs be visually perceptible.
2. Paragraph 1 shall not be understood to prevent a Member from denying registration of a trademark on other grounds, provided that they do not derogate from the provisions of the Paris Convention (1967).
3. Members may make registrability depend on use. However, actual use of a trademark shall not be a condition for filing an application for registration. An application shall not be refused solely on the ground that intended use has not taken place before the expiry of a period of three years from the date of application.
4. The nature of the goods or services to which a trademark is to be applied shall in no case form an obstacle to registration of the trademark.
5. Members shall publish each trademark either before it is registered or promptly after it is registered and shall afford a reasonable opportunity for petitions to cancel the registration. In addition, Members may afford an opportunity for the registration of a trademark to be opposed.

Article 16

Rights Conferred

1. The owner of a registered trademark shall have the exclusive right to prevent all third parties not having the owner's consent from using in the course of trade identical or similar signs for goods or services which are identical or similar to those in respect of which the trademark is registered where such use would result in a likelihood of confusion. In case of the use of an identical sign for identical goods or services, a likelihood of confusion shall be presumed. The rights described above shall not prejudice any existing prior rights, nor shall they affect the possibility of Members making rights available on the basis of use.
2. Article 6bis of the Paris Convention (1967) shall apply, *mutatis mutandis*, to services. In determining whether a trademark is well-known, Members shall take account of the knowledge of the trademark in the relevant sector of the public, including knowledge in the Member concerned which has been obtained as a result of the promotion of the trademark.
3. Article 6bis of the Paris Convention (1967) shall apply, *mutatis mutandis*, to goods or services which are not similar to those in respect of which a trademark is registered, provided that use of that trademark in relation to those goods or services would indicate a connection between those goods or

services and the owner of the registered trademark and provided that the interests of the owner of the registered trademark are likely to be damaged by such use.

Article 17

Exceptions

Members may provide limited exceptions to the rights conferred by a trademark, such as fair use of descriptive terms, provided that such exceptions take account of the legitimate interests of the owner of the trademark and of third parties.

Article 18

Term of Protection

Initial registration, and each renewal of registration, of a trademark shall be for a term of no less than seven years. The registration of a trademark shall be renewable indefinitely.

Article 19

Requirement of Use

1. If use is required to maintain a registration, the registration may be cancelled only after an uninterrupted period of at least three years of non-use, unless valid reasons based on the existence of obstacles to such use are shown by the trademark owner. Circumstances arising independently of the will of the owner of the trademark which constitute an obstacle to the use of the trademark, such as import restrictions on or other government requirements for goods or services protected by the trademark, shall be recognized as valid reasons for non-use.

2. When subject to the control of its owner, use of a trademark by another person shall be recognized as use of the trademark for the purpose of maintaining the registration.

Article 20

Other Requirements

The use of a trademark in the course of trade shall not be unjustifiably encumbered by special requirements, such as use with another trademark, use in a special form or use in a manner detrimental to its capability to distinguish the goods or services of one undertaking from those of other undertakings. This will not preclude a requirement prescribing the use of the trademark identifying the undertaking producing the goods or services along with, but without linking it to, the trademark distinguishing the specific goods or services in question of that undertaking.

*Article 21**Licensing and Assignment*

Members may determine conditions on the licensing and assignment of trademarks, it being understood that the compulsory licensing of trademarks shall not be permitted and that the owner of a registered trademark shall have the right to assign the trademark with or without the transfer of the business to which the trademark belongs.

SECTION 3: GEOGRAPHICAL INDICATIONS

*Article 22**Protection of Geographical Indications*

1. Geographical indications are, for the purposes of this Agreement, indications which identify a good as originating in the territory of a Member, or a region or locality in that territory, where a given quality, reputation or other characteristic of the good is essentially attributable to its geographical origin.
2. In respect of geographical indications, Members shall provide the legal means for interested parties to prevent:
 - (a) the use of any means in the designation or presentation of a good that indicates or suggests that the good in question originates in a geographical area other than the true place of origin in a manner which misleads the public as to the geographical origin of the good;
 - (b) any use which constitutes an act of unfair competition within the meaning of Article 10*bis* of the Paris Convention (1967).
3. A Member shall, *ex officio* if its legislation so permits or at the request of an interested party, refuse or invalidate the registration of a trademark which contains or consists of a geographical indication with respect to goods not originating in the territory indicated, if use of the indication in the trademark for such goods in that Member is of such a nature as to mislead the public as to the true place of origin.
4. The protection under paragraphs 1, 2 and 3 shall be applicable against a geographical indication which, although literally true as to the territory, region or locality in which the goods originate, falsely represents to the public that the goods originate in another territory.

Article 23

Additional Protection for Geographical Indications for Wines and Spirits

1. Each Member shall provide the legal means for interested parties to prevent use of a geographical indication identifying wines for wines not originating in the place indicated by the geographical indication in question or identifying spirits for spirits not originating in the place indicated by the geographical indication in question, even where the true origin of the goods is indicated or the geographical indication is used in translation or accompanied by expressions such as "kind", "type", "style", "imitation" or the like.⁴
2. The registration of a trademark for wines which contains or consists of a geographical indication identifying wines or for spirits which contains or consists of a geographical indication identifying spirits shall be refused or invalidated, *ex officio* if a Member's legislation so permits or at the request of an interested party, with respect to such wines or spirits not having this origin.
3. In the case of homonymous geographical indications for wines, protection shall be accorded to each indication, subject to the provisions of paragraph 4 of Article 22. Each Member shall determine the practical conditions under which the homonymous indications in question will be differentiated from each other, taking into account the need to ensure equitable treatment of the producers concerned and that consumers are not misled.
4. In order to facilitate the protection of geographical indications for wines, negotiations shall be undertaken in the Council for TRIPS concerning the establishment of a multilateral system of notification and registration of geographical indications for wines eligible for protection in those Members participating in the system.

Article 24

International Negotiations; Exceptions

1. Members agree to enter into negotiations aimed at increasing the protection of individual geographical indications under Article 23. The provisions of paragraphs 4 through 8 below shall not be used by a Member to refuse to conduct negotiations or to conclude bilateral or multilateral agreements. In the context of such negotiations, Members shall be willing to consider the continued applicability of these provisions to individual geographical indications whose use was the subject of such negotiations.
2. The Council for TRIPS shall keep under review the application of the provisions of this Section; the first such review shall take place within two years of the entry into force of the WTO Agreement. Any matter affecting the compliance with the obligations under these provisions may be drawn to the attention of the Council, which, at the request of a Member, shall consult with any Member or Members in respect of such matter in respect of which it has not been possible to find a satisfactory solution through bilateral or plurilateral consultations between the Members concerned. The Council shall take such action as may be agreed to facilitate the operation and further the objectives of this Section.
3. In implementing this Section, a Member shall not diminish the protection of geographical indications that existed in that Member immediately prior to the date of entry into force of the WTO Agreement.

⁴Notwithstanding the first sentence of Article 42, Members may, with respect to these obligations, instead provide for enforcement by administrative action.

4. Nothing in this Section shall require a Member to prevent continued and similar use of a particular geographical indication of another Member identifying wines or spirits in connection with goods or services by any of its nationals or domiciliaries who have used that geographical indication in a continuous manner with regard to the same or related goods or services in the territory of that Member either (a) for at least 10 years preceding 15 April 1994 or (b) in good faith preceding that date.

5. Where a trademark has been applied for or registered in good faith, or where rights to a trademark have been acquired through use in good faith either:

(a) before the date of application of these provisions in that Member as defined in Part VI; or

(b) before the geographical indication is protected in its country of origin;

measures adopted to implement this Section shall not prejudice eligibility for or the validity of the registration of a trademark, or the right to use a trademark, on the basis that such a trademark is identical with, or similar to, a geographical indication.

6. Nothing in this Section shall require a Member to apply its provisions in respect of a geographical indication of any other Member with respect to goods or services for which the relevant indication is identical with the term customary in common language as the common name for such goods or services in the territory of that Member. Nothing in this Section shall require a Member to apply its provisions in respect of a geographical indication of any other Member with respect to products of the vine for which the relevant indication is identical with the customary name of a grape variety existing in the territory of that Member as of the date of entry into force of the WTO Agreement.

7. A Member may provide that any request made under this Section in connection with the use or registration of a trademark must be presented within five years after the adverse use of the protected indication has become generally known in that Member or after the date of registration of the trademark in that Member provided that the trademark has been published by that date, if such date is earlier than the date on which the adverse use became generally known in that Member, provided that the geographical indication is not used or registered in bad faith.

8. The provisions of this Section shall in no way prejudice the right of any person to use, in the course of trade, that person's name or the name of that person's predecessor in business, except where such name is used in such a manner as to mislead the public.

9. There shall be no obligation under this Agreement to protect geographical indications which are not or cease to be protected in their country of origin, or which have fallen into disuse in that country.

SECTION 4: INDUSTRIAL DESIGNS

Article 25

Requirements for Protection

1. Members shall provide for the protection of independently created industrial designs that are new or original. Members may provide that designs are not new or original if they do not significantly

differ from known designs or combinations of known design features. Members may provide that such protection shall not extend to designs dictated essentially by technical or functional considerations.

2. Each Member shall ensure that requirements for securing protection for textile designs, in particular in regard to any cost, examination or publication, do not unreasonably impair the opportunity to seek and obtain such protection. Members shall be free to meet this obligation through industrial design law or through copyright law.

Article 26

Protection

1. The owner of a protected industrial design shall have the right to prevent third parties not having the owner's consent from making, selling or importing articles bearing or embodying a design which is a copy, or substantially a copy, of the protected design, when such acts are undertaken for commercial purposes.

2. Members may provide limited exceptions to the protection of industrial designs, provided that such exceptions do not unreasonably conflict with the normal exploitation of protected industrial designs and do not unreasonably prejudice the legitimate interests of the owner of the protected design, taking account of the legitimate interests of third parties.

3. The duration of protection available shall amount to at least 10 years.

SECTION 5: PATENTS

Article 27

Patentable Subject Matter

1. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3, patents shall be available for any inventions, whether products or processes, in all fields of technology, provided that they are new, involve an inventive step and are capable of industrial application.⁵ Subject to paragraph 4 of Article 65, paragraph 8 of Article 70 and paragraph 3 of this Article, patents shall be available and patent rights enjoyable without discrimination as to the place of invention, the field of technology and whether products are imported or locally produced.

2. Members may exclude from patentability inventions, the prevention within their territory of the commercial exploitation of which is necessary to protect *ordre public* or morality, including to protect human, animal or plant life or health or to avoid serious prejudice to the environment, provided that such exclusion is not made merely because the exploitation is prohibited by their law.

3. Members may also exclude from patentability:

(a) diagnostic, therapeutic and surgical methods for the treatment of humans or animals;

⁵For the purposes of this Article, the terms "inventive step" and "capable of industrial application" may be deemed by a Member to be synonymous with the terms "non-obvious" and "useful" respectively.

- (b) plants and animals other than micro-organisms, and essentially biological processes for the production of plants or animals other than non-biological and microbiological processes. However, Members shall provide for the protection of plant varieties either by patents or by an effective *sui generis* system or by any combination thereof. The provisions of this subparagraph shall be reviewed four years after the date of entry into force of the WTO Agreement.

Article 28

Rights Conferred

1. A patent shall confer on its owner the following exclusive rights:
 - (a) where the subject matter of a patent is a product, to prevent third parties not having the owner's consent from the acts of: making, using, offering for sale, selling, or importing⁶ for these purposes that product;
 - (b) where the subject matter of a patent is a process, to prevent third parties not having the owner's consent from the act of using the process, and from the acts of: using, offering for sale, selling, or importing for these purposes at least the product obtained directly by that process.
2. Patent owners shall also have the right to assign, or transfer by succession, the patent and to conclude licensing contracts.

Article 29

Conditions on Patent Applicants

1. Members shall require that an applicant for a patent shall disclose the invention in a manner sufficiently clear and complete for the invention to be carried out by a person skilled in the art and may require the applicant to indicate the best mode for carrying out the invention known to the inventor at the filing date or, where priority is claimed, at the priority date of the application.
2. Members may require an applicant for a patent to provide information concerning the applicant's corresponding foreign applications and grants.

Article 30

Exceptions to Rights Conferred

Members may provide limited exceptions to the exclusive rights conferred by a patent, provided that such exceptions do not unreasonably conflict with a normal exploitation of the patent and do not unreasonably prejudice the legitimate interests of the patent owner, taking account of the legitimate interests of third parties.

⁶This right, like all other rights conferred under this Agreement in respect of the use, sale, importation or other distribution of goods, is subject to the provisions of Article 6.

*Article 31**Other Use Without Authorization of the Right Holder*

Where the law of a Member allows for other use⁷ of the subject matter of a patent without the authorization of the right holder, including use by the government or third parties authorized by the government, the following provisions shall be respected:

- (a) authorization of such use shall be considered on its individual merits;
- (b) such use may only be permitted if, prior to such use, the proposed user has made efforts to obtain authorization from the right holder on reasonable commercial terms and conditions and that such efforts have not been successful within a reasonable period of time. This requirement may be waived by a Member in the case of a national emergency or other circumstances of extreme urgency or in cases of public non-commercial use. In situations of national emergency or other circumstances of extreme urgency, the right holder shall, nevertheless, be notified as soon as reasonably practicable. In the case of public non-commercial use, where the government or contractor, without making a patent search, knows or has demonstrable grounds to know that a valid patent is or will be used by or for the government, the right holder shall be informed promptly;
- (c) the scope and duration of such use shall be limited to the purpose for which it was authorized, and in the case of semi-conductor technology shall only be for public non-commercial use or to remedy a practice determined after judicial or administrative process to be anti-competitive;
- (d) such use shall be non-exclusive;
- (e) such use shall be non-assignable, except with that part of the enterprise or goodwill which enjoys such use;
- (f) any such use shall be authorized predominantly for the supply of the domestic market of the Member authorizing such use;
- (g) authorization for such use shall be liable, subject to adequate protection of the legitimate interests of the persons so authorized, to be terminated if and when the circumstances which led to it cease to exist and are unlikely to recur. The competent authority shall have the authority to review, upon motivated request, the continued existence of these circumstances;
- (h) the right holder shall be paid adequate remuneration in the circumstances of each case, taking into account the economic value of the authorization;
- (i) the legal validity of any decision relating to the authorization of such use shall be subject to judicial review or other independent review by a distinct higher authority in that Member;

⁷"Other use" refers to use other than that allowed under Article 30.

- (j) any decision relating to the remuneration provided in respect of such use shall be subject to judicial review or other independent review by a distinct higher authority in that Member;
- (k) Members are not obliged to apply the conditions set forth in subparagraphs (b) and (f) where such use is permitted to remedy a practice determined after judicial or administrative process to be anti-competitive. The need to correct anti-competitive practices may be taken into account in determining the amount of remuneration in such cases. Competent authorities shall have the authority to refuse termination of authorization if and when the conditions which led to such authorization are likely to recur;
- (l) where such use is authorized to permit the exploitation of a patent ("the second patent") which cannot be exploited without infringing another patent ("the first patent"), the following additional conditions shall apply:
 - (i) the invention claimed in the second patent shall involve an important technical advance of considerable economic significance in relation to the invention claimed in the first patent;
 - (ii) the owner of the first patent shall be entitled to a cross-licence on reasonable terms to use the invention claimed in the second patent; and
 - (iii) the use authorized in respect of the first patent shall be non-assignable except with the assignment of the second patent.

Article 32

Revocation/Forfeiture

An opportunity for judicial review of any decision to revoke or forfeit a patent shall be available.

Article 33

Term of Protection

The term of protection available shall not end before the expiration of a period of twenty years counted from the filing date.⁸

⁸It is understood that those Members which do not have a system of original grant may provide that the term of protection shall be computed from the filing date in the system of original grant.

Article 34

Process Patents: Burden of Proof

1. For the purposes of civil proceedings in respect of the infringement of the rights of the owner referred to in paragraph 1(b) of Article 28, if the subject matter of a patent is a process for obtaining a product, the judicial authorities shall have the authority to order the defendant to prove that the process to obtain an identical product is different from the patented process. Therefore, Members shall provide, in at least one of the following circumstances, that any identical product when produced without the consent of the patent owner shall, in the absence of proof to the contrary, be deemed to have been obtained by the patented process:

- (a) if the product obtained by the patented process is new;
- (b) if there is a substantial likelihood that the identical product was made by the process and the owner of the patent has been unable through reasonable efforts to determine the process actually used.

2. Any Member shall be free to provide that the burden of proof indicated in paragraph 1 shall be on the alleged infringer only if the condition referred to in subparagraph (a) is fulfilled or only if the condition referred to in subparagraph (b) is fulfilled.

3. In the adduction of proof to the contrary, the legitimate interests of defendants in protecting their manufacturing and business secrets shall be taken into account.

SECTION 6: LAYOUT-DESIGNS (TOPOGRAPHIES) OF INTEGRATED CIRCUITS

Article 35

Relation to the IPIC Treaty

Members agree to provide protection to the layout-designs (topographies) of integrated circuits (referred to in this Agreement as "layout-designs") in accordance with Articles 2 through 7 (other than paragraph 3 of Article 6), Article 12 and paragraph 3 of Article 16 of the Treaty on Intellectual Property in Respect of Integrated Circuits and, in addition, to comply with the following provisions.

Article 36

Scope of the Protection

Subject to the provisions of paragraph 1 of Article 37, Members shall consider unlawful the following acts if performed without the authorization of the right holder:⁹ importing, selling, or otherwise distributing for commercial purposes a protected layout-design, an integrated circuit in which a protected layout-design is incorporated, or an article incorporating such an integrated circuit only in so far as it continues to contain an unlawfully reproduced layout-design.

⁹The term "right holder" in this Section shall be understood as having the same meaning as the term "holder of the right" in the IPIC Treaty.

*Article 37**Acts Not Requiring the Authorization of the Right Holder*

1. Notwithstanding Article 36, no Member shall consider unlawful the performance of any of the acts referred to in that Article in respect of an integrated circuit incorporating an unlawfully reproduced layout-design or any article incorporating such an integrated circuit where the person performing or ordering such acts did not know and had no reasonable ground to know, when acquiring the integrated circuit or article incorporating such an integrated circuit, that it incorporated an unlawfully reproduced layout-design. Members shall provide that, after the time that such person has received sufficient notice that the layout-design was unlawfully reproduced, that person may perform any of the acts with respect to the stock on hand or ordered before such time, but shall be liable to pay to the right holder a sum equivalent to a reasonable royalty such as would be payable under a freely negotiated licence in respect of such a layout-design.
2. The conditions set out in subparagraphs (a) through (k) of Article 31 shall apply *mutatis mutandis* in the event of any non-voluntary licensing of a layout-design or of its use by or for the government without the authorization of the right holder.

*Article 38**Term of Protection*

1. In Members requiring registration as a condition of protection, the term of protection of layout-designs shall not end before the expiration of a period of 10 years counted from the date of filing an application for registration or from the first commercial exploitation wherever in the world it occurs.
2. In Members not requiring registration as a condition for protection, layout-designs shall be protected for a term of no less than 10 years from the date of the first commercial exploitation wherever in the world it occurs.
3. Notwithstanding paragraphs 1 and 2, a Member may provide that protection shall lapse 15 years after the creation of the layout-design.

SECTION 7: PROTECTION OF UNDISCLOSED INFORMATION

Article 39

1. In the course of ensuring effective protection against unfair competition as provided in Article 10bis of the Paris Convention (1967), Members shall protect undisclosed information in accordance with paragraph 2 and data submitted to governments or governmental agencies in accordance with paragraph 3.
2. Natural and legal persons shall have the possibility of preventing information lawfully within their control from being disclosed to, acquired by, or used by others without their consent in a manner contrary to honest commercial practices¹⁰ so long as such information:

¹⁰For the purpose of this provision, "a manner contrary to honest commercial practices" shall mean at least practices such as breach of contract, breach of confidence and inducement to breach, and includes the acquisition of undisclosed information by third parties who knew, or were grossly negligent in failing to know, that such practices were involved in the acquisition.

- (a) is secret in the sense that it is not, as a body or in the precise configuration and assembly of its components, generally known among or readily accessible to persons within the circles that normally deal with the kind of information in question;
 - (b) has commercial value because it is secret; and
 - (c) has been subject to reasonable steps under the circumstances, by the person lawfully in control of the information, to keep it secret.
3. Members, when requiring, as a condition of approving the marketing of pharmaceutical or of agricultural chemical products which utilize new chemical entities, the submission of undisclosed test or other data, the origination of which involves a considerable effort, shall protect such data against unfair commercial use. In addition, Members shall protect such data against disclosure, except where necessary to protect the public, or unless steps are taken to ensure that the data are protected against unfair commercial use.

SECTION 8: CONTROL OF ANTI-COMPETITIVE PRACTICES IN CONTRACTUAL LICENCES

Article 40

1. Members agree that some licensing practices or conditions pertaining to intellectual property rights which restrain competition may have adverse effects on trade and may impede the transfer and dissemination of technology.
2. Nothing in this Agreement shall prevent Members from specifying in their legislation licensing practices or conditions that may in particular cases constitute an abuse of intellectual property rights having an adverse effect on competition in the relevant market. As provided above, a Member may adopt, consistently with the other provisions of this Agreement, appropriate measures to prevent or control such practices, which may include for example exclusive grantback conditions, conditions preventing challenges to validity and coercive package licensing, in the light of the relevant laws and regulations of that Member.
3. Each Member shall enter, upon request, into consultations with any other Member which has cause to believe that an intellectual property right owner that is a national or domiciliary of the Member to which the request for consultations has been addressed is undertaking practices in violation of the requesting Member's laws and regulations on the subject matter of this Section, and which wishes to secure compliance with such legislation, without prejudice to any action under the law and to the full freedom of an ultimate decision of either Member. The Member addressed shall accord full and sympathetic consideration to, and shall afford adequate opportunity for, consultations with the requesting Member, and shall cooperate through supply of publicly available non-confidential information of relevance to the matter in question and of other information available to the Member, subject to domestic law and to the conclusion of mutually satisfactory agreements concerning the safeguarding of its confidentiality by the requesting Member.
4. A Member whose nationals or domiciliaries are subject to proceedings in another Member concerning alleged violation of that other Member's laws and regulations on the subject matter of this Section shall, upon request, be granted an opportunity for consultations by the other Member under the same conditions as those foreseen in paragraph 3.

PART III**ENFORCEMENT OF INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS****SECTION 1: GENERAL OBLIGATIONS***Article 41*

1. **Members shall ensure that enforcement procedures as specified in this Part are available under their law so as to permit effective action against any act of infringement of intellectual property rights covered by this Agreement, including expeditious remedies to prevent infringements and remedies which constitute a deterrent to further infringements. These procedures shall be applied in such a manner as to avoid the creation of barriers to legitimate trade and to provide for safeguards against their abuse.**
2. **Procedures concerning the enforcement of intellectual property rights shall be fair and equitable. They shall not be unnecessarily complicated or costly, or entail unreasonable time-limits or unwarranted delays.**
3. **Decisions on the merits of a case shall preferably be in writing and reasoned. They shall be made available at least to the parties to the proceeding without undue delay. Decisions on the merits of a case shall be based only on evidence in respect of which parties were offered the opportunity to be heard.**
4. **Parties to a proceeding shall have an opportunity for review by a judicial authority of final administrative decisions and, subject to jurisdictional provisions in a Member's law concerning the importance of a case, of at least the legal aspects of initial judicial decisions on the merits of a case. However, there shall be no obligation to provide an opportunity for review of acquittals in criminal cases.**
5. **It is understood that this Part does not create any obligation to put in place a judicial system for the enforcement of intellectual property rights distinct from that for the enforcement of law in general, nor does it affect the capacity of Members to enforce their law in general. Nothing in this Part creates any obligation with respect to the distribution of resources as between enforcement of intellectual property rights and the enforcement of law in general.**

SECTION 2: CIVIL AND ADMINISTRATIVE PROCEDURES AND REMEDIES*Article 42**Fair and Equitable Procedures*

Members shall make available to right holders¹¹ civil judicial procedures concerning the enforcement of any intellectual property right covered by this Agreement. Defendants shall have the right to written notice which is timely and contains sufficient detail, including the basis of the claims. Parties shall be allowed to be represented by independent legal counsel, and procedures shall not impose overly burdensome requirements concerning mandatory personal appearances. All parties to such procedures shall be duly entitled to substantiate their claims and to present all relevant evidence. The procedure shall provide a means to identify and protect confidential information, unless this would be contrary to existing constitutional requirements.

*Article 43**Evidence*

1. The judicial authorities shall have the authority, where a party has presented reasonably available evidence sufficient to support its claims and has specified evidence relevant to substantiation of its claims which lies in the control of the opposing party, to order that this evidence be produced by the opposing party, subject in appropriate cases to conditions which ensure the protection of confidential information.
2. In cases in which a party to a proceeding voluntarily and without good reason refuses access to, or otherwise does not provide necessary information within a reasonable period, or significantly impedes a procedure relating to an enforcement action, a Member may accord judicial authorities the authority to make preliminary and final determinations, affirmative or negative, on the basis of the information presented to them, including the complaint or the allegation presented by the party adversely affected by the denial of access to information, subject to providing the parties an opportunity to be heard on the allegations or evidence.

*Article 44**Injunctions*

1. The judicial authorities shall have the authority to order a party to desist from an infringement, *inter alia* to prevent the entry into the channels of commerce in their jurisdiction of imported goods that involve the infringement of an intellectual property right, immediately after customs clearance of such goods. Members are not obliged to accord such authority in respect of protected subject matter acquired or ordered by a person prior to knowing or having reasonable grounds to know that dealing in such subject matter would entail the infringement of an intellectual property right.
2. Notwithstanding the other provisions of this Part and provided that the provisions of Part II specifically addressing use by governments, or by third parties authorized by a government, without the authorization of the right holder are complied with, Members may limit the remedies available against such use to payment of remuneration in accordance with subparagraph (h) of Article 31. In

¹¹For the purpose of this Part, the term "right holder" includes federations and associations having legal standing to assert such rights.

other cases, the remedies under this Part shall apply or, where these remedies are inconsistent with a Member's law, declaratory judgments and adequate compensation shall be available.

Article 45

Damages

1. The judicial authorities shall have the authority to order the infringer to pay the right holder damages adequate to compensate for the injury the right holder has suffered because of an infringement of that person's intellectual property right by an infringer who knowingly, or with reasonable grounds to know, engaged in infringing activity.

2. The judicial authorities shall also have the authority to order the infringer to pay the right holder expenses, which may include appropriate attorney's fees. In appropriate cases, Members may authorize the judicial authorities to order recovery of profits and/or payment of pre-established damages even where the infringer did not knowingly, or with reasonable grounds to know, engage in infringing activity.

Article 46

Other Remedies

In order to create an effective deterrent to infringement, the judicial authorities shall have the authority to order that goods that they have found to be infringing be, without compensation of any sort, disposed of outside the channels of commerce in such a manner as to avoid any harm caused to the right holder, or, unless this would be contrary to existing constitutional requirements, destroyed. The judicial authorities shall also have the authority to order that materials and implements the predominant use of which has been in the creation of the infringing goods be, without compensation of any sort, disposed of outside the channels of commerce in such a manner as to minimize the risks of further infringements. In considering such requests, the need for proportionality between the seriousness of the infringement and the remedies ordered as well as the interests of third parties shall be taken into account. In regard to counterfeit trademark goods, the simple removal of the trademark unlawfully affixed shall not be sufficient, other than in exceptional cases, to permit release of the goods into the channels of commerce.

Article 47

Right of Information

Members may provide that the judicial authorities shall have the authority, unless this would be out of proportion to the seriousness of the infringement, to order the infringer to inform the right holder of the identity of third persons involved in the production and distribution of the infringing goods or services and of their channels of distribution.

*Article 48**Indemnification of the Defendant*

1. The judicial authorities shall have the authority to order a party at whose request measures were taken and who has abused enforcement procedures to provide to a party wrongfully enjoined or restrained adequate compensation for the injury suffered because of such abuse. The judicial authorities shall also have the authority to order the applicant to pay the defendant expenses, which may include appropriate attorney's fees.
2. In respect of the administration of any law pertaining to the protection or enforcement of intellectual property rights, Members shall only exempt both public authorities and officials from liability to appropriate remedial measures where actions are taken or intended in good faith in the course of the administration of that law.

*Article 49**Administrative Procedures*

To the extent that any civil remedy can be ordered as a result of administrative procedures on the merits of a case, such procedures shall conform to principles equivalent in substance to those set forth in this Section.

SECTION 3: PROVISIONAL MEASURES

Article 50

1. The judicial authorities shall have the authority to order prompt and effective provisional measures:
 - (a) to prevent an infringement of any intellectual property right from occurring, and in particular to prevent the entry into the channels of commerce in their jurisdiction of goods, including imported goods immediately after customs clearance;
 - (b) to preserve relevant evidence in regard to the alleged infringement.
2. The judicial authorities shall have the authority to adopt provisional measures *inaudita altera parte* where appropriate, in particular where any delay is likely to cause irreparable harm to the right holder, or where there is a demonstrable risk of evidence being destroyed.
3. The judicial authorities shall have the authority to require the applicant to provide any reasonably available evidence in order to satisfy themselves with a sufficient degree of certainty that the applicant is the right holder and that the applicant's right is being infringed or that such infringement is imminent, and to order the applicant to provide a security or equivalent assurance sufficient to protect the defendant and to prevent abuse.
4. Where provisional measures have been adopted *inaudita altera parte*, the parties affected shall be given notice, without delay after the execution of the measures at the latest. A review, including a right to be heard, shall take place upon request of the defendant with a view to deciding, within a

reasonable period after the notification of the measures, whether these measures shall be modified, revoked or confirmed.

5. The applicant may be required to supply other information necessary for the identification of the goods concerned by the authority that will execute the provisional measures.

6. Without prejudice to paragraph 4, provisional measures taken on the basis of paragraphs 1 and 2 shall, upon request by the defendant, be revoked or otherwise cease to have effect, if proceedings leading to a decision on the merits of the case are not initiated within a reasonable period, to be determined by the judicial authority ordering the measures where a Member's law so permits or, in the absence of such a determination, not to exceed 20 working days or 31 calendar days, whichever is the longer.

7. Where the provisional measures are revoked or where they lapse due to any act or omission by the applicant, or where it is subsequently found that there has been no infringement or threat of infringement of an intellectual property right, the judicial authorities shall have the authority to order the applicant, upon request of the defendant, to provide the defendant appropriate compensation for any injury caused by these measures.

8. To the extent that any provisional measure can be ordered as a result of administrative procedures, such procedures shall conform to principles equivalent in substance to those set forth in this Section.

SECTION 4: SPECIAL REQUIREMENTS RELATED TO BORDER MEASURES¹²

Article 51

Suspension of Release by Customs Authorities

Members shall, in conformity with the provisions set out below, adopt procedures¹³ to enable a right holder, who has valid grounds for suspecting that the importation of counterfeit trademark or pirated copyright goods¹⁴ may take place, to lodge an application in writing with competent authorities, administrative or judicial, for the suspension by the customs authorities of the release into free circulation of such goods. Members may enable such an application to be made in respect of goods which involve other infringements of intellectual property rights, provided that the requirements of this Section are

¹²Where a Member has dismantled substantially all controls over movement of goods across its border with another Member with which it forms part of a customs union, it shall not be required to apply the provisions of this Section at that border.

¹³It is understood that there shall be no obligation to apply such procedures to imports of goods put on the market in another country by or with the consent of the right holder, or to goods in transit.

¹⁴For the purposes of this Agreement:

- (a) "counterfeit trademark goods" shall mean any goods, including packaging, bearing without authorization a trademark which is identical to the trademark validly registered in respect of such goods, or which cannot be distinguished in its essential aspects from such a trademark, and which thereby infringes the rights of the owner of the trademark in question under the law of the country of importation;
- (b) "pirated copyright goods" shall mean any goods which are copies made without the consent of the right holder or person duly authorized by the right holder in the country of production and which are made directly or indirectly from an article where the making of that copy would have constituted an infringement of a copyright or a related right under the law of the country of importation.

met. Members may also provide for corresponding procedures concerning the suspension by the customs authorities of the release of infringing goods destined for exportation from their territories.

Article 52

Application

Any right holder initiating the procedures under Article 51 shall be required to provide adequate evidence to satisfy the competent authorities that, under the laws of the country of importation, there is *prima facie* an infringement of the right holder's intellectual property right and to supply a sufficiently detailed description of the goods to make them readily recognizable by the customs authorities. The competent authorities shall inform the applicant within a reasonable period whether they have accepted the application and, where determined by the competent authorities, the period for which the customs authorities will take action.

Article 53

Security or Equivalent Assurance

1. The competent authorities shall have the authority to require an applicant to provide a security or equivalent assurance sufficient to protect the defendant and the competent authorities and to prevent abuse. Such security or equivalent assurance shall not unreasonably deter recourse to these procedures.
2. Where pursuant to an application under this Section the release of goods involving industrial designs, patents, layout-designs or undisclosed information into free circulation has been suspended by customs authorities on the basis of a decision other than by a judicial or other independent authority, and the period provided for in Article 55 has expired without the granting of provisional relief by the duly empowered authority, and provided that all other conditions for importation have been complied with, the owner, importer, or consignee of such goods shall be entitled to their release on the posting of a security in an amount sufficient to protect the right holder for any infringement. Payment of such security shall not prejudice any other remedy available to the right holder, it being understood that the security shall be released if the right holder fails to pursue the right of action within a reasonable period of time.

Article 54

Notice of Suspension

The importer and the applicant shall be promptly notified of the suspension of the release of goods according to Article 51.

*Article 55**Duration of Suspension*

If, within a period not exceeding 10 working days after the applicant has been served notice of the suspension, the customs authorities have not been informed that proceedings leading to a decision on the merits of the case have been initiated by a party other than the defendant, or that the duly empowered authority has taken provisional measures prolonging the suspension of the release of the goods, the goods shall be released, provided that all other conditions for importation or exportation have been complied with; in appropriate cases, this time-limit may be extended by another 10 working days. If proceedings leading to a decision on the merits of the case have been initiated, a review, including a right to be heard, shall take place upon request of the defendant with a view to deciding, within a reasonable period, whether these measures shall be modified, revoked or confirmed. Notwithstanding the above, where the suspension of the release of goods is carried out or continued in accordance with a provisional judicial measure, the provisions of paragraph 6 of Article 50 shall apply.

*Article 56**Indemnification of the Importer
and of the Owner of the Goods*

Relevant authorities shall have the authority to order the applicant to pay the importer, the consignee and the owner of the goods appropriate compensation for any injury caused to them through the wrongful detention of goods or through the detention of goods released pursuant to Article 55.

*Article 57**Right of Inspection and Information*

Without prejudice to the protection of confidential information, Members shall provide the competent authorities the authority to give the right holder sufficient opportunity to have any goods detained by the customs authorities inspected in order to substantiate the right holder's claims. The competent authorities shall also have authority to give the importer an equivalent opportunity to have any such goods inspected. Where a positive determination has been made on the merits of a case, Members may provide the competent authorities the authority to inform the right holder of the names and addresses of the consignor, the importer and the consignee and of the quantity of the goods in question.

*Article 58**Ex Officio Action*

Where Members require competent authorities to act upon their own initiative and to suspend the release of goods in respect of which they have acquired *prima facie* evidence that an intellectual property right is being infringed:

- (a) the competent authorities may at any time seek from the right holder any information that may assist them to exercise these powers;

- (b) the importer and the right holder shall be promptly notified of the suspension. Where the importer has lodged an appeal against the suspension with the competent authorities, the suspension shall be subject to the conditions, *mutatis mutandis*, set out at Article 55;
- (c) Members shall only exempt both public authorities and officials from liability to appropriate remedial measures where actions are taken or intended in good faith.

Article 59

Remedies

Without prejudice to other rights of action open to the right holder and subject to the right of the defendant to seek review by a judicial authority, competent authorities shall have the authority to order the destruction or disposal of infringing goods in accordance with the principles set out in Article 46. In regard to counterfeit trademark goods, the authorities shall not allow the re-exportation of the infringing goods in an unaltered state or subject them to a different customs procedure, other than in exceptional circumstances.

Article 60

De Minimis Imports

Members may exclude from the application of the above provisions small quantities of goods of a non-commercial nature contained in travellers' personal luggage or sent in small consignments.

SECTION 5: CRIMINAL PROCEDURES

Article 61

Members shall provide for criminal procedures and penalties to be applied at least in cases of wilful trademark counterfeiting or copyright piracy on a commercial scale. Remedies available shall include imprisonment and/or monetary fines sufficient to provide a deterrent, consistently with the level of penalties applied for crimes of a corresponding gravity. In appropriate cases, remedies available shall also include the seizure, forfeiture and destruction of the infringing goods and of any materials and implements the predominant use of which has been in the commission of the offence. Members may provide for criminal procedures and penalties to be applied in other cases of infringement of intellectual property rights, in particular where they are committed wilfully and on a commercial scale.

PART IV

ACQUISITION AND MAINTENANCE OF INTELLECTUAL PROPERTY
RIGHTS AND RELATED *INTER-PARTES* PROCEDURES*Article 62*

1. Members may require, as a condition of the acquisition or maintenance of the intellectual property rights provided for under Sections 2 through 6 of Part II, compliance with reasonable procedures and formalities. Such procedures and formalities shall be consistent with the provisions of this Agreement.
2. Where the acquisition of an intellectual property right is subject to the right being granted or registered, Members shall ensure that the procedures for grant or registration, subject to compliance with the substantive conditions for acquisition of the right, permit the granting or registration of the right within a reasonable period of time so as to avoid unwarranted curtailment of the period of protection.
3. Article 4 of the Paris Convention (1967) shall apply *mutatis mutandis* to service marks.
4. Procedures concerning the acquisition or maintenance of intellectual property rights and, where a Member's law provides for such procedures, administrative revocation and *inter partes* procedures such as opposition, revocation and cancellation, shall be governed by the general principles set out in paragraphs 2 and 3 of Article 41.
5. Final administrative decisions in any of the procedures referred to under paragraph 4 shall be subject to review by a judicial or quasi-judicial authority. However, there shall be no obligation to provide an opportunity for such review of decisions in cases of unsuccessful opposition or administrative revocation, provided that the grounds for such procedures can be the subject of invalidation procedures.

PART V

DISPUTE PREVENTION AND SETTLEMENT

*Article 63**Transparency*

1. Laws and regulations, and final judicial decisions and administrative rulings of general application, made effective by a Member pertaining to the subject matter of this Agreement (the availability, scope, acquisition, enforcement and prevention of the abuse of intellectual property rights) shall be published, or where such publication is not practicable made publicly available, in a national language, in such a manner as to enable governments and right holders to become acquainted with them. Agreements concerning the subject matter of this Agreement which are in force between the government or a governmental agency of a Member and the government or a governmental agency of another Member shall also be published.
2. Members shall notify the laws and regulations referred to in paragraph 1 to the Council for TRIPS in order to assist that Council in its review of the operation of this Agreement. The Council shall attempt to minimize the burden on Members in carrying out this obligation and may decide to

waive the obligation to notify such laws and regulations directly to the Council if consultations with WIPO on the establishment of a common register containing these laws and regulations are successful. The Council shall also consider in this connection any action required regarding notifications pursuant to the obligations under this Agreement stemming from the provisions of Article 6ter of the Paris Convention (1967).

3. Each Member shall be prepared to supply, in response to a written request from another Member, information of the sort referred to in paragraph 1. A Member, having reason to believe that a specific judicial decision or administrative ruling or bilateral agreement in the area of intellectual property rights affects its rights under this Agreement, may also request in writing to be given access to or be informed in sufficient detail of such specific judicial decisions or administrative rulings or bilateral agreements.

4. Nothing in paragraphs 1, 2 and 3 shall require Members to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

Article 64

Dispute Settlement

1. The provisions of Articles XXII and XXIII of GATT 1994 as elaborated and applied by the Dispute Settlement Understanding shall apply to consultations and the settlement of disputes under this Agreement except as otherwise specifically provided herein.

2. Subparagraphs 1(b) and 1(c) of Article XXIII of GATT 1994 shall not apply to the settlement of disputes under this Agreement for a period of five years from the date of entry into force of the WTO Agreement.

3. During the time period referred to in paragraph 2, the Council for TRIPS shall examine the scope and modalities for complaints of the type provided for under subparagraphs 1(b) and 1(c) of Article XXIII of GATT 1994 made pursuant to this Agreement, and submit its recommendations to the Ministerial Conference for approval. Any decision of the Ministerial Conference to approve such recommendations or to extend the period in paragraph 2 shall be made only by consensus, and approved recommendations shall be effective for all Members without further formal acceptance process.

PART VI

TRANSITIONAL ARRANGEMENTS

Article 65

Transitional Arrangements

1. Subject to the provisions of paragraphs 2, 3 and 4, no Member shall be obliged to apply the provisions of this Agreement before the expiry of a general period of one year following the date of entry into force of the WTO Agreement.

2. A developing country Member is entitled to delay for a further period of four years the date of application, as defined in paragraph 1, of the provisions of this Agreement other than Articles 3, 4 and 5.

3. Any other Member which is in the process of transformation from a centrally-planned into a market, free-enterprise economy and which is undertaking structural reform of its intellectual property system and facing special problems in the preparation and implementation of intellectual property laws and regulations, may also benefit from a period of delay as foreseen in paragraph 2.

4. To the extent that a developing country Member is obliged by this Agreement to extend product patent protection to areas of technology not so protectable in its territory on the general date of application of this Agreement for that Member, as defined in paragraph 2, it may delay the application of the provisions on product patents of Section 5 of Part II to such areas of technology for an additional period of five years.

5. A Member availing itself of a transitional period under paragraphs 1, 2, 3 or 4 shall ensure that any changes in its laws, regulations and practice made during that period do not result in a lesser degree of consistency with the provisions of this Agreement.

Article 66

Least-Developed Country Members

1. In view of the special needs and requirements of least-developed country Members, their economic, financial and administrative constraints, and their need for flexibility to create a viable technological base, such Members shall not be required to apply the provisions of this Agreement, other than Articles 3, 4 and 5, for a period of 10 years from the date of application as defined under paragraph 1 of Article 65. The Council for TRIPS shall, upon duly motivated request by a least-developed country Member, accord extensions of this period.

2. Developed country Members shall provide incentives to enterprises and institutions in their territories for the purpose of promoting and encouraging technology transfer to least-developed country Members in order to enable them to create a sound and viable technological base.

Article 67

Technical Cooperation

In order to facilitate the implementation of this Agreement, developed country Members shall provide, on request and on mutually agreed terms and conditions, technical and financial cooperation in favour of developing and least-developed country Members. Such cooperation shall include assistance in the preparation of laws and regulations on the protection and enforcement of intellectual property rights as well as on the prevention of their abuse, and shall include support regarding the establishment or reinforcement of domestic offices and agencies relevant to these matters, including the training of personnel.

PART VII

INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS; FINAL PROVISIONS

*Article 68**Council for Trade-Related Aspects of
Intellectual Property Rights*

The Council for TRIPS shall monitor the operation of this Agreement and, in particular, Members' compliance with their obligations hereunder, and shall afford Members the opportunity of consulting on matters relating to the trade-related aspects of intellectual property rights. It shall carry out such other responsibilities as assigned to it by the Members, and it shall, in particular, provide any assistance requested by them in the context of dispute settlement procedures. In carrying out its functions, the Council for TRIPS may consult with and seek information from any source it deems appropriate. In consultation with WIPO, the Council shall seek to establish, within one year of its first meeting, appropriate arrangements for cooperation with bodies of that Organization.

*Article 69**International Cooperation*

Members agree to cooperate with each other with a view to eliminating international trade in goods infringing intellectual property rights. For this purpose, they shall establish and notify contact points in their administrations and be ready to exchange information on trade in infringing goods. They shall, in particular, promote the exchange of information and cooperation between customs authorities with regard to trade in counterfeit trademark goods and pirated copyright goods.

*Article 70**Protection of Existing Subject Matter*

1. This Agreement does not give rise to obligations in respect of acts which occurred before the date of application of the Agreement for the Member in question.
2. Except as otherwise provided for in this Agreement, this Agreement gives rise to obligations in respect of all subject matter existing at the date of application of this Agreement for the Member in question, and which is protected in that Member on the said date, or which meets or comes subsequently to meet the criteria for protection under the terms of this Agreement. In respect of this paragraph and paragraphs 3 and 4, copyright obligations with respect to existing works shall be solely determined under Article 18 of the Berne Convention (1971), and obligations with respect to the rights of producers of phonograms and performers in existing phonograms shall be determined solely under Article 18 of the Berne Convention (1971) as made applicable under paragraph 6 of Article 14 of this Agreement.
3. There shall be no obligation to restore protection to subject matter which on the date of application of this Agreement for the Member in question has fallen into the public domain.
4. In respect of any acts in respect of specific objects embodying protected subject matter which become infringing under the terms of legislation in conformity with this Agreement, and which were

commenced, or in respect of which a significant investment was made, before the date of acceptance of the WTO Agreement by that Member, any Member may provide for a limitation of the remedies available to the right holder as to the continued performance of such acts after the date of application of this Agreement for that Member. In such cases the Member shall, however, at least provide for the payment of equitable remuneration.

5. A Member is not obliged to apply the provisions of Article 11 and of paragraph 4 of Article 14 with respect to originals or copies purchased prior to the date of application of this Agreement for that Member.

6. Members shall not be required to apply Article 31, or the requirement in paragraph 1 of Article 27 that patent rights shall be enjoyable without discrimination as to the field of technology, to use without the authorization of the right holder where authorization for such use was granted by the government before the date this Agreement became known.

7. In the case of intellectual property rights for which protection is conditional upon registration, applications for protection which are pending on the date of application of this Agreement for the Member in question shall be permitted to be amended to claim any enhanced protection provided under the provisions of this Agreement. Such amendments shall not include new matter.

8. Where a Member does not make available as of the date of entry into force of the WTO Agreement patent protection for pharmaceutical and agricultural chemical products commensurate with its obligations under Article 27, that Member shall:

- (a) notwithstanding the provisions of Part VI, provide as from the date of entry into force of the WTO Agreement a means by which applications for patents for such inventions can be filed;
- (b) apply to these applications, as of the date of application of this Agreement, the criteria for patentability as laid down in this Agreement as if those criteria were being applied on the date of filing in that Member or, where priority is available and claimed, the priority date of the application; and
- (c) provide patent protection in accordance with this Agreement as from the grant of the patent and for the remainder of the patent term, counted from the filing date in accordance with Article 33 of this Agreement, for those of these applications that meet the criteria for protection referred to in subparagraph (b).

9. Where a product is the subject of a patent application in a Member in accordance with paragraph 8(a), exclusive marketing rights shall be granted, notwithstanding the provisions of Part VI, for a period of five years after obtaining marketing approval in that Member or until a product patent is granted or rejected in that Member, whichever period is shorter, provided that, subsequent to the entry into force of the WTO Agreement, a patent application has been filed and a patent granted for that product in another Member and marketing approval obtained in such other Member.

Article 71

Review and Amendment

1. The Council for TRIPS shall review the implementation of this Agreement after the expiration of the transitional period referred to in paragraph 2 of Article 65. The Council shall, having regard to the experience gained in its implementation, review it two years after that date, and at identical

intervals thereafter. The Council may also undertake reviews in the light of any relevant new developments which might warrant modification or amendment of this Agreement.

2. Amendments merely serving the purpose of adjusting to higher levels of protection of intellectual property rights achieved, and in force, in other multilateral agreements and accepted under those agreements by all Members of the WTO may be referred to the Ministerial Conference for action in accordance with paragraph 6 of Article X of the WTO Agreement on the basis of a consensus proposal from the Council for TRIPS.

Article 72

Reservations

Reservations may not be entered in respect of any of the provisions of this Agreement without the consent of the other Members.

Article 73

Security Exceptions

Nothing in this Agreement shall be construed:

- (a) to require a Member to furnish any information the disclosure of which it considers contrary to its essential security interests; or
- (b) to prevent a Member from taking any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests;
 - (i) relating to fissionable materials or the materials from which they are derived;
 - (ii) relating to the traffic in arms, ammunition and implements of war and to such traffic in other goods and materials as is carried on directly or indirectly for the purpose of supplying a military establishment;
 - (iii) taken in time of war or other emergency in international relations; or
- (c) to prevent a Member from taking any action in pursuance of its obligations under the United Nations Charter for the maintenance of international peace and security.

UNDERSTANDING ON RULES AND PROCEDURES GOVERNING THE SETTLEMENT OF DISPUTES

Members hereby agree as follows:

Article 1

Coverage and Application

1. The rules and procedures of this Understanding shall apply to disputes brought pursuant to the consultation and dispute settlement provisions of the agreements listed in Appendix 1 to this Understanding (referred to in this Understanding as the "covered agreements"). The rules and procedures of this Understanding shall also apply to consultations and the settlement of disputes between Members concerning their rights and obligations under the provisions of the Agreement Establishing the World Trade Organization (referred to in this Understanding as the "WTO Agreement") and of this Understanding taken in isolation or in combination with any other covered agreement.
2. The rules and procedures of this Understanding shall apply subject to such special or additional rules and procedures on dispute settlement contained in the covered agreements as are identified in Appendix 2 to this Understanding. To the extent that there is a difference between the rules and procedures of this Understanding and the special or additional rules and procedures set forth in Appendix 2, the special or additional rules and procedures in Appendix 2 shall prevail. In disputes involving rules and procedures under more than one covered agreement, if there is a conflict between special or additional rules and procedures of such agreements under review, and where the parties to the dispute cannot agree on rules and procedures within 20 days of the establishment of the panel, the Chairman of the Dispute Settlement Body provided for in paragraph 1 of Article 2 (referred to in this Understanding as the "DSB"), in consultation with the parties to the dispute, shall determine the rules and procedures to be followed within 10 days after a request by either Member. The Chairman shall be guided by the principle that special or additional rules and procedures should be used where possible, and the rules and procedures set out in this Understanding should be used to the extent necessary to avoid conflict.

Article 2

Administration

1. The Dispute Settlement Body is hereby established to administer these rules and procedures and, except as otherwise provided in a covered agreement, the consultation and dispute settlement provisions of the covered agreements. Accordingly, the DSB shall have the authority to establish panels, adopt panel and Appellate Body reports, maintain surveillance of implementation of rulings and recommendations, and authorize suspension of concessions and other obligations under the covered agreements. With respect to disputes arising under a covered agreement which is a Plurilateral Trade Agreement, the term "Member" as used herein shall refer only to those Members that are parties to the relevant Plurilateral Trade Agreement. Where the DSB administers the dispute settlement provisions of a Plurilateral Trade Agreement, only those Members that are parties to that Agreement may participate in decisions or actions taken by the DSB with respect to that dispute.

2. The DSB shall inform the relevant WTO Councils and Committees of any developments in disputes related to provisions of the respective covered agreements.
3. The DSB shall meet as often as necessary to carry out its functions within the time-frames provided in this Understanding.
4. Where the rules and procedures of this Understanding provide for the DSB to take a decision, it shall do so by consensus.¹

Article 3

General Provisions

1. Members affirm their adherence to the principles for the management of disputes heretofore applied under Articles XXII and XXIII of GATT 1947, and the rules and procedures as further elaborated and modified herein.
2. The dispute settlement system of the WTO is a central element in providing security and predictability to the multilateral trading system. The Members recognize that it serves to preserve the rights and obligations of Members under the covered agreements, and to clarify the existing provisions of those agreements in accordance with customary rules of interpretation of public international law. Recommendations and rulings of the DSB cannot add to or diminish the rights and obligations provided in the covered agreements.
3. The prompt settlement of situations in which a Member considers that any benefits accruing to it directly or indirectly under the covered agreements are being impaired by measures taken by another Member is essential to the effective functioning of the WTO and the maintenance of a proper balance between the rights and obligations of Members.
4. Recommendations or rulings made by the DSB shall be aimed at achieving a satisfactory settlement of the matter in accordance with the rights and obligations under this Understanding and under the covered agreements.
5. All solutions to matters formally raised under the consultation and dispute settlement provisions of the covered agreements, including arbitration awards, shall be consistent with those agreements and shall not nullify or impair benefits accruing to any Member under those agreements, nor impede the attainment of any objective of those agreements.
6. Mutually agreed solutions to matters formally raised under the consultation and dispute settlement provisions of the covered agreements shall be notified to the DSB and the relevant Councils and Committees, where any Member may raise any point relating thereto.
7. Before bringing a case, a Member shall exercise its judgement as to whether action under these procedures would be fruitful. The aim of the dispute settlement mechanism is to secure a positive solution to a dispute. A solution mutually acceptable to the parties to a dispute and consistent with the covered agreements is clearly to be preferred. In the absence of a mutually agreed solution, the first objective of the dispute settlement mechanism is usually to secure the withdrawal of the measures concerned if these are found to be inconsistent with the provisions of any of the covered agreements. The provision of compensation should be resorted to only if the immediate withdrawal of the measure

¹The DSB shall be deemed to have decided by consensus on a matter submitted for its consideration, if no Member, present at the meeting of the DSB when the decision is taken, formally objects to the proposed decision.

is impracticable and as a temporary measure pending the withdrawal of the measure which is inconsistent with a covered agreement. The last resort which this Understanding provides to the Member invoking the dispute settlement procedures is the possibility of suspending the application of concessions or other obligations under the covered agreements on a discriminatory basis vis-à-vis the other Member, subject to authorization by the DSB of such measures.

8. In cases where there is an infringement of the obligations assumed under a covered agreement, the action is considered *prima facie* to constitute a case of nullification or impairment. This means that there is normally a presumption that a breach of the rules has an adverse impact on other Members parties to that covered agreement, and in such cases, it shall be up to the Member against whom the complaint has been brought to rebut the charge.

9. The provisions of this Understanding are without prejudice to the rights of Members to seek authoritative interpretation of provisions of a covered agreement through decision-making under the WTO Agreement or a covered agreement which is a Plurilateral Trade Agreement.

10. It is understood that requests for conciliation and the use of the dispute settlement procedures should not be intended or considered as contentious acts and that, if a dispute arises, all Members will engage in these procedures in good faith in an effort to resolve the dispute. It is also understood that complaints and counter-complaints in regard to distinct matters should not be linked.

11. This Understanding shall be applied only with respect to new requests for consultations under the consultation provisions of the covered agreements made on or after the date of entry into force of the WTO Agreement. With respect to disputes for which the request for consultations was made under GATT 1947 or under any other predecessor agreement to the covered agreements before the date of entry into force of the WTO Agreement, the relevant dispute settlement rules and procedures in effect immediately prior to the date of entry into force of the WTO Agreement shall continue to apply.²

12. Notwithstanding paragraph 11, if a complaint based on any of the covered agreements is brought by a developing country Member against a developed country Member, the complaining party shall have the right to invoke, as an alternative to the provisions contained in Articles 4, 5, 6 and 12 of this Understanding, the corresponding provisions of the Decision of 5 April 1966 (BISD 14S/18), except that where the Panel considers that the time-frame provided for in paragraph 7 of that Decision is insufficient to provide its report and with the agreement of the complaining party, that time-frame may be extended. To the extent that there is a difference between the rules and procedures of Articles 4, 5, 6 and 12 and the corresponding rules and procedures of the Decision, the latter shall prevail.

Article 4

Consultations

1. Members affirm their resolve to strengthen and improve the effectiveness of the consultation procedures employed by Members.

²This paragraph shall also be applied to disputes on which panel reports have not been adopted or fully implemented.

2. Each Member undertakes to accord sympathetic consideration to and afford adequate opportunity for consultation regarding any representations made by another Member concerning measures affecting the operation of any covered agreement taken within the territory of the former.³
3. If a request for consultations is made pursuant to a covered agreement, the Member to which the request is made shall, unless otherwise mutually agreed, reply to the request within 10 days after the date of its receipt and shall enter into consultations in good faith within a period of no more than 30 days after the date of receipt of the request, with a view to reaching a mutually satisfactory solution. If the Member does not respond within 10 days after the date of receipt of the request, or does not enter into consultations within a period of no more than 30 days, or a period otherwise mutually agreed, after the date of receipt of the request, then the Member that requested the holding of consultations may proceed directly to request the establishment of a panel.
4. All such requests for consultations shall be notified to the DSB and the relevant Councils and Committees by the Member which requests consultations. Any request for consultations shall be submitted in writing and shall give the reasons for the request, including identification of the measures at issue and an indication of the legal basis for the complaint.
5. In the course of consultations in accordance with the provisions of a covered agreement, before resorting to further action under this Understanding, Members should attempt to obtain satisfactory adjustment of the matter.
6. Consultations shall be confidential, and without prejudice to the rights of any Member in any further proceedings.
7. If the consultations fail to settle a dispute within 60 days after the date of receipt of the request for consultations, the complaining party may request the establishment of a panel. The complaining party may request a panel during the 60-day period if the consulting parties jointly consider that consultations have failed to settle the dispute.
8. In cases of urgency, including those which concern perishable goods, Members shall enter into consultations within a period of no more than 10 days after the date of receipt of the request. If the consultations have failed to settle the dispute within a period of 20 days after the date of receipt of the request, the complaining party may request the establishment of a panel.
9. In cases of urgency, including those which concern perishable goods, the parties to the dispute, panels and the Appellate Body shall make every effort to accelerate the proceedings to the greatest extent possible.
10. During consultations Members should give special attention to the particular problems and interests of developing country Members.
11. Whenever a Member other than the consulting Members considers that it has a substantial trade interest in consultations being held pursuant to paragraph 1 of Article XXII of GATT 1994, paragraph 1 of Article XXII of GATS, or the corresponding provisions in other covered agreements⁴, such Member

³Where the provisions of any other covered agreement concerning measures taken by regional or local governments or authorities within the territory of a Member contain provisions different from the provisions of this paragraph, the provisions of such other covered agreement shall prevail.

⁴The corresponding consultation provisions in the covered agreements are listed hereunder: Agreement on Agriculture, Article 19; Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures, paragraph 1 of Article 11; Agreement on Textiles and Clothing, paragraph 4 of Article 8; Agreement on Technical Barriers to Trade, paragraph 1 of Article 14;

may notify the consulting Members and the DSB, within 10 days after the date of the circulation of the request for consultations under said Article, of its desire to be joined in the consultations. Such Member shall be joined in the consultations, provided that the Member to which the request for consultations was addressed agrees that the claim of substantial interest is well-founded. In that event they shall so inform the DSB. If the request to be joined in the consultations is not accepted, the applicant Member shall be free to request consultations under paragraph 1 of Article XXII or paragraph 1 of Article XXIII of GATT 1994, paragraph 1 of Article XXII or paragraph 1 of Article XXIII of GATS, or the corresponding provisions in other covered agreements.

Article 5

Good Offices, Conciliation and Mediation

1. Good offices, conciliation and mediation are procedures that are undertaken voluntarily if the parties to the dispute so agree.
2. Proceedings involving good offices, conciliation and mediation, and in particular positions taken by the parties to the dispute during these proceedings, shall be confidential, and without prejudice to the rights of either party in any further proceedings under these procedures.
3. Good offices, conciliation or mediation may be requested at any time by any party to a dispute. They may begin at any time and be terminated at any time. Once procedures for good offices, conciliation or mediation are terminated, a complaining party may then proceed with a request for the establishment of a panel.
4. When good offices, conciliation or mediation are entered into within 60 days after the date of receipt of a request for consultations, the complaining party must allow a period of 60 days after the date of receipt of the request for consultations before requesting the establishment of a panel. The complaining party may request the establishment of a panel during the 60-day period if the parties to the dispute jointly consider that the good offices, conciliation or mediation process has failed to settle the dispute.
5. If the parties to a dispute agree, procedures for good offices, conciliation or mediation may continue while the panel process proceeds.
6. The Director-General may, acting in an *ex officio* capacity, offer good offices, conciliation or mediation with the view to assisting Members to settle a dispute.

Agreement on Trade-Related Investment Measures, Article 8; Agreement on Implementation of Article VI of GATT 1994, paragraph 2 of Article 17; Agreement on Implementation of Article VII of GATT 1994, paragraph 2 of Article 19; Agreement on Preshipment Inspection, Article 7; Agreement on Rules of Origin, Article 7; Agreement on Import Licensing Procedures, Article 6; Agreement on Subsidies and Countervailing Measures, Article 30; Agreement on Safeguards, Article 14; Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights, Article 64.1; and any corresponding consultation provisions in Plurilateral Trade Agreements as determined by the competent bodies of each Agreement and as notified to the DSB.

Article 6

Establishment of Panels

1. If the complaining party so requests, a panel shall be established at the latest at the DSB meeting following that at which the request first appears as an item on the DSB's agenda, unless at that meeting the DSB decides by consensus not to establish a panel.⁵
2. The request for the establishment of a panel shall be made in writing. It shall indicate whether consultations were held, identify the specific measures at issue and provide a brief summary of the legal basis of the complaint sufficient to present the problem clearly. In case the applicant requests the establishment of a panel with other than standard terms of reference, the written request shall include the proposed text of special terms of reference.

Article 7

Terms of Reference of Panels

1. Panels shall have the following terms of reference unless the parties to the dispute agree otherwise within 20 days from the establishment of the panel:

"To examine, in the light of the relevant provisions in (name of the covered agreement(s) cited by the parties to the dispute), the matter referred to the DSB by (name of party) in document ... and to make such findings as will assist the DSB in making the recommendations or in giving the rulings provided for in that/those agreement(s)."
2. Panels shall address the relevant provisions in any covered agreement or agreements cited by the parties to the dispute.
3. In establishing a panel, the DSB may authorize its Chairman to draw up the terms of reference of the panel in consultation with the parties to the dispute, subject to the provisions of paragraph 1. The terms of reference thus drawn up shall be circulated to all Members. If other than standard terms of reference are agreed upon, any Member may raise any point relating thereto in the DSB.

Article 8

Composition of Panels

1. Panels shall be composed of well-qualified governmental and/or non-governmental individuals, including persons who have served on or presented a case to a panel, served as a representative of a Member or of a contracting party to GATT 1947 or as a representative to the Council or Committee of any covered agreement or its predecessor agreement, or in the Secretariat, taught or published on international trade law or policy, or served as a senior trade policy official of a Member.
2. Panel members should be selected with a view to ensuring the independence of the members, a sufficiently diverse background and a wide spectrum of experience.

⁵If the complaining party so requests, a meeting of the DSB shall be convened for this purpose within 15 days of the request, provided that at least 10 days' advance notice of the meeting is given.

3. Citizens of Members whose governments⁶ are parties to the dispute or third parties as defined in paragraph 2 of Article 10 shall not serve on a panel concerned with that dispute, unless the parties to the dispute agree otherwise.
4. To assist in the selection of panelists, the Secretariat shall maintain an indicative list of governmental and non-governmental individuals possessing the qualifications outlined in paragraph 1, from which panelists may be drawn as appropriate. That list shall include the roster of non-governmental panelists established on 30 November 1984 (BISD 31S/9), and other rosters and indicative lists established under any of the covered agreements, and shall retain the names of persons on those rosters and indicative lists at the time of entry into force of the WTO Agreement. Members may periodically suggest names of governmental and non-governmental individuals for inclusion on the indicative list, providing relevant information on their knowledge of international trade and of the sectors or subject matter of the covered agreements, and those names shall be added to the list upon approval by the DSB. For each of the individuals on the list, the list shall indicate specific areas of experience or expertise of the individuals in the sectors or subject matter of the covered agreements.
5. Panels shall be composed of three panelists unless the parties to the dispute agree, within 10 days from the establishment of the panel, to a panel composed of five panelists. Members shall be informed promptly of the composition of the panel.
6. The Secretariat shall propose nominations for the panel to the parties to the dispute. The parties to the dispute shall not oppose nominations except for compelling reasons.
7. If there is no agreement on the panelists within 20 days after the date of the establishment of a panel, at the request of either party, the Director-General, in consultation with the Chairman of the DSB and the Chairman of the relevant Council or Committee, shall determine the composition of the panel by appointing the panelists whom the Director-General considers most appropriate in accordance with any relevant special or additional rules or procedures of the covered agreement or covered agreements which are at issue in the dispute, after consulting with the parties to the dispute. The Chairman of the DSB shall inform the Members of the composition of the panel thus formed no later than 10 days after the date the Chairman receives such a request.
8. Members shall undertake, as a general rule, to permit their officials to serve as panelists.
9. Panelists shall serve in their individual capacities and not as government representatives, nor as representatives of any organization. Members shall therefore not give them instructions nor seek to influence them as individuals with regard to matters before a panel.
10. When a dispute is between a developing country Member and a developed country Member the panel shall, if the developing country Member so requests, include at least one panelist from a developing country Member.
11. Panelists' expenses, including travel and subsistence allowance, shall be met from the WTO budget in accordance with criteria to be adopted by the General Council, based on recommendations of the Committee on Budget, Finance and Administration.

⁶In the case where customs unions or common markets are parties to a dispute, this provision applies to citizens of all member countries of the customs unions or common markets.

Article 9

Procedures for Multiple Complainants

1. Where more than one Member requests the establishment of a panel related to the same matter, a single panel may be established to examine these complaints taking into account the rights of all Members concerned. A single panel should be established to examine such complaints whenever feasible.
2. The single panel shall organize its examination and present its findings to the DSB in such a manner that the rights which the parties to the dispute would have enjoyed had separate panels examined the complaints are in no way impaired. If one of the parties to the dispute so requests, the panel shall submit separate reports on the dispute concerned. The written submissions by each of the complainants shall be made available to the other complainants, and each complainant shall have the right to be present when any one of the other complainants presents its views to the panel.
3. If more than one panel is established to examine the complaints related to the same matter, to the greatest extent possible the same persons shall serve as panelists on each of the separate panels and the timetable for the panel process in such disputes shall be harmonized.

Article 10

Third Parties

1. The interests of the parties to a dispute and those of other Members under a covered agreement at issue in the dispute shall be fully taken into account during the panel process.
2. Any Member having a substantial interest in a matter before a panel and having notified its interest to the DSB (referred to in this Understanding as a "third party") shall have an opportunity to be heard by the panel and to make written submissions to the panel. These submissions shall also be given to the parties to the dispute and shall be reflected in the panel report.
3. Third parties shall receive the submissions of the parties to the dispute to the first meeting of the panel.
4. If a third party considers that a measure already the subject of a panel proceeding nullifies or impairs benefits accruing to it under any covered agreement, that Member may have recourse to normal dispute settlement procedures under this Understanding. Such a dispute shall be referred to the original panel wherever possible.

Article 11

Function of Panels

The function of panels is to assist the DSB in discharging its responsibilities under this Understanding and the covered agreements. Accordingly, a panel should make an objective assessment of the matter before it, including an objective assessment of the facts of the case and the applicability of and conformity with the relevant covered agreements, and make such other findings as will assist the DSB in making the recommendations or in giving the rulings provided for in the covered agreements. Panels should consult regularly with the parties to the dispute and give them adequate opportunity to develop a mutually satisfactory solution.

*Article 12**Panel Procedures*

1. Panels shall follow the Working Procedures in Appendix 3 unless the panel decides otherwise after consulting the parties to the dispute.
2. Panel procedures should provide sufficient flexibility so as to ensure high-quality panel reports, while not unduly delaying the panel process.
3. After consulting the parties to the dispute, the panelists shall, as soon as practicable and whenever possible within one week after the composition and terms of reference of the panel have been agreed upon, fix the timetable for the panel process, taking into account the provisions of paragraph 9 of Article 4, if relevant.
4. In determining the timetable for the panel process, the panel shall provide sufficient time for the parties to the dispute to prepare their submissions.
5. Panels should set precise deadlines for written submissions by the parties and the parties should respect those deadlines.
6. Each party to the dispute shall deposit its written submissions with the Secretariat for immediate transmission to the panel and to the other party or parties to the dispute. The complaining party shall submit its first submission in advance of the responding party's first submission unless the panel decides, in fixing the timetable referred to in paragraph 3 and after consultations with the parties to the dispute, that the parties should submit their first submissions simultaneously. When there are sequential arrangements for the deposit of first submissions, the panel shall establish a firm time-period for receipt of the responding party's submission. Any subsequent written submissions shall be submitted simultaneously.
7. Where the parties to the dispute have failed to develop a mutually satisfactory solution, the panel shall submit its findings in the form of a written report to the DSB. In such cases, the report of a panel shall set out the findings of fact, the applicability of relevant provisions and the basic rationale behind any findings and recommendations that it makes. Where a settlement of the matter among the parties to the dispute has been found, the report of the panel shall be confined to a brief description of the case and to reporting that a solution has been reached.
8. In order to make the procedures more efficient, the period in which the panel shall conduct its examination, from the date that the composition and terms of reference of the panel have been agreed upon until the date the final report is issued to the parties to the dispute, shall, as a general rule, not exceed six months. In cases of urgency, including those relating to perishable goods, the panel shall aim to issue its report to the parties to the dispute within three months.
9. When the panel considers that it cannot issue its report within six months, or within three months in cases of urgency, it shall inform the DSB in writing of the reasons for the delay together with an estimate of the period within which it will issue its report. In no case should the period from the establishment of the panel to the circulation of the report to the Members exceed nine months.
10. In the context of consultations involving a measure taken by a developing country Member, the parties may agree to extend the periods established in paragraphs 7 and 8 of Article 4. If, after the relevant period has elapsed, the consulting parties cannot agree that the consultations have concluded, the Chairman of the DSB shall decide, after consultation with the parties, whether to extend the relevant period and, if so, for how long. In addition, in examining a complaint against a developing country

Member, the panel shall accord sufficient time for the developing country Member to prepare and present its argumentation. The provisions of paragraph 1 of Article 20 and paragraph 4 of Article 21 are not affected by any action pursuant to this paragraph.

11. Where one or more of the parties is a developing country Member, the panel's report shall explicitly indicate the form in which account has been taken of relevant provisions on differential and more-favourable treatment for developing country Members that form part of the covered agreements which have been raised by the developing country Member in the course of the dispute settlement procedures.

12. The panel may suspend its work at any time at the request of the complaining party for a period not to exceed 12 months. In the event of such a suspension, the time-frames set out in paragraphs 8 and 9 of this Article, paragraph 1 of Article 20, and paragraph 4 of Article 21 shall be extended by the amount of time that the work was suspended. If the work of the panel has been suspended for more than 12 months, the authority for establishment of the panel shall lapse.

Article 13

Right to Seek Information

1. Each panel shall have the right to seek information and technical advice from any individual or body which it deems appropriate. However, before a panel seeks such information or advice from any individual or body within the jurisdiction of a Member it shall inform the authorities of that Member. A Member should respond promptly and fully to any request by a panel for such information as the panel considers necessary and appropriate. Confidential information which is provided shall not be revealed without formal authorization from the individual, body, or authorities of the Member providing the information.

2. Panels may seek information from any relevant source and may consult experts to obtain their opinion on certain aspects of the matter. With respect to a factual issue concerning a scientific or other technical matter raised by a party to a dispute, a panel may request an advisory report in writing from an expert review group. Rules for the establishment of such a group and its procedures are set forth in Appendix 4.

Article 14

Confidentiality

1. Panel deliberations shall be confidential.

2. The reports of panels shall be drafted without the presence of the parties to the dispute in the light of the information provided and the statements made.

3. Opinions expressed in the panel report by individual panelists shall be anonymous.

*Article 15**Interim Review Stage*

1. Following the consideration of rebuttal submissions and oral arguments, the panel shall issue the descriptive (factual and argument) sections of its draft report to the parties to the dispute. Within a period of time set by the panel, the parties shall submit their comments in writing.
2. Following the expiration of the set period of time for receipt of comments from the parties to the dispute, the panel shall issue an interim report to the parties, including both the descriptive sections and the panel's findings and conclusions. Within a period of time set by the panel, a party may submit a written request for the panel to review precise aspects of the interim report prior to circulation of the final report to the Members. At the request of a party, the panel shall hold a further meeting with the parties on the issues identified in the written comments. If no comments are received from any party within the comment period, the interim report shall be considered the final panel report and circulated promptly to the Members.
3. The findings of the final panel report shall include a discussion of the arguments made at the interim review stage. The interim review stage shall be conducted within the time-period set out in paragraph 8 of Article 12.

*Article 16**Adoption of Panel Reports*

1. In order to provide sufficient time for the Members to consider panel reports, the reports shall not be considered for adoption by the DSB until 20 days after the date they have been circulated to the Members.
2. Members having objections to a panel report shall give written reasons to explain their objections for circulation at least 10 days prior to the DSB meeting at which the panel report will be considered.
3. The parties to a dispute shall have the right to participate fully in the consideration of the panel report by the DSB, and their views shall be fully recorded.
4. Within 60 days after the date of circulation of a panel report to the Members, the report shall be adopted at a DSB meeting⁷ unless a party to the dispute formally notifies the DSB of its decision to appeal or the DSB decides by consensus not to adopt the report. If a party has notified its decision to appeal, the report by the panel shall not be considered for adoption by the DSB until after completion of the appeal. This adoption procedure is without prejudice to the right of Members to express their views on a panel report.

⁷If a meeting of the DSB is not scheduled within this period at a time that enables the requirements of paragraphs 1 and 4 of Article 16 to be met, a meeting of the DSB shall be held for this purpose.

*Article 17**Appellate Review**Standing Appellate Body*

1. A standing Appellate Body shall be established by the DSB. The Appellate Body shall hear appeals from panel cases. It shall be composed of seven persons, three of whom shall serve on any one case. Persons serving on the Appellate Body shall serve in rotation. Such rotation shall be determined in the working procedures of the Appellate Body.
2. The DSB shall appoint persons to serve on the Appellate Body for a four-year term, and each person may be reappointed once. However, the terms of three of the seven persons appointed immediately after the entry into force of the WTO Agreement shall expire at the end of two years, to be determined by lot. Vacancies shall be filled as they arise. A person appointed to replace a person whose term of office has not expired shall hold office for the remainder of the predecessor's term.
3. The Appellate Body shall comprise persons of recognized authority, with demonstrated expertise in law, international trade and the subject matter of the covered agreements generally. They shall be unaffiliated with any government. The Appellate Body membership shall be broadly representative of membership in the WTO. All persons serving on the Appellate Body shall be available at all times and on short notice, and shall stay abreast of dispute settlement activities and other relevant activities of the WTO. They shall not participate in the consideration of any disputes that would create a direct or indirect conflict of interest.
4. Only parties to the dispute, not third parties, may appeal a panel report. Third parties which have notified the DSB of a substantial interest in the matter pursuant to paragraph 2 of Article 10 may make written submissions to, and be given an opportunity to be heard by, the Appellate Body.
5. As a general rule, the proceedings shall not exceed 60 days from the date a party to the dispute formally notifies its decision to appeal to the date the Appellate Body circulates its report. In fixing its timetable the Appellate Body shall take into account the provisions of paragraph 9 of Article 4, if relevant. When the Appellate Body considers that it cannot provide its report within 60 days, it shall inform the DSB in writing of the reasons for the delay together with an estimate of the period within which it will submit its report. In no case shall the proceedings exceed 90 days.
6. An appeal shall be limited to issues of law covered in the panel report and legal interpretations developed by the panel.
7. The Appellate Body shall be provided with appropriate administrative and legal support as it requires.
8. The expenses of persons serving on the Appellate Body, including travel and subsistence allowance, shall be met from the WTO budget in accordance with criteria to be adopted by the General Council, based on recommendations of the Committee on Budget, Finance and Administration.

Procedures for Appellate Review

9. Working procedures shall be drawn up by the Appellate Body in consultation with the Chairman of the DSB and the Director-General, and communicated to the Members for their information.

10. The proceedings of the Appellate Body shall be confidential. The reports of the Appellate Body shall be drafted without the presence of the parties to the dispute and in the light of the information provided and the statements made.

11. Opinions expressed in the Appellate Body report by individuals serving on the Appellate Body shall be anonymous.

12. The Appellate Body shall address each of the issues raised in accordance with paragraph 6 during the appellate proceeding.

13. The Appellate Body may uphold, modify or reverse the legal findings and conclusions of the panel.

Adoption of Appellate Body Reports

14. An Appellate Body report shall be adopted by the DSB and unconditionally accepted by the parties to the dispute unless the DSB decides by consensus not to adopt the Appellate Body report within 30 days following its circulation to the Members.⁸ This adoption procedure is without prejudice to the right of Members to express their views on an Appellate Body report.

Article 18

Communications with the Panel or Appellate Body

1. There shall be no *ex parte* communications with the panel or Appellate Body concerning matters under consideration by the panel or Appellate Body.

2. Written submissions to the panel or the Appellate Body shall be treated as confidential, but shall be made available to the parties to the dispute. Nothing in this Understanding shall preclude a party to a dispute from disclosing statements of its own positions to the public. Members shall treat as confidential information submitted by another Member to the panel or the Appellate Body which that Member has designated as confidential. A party to a dispute shall also, upon request of a Member, provide a non-confidential summary of the information contained in its written submissions that could be disclosed to the public.

Article 19

Panel and Appellate Body Recommendations

1. Where a panel or the Appellate Body concludes that a measure is inconsistent with a covered agreement, it shall recommend that the Member concerned⁹ bring the measure into conformity with that agreement.¹⁰ In addition to its recommendations, the panel or Appellate Body may suggest ways in which the Member concerned could implement the recommendations.

⁸If a meeting of the DSB is not scheduled during this period, such a meeting of the DSB shall be held for this purpose.

⁹The "Member concerned" is the party to the dispute to which the panel or Appellate Body recommendations are directed.

¹⁰With respect to recommendations in cases not involving a violation of GATT 1994 or any other covered agreement, see Article 26.

2. In accordance with paragraph 2 of Article 3, in their findings and recommendations, the panel and Appellate Body cannot add to or diminish the rights and obligations provided in the covered agreements.

Article 20

Time-frame for DSB Decisions

Unless otherwise agreed to by the parties to the dispute, the period from the date of establishment of the panel by the DSB until the date the DSB considers the panel or appellate report for adoption shall as a general rule not exceed nine months where the panel report is not appealed or 12 months where the report is appealed. Where either the panel or the Appellate Body has acted, pursuant to paragraph 9 of Article 12 or paragraph 5 of Article 17, to extend the time for providing its report, the additional time taken shall be added to the above periods.

Article 21

Surveillance of Implementation of Recommendations and Rulings

1. Prompt compliance with recommendations or rulings of the DSB is essential in order to ensure effective resolution of disputes to the benefit of all Members.
2. Particular attention should be paid to matters affecting the interests of developing country Members with respect to measures which have been subject to dispute settlement.
3. At a DSB meeting held within 30 days¹¹ after the date of adoption of the panel or Appellate Body report, the Member concerned shall inform the DSB of its intentions in respect of implementation of the recommendations and rulings of the DSB. If it is impracticable to comply immediately with the recommendations and rulings, the Member concerned shall have a reasonable period of time in which to do so. The reasonable period of time shall be:
 - (a) the period of time proposed by the Member concerned, provided that such period is approved by the DSB; or, in the absence of such approval,
 - (b) a period of time mutually agreed by the parties to the dispute within 45 days after the date of adoption of the recommendations and rulings; or, in the absence of such agreement,
 - (c) a period of time determined through binding arbitration within 90 days after the date of adoption of the recommendations and rulings.¹² In such arbitration, a guideline for the arbitrator¹³ should be that the reasonable period of time to implement panel or Appellate Body recommendations should not exceed 15 months from the date of adoption of a panel or Appellate Body report. However, that time may be shorter or longer, depending upon the particular circumstances.

¹¹If a meeting of the DSB is not scheduled during this period, such a meeting of the DSB shall be held for this purpose.

¹²If the parties cannot agree on an arbitrator within ten days after referring the matter to arbitration, the arbitrator shall be appointed by the Director-General within ten days, after consulting the parties.

¹³The expression "arbitrator" shall be interpreted as referring either to an individual or a group.

4. Except where the panel or the Appellate Body has extended, pursuant to paragraph 9 of Article 12 or paragraph 5 of Article 17, the time of providing its report, the period from the date of establishment of the panel by the DSB until the date of determination of the reasonable period of time shall not exceed 15 months unless the parties to the dispute agree otherwise. Where either the panel or the Appellate Body has acted to extend the time of providing its report, the additional time taken shall be added to the 15-month period; provided that unless the parties to the dispute agree that there are exceptional circumstances, the total time shall not exceed 18 months.

5. Where there is disagreement as to the existence or consistency with a covered agreement of measures taken to comply with the recommendations and rulings such dispute shall be decided through recourse to these dispute settlement procedures, including wherever possible resort to the original panel. The panel shall circulate its report within 90 days after the date of referral of the matter to it. When the panel considers that it cannot provide its report within this time frame, it shall inform the DSB in writing of the reasons for the delay together with an estimate of the period within which it will submit its report.

6. The DSB shall keep under surveillance the implementation of adopted recommendations or rulings. The issue of implementation of the recommendations or rulings may be raised at the DSB by any Member at any time following their adoption. Unless the DSB decides otherwise, the issue of implementation of the recommendations or rulings shall be placed on the agenda of the DSB meeting after six months following the date of establishment of the reasonable period of time pursuant to paragraph 3 and shall remain on the DSB's agenda until the issue is resolved. At least 10 days prior to each such DSB meeting, the Member concerned shall provide the DSB with a status report in writing of its progress in the implementation of the recommendations or rulings.

7. If the matter is one which has been raised by a developing country Member, the DSB shall consider what further action it might take which would be appropriate to the circumstances.

8. If the case is one brought by a developing country Member, in considering what appropriate action might be taken, the DSB shall take into account not only the trade coverage of measures complained of, but also their impact on the economy of developing country Members concerned.

Article 22

Compensation and the Suspension of Concessions

1. Compensation and the suspension of concessions or other obligations are temporary measures available in the event that the recommendations and rulings are not implemented within a reasonable period of time. However, neither compensation nor the suspension of concessions or other obligations is preferred to full implementation of a recommendation to bring a measure into conformity with the covered agreements. Compensation is voluntary and, if granted, shall be consistent with the covered agreements.

2. If the Member concerned fails to bring the measure found to be inconsistent with a covered agreement into compliance therewith or otherwise comply with the recommendations and rulings within the reasonable period of time determined pursuant to paragraph 3 of Article 21, such Member shall, if so requested, and no later than the expiry of the reasonable period of time, enter into negotiations with any party having invoked the dispute settlement procedures, with a view to developing mutually acceptable compensation. If no satisfactory compensation has been agreed within 20 days after the date of expiry of the reasonable period of time, any party having invoked the dispute settlement procedures may request authorization from the DSB to suspend the application to the Member concerned of concessions or other obligations under the covered agreements.

3. In considering what concessions or other obligations to suspend, the complaining party shall apply the following principles and procedures:

- (a) the general principle is that the complaining party should first seek to suspend concessions or other obligations with respect to the same sector(s) as that in which the panel or Appellate Body has found a violation or other nullification or impairment;
- (b) if that party considers that it is not practicable or effective to suspend concessions or other obligations with respect to the same sector(s), it may seek to suspend concessions or other obligations in other sectors under the same agreement;
- (c) if that party considers that it is not practicable or effective to suspend concessions or other obligations with respect to other sectors under the same agreement, and that the circumstances are serious enough, it may seek to suspend concessions or other obligations under another covered agreement;
- (d) in applying the above principles, that party shall take into account:
 - (i) the trade in the sector or under the agreement under which the panel or Appellate Body has found a violation or other nullification or impairment, and the importance of such trade to that party;
 - (ii) the broader economic elements related to the nullification or impairment and the broader economic consequences of the suspension of concessions or other obligations;
- (e) if that party decides to request authorization to suspend concessions or other obligations pursuant to subparagraphs (b) or (c), it shall state the reasons therefor in its request. At the same time as the request is forwarded to the DSB, it also shall be forwarded to the relevant Councils and also, in the case of a request pursuant to subparagraph (b), the relevant sectoral bodies;
- (f) for purposes of this paragraph, "sector" means:
 - (i) with respect to goods, all goods;
 - (ii) with respect to services, a principal sector as identified in the current "Services Sectoral Classification List" which identifies such sectors;¹⁴
 - (iii) with respect to trade-related intellectual property rights, each of the categories of intellectual property rights covered in Section 1, or Section 2, or Section 3, or Section 4, or Section 5, or Section 6, or Section 7 of Part II, or the obligations under Part III, or Part IV of the Agreement on TRIPS;
- (g) for purposes of this paragraph, "agreement" means:
 - (i) with respect to goods, the agreements listed in Annex 1A of the WTO Agreement, taken as a whole as well as the Plurilateral Trade Agreements in so far as the relevant parties to the dispute are parties to these agreements;
 - (ii) with respect to services, the GATS;

¹⁴The list in document MTN.GNS/W/120 identifies eleven sectors.

(iii) with respect to intellectual property rights, the Agreement on TRIPS.

4. The level of the suspension of concessions or other obligations authorized by the DSB shall be equivalent to the level of the nullification or impairment.

5. The DSB shall not authorize suspension of concessions or other obligations if a covered agreement prohibits such suspension.

6. When the situation described in paragraph 2 occurs, the DSB, upon request, shall grant authorization to suspend concessions or other obligations within 30 days of the expiry of the reasonable period of time unless the DSB decides by consensus to reject the request. However, if the Member concerned objects to the level of suspension proposed, or claims that the principles and procedures set forth in paragraph 3 have not been followed where a complaining party has requested authorization to suspend concessions or other obligations pursuant to paragraph 3(b) or (c), the matter shall be referred to arbitration. Such arbitration shall be carried out by the original panel, if members are available, or by an arbitrator¹⁵ appointed by the Director-General and shall be completed within 60 days after the date of expiry of the reasonable period of time. Concessions or other obligations shall not be suspended during the course of the arbitration.

7. The arbitrator¹⁶ acting pursuant to paragraph 6 shall not examine the nature of the concessions or other obligations to be suspended but shall determine whether the level of such suspension is equivalent to the level of nullification or impairment. The arbitrator may also determine if the proposed suspension of concessions or other obligations is allowed under the covered agreement. However, if the matter referred to arbitration includes a claim that the principles and procedures set forth in paragraph 3 have not been followed, the arbitrator shall examine that claim. In the event the arbitrator determines that those principles and procedures have not been followed, the complaining party shall apply them consistent with paragraph 3. The parties shall accept the arbitrator's decision as final and the parties concerned shall not seek a second arbitration. The DSB shall be informed promptly of the decision of the arbitrator and shall upon request, grant authorization to suspend concessions or other obligations where the request is consistent with the decision of the arbitrator, unless the DSB decides by consensus to reject the request.

8. The suspension of concessions or other obligations shall be temporary and shall only be applied until such time as the measure found to be inconsistent with a covered agreement has been removed, or the Member that must implement recommendations or rulings provides a solution to the nullification or impairment of benefits, or a mutually satisfactory solution is reached. In accordance with paragraph 6 of Article 21, the DSB shall continue to keep under surveillance the implementation of adopted recommendations or rulings, including those cases where compensation has been provided or concessions or other obligations have been suspended but the recommendations to bring a measure into conformity with the covered agreements have not been implemented.

9. The dispute settlement provisions of the covered agreements may be invoked in respect of measures affecting their observance taken by regional or local governments or authorities within the territory of a Member. When the DSB has ruled that a provision of a covered agreement has not been observed, the responsible Member shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure its observance. The provisions of the covered agreements and this Understanding relating to

¹⁵The expression "arbitrator" shall be interpreted as referring either to an individual or a group.

¹⁶The expression "arbitrator" shall be interpreted as referring either to an individual or a group or to the members of the original panel when serving in the capacity of arbitrator.

compensation and suspension of concessions or other obligations apply in cases where it has not been possible to secure such observance.¹⁷

Article 23

Strengthening of the Multilateral System

1. When Members seek the redress of a violation of obligations or other nullification or impairment of benefits under the covered agreements or an impediment to the attainment of any objective of the covered agreements, they shall have recourse to, and abide by, the rules and procedures of this Understanding.

2. In such cases, Members shall:

- (a) not make a determination to the effect that a violation has occurred, that benefits have been nullified or impaired or that the attainment of any objective of the covered agreements has been impeded, except through recourse to dispute settlement in accordance with the rules and procedures of this Understanding, and shall make any such determination consistent with the findings contained in the panel or Appellate Body report adopted by the DSB or an arbitration award rendered under this Understanding;
- (b) follow the procedures set forth in Article 21 to determine the reasonable period of time for the Member concerned to implement the recommendations and rulings; and
- (c) follow the procedures set forth in Article 22 to determine the level of suspension of concessions or other obligations and obtain DSB authorization in accordance with those procedures before suspending concessions or other obligations under the covered agreements in response to the failure of the Member concerned to implement the recommendations and rulings within that reasonable period of time.

Article 24

Special Procedures Involving Least-Developed Country Members

1. At all stages of the determination of the causes of a dispute and of dispute settlement procedures involving a least-developed country Member, particular consideration shall be given to the special situation of least-developed country Members. In this regard, Members shall exercise due restraint in raising matters under these procedures involving a least-developed country Member. If nullification or impairment is found to result from a measure taken by a least-developed country Member, complaining parties shall exercise due restraint in asking for compensation or seeking authorization to suspend the application of concessions or other obligations pursuant to these procedures.

2. In dispute settlement cases involving a least-developed country Member, where a satisfactory solution has not been found in the course of consultations the Director-General or the Chairman of the DSB shall, upon request by a least-developed country Member offer their good offices, conciliation and mediation with a view to assisting the parties to settle the dispute, before a request for a panel

¹⁷Where the provisions of any covered agreement concerning measures taken by regional or local governments or authorities within the territory of a Member contain provisions different from the provisions of this paragraph, the provisions of such covered agreement shall prevail.

is made. The Director-General or the Chairman of the DSB, in providing the above assistance, may consult any source which either deems appropriate.

Article 25

Arbitration

1. Expeditious arbitration within the WTO as an alternative means of dispute settlement can facilitate the solution of certain disputes that concern issues that are clearly defined by both parties.
2. Except as otherwise provided in this Understanding, resort to arbitration shall be subject to mutual agreement of the parties which shall agree on the procedures to be followed. Agreements to resort to arbitration shall be notified to all Members sufficiently in advance of the actual commencement of the arbitration process.
3. Other Members may become party to an arbitration proceeding only upon the agreement of the parties which have agreed to have recourse to arbitration. The parties to the proceeding shall agree to abide by the arbitration award. Arbitration awards shall be notified to the DSB and the Council or Committee of any relevant agreement where any Member may raise any point relating thereto.
4. Articles 21 and 22 of this Understanding shall apply *mutatis mutandis* to arbitration awards.

Article 26

1. *Non-Violation Complaints of the Type Described in Paragraph 1(b) of Article XXIII of GATT 1994*

Where the provisions of paragraph 1(b) of Article XXIII of GATT 1994 are applicable to a covered agreement, a panel or the Appellate Body may only make rulings and recommendations where a party to the dispute considers that any benefit accruing to it directly or indirectly under the relevant covered agreement is being nullified or impaired or the attainment of any objective of that Agreement is being impeded as a result of the application by a Member of any measure, whether or not it conflicts with the provisions of that Agreement. Where and to the extent that such party considers and a panel or the Appellate Body determines that a case concerns a measure that does not conflict with the provisions of a covered agreement to which the provisions of paragraph 1(b) of Article XXIII of GATT 1994 are applicable, the procedures in this Understanding shall apply, subject to the following:

- (a) the complaining party shall present a detailed justification in support of any complaint relating to a measure which does not conflict with the relevant covered agreement;
- (b) where a measure has been found to nullify or impair benefits under, or impede the attainment of objectives, of the relevant covered agreement without violation thereof, there is no obligation to withdraw the measure. However, in such cases, the panel or the Appellate Body shall recommend that the Member concerned make a mutually satisfactory adjustment;
- (c) notwithstanding the provisions of Article 21, the arbitration provided for in paragraph 3 of Article 21, upon request of either party, may include a determination of the level of benefits which have been nullified or impaired, and may also suggest ways and means of reaching a mutually satisfactory adjustment; such suggestions shall not be binding upon the parties to the dispute;

- (d) notwithstanding the provisions of paragraph 1 of Article 22, compensation may be part of a mutually satisfactory adjustment as final settlement of the dispute.

2. *Complaints of the Type Described in Paragraph 1(c) of Article XXIII of GATT 1994*

Where the provisions of paragraph 1(c) of Article XXIII of GATT 1994 are applicable to a covered agreement, a panel may only make rulings and recommendations where a party considers that any benefit accruing to it directly or indirectly under the relevant covered agreement is being nullified or impaired or the attainment of any objective of that Agreement is being impeded as a result of the existence of any situation other than those to which the provisions of paragraphs 1(a) and 1(b) of Article XXIII of GATT 1994 are applicable. Where and to the extent that such party considers and a panel determines that the matter is covered by this paragraph, the procedures of this Understanding shall apply only up to and including the point in the proceedings where the panel report has been circulated to the Members. The dispute settlement rules and procedures contained in the Decision of 12 April 1989 (BISD 36S/61-67) shall apply to consideration for adoption, and surveillance and implementation of recommendations and rulings. The following shall also apply:

- (a) the complaining party shall present a detailed justification in support of any argument made with respect to issues covered under this paragraph;
- (b) in cases involving matters covered by this paragraph, if a panel finds that cases also involve dispute settlement matters other than those covered by this paragraph, the panel shall circulate a report to the DSB addressing any such matters and a separate report on matters falling under this paragraph.

Article 27

Responsibilities of the Secretariat

1. The Secretariat shall have the responsibility of assisting panels, especially on the legal, historical and procedural aspects of the matters dealt with, and of providing secretarial and technical support.
2. While the Secretariat assists Members in respect of dispute settlement at their request, there may also be a need to provide additional legal advice and assistance in respect of dispute settlement to developing country Members. To this end, the Secretariat shall make available a qualified legal expert from the WTO technical cooperation services to any developing country Member which so requests. This expert shall assist the developing country Member in a manner ensuring the continued impartiality of the Secretariat.
3. The Secretariat shall conduct special training courses for interested Members concerning these dispute settlement procedures and practices so as to enable Members' experts to be better informed in this regard.

APPENDIX 1

AGREEMENTS COVERED BY THE UNDERSTANDING

(A) Agreement Establishing the World Trade Organization

(B) Multilateral Trade Agreements

Annex 1A: Multilateral Agreements on Trade in Goods

Annex 1B: General Agreement on Trade in Services

Annex 1C: Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights

Annex 2: Understanding on Rules and Procedures Governing the Settlement of Disputes

(C) Plurilateral Trade Agreements

Annex 4: Agreement on Trade in Civil Aircraft

Agreement on Government Procurement

International Dairy Agreement

International Bovine Meat Agreement

The applicability of this Understanding to the Plurilateral Trade Agreements shall be subject to the adoption of a decision by the parties to each agreement setting out the terms for the application of the Understanding to the individual agreement, including any special or additional rules or procedures for inclusion in Appendix 2, as notified to the DSB.

APPENDIX 2

SPECIAL OR ADDITIONAL RULES AND PROCEDURES
CONTAINED IN THE COVERED AGREEMENTS

<i>Agreement</i>	<i>Rules and Procedures</i>
Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures	11.2
Agreement on Textiles and Clothing	2.14, 2.21, 4.4, 5.2, 5.4, 5.6, 6.9, 6.10, 6.11, 8.1 through 8.12
Agreement on Technical Barriers to Trade	14.2 through 14.4, Annex 2
Agreement on Implementation of Article VI of GATT 1994	17.4 through 17.7
Agreement on Implementation of Article VII of GATT 1994	19.3 through 19.5, Annex II.2(f), 3, 9, 21
Agreement on Subsidies and Countervailing Measures	4.2 through 4.12, 6.6, 7.2 through 7.10, 8.5, footnote 35, 24.4, 27.7, Annex V
General Agreement on Trade in Services	XXII:3, XXIII:3
Annex on Financial Services	4
Annex on Air Transport Services	4
Decision on Certain Dispute Settlement Procedures for the GATS	1 through 5

The list of rules and procedures in this Appendix includes provisions where only a part of the provision may be relevant in this context.

Any special or additional rules or procedures in the Plurilateral Trade Agreements as determined by the competent bodies of each agreement and as notified to the DSB.

APPENDIX 3

WORKING PROCEDURES

1. In its proceedings the panel shall follow the relevant provisions of this Understanding. In addition, the following working procedures shall apply.
2. The panel shall meet in closed session. The parties to the dispute, and interested parties, shall be present at the meetings only when invited by the panel to appear before it.
3. The deliberations of the panel and the documents submitted to it shall be kept confidential. Nothing in this Understanding shall preclude a party to a dispute from disclosing statements of its own positions to the public. Members shall treat as confidential information submitted by another Member to the panel which that Member has designated as confidential. Where a party to a dispute submits a confidential version of its written submissions to the panel, it shall also, upon request of a Member, provide a non-confidential summary of the information contained in its submissions that could be disclosed to the public.
4. Before the first substantive meeting of the panel with the parties, the parties to the dispute shall transmit to the panel written submissions in which they present the facts of the case and their arguments.
5. At its first substantive meeting with the parties, the panel shall ask the party which has brought the complaint to present its case. Subsequently, and still at the same meeting, the party against which the complaint has been brought shall be asked to present its point of view.
6. All third parties which have notified their interest in the dispute to the DSB shall be invited in writing to present their views during a session of the first substantive meeting of the panel set aside for that purpose. All such third parties may be present during the entirety of this session.
7. Formal rebuttals shall be made at a second substantive meeting of the panel. The party complained against shall have the right to take the floor first to be followed by the complaining party. The parties shall submit, prior to that meeting, written rebuttals to the panel.
8. The panel may at any time put questions to the parties and ask them for explanations either in the course of a meeting with the parties or in writing.
9. The parties to the dispute and any third party invited to present its views in accordance with Article 10 shall make available to the panel a written version of their oral statements.
10. In the interest of full transparency, the presentations, rebuttals and statements referred to in paragraphs 5 to 9 shall be made in the presence of the parties. Moreover, each party's written submissions, including any comments on the descriptive part of the report and responses to questions put by the panel, shall be made available to the other party or parties.
11. Any additional procedures specific to the panel.

12. Proposed timetable for panel work:

(a)	Receipt of first written submissions of the parties:		
	(1) complaining Party:	_____	3-6 weeks
	(2) Party complained against:	_____	2-3 weeks
(b)	Date, time and place of first substantive meeting with the parties; third party session:	_____	1-2 weeks
(c)	Receipt of written rebuttals of the parties:	_____	2-3 weeks
(d)	Date, time and place of second substantive meeting with the parties:	_____	1-2 weeks
(e)	Issuance of descriptive part of the report to the parties:	_____	2-4 weeks
(f)	Receipt of comments by the parties on the descriptive part of the report:	_____	2 weeks
(g)	Issuance of the interim report, including the findings and conclusions, to the parties:	_____	2-4 weeks
(h)	Deadline for party to request review of part(s) of report:	_____	1 week
(i)	Period of review by panel, including possible additional meeting with parties:	_____	2 weeks
(j)	Issuance of final report to parties to dispute:	_____	2 weeks
(k)	Circulation of the final report to the Members:	_____	3 weeks

The above calendar may be changed in the light of unforeseen developments. Additional meetings with the parties shall be scheduled if required.

APPENDIX 4

EXPERT REVIEW GROUPS

The following rules and procedures shall apply to expert review groups established in accordance with the provisions of paragraph 2 of Article 13.

1. Expert review groups are under the panel's authority. Their terms of reference and detailed working procedures shall be decided by the panel, and they shall report to the panel.
2. Participation in expert review groups shall be restricted to persons of professional standing and experience in the field in question.
3. Citizens of parties to the dispute shall not serve on an expert review group without the joint agreement of the parties to the dispute, except in exceptional circumstances when the panel considers that the need for specialized scientific expertise cannot be fulfilled otherwise. Government officials of parties to the dispute shall not serve on an expert review group. Members of expert review groups shall serve in their individual capacities and not as government representatives, nor as representatives of any organization. Governments or organizations shall therefore not give them instructions with regard to matters before an expert review group.
4. Expert review groups may consult and seek information and technical advice from any source they deem appropriate. Before an expert review group seeks such information or advice from a source within the jurisdiction of a Member, it shall inform the government of that Member. Any Member shall respond promptly and fully to any request by an expert review group for such information as the expert review group considers necessary and appropriate.
5. The parties to a dispute shall have access to all relevant information provided to an expert review group, unless it is of a confidential nature. Confidential information provided to the expert review group shall not be released without formal authorization from the government, organization or person providing the information. Where such information is requested from the expert review group but release of such information by the expert review group is not authorized, a non-confidential summary of the information will be provided by the government, organization or person supplying the information.
6. The expert review group shall submit a draft report to the parties to the dispute with a view to obtaining their comments, and taking them into account, as appropriate, in the final report, which shall also be issued to the parties to the dispute when it is submitted to the panel. The final report of the expert review group shall be advisory only.

**DECISION ON THE APPLICATION AND REVIEW OF THE UNDERSTANDING
ON RULES AND PROCEDURES GOVERNING THE SETTLEMENT OF DISPUTES**

Ministers,

Recalling the Decision of 22 February 1994 that existing rules and procedures of GATT 1947 in the field of dispute settlement shall remain in effect until the date of entry into force of the Agreement Establishing the World Trade Organization,

Invite the relevant Councils and Committees to decide that they shall remain in operation for the purpose of dealing with any dispute for which the request for consultation was made before that date;

Invite the Ministerial Conference to complete a full review of dispute settlement rules and procedures under the World Trade Organization within four years after the entry into force of the Agreement Establishing the World Trade Organization, and to take a decision on the occasion of its first meeting after the completion of the review, whether to continue, modify or terminate such dispute settlement rules and procedures.

(Übersetzung)

Schlußakte über die Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde

1. Die Vertreter der Regierungen und der Europäischen Gemeinschaften, Mitglieder des Handelsverhandlungsausschusses, die zusammengetreten sind, um die Multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde abzuschließen, vereinbaren, daß das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet), die als Anlagen beigefügten Erklärungen und Beschlüsse der Minister sowie die Vereinbarung über Verpflichtungen bei Finanzdienstleistungen die Ergebnisse ihrer Verhandlungen enthalten und Bestandteil dieser Schlußakte sind.
2. Durch die Unterzeichnung dieser Schlußakte vereinbaren die Vertreter,
 - a) das WTO-Übereinkommen gegebenenfalls ihren jeweils zuständigen Stellen zur Prüfung vorzulegen, um die Genehmigung des Übereinkommens in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Verfahren zu erlangen, und
 - b) die Erklärungen und Beschlüsse der Minister anzunehmen.
3. Die Vertreter halten es übereinstimmend für wünschenswert, daß das WTO-Übereinkommen von allen Teilnehmern der Multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde (im folgenden als „Teilnehmer“ bezeichnet) angenommen wird, damit es am 1. Januar 1995 oder so früh wie möglich danach in Kraft tritt. Gemäß dem letzten Absatz der Ministererklärung von Punta del Este werden die Minister spätestens Ende 1994 zusammentreffen, um über die internationale Durchführung der Ergebnisse, einschließlich des Zeitpunkts ihres Inkrafttretens, zu beschließen.
4. Die Vertreter kommen überein, daß das WTO-Übereinkommen in seiner Gesamtheit allen Teilnehmern nach seinem Artikel XIV zur Annahme offensteht, die durch Unterzeichnung oder auf andere Weise erfolgen kann. Für die Annahme und das Inkrafttreten eines in Anlage 4 des WTO-Übereinkommens enthaltenen Plurilateralen Handelsübereinkommens gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.
5. Teilnehmer, die nicht Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens sind, müssen, bevor sie das WTO-Übereinkommen annehmen, zunächst die Verhandlungen über ihren Beitritt zum Allgemeinen Abkommen abgeschlossen haben und Vertragsparteien desselben werden. Für Teilnehmer, die zum Datum der Schlußakte nicht Vertragsparteien des Allgemeinen Abkommens sind, sind die Zugeständnislisten nicht endgültig, sondern werden in der Folge im Hinblick auf ihren Beitritt zum Allgemeinen Abkommen und die Annahme des WTO-Übereinkommens ergänzt.
6. Diese Schlußakte und die als Anlagen beigefügten Texte werden beim Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens hinterlegt, der unverzüglich jedem Teilnehmer eine beglaubigte Abschrift übermittelt.

Geschehen zu Marrakesch am 15. April 1994 in einer Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

[Die Unterschriftenliste wird zur Unterzeichnung in die Vertragsausfertigung der Schlußakte aufgenommen.]

Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO)

Die Vertragsparteien dieses Übereinkommens –

in der Erkenntnis, daß ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf die Erhöhung des Lebensstandards, auf die Sicherung der Vollbeschäftigung und eines hohen und ständig steigenden Umfangs des Realeinkommens und der wirksamen Nachfrage sowie auf die Ausweitung der Produktion und des Handels mit Waren und Dienstleistungen gerichtet sein, gleichzeitig aber die optimale Nutzung der Hilfsquellen der Welt im Einklang mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung gestatten sollen, in dem Bestreben, den Schutz und die Erhaltung der Umwelt und gleichzeitig die Steigerung der dafür erforderlichen Mittel zu erreichen, und zwar in einer Weise, die mit den ihrem jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklungsstand entsprechenden Bedürfnissen und Anliegen vereinbar ist,

in der Erkenntnis, daß es positiver Bemühungen bedarf, damit sich die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten unter ihnen, einen Anteil am Wachstum des internationalen Handels sichern, der den Erfordernissen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung entspricht,

in dem Wunsch, zur Verwirklichung dieser Ziele durch den Abschluß von Übereinkünften beizutragen, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und zum gemeinsamen Nutzen auf einen wesentlichen Abbau der Zölle und anderer Handelsschranken sowie auf die Beseitigung der Diskriminierung in den internationalen Handelsbeziehungen abzielen,

daher entschlossen, ein integriertes, funktionsfähigeres und dauerhafteres multilaterales Handelssystem zu entwickeln, welches das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, die Ergebnisse früherer Handelsliberalisierungsbemühungen und sämtliche Ergebnisse der Multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde umfaßt,

entschlossen, die fundamentalen Grundsätze dieses multilateralen Handelssystems zu wahren und die Verwirklichung seiner Ziele zu fördern –

kommen wie folgt überein:

Artikel I

Errichtung der Organisation

Die Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO“ bezeichnet) wird hiermit errichtet.

Artikel II

Wirkungsbereich der WTO

(1) Die WTO bildet den gemeinsamen institutionellen Rahmen für die Wahrnehmung der Handelsbeziehungen zwischen ihren Mitgliedern in Angelegenheiten im Zusammenhang mit den in den Anlagen dieses Übereinkommens enthaltenen Übereinkommen und dazugehörigen Rechtsinstrumenten.

(2) Die Übereinkommen und die dazugehörigen Rechtsinstrumente, die in den Anlagen 1, 2 und 3 enthalten sind (im folgenden als „Multilaterale Handelsübereinkommen“ bezeichnet), sind Bestandteil dieses Übereinkommens und für alle Mitglieder verbindlich.

(3) Die Übereinkommen und die dazugehörigen Rechtsinstrumente, die in Anlage 4 enthalten sind (im folgenden als „Plurilaterale Handelsübereinkommen“ bezeichnet), sind ebenfalls Bestandteil dieses Übereinkommens für diejenigen Mitglieder, die sie angenommen haben, und sind für diese Mitglieder verbindlich. Die Plurilateralen Handelsübereinkommen begründen für die Mitglieder, die sie nicht angenommen haben, weder Pflichten noch Rechte.

(4) Das in Anlage 1A enthaltene Allgemeine Zoll- und Handelsübereinkommen von 1994 (im folgenden als „GATT 1994“ bezeichnet) unterscheidet sich rechtlich von dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen vom 30. Oktober 1947, das der Schlußakte der Zweiten Tagung des Vorbereitenden Ausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Beschäftigung als Anlage beigefügt war, in seiner später berichtigten, ergänzten oder geänderten Fassung (im folgenden als „GATT 1947“ bezeichnet).

Artikel III

Aufgaben der WTO

(1) Die WTO erleichtert die Durchführung, die Verwaltung und die Wirkungsweise dieses Übereinkommens und der Multilateralen Handelsübereinkommen sowie die Verwirklichung ihrer Ziele; sie bildet auch den Rahmen für die Durchführung, die Verwaltung und die Wirkungsweise der Plurilateralen Handelsübereinkommen.

(2) Die WTO dient als Forum für Verhandlungen zwischen ihren Mitgliedern über deren multilaterale Handelsbeziehungen in den Bereichen, die im Rahmen der in den Anlagen dieses Übereinkommens enthaltenen Übereinkünfte behandelt werden. Die WTO kann auch als Forum für weitere Verhandlungen zwischen ihren Mitgliedern über deren multilaterale Handelsbeziehungen sowie als Rahmen für die Durchführung der Ergebnisse solcher Verhandlungen dienen, wie dies von der Ministerkonferenz beschlossen wird.

(3) Die WTO verwaltet die in Anlage 2 dieses Übereinkommens enthaltene Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten (im folgenden als „Vereinbarung über Streitbeilegung“ oder „DSU“ bezeichnet).

(4) Die WTO verwaltet das in Anlage 3 dieses Übereinkommens enthaltene Verfahren zur Überprüfung der Handelspolitiken (im folgenden als „TPRM“ bezeichnet).

(5) Im Interesse einer kohärenteren Gestaltung der weltweiten wirtschaftspolitischen Entscheidungen arbeitet die WTO gegebenenfalls mit dem Internationalen Währungsfonds und mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und den mit ihr verbundenen Institutionen zusammen.

Artikel IV

Aufbau der WTO

(1) Eine Ministerkonferenz, die sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt, tritt mindestens einmal alle zwei Jahre zusammen. Die Ministerkonferenz nimmt die Aufgaben der WTO wahr und trifft die dafür erforderlichen Maßnahmen. Die Ministerkonferenz ist befugt, in allen unter eines der Multilateralen Handelsübereinkommen fallenden Angelegenheiten auf Antrag eines Mitglieds in Übereinstimmung mit den besonderen Erfordernissen für die Beschlußfassung in diesem Übereinkommen und dem einschlägigen Multilateralen Handelsübereinkommen Beschlüsse zu fassen.

(2) Ein Allgemeiner Rat, der sich aus Vertretern aller Mitglieder zusammensetzt, tritt zusammen, wann immer dies zweckdienlich ist. Zwischen den Tagungen der Ministerkonferenz nimmt der Allgemeine Rat deren Aufgaben wahr. Der Allgemeine Rat nimmt auch die Aufgaben wahr, die ihm durch dieses Übereinkommen übertragen sind. Der Allgemeine Rat gibt sich eine Geschäftsordnung und genehmigt die Geschäftsordnungen der in Absatz 7 vorgesehenen Ausschüsse.

(3) Der Allgemeine Rat tritt gegebenenfalls zusammen, um die Aufgaben des in der Vereinbarung über Streitbeilegung vorgesehenen Streitbeilegungsgremiums wahrzunehmen. Das Streitbeilegungsgremium kann einen eigenen Vorsitzenden haben und legt die Verfahrensregeln fest, die es zur Erfüllung dieser Aufgaben für notwendig erachtet.

(4) Der Allgemeine Rat tritt gegebenenfalls zusammen, um die Aufgaben des im TPRM vorgesehenen Organs zur Überprüfung der Handelspolitiken wahrzunehmen. Das Organ zur Überprüfung der Handelspolitiken kann einen eigenen Vorsitzenden haben und legt die Verfahrensregeln fest, die es zur Erfüllung dieser Aufgaben für notwendig erachtet.

(5) Ein Rat für den Handel mit Waren, ein Rat für den Handel mit Dienstleistungen und ein Rat für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (im folgenden als „Rat für TRIPS“ bezeichnet) sind unter der allgemeinen Leitung des Allgemeinen Rates tätig. Der Rat für den Handel mit Waren überwacht die Wirkungsweise der Multilateralen Handelsübereinkommen in Anlage 1A. Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen überwacht die Wirkungsweise des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (im folgenden als „GATS“ bezeichnet). Der Rat für TRIPS überwacht die Wirkungsweise des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (im folgenden als „Übereinkommen über TRIPS“ bezeichnet). Diese Räte erfüllen die ihnen in den betreffenden Übereinkommen und vom Allgemeinen Rat übertragenen Aufgaben. Sie geben sich Geschäftsordnungen, die der Genehmigung durch den Allgemeinen Rat bedürfen. Die Mitgliedschaft in diesen Räten steht den Vertretern aller Mitglieder offen. Diese Räte treten zur Ausübung ihrer Aufgaben je nach Notwendigkeit zusammen.

(6) Der Rat für den Handel mit Waren, der Rat für den Handel mit Dienstleistungen und der Rat für TRIPS setzen nach Bedarf nachgeordnete Gremien ein. Diese nachgeordneten Gremien geben sich Geschäftsordnungen, die der Genehmigung durch ihre jeweiligen Räte bedürfen.

(7) Die Ministerkonferenz setzt einen Ausschuß für Handel und Entwicklung, einen Ausschuß für Zahlungsbilanzbeschränkungen sowie einen Ausschuß für Haushalt, Finanzen und Verwaltung ein, welche die Aufgaben, die ihnen in diesem Übereinkommen und in den Multilateralen Handelsübereinkommen übertragen werden, sowie alle zusätzlichen Aufgaben wahrnehmen, die ihnen vom Allgemeinen Rat übertragen werden; sie kann zusätzliche Ausschüsse für die Aufgaben einsetzen, die sie für zweckdienlich erachtet. Im Rahmen seiner Aufgaben überprüft der Ausschuß für Handel und Entwicklung in regelmäßigen Zeitabständen die besonderen Bestimmungen in den Multilateralen Handelsübereinkommen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, und erstattet dem Allgemeinen Rat Bericht, damit dieser geeignete Maßnahmen trifft. Die Mitgliedschaft in diesen Ausschüssen steht den Vertretern aller Mitglieder offen.

(8) Die nach den Plurilateralen Handelsübereinkommen vorgesehenen Organe nehmen die ihnen nach jenen Übereinkommen übertragenen Aufgaben wahr und wirken innerhalb des institutionellen Rahmens der WTO. Diese Organe unterrichten den Allgemeinen Rat regelmäßig über ihre Tätigkeit.

Artikel V

Beziehungen zu anderen Organisationen

(1) Der Allgemeine Rat trifft geeignete Vorkehrungen zur wirksamen Zusammenarbeit mit anderen zwischenstaatlichen Organisationen, deren Aufgaben mit denen der WTO im Zusammenhang stehen.

(2) Der Allgemeine Rat kann geeignete Vorkehrungen für Konsultationen und Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen treffen, die sich mit Angelegenheiten befassen, die mit denen der WTO im Zusammenhang stehen.

Artikel VI

Sekretariat

(1) Ein Sekretariat der WTO (im folgenden als „Sekretariat“ bezeichnet) steht unter der Leitung eines Generaldirektors.

(2) Die Ministerkonferenz ernennt den Generaldirektor und nimmt Bestimmungen über die Befugnisse, die Aufgaben, die Dienstbedingungen und die Amtszeit des Generaldirektors an.

(3) Der Generaldirektor ernennt die Mitglieder des Personals des Sekretariats und legt deren Aufgaben und Dienstbedingungen in Übereinstimmung mit den von der Ministerkonferenz angenommenen Bestimmungen fest.

(4) Die Aufgaben des Generaldirektors und des Sekretariatspersonals haben ausschließlich internationalen Charakter. Bei der Wahrnehmung ihrer Pflichten dürfen der Generaldirektor und das Sekretariatspersonal Weisungen von irgendeiner Regierung oder anderen Stellen außerhalb der WTO weder einholen noch entgegennehmen. Sie haben sich jeglicher Tätigkeit zu enthalten, die sich auf ihre Stellung als internationale Beamte abträglich auswirken könnte. Die Mitglieder der WTO achten den internationalen Charakter der Aufgaben des Generaldirektors und des Sekretariatspersonals und versuchen nicht, sie in der Ausübung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel VII

Haushalt und Beiträge

(1) Der Generaldirektor legt dem Ausschuß für Haushalt, Finanzen und Verwaltung den jährlichen Haushaltsvoranschlag und Rechnungsabschluß der WTO vor. Der Ausschuß für Haushalt, Finanzen und Verwaltung prüft den vom Generaldirektor vorgelegten jährlichen Haushaltsvoranschlag und Rechnungsabschluß und richtet Empfehlungen hierüber an den Allgemeinen Rat. Der jährliche Haushaltsvoranschlag bedarf der Genehmigung durch den Allgemeinen Rat.

(2) Der Ausschuß für Haushalt, Finanzen und Verwaltung schlägt dem Allgemeinen Rat Finanzregelungen vor, die Bestimmungen über folgendes enthalten:

- a) den Beitragsschlüssel, der die Ausgaben der WTO zwischen ihren Mitgliedern aufteilt,
- b) die erforderlichen Maßnahmen gegenüber Mitgliedern mit Zahlungsrückständen.

Die Finanzregelungen beruhen, soweit durchführbar, auf den Regelungen und Praktiken des GATT 1947.

(3) Der Allgemeine Rat nimmt die Finanzregelungen und den jährlichen Haushaltsvoranschlag mit Zweidrittelmehrheit an, die mehr als die Hälfte der WTO-Mitglieder umfaßt.

(4) Jedes Mitglied leistet umgehend seinen Beitrag an die WTO entsprechend seinem Anteil an den Ausgaben der WTO und im Einklang mit den vom Allgemeinen Rat angenommenen Finanzregelungen.

Artikel VIII

Rechtsstellung der WTO

(1) Die WTO besitzt Rechtspersönlichkeit; von jedem ihrer Mitglieder wird ihr die Rechtsfähigkeit eingeräumt, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist.

(2) Der WTO werden von jedem ihrer Mitglieder diejenigen Vorrechte und Immunitäten eingeräumt, die zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

(3) Den Bediensteten der WTO und den Vertretern der Mitglieder werden in ähnlicher Weise von jedem ihrer Mitglieder diejenigen Vorrechte und Immunitäten eingeräumt, die zur unabhängigen Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der WTO erforderlich sind.

(4) Die der WTO, ihren Bediensteten und den Vertretern ihrer Mitglieder von einem Mitglied einzuräumenden Vorrechte und Immunitäten entsprechen den Vorrechten und Immunitäten, die in dem am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen vorgesehen sind.

(5) Die WTO kann ein Sitzabkommen schließen.

Artikel IX

Beschlüßfassung

(1) Die WTO setzt die nach dem GATT 1947¹⁾ übliche Praxis der Beschlüßfassung durch Konsens fort. Falls ein Beschluß nicht durch Konsens gefaßt werden kann, wird über die strittige Angelegenheit durch Abstimmung beschlossen, sofern nichts anderes vorgesehen ist. Auf den Tagungen der Ministerkonferenz und des Allgemeinen Rates verfügt jedes Mitglied der WTO über eine Stimme. Wenn die Europäischen Gemeinschaften ihr Stimmrecht ausüben, verfügen sie über eine Anzahl von Stimmen, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten²⁾, die Mitglieder der WTO sind, entspricht. Beschlüsse der Ministerkonferenz und des Allgemeinen Rates werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt, sofern in diesem Übereinkommen oder in dem einschlägigen Multilateralen Handelsübereinkommen nichts anderes vorgesehen ist³⁾.

(2) Die Ministerkonferenz und der Allgemeine Rat sind ausschließlich befugt, dieses Übereinkommen und die Multilateralen Handelsübereinkommen auszulegen. Im Fall einer Auslegung eines Multilateralen Handelsübereinkommens der Anlage 1 üben sie ihre Befugnis auf der Grundlage einer Empfehlung desjenigen Rates aus, der die Wirkungsweise des betreffenden Übereinkommens überwacht. Der Beschluß zur Annahme einer Auslegung wird mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder gefaßt. Dieser Absatz wird nicht in einer Weise angewendet, welche die Änderungsbestimmungen in Artikel X unterlaufen würde.

(3) Unter außergewöhnlichen Umständen kann die Ministerkonferenz beschließen, ein Mitglied von einer Verpflichtung aus diesem Übereinkommen oder einem der Multilateralen Handelsübereinkommen zu entbinden; jedoch muß ein derartiger Beschluß von drei Vierteln⁴⁾ der Mitglieder gefaßt werden, sofern in diesem Absatz nichts anderes vorgesehen ist.

- a) Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung betreffend dieses Übereinkommen wird der Ministerkonferenz zur Prüfung gemäß der Praxis der Beschlüßfassung durch Konsens vorgelegt. Die Ministerkonferenz setzt für die Prüfung des Antrags eine Frist von längstens 90 Tagen. Wird ein Konsens während dieser Frist nicht erzielt, so wird ein Beschluß zur Gewährung einer Ausnahmegenehmigung von drei Vierteln der Mitglieder gefaßt.
- b) Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung betreffend die Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlagen 1A, 1B oder 1C und deren Anlagen wird zunächst dem Rat für den Handel mit Waren, dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen beziehungsweise dem Rat für TRIPS zur Prüfung innerhalb einer Frist von längstens 90 Tagen vorgelegt. Mit Ablauf dieser Frist legt der zuständige Rat der Ministerkonferenz einen Bericht vor.

¹⁾ Ein Beschluß des betreffenden Organs über eine ihm zur Prüfung vorgelegte Angelegenheit gilt als durch Konsens gefaßt, wenn kein auf der beschlußfassenden Tagung anwesendes Mitglied gegen den vorgeschlagenen Beschluß förmlich Einspruch erhebt.

²⁾ Die Anzahl der Stimmen der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten darf die Anzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in keinem Fall übersteigen.

³⁾ Wenn der Allgemeine Rat in seiner Eigenschaft als Streitbeilegungsgremium zusammentritt, werden seine Beschlüsse nur in Übereinstimmung mit Artikel 2 Absatz 4 der Vereinbarung über Streitbeilegung gefaßt.

⁴⁾ Ein Beschluß zur Gewährung einer Ausnahmegenehmigung hinsichtlich einer Verpflichtung, für die ein Übergangszeitraum oder ein Zeitraum für eine stufenweise Durchführung gilt und die das antragstellende Mitglied zum Ende des maßgebenden Zeitraums nicht eingehalten hat, wird nur durch Konsens gefaßt.

(4) Ein Beschluß der Ministerkonferenz zur Gewährung einer Ausnahmegenehmigung nennt die den Beschluß rechtfertigenden außergewöhnlichen Umstände, die Bedingungen für die Anwendung der Ausnahmegenehmigung sowie das Ablaufdatum der Ausnahmegenehmigung. Jede Ausnahmegenehmigung, die für einen längeren Zeitraum als ein Jahr gewährt wird, wird von der Ministerkonferenz spätestens ein Jahr nach der Gewährung und in der Folge alljährlich bis zum Ablauf der Ausnahmegenehmigung überprüft. Bei jeder Überprüfung untersucht die Ministerkonferenz, ob die die Ausnahmegenehmigung rechtfertigenden außergewöhnlichen Umstände weiterhin bestehen und ob die mit der Ausnahmegenehmigung verbundenen Bedingungen eingehalten wurden. Auf der Grundlage der jährlichen Überprüfung kann die Ministerkonferenz die Ausnahmegenehmigung verlängern, abändern oder aufheben.

(5) Für Beschlüsse nach einem Plurilateralen Handelsübereinkommen, einschließlich der Beschlüsse über Auslegungen und Ausnahmegenehmigungen, sind die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens maßgebend.

Artikel X **Änderungen**

(1) Jedes Mitglied der WTO kann in der Ministerkonferenz Vorschläge zur Änderung dieses Übereinkommens oder der Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlage 1 einbringen. Die in Artikel IV Absatz 5 aufgeführten Räte können ebenfalls der Ministerkonferenz Vorschläge zur Änderung der einschlägigen Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlage 1 unterbreiten, deren Wirkungsweise sie überwachen. Innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach förmlicher Einbringung auf der Ministerkonferenz wird, sofern die Ministerkonferenz nicht eine längere Frist beschließt, jeder Beschluß, die vorgeschlagene Änderung den Mitgliedern zur Annahme vorzulegen, von der Ministerkonferenz durch Konsens gefaßt. Sofern nicht Absatz 2, 5 oder 6 Anwendung findet, wird im Beschluß angegeben, ob Absatz 3 oder Absatz 4 anzuwenden ist. Wird ein Konsens erreicht, so legt die Ministerkonferenz die vorgeschlagene Änderung unverzüglich den Mitgliedern zur Annahme vor. Wird ein Konsens auf einer Tagung der Ministerkonferenz nicht innerhalb des festgelegten Zeitraums erreicht, so entscheidet die Ministerkonferenz mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder, ob die vorgeschlagene Änderung den Mitgliedern zur Annahme vorzulegen ist. Soweit nicht in den Absätzen 2, 5 und 6 etwas anderes vorgesehen ist, wird Absatz 3 auf die vorgeschlagene Änderung angewendet, sofern nicht die Ministerkonferenz mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder beschließt, Absatz 4 anzuwenden.

(2) Änderungen dieses Artikels und der folgenden Artikel treten nur nach Annahme durch alle Mitglieder in Kraft:

Artikel IX dieses Übereinkommens;

Artikel I und II des GATT 1994;

Artikel II Absatz 1 des GATS;

Artikel 4 des Übereinkommens über TRIPS.

(3) Änderungen dieses Übereinkommens oder der Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlagen 1A und 1C, ausgenommen die in den Absätzen 2 und 6 genannten, die so beschaffen sind, daß sie die Rechte und Pflichten der Mitglieder ändern würden, treten für diejenigen Mitglieder, die sie angenommen haben, nach Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder und in der Folge für jedes andere Mitglied nach der Annahme durch dieses Mitglied in Kraft. Die Ministerkonferenz kann mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder beschließen, daß eine gemäß diesem Absatz in Kraft getretene Änderung so beschaffen ist, daß es jedem Mitglied, das die Änderung innerhalb der von der Ministerkonferenz festgesetzten Frist nicht angenommen hat, in jedem Einzelfall freisteht, aus der WTO auszutreten oder mit Zustimmung der Ministerkonferenz Mitglied zu bleiben.

(4) Änderungen dieses Übereinkommens oder der Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlagen 1A und 1C, ausgenommen die in den Absätzen 2 und 6 genannten, die so beschaffen sind, daß sie die Rechte und Pflichten der Mitglieder nicht ändern würden, treten nach Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder für alle Mitglieder in Kraft.

(5) Soweit nicht Absatz 2 Anwendung findet, treten Änderungen der Teile I, II und III des GATS und der einschlägigen Anlagen für diejenigen Mitglieder, die sie angenommen haben, nach Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder und in der Folge für jedes andere Mitglied nach der Annahme durch dieses Mitglied in Kraft. Die Ministerkonferenz kann mit Dreiviertelmehrheit der Mitglieder beschließen, daß eine nach der vorstehenden Bestimmung in Kraft getretene Änderung so beschaffen ist, daß es jedem Mitglied, das die Änderung innerhalb der von der Ministerkonferenz festgesetzten Frist nicht angenommen hat, in jedem Einzelfall freisteht, aus der WTO auszutreten oder mit Zustimmung der Ministerkonferenz Mitglied zu bleiben. Änderungen der Teile IV, V und VI des GATS und der einschlägigen Anlagen treten nach Annahme durch zwei Drittel der Mitglieder für alle Mitglieder in Kraft.

(6) Unbeschadet der anderen Bestimmungen dieses Artikels können Änderungen des Übereinkommens über TRIPS, welche die Erfordernisse des Artikels 71 Absatz 2 jenes Übereinkommens erfüllen, von der Ministerkonferenz ohne weiteres förmliches Annahmeverfahren angenommen werden.

(7) Jedes Mitglied, das eine Änderung dieses Übereinkommens oder eines Multilateralen Handelsübereinkommens der Anlage 1 annimmt, hinterlegt innerhalb der von der Ministerkonferenz festgesetzten Annahmefrist eine Annahmearkunde beim Generaldirektor der WTO.

(8) Jedes Mitglied der WTO kann der Ministerkonferenz einen Vorschlag zur Änderung der Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlagen 2 und 3 vorlegen. Der Beschluß zur Genehmigung von Änderungen des Multilateralen Handelsübereinkommens der Anlage 2 wird durch Konsens gefaßt; diese Änderungen treten nach Genehmigung durch die Ministerkonferenz für alle Mitglieder in Kraft. Beschlüsse zur Genehmigung von Änderungen des Multilateralen Handelsübereinkommens der Anlage 3 treten nach Genehmigung durch die Ministerkonferenz für alle Mitglieder in Kraft.

(9) Die Ministerkonferenz kann auf Antrag der Mitglieder, die Vertragsparteien eines Handelsübereinkommens sind, ausschließlich durch Konsens beschließen, das betreffende Übereinkommen in Anlage 4 aufzunehmen. Die Ministerkonferenz kann auf Antrag der Mitglieder, die Vertragsparteien eines Plurilateralen Handelsübereinkommens sind, beschließen, das betreffende Übereinkommen aus Anlage 4 zu streichen.

(10) Für Änderungen eines Plurilateralen Handelsübereinkommens gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.

Artikel XI **Ursprüngliche Mitgliedschaft**

(1) Die Vertragsparteien des GATT 1947, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens solche sind, und die Europäischen Gemeinschaften, die dieses Übereinkommen und die Multilateralen Handelsübereinkommen annehmen und für welche

Listen von Zugeständnissen und Verpflichtungen dem GATT 1994 sowie Listen spezifischer Verpflichtungen dem GATS beigefügt sind, werden ursprüngliche Mitglieder der WTO.

(2) Die am wenigsten entwickelten Länder, die von den Vereinten Nationen als solche anerkannt sind, brauchen Verpflichtungen und Zugeständnisse nur insoweit zu übernehmen, als diese mit ihren jeweiligen Entwicklungs-, Finanz- und Handelserfordernissen oder ihrer administrativen und institutionellen Leistungsfähigkeit vereinbar sind.

Artikel XII

Beitritt

(1) Jeder Staat oder jedes gesonderte Zollgebiet, der/das in der Wahrnehmung seiner Außenhandelsbeziehungen und hinsichtlich der übrigen in diesem Übereinkommen und in den Multilateralen Handelsübereinkommen behandelten Angelegenheiten volle Handlungsfreiheit besitzt, kann diesem Übereinkommen unter Bedingungen beitreten, die zwischen ihm und der WTO vereinbart werden. Ein solcher Beitritt gilt für dieses Übereinkommen und für die in dessen Anlagen enthaltenen Multilateralen Handelsübereinkommen.

(2) Beitrittsbeschlüsse werden von der Ministerkonferenz gefaßt. Die Ministerkonferenz genehmigt die Einigung über die Beitrittsbedingungen mit Zweidrittelmehrheit der Mitglieder der WTO.

(3) Für den Beitritt zu einem Plurilateralen Handelsübereinkommen gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.

Artikel XIII

Nichtanwendung Multilateraler Handelsübereinkommen zwischen bestimmten Mitgliedern

(1) Dieses Übereinkommen und die Multilateralen Handelsübereinkommen der Anlagen 1 und 2 finden zwischen zwei Mitgliedern keine Anwendung, wenn eines der beiden Mitglieder zu dem Zeitpunkt, zu dem eines von ihnen Mitglied wird, der Anwendung seine Zustimmung versagt.

(2) Ursprüngliche Mitglieder der WTO, die Vertragsparteien des GATT 1947 waren, können sich im Verhältnis untereinander auf Absatz 1 nur berufen, wenn sie sich zuvor auf Artikel XXXV jenes Abkommens berufen hatten und wenn jener Artikel zwischen diesen Vertragsparteien zu dem Zeitpunkt in Kraft war, zu dem dieses Übereinkommen für sie in Kraft trat.

(3) Absatz 1 findet zwischen einem Mitglied und einem anderen Mitglied, das nach Artikel XII beigetreten ist, nur Anwendung, wenn das Mitglied, das der Anwendung nicht zustimmt, dies der Ministerkonferenz vor Genehmigung der Einigung über die Beitrittsbedingungen durch die Ministerkonferenz notifiziert hat.

(4) Die Ministerkonferenz kann die Wirkungsweise dieses Artikels in besonderen Fällen auf Antrag eines Mitglieds überprüfen und geeignete Empfehlungen aussprechen.

(5) Für die Nichtanwendung eines Plurilateralen Handelsübereinkommens zwischen Vertragsparteien des betreffenden Übereinkommens gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.

Artikel XIV

Annahme, Inkrafttreten und Hinterlegung

(1) Dieses Übereinkommen steht den Vertragsparteien des GATT 1947 sowie den Europäischen Gemeinschaften, die nach Artikel XI dieses Übereinkommens ursprüngliche Mitglieder der WTO werden können, zur Annahme offen, die durch Unterzeichnung oder auf andere Weise erfolgen kann. Eine solche Annahme gilt für dieses Übereinkommen und für die in dessen Anlagen enthaltenen Multilateralen Handelsübereinkommen. Dieses Übereinkommen und die in dessen Anlagen enthaltenen Multilateralen Handelsübereinkommen treten zu dem von den Ministern nach Absatz 3 der Schlußakte über die Ergebnisse der Multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde festgesetzten Zeitpunkt in Kraft und stehen während eines Zeitraums von zwei Jahren ab diesem Zeitpunkt zur Annahme offen, sofern die Minister nichts anderes beschließen. Eine nach dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens erfolgende Annahme wird am dreiðigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Annahme wirksam.

(2) Ein Mitglied, das dieses Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten annimmt, erfüllt die Zugeständnisse und Verpflichtungen nach den Multilateralen Handelsübereinkommen, die im Verlauf eines Zeitraums, der mit dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens beginnt, erfüllt werden müssen, so, als ob es dieses Übereinkommen zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens angenommen hätte.

(3) Bis zum Inkrafttreten dieses Übereinkommens wird der Wortlaut dieses Übereinkommens und der Multilateralen Handelsübereinkommen beim Generalsekretär der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt jeder Regierung und den Europäischen Gemeinschaften, die dieses Übereinkommen angenommen haben, unverzüglich eine beglaubigte Abschrift dieses Übereinkommens und der Multilateralen Handelsübereinkommen sowie eine Notifikation jeder diesbezüglichen Annahme. Dieses Übereinkommen und die Multilateralen Handelsübereinkommen sowie alle Änderungen derselben werden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens beim Generalsekretär der WTO hinterlegt.

(4) Für die Annahme und das Inkrafttreten eines Plurilateralen Handelsübereinkommens gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens. Die Übereinkommen werden beim Generalsekretär der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 hinterlegt. Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens werden die betreffenden Übereinkommen beim Generalsekretär der WTO hinterlegt.

Artikel XV

Rücktritt

(1) Jedes Mitglied kann von diesem Übereinkommen zurücktreten. Der Rücktritt gilt sowohl für dieses Übereinkommen als auch für die Multilateralen Handelsübereinkommen und wird mit Ablauf von sechs Monaten nach Eingang der schriftlichen Rücktrittsanzeige beim Generalsekretär der WTO wirksam.

(2) Für den Rücktritt von einem Plurilateralen Handelsübereinkommen gelten die Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.

Artikel XVI**Verschiedene Bestimmungen**

(1) Sofern in diesem Übereinkommen oder in den Multilateralen Handelsübereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, läßt sich die WTO von den Beschlüssen, Verfahren und üblichen Praktiken der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 sowie der im Rahmen des GATT 1947 eingesetzten Organe leiten.

(2) Soweit praktisch möglich, wird das Sekretariat des GATT 1947 zum Sekretariat der WTO, und der Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des GATT 1947 übernimmt bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Ministerkonferenz nach Artikel VI Absatz 2 dieses Übereinkommens einen Generaldirektor ernannt hat, die Aufgaben des Generaldirektors der WTO.

(3) Bei Vorliegen einer Normenkollision zwischen einer Bestimmung dieses Übereinkommens und einer Bestimmung eines der Multilateralen Handelsübereinkommen hat die Bestimmung dieses Übereinkommens im Ausmaß der Normenkollision Vorrang.

(4) Jedes Mitglied stellt sicher, daß seine Gesetze, sonstigen Vorschriften und Verwaltungsverfahren mit seinen Verpflichtungen aufgrund der als Anlage beigefügten Übereinkommen in Einklang stehen.

(5) Vorbehalte zu diesem Übereinkommen sind nicht zulässig. Vorbehalte zu den Multilateralen Handelsübereinkommen können nur angebracht werden, soweit dies in den betreffenden Übereinkommen vorgesehen ist. Vorbehalte zu einem Plurilateralen Handelsübereinkommen unterliegen den Bestimmungen des betreffenden Übereinkommens.

(6) Dieses Übereinkommen wird nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Geschehen zu Marrakesch am 15. April 1994 in einer Urschrift in englischer, französischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

Erläuternde Bemerkungen:

Die Begriffe „Land“ oder „Länder“ im Sinne dieses Übereinkommens und der Multilateralen Handelsübereinkommen gelten auch für alle gesonderten Zollgebiete, die Mitglieder der WTO sind.

Wird im Fall eines gesonderten Zollgebiets, das Mitglied der WTO ist, ein Ausdruck in diesem Übereinkommen und in den Multilateralen Handelsübereinkommen in Verbindung mit dem Wort „national“ verwendet, so ist dieser Ausdruck so zu verstehen, daß er sich auf das Zollgebiet bezieht, sofern nichts anderes vorgesehen ist.

**Protokoll von Marrakesch
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsübereinkommen von 1994**

Die Mitglieder –

nach Abschluß der Verhandlungen im Rahmen des GATT 1947 aufgrund der Ministererklärung zur Uruguay-Runde –

kommen wie folgt überein:

1. Die diesem Protokoll als Anlage beigefügte Zugeständnisliste für ein Mitglied wird an dem Tag, an dem das WTO-Übereinkommen für dieses Mitglied in Kraft tritt, für dieses Mitglied eine Zugeständnisliste zum GATT 1994. Jede Zugeständnisliste, die in Übereinstimmung mit dem Ministerbeschluß über Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder vorgelegt wird, gilt als Anlage zu diesem Protokoll.
2. Die Zollsenkungen, denen jedes Mitglied zugestimmt hat, werden, sofern in der Zugeständnisliste des Mitglieds nichts anderes bestimmt ist, in fünf gleichen Raten vorgenommen. Die erste Senkung wird am Tag des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens wirksam, alle weiteren Senkungen jeweils am 1. Januar der folgenden Jahre, die letzte Senkung spätestens vier Jahre nach dem Zeitpunkt, zu dem das WTO-Übereinkommen in Kraft getreten ist, sofern in der Zugeständnisliste des betreffenden Mitglieds nichts anderes bestimmt ist. Ein Mitglied, welches das WTO-Übereinkommen nach dessen Inkrafttreten annimmt, nimmt, sofern in seiner Zugeständnisliste nichts anderes bestimmt ist, zu dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen für dieses Mitglied in Kraft tritt, alle Zollsenkungen vor, die bereits wirksam sind, zusammen mit den Senkungen, die es gemäß dem vorstehenden Satz am 1. Januar des folgenden Jahres hätte vornehmen müssen; es nimmt alle verbleibenden Senkungen gemäß dem im vorstehenden Satz aufgeführten Zeitplan vor. Der gesenkte Zollsatz ist bei jeder Rate auf die erste Dezimalstelle abzurunden. Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Sinne des Artikels 2 des Übereinkommens über Landwirtschaft richtet sich die Abfolge der Senkungen nach der Regelung in den entsprechenden Teilen der Zugeständnislisten.
3. Die Durchführung der Zugeständnisse und Verpflichtungen in den Zugeständnislisten in der Anlage zu diesem Protokoll werden auf Antrag einer multilateralen Prüfung durch die Mitglieder unterzogen. Davon bleiben die Rechte und Pflichten der Mitglieder nach den Übereinkommen der Anlage 1A zum WTO-Übereinkommen unberührt.
4. Nachdem eine Zugeständnisliste für ein Mitglied in der Anlage zu diesem Protokoll nach Absatz 1 eine Liste zum GATT 1994 geworden ist, steht es dem Mitglied frei, jederzeit das Zugeständnis in dieser Zugeständnisliste für ein Erzeugnis, dessen Hauptlieferant ein anderer Teilnehmer der Uruguay-Runde ist, dessen Zugeständnisliste noch keine solche des GATT 1994 ist, ganz oder teilweise auszusetzen oder zurückzunehmen. Dies ist jedoch nur zulässig, nachdem der Rat für den Handel mit Waren schriftlich von der Aussetzung oder Rücknahme in Kenntnis gesetzt wurde und nachdem auf Antrag Konsultationen mit den Mitgliedern geführt wurden, deren entsprechende Zugeständnislisten solche des GATT 1994 geworden sind und die ein wesentliches Interesse an dem betreffenden Erzeugnis haben. Die ausgesetzten oder zurückgenommenen Zugeständnisse werden am und nach dem Tag angewendet, an dem die Zugeständnisliste des Mitglieds, welches der Hauptlieferant ist, eine Zugeständnisliste zum GATT 1994 geworden ist.
5. a) Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 2 des Übereinkommens über Landwirtschaft ist für die Zwecke der Bezugnahme in Artikel II Absatz 1 Buchstaben b und c des GATT 1994 auf das Datum jenes Übereinkommens das geltende Datum hinsichtlich jedes Erzeugnisses, das unter ein Zugeständnis in der Zugeständnisliste in der Anlage zu diesem Protokoll fällt, das Datum dieses Protokolls.
b) Für die Zwecke der Bezugnahme in Artikel II Absatz 6 Buchstabe a des GATT 1994 auf das Datum jenes Übereinkommens ist das geltende Datum hinsichtlich einer Zugeständnisliste in der Anlage zu diesem Protokoll das Datum dieses Protokolls.
6. Bei Abänderungen oder Zurücknahmen von Zugeständnissen für nichttarifäre Maßnahmen in Teil III der Zugeständnislisten gelten die Bestimmungen in Artikel XXVIII des GATT 1994 und die „Verfahrensregeln für die Verhandlungen nach Artikel XXVIII“, die am 10. November 1980 verabschiedet wurden (BISD 27 S/26-28). Hiervon bleiben die Rechte und Pflichten der Mitglieder nach dem GATT 1994 unberührt.
7. In Fällen, in denen ein Erzeugnis aufgrund einer Zugeständnisliste in der Anlage zu diesem Protokoll eine weniger günstige Behandlung erhält, als sie in den Zugeständnislisten des GATT 1947 vor Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens für dieses Erzeugnis vorgesehen war, wird das Mitglied, auf das sich die Zugeständnisliste bezieht, so angesehen, als habe es die geeigneten Maßnahmen getroffen, die andernfalls nach den entsprechenden Bestimmungen des Artikels XXVIII des GATT 1947 oder 1994 notwendig gewesen wären. Dieser Absatz gilt nur für Ägypten, Peru, Südafrika und Uruguay.
8. Die Zugeständnislisten in der Anlage sind entsprechend der Regelung in jeder Liste in englischer, französischer oder spanischer Sprache verbindlich.
9. Das Datum dieses Protokolls ist der 15. April 1994.

[Die vereinbarten Zugeständnislisten der Teilnehmer werden dem Protokoll von Marrakesch in der Vertragsausfertigung des WTO-Übereinkommens beigefügt.]

Liste LXXX**Anhang II****Europäische Gemeinschaften**

Diese Liste ist ausschließlich in englischer Sprache verbindlich.

Teil I – Meistbegünstigungstarif**Abschnitt II – Andere Waren****Anmerkungen:**

- In dieser Liste sind nur Zollsätze für EGKS-Erzeugnisse aufgeführt; bei den Kohlezöllen nur die der Bundesrepublik Deutschland.
- Die in der englischen Fassung der Liste enthaltenen Angaben der Spalten 5, 6 und „Bemerkungen“ sind in der deutschen Fassung aus Gründen des besseren Verständnisses und der Übersichtlichkeit in Form von Fußnoten dargestellt.

Vorbemerkungen:**(1) Ausgangszollsätze (Spalte 3)**

Soweit nicht anders angegeben, sind alle Zollsätze der Spalte 3 gebundene Zollsätze.

(2) Durchführung der Zollzugeständnisse (Spalte 4)**a) Allgemeine Vorschriften**

Sofern nachstehend oder in der Zollzugeständnisliste keine anderweitigen Regelungen festgelegt sind, werden alle in Spalte 4 angegebenen Zollzugeständnisse in fünf gleichen Stufen verwirklicht. Die erste Senkung wird am Tag des Inkrafttretens des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation erfolgen, jede weitere am 1. Januar eines jeden folgenden Jahres.

[b) Chemische Produkte – Kapitel 28–39]

[c) Kapitel 48–49 (Papier und Druckerzeugnisse)]

[d) Kapitel 50–63 (Textilien und Bekleidung)]

[e) Halbleiterfertigungs- und -prüfgeräte]

[f) bestimmte Erzeugnisse aus Kapitel 84 und 85 (Maschinen und elektrotechnische Waren)]

Zollzugeständnis-Liste LXXX EGKS-Zölle

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestandener Zollsatz
1	2	3	4
26	Erze sowie Schlacken und Aschen		
2601	Eisenerze und ihre Konzentrate, einschließlich Schwefelkiesabbrände:		
	– Eisenerze und ihre Konzentrate, ausgenommen Schwefelkiesabbrände:		
2601 11 00	– – nicht agglomeriert	frei	frei
2601 12 00	– – agglomeriert	frei	frei
2602 00 00	Manganerze und ihre Konzentrate, einschließlich manganhaltige Eisenerze und ihre Konzentrate, mit einem Gehalt an Mangan von 20 GHT oder mehr, bezogen auf die Trockensubstanz	frei	frei
2619 00	Schlacken (ausgenommen granulierten Schlacke), Zunder und andere Abfälle der Eisen- und Stahlherstellung:		
2619 00 10	– Hochofenstaub (Gichtstaub)	frei	frei
27	Mineralische Brennstoffe; Mineralöle und Erzeugnisse ihrer Destillation; bituminöse Stoffe; Mineralwachse		
2701	Steinkohle; Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe:		
	– Steinkohle, auch in Pulverform, jedoch nicht agglomeriert:		
2701 11	– – Anthrazit:		
2701 11 10	– – – mit einem Gehalt an flüchtigen Bestandteilen von 10 RHT oder weniger (bezogen auf die trockene, mineralstofffreie Substanz)	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2701 11 90	– – – andere	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2701 12	– – bitumenhaltige Steinkohle:		
2701 12 10	– – – Koks-kohle	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2701 12 90	– – – andere	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2701 19 00	– – andere Steinkohle	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2701 20 00	– Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe	6,– DM für 1000 kg Eigen-gewicht	frei ¹⁾
2702	Braunkohle, auch agglomeriert, ausgenommen Gagat (Jett):		
2702 10 00	– Braunkohle, auch in Pulverform, jedoch nicht agglomeriert	frei	frei
2702 20 00	– Braunkohle, agglomeriert	frei	frei
2704 00	Koks und Schmelzkoks, aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf, auch agglomeriert; Retortenkohle:		
	– Koks und Schmelzkoks, aus Steinkohle:		
2704 00 19	– – anderer	frei	frei
2704 00 30	– Koks und Schmelzkoks, aus Braunkohle	frei	frei
72	Eisen und Stahl		
Kapitel-vorschrift	Der Zollabbau auf Null wird für alle von dieser Vorschrift erfaßten Waren über einen Zeitraum von 10 Jahren erfolgen.		
	I. Grunderzeugnisse; Körner oder Pulver		
7201	Roheisen und Spiegeleisen in Masseln, Blöcken oder anderen Rohformen:		
7201 10	– Roheisen nicht legiert, mit einem Phosphorgehalt von 0,5 GHT oder weniger:		
	– – mit einem Mangangehalt von 0,4 GHT oder mehr:		
7201 10 11	– – – mit einem Siliciumgehalt von 1 GHT oder weniger	3,2 %	1,7 %
7201 10 19	– – – mit einem Siliciumgehalt von mehr als 1 GHT	3,2 %	1,7 %
7201 10 30	– – mit einem Mangangehalt von 0,1 GHT oder mehr, jedoch weniger als 0,4 GHT	3,2 %	1,7 %
7201 10 90	– – mit einem Mangangehalt von weniger als 0,1 GHT	3,2 %	1,7 %
7201 20 00	– Roheisen, nicht legiert, mit einem Phosphorgehalt von mehr als 0,5 GHT	4,0 %	2,2 %
7201 30	– Roheisen legiert:		
7201 30 10	– – mit einem Gehalt an Titan von 0,3 bis 1 GHT und an Vanadium von 0,5 bis 1 GHT	frei	frei
7201 30 90	– – anderes	3,2 %	1,7 %

¹⁾ Zollfreiheit ohne stufenweisen Abbau ab 1. 1. 1996; ursprüngliches Verhandlungsrecht: Australien

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestanderener Zollsatz
1	2	3	4
7201 40 00	– Spiegeleisen	3,2 %	1,7 %
7202	Ferrolegerungen:		
	– Ferromangan:		
7202 11	– mit einem Kohlenstoffgehalt von mehr als 2 GHT:		
7202 11 10	– mit einer Körnung von 10 mm oder weniger und einem Mangangehalt von mehr als 65 GHT	4,0 %	2,7 %
7202 11 90	– anderes	4,0 %	2,7 %
7202 99	– andere:		
	– Ferrophosphor:		
7202 99 11	– mit einem Phosphorgehalt von mehr als 3, jedoch weniger als 15 GHT	4,0 %	frei
7203	Durch Direktreduktion aus Eisenerzen hergestellte Eisenerzeugnisse und anderer Eisenschwamm, in Stücken, Pellets oder ähnlichen Formen; Eisen mit einer Reinheit von 99,94 GHT oder mehr, in Stücken, Pellets oder ähnlichen Formen:		
	– durch Direktreduktion aus Eisenerzen hergestellte Eisenerzeugnisse	2,5 %	frei
7203 10 00	– andere	3,2 %	frei
7203 90 00	– andere		
7204	Abfälle und Schrott, aus Eisen oder Stahl; Abfallblöcke aus Eisen oder Stahl:		
7204 10 00	– Abfälle und Schrott, aus Gußeisen	frei	frei
	– Abfälle und Schrott, aus legiertem Stahl:		
7204 21 00	– aus nichtrostendem Stahl	frei	frei
7204 29 00	– andere	frei	frei
7204 30 00	– Abfälle und Schrott, aus verzinnem Eisen oder Stahl	frei	frei
	– andere Abfälle und anderer Schrott:		
7204 41	– Drehspäne, Frässpäne, Hobelspäne, Schleifspäne, Sägespäne, Feilspäne und Stanz- oder Schneidabfälle, auch paketi:		
7204 41 10	– Drehspäne, Frässpäne, Hobelspäne, Schleifspäne und Feilspäne	frei	frei
	– Stanz- oder Schneidabfälle:		
7204 41 91	– paketi	frei	frei
7204 41 99	– andere	frei	frei
7204 49	– andere:		
7204 49 10	– geschreddert	frei	frei
	– andere:		
7204 49 30	– paketi	frei	frei
	– andere:		
7204 49 91	– weder sortiert noch klassiert	frei	frei
7204 49 99	– andere	frei	frei
7204 50	– Abfallblöcke:		
7204 50 10	– aus legiertem Stahl	frei	frei
7204 50 90	– andere	2,5 %	frei
7206	II. Eisen und nichtlegierter Stahl		
	Eisen und nichtlegierter Stahl, in Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen, ausgenommen Eisen der Position 7203:		
7206 10 00	– Rohblöcke (Ingots)	2,5 %	frei ²⁾
7206 90 00	– andere	2,5 %	frei ²⁾
7207	Halbzeug aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl:		
	– mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,25 GHT:		
7207 11	– mit quadratischem Querschnitt oder mit rechteckigem Querschnitt und einer Breite von weniger als dem Zweifachen der Dicke:		
	– warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 11 11	– aus Automatenstahl	3,2 %	frei ²⁾
7207 11 19	– anderes	3,2 %	frei ²⁾
7207 12	– anderes, mit rechteckigem (nicht quadratischem) Querschnitt:		
	– warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 12 11	– mit einer Dicke von 50 mm oder mehr	3,2 %	frei ²⁾
7207 12 19	– mit einer Dicke von weniger als 50 mm	3,2 %	frei ²⁾
7207 19	– anderes:		
	– mit rundem oder vieleckigem Querschnitt:		
	– warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 19 11	– aus Automatenstahl	6,0 %	frei ²⁾
7207 19 15	– anderes	4,4 %	frei ²⁾
	– vorprofil:		
7207 19 31	– warm vorgewalzt oder stranggegossen	4,4 %	frei ²⁾
7207 20	– mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,25 GHT oder mehr:		
	– mit einem quadratischen Querschnitt oder mit rechteckigem Querschnitt und einer Breite von weniger als dem Zweifachen der Dicke:		
	– warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 20 11	– aus Automatenstahl	3,2 %	frei ²⁾
	– anderes, mit einem Kohlenstoffgehalt von:		
7207 20 15	– 0,25 GHT oder mehr, jedoch weniger als 0,6 GHT	3,2 %	frei ²⁾
7207 20 17	– 0,6 GHT oder mehr	3,2 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestandener Zollsatz
1	2	3	4
	-- anderes, mit rechteckigem (nicht quadratischem) Querschnitt:		
	---- warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 20 31	----- mit einer Dicke von 50 mm oder mehr	3,2 %	frei ²⁾
7207 20 33	----- mit einer Dicke von weniger als 50 mm	3,2 %	frei ²⁾
	-- mit rundem oder vieleckigem Querschnitt:		
	---- warm vorgewalzt oder stranggegossen:		
7207 20 51	----- aus Automatenstahl	6,0 %	frei ²⁾
	----- anderes:		
7207 20 55	----- mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,25 GHT oder mehr, jedoch weniger als 0,6 GHT	4,4 %	frei ²⁾
7207 20 57	----- mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,6 GHT oder mehr	4,4 %	frei ²⁾
	-- vorprofiliert:		
7207 20 71	---- warm vorgewalzt oder stranggegossen	4,4 %	frei ²⁾
7208	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, mit einer Breite von 600 mm oder mehr, warmgewalzt, weder plattiert noch überzogen:		
	- in Rollen (Coils), nur warmgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7208 11 00	-- mit einer Dicke von mehr als 10 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 12	-- mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7208 12 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
	--- andere:		
7208 12 91	---- mit Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 12 99	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7208 13	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7208 13 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
	--- andere:		
7208 13 91	---- mit Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 13 99	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7208 14	-- mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7208 14 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
7208 14 90	--- andere	4,4 %	frei ²⁾
	- andere, in Rollen (Coils), nur warmgewalzt:		
7208 21	-- mit einer Dicke von mehr als 10 mm:		
7208 21 10	--- mit Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 21 90	--- andere	4,4 %	frei ²⁾
7208 22	-- mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7208 22 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
	--- andere:		
7208 22 91	---- mit Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 22 99	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7208 23	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7208 23 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
	--- andere:		
7208 23 91	---- mit Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 23 99	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7208 24	-- mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7208 24 10	--- zum Wiederauswalzen*)	3,8 %	frei ²⁾
7208 24 90	--- andere	4,4 %	frei ²⁾
	- nicht in Rollen (Coils), nur warmgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7208 31 00	-- auf vier Flächen oder in geschlossenen Kalibern gewalzt, mit einer Breite von 1 250 mm oder weniger und einer Dicke von 4 mm oder mehr, ohne Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 32	-- andere, mit einer Dicke von mehr als 10 mm:		
7208 32 10	--- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
	--- andere, mit einer Dicke von:		
7208 32 30	---- mehr als 20 mm	4,9 %	frei ²⁾
	---- mehr als 15 mm bis 20 mm, mit einer Breite von:		
7208 32 51	----- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 32 59	----- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾
	---- mehr als 10 mm bis 15 mm, mit einer Breite von:		
7208 32 91	----- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 32 99	----- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾
7208 33	-- andere, mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7208 33 10	--- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
	--- andere, mit einer Breite von:		
7208 33 91	---- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 33 99	---- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

¹⁾ Anmerkung: Die Zulassung zu dieser Unterposition erfolgt nach den in den einschlägigen Gemeinschaftsbestimmungen festgesetzten Voraussetzungen.

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestandener Zollsatz
1	2	3	4
7208 34	-- andere, mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7208 34 10	---- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
7208 34 90	---- andere	4,9 %	frei ²⁾
7208 35	-- andere, mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7208 35 10	---- mit einer Dicke von 2 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
	---- mit einer Dicke von weniger als 2 mm:		
7208 35 91	----- mit einer Dicke von 1 mm oder mehr, jedoch weniger als 2 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 35 93	----- mit einer Dicke von 0,5 mm oder mehr, jedoch weniger als 1 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 35 99	----- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm	4,4 %	frei ²⁾
	- andere, nicht in Rollen (Coils), nur warmgewalzt:		
7208 41 00	-- auf vier Flächen oder in geschlossenen Kalibern gewalzt, mit einer Breite von 1 250 mm oder weniger und einer Dicke von 4 mm oder mehr, ohne Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7208 42	-- andere, mit einer Dicke von mehr als 10 mm:		
7208 42 10	---- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
	---- andere, mit einer Dicke von:		
7208 42 30	----- mehr als 20 mm	4,9 %	frei ²⁾
	----- mehr als 15 mm bis 20 mm, mit einer Breite von:		
7208 42 51	----- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 42 59	----- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾
	----- mehr als 10 mm bis 15 mm, mit einer Breite von:		
7208 42 91	----- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 42 99	----- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾
7208 43	-- andere, mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7208 43 10	---- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
	---- andere, mit einer Breite von:		
7208 43 91	----- 2 050 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7208 43 99	----- weniger als 2 050 mm	4,9 %	frei ²⁾
7208 44	-- andere, mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7208 44 10	---- mit Oberflächenmuster	4,9 %	frei ²⁾
7208 44 90	---- andere	4,9 %	frei ²⁾
7208 45	-- andere, mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7208 45 10	---- mit einer Dicke von 2 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
	---- mit einer Dicke von weniger als 2 mm:		
7208 45 91	----- mit einer Dicke von 1 mm oder mehr, jedoch weniger als 2 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 45 93	----- mit einer Dicke von 0,5 mm oder mehr, jedoch weniger als 1 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 45 99	----- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm	4,4 %	frei ²⁾
7208 90	- andere:		
7208 90 10	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	4,9 %	frei ²⁾
7209	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, mit einer Breite von 600 mm oder mehr, kaltgewalzt, weder plattiert noch überzogen:		
	- in Rollen (Coils), nur kaltgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7209 11 00	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7209 12	-- mit einer Dicke von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm:		
7209 12 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 12 90	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7209 13	-- mit einer Dicke von 0,5 mm bis 1 mm:		
7209 13 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 13 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
7209 14	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
7209 14 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 14 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
	- andere, in Rollen (Coils), nur kaltgewalzt:		
7209 21 00	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7209 22	-- mit einer Dicke von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm:		
7209 22 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 22 90	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7209 23	-- mit einer Dicke von 0,5 mm bis 1 mm:		
7209 23 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 23 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
7209 24	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
7209 24 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
	---- andere:		
7209 24 91	----- mit einer Dicke von 0,35 mm oder mehr, jedoch weniger als 0,5 mm	5,3 %	frei ²⁾
7209 24 99	----- mit einer Dicke von weniger als 0,35 mm	5,3 %	frei ²⁾
	- nicht in Rollen (Coils), nur kaltgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:	4,9 %	frei ²⁾
7209 31 00	-- mit einer Dicke 3 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestandener Zollsatz
1	2	3	4
7209 32	-- mit einer Dicke von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm:		
7209 32 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 32 90	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7209 33	-- mit einer Dicke von 0,5 mm bis 1 mm:		
7209 33 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 33 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
7209 34	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
7209 34 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 34 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
	- andere, nicht in Rollen (Coils), nur kaltgewalzt:		
7209 41 00	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7209 42	-- mit einer Dicke von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm:		
7209 42 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 42 90	---- andere	4,4 %	frei ²⁾
7209 43	-- mit einer Dicke von 0,5 mm bis 1 mm:		
7209 43 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 43 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
7209 44	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
7209 44 10	---- Elektrobleche	4,9 %	frei ²⁾
7209 44 90	---- andere	5,3 %	frei ²⁾
7209 90	- andere:		
7209 90 10	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	4,9 %	frei ²⁾
7210	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, mit einer Breite von 600 mm oder mehr, plattiert oder überzogen:		
	- verzinkt:		
7210 11	-- mit einer Dicke von 0,5 mm oder mehr:		
7210 11 10	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	4,9 %	frei ²⁾
7210 12	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
7210 12 11	----- Weißbleche	4,9 %	frei ²⁾
7210 12 19	----- andere	4,9 %	frei ²⁾
7210 20	- verbleit, einschließlich Ternblech oder -band:		
7210 20 10	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	4,9 %	frei ²⁾
	- elektrolytisch verzinkt:		
7210 31	-- aus Stahl mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7210 31 10	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	5,3 %	frei ²⁾
7210 39	-- andere:		
7210 39 10	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	5,3 %	frei ²⁾
	- anders verzinkt:		
7210 41	-- gewellt:		
7210 41 10	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	5,3 %	frei ²⁾
7210 49	-- andere:		
7210 49 10	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	5,3 %	frei ²⁾
7210 50	- mit Chromoxid oder mit Chrom und Chromoxid überzogen:		
7210 50 10	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	4,9 %	frei ²⁾
7210 60	- mit Aluminium überzogen:		
	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
7210 60 11	---- mit Aluminium-Zink-Legierungen überzogen	4,9 %	frei ²⁾
7210 60 19	---- andere	4,9 %	frei ²⁾
7210 70	- mit Farbe versehen, lackiert oder mit Kunststoff überzogen:		
	-- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
7210 70 11	---- Weißbleche, lackiert	4,9 %	frei ²⁾
7210 70 19	---- andere	4,9 %	frei ²⁾
7210 90	- andere:		
	-- andere:		
	---- nur oberflächenbearbeitet oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
7210 90 31	----- plattiert	4,9 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestander Zollsatz
1	2	3	4
7210 90 33	---- verzinkt und bedruckt	4,9 %	frei ²⁾
7210 90 35	---- vernickelt oder verchromt	4,9 %	frei ²⁾
7210 90 39	---- andere	4,9 %	frei ²⁾
7211	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, mit einer Breite von weniger als 600 mm, weder plattiert noch überzogen:		
	- nur warmgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7211 11 00	-- auf vier Flächen oder in geschlossenen Kalibern gewalzt, mit einer Breite von mehr als 15 mm und einer Dicke von 4 mm oder mehr, nicht in Rollen (Coils), ohne Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
7211 12	-- andere, mit einer Dicke von 4,75 mm oder mehr:		
7211 12 10	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,4 %	frei ²⁾
7211 12 90	---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger	5,3 %	frei ²⁾
7211 19	-- andere:		
7211 19 10	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,4 %	frei ²⁾
	---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger:		
7211 19 91	----- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm	5,3 %	frei ²⁾
7211 19 99	----- mit einer Dicke von weniger als 3 mm	5,3 %	frei ²⁾
	- andere, nur warmgewalzt:		
7211 21 00	-- auf vier Flächen oder in geschlossenen Kalibern gewalzt, mit einer Breite von mehr als 150 mm und einer Dicke von 4 mm oder mehr, nicht in Rollen (Coils), ohne Oberflächenmuster	4,4 %	frei ²⁾
	-- andere, mit einer Dicke von 4,75 mm oder mehr:		
7211 22	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,4 %	frei ²⁾
7211 22 10	---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger	5,3 %	frei ²⁾
7211 29	-- andere:		
7211 29 10	---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger:		
7211 29 91	----- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm	5,3 %	frei ²⁾
7211 29 99	----- mit einer Dicke von weniger als 3 mm	5,3 %	frei ²⁾
7211 30	- nur kaltgewalzt, mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
7211 30 10	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,9 %	frei ²⁾
	- andere, nur kaltgewalzt:		
7211 41	-- mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,25 GHT:		
7211 41 10	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,9 %	frei ²⁾
	---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger:		
7211 41 91	----- in Rollen (Coils), zum Herstellen von Weißblechen oder -bändern	5,3 %	frei ²⁾
7211 49	-- andere:		
7211 49 10	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	4,9 %	frei ²⁾
7211 90	- andere:		
	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7211 90 11	---- nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
7212	Flachgewalzte Erzeugnisse aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, mit einer Breite von weniger als 600 mm, plattiert oder überzogen.		
7212 10	- verzinkt:		
7212 10 10	-- Weißbleche und -bänder, nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
	-- andere:		
	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7212 10 91	----- nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
	- elektrolytisch verzinkt:		
7212 21	-- aus Stahl mit einer Dicke von weniger als 3 mm und einer Mindeststreckgrenze von 275 MPa oder mit einer Dicke von 3 mm oder mehr und einer Mindeststreckgrenze von 355 MPa:		
	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7212 21 11	----- nur oberflächenbearbeitet	5,3 %	frei ²⁾
7212 29	-- andere:		
	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7212 29 11	----- nur oberflächenbearbeitet	5,3 %	frei ²⁾
7212 30	- anders verzinkt:		
	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7212 30 11	---- nur oberflächenbearbeitet	5,3 %	frei ²⁾
7212 40	- mit Farbe versehen, lackiert oder mit Kunststoff überzogen:		
7212 40 10	-- Weißbleche und -bänder, nur lackiert	4,9 %	frei ²⁾
	-- andere:		
	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7212 40 91	----- nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
7212 50	- anders überzogen:		
	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
	---- verbleit:		

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestanderener Zollsatz
1	2	3	4
7212 50 31	---- nur oberflächenbearbeitet	5,3 %	frei ²⁾
7212 50 51	---- andere:		
7212 60	---- nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
	- plattiert:		
7212 60 11	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
	---- nur oberflächenbearbeitet	4,9 %	frei ²⁾
	-- mit einer Breite von 500 mm oder weniger:		
	---- nur oberflächenbearbeitet:		
7212 60 91	---- warmgewalzt, nur plattiert	4,9 %	frei ²⁾
7213	Walzdraht aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl:		
7213 10 00	- mit vom Walzen herrührenden Einschnitten, Rippen (Wülsten), Vertiefungen oder Erhöhungen	4,9 %	frei ²⁾
7213 20 00	- aus Automatenstahl	6,0 %	frei ²⁾
	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,25 GHT:		
7213 31 00	-- mit kreisförmigem Querschnitt mit einem Durchmesser von weniger als 14 mm	4,9 %	frei ²⁾
7213 39 00	-- anderer	4,9 %	frei ²⁾
	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,25 GHT oder mehr, jedoch weniger als 0,6 GHT:		
7213 41 00	-- mit kreisförmigem Querschnitt mit einem Durchmesser von weniger als 14 mm	4,9 %	frei ²⁾
7213 49 00	-- anderer	4,9 %	frei ²⁾
7213 50 00	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,6 GHT oder mehr	4,9 %	frei ²⁾
7214	Stabstahl aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl, nur geschmiedet, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt, auch nach dem Walzen verwunden:		
7214 20 00	- mit vom Walzen herrührenden Einschnitten, Rippen (Wülsten), Vertiefungen oder Erhöhungen oder nach dem Walzen verwunden	4,4 %	frei ²⁾
7214 30 00	- aus Automatenstahl	6,0 %	frei ²⁾
7214 40	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,25 GHT:		
7214 40 10	-- mit rechteckigem (nicht quadratischem) Querschnitt, auf vier Flächen gewalzt	4,4 %	frei ²⁾
	-- anderer, mit einer größten Querschnittsabmessung von:		
7214 40 91	--- 80 mm oder mehr	4,4 %	frei ²⁾
7214 40 99	--- weniger als 80 mm	4,4 %	frei ²⁾
7214 50	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,25 GHT oder mehr, jedoch weniger als 0,6 GHT:		
7214 50 10	-- mit rechteckigem (nicht quadratischem) Querschnitt, auf vier Flächen gewalzt	4,4 %	frei ²⁾
	-- anderer, mit einer größten Querschnittsabmessung von:		
7214 50 91	--- 80 mm oder mehr	4,4 %	frei ²⁾
7214 50 99	--- weniger als 80 mm	4,4 %	frei ²⁾
7214 60 00	- anderer, mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,6 GHT oder mehr	4,4 %	frei ²⁾
7215	Anderer Stabstahl aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl:		
7215 90	- anderer:		
7215 90 10	-- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	3,8 %	frei ²⁾
7216	Profile aus Eisen oder nichtlegiertem Stahl:		
7216 10 00	- U-, I- oder H-Profile, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt, mit einer Höhe von weniger als 80 mm	4,4 %	frei ²⁾
	- L- oder T-Profile, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt, mit einer Höhe von weniger als 80 mm:		
7216 21 00	-- L-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 22 00	-- T-Profile	4,4 %	frei ²⁾
	- U-, I- oder H-Profile, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt, mit einer Höhe von 80 mm oder mehr:		
7216 31 00	-- U-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 32 00	-- I-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 33 00	-- H-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 40	- L- oder T-Profile, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt, mit einer Höhe von 80 mm oder mehr:		
7216 40 10	-- L-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 40 90	-- T-Profile	4,4 %	frei ²⁾
7216 50	- andere Profile, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt:		
7216 50 10	-- mit einem Querschnitt, der in ein Quadrat mit einer Seite von 80 mm paßt	4,4 %	frei ²⁾
7216 50 90	-- andere	4,4 %	frei ²⁾
7216 90	- andere:		
7216 90 10	-- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	3,8 %	frei ²⁾
	III. Nichtrostender Stahl		
7218	Nichtrostender Stahl in Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen; Halbzeug aus nichtrostendem Stahl:		
7218 10 00	- Rohblöcke (Ingots) und andere Rohformen	2,5 %	frei ²⁾
7218 90	- andere:		
	-- mit quadratischem oder rechteckigem Querschnitt:		

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestandener Zollsatz
1	2	3	4
	--- warm vorgewalzt oder stranggegossen: ---- mit einer Breite von weniger als dem Zweifachen der Dicke, mit einem Nickelgehalt von:		
7218 90 11	----- 2,5 GHT oder mehr	3,2 %	frei ²⁾
7218 90 13	----- weniger als 2,5 GHT	3,2 %	frei ²⁾
	---- andere, mit einem Nickelgehalt von:		
7218 90 15	----- 2,5 GHT oder mehr	3,2 %	frei ²⁾
7218 90 19	----- weniger als 2,5 GHT	3,2 %	frei ²⁾
	-- anderes:		
7218 90 50	--- warm vorgewalzt oder stranggegossen	6,0 %	frei ²⁾
7219	Flachgewalzte Erzeugnisse aus nichtrostendem Stahl, mit einer Breite von 600 mm oder mehr:		
	-- nur warmgewalzt, in Rollen (Coils):		
7219 11	-- mit einer Dicke von mehr als 10 mm:		
7219 11 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 11 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 12	-- mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7219 12 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 12 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 13	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7219 13 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 13 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 14	-- mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7219 14 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 14 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
	-- nur warmgewalzt, nicht in Rollen (Coils):		
7219 21	-- mit einer Dicke von mehr als 10 mm:		
7219 21 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 21 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 22	-- mit einer Dicke von 4,75 mm bis 10 mm:		
7219 22 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 22 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 23	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7219 23 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 23 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 24	-- mit einer Dicke von weniger als 3 mm:		
7219 24 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 24 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
	-- nur kaltgewalzt:		
7219 31	-- mit einer Dicke von 4,75 mm oder mehr:		
7219 31 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 31 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 32	-- mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm:		
7219 32 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 32 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 33	-- mit einer Dicke von mehr als 1 mm, jedoch weniger als 3 mm:		
7219 33 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 33 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 34	-- mit einer Dicke von 0,5 mm bis 1 mm:		
7219 34 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 34 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 35	-- mit einer Dicke von weniger als 0,5 mm:		
7219 35 10	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 35 90	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7219 90	-- andere:		
	-- nur oberflächenbearbeitet (einschließlich plattiert) oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten:		
7219 90 11	--- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7219 90 19	--- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7220	Flachgewalzte Erzeugnisse aus nichtrostendem Stahl, mit einer Breite von weniger als 600 mm:		
	-- nur warmgewalzt:		
7220 11 00	-- mit einer Dicke von 4,75 mm oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7220 12 00	-- mit einer Dicke von weniger als 4,75 mm	6,0 %	frei ²⁾
7220 20	-- nur kaltgewalzt:		
7220 20 10	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm	6,0 %	frei ²⁾
7220 90	-- andere:		
	-- mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7220 90 11	--- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert	6,0 %	frei ²⁾
	-- mit einer Breite von 500 mm oder weniger:		
	--- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert:		

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestander Zollsatz
1	2	3	4
7220 90 31	---- warmgewalzt, nur plattiert	6,0 %	frei ²⁾
7221 00	Walzdraht aus nichtrostendem Stahl:		
7221 00 10	– mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7221 00 90	– mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7222	Stabstahl und Profile, aus nichtrostendem Stahl:		
7222 10	– Stabstahl, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt:		
	– mit kreisförmigem Querschnitt mit einem Durchmesser von 80 mm oder mehr, mit einem Nickelgehalt von:		
7222 10 11	---- 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7222 10 19	---- von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
	– anderer, mit einem Nickelgehalt von:		
7222 10 91	---- 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7222 10 99	---- weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
7222 30	– anderer Stabstahl:		
7222 30 10	– warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
7222 40	– Profile:		
	– nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt:		
7222 40 11	---- mit einem Nickelgehalt von 2,5 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7222 40 19	---- mit einem Nickelgehalt von weniger als 2,5 GHT	6,0 %	frei ²⁾
	– andere:		
7222 40 30	---- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
	IV. Anderer legierter Stahl; Hohlbohrerstäbe aus legiertem oder nicht legiertem Stahl		
7224	Anderer legierter Stahl in Rohblöcken (Ingots) oder anderen Rohformen; Halbzeug aus anderem legierten Stahl:		
7224 10 00	– Rohblöcke (Ingots) und andere Rohformen	2,5 %	frei ²⁾
7224 90	– andere:		
	– mit quadratischem oder rechteckigem Querschnitt:		
7224 90 11	---- warmvorgewalzt oder stranggegossen	3,2 %	frei ²⁾
	– andere:		
7224 90 30	---- warmvorgewalzt oder stranggegossen	6,0 %	frei ²⁾
7225	Flachgewalzte Erzeugnisse aus anderem legierten Stahl, mit einer Breite von 600 mm oder mehr:		
7225 10	– aus Silicium-Elektrostahl:		
7225 10 10	– warmgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
	– kaltgewalzt:		
7225 10 91	---- komorientiert	6,0 %	frei ²⁾
7225 10 99	---- nicht komorientiert	6,0 %	frei ²⁾
7225 20	– aus Schnellarbeitsstahl:		
	– nur gewalzt:		
7225 20 11	---- nur warmgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
7225 20 19	---- nur kaltgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
	– andere:		
7225 20 30	---- nur oberflächenbearbeitet (einschließlich plattiert) oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	6,0 %	frei ²⁾
7225 30 00	– andere, nur warmgewalzt, in Rollen (Coils)	6,0 %	frei ²⁾
7225 40	– andere, nur warmgewalzt, nicht Rollen (Coils):		
7225 40 10	– mit einer Dicke von mehr als 20 mm	6,0 %	frei ²⁾
7225 40 30	– mit einer Dicke von mehr als 15 mm bis 20 mm	6,0 %	frei ²⁾
7225 40 50	– mit einer Dicke von 4,75 mm bis 15 mm	6,0 %	frei ²⁾
7225 40 70	– mit einer Dicke von 3 mm oder mehr, jedoch weniger als 4,75 mm	6,0 %	frei ²⁾
7225 40 90	– mit einer Dicke von weniger als 3 mm	6,0 %	frei ²⁾
7225 50 00	– andere, nur kaltgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
7225 90	– andere:		
7225 90 10	– nur oberflächenbearbeitet (einschließlich plattiert) oder nur anders als quadratisch oder rechteckig zugeschnitten	6,0 %	frei ²⁾
7226	Flachgewalzte Erzeugnisse aus anderem legierten Stahl, mit einer Breite von weniger als 600 mm:		
7226 10	– aus Silicium-Elektrostahl		
7226 10 10	– nur warmgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
	– andere:		
7226 10 30	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	6,0 %	frei ²⁾
7226 20	– aus Schnellarbeitsstahl:		
7226 20 10	– nur warmgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
	– nur kaltgewalzt:		
7226 20 31	---- mit einer Breite von mehr als 500 mm	6,0 %	frei ²⁾
	– andere:		
	– mit einer Breite von mehr als 500 mm:		
7226 20 51	---- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert	6,0 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Code des Zolltarifs	Warenbezeichnung	Ausgangs- Zollsatz	Zugestander Zollsatz
1	2	3	4
7226 20 71	--- mit einer Breite von 500 mm oder weniger: ---- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert: ----- warmgewalzt, nur plattiert	6,0 %	frei ²⁾
7226 91 00	- andere: -- nur warmgewalzt	6,0 %	frei ²⁾
7226 92	-- nur kaltgewalzt:		
7226 92 10	--- mit einer Breite von mehr als 500 mm	6,0 %	frei ²⁾
7226 99	-- andere:		
7226 99 11	--- mit einer Breite von mehr als 500 mm: ---- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert ---- mit einer Breite von 500 mm oder weniger: ----- nur oberflächenbearbeitet, einschließlich plattiert: ----- warmgewalzt, nur plattiert	6,0 %	frei ²⁾
7226 99 31	----- warmgewalzt, nur plattiert	6,0 %	frei ²⁾
7227	Walzdraht aus anderem legierten Stahl:		
7227 10 00	- aus Schnellarbeitsstahl	6,0 %	frei ²⁾
7227 20 00	- aus Mangan-Silicium-Stahl	6,0 %	frei ²⁾
7227 90	- anderer:		
7227 90 10	-- mit einem Borgehalt von 0,0008 GHT oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7227 90 90	-- andere	6,0 %	frei ²⁾
7228	Stabstahl und Profile, aus anderem legierten Stahl; Hohlbohrerstäbe aus legiertem oder nichtlegiertem Stahl:		
7228 10	- Stabstahl aus Schnellarbeitsstahl:		
7228 10 10	-- nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt	6,0 %	frei ²⁾
	- anderer:		
7228 10 30	--- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
7228 20	- Stabstahl aus Mangan-Silicium-Stahl:		
	-- nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt:		
7228 20 11	--- mit rechteckigem (nicht quadratischem) Querschnitt, auf vier Flächen gewalzt	6,0 %	frei ²⁾
7228 20 19	--- anderer	6,0 %	frei ²⁾
	- anderer:		
7228 20 30	--- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
7228 30	- anderer Stabstahl, nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt:		
7228 30 10	-- mit kreisförmigem Querschnitt mit einem Durchmesser von 80 mm oder mehr	6,0 %	frei ²⁾
7228 30 90	-- anderer	6,0 %	frei ²⁾
7228 60	- anderer Stabstahl:		
7228 60 10	-- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
7228 70	- Profile:		
7228 70 10	-- nur warmgewalzt, nur warmgezogen oder nur warmstranggepreßt	6,0 %	frei ²⁾
	- andere:		
7228 70 31	--- warmgewalzt, warmgezogen oder warmstranggepreßt, nur plattiert	5,0 %	frei ²⁾
7228 80	- Hohlbohrerstäbe:		
7228 80 10	-- aus legiertem Stahl	6,0 %	frei ²⁾
7228 80 90	-- aus nichtlegiertem Stahl	3,8 %	frei ²⁾
73	Waren aus Eisen oder Stahl		
Kapitel-	Der Zollabbau auf Null wird für alle von dieser Vorschrift erfaßten Waren		
vorschrift	über einen Zeitraum von 10 Jahren erfolgen.		
7301	Spundwunderzeugnisse aus Eisen oder Stahl, auch gelocht oder aus zusammengesetzten Elementen hergestellt; durch Schweißen hergestellte Profile aus Eisen oder Stahl:		
	- Spundwunderzeugnisse		
7301 10 00		4,4 %	frei ²⁾
7302	Oberbaumaterial für Bahnen, aus Eisen oder Stahl, wie Schienen, Leitschienen und Zahnstangen, Weichenzungen, Herzstücke, Zungenverbindungsstangen und anderes Material für Kreuzungen oder Weichen, Bahnschwellen, Laschen, Schienenstühle, Winkel, Unterlagsplatten, Klemmplatten, Spurplatten und Spurstangen und anderes für das Verlegen, Zusammenfügen oder Befestigen von Schienen besonders hergerichtetes Material:		
7302 10	- Schienen:		
	-- andere:		
	--- neu:		
7302 10 31	----- mit einem Gewicht von 20 kg oder mehr je Meter	4,4 %	frei ²⁾
7302 10 39	----- mit einem Gewicht von weniger als 20 kg je Meter	4,4 %	frei ²⁾
7302 10 90	--- gebraucht	2,5 %	frei ²⁾
7302 20 00	- Bahnschwellen	3,8 %	frei ²⁾
7302 40	- Laschen und Unterlagsplatten:		
7302 40 10	-- gewalzt	3,8 %	frei ²⁾
7302 90	- andere:		
7302 90 10	-- Leitschienen	3,8 %	frei ²⁾

²⁾ Stufenweiser Abbau in gleichen Raten über einen Zeitraum von 10 Jahren

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen

Teil I	Geltungsbereich und Begriffsbestimmung
Artikel I	Geltungsbereich und Begriffsbestimmung
Teil II	Allgemeine Pflichten und Disziplinen
Artikel II	Meistbegünstigung
Artikel III	Transparenz
Artikel III ^{bis}	Offenlegung vertraulicher Informationen
Artikel IV	Zunehmende Beteiligung der Entwicklungsländer
Artikel V	Wirtschaftliche Integration
Artikel V ^{bis}	Übereinkünfte über integrierte Arbeitsmärkte
Artikel VI	Innerstaatliche Regelung
Artikel VII	Anerkennung
Artikel VIII	Monopole und Dienstleistungserbringer mit ausschließlichen Rechten
Artikel IX	Geschäftspraktiken
Artikel X	Notstandsmaßnahmen
Artikel XI	Zahlungen und Übertragungen
Artikel XII	Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz
Artikel XIII	Öffentliches Beschaffungswesen
Artikel XIV	Allgemeine Ausnahmen
Artikel XIV ^{bis}	Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit
Artikel XV	Subventionen
Teil III	Spezifische Verpflichtungen
Artikel XVI	Marktzugang
Artikel XVII	Inländerbehandlung
Artikel XVIII	Zusätzliche Verpflichtungen
Teil IV	Fortschreitende Liberalisierung
Artikel XIX	Aushandeln spezifischer Verpflichtungen
Artikel XX	Listen spezifischer Verpflichtungen
Artikel XXI	Änderung der Listen
Teil V	Institutionelle Bestimmungen
Artikel XXII	Konsultationen
Artikel XXIII	Streitbeilegung und Durchsetzung
Artikel XXIV	Rat für den Handel mit Dienstleistungen
Artikel XXV	Technische Zusammenarbeit
Artikel XXVI	Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen
Teil VI	Schlußbestimmungen
Artikel XXVII	Entzug von Handelsvorteilen
Artikel XXVIII	Begriffsbestimmungen
Artikel XXIX	Anlagen

Anlage zu	Ausnahmen von Artikel II
Anlage zum	grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen, die im Rahmen des Übereinkommens Dienstleistungen erbringen
Anlage zu	Luftverkehrsdienstleistungen
Anlage zu	Finanzdienstleistungen
Zweite Anlage zu	Finanzdienstleistungen
Anlage zu	Verhandlungen über Seeverkehrsdienstleistungen
Anlage zur	Telekommunikation
Anlage zu	Verhandlungen über Basistelekommunikation

Die Mitglieder –

in Anerkennung der zunehmenden Bedeutung des Handels mit Dienstleistungen für das Wachstum und die Entwicklung der Weltwirtschaft;

in dem Wunsch, einen multilateralen Rahmen von Grundsätzen und Regeln für den Handel mit Dienstleistungen im Hinblick auf die Ausweitung dieses Handels unter Bedingungen der Transparenz und der fortschreitenden Liberalisierung und zur Förderung des Wirtschaftswachstums aller Handelspartner sowie der Weiterentwicklung der Entwicklungsländer zu schaffen;

in dem Wunsch, so bald wie möglich einen stetig zunehmenden Grad der Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen durch aufeinanderfolgende Runden multilateraler Verhandlungen zu erreichen mit dem Ziel, die Interessen aller Beteiligten auf der Grundlage des gemeinsamen Nutzens zu fördern und ein insgesamt ausgeglichenes Verhältnis von Rechten und Pflichten unter angemessener Berücksichtigung der nationalen politischen Zielsetzungen zu gewährleisten;

in Anerkennung des Rechts der Mitglieder, die Erbringung von Dienstleistungen in ihrem Hoheitsgebiet zu regeln und neue Vorschriften hierfür einzuführen, um ihre nationalen politischen Ziele zu erreichen, sowie – angesichts der in einzelnen Ländern bestehenden Unausgewogenheit des Entwicklungsstands ihrer Vorschriften im Dienstleistungsbereich – des besonderen Bedürfnisses der Entwicklungsländer, dieses Recht auszuüben;

in dem Wunsch, die zunehmende Beteiligung der Entwicklungsländer am Handel mit Dienstleistungen und die Ausweitung ihrer Dienstleistungsausfuhren unter anderem durch die Stärkung der Kapazität, Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ihrer inländischen Dienstleistungen zu erleichtern;

unter besonderer Berücksichtigung der schwerwiegenden Probleme der am wenigsten entwickelten Länder angesichts ihrer besonderen wirtschaftlichen Lage und ihrer Bedürfnisse im Entwicklungs-, Handels- und Finanzbereich –

kommen hiermit wie folgt überein:

Teil I

Geltungsbereich und Begriffsbestimmung

Artikel I

Geltungsbereich und Begriffsbestimmung

(1) Dieses Übereinkommen findet Anwendung auf die Maßnahmen der Mitglieder, die den Handel mit Dienstleistungen beeinträchtigen.

(2) Für die Zwecke dieses Übereinkommens bedeutet der Handel mit Dienstleistungen die Erbringung einer Dienstleistung

- a) aus dem Hoheitsgebiet eines Mitglieds in das Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds;
- b) im Hoheitsgebiet eines Mitglieds an den Dienstleistungsnutzer eines anderen Mitglieds;
- c) durch einen Dienstleistungserbringer eines Mitglieds mittels kommerzieller Präsenz im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds;
- d) durch einen Dienstleistungserbringer eines Mitglieds mittels Präsenz natürlicher Personen eines Mitglieds im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds.

(3) Für die Zwecke dieses Übereinkommens

- a) bedeutet der Begriff „Maßnahmen der Mitglieder“ Maßnahmen
 - i) zentraler, regionaler oder örtlicher Regierungen und Behörden sowie
 - ii) nichtstaatlicher Stellen in Ausübung der ihnen von zentralen, regionalen oder örtlichen Regierungen oder Behörden übertragenen Befugnisse.

Bei der Erfüllung seiner Pflichten und Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens trifft jedes Mitglied die ihm zur Verfügung stehenden angemessenen Maßnahmen, um die Einhaltung dieser Pflichten und Verpflichtungen durch die regionalen und örtlichen Regierungen und Behörden sowie nichtstaatliche Stellen in seinem Hoheitsgebiet zu gewährleisten;

- b) schließt der Begriff „Dienstleistungen“ jede Art von Dienstleistung in jedem Sektor mit Ausnahme solcher Dienstleistungen ein, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden;
- c) bedeutet der Begriff „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachte Dienstleistung“ jede Art von Dienstleistung, die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht wird.

Teil II

Allgemeine Pflichten und Disziplinen

Artikel II

Meistbegünstigung

(1) Jedes Mitglied gewährt hinsichtlich aller Maßnahmen, die unter dieses Übereinkommen fallen, den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds sofort und bedingungslos eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als diejenige, die es den gleichen Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern eines anderen Landes gewährt.

(2) Ein Mitglied kann eine Maßnahme, die mit Absatz 1 nicht vereinbar ist, unter der Voraussetzung aufrechterhalten, daß diese Maßnahme in der Anlage zu Ausnahmen von Artikel II aufgeführt ist und die Bedingungen jener Anlage erfüllt.

(3) Dieses Übereinkommen ist nicht dahingehend auszulegen, daß einem Mitglied das Recht verwehrt wird, angrenzenden Ländern Vorteile zu gewähren oder einzuräumen, um, beschränkt auf unmittelbare Grenzgebiete, den Austausch von örtlich erbrachten und genutzten Dienstleistungen zu erleichtern.

Artikel III

Transparenz

(1) Jedes Mitglied veröffentlicht umgehend und, von Notstandssituationen abgesehen, spätestens zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens alle einschlägigen allgemeingültigen Maßnahmen, die sich auf die Anwendung dieses Übereinkommens beziehen oder sie beeinträchtigen. Internationale Übereinkünfte, die für den Handel mit Dienstleistungen gelten oder ihn beeinträchtigen und die ein Mitglied unterzeichnet hat, sind ebenfalls zu veröffentlichen.

(2) Ist eine Veröffentlichung nach Absatz 1 nicht durchführbar, so ist die Information auf andere Weise öffentlich zugänglich zu machen.

(3) Jedes Mitglied unterrichtet den Rat für den Handel mit Dienstleistungen umgehend und mindestens einmal jährlich über die Einführung neuer oder die Änderung bestehender Gesetze, sonstiger Vorschriften oder Verwaltungsrichtlinien, die den Handel mit Dienstleistungen, soweit er den spezifischen Verpflichtungen dieses Mitglieds im Rahmen dieses Übereinkommens unterliegt, wesentlich betreffen.

(4) Jedes Mitglied beantwortet umgehend alle Ersuchen eines anderen Mitglieds um bestimmte Auskünfte über jede seiner allgemein geltenden Maßnahmen oder internationalen Übereinkünfte im Sinne des Absatzes 1. Ferner richtet jedes Mitglied eine oder mehrere Auskunftsstellen ein, die andere Mitglieder auf Ersuchen über alle derartigen Angelegenheiten sowie die der Notifikationspflicht nach Absatz 3 unterliegenden Angelegenheiten im einzelnen unterrichten. Diese Auskunftsstellen sind innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der WTO (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet) einzurichten. Für einzelne Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, können hinsichtlich des zeitlichen Rahmens, innerhalb dessen die Auskunftsstellen einzurichten sind, entsprechend flexible Lösungen vereinbart werden. Die Auskunftsstellen brauchen keine Hinterlegungsstellen für Gesetze und sonstige Vorschriften zu sein.

(5) Jedes Mitglied kann dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen jede Maßnahme eines anderen Mitglieds notifizieren, die nach seiner Auffassung die Wirkungsweise dieses Übereinkommens berührt.

Artikel III^{bis}

Offenlegung vertraulicher Informationen

Dieses Übereinkommen verpflichtet die Mitglieder nicht, vertrauliche Informationen, deren Offenlegung die Durchsetzung von Gesetzen behindern oder sonst dem öffentlichen Interesse widersprechen würde oder die berechtigten kommerziellen Interessen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schädigen würde, zur Verfügung zu stellen.

Artikel IV

Zunehmende Beteiligung der Entwicklungsländer

(1) Die zunehmende Beteiligung von Entwicklungsländern, die Mitglieder sind, am Welthandel wird durch ausgehandelte spezifische Verpflichtungen der verschiedenen Mitglieder nach den Teilen III und IV erleichtert, die sich beziehen auf

- a) die Stärkung der Kapazität, Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ihrer inländischen Dienstleistungen, unter anderem durch Zugang zu Technologie auf kommerzieller Grundlage;
- b) die Verbesserung ihres Zugangs zu Vertriebswegen und Informationsnetzen und
- c) die Liberalisierung des Marktzugangs in Sektoren und Erbringungsformen, die von Ausfuhrinteresse für diese Länder sind.

(2) Die entwickelten Länder, die Mitglieder sind, und soweit wie möglich auch andere Mitglieder errichten innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens Kontaktstellen, um den Dienstleistungserbringern aus Entwicklungsländern, die Mitglieder sind, den Zugang zu die jeweiligen Märkte betreffenden Informationen über

- a) kommerzielle und technische Aspekte der Erbringung von Dienstleistungen;
- b) Registrierung, Anerkennung und Erwerb beruflicher Qualifikationen und
- c) Verfügbarkeit von Dienstleistungstechnologie

zu erleichtern.

(3) Bei der Durchführung der Absätze 1 und 2 wird den am wenigsten entwickelten Ländern, die Mitglieder sind, besonderer Vorrang eingeräumt. Die schwerwiegenden Probleme der am wenigsten entwickelten Länder in Bezug auf die Annahme ausgehandelter spezifischer Verpflichtungen ist angesichts ihrer besonderen wirtschaftlichen Lage und ihrer Bedürfnisse im Entwicklungs-, Handels- und Finanzbereich besonders zu berücksichtigen.

Artikel V

Wirtschaftliche Integration

(1) Dieses Übereinkommen hindert die Mitglieder nicht daran, Vertragspartei einer Übereinkunft zu sein oder eine Übereinkunft zu schließen, die den Handel mit Dienstleistungen zwischen oder unter den Vertragsparteien der Übereinkunft liberalisiert; jedoch muß eine solche Übereinkunft

- a) einen beträchtlichen sektoralen Geltungsbereich¹⁾ haben und
- b) vorsehen, daß praktisch jede Diskriminierung im Sinne des Artikels XVII zwischen oder unter den Vertragsparteien in den Sektoren, für die Buchstabe a gilt, ausgeschlossen ist oder beseitigt wird durch
 - i) Abschaffung bestehender diskriminierender Maßnahmen und/oder
 - ii) Verbot der Einführung neuer oder stärker diskriminierender Maßnahmen
 entweder bei Inkrafttreten der Übereinkunft oder auf der Grundlage eines angemessenen Zeitplans; ausgenommen sind Maßnahmen, die nach den Artikeln XI, XII, XIV und XIV²⁾ zulässig sind.

(2) Bei der Feststellung, ob die unter Absatz 1 Buchstabe b aufgeführten Bedingungen erfüllt sind, kann das Verhältnis berücksichtigt werden, in dem die Übereinkunft zu dem umfassenderen Prozeß der wirtschaftlichen Integration oder der Handelsliberalisierung unter den betroffenen Ländern steht.

(3)

- a) Sofern Entwicklungsländer Vertragsparteien einer Übereinkunft der in Absatz 1 genannten Art sind, sind die in Absatz 1, insbesondere unter Buchstabe b, genannten Bedingungen im Einklang mit dem Entwicklungsstand der betroffenen Länder im allgemeinen sowie in einzelnen Sektoren und Teilsektoren flexibel zu handhaben.
- b) Ungeachtet des Absatzes 6 kann bei Übereinkünften der in Absatz 1 genannten Art, sofern nur Entwicklungsländer beteiligt sind, juristischen Personen, die sich im Eigentum oder unter der Kontrolle natürlicher Personen der Vertragsparteien einer solchen Übereinkunft befinden, eine günstigere Behandlung gewährt werden.

(4) Eine Übereinkunft nach Absatz 1 ist so zu gestalten, daß der Handel zwischen den Vertragsparteien erleichtert wird, und darf für Mitglieder, die der Übereinkunft nicht angehören, das allgemeine Niveau der Hemmnisse für den Dienstleistungshandel in den jeweiligen Sektoren oder Teilsektoren gegenüber dem vor Abschluß der Übereinkunft geltenden Niveau nicht erhöhen.

(5) Beabsichtigt ein Mitglied bei Abschluß, Erweiterung oder wesentlicher Änderung einer in Absatz 1 genannten Übereinkunft, eine spezifische Verpflichtung im Widerspruch zu den in seiner Liste festgelegten Bedingungen zurückzunehmen oder zu ändern, so ist diese Rücknahme oder Änderung mindestens 90 Tage im voraus bekanntzugeben; es gilt das in Artikel XXII Absätze 2, 3 und 4 festgelegte Verfahren.

(6) Ein Dienstleistungserbringer eines anderen Mitglieds, der eine nach dem Recht einer Vertragspartei einer in Absatz 1 genannten Übereinkunft gegründete juristische Person ist, hat Anspruch auf die in der Übereinkunft vorgesehene Behandlung, sofern er im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien der Übereinkunft in erheblichem Umfang Geschäfte tätigt.

(7)

- a) Mitglieder, die Vertragsparteien einer in Absatz 1 genannten Übereinkunft sind, notifizieren dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen umgehend jede derartige Übereinkunft sowie jede Erweiterung oder wesentliche Änderung der Übereinkunft. Sie stellen dem Rat ferner alle von ihm angeforderten einschlägigen Informationen zur Verfügung. Der Rat kann eine Arbeitsgruppe einsetzen, die eine solche Übereinkunft oder die Erweiterung oder Änderung einer solchen Übereinkunft prüft und dem Rat berichtet, ob sie mit diesem Artikel vereinbar ist.
- b) Mitglieder, die Vertragsparteien einer in Absatz 1 genannten Übereinkunft sind, die auf der Grundlage eines Zeitplans durchgeführt wird, berichten dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen regelmäßig über die Durchführung. Der Rat kann zur Prüfung dieser Berichte eine Arbeitsgruppe einsetzen, wenn er eine solche Gruppe für notwendig erachtet.
- c) Auf der Grundlage der Berichte der unter den Buchstaben a und b genannten Arbeitsgruppen kann der Rat gegebenenfalls Empfehlungen an die Vertragsparteien richten.

(8) Ein Mitglied, das Vertragspartei einer Übereinkunft nach Absatz 1 ist, hat keinen Anspruch auf Ausgleich von Handelsvorteilen, die einem anderen Mitglied aus einer solchen Übereinkunft erwachsen.

Artikel V³⁾

Übereinkünfte über integrierte Arbeitsmärkte

Dieses Übereinkommen hindert seine Mitglieder nicht daran, Vertragspartei einer Übereinkunft zu sein, welche die volle Integration⁴⁾ der Arbeitsmärkte zwischen oder unter den Vertragsparteien der Übereinkunft herbeiführt, unter der Voraussetzung, daß die Übereinkunft

- a) Staatsangehörige der Vertragsparteien von der Pflicht zur Beschaffung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen freistellt;
- b) dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen notifiziert wird.

Artikel VI

Innerstaatliche Regelung

(1) In Sektoren, in denen spezifische Verpflichtungen übernommen werden, stellen die Mitglieder sicher, daß alle allgemein geltenden Maßnahmen, die den Handel mit Dienstleistungen betreffen, angemessen, objektiv und unparteiisch angewendet werden.

(2)

- a) Jedes Mitglied unterhält oder richtet, sobald dies praktisch durchführbar ist, gerichtliche, schiedsrichterliche oder administrative Instanzen oder Verfahren ein, die auf Antrag eines betroffenen Dienstleistungserbringers die umgehende Überprüfung von

¹⁾ Diese Bedingung betrifft die Zahl der Sektoren, das betroffene Handelsvolumen und die Erbringungsformen. Um diese Bedingung zu erfüllen, sollte in den Übereinkünften keine Erbringungsform von vornherein ausgeschlossen werden.

²⁾ Im Regelfall gewährt eine derartige Integration den Staatsangehörigen der betreffenden Vertragsparteien das Recht auf freien Zugang zu den Beschäftigungsmärkten der Vertragsparteien und umfaßt Maßnahmen hinsichtlich der Verdienstbedingungen, anderer Beschäftigungsbedingungen und Sozialleistungen.

Verwaltungsentscheidungen mit Auswirkungen auf den Dienstleistungshandel oder in begründeten Fällen geeignete Abhilfemaßnahmen gewährleisten. Können solche Verfahren nicht unabhängig von der Behörde durchgeführt werden, die für die Verwaltungsentscheidung zuständig ist, so trägt das Mitglied Sorge dafür, daß die Verfahren tatsächlich eine objektive und unparteiische Überprüfung gewährleisten.

- b) Buchstabe a ist nicht dahingehend auszulegen, daß ein Mitglied solche Instanzen oder Verfahren auch dann einzurichten hat, wenn dies mit seiner verfassungsmäßigen Struktur oder seiner Rechtsordnung unvereinbar ist.

(3) Bedarf die Erbringung einer Dienstleistung, für die eine spezifische Verpflichtung übernommen wurde, der Genehmigung, so unterrichten die zuständigen Behörden eines Mitglieds innerhalb einer angemessenen Frist nach der Vorlage eines nach den innerstaatlichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften als vollständig erachteten Antrags den Antragsteller über die Entscheidung über den Antrag. Auf Antrag des Antragstellers unterrichten die zuständigen Behörden des Mitglieds diesen unverzüglich über den Stand der Bearbeitung des Antrags.

(4) Um zu gewährleisten, daß Maßnahmen, die Qualifikationserfordernisse und -verfahren, technische Normen und Zulassungserfordernisse betreffen, keine unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen darstellen, erarbeitet der Rat für den Handel mit Dienstleistungen mit Hilfe der von ihm gegebenenfalls eingesetzten geeigneten Gremien alle notwendigen Disziplinen. Diese Disziplinen sollen sicherstellen, daß solche Erfordernisse unter anderem

- a) auf objektiven und transparenten Kriterien wie Kompetenz und Fähigkeit zur Erbringung der Dienstleistung beruhen;
- b) nicht belastender sind als nötig, um die Qualität der Dienstleistung zu gewährleisten;
- c) im Fall von Zulassungsverfahren nicht an sich die Erbringung der Dienstleistung beschränken.

(5)

- a) In Sektoren, in denen ein Mitglied spezifische Verpflichtungen eingegangen ist, wendet das Mitglied bis zum Inkrafttreten der für diese Sektoren nach Absatz 4 erarbeiteten Disziplinen keine Zulassungs- und Qualifikationserfordernisse oder technischen Normen an, welche die spezifischen Verpflichtungen in einer Weise nichtig machen oder beeinträchtigen,
 - i) die mit den in Absatz 4 Buchstabe a, b oder c beschriebenen Kriterien nicht vereinbar ist und
 - ii) die zu dem Zeitpunkt, zu dem die spezifischen Verpflichtungen in diesen Sektoren übernommen wurden, von dem Mitglied vernünftigerweise nicht erwartet werden konnte.
- b) Bei der Beurteilung, ob ein Mitglied die Pflicht nach Absatz 5 Buchstabe a erfüllt, sind die von dem Mitglied angewendeten internationalen Normen entsprechender internationaler Organisationen³⁾ zu berücksichtigen.

(6) In Sektoren, in denen spezifische Verpflichtungen für Dienstleistungen freier Berufe übernommen werden, sieht jedes Mitglied angemessene Verfahren vor, um sich hinsichtlich der Kompetenz der Berufsangehörigen der anderen Mitglieder zu vergewissern.

Artikel VII

Anerkennung

(1) Zum Zweck der vollständigen oder teilweisen Erfüllung der Normen oder Kriterien für die Ermächtigung, Zulassung oder Beglaubigung von Dienstleistungserbringern und vorbehaltlich der Voraussetzungen in Absatz 3 kann ein Mitglied die Ausbildung oder Berufserfahrung, die Anforderungen oder die Zulassungen oder Beglaubigungen, die in einem bestimmten Land erworben, erfüllt beziehungsweise erteilt worden sind, anerkennen. Diese Anerkennung, die im Weg der Harmonisierung oder auf andere Weise erreicht werden kann, kann auf einer Vereinbarung oder Absprache mit dem betreffenden Land beruhen oder autonom gewährt werden.

(2) Ein Mitglied, das Vertragspartei einer bestehenden oder künftigen Vereinbarung oder Absprache nach Absatz 1 ist, gibt anderen interessierten Mitgliedern ausreichende Gelegenheit, über den Beitritt zu einer solchen Vereinbarung oder Absprache zu verhandeln oder ähnliche mit ihm auszuhandeln. Sofern ein Mitglied eine Anerkennung autonom gewährt, gibt es jedem anderen Mitglied ausreichende Gelegenheit, nachzuweisen, daß die Ausbildung, Berufserfahrung, Zulassungen, Beglaubigungen oder Anforderungen, die im Hoheitsgebiet des anderen Mitglieds erworben beziehungsweise erfüllt worden sind, anzuerkennen sind.

(3) Ein Mitglied darf die Anerkennung nicht in einer Weise gewähren, die bei der Anwendung seiner Normen oder Kriterien für die Ermächtigung, Zulassung oder Beglaubigung von Dienstleistungserbringern ein Mittel zur Diskriminierung zwischen verschiedenen Ländern oder eine verdeckte Beschränkung des Handels mit Dienstleistungen darstellen würde.

(4) Jedes Mitglied

- a) unterrichtet den Rat für den Handel mit Dienstleistungen innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens für das Mitglied über seine bestehenden Anerkennungsmaßnahmen und erklärt, ob diese Maßnahmen auf der Grundlage von Vereinbarungen oder Absprachen nach Absatz 1 getroffen wurden;
- b) unterrichtet den Rat für den Handel mit Dienstleistungen umgehend und möglichst weit im voraus über die Aufnahme von Verhandlungen über eine Vereinbarung oder Absprache nach Absatz 1, um anderen Mitgliedern ausreichende Gelegenheit zu geben, ihr Interesse an der Teilnahme an solchen Verhandlungen zu bekunden, bevor diese in eine entscheidende Phase eintreten;
- c) unterrichtet den Rat für den Handel mit Dienstleistungen umgehend, wenn es neue Anerkennungsmaßnahmen beschließt oder bestehende erheblich ändert, und erklärt, ob diese Maßnahmen auf der Grundlage von Vereinbarungen oder Absprachen nach Absatz 1 getroffen wurden.

(5) Die Anerkennung soll soweit wie möglich auf multilateral vereinbarten Kriterien beruhen. Die Mitglieder arbeiten in geeigneten Fällen mit entsprechenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um gemeinsame internationale Normen und Kriterien für die Anerkennung sowie gemeinsame internationale Normen für die Ausübung der entsprechenden gewerblichen Tätigkeiten und Berufe im Dienstleistungsbereich zu erarbeiten und anzunehmen.

³⁾ Der Begriff „entsprechende internationale Organisationen“ bedeutet internationale Gremien, denen die entsprechenden Organe zumindest aller Mitglieder der WTO angehören können.

Artikel VIII**Monopole und Dienstleistungserbringer mit ausschließlichen Rechten**

(1) Jedes Mitglied gewährleistet, daß ein Dienstleistungserbringer mit Monopolstellung im Hoheitsgebiet des Mitglieds bei der Erbringung dieser Dienstleistung auf dem entsprechenden Markt nicht in einer Weise handelt, die mit den Pflichten des Mitglieds nach Artikel II sowie mit seinen spezifischen Verpflichtungen unvereinbar ist.

(2) Tritt ein Dienstleistungserbringer eines Mitglieds mit Monopolstellung entweder direkt oder über ein verbundenes Unternehmen bei der Erbringung einer Dienstleistung außerhalb seines Monopolbereichs im Wettbewerb auf und unterliegt diese Dienstleistung spezifischen Verpflichtungen dieses Mitglieds, so gewährleistet das Mitglied, daß der Erbringer seine Monopolstellung nicht mißbraucht, indem er in seinem Hoheitsgebiet in einer Weise handelt, die mit diesen Verpflichtungen unvereinbar ist.

(3) Auf Antrag eines Mitglieds, das Grund zu der Annahme hat, daß der Dienstleistungserbringer eines anderen Mitglieds mit Monopolstellung im Widerspruch zu Absatz 1 oder 2 handelt, kann der Rat für den Handel mit Dienstleistungen das für die Einsetzung, Unterhaltung oder Ermächtigung dieses Erbringers verantwortliche Mitglied ersuchen, spezifische Informationen über die entsprechenden Tätigkeiten zu liefern.

(4) Gewährt ein Mitglied nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens Monopolrechte hinsichtlich der Erbringung einer Dienstleistung, die seinen spezifischen Verpflichtungen unterliegt, so unterrichtet dieses Mitglied den Rat für den Handel mit Dienstleistungen spätestens drei Monate vor der beabsichtigten Gewährung der Monopolrechte; es gilt Artikel XXI Absätze 2, 3 und 4.

(5) Dieser Artikel gilt auch für Fälle von Dienstleistungserbringern mit ausschließlichen Rechten, sofern ein Mitglied formal oder tatsächlich a) eine kleine Zahl von Dienstleistungserbringern ermächtigt oder einsetzt und b) den Wettbewerb unter diesen Erbringern in seinem Hoheitsgebiet in erheblichem Maß unterbindet.

Artikel IX**Geschäftspraktiken**

(1) Die Mitglieder erkennen an, daß gewisse Geschäftspraktiken von Dienstleistungserbringern, soweit sie nicht unter Artikel VIII fallen, den Wettbewerb behindern und damit den Handel mit Dienstleistungen beschränken können.

(2) Jedes Mitglied nimmt auf Antrag eines anderen Mitglieds Konsultationen mit dem Ziel auf, die in Absatz 1 genannten Praktiken zu beseitigen. Das angesprochene Mitglied prüft diesen Antrag gründlich und wohlwollend und wirkt dadurch mit, daß es öffentlich zugängliche, nicht vertrauliche Informationen von Belang für die betreffende Angelegenheit zur Verfügung stellt. Das angesprochene Mitglied liefert dem antragstellenden Mitglied ferner weitere verfügbare Informationen im Rahmen seines innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Abschlusses einer befriedigenden Vereinbarung über die Wahrung der Vertraulichkeit seitens des antragstellenden Mitglieds.

Artikel X**Notstandsmaßnahmen**

(1) Entsprechend dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung werden multilaterale Verhandlungen über die Frage von Notstandsmaßnahmen geführt. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen treten spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens in Kraft.

(2) Bevor die in Absatz 1 genannten Verhandlungsergebnisse in Kraft treten, kann jedes Mitglied ungeachtet des Artikels XXI Absatz 1 dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen seine Absicht notifizieren, eine spezifische Verpflichtung nach Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten der Verpflichtung unter der Voraussetzung zu ändern oder zurückzunehmen, daß das Mitglied gegenüber dem Rat begründet, daß die Änderung oder Rücknahme nicht bis zum Ende der in Artikel XXI Absatz 1 festgelegten Dreijahresfrist aufgeschoben werden kann.

(3) Die Anwendung des Absatzes 2 endet drei Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens.

Artikel XI**Zahlungen und Übertragungen**

(1) Außer unter den in Artikel XII vorgesehenen Umständen verzichten die Mitglieder auf eine Beschränkung internationaler Übertragungen und Zahlungen im Rahmen laufender Geschäfte, die mit ihren spezifischen Verpflichtungen zusammenhängen.

(2) Dieses Übereinkommen läßt die Rechte und Pflichten der Mitglieder des Internationalen Währungsfonds nach dem Übereinkommen über den Internationalen Währungsfonds einschließlich des Einsatzes von Devisenmaßnahmen, die mit dem Übereinkommen in Einklang stehen, unter der Voraussetzung unberührt, daß ein Mitglied keine Beschränkungen für Kapitaltransaktionen erläßt, die mit seinen spezifischen Verpflichtungen hinsichtlich solcher Transaktionen unvereinbar sind, es sei denn, daß Artikel XII Anwendung findet oder der Fonds ein entsprechendes Ersuchen stellt.

Artikel XII**Beschränkungen zum Schutz der Zahlungsbilanz**

(1) Bei bestehenden oder drohenden schwerwiegenden Zahlungsbilanzstörungen oder externen Zahlungsschwierigkeiten kann ein Mitglied Beschränkungen für den Handel mit Dienstleistungen einführen oder beibehalten, für die es spezifische Verpflichtungen übernommen hat; dies umfaßt auch Zahlungen oder Übertragungen für Transaktionen im Zusammenhang mit diesen Verpflichtungen. Es wird anerkannt, daß eine besondere Zahlungsbilanzstörung eines Mitglieds, das sich im Prozeß wirtschaftlicher Entwicklung oder wirtschaftlichen Übergangs befindet, den Einsatz von Beschränkungen erforderlich machen kann, um unter anderem die Ausstattung mit angemessenen Reserven zur Durchführung des wirtschaftlichen Entwicklungs- oder Übergangsprogramms zu gewährleisten.

(2) Die in Absatz 1 aufgeführten Beschränkungen

- a) dürfen nicht zwischen Mitgliedern diskriminieren;
- b) müssen mit dem Übereinkommen über den Internationalen Währungsfonds vereinbar sein;
- c) müssen unnötige Schädigungen der Handelsinteressen sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen anderer Mitglieder vermeiden;
- d) dürfen nicht über die hinausgehen, die zur Behebung der in Absatz 1 beschriebenen Umstände notwendig sind;
- e) gelten nur für einen begrenzten Zeitraum und werden schrittweise im Zug der Verbesserung der in Absatz 1 beschriebenen Lage abgebaut.

(3) Bei der Beurteilung der Auswirkungen solcher Beschränkungen können die Mitglieder der Erbringung solcher Dienstleistungen Vorrang geben, die für ihre Wirtschafts- oder Entwicklungsprogramme von größerer Bedeutung sind. Sie dürfen jedoch nicht zum Schutz eines bestimmten Dienstleistungssektors eingeführt oder aufrechterhalten werden.

(4) Alle nach Absatz 1 eingeführten oder aufrechterhaltenen Beschränkungen oder Änderungen dieser Beschränkungen werden dem Allgemeinen Rat umgehend notifiziert.

(5)

- a) Mitglieder, die diesen Artikel anwenden, konsultieren umgehend den Ausschuß für Zahlungsbilanzbeschränkungen über die nach diesem Artikel eingeführten Beschränkungen.
- b) Die Ministerkonferenz erarbeitet Verfahren⁴⁾ für regelmäßige Konsultationen mit dem Ziel, den betreffenden Mitgliedern die Empfehlungen zu geben, die sie für geeignet erachtet.
- c) Im Rahmen dieser Konsultationen wird die Zahlungsbilanzsituation des betreffenden Mitglieds zusammen mit den nach diesem Artikel eingeführten oder aufrechterhaltenen Beschränkungen beurteilt, wobei unter anderem folgende Faktoren berücksichtigt werden:
 - i) Art und Ausmaß der Zahlungsbilanzstörungen und der externen Zahlungsschwierigkeiten;
 - ii) die Außenwirtschafts- und Handelssituation des Mitglieds, dem die Konsultationen gelten;
 - iii) mögliche alternativ zur Verfügung stehende Abhilfemaßnahmen.
- d) In den Konsultationen wird geprüft, ob die Beschränkungen mit Absatz 2, insbesondere bezüglich des schrittweisen Abbaus von Beschränkungen nach Absatz 2 Buchstabe e, übereinstimmen.
- e) Bei den Konsultationen werden alle statistischen und sonstigen Feststellungen des Internationalen Währungsfonds bezüglich Devisen, Währungsreserven und Zahlungsbilanzsituation berücksichtigt und die Schlußfolgerungen auf die Beurteilung der Zahlungsbilanz- und der externen Finanzsituation des Mitglieds, dem die Konsultationen gelten, durch den Internationalen Währungsfonds gegründet.

(6) Wünscht ein Mitglied, das nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist, diesen Artikel anzuwenden, so leitet die Ministerkonferenz ein Überprüfungsverfahren sowie alle weiteren notwendigen Verfahren ein.

Artikel XIII**Öffentliches Beschaffungswesen**

(1) Die Artikel II, XVI und XVII finden keine Anwendung auf Gesetze, sonstige Vorschriften oder Erfordernisse in Bezug auf öffentliche Beschaffungen von Dienstleistungen, die für staatliche Zwecke beschafft werden und nicht zum kommerziellen Wiederverkauf oder zur Nutzung bei der Erbringung von Dienstleistungen zum kommerziellen Verkauf bestimmt sind.

(2) Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens finden multilaterale Verhandlungen über die öffentliche Beschaffung von Dienstleistungen im Rahmen dieses Übereinkommens statt.

Artikel XIV**Allgemeine Ausnahmen**

Unter der Voraussetzung, daß Maßnahmen nicht in einer Weise angewendet werden, die ein Mittel zu willkürlicher oder unberechtigter Diskriminierung unter Ländern, in denen gleiche Bedingungen herrschen, oder eine verdeckte Beschränkung für den Handel mit Dienstleistungen darstellen würde, darf dieses Übereinkommen nicht dahingehend ausgelegt werden, daß es die Annahme oder Durchsetzung von Maßnahmen eines Mitglieds verhindert,

- a) die erforderlich sind, um die öffentliche Moral oder die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten;⁵⁾
- b) die erforderlich sind, um das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen zu schützen;
- c) die erforderlich sind, um die Einhaltung von Gesetzen oder sonstigen Vorschriften zu gewährleisten, die nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen, einschließlich solcher
 - i) zur Verhinderung irreführender und betrügerischer Geschäftspraktiken oder zur Behandlung der Folgen einer Nichterfüllung von Dienstleistungsverträgen,
 - ii) zum Schutz der Persönlichkeit bei der Verarbeitung und Weitergabe personenbezogener Daten und zum Schutz der Vertraulichkeit persönlicher Aufzeichnungen und Konten,
 - iii) zur Gewährleistung der Sicherheit;

⁴⁾ Es gilt als vereinbart, daß die in Absatz 5 genannten Verfahren die gleichen sind wie die Verfahren im Rahmen des GATT 1994.

⁵⁾ Die Ausnahmeregelung in Bezug auf die öffentliche Ordnung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn eine wirkliche, ausreichend schwerwiegende Bedrohung der Grundwerte der Gesellschaft vorliegt.

- d) die nicht mit Artikel XVII vereinbar sind, vorausgesetzt, das Ziel der unterschiedlichen Behandlung besteht darin, eine gerechte oder wirksame*) Festsetzung oder Erhebung direkter Steuern in bezug auf Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringer anderer Mitglieder zu gewährleisten;
- e) die nicht mit Artikel II vereinbar sind, vorausgesetzt, die unterschiedliche Behandlung beruht auf einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder auf Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung in einer anderen internationalen Übereinkunft, durch die das Mitglied gebunden ist.

Artikel XIV^{2a}

Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit

- (1) Dieses Übereinkommen ist nicht dahingehend auszulegen,
 - a) daß ein Mitglied Informationen zur Verfügung stellen muß, deren Offenlegung nach seiner Auffassung seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft, oder
 - b) daß ein Mitglied daran gehindert wird, Maßnahmen zu treffen, die es zum Schutz seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen für notwendig hält
 - i) bezüglich der Erbringung von Dienstleistungen, die direkt oder indirekt der Versorgung einer militärischen Einrichtung dienen,
 - ii) bezüglich spaltbarer und fusionsfähiger Stoffe oder der Rohstoffe, aus denen sie erzeugt werden,
 - iii) in Kriegszeiten oder bei sonstigen Krisen in internationalen Beziehungen oder
 - c) daß ein Mitglied daran gehindert wird, Maßnahmen in Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu treffen.
- (2) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen wird über Maßnahmen nach Absatz 1 Buchstaben b und c und deren Aufhebung so ausführlich wie möglich unterrichtet.

Artikel XV

Subventionen

- (1) Die Mitglieder erkennen an, daß Subventionen unter bestimmten Umständen zu Verzerrungen im Handel mit Dienstleistungen führen können. Die Mitglieder nehmen zur Vermeidung derartiger handelsverzerrender Auswirkungen Verhandlungen zur Ausarbeitung der erforderlichen multilateralen Disziplinen auf.⁷⁾ Die Verhandlungen betreffen auch die Zweckmäßigkeit von Ausgleichsverfahren. Die Verhandlungen erkennen die Rolle von Subventionen für die Entwicklungsprogramme von Entwicklungsländern an und berücksichtigen das Bedürfnis der Mitglieder, insbesondere der Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, nach Flexibilität in diesem Bereich. Für die Zwecke dieser Verhandlungen tauschen die Mitglieder Informationen über alle Subventionen im Zusammenhang mit dem Handel mit Dienstleistungen aus, die sie inländischen Dienstleistungserbringern gewähren.
- (2) Ein Mitglied, das sich durch eine Subvention eines anderen Mitglieds beeinträchtigt sieht, kann dieses Mitglied um Konsultationen über diese Fragen ersuchen. Ein solches Ersuchen wird wohlwollend geprüft.

Teil III

Spezifische Verpflichtungen

Artikel XVI

Marktzugang

- (1) Hinsichtlich des Marktzugangs durch die in Artikel I definierten Erbringungsarten gewährt jedes Mitglied den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, die nach den in seiner Liste*) vereinbarten und festgelegten Bestimmungen, Beschränkungen und Bedingungen vorgesehen ist.

*) Maßnahmen, die auf eine gerechte oder wirksame Festsetzung oder Erhebung direkter Steuern abzielen, umfassen Maßnahmen eines Mitglieds im Rahmen seines Steuersystems,

- i) die für gebietsfremde Dienstleistungserbringer gelten, in Anerkennung der Tatsache, daß sich die Steuerpflicht Gebietsfremder nach den Besteuerungsgrundlagen richtet, die aus dem Hoheitsgebiet des Mitglieds stammen oder dort belegen sind,
- ii) die für Gebietsfremde gelten, um die Festsetzung oder Erhebung von Steuern im Hoheitsgebiet des Mitglieds zu gewährleisten,
- iii) die für Gebietsfremde oder Gebietsansässige gelten, um Steuerflucht oder -hinterziehung zu verhindern, einschließlich Vollzugsmaßnahmen,
- iv) die für Nutzer von Dienstleistungen gelten, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds oder von dort aus erbracht werden, um die Festsetzung oder Erhebung von Steuern aus Quellen im Hoheitsgebiet des Mitglieds zu gewährleisten,
- v) die unterscheiden zwischen Dienstleistungserbringern, die hinsichtlich weltweiter Besteuerungsgrundlagen der Steuer unterliegen, und anderen Dienstleistungserbringern, in Anerkennung des Unterschieds in der Art der Steuerbemessungsgrundlage zwischen beiden, oder
- vi) die dazu dienen, Einkommen, Gewinn, Wertzuwachs, Verlust, Abzüge oder anrechenbare Beträge in bezug auf gebietsansässige Personen oder Niederlassungen oder verbundene Personen oder Niederlassungen derselben Person zu ermitteln, zuzuordnen oder aufzuteilen, um die Steuerbemessungsgrundlage des Mitglieds zu bewahren.

Die steuerlichen Bestimmungen oder Begriffe in Artikel XIV Buchstabe d und in dieser Fußnote werden in Übereinstimmung mit den steuerlichen Definitionen und Begriffen oder gleichwertigen oder ähnlichen Definitionen und Begriffen des innerstaatlichen Rechts des Mitglieds, das die Maßnahme trifft, ausgelegt.

7) In einem künftigen Arbeitsprogramm wird festgelegt, wie und innerhalb welchen Zeitrahmens Verhandlungen über derartige multilaterale Disziplinen geführt werden.

*) Geht ein Mitglied eine Marktzugangsverpflichtung in bezug auf die Erbringung einer Dienstleistung durch die in Artikel I Absatz 2 Buchstabe a genannte Erbringungsart ein und stellt der grenzüberschreitende Kapitalverkehr einen wesentlichen Teil der Dienstleistung selbst dar, so ist das Mitglied dadurch verpflichtet, diesen Kapitalverkehr zuzulassen. Geht ein Mitglied eine Marktzugangsverpflichtung in bezug auf die Erbringung einer Dienstleistung durch die in Artikel I Absatz 2 Buchstabe c genannte Erbringungsart ein, so ist das Mitglied dadurch verpflichtet, entsprechende Kapitaltransfers in sein Hoheitsgebiet zuzulassen.

(2) In Sektoren, in denen Marktzugangsverpflichtungen übernommen werden, werden die Maßnahmen, die ein Mitglied weder regional noch für sein gesamtes Hoheitsgebiet aufrechterhalten oder einführen darf, sofern in seiner Liste nichts anderes festgelegt ist, wie folgt definiert:

- a) Beschränkungen der Anzahl der Dienstleistungserbringer in Form von zahlenmäßigen Quoten, Monopolen oder Dienstleistungserbringern mit ausschließlichen Rechten oder des Erfordernisses einer wirtschaftlichen Bedürfnisprüfung;
- b) Beschränkungen des Gesamtwerts der Dienstleistungsgeschäfte oder des Betriebsvermögens in Form zahlenmäßiger Quoten oder des Erfordernisses einer wirtschaftlichen Bedürfnisprüfung;
- c) Beschränkungen der Gesamtzahl der Dienstleistungen oder des Gesamtvolumens erbrachter Dienstleistungen durch Festsetzung bestimmter zahlenmäßiger Einheiten in Form von Quoten oder des Erfordernisses einer wirtschaftlichen Bedürfnisprüfung;⁹⁾
- d) Beschränkungen der Gesamtzahl natürlicher Personen, die in einem bestimmten Dienstleistungssektor beschäftigt werden dürfen oder die ein Dienstleistungserbringer beschäftigen darf und die zur Erbringung einer spezifischen Dienstleistung erforderlich sind und in direktem Zusammenhang damit stehen, in Form zahlenmäßiger Quoten oder des Erfordernisses einer wirtschaftlichen Bedürfnisprüfung;
- e) Maßnahmen, die bestimmte Arten rechtlicher Unternehmensformen oder von Gemeinschaftsunternehmen beschränken oder vorschreiben, durch die ein Dienstleistungserbringer eine Dienstleistung erbringen darf, und
- f) Beschränkungen der Beteiligung ausländischen Kapitals durch Festsetzung einer prozentualen Höchstgrenze für die ausländische Beteiligung oder für den Gesamtwert einzelner oder zusammengefaßter ausländischer Investitionen.

Artikel XVII

Inländerbehandlung

(1) In den in seiner Liste aufgeführten Sektoren gewährt jedes Mitglied unter den darin festgelegten Bedingungen und Vorbehalten den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds hinsichtlich aller Maßnahmen, welche die Erbringung von Dienstleistungen beeinträchtigen, eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, die es seinen eigenen gleichen Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern gewährt.¹⁰⁾

(2) Ein Mitglied kann das Erfordernis des Absatzes 1 dadurch erfüllen, daß es Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds eine Behandlung gewährt, die mit der, die es seinen eigenen gleichen Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern gewährt, entweder formal identisch ist oder sich formal von ihr unterscheidet.

(3) Eine formal identische oder formal unterschiedliche Behandlung gilt dann als weniger günstig, wenn sie die Wettbewerbsbedingungen zugunsten von Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern des Mitglieds gegenüber gleichen Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds verändert.

Artikel XVIII

Zusätzliche Verpflichtungen

Die Mitglieder können in bezug auf Maßnahmen, die den Handel mit Dienstleistungen beeinträchtigen und nicht nach Artikel XVI oder XVII in Listen aufgeführt werden, Verpflichtungen aushandeln, einschließlich Maßnahmen in bezug auf Qualifikations-, Normen- oder Zulassungsfragen. Solche Verpflichtungen werden in der Liste des betreffenden Mitglieds aufgeführt.

Teil IV

Fortschreitende Liberalisierung

Artikel XIX

Aushandeln spezifischer Verpflichtungen

(1) Entsprechend den Zielen dieses Übereinkommens treten die Mitglieder in aufeinanderfolgende Verhandlungsrunden ein, die spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens beginnen und danach regelmäßig stattfinden, um schrittweise einen höheren Stand der Liberalisierung zu erreichen. Die Verhandlungen zielen darauf ab, die nachteiligen Auswirkungen von Maßnahmen auf den Handel mit Dienstleistungen zu vermindern oder zu beseitigen, um dadurch einen effektiven Marktzugang zu erreichen. Dieser Prozeß findet mit dem Ziel statt, die Interessen aller Beteiligten auf der Grundlage des gemeinsamen Nutzens zu fördern und ein insgesamt ausgeglichenes Verhältnis von Rechten und Pflichten zu gewährleisten.

(2) Der Liberalisierungsprozeß findet unter angemessener Berücksichtigung der nationalen politischen Zielsetzungen und des Entwicklungsstands der einzelnen Mitglieder sowohl allgemein als auch in einzelnen Sektoren statt. Einzelne Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, erhalten hinreichende Flexibilität, indem ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, eine geringere Zahl von Sektoren zu öffnen, weniger Arten von Transaktionen zu liberalisieren, schrittweise und in Abhängigkeit von ihrem Entwicklungsstand den Marktzugang zu erweitern und, wenn sie ausländischen Dienstleistungserbringern Zugang zu ihren Märkten gewähren, hieran Bedingungen zu knüpfen, die darauf ausgerichtet sind, die in Artikel IV genannten Ziele zu erreichen.

(3) Für jede Runde werden Verhandlungsrichtlinien und -verfahren festgelegt. Zur Erarbeitung solcher Richtlinien nimmt der Rat für den Handel mit Dienstleistungen eine Bewertung des Handels mit Dienstleistungen allgemein und nach Sektoren im Hinblick auf die Ziele dieses Übereinkommens einschließlich der in Artikel IV Absatz 1 genannten Ziele vor. Die Verhandlungsrichtlinien legen fest, wie

⁹⁾ Buchstabe c gilt nicht für Maßnahmen eines Mitglieds, die Vorleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen beschränken.

¹⁰⁾ Spezifische Verpflichtungen, die nach diesem Artikel übernommen worden sind, werden nicht so ausgelegt, daß ein Mitglied Ausgleich für etwaige naturgegebene Wettbewerbsnachteile gewähren muß, die sich daraus ergeben, daß die betreffenden Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringer aus dem Ausland stammen.

die von Mitgliedern seit den vorhergehenden Verhandlungen autonom getroffenen Liberalisierungsmaßnahmen behandelt werden und wie die besondere Behandlung der am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, gemäß Artikel IV Absatz 3 erfolgt.

(4) Der Prozeß der schrittweisen Liberalisierung ist in jeder derartigen Runde durch bilaterale, plurilaterale oder multilaterale Verhandlungen voranzubringen mit dem Ziel, den allgemeinen Umfang der spezifischen Verpflichtungen, welche die Mitglieder nach diesem Übereinkommen übernommen haben, zu vergrößern.

Artikel XX

Listen spezifischer Verpflichtungen

(1) Jedes Mitglied legt in einer Liste die spezifischen Verpflichtungen fest, die es nach Teil III übernimmt. Jede Liste enthält für die Sektoren, für die derartige Verpflichtungen übernommen werden, folgende Angaben:

- a) Bestimmungen, Beschränkungen und Bedingungen für den Marktzugang;
- b) Bedingungen und Qualifikationen für die Inländerbehandlung;
- c) Zusagen hinsichtlich zusätzlicher Verpflichtungen;
- d) gegebenenfalls den Zeitrahmen für die Durchführung derartiger Verpflichtungen und
- e) den Zeitpunkt des Inkrafttretens derartiger Verpflichtungen.

(2) Maßnahmen, die sowohl mit Artikel XVI als auch mit Artikel XVII nicht vereinbar sind, werden in die für Artikel XVI vorgesehene Spalte eingetragen. In diesem Fall gilt der Eintrag als Bedingung oder Qualifikation auch zu Artikel XVII.

(3) Die Listen spezifischer Verpflichtungen werden diesem Übereinkommen als Anlagen beigefügt und bilden einen wesentlichen Bestandteil des Übereinkommens.

Artikel XXI

Änderung der Listen

(1)

- a) Ein Mitglied (im folgenden als „änderndes Mitglied“ bezeichnet) kann eine Verpflichtung in seiner Liste in Übereinstimmung mit diesem Artikel nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten der Verpflichtung jederzeit ändern oder zurücknehmen.
- b) Ein änderndes Mitglied notifiziert dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen seine Absicht, eine Verpflichtung nach diesem Artikel zu ändern oder zurückzunehmen, spätestens drei Monate vor dem beabsichtigten Zeitpunkt der Durchführung der Änderung oder Rücknahme.

(2)

- a) Auf Antrag eines Mitglieds, dessen Handelsvorteile aufgrund dieses Übereinkommens durch eine nach Absatz 1 Buchstabe b notifizierte geplante Änderung oder Rücknahme betroffen sein können (im folgenden als „betroffenes Mitglied“ bezeichnet), nimmt das ändernde Mitglied Verhandlungen auf, um eine Einigung über notwendige Ausgleichsmaßnahmen zu erreichen. In den Verhandlungen und der Einigung bemühen sich die beteiligten Mitglieder, ein allgemeines Maß gegenseitig vorteilhafter Verpflichtungen aufrechtzuerhalten, das nicht weniger günstig für den Handel ist als das in den Listen spezifischer Verpflichtungen vor Aufnahme dieser Verhandlungen vorgesehene Maß.
- b) Ausgleichsmaßnahmen werden auf der Grundlage der Meistbegünstigung getroffen.

(3)

- a) Erzielen das ändernde Mitglied und ein betroffenes Mitglied vor Ablauf der vorgesehenen Verhandlungsfrist keine Einigung, so kann das betroffene Mitglied die Angelegenheit einem Schiedsverfahren unterwerfen. Jedes betroffene Mitglied, das einen möglicherweise bestehenden Anspruch auf Ausgleich durchsetzen will, muß an dem Schiedsverfahren teilnehmen.
- b) Verlangt keines der betroffenen Mitglieder ein Schiedsverfahren, so kann das ändernde Mitglied die vorgesehene Änderung oder Rücknahme durchführen.

(4)

- a) Das ändernde Mitglied kann seine Verpflichtung nicht ändern oder zurücknehmen, bevor es Ausgleichsmaßnahmen entsprechend dem Ergebnis des Schiedsverfahrens getroffen hat.
- b) Führt das ändernde Mitglied die geplante Änderung oder Rücknahme unter Mißachtung des Ergebnisses des Schiedsverfahrens durch, so kann ein betroffenes Mitglied, das an dem Schiedsverfahren beteiligt war, im wesentlichen gleichwertige Vergünstigungen in Übereinstimmung mit dem Ergebnis ändern oder zurücknehmen. Ungeachtet des Artikels II kann eine derartige Änderung oder Rücknahme nur in bezug auf das ändernde Mitglied durchgeführt werden.

(5) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen legt Verfahren zur Berichtigung oder Änderung von Listen fest. Ein Mitglied, das in seiner Liste aufgeführte Verpflichtungen nach diesem Artikel geändert oder zurückgenommen hat, hat seine Liste nach diesen Verfahren zu ändern.

Teil V

Institutionelle Bestimmungen

Artikel XXII

Konsultationen

(1) Jedes Mitglied wird die Möglichkeit von Konsultationen über Vorstellungen eines anderen Mitglieds zu irgendeiner Angelegenheit, welche die Anwendung dieses Übereinkommens betrifft, wohlwollend prüfen und angemessene Gelegenheit dazu geben. Für solche Konsultationen gilt die Vereinbarung über Streitbeilegung.

(2) Auf Antrag eines Mitglieds kann der Rat für den Handel mit Dienstleistungen oder das Streitbeilegungsgremium Konsultationen mit einem oder mehreren Mitgliedern über jede Angelegenheit führen, für die durch Konsultationen nach Absatz 1 keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden konnte.

(3) Ein Mitglied kann sich weder nach diesem Artikel noch nach Artikel XXIII auf Artikel XVII bezüglich einer Maßnahme eines anderen Mitglieds berufen, die in den Geltungsbereich eines zwischen ihnen geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung fällt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern darüber, ob eine Maßnahme in den Geltungsbereich eines derartigen zwischen ihnen geschlossenen Abkommens fällt, steht es jedem der Mitglieder frei, die Angelegenheit vor den Rat für den Handel mit Dienstleistungen zu bringen.¹⁾ Der Rat unterbreitet die Angelegenheit einem Schiedsgericht. Die Entscheidung des Schiedsrichters ist endgültig und für die Mitglieder bindend.

Artikel XXIII

Streitbeilegung und Durchsetzung

(1) Sollte ein Mitglied der Auffassung sein, daß ein anderes Mitglied seine Pflichten oder seine spezifischen Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen nicht erfüllt, so kann es sich mit dem Ziel, eine für beide Seiten befriedigende Lösung der Angelegenheit zu erreichen, auf die Vereinbarung über Streitbeilegung berufen.

(2) Ist das Streitbeilegungsgremium der Auffassung, daß die Umstände ernst genug sind, um einen solchen Schritt zu rechtfertigen, so kann es ein oder mehrere Mitglieder ermächtigen, die Anwendung dieser Pflichten und spezifischen Verpflichtungen gegenüber einem oder mehreren anderen Mitgliedern nach Artikel 22 der Vereinbarung über Streitbeilegung auszusetzen.

(3) Ist ein Mitglied der Auffassung, daß ihm ein Handelsvorteil, den es vernünftigerweise aufgrund einer spezifischen Verpflichtung eines anderen Mitglieds nach Teil III hätte erwarten können, als Ergebnis der Anwendung einer Maßnahme, die zu diesem Übereinkommen nicht in Widerspruch steht, zunichte gemacht oder geschmälert wird, so kann es sich auf die Vereinbarung über Streitbeilegung berufen. Stellt das Streitbeilegungsgremium fest, daß die Maßnahme einen solchen Handelsvorteil zunichte gemacht oder geschmälert hat, so hat das betroffene Mitglied Anspruch auf einen für beide Seiten befriedigenden Ausgleich auf der Grundlage des Artikels XXI Absatz 2, der die Änderung oder Rücknahme der Maßnahme einschließen kann. Falls die betreffenden Mitglieder kein Einvernehmen erzielen können, findet Artikel 22 der Vereinbarung über Streitbeilegung Anwendung.

Artikel XXIV

Rat für den Handel mit Dienstleistungen

(1) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen nimmt die Aufgaben wahr, die ihm übertragen werden, um die Anwendung dieses Übereinkommens zu erleichtern und die Erreichung seiner Ziele zu fördern. Der Rat kann diejenigen nachgeordneten Gremien einsetzen, die er zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben für geeignet erachtet.

(2) Die Teilnahme am Rat und, sofern der Rat nichts anderes beschließt, seinen nachgeordneten Gremien steht den Vertretern aller Mitglieder offen.

(3) Der Vorsitzende des Rates wird von den Mitgliedern gewählt.

Artikel XXV

Technische Zusammenarbeit

(1) Dienstleistungserbringer von Mitgliedern, die einer solchen Hilfe bedürfen, haben Zugang zu den Dienstleistungen der in Artikel IV Absatz 2 genannten Kontaktstellen.

(2) Technische Hilfe für Entwicklungsländer wird auf multilateraler Ebene vom Sekretariat geleistet und wird vom Rat für den Handel mit Dienstleistungen beschlossen.

Artikel XXVI

Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen

Der Allgemeine Rat trifft geeignete Vorkehrungen für Konsultationen und Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen sowie mit sonstigen mit Dienstleistungen befaßten zwischenstaatlichen Organisationen.

Teil VI

Schlußbestimmungen

Artikel XXVII

Entzug von Handelsvorteilen

Ein Mitglied kann die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Handelsvorteile entziehen

- a) in bezug auf die Erbringung einer Dienstleistung, wenn es nachweist, daß die betreffende Dienstleistung aus dem oder im Hoheitsgebiet eines Nichtmitglieds oder eines Mitglieds erbracht wird, auf welches das die Handelsvorteile entziehende Mitglied das WTO-Übereinkommen nicht anwendet;

¹⁾ Im Fall von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung, die bei Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens bestehen, kann eine solche Angelegenheit nur mit Zustimmung der beiden Vertragsparteien eines solchen Abkommens vor den Rat für den Handel mit Dienstleistungen gebracht werden.

- b) im Fall der Erbringung einer Seeverkehrsdienstleistung, wenn es nachweist, daß die Dienstleistung erbracht wird von
 - i) einem Schiff, das nach den Gesetzen eines Nichtmitglieds oder eines Mitglieds, auf welches das die Handelsvorteile entziehende Mitglied das WTO-Übereinkommen nicht anwendet, registriert ist, und
 - ii) einer Person, die das Schiff ganz oder teilweise betreibt und/oder nutzt, die aber zu einem Nichtmitglied oder einem Mitglied gehört, auf welches das die Handelsvorteile entziehende Mitglied das WTO-Übereinkommens nicht anwendet;
- c) gegenüber einem Dienstleistungserbringer in der Rechtsform einer juristischen Person, wenn es nachweist, daß dieser kein Dienstleistungserbringer eines anderen Mitglieds ist oder daß er ein Dienstleistungserbringer eines Mitglieds ist, auf welches das die Handelsvorteile entziehende Mitglied das WTO-Übereinkommen nicht anwendet.

Artikel XXVIII

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Übereinkommens

- a) bedeutet der Begriff „Maßnahme“ jede von einem Mitglied getroffene Maßnahme, unabhängig davon, ob sie in Form eines Gesetzes, einer sonstigen Vorschrift, einer Regel, eines Verfahrens, eines Beschlusses, eines Verwaltungshandelns oder in sonstiger Form getroffen wird;
- b) umfaßt der Begriff „Erbringung einer Dienstleistung“ die Produktion, den Vertrieb, die Vermarktung, den Verkauf und die Bereitstellung der Dienstleistung;
- c) umfaßt der Begriff „den Handel mit Dienstleistungen betreffende Maßnahmen von Mitgliedern“ Maßnahmen in bezug auf
 - i) den Kauf, die Bezahlung oder die Nutzung einer Dienstleistung;
 - ii) im Zusammenhang mit der Erbringung einer Dienstleistung den Zugang zu und die Nutzung von Dienstleistungen, die diese Mitglieder der Öffentlichkeit allgemein anbieten müssen;
 - iii) die Präsenz – einschließlich der kommerziellen Präsenz – von Personen eines Mitglieds zur Erbringung einer Dienstleistung im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds;
- d) bedeutet der Begriff „kommerzielle Präsenz“ jede Art geschäftlicher oder beruflicher Niederlassung durch – unter anderem –
 - i) die Errichtung, den Erwerb oder die Fortführung einer juristischen Person oder
 - ii) die Errichtung oder Fortführung einer Zweigstelle oder einer Repräsentanz
 im Hoheitsgebiet eines Mitglieds zum Zweck der Erbringung einer Dienstleistung;
- e) bedeutet der Begriff „Sektor“ einer Dienstleistung
 - i) in bezug auf eine spezifische Verpflichtung einen oder mehrere oder alle Teilsektoren der betreffenden Dienstleistung gemäß der Aufstellung in der Liste eines Mitglieds;
 - ii) in sonstiger Hinsicht die Gesamtheit des betreffenden Dienstleistungssektors einschließlich aller seiner Teilsektoren;
- f) bedeutet der Begriff „Dienstleistung eines anderen Mitglieds“ eine Dienstleistung, die erbracht wird
 - i) aus dem oder im Hoheitsgebiet des betreffenden anderen Mitglieds oder im Fall des Seeverkehrs von einem nach den Gesetzen des betreffenden anderen Mitglieds registrierten Schiff oder von einer Person des betreffenden anderen Mitglieds, welche die Dienstleistung durch den Betrieb oder durch vollständige oder teilweise Nutzung des Schiffes erbringt, oder
 - ii) im Fall der Erbringung einer Dienstleistung – durch kommerzielle Präsenz oder durch die Präsenz natürlicher Personen – durch einen Dienstleistungserbringer des betreffenden anderen Mitglieds;
- g) bedeutet der Begriff „Erbringer einer Dienstleistung“ eine Person, die eine Dienstleistung erbringt;¹²⁾
- h) bedeutet der Begriff „Erbringer einer Dienstleistung mit Monopolstellung“ eine öffentliche oder private Person, die auf dem betreffenden Markt des Hoheitsgebiets eines Mitglieds durch das betreffende Mitglied förmlich oder tatsächlich als alleiniger Erbringer der betreffenden Dienstleistung ermächtigt oder errichtet ist;
- i) bedeutet der Begriff „Nutzer einer Dienstleistung“ eine Person, die eine Dienstleistung in Anspruch nimmt oder nutzt;
- j) bedeutet der Begriff „Person“ entweder eine natürliche oder eine juristische Person;
- k) bedeutet der Begriff „natürliche Person eines anderen Mitglieds“ eine natürliche Person, die im Hoheitsgebiet des betreffenden anderen Mitglieds oder eines beliebigen anderen Mitglieds ansässig ist und die nach dem Recht des betreffenden anderen Mitglieds
 - i) Staatsangehöriger des betreffenden anderen Mitglieds ist oder
 - ii) ein Recht auf dauernden Aufenthalt in dem betreffenden anderen Mitglied genießt, sofern ein Mitglied
 - 1. keine Staatsangehörigen hat oder
 - 2. seinen dauerhaft Gebietsansässigen in bezug auf Maßnahmen, die den Handel mit Dienstleistungen betreffen und die in seiner Urkunde über die Annahme des WTO-Übereinkommens oder über seinen Beitritt dazu notifiziert sind, im wesentlichen dieselbe Behandlung wie seinen eigenen Staatsangehörigen gewährt, wobei jedoch kein Mitglied verpflichtet ist, solchen dauerhaft Gebietsansässigen eine günstigere Behandlung zu gewähren als die, die das betreffende andere Mitglied solchen

¹²⁾ Wird eine Dienstleistung nicht unmittelbar von einer juristischen Person, sondern durch andere Formen kommerzieller Präsenz wie zum Beispiel eine Zweigstelle oder eine Repräsentanz erbracht, so erhält der Dienstleistungserbringer (d. h. die juristische Person) durch eine solche Präsenz dennoch die Behandlung, die den Dienstleistungserbringern im Rahmen des Übereinkommens gewährt wird. Eine solche Behandlung wird der Präsenz zuteil, durch welche die Dienstleistung erbracht wird; sie braucht sonstigen Betriebsteilen des Erbringers, die außerhalb des Hoheitsgebiets ansässig sind, in dem die Dienstleistung erbracht wird, nicht gewährt zu werden.

dauerhaft Gebietsansässigen gewähren würde. Eine solche Notifikation enthält die Zusicherung, in bezug auf solche dauerhaft Gebietsansässigen im Einklang mit den geltenden Gesetzen und sonstigen Vorschriften dieselbe Verantwortung zu übernehmen, die das betreffende andere Mitglied für seine Staatsangehörigen übernimmt;

- l) bedeutet der Begriff „juristische Person“ eine nach geltendem Recht ordnungsgemäß gegründete oder anderweitig errichtete rechtsfähige Organisationseinheit unabhängig davon, ob sie der Gewinnerzielung dient oder nicht und ob sie sich in privatem oder staatlichem Eigentum befindet, einschließlich Kapitalgesellschaften, treuhänderisch tätige Einrichtungen, Personengesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen, Einzeleigentümer oder Verbände;
- m) bedeutet der Begriff „juristische Person eines anderen Mitglieds“ eine juristische Person, die entweder
 - i) nach dem Recht des betreffenden anderen Mitglieds gegründet oder anderweitig errichtet ist und die im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds oder eines anderen Mitglieds eine Geschäftstätigkeit von erheblichem Umfang ausübt oder
 - ii) im Fall der Erbringung einer Dienstleistung durch kommerzielle Präsenz
 - 1. im Eigentum natürlicher Personen des betreffenden Mitglieds steht oder von ihnen beherrscht wird oder
 - 2. im Eigentum juristischer Personen des betreffenden anderen Mitglieds im Sinne der Ziffer i steht oder von ihnen beherrscht wird;
- n) eine juristische Person
 - i) steht „im Eigentum“ von Personen eines Mitglieds, wenn sich mehr als 50 v. H. ihres Eigenkapitals im wirtschaftlichen Eigentum von Personen des betreffenden Mitglieds befinden;
 - ii) wird von Personen eines Mitglieds „beherrscht“, wenn solche Personen befugt sind, die Mehrheit ihrer Direktoren zu benennen oder ihre Tätigkeit auf andere Weise rechtlich zu bestimmen;
 - iii) ist mit einer anderen Person „verbunden“, wenn sie die betreffende andere Person beherrscht oder von ihr beherrscht wird oder wenn sie und die betreffende andere Person beide von derselben Person beherrscht werden;
- o) umfaßt der Begriff „direkte Steuern“ alle Steuern auf das Gesamteinkommen, auf das Gesamtkapital oder auf Teile des Einkommens oder des Kapitals einschließlich Steuern auf Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen, Steuern auf Immobilienvermögen, Erbschaften und Schenkungen, Steuern auf die von Unternehmen gezahlte Gesamtlohn- oder -gehaltssumme sowie Steuern auf Wertsteigerungen des Kapitals.

Artikel XXIX

Anlagen

Die Anlagen dieses Übereinkommens sind ein wesentlicher Bestandteil des Übereinkommens.

Anlage zu Ausnahmen von Artikel II

Geltungsbereich

- (1) Diese Anlage führt im einzelnen die Bedingungen auf, unter denen einem Mitglied bei Inkrafttreten dieses Übereinkommens gemäß Artikel II Absatz 1 eine Ausnahme von seinen Pflichten gewährt wird.
- (2) Alle weiteren nach dem Datum des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens beantragten Ausnahmen werden gemäß Artikel IX Absatz 3 des WTO-Übereinkommens behandelt.

Überprüfung

- (3) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen überprüft alle Ausnahmen, die für einen Zeitraum von mehr als 5 Jahren gewährt werden. Die erste Überprüfung findet spätestens 5 Jahre nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens statt.
- (4) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen
 - a) untersucht im Rahmen einer Überprüfung, ob die Bedingungen, welche die Notwendigkeit der Ausnahme begründeten, weiter bestehen, und
 - b) bestimmt während der Überprüfung den Zeitpunkt für eine etwaige weitere Überprüfung.

Beendigung

- (5) Die einem Mitglied in Bezug auf eine bestimmte Maßnahme gewährte Ausnahme von seinen Pflichten nach Artikel II Absatz 1 des Übereinkommens endet an dem in der Ausnahme vorgesehenen Zeitpunkt.
- (6) Grundsätzlich sollen derartige Ausnahmen einen Zeitraum von 10 Jahren nicht überschreiten. Auf jeden Fall sind die Ausnahmen Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen späterer Handelsliberalisierungsrunden.
- (7) Ein Mitglied notifiziert dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen bei Ablauf des Zeitraums, für den die Ausnahme gewährt worden ist, daß die seinen Verpflichtungen nicht entsprechende Maßnahme mit Artikel II Absatz 1 des Übereinkommens in Einklang gebracht worden ist.

Listen der Ausnahmen von Artikel II

[Die vereinbarten Listen der Ausnahmen nach Artikel II Absatz 2 werden der Vertragsausfertigung des WTO-Übereinkommens an dieser Stelle beigefügt.]

Anlage zum grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen,
die im Rahmen des Übereinkommens Dienstleistungen erbringen

(1) Diese Anlage gilt für Maßnahmen betreffend natürliche Personen, die Dienstleistungserbringer eines Mitglieds sind, sowie für natürliche Personen eines Mitglieds, die von einem Dienstleistungserbringer eines Mitglieds in bezug auf die Erbringung einer Dienstleistung beschäftigt werden.

(2) Das Übereinkommen gilt weder für Maßnahmen betreffend natürliche Personen, die sich um Zugang zum Beschäftigungsmarkt eines Mitglieds bemühen, noch für Maßnahmen, welche die Staatsangehörigkeit, den Daueraufenthalt oder die Dauerbeschäftigung betreffen.

(3) Nach den Teilen III und IV des Übereinkommens können Mitglieder über spezifische Verpflichtungen verhandeln, die den grenzüberschreitenden Verkehr aller Kategorien von natürlichen Personen betreffen, die Dienstleistungen nach dem Übereinkommen erbringen. Natürliche Personen, für die eine spezifische Verpflichtung gilt, erhalten die Erlaubnis, die Dienstleistung im Einklang mit den Bedingungen der betreffenden Verpflichtung zu erbringen.

(4) Das Übereinkommen hindert ein Mitglied nicht daran, Maßnahmen zur Regelung der Einreise oder des vorübergehenden Aufenthalts natürlicher Personen in seinem Hoheitsgebiet einschließlich solcher Maßnahmen zu treffen, die zum Schutz der Unversehrtheit seiner Grenzen und zur Gewährleistung des ordnungsgemäßen Verkehrs natürlicher Personen über seine Grenzen erforderlich sind; jedoch dürfen solche Maßnahmen nicht auf eine Weise angewendet werden, daß sie die Handelsvorteile, die einem Mitglied aufgrund der Bedingungen einer spezifischen Verpflichtung zustehen, zunichte macht oder schmälert.¹⁾

¹⁾ Allein die Tatsache, daß für natürliche Personen bestimmter Mitglieder im Gegensatz zu natürlichen Personen anderer Mitglieder ein Visum gefordert wird, wird nicht als Zunichtemachung oder Schmälderung von Handelsvorteilen aufgrund einer spezifischen Verpflichtung betrachtet.

Anlage zu Luftverkehrsdienstleistungen

(1) Diese Anlage gilt für Maßnahmen, die den Handel mit Luftverkehrsdienstleistungen im Linien- wie im Gelegenheitsverkehr sowie mit damit verbundenen Hilfsdienstleistungen beeinträchtigen. Es wird bestätigt, daß jede nach diesem Übereinkommen eingegangene spezifische Verpflichtung oder Pflicht die Verpflichtungen eines Mitglieds im Rahmen der zwei- oder mehrseitigen Übereinkünfte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens in Kraft sind, weder mindern noch beeinträchtigen.

(2) Das Übereinkommen einschließlich der darin enthaltenen Streitbeilegungsverfahren gilt, sofern in Absatz 3 nichts anderes bestimmt ist, nicht für Maßnahmen, die folgendes betreffen:

- a) bereits gewährte Verkehrsrechte, gleichviel auf welche Weise sie gewährt wurden, oder
- b) Dienstleistungen, die mit der Ausübung von Verkehrsrechten in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

(3) Das Übereinkommen gilt für Maßnahmen, die folgendes betreffen:

- a) Luftfahrzeugreparatur- und -wartungsdienstleistungen;
- b) den Verkauf und die Vermarktung von Luftverkehrsdienstleistungen;
- c) Dienstleistungen computergesteuerter Buchungssysteme (CRS).

(4) Eine Berufung auf die Streitbeilegungsverfahren des Übereinkommens ist nur zulässig, wenn Pflichten oder spezifische Verpflichtungen von den betreffenden Mitgliedern eingegangen worden sind und wenn die in zweiseitigen und anderen mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Streitbeilegungsverfahren erschöpft worden sind.

(5) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen überprüft in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch alle 5 Jahre, die Entwicklungen im Luftverkehrssektor sowie die Wirkungsweise dieser Anlage im Hinblick auf die Prüfung einer möglichen weitergehenden Anwendung des Übereinkommens in diesem Sektor.

(6) Begriffsbestimmungen:

- a) Der Begriff „Luftfahrzeugreparatur- und -wartungsdienstleistungen“ bezeichnet derartige Arbeiten an einem aus dem Verkehr gezogenen Luftfahrzeug oder Luftfahrzeugteil und schließt die von den Luftfahrtunternehmen durchgeführten Wartungsarbeiten aus.
- b) Der Begriff „Verkauf und Vermarktung von Luftverkehrsdienstleistungen“ bezeichnet die Möglichkeiten des betreffenden Luftfahrtunternehmens zum freien Verkauf und zur freien Vermarktung seiner Luftverkehrsdienstleistungen einschließlich aller Aspekte der Vermarktung wie Marktforschung, Werbung und Vertrieb. Darunter fallen nicht die Festsetzung von Preisen für Luftverkehrsdienstleistungen und die dafür geltenden Bedingungen.
- c) Der Begriff „Dienstleistungen computergesteuerter Buchungssysteme (CRS)“ bezeichnet Dienstleistungen, die mit Hilfe computergestützter Systeme erbracht werden, welche Informationen über die Flugpläne von Luftfahrtunternehmen, die Verfügbarkeit von Beförderungskapazitäten, Flugpreise und Flugpreisregelungen enthalten und mit deren Hilfe Buchungen vorgenommen oder Flugscheine ausgestellt werden können.
- d) Der Begriff „Verkehrsrechte“ bezeichnet das Recht zum Betrieb von Diensten im Linien- und Gelegenheitsflugverkehr und/oder zur entgeltlichen Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post aus dem Hoheitsgebiet eines Mitglieds, in dasselbe, innerhalb desselben oder über dasselbe sowie die zu bedienenden Punkte und Strecken, die anzubietenden Beförderungsarten, die bereitzustellenden Kapazitäten, die zu berechnenden Tarife einschließlich der für die Tarifgestaltung geltenden Bedingungen sowie die Kriterien für die Bezeichnung von Luftfahrtunternehmen einschließlich Kriterien bezüglich Anzahl, Eigentum und Kontrolle.

Anlage zu Finanzdienstleistungen

(1) Geltungsbereich und Begriffsbestimmung

- a) Diese Anlage gilt für Maßnahmen, welche die Erbringung von Finanzdienstleistungen beeinträchtigen. Bezugnahmen auf die Erbringung einer Finanzdienstleistung in dieser Anlage betreffen die Erbringung einer Finanzdienstleistung im Sinne des Artikels I Absatz 2 des Übereinkommens.
- b) Für die Zwecke des Artikels I Absatz 3 Buchstabe b des Übereinkommens hat der Begriff „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachte Dienstleistungen“ folgende Bedeutung:
- i) Tätigkeiten einer Zentralbank oder einer Währungsbehörde oder einer sonstigen öffentlichen Stelle in Ausübung von Geld- oder Währungspolitik;
 - ii) Tätigkeiten im Rahmen eines gesetzlichen Systems der sozialen Sicherheit oder einer staatlichen Alterssicherung und
 - iii) sonstige Tätigkeiten, die von einer öffentlichen Stelle für Rechnung oder aufgrund Gewährleistung oder unter Einsatz der finanziellen Mittel der Regierung ausgeübt werden.
- c) Gestattet ein Mitglied, daß seine Erbringer von Finanzdienstleistungen eine der unter Buchstabe b Ziffer i oder ii erwähnten Tätigkeiten im Wettbewerb mit öffentlichen Stellen oder Erbringern von Finanzdienstleistungen ausüben, so umfaßt der Begriff „Dienstleistungen“ für die Zwecke des Artikels I Absatz 3 Buchstabe b des Übereinkommens solche Tätigkeiten.
- d) Artikel I Absatz 3 Buchstabe c des Übereinkommens gilt nicht für Dienstleistungen, die in den Geltungsbereich dieser Anlage fallen.

(2) Innerstaatliche Vorschriften

- a) Ungeachtet etwaiger sonstiger Bestimmungen des Übereinkommens wird ein Mitglied nicht daran gehindert, aus Gründen seiner Aufsichtspflichten Maßnahmen einschließlich Maßnahmen zum Schutz von Investoren, Einlegern, Versicherungsnehmern oder Personen, denen gegenüber ein Erbringer von Finanzdienstleistungen treuhänderische Verpflichtungen hat, oder zur Sicherung der Integrität und Stabilität seines Finanzsystems zu treffen. In Fällen, in denen solche Maßnahmen mit den Bestimmungen des Übereinkommens nicht im Einklang stehen, dürfen sie nicht als Mittel zur Umgehung der Verpflichtungen oder Pflichten des Mitglieds aufgrund des Übereinkommens benutzt werden.
- b) Das Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als verpflichte es ein Mitglied zur Offenlegung von Angaben über die Geschäftstätigkeit und von Konten einzelner Kunden oder sonstiger vertraulicher oder schutzbedürftiger Informationen, die sich im Besitz öffentlicher Stellen befinden.

(3) Anerkennung

- a) Ein Mitglied kann bei der Festlegung, wie seine Maßnahmen in Bezug auf Finanzdienstleistungen angewendet werden sollen, aufsichtsrechtliche Maßnahmen eines anderen Mitglieds anerkennen. Eine solche Anerkennung, die durch Harmonisierung oder auf sonstige Weise erreicht werden kann, kann auf einer Vereinbarung oder Absprache mit dem betreffenden Land beruhen oder autonom gewährt werden.
- b) Ein Mitglied, das Vertragspartei einer solchen unter Buchstabe a erwähnten bestehenden oder künftigen Vereinbarung oder Absprache ist, gewährt anderen interessierten Mitgliedern ausreichende Gelegenheit, über den Beitritt zu einer solchen Vereinbarung oder Absprache oder den Abschluß einer ähnlichen mit ihnen zu verhandeln, und zwar unter Bedingungen, unter denen eine gleichwertige Regelung, Überwachung, Durchführung einer solchen Regelung sowie gegebenenfalls Verfahren zum Austausch von Informationen zwischen den Vertragsparteien der Vereinbarung oder Absprache gegeben sind. Gewährt ein Mitglied eine Anerkennung autonom, so gewährt es jedem anderen Mitglied ausreichende Gelegenheit, nachzuweisen, daß diese Bedingungen erfüllt sind.
- c) Erwägt ein Mitglied, aufsichtsrechtliche Maßnahmen eines anderen Landes anzuerkennen, so findet Artikel VII Absatz 4 Buchstabe b keine Anwendung.

(4) Streitbeilegung

Panels zur Beilegung von Streitigkeiten über aufsichtsrechtliche oder sonstige Finanzangelegenheiten müssen die erforderliche Sachkenntnis bezüglich der umstrittenen speziellen Finanzdienstleistung besitzen.

(5) Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage

- a) ist eine Finanzdienstleistung jede Dienstleistung finanzieller Art, die von einem Finanzdienstleistungserbringer eines Mitglieds angeboten wird. Finanzdienstleistungen schließen alle Versicherungsdienstleistungen und versicherungsbezogenen Dienstleistungen sowie alle Bank- und sonstigen Finanzdienstleistungen (ausgenommen Versicherungsdienstleistungen) ein. Finanzdienstleistungen schließen folgende Tätigkeiten ein:

Versicherungsdienstleistungen und versicherungsbezogene Dienstleistungen

- i) Direktversicherung (einschließlich Mitversicherung):
 - A) Lebensversicherung
 - B) Sachversicherung
- ii) Rückversicherung und Retrozession;
- iii) Versicherungsvermittlung wie Leistungen von Versicherungsmaklern und -agenturen;
- iv) Versicherungsbezogene Hilfsdienstleistungen wie Beratung, Versicherungsmathematik, Risikobewertung und Schadensregulierung;

Bank- und sonstige Finanzdienstleistungen (ausgenommen Versicherungsdienstleistungen)

- v) Annahme von Spar- und sonstigen rückzahlbaren Einlagen von Kunden;
 - vi) Ausreichung von Krediten jeder Art einschließlich Verbraucherkredit, Hypothekenkredit, Factoring und Finanzierung von Handelsgeschäften;
 - vii) Finanzleasing;
 - viii) sämtliche Zahlungs- und Überweisungsdienstleistungen einschließlich Kredit- und Scheckkarten, Reiseschecks und Bankwechsel;
 - ix) Bürgschaften und Verpflichtungen;
 - x) Geschäfte für eigene und für Kundenrechnung an Börsen, im Schalterverkehr oder in sonstiger Form mit folgendem:
 - A) Geldmarkttitel (einschließlich Schecks, Wechsel, Einlagenzertifikate);
 - B) Devisen;
 - C) derivative Instrumente, darunter Futures und Optionen;
 - D) Wechselkurs- und Zinstitel einschließlich Swaps, Kurssicherungsvereinbarungen;
 - E) begebare Wertpapiere;
 - F) sonstige begebare Titel und Finanzanlagen einschließlich ungeprägtes Gold;
 - xi) Beteiligung an Emissionen von Wertpapieren jeder Art einschließlich Übernahme und Plazierung von Emissionen als (öffentlicher oder privater) Finanzmakler sowie Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit derartigen Emissionen;
 - xii) Geldmaklergeschäfte;
 - xiii) Vermögensverwaltung wie Kassenhaltung und Bestandsverwaltung, alle Formen von kollektivem Anlagemanagement, Pensionsfondsverwaltung, Depotverwahrung, Auftrags- und treuhänderische Verwaltung;
 - xiv) Saldenausgleichs- und Verrechnungsdienstleistungen im Zusammenhang mit Finanzanlagen einschließlich Wertpapieren, derivativen Instrumenten und sonstigen begebenen Instrumenten;
 - xv) Bereitstellung und Übermittlung von Finanzinformationen, Verarbeitung von Finanzdaten und dazugehöriger Datenträger von Erbringern anderer Finanzdienstleistungen;
 - xvi) Beratungs-, Vermittlungs- und sonstige Zusatzfinanzdienstleistungen in bezug auf sämtliche unter den Ziffern v bis xv aufgeführte Tätigkeiten einschließlich Kreditauskunft und Bonitätsprüfung, Anlage- und Vermögensbestandsanalyse und -beratung, Beratung über Akquisition, Unternehmensumstrukturierung und -strategien;
- b) ist ein Erbringer von Finanzdienstleistungen jede natürliche oder juristische Person eines Mitglieds, die Finanzdienstleistungen erbringt oder zu erbringen wünscht; jedoch umfaßt der Begriff „Erbringer von Finanzdienstleistungen“ keine öffentlichen Stellen;
- c) bedeutet „öffentliche Stelle“
- i) eine Regierung, Zentralbank oder Währungsbehörde eines Mitglieds oder eine im Eigentum eines Mitglieds stehende oder von ihm beherrschte Einrichtung, die hauptsächlich mit der Ausübung hoheitlicher Aufgaben oder von Tätigkeiten für hoheitliche Zwecke befaßt ist, jedoch keine Einrichtung, die hauptsächlich mit der Erbringung von Finanzdienstleistungen zu kommerziellen Bedingungen befaßt ist, oder
 - ii) eine private Einrichtung, die Aufgaben wahrnimmt, die üblicherweise von einer Zentralbank oder Währungsbehörde wahrgenommen werden, solange sie solche Aufgaben ausübt.

Zweite Anlage zu Finanzdienstleistungen

- (1) Ungeachtet des Artikels II des Übereinkommens und der Absätze 1 und 2 der Anlage zu Ausnahmen von Artikel II kann ein Mitglied während eines Zeitraums von 60 Tagen, der vier Monate nach dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens beginnt, in jener Anlage Maßnahmen in bezug auf Finanzdienstleistungen aufführen, die mit Artikel II Absatz 1 des Übereinkommens nicht vereinbar sind.
- (2) Ungeachtet des Artikels XXI des Übereinkommens kann ein Mitglied während eines Zeitraums von 60 Tagen, der vier Monate nach dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens beginnt, sämtliche oder einen Teil der in seiner Liste aufgeführten spezifischen Verpflichtungen zu Finanzdienstleistungen verbessern, ändern oder zurücknehmen.
- (3) Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen legt die zur Anwendung der Absätze 1 und 2 erforderlichen Verfahren fest.

Anlage zu Verhandlungen über Seeverkehrsdienstleistungen

(1) Artikel II und die Anlage zu Ausnahmen von Artikel II einschließlich des Erfordernisses, in der Anlage die von einem Mitglied beibehaltenen Maßnahmen aufzuführen, die mit der Meistbegünstigung nicht vereinbar sind, treten in bezug auf die internationale Seeschifffahrt, Hilfsdienste sowie den Zugang zu Hafeneinrichtungen und deren Benutzung erst in Kraft

- a) an dem nach Absatz 4 des Ministerbeschlusses zu Verhandlungen über Seeverkehrsdienstleistungen festzusetzenden Datum der Durchführung oder,
- b) falls die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, an dem in diesem Beschluß vorgesehenen Datum für die Vorlage des abschließenden Berichts der Verhandlungsgruppe zu Seeverkehrsdienstleistungen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für eine spezifische Verpflichtung in bezug auf Seeverkehrsdienstleistungen, die in der Liste eines Mitglieds aufgeführt ist.

(3) Nach Abschluß der in Absatz 1 erwähnten Verhandlungen kann ein Mitglied bis zum Datum der Durchführung alle oder einen Teil seiner spezifischen Verpflichtungen in diesem Sektor ungeachtet des Artikels XXI ohne Ausgleichsangebot verbessern, ändern oder zurücknehmen.

Anlage zur Telekommunikation

(1) Zielsetzung

In Anerkennung der spezifischen Eigenheiten des Sektors Telekommunikationsdienst und insbesondere seiner Doppelrolle als eigenständiger Wirtschaftssektor einerseits und als Kommunikationsmedium für andere wirtschaftliche Tätigkeiten andererseits haben die Mitglieder der folgenden Anlage zugestimmt mit dem Ziel, die Bestimmungen des Übereinkommens in Bezug auf Maßnahmen zu spezifizieren, die den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung beeinträchtigen. Dementsprechend enthält diese Anlage Hinweise und ergänzende Bestimmungen zum Übereinkommen.

(2) Geltungsbereich

- a) Diese Anlage gilt für alle Maßnahmen eines Mitglieds, die den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung betreffen.¹⁾
- b) Diese Anlage gilt nicht für Maßnahmen, welche die kabelgebundene oder drahtlose Übertragung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen betreffen.
- c) Die Anlage ist nicht dahingehend auszulegen, daß sie
 - i) ein Mitglied verpflichtet, einen Dienstleistungserbringer eines anderen Mitglieds zu ermächtigen, Telekommunikationsnetze oder -dienste zu errichten, zu bauen, zu erwerben, anzumieten, zu betreiben oder bereitzuhalten, sofern dies nicht in seiner Liste vorgesehen ist, oder
 - ii) von einem Mitglied verlangt (oder von einem Mitglied verlangt, daß es einen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Diensteanbieter dazu verpflichtet), der Öffentlichkeit allgemein nicht zugängliche Telekommunikationsnetze oder -dienste zu errichten, zu bauen, zu erwerben, anzumieten, zu betreiben oder bereitzuhalten.

(3) Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Anlage

- a) bedeutet der Begriff „Telekommunikation“ die Übertragung und den Empfang von Signalen auf elektromagnetischem Weg;
- b) bedeutet der Begriff „öffentlicher Telekommunikationsdienst“ jede Art von Telekommunikationsdienst, der nach dem ausdrücklichen oder tatsächlichen Willen des Mitglieds der Öffentlichkeit allgemein angeboten werden muß. Solche Dienste können unter anderem Telegraphie, Telephonie und Telex sowie die Datenübertragung umfassen, für welche die Übertragung von vom Kunden stammenden Informationen in Echtzeit zwischen zwei oder mehr Punkten charakteristisch ist, ohne daß auf dem Übertragungsweg inhaltliche oder förmliche Veränderungen der vom Kunden stammenden Informationen vorgenommen werden;
- c) bedeutet der Begriff „öffentliche Telekommunikationsnetze“ die öffentliche Telekommunikationsinfrastruktur, welche die Telekommunikation zwischen und unter zwei oder mehr definierten Netzabschlüssen ermöglicht;
- d) bedeutet der Begriff „unternehmensinterner Telekommunikationsverkehr“ denjenigen Telekommunikationsverkehr, durch den ein Unternehmen intern oder mit seinen Tochterunternehmen, Zweigstellen und, vorbehaltlich der innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften des betreffenden Mitglieds, seinen verbundenen Unternehmen kommuniziert und durch den diese miteinander kommunizieren. Für diese Zwecke werden die Begriffe „Tochterunternehmen“, „Zweigstellen“ und gegebenenfalls „verbundene Unternehmen“ von jedem einzelnen Mitglied selbst definiert. „Unternehmensinterner Telekommunikationsverkehr“ im Sinne dieser Anlage schließt solche kommerziellen oder nichtkommerziellen Dienste aus, die für Unternehmen erbracht werden, welche selbst keine Tochterunternehmen, Zweigstellen oder verbundene Unternehmen sind, oder die Kunden oder potentiellen Kunden angeboten werden;
- e) schließen etwaige Bezugnahmen auf einen Absatz oder Buchstaben dieser Anlage alle Untergliederungen desselben ein.

(4) Transparenz

Bei der Anwendung des Artikels III des Übereinkommens stellt jedes Mitglied sicher, daß maßgebliche Informationen über Bedingungen, die den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung betreffen, öffentlich verfügbar sind; dies schließt ein: Tarife und sonstige Bedingungen für die Nutzung des Dienstes, Spezifikationen technischer Schnittstellen mit solchen Netzen und Diensten, Informationen über Gremien, die für die Vorbereitung und Annahme von Normen zuständig sind, welche den Zugang und die Nutzung betreffen, Bedingungen für den Anschluß von End- und anderen Geräten und gegebenenfalls Notifizierungs-, Registrierungs- und Lizenzierungsbedingungen.

(5) Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung

- a) Jedes Mitglied stellt sicher, daß jedem Diensteanbieter eines anderen Mitglieds zu angemessenen und nichtdiskriminierenden Bedingungen das Recht auf Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und auf deren Nutzung für die Erbringung eines in der Liste des betreffenden Mitglieds aufgeführten Dienstes eingeräumt wird. Diese Pflicht gilt unter anderem für die Buchstaben b bis f.²⁾
- b) Jedes Mitglied stellt sicher, daß Diensteanbietern eines anderen Mitglieds das Recht auf Zugang zu allen öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder -diensten einschließlich privater Mietleitungen und auf deren Nutzung eingeräumt wird, die innerhalb der Grenzen des Mitglieds oder grenzüberschreitend angeboten werden, und stellt zu diesem Zweck vorbehaltlich der Buchstaben e und f sicher, daß derartige Diensteanbieter die Genehmigung erhalten für
 - i) den Ankauf oder die Anmietung und den Anschluß von End- oder sonstigen Geräten, die an das Netz angeschlossen werden und die der Diensteanbieter zur Bereitstellung der Dienste benötigt;

¹⁾ Dieser Absatz ist so zu verstehen, daß jedes Mitglied durch alle erforderlichen Maßnahmen sicherstellt, daß die Verpflichtungen aufgrund dieser Anlage in Bezug auf Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze und -dienste eingehalten werden.

²⁾ Es gilt als vereinbart, daß sich der Begriff „nichtdiskriminierend“ auf Meistbegünstigung und Inländerbehandlung im Sinne des Übereinkommens bezieht und in der für diesen Sektor üblichen Auslegungsform verwendet wird als „Bedingungen, die nicht weniger günstig sind als diejenigen, die einem anderen Nutzer von gleichen öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder -diensten unter gleichen Umständen eingeräumt werden“.

- ii) den Anschluß privater Mietleitungen oder von Privatleitungen an öffentliche Telekommunikationsnetze und -dienste oder an Leistungen eines anderen Diensteanbieters oder von ihm gemietete Leitungen und
 - iii) die Verwendung von Betriebsprotokollen ihrer Wahl, die nicht zu denjenigen gehören, die zur Sicherung der Verfügbarkeit öffentlicher Telekommunikationsnetze und -dienste erforderlich sind, bei der Erbringung eines Dienstes.
 - c) Jedes Mitglied stellt sicher, daß Diensteanbieter eines anderen Mitglieds die öffentlichen Telekommunikationsnetze und -dienste für die Übertragung von Informationen sowohl innerhalb der Grenzen als auch grenzüberschreitend, auch für unternehmensinterne Kommunikationen dieser Diensteanbieter, sowie für den Zugang zu Informationen, die im Hoheitsgebiet eines beliebigen Mitglieds, in Datenbanken oder auf andere Weise in maschinenlesbarer Form gespeichert sind, nutzen können. Jede neue oder geänderte Maßnahme eines Mitglieds, die eine derartige Nutzung wesentlich beeinträchtigt, unterliegt der Notifikations- und Konsultationspflicht gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens.
 - d) Ungeachtet des Buchstabens c kann ein Mitglied alle Maßnahmen ergreifen, die zur Gewährleistung der Sicherheit und Vertraulichkeit von Informationen erforderlich sind, unter der Bedingung, daß solche Maßnahmen nicht in einer Weise angewendet werden, daß sie ein Mittel willkürlicher oder ungerechtfertigter Diskriminierung oder eine verdeckte Beschränkung des Handels mit Dienstleistungen darstellen würden.
 - e) Jedes Mitglied stellt sicher, daß der Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung keinen Bedingungen unterworfen wird, sofern diese nicht erforderlich sind, um
 - i) die Gemeinwohlverpflichtung der Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze und -dienste und insbesondere deren Fähigkeit zu sichern, ihre Netze und Dienste der Öffentlichkeit allgemein zur Verfügung zu stellen;
 - ii) die technische Unversehrtheit öffentlicher Telekommunikationsnetze und -dienste zu schützen oder
 - iii) sicherzustellen, daß die Diensteanbieter eines anderen Mitglieds keine Dienste erbringen, es sei denn, daß sie nach den in der Liste des betreffenden Mitglieds aufgeführten Verpflichtungen hierzu berechtigt sind.
 - f) Unter der Voraussetzung, daß die Kriterien unter Buchstabe e erfüllt sind, können die Bedingungen für den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung Bestimmungen enthalten über
 - i) Beschränkungen des Wiederverkaufs oder der gemeinsamen Nutzung solcher Dienste;
 - ii) eine Verpflichtung zur Verwendung spezifischer technischer Schnittstellen, einschließlich Schnittstellenprotokolle, für die Verbindung mit solchen Netzen und Diensten;
 - iii) falls notwendig, Erfordernisse für die Zusammenarbeit solcher Dienste und zur Förderung der Erreichung der in Abschnitt 7 Buchstabe a aufgeführten Ziele;
 - iv) die Typzulassung von End- und sonstigen Geräten, die an das Netz angeschlossen werden, und technische Bedingungen für den Anschluß solcher Geräte an solche Netze;
 - v) Beschränkungen der Verbindung von privaten Mietleitungen oder von Privatleitungen mit solchen Netzen oder Diensten oder mit Leitungen eines anderen Diensteanbieters oder von ihm gemieteten Leitungen oder
 - vi) Notifizierung, Registrierung und Lizenzierung.
 - g) Ungeachtet der vorhergehenden Absätze dieses Abschnitts kann ein Entwicklungsland, das Mitglied ist, entsprechend seinem Entwicklungsstand angemessene Bedingungen für den Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsnetzen und -diensten und deren Nutzung aufstellen, die erforderlich sind, um seine inländische Telekommunikationsinfrastruktur und -kapazität zu stärken und seine Beteiligung am internationalen Handel mit Telekommunikationsdiensten zu erhöhen. Die Bedingungen werden in der Liste des betreffenden Mitglieds aufgeführt.
- (6) Technische Zusammenarbeit
- a) Die Mitglieder erkennen an, daß eine leistungsfähige, fortschrittliche Telekommunikationsinfrastruktur in den Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern, für die Ausweitung ihres Handels mit Dienstleistungen wesentlich ist. Zu diesem Zweck unterstützen und fördern die Mitglieder eine größtmögliche Beteiligung der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer sowie ihrer Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze und -dienste sowie sonstiger Einrichtungen an den Entwicklungsprogrammen internationaler und regionaler Organisationen einschließlich der Internationalen Fernmeldeunion, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.
 - b) Die Mitglieder fördern und unterstützen die Zusammenarbeit im Bereich der Telekommunikation unter den Entwicklungsländern auf internationaler, regionaler und subregionaler Ebene.
 - c) In Zusammenarbeit mit den einschlägigen internationalen Organisationen stellen die Mitglieder den Entwicklungsländern, soweit durchführbar, Informationen über Telekommunikationsdienste und über Entwicklungen in der Telekommunikations- und Informationstechnologie zur Verfügung, um sie bei der Stärkung ihres inländischen Telekommunikationssektors zu unterstützen.
 - d) Die Mitglieder prüfen insbesondere die Möglichkeiten der am wenigsten entwickelten Länder, ausländische Anbieter von Telekommunikationsdiensten zu ermutigen, den Technologietransfer, die Ausbildung und sonstige Tätigkeiten zu unterstützen, welche die Entwicklung ihrer Telekommunikationsinfrastruktur und die Ausweitung ihres Handels mit Telekommunikationsdiensten fördern.
- (7) Beziehung zu internationalen Organisationen und Übereinkünften
- a) Die Mitglieder erkennen die Bedeutung internationaler Normen für die weltweite Kompatibilität und Zusammenarbeit von Telekommunikationsnetzen und -diensten an und verpflichten sich, solche Normen durch die Tätigkeit einschlägiger internationaler Gremien, einschließlich der Internationalen Fernmeldeunion und der Internationalen Organisation für Normung, zu unterstützen.
 - b) Die Mitglieder erkennen die Rolle an, die zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen und Übereinkünfte, insbesondere die Internationale Fernmeldeunion, dabei spielen, einen leistungsfähigen Betrieb inländischer und weltweiter Telekommunikationsdienste zu gewährleisten. Die Mitglieder treffen gegebenenfalls geeignete Vorkehrungen für Konsultationen mit solchen Organisationen in Angelegenheiten, die sich aus der Durchführung dieser Anlage ergeben.

Anlage zu Verhandlungen über Basistelekommunikation

(1) Artikel II und die Anlage zu Ausnahmen von Artikel II einschließlich des Erfordernisses, in der Anlage alle Maßnahmen aufzuführen, die mit der Meistbegünstigung nicht vereinbar sind und die ein Mitglied beibehalten wird, treten in bezug auf die Basistelekommunikation erst in Kraft

- a) an dem nach Absatz 5 des Ministerbeschlusses zu Verhandlungen über Basistelekommunikation festzusetzenden Datum der Durchführung oder,
- b) falls die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, an dem in diesem Beschluß vorgesehenen Datum für die Vorlage des abschließenden Berichts der Verhandlungsgruppe für Basistelekommunikation.

(2) Absatz 1 gilt nicht für eine spezifische Verpflichtung in bezug auf Basistelekommunikation, die in der Liste eines Mitglieds aufgeführt ist.

**Beschluß zu institutionellen Vorkehrungen
für das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen**

Die Minister beschließen, dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen zu empfehlen, auf seiner ersten Sitzung den nachstehenden Beschluß über die Einsetzung nachgeordneter Gremien zu fassen:

Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen –

in Durchführung des Artikels XXIV mit dem Ziel, die Wirkungsweise des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen zu erleichtern und seine Ziele zu fördern –

beschließt folgendes:

- (1) Alle vom Rat eingesetzten nachgeordneten Gremien berichten dem Rat jährlich oder im Bedarfsfall häufiger. Jedes Gremium gibt sich eine Geschäftsordnung und kann gegebenenfalls eigene nachgeordnete Gremien einsetzen.
- (2) Alle Sektorausschüsse führen die ihnen vom Rat übertragenen Aufgaben aus und gewähren den Mitgliedern die Möglichkeit, Konsultationen über alle sich auf den Handel mit Dienstleistungen in dem betreffenden Sektor beziehenden Angelegenheiten und die Anwendung der betreffenden sektoralen Anlage zu führen. Diese Aufgaben umfassen
 - a) die kontinuierliche Überprüfung und Überwachung der Anwendung des Übereinkommens bezüglich des betreffenden Sektors;
 - b) die Ausarbeitung von Vorschlägen oder Empfehlungen im Zusammenhang mit allen sich auf den Handel in dem betreffenden Sektor beziehenden Angelegenheiten zur Prüfung durch den Rat;
 - c) falls es zu dem Sektor eine entsprechende Anlage gibt, die Prüfung von Änderungsvorschlägen zu dieser Anlage und die Abgabe entsprechender Empfehlungen an den Rat;
 - d) die Bereitstellung eines Forums für Fachberatungen, die Durchführung von Untersuchungen über Maßnahmen von Mitgliedern und die Durchführung von Überprüfungen aller sonstigen den Handel mit Dienstleistungen in dem entsprechenden Sektor betreffenden Fachangelegenheiten;
 - e) die Gewährung technischer Hilfe an Entwicklungsländer, die Mitglieder sind, und an Entwicklungsländer, die über ihren Beitritt zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation verhandeln, in bezug auf die Anwendung von Pflichten und auf sonstige den Handel mit Dienstleistungen in dem entsprechenden Sektor betreffende Angelegenheiten und
 - f) die Zusammenarbeit mit sonstigen nachgeordneten Gremien, die aufgrund des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen eingesetzt worden sind, oder mit den in dem betreffenden Sektor tätigen internationalen Organisationen.
- (3) Hiemit wird ein Ausschuß für den Handel mit Finanzdienstleistungen eingesetzt, der die in Absatz 2 beschriebenen Aufgaben hat.

Beschuß zu bestimmten Streitbeilegungsverfahren
für das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen

Die Minister beschließen, dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen zu empfehlen, auf seiner ersten Sitzung den nachstehenden Beschuß zu fassen:

Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen –

unter Berücksichtigung der besonderen Art der Pflichten und spezifischen Verpflichtungen des Übereinkommens sowie des Handels mit Dienstleistungen in Bezug auf die Streitbeilegung nach den Artikeln XXII und XXIII –

beschließt folgendes:

- (1) Es wird ein Verzeichnis von Panel-Mitgliedern aufgestellt, um die Auswahl von Mitgliedern für die Panels zu erleichtern.
- (2) Zu diesem Zweck können die Mitglieder zur Aufnahme in dieses Verzeichnis Namen von Einzelpersonen vorschlagen, die über die in Absatz 3 beschriebenen Qualifikationen verfügen; sie legen dazu einen Lebenslauf bezüglich der Qualifikationen dieser Personen vor, gegebenenfalls einschließlich der Angabe sektorspezifischer Fachkenntnisse.
- (3) Die Panels bestehen aus hochqualifizierten Einzelpersonen, die dem öffentlichen Dienst angehören können, aber nicht müssen, und die über Erfahrungen mit Problemen im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen und/oder dem Handel mit Dienstleistungen einschließlich der damit verbundenen verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten verfügen. Die Mitglieder der Panels sind in ihrer Eigenschaft als Einzelperson und nicht als Vertreter einer Regierung oder Organisation tätig.
- (4) Panels zur Beilegung von Streitigkeiten bezüglich sektoraler Angelegenheiten müssen über die notwendige Sachkenntnis über den spezifischen Dienstleistungssektor verfügen, den die Streitigkeit betrifft.
- (5) Das Sekretariat führt das Verzeichnis und arbeitet in Konsultation mit dem Vorsitzenden des Rates Verfahren für die Anwendung des Verzeichnisses aus.

Beschluß zum Handel mit Dienstleistungen und zur Umwelt

Die Minister beschließen, dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen zu empfehlen, auf seiner ersten Sitzung den nachstehenden Beschluß zu fassen:

Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen –

in Anerkennung dessen, daß Maßnahmen, die zum Schutz der Umwelt erforderlich sind, mit den Bestimmungen des Übereinkommens in Widerspruch stehen können, und

in der Erkenntnis, daß Maßnahmen, die zum Schutz der Umwelt erforderlich sind, grundsätzlich den Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen zum Ziel haben und daß deshalb keine klare Notwendigkeit erkennbar ist, Vorkehrungen zu treffen, die über den Inhalt des Artikels XIV Buchstabe b hinausgehen –

beschließt folgendes:

(1) Um festzustellen, ob eine Abänderung des Artikels XIV des Übereinkommens notwendig ist, um solchen Maßnahmen Rechnung zu tragen, wird der Ausschuß für Handel und Umwelt beauftragt, das Verhältnis zwischen dem Handel mit Dienstleistungen und der Umwelt einschließlich der Frage der nachhaltigen Entwicklung zu prüfen und – gegebenenfalls mit entsprechenden Empfehlungen – darüber zu berichten. Der Ausschuß prüft ferner die Bedeutung zwischenstaatlicher Übereinkünfte über die Umwelt und ihr Verhältnis zum Übereinkommen.

(2) Der Ausschuß wird seine Arbeitsergebnisse der ersten zweijährlichen Tagung der Ministerkonferenz nach Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation vorlegen.

Beschluß zu Verhandlungen über den grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen

Die Minister –

im Hinblick auf die Verpflichtungen, die sich aus den Verhandlungen der Uruguay-Runde über den grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen zwecks Erbringung von Dienstleistungen ergeben;

eingedenk der Ziele des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen einschließlich der zunehmenden Beteiligung der Entwicklungsländer am Handel mit Dienstleistungen und der Ausweitung ihrer Dienstleistungsausfuhren;

in Anerkennung dessen, wie wichtig es ist, ein höheres Maß an Verpflichtungen in Bezug auf den grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen zu erreichen, um eine gleichmäßige Verteilung der Vorteile aus dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen herbeizuführen –

beschließen folgendes:

- (1) Verhandlungen über eine weitergehende Liberalisierung des grenzüberschreitenden Verkehrs natürlicher Personen zwecks Erbringung von Dienstleistungen werden nach dem Abschluß der Uruguay-Runde fortgesetzt, mit dem Ziel, die Erreichung eines höheren Maßes an Verpflichtungen der Teilnehmer im Rahmen des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen zu ermöglichen.
- (2) Zur Durchführung der Verhandlungen wird eine Verhandlungsgruppe zum grenzüberschreitenden Verkehr natürlicher Personen eingerichtet. Die Gruppe gibt sich eine Geschäftsordnung und erstattet dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen regelmäßig Bericht.
- (3) Die Verhandlungsgruppe hält ihre erste Verhandlungssitzung spätestens am 16. Mai 1994 ab. Spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation beendet sie diese Verhandlungen und legt einen Abschlußbericht vor.
- (4) Verpflichtungen aufgrund dieser Verhandlungen werden in die Listen spezifischer Verpflichtungen der Mitglieder eingetragen.

Beschluß zu Finanzdienstleistungen

Die Minister –

im Hinblick darauf, daß die beim Abschluß der Uruguay-Runde von den Teilnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu Finanzdienstleistungen zum selben Zeitpunkt wie das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet) auf der Grundlage der Meistbegünstigung in Kraft treten sollen –

beschließen folgendes:

- (1) Am Ende eines Zeitraums von nicht mehr als sechs Monaten nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens steht es den Mitgliedern frei, alle oder einzelne Verpflichtungen in diesem Sektor ungeachtet des Artikels XXI des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen ohne Ausgleichsangebot zu verbessern, zu ändern oder zurückzunehmen. Gleichzeitig legen die Mitglieder ungeachtet der Anlage zu Ausnahmen von Artikel II ihre endgültige Haltung in Bezug auf die Ausnahmen von der Meistbegünstigung in diesem Sektor fest. Vom Datum des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens bis zum Ende des obengenannten Zeitraums finden Ausnahmen, die in der Anlage zu Ausnahmen von Artikel II aufgeführt sind und die vom Ausmaß der von anderen Teilnehmern eingegangenen Verpflichtungen oder von den Ausnahmen anderer Teilnehmer abhängig sind, keine Anwendung.
- (2) Der Ausschuß für den Handel mit Finanzdienstleistungen überwacht den Fortschritt aller aufgrund dieses Beschlusses geführten Verhandlungen und erstattet dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen spätestens vier Monate nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens hierüber Bericht.

Beschluß zu Verhandlungen über Seeverkehrsdienstleistungen

Die Minister –

im Hinblick darauf, daß die beim Abschluß der Uruguay-Runde von den Teilnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu Seeverkehrsdienstleistungen zum selben Zeitpunkt wie das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet) auf der Grundlage der Meistbegünstigung in Kraft treten sollen –

beschließen folgendes:

(1) Im Sektor Seeverkehrsdienstleistungen werden Verhandlungen auf freiwilliger Grundlage im Rahmen des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen aufgenommen. Die Verhandlungen sind in ihrem Deckungsbereich umfassend und haben Verpflichtungen in der internationalen Seeschifffahrt, bei den Hilfsdiensten, beim Zugang zu Hafeneinrichtungen sowie bei deren Benutzung zum Ziel, die zur Beseitigung von Beschränkungen innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens führen.

(2) Zur Durchführung der Verhandlungen wird eine Verhandlungsgruppe zu Seeverkehrsdienstleistungen (im folgenden als „NGMTS“ bezeichnet) eingerichtet. Die NGMTS berichtet regelmäßig über den Fortschritt dieser Verhandlungen.

(3) Die Verhandlungen in der NGMTS stehen allen Regierungen und den Europäischen Gemeinschaften, die ihre Teilnahmeabsicht bekunden, offen. Bisher haben die folgenden ihre Absicht zur Teilnahme an den Verhandlungen bekundet:

Argentinien, Kanada, die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten, Finnland, Hongkong, Island, Indonesien, Korea, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Philippinen, Polen, Rumänien, Singapur, Schweden, Schweiz, Thailand, Türkei, Vereinigte Staaten.

Weitere Notifikationen der Teilnahmeabsicht sind an den Verwahrer des WTO-Übereinkommens zu richten.

(4) Die NGMTS hält ihre erste Verhandlungssitzung spätestens am 16. Mai 1994 ab. Spätestens im Juni 1996 beendet sie diese Verhandlungen und legt einen Abschlußbericht vor. Der Abschlußbericht der NGMTS legt ein Datum für die Umsetzung der Ergebnisse dieser Verhandlungen fest.

(5) Bis zum Abschluß der Verhandlungen ist die Anwendung des Artikels II und der Absätze 1 und 2 der Anlage über Ausnahmen von Artikel II für diesen Sektor ausgesetzt, und es ist nicht erforderlich, Meistbegünstigungsausnahmen aufzuführen. Beim Abschluß der Verhandlungen steht es den Mitgliedern frei, die in diesem Sektor während der Uruguay-Runde eingegangenen Verpflichtungen ungeachtet des Artikels XXI des Übereinkommens ohne Ausgleichsangebot zu verbessern, zu ändern oder zurückzunehmen. Gleichzeitig legen die Mitglieder ungeachtet der Anlage zu Ausnahmen von Artikel II ihre endgültige Haltung in Bezug auf die Ausnahmen von der Meistbegünstigung in diesem Sektor fest. Sollten die Verhandlungen nicht zum Erfolg führen, so entscheidet der Rat für den Handel mit Dienstleistungen, ob die Verhandlungen in Übereinstimmung mit diesem Auftrag fortgesetzt werden sollen.

(6) Alle Verpflichtungen aufgrund dieser Verhandlungen einschließlich des Datums ihres Inkrafttretens werden in die dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen beigefügten Listen eingetragen und unterliegen allen Bestimmungen des Übereinkommens.

(7) Es besteht Einvernehmen, daß ab sofort bis zu dem nach Absatz 4 festzulegenden Umsetzungsdatum die Teilnehmer keine den Handel mit Seeverkehrsdienstleistungen betreffenden Maßnahmen anwenden, auch nicht, um ihre Verhandlungsposition und ihre Einflußmöglichkeiten zu verbessern, es sei denn als Reaktion auf Maßnahmen anderer Länder und im Hinblick auf die Bewahrung oder Verbesserung der Freiheit zur Erbringung von Seeverkehrsdienstleistungen.

(8) Die Durchführung des Absatzes 7 unterliegt der Aufsicht durch die NGMTS. Jeder Teilnehmer kann der NGMTS über alle Maßnahmen und Unterlassungen Mitteilung machen, die seiner Auffassung nach für die Erfüllung des Absatzes 7 von Bedeutung sind. Derartige Notifikationen gelten mit ihrem Eingang beim Sekretariat als der NGMTS vorgelegt.

Beschluß zu Verhandlungen über Basistelekommunikation

Die Minister beschließen folgendes:

(1) Im Hinblick auf die fortschreitende Liberalisierung des Handels mit Telekommunikationsnetzen und -diensten (im folgenden als „Basistelekommunikation“ bezeichnet) werden auf freiwilliger Grundlage Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen aufgenommen.

(2) Unbeschadet ihres Ergebnisses sind die Verhandlungen in ihrem Deckungsbereich umfassend, wobei kein Bereich der Basistelekommunikation von vornherein ausgeschlossen wird.

(3) Zur Durchführung dieses Auftrags wird eine Verhandlungsgruppe für Basistelekommunikation (im folgenden als „NGBT“ bezeichnet) eingerichtet. Die NGBT berichtet regelmäßig über den Fortschritt dieser Verhandlungen.

(4) Die Verhandlungen in der NGBT stehen allen Regierungen und den Europäischen Gemeinschaften, die ihre Teilnahmeabsicht bekunden, offen. Bisher haben die folgenden ihre Absicht zur Teilnahme an den Verhandlungen bekundet:

Australien, Österreich, Kanada, Chile, Zypern, die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten, Finnland, Hongkong, Ungarn, Japan, Korea, Mexiko, Neuseeland, Norwegen, Slowakische Republik, Schweden, Schweiz, Türkei, Vereinigte Staaten.

Weitere Notifikationen der Teilnahmeabsicht sind an den Verwahrer des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation zu richten.

(5) Die NGBT hält ihre erste Verhandlungssitzung spätestens am 16. Mai 1994 ab. Spätestens am 30. April 1996 beendet sie diese Verhandlungen und legt einen Abschlußbericht vor. Der Abschlußbericht der NGBT legt ein Datum für die Umsetzung der Ergebnisse dieser Verhandlungen fest.

(6) Alle Verpflichtungen aufgrund dieser Verhandlungen einschließlich des Datums ihres Inkrafttretens werden in die dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen beigefügten Listen eingetragen und unterliegen allen Bestimmungen des Übereinkommens.

(7) Es besteht Einvernehmen, daß ab sofort bis zu dem nach Absatz 5 festzulegenden Umsetzungsdatum kein Teilnehmer eine den Handel mit Basistelekommunikation betreffende Maßnahme in einer Weise anwendet, die seine Verhandlungsposition und seine Einflußmöglichkeiten verbessern würde. Es besteht Einvernehmen, daß diese Bestimmung kommerzielle und staatliche Vorkehrungen im Hinblick auf die Erbringung von Basistelekommunikationsdiensten nicht ausschließt.

(8) Die Durchführung des Absatzes 7 unterliegt der Aufsicht durch die NGBT. Jeder Teilnehmer kann der NGBT über alle Maßnahmen und Unterlassungen Mitteilung machen, die seiner Auffassung nach für die Erfüllung des Absatzes 7 von Bedeutung sind. Derartige Notifikationen gelten mit ihrem Eingang beim Sekretariat als der NGBT vorgelegt.

Beschuß über freiberufliche Dienstleistungen

Die Minister beschließen, dem Rat für den Handel mit Dienstleistungen zu empfehlen, auf seiner ersten Sitzung den nachstehenden Beschuß zu fassen:

Der Rat für den Handel mit Dienstleistungen –

in Anerkennung der Auswirkungen von Regelungen bezüglich beruflicher Qualifikationen, technischer Normen und Zulassungen auf die Ausweitung des Handels mit freiberuflichen Dienstleistungen;

in dem Wunsch, multilaterale Disziplinen zu schaffen, um sicherzustellen, daß derartige Regelungen, sofern spezifische Verpflichtungen eingegangen werden, keine unnötigen Hindernisse für die Erbringung freiberuflicher Dienstleistungen darstellen –

beschließt folgendes:

(1) Das in Artikel VI Absatz 4 über die innerstaatliche Regelung vorgesehene Arbeitsprogramm soll sofort durchgeführt werden. Zu diesem Zweck wird eine Arbeitsgruppe für freiberufliche Dienstleistungen eingerichtet, um die Disziplinen zu prüfen und – mit entsprechenden Empfehlungen – darüber zu berichten, welche notwendig sind, um zu gewährleisten, daß Maßnahmen in Bezug auf Qualifikationserfordernisse und -verfahren, technische Normen und Zulassungserfordernisse im Bereich freiberuflicher Dienstleistungen keine unnötigen Handelshemmnisse darstellen.

(2) Vorrangig gibt die Arbeitsgruppe Empfehlungen zur Ausarbeitung multilateraler Disziplinen im Sektor Wirtschaftsprüfung ab, um den spezifischen Verpflichtungen tatsächliche Wirkung zu verleihen. Bei diesen Empfehlungen konzentriert sich die Arbeitsgruppe auf

- a) die Entwicklung multilateraler Disziplinen bezüglich des Marktzugangs, um sicherzustellen, daß innerstaatliche Erfordernisse
 - i) auf objektiven und transparenten Kriterien wie Kompetenz und Fähigkeit zur Erbringung der Dienstleistung beruhen,
 - ii) nicht belastender sind als nötig, um die Qualität der Dienstleistung zu gewährleisten, und dadurch die wirksame Liberalisierung der Wirtschaftsprüfungsdienstleistungen erleichtern;
- b) die Anwendung internationaler Normen und dadurch die Förderung der Zusammenarbeit mit den entsprechenden internationalen Organisationen im Sinne des Artikels VI Absatz 5 Buchstabe b, mit dem Ziel, Artikel VII Absatz 5 voll durchzuführen;
- c) die Erleichterung der wirksamen Anwendung des Artikels VI Absatz 6 des Übereinkommens durch Festlegung von Richtlinien für die Anerkennung von Qualifikationen.

Bei der Erarbeitung dieser Disziplinen berücksichtigt die Arbeitsgruppe die Bedeutung der staatlichen und nichtstaatlichen Gremien, die freiberufliche Dienstleistungen regeln.

Vereinbarung über Verpflichtungen bei Finanzdienstleistungen

Den Teilnehmern der Uruguay-Runde wurde die Möglichkeit eingeräumt, bei der Übernahme spezifischer Verpflichtungen in Bezug auf Finanzdienstleistungen im Rahmen des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen (im folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) anders als in Teil III des Übereinkommens bestimmt vorzugehen. Es besteht Einvernehmen, daß ein solches Vorgehen folgenden Voraussetzungen unterliegen würde:

- i) Es steht nicht in Widerspruch zu den Bestimmungen des Übereinkommens;
- ii) es beeinträchtigt nicht das Recht eines Mitglieds, seine spezifischen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit dem Vorgehen nach Teil III des Übereinkommens in seine Liste einzutragen;
- iii) die sich daraus ergebenden spezifischen Verpflichtungen werden auf der Grundlage der Meistbegünstigung angewendet;
- iv) es besteht keine Vermutung bezüglich des Grades der Liberalisierung, zu dem sich ein Mitglied nach dem Übereinkommen verpflichtet.

Interessierte Mitglieder haben auf der Grundlage von Verhandlungen und unter den gegebenenfalls aufgeführten Bedingungen und Vorbehalten entsprechend dem nachfolgend beschriebenen Vorgehen spezifische Verpflichtungen in ihre Liste eingetragen.

A. Stillhalterregelung

Alle Bedingungen, Einschränkungen und Vorbehalte betreffend die unten genannten Verpflichtungen sind auf bestehende, nicht übereinkommenskonforme Maßnahmen beschränkt.

B. Marktzugang

Monopolrechte

1. Zusätzlich zu Artikel VIII des Übereinkommens gilt folgendes:

Jedes Mitglied führt in seiner Liste in Bezug auf Finanzdienstleistungen bestehende Monopolrechte auf und wird bestrebt sein, diese zu beseitigen oder ihren Umfang einzuschränken. Ungeachtet des Abschnitts 1 Buchstabe b der Anlage zu Finanzdienstleistungen gilt dieser Absatz für die in Abschnitt 1 Buchstabe b Ziffer iii der Anlage genannten Tätigkeiten.

Öffentliche Aufträge über Finanzdienstleistungen

2. Ungeachtet des Artikels XIII des Übereinkommens stellt jedes Mitglied sicher, daß die in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen Erbringer von Finanzdienstleistungen aller anderen Mitglieder in Bezug auf öffentliche Aufträge über Finanzdienstleistungen dieses Mitglieds in seinem Hoheitsgebiet Meistbegünstigung und Inländerbehandlung erhalten.

Grenzüberschreitender Handel

3. Jedes Mitglied gestattet nichtgebietsansässigen Erbringern von Finanzdienstleistungen, als Auftraggeber, durch einen Vermittler oder als Vermittler und unter Bedingungen der Inländerbehandlung folgende Dienstleistungen zu erbringen:

- a) Versicherung von Risiken in Bezug auf
 - i) Seeschifffahrt, gewerblichen Luftverkehr, Raumfahrt und Weltraumtransport (einschließlich Satelliten), wobei diese Versicherung jedes einzelne oder alle folgenden Risiken abdeckt: die beförderten Güter, das die Güter befördernde Fahrzeug und jede sich daraus ergebende Haftung, und
 - ii) Güter im internationalen Transitverkehr;
- b) Rückversicherung und Retrozession und die in Abschnitt 5 Buchstabe a Ziffer iv der Anlage genannten versicherungsbezogenen Hilfsdienstleistungen;
- c) Bereitstellung und Übermittlung von Finanzinformationen und Verarbeitung von Finanzdaten nach Abschnitt 5 Buchstabe a Ziffer xv der Anlage sowie Beratungs- und andere Hilfsdienstleistungen – mit Ausnahme der Vermittlung – in Bezug auf Bank- und andere Finanzdienstleistungen nach Abschnitt 5 Buchstabe a Ziffer xvi der Anlage.

4. Jedes Mitglied gestattet seinen Gebietsansässigen, im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds die in

- a) Abschnitt 3 Buchstabe a,
 - b) Abschnitt 3 Buchstabe b und
 - c) Abschnitt 5 Buchstabe a Ziffern v bis xvi der Anlage
- aufgeführten Finanzdienstleistungen zu erwerben.

Kommerzielle Präsenz

5. Jedes Mitglied gewährt den Erbringern von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds das Recht, in seinem Hoheitsgebiet eine kommerzielle Präsenz zu errichten oder auszubauen, auch durch den Erwerb bestehender Unternehmen.

6. Ein Mitglied kann Bedingungen und Verfahren hinsichtlich der Genehmigung der Errichtung und des Ausbaus einer kommerziellen Präsenz festlegen, soweit sie die Pflicht des Mitglieds nach Absatz 5 nicht umgehen und mit den anderen Pflichten aus dem Übereinkommen vereinbar sind.

Neue Finanzdienstleistungen

7. Ein Mitglied gestattet den Erbringern von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds, die in seinem Hoheitsgebiet niedergelassen sind, in seinem Hoheitsgebiet jede Art neuer Finanzdienstleistungen anzubieten.

Weitergabe und Verarbeitung von Informationen

8. Die Mitglieder treffen keine Maßnahmen, welche die Weitergabe von Informationen oder die Verarbeitung von Finanzinformationen, einschließlich der Datenübertragung auf elektronischem Weg, verhindern oder welche, sofern nicht mit internationalen Übereinkünften in Einklang stehende Einfuhrbestimmungen entgegenstehen, die Weitergabe von Gerät verhindern; sofern eine solche Weitergabe von Informationen, Verarbeitung von Finanzinformationen oder Weitergabe von Gerät zur Durchführung der üblichen Geschäfte eines Erbringers von Finanzdienstleistungen erforderlich ist. Der Absatz schränkt das Recht eines Mitglieds nicht ein, personenbezogene Daten, die Privatsphäre und die Vertraulichkeit persönlicher Unterlagen und Konten zu schützen, solange dieses Recht nicht dazu benutzt wird, die Bestimmungen des Übereinkommens zu umgehen.

Vorübergehende Einreise von Personal

9.

- a) Jedes Mitglied gestattet die vorübergehende Einreise des nachstehend genannten Personals eines Erbringers von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds, der im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds eine kommerzielle Präsenz errichtet oder errichtet hat, in sein Hoheitsgebiet:
 - i) hochrangiges Leitungspersonal, das über rechtlich geschützte Informationen verfügt, die für die Niederlassung, die Überwachung und die Erbringung der Dienstleistungen des Erbringers der Finanzdienstleistungen wesentlich sind, und
 - ii) Spezialisten für die Tätigkeit des Erbringers von Finanzdienstleistungen.
- b) Jedes Mitglied gestattet vorbehaltlich der Verfügbarkeit qualifizierten Personals in seinem Hoheitsgebiet die vorübergehende Einreise des nachstehend genannten Personals, das mit einer kommerziellen Präsenz eines Erbringers von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds verbunden ist, in sein Hoheitsgebiet:
 - i) Spezialisten für Computerdienstleistungen, Telekommunikationsdienstleistungen und Buchhaltung des Erbringers von Finanzdienstleistungen und
 - ii) Spezialisten für Versicherungsmathematik und Rechtsfragen.

Nichtdiskriminierende Maßnahmen

10. Jedes Mitglied wird bestrebt sein, alle wesentlichen nachteiligen Auswirkungen

- a) nichtdiskriminierender Maßnahmen, die Erbringer von Finanzdienstleistungen daran hindern, im Hoheitsgebiet des Mitglieds alle von dem Mitglied gestatteten Finanzdienstleistungen in der von dem Mitglied vorgeschriebenen Form zu erbringen,
- b) nichtdiskriminierender Maßnahmen, welche die Ausweitung der Tätigkeit der Erbringer von Finanzdienstleistungen auf das gesamte Hoheitsgebiet des Mitglieds einschränken,
- c) von Maßnahmen eines Mitglieds, sofern dieses Mitglied dieselben Maßnahmen auf die Erbringung von Bank- und Wertpapierdienstleistungen anwendet und ein Erbringer von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds seine Tätigkeit auf die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen konzentriert, und
- d) anderer Maßnahmen, die, obwohl sie den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen, die Fähigkeit der Erbringer von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds, auf dem Markt des betreffenden Mitglieds tätig zu sein, zu konkurrieren oder Zugang dazu zu finden, nachteilig beeinflussen,

auf Erbringer von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds zu beseitigen oder zu begrenzen, wobei jedoch die nach diesem Absatz vorgenommene Handlung die Erbringer von Finanzdienstleistungen des Mitglieds, das eine solche Handlung vornimmt, nicht unangemessen diskriminieren darf.

11. Bezüglich der in Absatz 10 Buchstaben a und b genannten nichtdiskriminierenden Maßnahmen wird jedes Mitglied bestrebt sein, weder das derzeit vorhandene Ausmaß von Marktchancen noch die Vorteile, welche die Erbringer von Finanzdienstleistungen aller anderen Mitglieder als Gruppe im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds schon genießen, zu begrenzen oder einzuschränken; jedoch darf diese Verpflichtung nicht zu einer unangemessenen Diskriminierung der Erbringer von Finanzdienstleistungen des Mitglieds, das solche Maßnahmen trifft, führen.

C. Inländerbehandlung

1. Unter Bedingungen der Inländerbehandlung gewährt jedes Mitglied den Erbringern von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds, die in seinem Hoheitsgebiet niedergelassen sind, Zugang zu den von staatlichen Stellen betriebenen Zahlungs- und Verrechnungssystemen sowie zu offiziellen Finanzierungs- und Refinanzierungsmöglichkeiten, die für die normale Durchführung der üblichen Geschäfte zur Verfügung stehen. Mit diesem Absatz ist nicht beabsichtigt, Zugang zu den für Notfälle vorgesehenen letzten Finanzierungsmöglichkeiten des Mitglieds zu gewähren.

2. Verlangt ein Mitglied, daß die Erbringer von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds Mitglied einer Selbstverwaltungskörperschaft, einer Wertpapierbörse oder eines Terminkontrakts, einer Verrechnungsstelle oder einer anderen Organisation oder Vereinigung sind oder daran beteiligt sind oder Zugang dazu haben, um auf der gleichen Grundlage wie die Erbringer von Finanzdienstleistungen des betreffenden Mitglieds Finanzdienstleistungen erbringen zu können, oder stellt das Mitglied unmittelbar oder mittelbar solche Einrichtungen, Vorrechte oder Vorteile für die Erbringung von Finanzdienstleistungen bereit, so stellt das Mitglied sicher, daß solche Einrichtungen den Erbringern von Finanzdienstleistungen eines anderen Mitglieds, die im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitglieds niedergelassen sind, Inländerbehandlung gewähren.

D. Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Vorgehens

- 1. ist ein nichtgebietsansässiger Erbringer von Finanzdienstleistungen ein Erbringer von Finanzdienstleistungen eines Mitglieds, der von einer Niederlassung im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds aus eine Finanzdienstleistung in das Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds erbringt, gleichviel ob dieser Erbringer von Finanzdienstleistungen im Hoheitsgebiet des Mitglieds, in dem die Finanzdienstleistung erbracht wird, eine kommerzielle Präsenz hat oder nicht;

2. bedeutet „kommerzielle Präsenz“ ein Unternehmen im Hoheitsgebiet eines Mitglieds zur Erbringung von Finanzdienstleistungen und umfaßt vollständig oder teilweise im Eigentum des Unternehmens stehende Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen, Personengesellschaften, Einzelfirmen, Franchiseunternehmen, Zweigstellen, Vertretungen, Repräsentanzen oder andere Organisationen;
3. ist eine neue Finanzdienstleistung eine Dienstleistung finanzieller Art, einschließlich Dienstleistungen in bezug auf bestehende und neue Erzeugnisse oder auf die Art und Weise, in der ein Erzeugnis geliefert wird, die von keinem Erbringer von Finanzdienstleistungen im Hoheitsgebiet eines bestimmten Mitglieds erbracht wird, die jedoch im Hoheitsgebiet eines anderen Mitglieds erbracht wird.

Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten

Liste der spezifischen Verpflichtungen

(Nur der englische Wortlaut ist verbindlich)

Einleitung

1. Die in dieser Liste aufgeführten spezifischen Verpflichtungen gelten nur für die Hoheitsgebiete, in denen die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften Anwendung finden, und unter den Bedingungen, die in diesen Verträgen festgelegt sind. Diese Verpflichtungen gelten nur für die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Nicht-Gemeinschaftsländern andererseits. Sie betreffen nicht die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten aufgrund des Gemeinschaftsrechts.
2. Folgende Abkürzungen werden zur Bezeichnung der Mitgliedsstaaten verwendet:

B	Belgien	I	Italien
D	Bundesrepublik Deutschland	IRL	Irland
DK	Dänemark	L	Luxemburg
E	Spanien	NL	Niederlande
F	Frankreich	P	Portugal
GR	Griechenland	UK	Vereinigtes Königreich
3. Die sich aus dem GATS einschließlich der Liste der Verpflichtungen ergebenden Rechte und Pflichten sind nicht unmittelbar anwendbar und gewähren somit keine unmittelbaren Rechte für einzelne natürliche oder juristische Personen.
4. Ein Glossar der von den einzelnen Mitgliedstaaten verwendeten Begriffe ist dieser Liste beigelegt.

Die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedsstaaten – Liste der spezifischen Verpflichtungen

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	

I. Horizontale Verpflichtungen

Sämtliche in dieser Liste
aufgeführten Sektoren

3) In sämtlichen EG-Mitgliedstaaten können Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatlichen Monopolen oder ausschließlichen Rechten privater Betreiber unterliegen¹⁾.

Erwerb von Grundbesitz:

DK: Beschränkungen für den Erwerb von Grundbesitz für nicht gebietsansässige natürliche und juristische Personen.
Beschränkungen für landwirtschaftliche Betriebe, die durch ausländische natürliche und juristische Personen erworben werden.

3) a) Die Behandlung von Tochtergesellschaften (von Drittstaaten-Gesellschaften), die nach dem Recht eines Mitgliedstaats errichtet sind und ihren eingetragenen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihren Hauptsitz innerhalb der Gemeinschaften haben, wird nicht auf Zweigstellen oder Vertretungen ausgedehnt, die in einem Mitgliedstaat von einer Drittstaaten-Gesellschaft errichtet werden. Dies hindert einen Mitgliedstaat jedoch nicht daran, diese Behandlung auf Zweigstellen oder Vertretungen auszudehnen, die durch eine Gesellschaft oder Firma eines Drittstaats in einem anderen Mitgliedstaat errichtet werden, in bezug auf deren Tätigkeit im Hoheitsgebiet des erstgenannten Mitgliedstaats, sofern diese Behandlung vom Gemeinschaftsrecht ausdrücklich verboten ist.

b) Eine weniger günstige Behandlung kann Tochtergesellschaften (von Drittstaaten-Gesellschaften) gewährt werden, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründet sind und nur ihren eingetragenen Sitz im Hoheitsgebiet der Gemeinschaften haben, sofern sie nicht nachweisen können, daß sie eine tatsächlich und dauernde Verbindung zur Wirtschaft eines der Mitgliedstaaten haben.

D: Der Erwerb von Grundbesitz durch Ausländer in den Bundesländern Berlin, Schleswig-Holstein und Saarland kann einer Genehmigungspflicht unterliegen. Nach 1994 wird sehr wahrscheinlich nur noch das Land Berlin eine solche Genehmigung vorschreiben.

¹⁾ Erläuterung: Öffentliche Aufgaben bestehen in Sektoren wie z. B. verbundenen wissenschaftlichen und technischen Beratungsdienstleistungen, Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen in den Sozial- und Geisteswissenschaften, technische Prüf- und Analysedienstleistungen, Umweltdienstleistungen, Gesundheitsdienstleistungen, Verkehrsdienstleistungen und Hilfsdienstleistungen für alle Verkehrsarten. Ausschließliche Rechte für solche Dienstleistungen werden häufig privaten Betreibern gewährt, z. B. Betreibern mit Konzessionen öffentlicher Stellen, vorbehaltlich bestimmter Versorgungspflichten. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß öffentliche Aufgaben häufig auf nachgeordneter Ebene bestehen, ist eine detaillierte und erschöpfende sektorspezifische Auflistung nicht möglich.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	GR: Nach dem Gesetz Nr. 1892/89 ist eine Genehmigung des Verteidigungsministers für den Erwerb von grenznahem Grundbesitz durch einen Staatsbürger erforderlich. Für Direktinvestitionen wird die Genehmigung in der Verwaltungspraxis ohne Schwierigkeiten erteilt. Investitionen: F: Der Erwerb von mehr als 33,33 v. H. der Kapitalanteile oder Stimmrechte an einem bestehenden französischen Unternehmen oder 20 v. H. von an der Börse gehandelten französischen Unternehmen durch Ausländer unterliegen folgenden Bestimmungen: Investitionen²⁾ von weniger als 50 Millionen FF in französischen Unternehmen mit einem Umsatz von höchstens 500 Millionen FF sind nach einer Frist von fünfzehn Tagen nach Ankündigung und Überprüfung der einzuhaltenden Summen zulässig; F: Ausländische Beteiligungen an kürzlich privatisierten Firmen können auf einen im Einzelfall von der französischen Regierung auf einen bestimmten veränderlichen Anteil der öffentlich angebotenen Beteiligung beschränkt werden. E: Investitionen in Spanien von seiten ausländischer Regierungen und ausländischer öffentlich-rechtlicher Körperschaften (wazu außer wirtschaftlichen Anteilen zunehmend auch nicht-wirtschaftliche Anteile an der Körperschaft gehören), die unmittelbar Firmen oder andere Körperschaften getätigt oder durch ausländische Regierungen kontrolliert werden, bedürfen der vorherigen Genehmigung der Regierung.	IRL: Vorherige schriftliche Zustimmung der Land Commission ist für den Erwerb von Nutzungsrechten an irischem Boden für in- und ausländische Firmen oder Ausländer erforderlich. Sofern das Grundstück für industrielle Zwecke (mit Ausnahme der Agrarindustrie) verwendet werden soll, wird auf diese Anforderung verzichtet, wenn eine entsprechende Bescheinigung des Ministers für Unternehmen und Beschäftigung vorgelegt wird. Diese Bestimmung gilt nicht für Grund und Boden innerhalb von Stadtgrenzen. I: Ungebunden für den Erwerb von Grundbesitz.		
		Subventionen: 3) Keine, außer für Zweigstellen, die von einem Nicht-Gemeinschaftsunternehmen in einem Mitgliedstaat errichtet sind. Der Anspruch auf Subventionen der Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten kann auf im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats oder in einem besonderen geographischen Teilgebiet eines Mitgliedstaats niedergelassene juristische Personen beschränkt werden. Ungebunden für Subventionen für Forschung und Entwicklung. Die Erbringung einer Dienstleistung oder ihre Subventionierung innerhalb des öffentlichen Sektors verletzt diese Verpflichtung nicht. 4) Soweit Subventionen natürlichen Personen zur Verfügung gestellt werden, können sie auf Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Gemeinschaften beschränkt werden.		

2) Dieses Verfahren gilt nicht für Investitionen in Frankreich in Tätigkeiten, die zur Ausübung öffentlicher Gewalt gehören. Das letztere ist nach Artikel 55 des Vertrags von Rom und der entsprechenden Rechtsprechung zu verstehen.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	P: Genehmigungen³⁾ sind für Investitionen von Nicht-Gemeinschaftsunternehmen erforderlich, sofern sie 20 v. H. des Kapitals des Unternehmens übersteigen oder die Investitionen zu einer tatsächlichen Kontrolle oder zur Stärkung der Entscheidungsbefugnis führen. Ausländische Beteiligungen an kürzlich privatisierten Unternehmen können im Einzelfall auf einen von der portugiesischen Regierung bestimmten veränderlichen Anteil der öffentlich angebotenen Beteiligung beschränkt werden. I: Ausschließliche Rechte können kürzlich privatisierten Unternehmen gewährt oder für sie beibehalten werden. Stimmrechte in kürzlich privatisierten Unternehmen können in einigen Fällen beschränkt werden. Für einen Zeitraum von fünf Jahren kann der Erwerb von umfangreichen Kapitalbeteiligungen an Gesellschaften, die in den Bereichen Verteidigung, Verkehr, Telekommunikation und Energie tätig sind, der Genehmigung des italienischen Finanzministeriums unterworfen werden. F: Zur Durchführung bestimmter⁴⁾ kommerzieller, industrieller oder handwerklicher Unternehmungen ist eine spezielle Genehmigung erforderlich, sofern der Geschäftsführer über keine ständige Aufenthaltsgenehmigung verfügt. 4) Ungebunden, außer für Maßnahmen betreffend die Einreise in einem Mitgliedstaat und den vorübergehenden Aufenthalt⁵⁾ dort, ohne daß eine wirtschaftliche Bedarfsprüfung⁶⁾ erforderlich ist; davon sind folgende Kategorien natürlicher Personen, die Dienstleistungen erbringen, betroffen:			
		4) Ungebunden, außer für Maßnahmen, betreffend die in der Spalte „Marktzugang“ aufgeführten Kategorien natürlicher Personen.		

3) Eine Bewertung der Investition erfolgt unter Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes. Berücksichtigte Kriterien sind u. a.: Schaffung neuer Arbeitsplätze, positive Zahlungsbilanz, Einführung fortgeschrittener Technologien, geringere Umweltverschmutzung durch die Industrie, berufliche Bildung für portugiesische Arbeitnehmer usw.

4) Kommerzielle, industrielle oder handwerkliche Unternehmungen umfassen Sektoren wie sonstige gewerbliche Dienstleistungen, Bau-, Vertriebs- und Fremdenverkehrsdienstleistungen. Sie beziehen sich nicht auf Telekommunikations- und Finanzdienstleistungen.

5) Die Dauer des „vorübergehenden Aufenthalts“ wird von den Mitgliedstaaten und ggf. vom Gemeinschaftsrecht betreffend Einreise, Aufenthalt und Beschäftigung definiert. Die genaue Dauer kann je nach Kategorie der in dieser Liste genannten natürlichen Personen variieren.

6) Alle sonstigen Voraussetzungen im Recht der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten betreffend Einreise, Aufenthalt, Beschäftigung und Maßnahmen der sozialen Sicherheit gelten weiterhin, einschließlich der Bestimmungen über Aufenthaltsdauer, Mindestlöhne sowie Tarifverträge.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	i) der vorübergehende Aufenthalt (als innerbetrieblich versetzte Personen⁷⁾) natürlicher Personen in den folgenden Kategorien, sofern der Dienstleistungserbringer eine juristische Person ist und die betroffenen Personen von ihr angestellt oder ihre Teilhaber (außer Mehrheitsaktionäre) sind, und zwar zumindest während des Jahres, das dieser Versetzung vorangeht: a) Personen in leitender Position innerhalb einer juristischen Person, die in erste Linie die Geschäfte des Unternehmens führen und überwiegend unter allgemeiner Aufsicht oder Leitung der Geschäftsführung oder der Anteilseigner des Unternehmens oder diesen Gleichgestellten stehen; dazu gehören: – Leitung der Niederlassung oder einer Abteilung oder Unterabteilung der Niederlassung, – Aufsicht und Kontrolle der Arbeit anderer aufzuführender Fachkräfte oder leitender Angestellter, – Personen, die befugt sind, persönlich Einstellungen und Entlassungen vorzunehmen oder Einstellungen und Entlassungen zu empfehlen oder andere Personalmaßnahmen zu treffen; b) innerhalb einer juristischen Person beschäftigte Personen, die über ungewöhnliche Kenntnisse verfügen, die wesentlich sind für die Dienstleistungen, die Forschungseinrichtung, die Verfahren oder die Leitung der Niederlassung. Bei der Bewertung dieser Kenntnisse werden nicht nur die für die Niederlassung spezifischen Kenntnisse berücksichtigt, sondern auch, ob die betreffende Person über eine hohe Qualifikation in bezug auf eine Art von Tätigkeit oder Gewerbe verfügt, die spezifische Fachkenntnisse erfordert, einschließlich der Mitgliedschaft in einer zugelassenen Berufsgruppe; ii) der vorübergehende Aufenthalt natürlicher Personen in folgenden Kategorien:	EG-Richtlinien über die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen gelten nicht für Staatsangehörige von Drittstaaten. Die Anerkennung von Hochschulabschlüssen, die zur Erbringung gesetzlich geregelter freiberuflicher Dienstleistungen durch Nicht-Gemeinschaftsangehörige erforderlich sind, verbleibt in der Zuständigkeit jedes Mitgliedstaats, sofern das Gemeinschaftsrecht nichts anderes vorsieht. Das Recht auf Erbringung einer gesetzlich geregelten freiberuflichen Dienstleistung in einem Mitgliedstaat gibt nicht das Recht zur deren Erbringung in einem anderen Mitgliedstaat.		

7) Eine „innerbetrieblich versetzte Person“ ist eine natürliche Person, die innerhalb einer im Hoheitsgebiet eines WTO-Mitglieds gegründeten juristischen Person mit Ausnahme gemeinnütziger Organisationen arbeitet und vorübergehend im Zusammenhang mit der Erbringung einer Dienstleistung durch kommerzielle Präsenz im Hoheitsgebiet eines EG-Mitgliedstaats versetzt wird; die betroffene juristische Person muß ihren Hauptgeschäftssitz im Hoheitsgebiet eines WTO-Mitglieds außerhalb der Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten haben, und die Versetzung muß zu einer Niederlassung (Büro, Zweigstelle oder Tochtergesellschaft) der juristischen Person erfolgen, die tatsächlich gleiche Dienstleistungen im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats erbringt, auf den der EWG-Vertrag Anwendung findet. In Italien ist die „innerbetrieblich versetzte Person“ eine natürliche Person, die innerhalb einer als SPA (Aktiengesellschaft) oder SRL (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) gegründeten juristischen Person arbeitet.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	a) Personen, die ihren Aufenthalt nicht im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats haben, auf das die EG-Verträge Anwendung finden, die Vertreter eines Dienstleistungserbringers sind und sich um eine vorübergehende Einreise zum Zweck von Verhandlungen über den Verkauf von Dienstleistungen oder den Abschluß von Verträgen über den Verkauf von Dienstleistungen für diesen Dienstleistungserbringer bemühen anstreben, sofern diese Vertreter nicht selbst Direktverkäufe an die Allgemeinheit tätigen oder selbst Dienstleistungen erbringen; b) Personen, die in leitender Stellung im Sinne der Ziffer i Buchstabe a innerhalb einer juristischen Person arbeiten und für den Aufbau der kommerziellen Präsenz eines Dienstleistungserbringers eines Mitglieds in einem Mitgliedstaat verantwortlich sind, wenn – die Vertreter nicht selbst Direktverkäufe tätigen oder von selbst Dienstleistungen erbringen und – der Dienstleistungserbringer seinen Hauptgeschäftssitz im Hoheitsgebiet eines WTO-Mitglieds mit Ausnahme der Gemeinschaften und ihrer Mitgliedstaaten hat und über keine weiteren Vertreter, Büros, Zweigstellen oder Tochtergesellschaften in diesem Mitgliedstaat verfügt. F: Der Geschäftsführer einer industriellen, kommerziellen oder handwerklichen Unternehmung⁸⁾ benötigt eine spezielle Genehmigung, sofern er über keine ständige Aufenthaltserlaubnis verfügt. I: Der Zugang zu industriellen, kommerziellen oder handwerklichen Tätigkeiten unterliegt einer Aufenthaltsgenehmigung und einer speziellen Genehmigung zur Ausübung der Tätigkeit.			

8) Kommerzielle, industrielle oder handwerkliche Unternehmungen umfassen Sektoren wie sonstige gewerbliche Dienstleistungen, Bau-, Vertriebs- und Fremdenverkehrsdienstleistungen. Sie beziehen sich nicht auf Telekommunikations- und Finanzdienstleistungen.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
II. Sektorspezifische Verpflichtungen				
A. Freiberufliche Dienstleistungen				F: Das Recht des Gastlands und Völkerrecht (einschl. EG-Recht) stehen den Mitgliedern der gesetzlich geregelten juristischen und richterlichen Berufe ⁹⁾ offen.
1. Gewerbliche Dienstleistungen				L: Recht des Gastlands und Völkerrecht (einschl. EG-Recht) vorbehaltlich einer Registrierung als „avocat“ bei der luxemburgischen Anwaltskammer.
a) Rechtsberatung Recht des Heimatstaats und Völkerrecht (ohne EG-Recht)	1) F, P: Ungebunden für die Errichtung rechtlicher Urkunden. 2) Keine 3) D: Zugang vorbehaltlich der Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer nach den Vorschriften der Bundesrechtsanwaltsordnung, die eine Niederlassung erfordert, die auf Einzelpersonen oder Sozietäten beschränkt ist. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: GR: Staatsangehörigkeits-erfordernis L: Ungebunden F: Rechtsberatung und Erstellung rechtlicher Urkunden als Haupttätigkeit und für das Publikum sind den Angehörigen der gesetzlich geregelten juristischen und richterlichen Berufe vorbehalten¹⁰⁾. Diese Tätigkeiten können auch nebenberuflich von Mitgliedern anderer gesetzlich geregelter Berufe oder von qualifizierten Personen ausgeübt werden.	1) F, P: Ungebunden für die Erstellung rechtlicher Urkunden DK: Die Rechtsberatung ist beschränkt auf Anwälte mit einer dänischen Zulassung und in Dänemark registrierte Anwaltskanzleien. 2) Keine 3) DK: Die Rechtsberatung ist auf in Dänemark registrierte Anwaltskanzleien beschränkt. Nur Anwälte mit einer dänischen Zulassung und in Dänemark registrierte Anwaltskanzleien dürfen an einer dänischen Anwaltskanzlei beteiligt sein. Nur Anwälte mit einer dänischen Zulassung dürfen der Geschäftsführung oder der Leitung einer dänischen Anwaltskanzlei angehören. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Rechtsberatung ist auf Anwälte mit einer dänischen Zulassung beschränkt. Eine dänische juristische Prüfung ist Voraussetzung für die dänische Zulassung.		
b) Rechnungsprüfung (CPC 86212) außer „Wirtschaftsprüfung“ (CPC 86213, 86219)	1) F, GR, I: Ungebunden 2) Keine 3) D: Erbringung durch „GmbH & Co KG“ und „EWIV“ ist nicht gestattet. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. P: Erbringung nur durch berufliche Niederlassung	1) F, GR, I: Ungebunden 2) Keine 3) DK: Ausländische Rechnungsprüfer dürfen mit Genehmigung der dänischen Behörde für Handel und Unternehmen eine Sozietät mit zugelassenen dänischen Rechnungsprüfern eingehen.		

⁹⁾ Der Zugang zu diesen Berufen ist im französischen Gesetz Nr. 90-1259 vom 31. Dezember 1990 geregelt, das sämtliche juristischen und richterlichen Tätigkeiten eröffnet.

¹⁰⁾ Der Zugang zu diesen Berufen ist im französischen Gesetz Nr. 90-1259 vom 31. Dezember 1990 geregelt, das sämtliche juristischen und richterlichen Tätigkeiten eröffnet.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	I: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Angehörige dieses Berufes aus Nicht-EG-Ländern können durch einen Beschluß des Ministers für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt nach Absprache mit dem Außenminister eine Genehmigung zur Erbringung von Dienstleistungen erhalten. Das Wohnsitzerfordernis darf 5 Jahre nicht überschreiten. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für „Ragionieri-Periti commerciali“ erforderlich. DK: Staatsangehörigkeitserfordernis, außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK, I: Wohnsitzerfordernis		
b) Wirtschaftsprüfer-Dienstleistungen ¹¹⁾ (CPC 86211 und 86212 außer Rechnungsprüfung)	1) Ungebunden 2) Keine 3) B: Erbringung durch „SA“ und „Société en commandite“ ist nicht gestattet. D: Erbringung durch „GmbH & Co KG“ und „EWIV“ ist nicht gestattet. F: Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen: Erbringung durch jegliche Gesellschaftsform mit Ausnahme von SNC, SCS und nachgeordneten Büros. P: Erbringung nur durch beruflichen Zusammenschluß. IRL: Erbringung nur durch Sozietät. I: Zugang beschränkt sich bei „Ragionieri-Periti commerciali“ oder „Dottori commerciali“ auf natürliche Personen. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig.	1) Ungebunden 2) Keine 3) DK: Ausländische Prüfer dürfen mit staatlich bevollmächtigten dänischen Prüfern eine Sozietät eingehen, sofern eine Genehmigung der dänischen Behörde für Handel und Unternehmen vorliegt.		

¹¹⁾ Erläuterung: Da kommerzielle Präsenz zur Durchführung jeglicher Prüfungstätigkeiten erforderlich ist, wird zu grenzüberschreitender Erbringung keine Bindung eingegangen. Nur niedergelassene gesetzlich zugelassene Abschlußprüfer können von den nationalen Berufsverbänden anerkannt werden. Diese Anerkennung ist eine zwingende Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
b) Buchhaltungsdienstleistungen (CPC 86220)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Staatsangehörigkeitserfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen. E, GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für gesetzlich zugelassene Abschlußprüfer. E: Wirtschaftsprüfungsgesellschaften: Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer, Direktoren und Teilhaber von Gesellschaften mit Ausnahme derjenigen, die unter die 8. gesellschaftsrechtliche Richtlinie der EG fallen. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für „Ragioniere-Periti commerciali“. Für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften: Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer und Prüfer in „società di revisione“ mit Ausnahme derjenigen, die unter die 8. gesellschaftsrechtliche Richtlinie der EG fallen.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Wohnsitzerfordernis. I, P: Wohnsitzerfordernis für Einzelprüfer		
	1) F, GR, I: Ungebunden 2) Keine 3) F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. I: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Angehörige dieses Berufs aus Nicht-EG-Ländern können durch einen Beschluß des Ministers für Wirtschaft, Finanzen und Haushalt nach Absprache mit dem Außenminister eine Genehmigung zur Erbringung von Dienstleistungen erhalten. Das Wohnsitzerfordernis darf 5 Jahre nicht überschreiten. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für „Ragioniere-Periti commerciali“	1) F, GR, I: Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I: Wohnsitzerfordernis für „Ragioniere Periti commerciali“ P: Wohnsitzerfordernis		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
c) Steuerberatungs- dienstleistungen (CPC 863 außer für Vertretung vor Gerichten)	1) F: Ungebunden für die Erstellung rechtlicher Urkunden. 2) Keine 3) I: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Rechtsberatung und Erstellung rechtlicher Urkunden für das Publikum als Haupttätigkeit sind den Angehörigen der gesetzlich geregelten juristischen und richterlichen Berufe vorbehalten¹²⁾. Diese Tätigkeiten können auch nebenberuflich von Mitgliedern anderer gesetzlich geregelter Berufe oder von qualifizierten Personen ausgeübt werden. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für „Ragioniere-Periti commerciali“	1) F: Ungebunden für die Erstellung rechtlicher Urkunden. 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis		
d) Architektendienstleistungen (CPC 8671)	1) B, GR, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. I, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig.	1) B, GR, I, P: Ungebunden. D: Anwendung der nationalen Honorarordnung für alle aus dem Ausland erbrachten Dienstleistungen. 2) Keine 3) Keine		

12) Der Zugang zu diesen Berufen ist im französischen Gesetz Nr. 90-1259 vom 31. Dezember 1990 geregelt, das sämtliche juristischen und richterlichen Tätigkeiten eröffnet.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
e) Ingenieurdienstleistungen (CPC 8672)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: GR, P: Staatsangehörigkeitserfordernis. F: Staatsangehörigkeitserfordernis, soweit nicht durch Ministerentscheidung aufgehoben.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: B, D, F: Die Verwendung der Berufsbezeichnung durch qualifizierte Berufsangehörige aus Drittländern ist nur zulässig aufgrund von Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung, oder für Belgien mit besonderer Genehmigung durch Königlichen Erlaß. I: Wohnsitzerfordernis		
	1) GR, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig.	1) GR, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) Keine		
f) Integrierte Ingenieurdienstleistungen (CPC 8673)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: GR: Staatsangehörigkeitserfordernis.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis		
	1) GR, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig.	1) GR, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) Keine		
g) Stadtplanungs- und Landschaftsarchitekten-Dienstleistungen (CPC 8674)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: GR: Staatsangehörigkeitserfordernis.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis GR: Staatsangehörigkeitserfordernis.		
	1) B, GR, I, P: Ungebunden 2) Keine	1) B, GR, I, P: Ungebunden D: Anwendung nationaler Honorarordnung für alle aus dem Ausland erbrachten Dienstleistungen. 2) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
h) Medizinische, zahnmedizinische und Hebammen-Dienstleistungen (CPC 9312, 93191) ¹³⁾	3) I, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: GR, P: Staatsangehörigkeitserfordernis	3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: B, D: Die Verwendung der Berufsbezeichnung durch qualifizierte Berufsangehörige aus Drittländern ist nur zulässig aufgrund von Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung, oder für Belgien mit besonderer Genehmigung durch Königlichen Erlaß. I: Wohnsitzerfordernis		
	1) Ungebunden 2) Keine 3) D: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Vorbehaltlich einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung für Ärzte und Zahnärzte, die zur Behandlung gesetzlich krankenversicherter Personen zugelassen sind. Entscheidungskriterium ist, ob eine bestimmte Region mit Ärzten und Zahnärzten unterversorgt ist. E: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig. IRL: Zugang wird nur natürlichen Personen und Gemeinschaftspraxen gewährt. UK: Niederlassung von Ärzten im Rahmen des „National Health Service“ unterliegt der Personalplanung für medizinischen Berufe. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen:	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen:		

13) Bedeutet, daß die angegebenen Dienstleistungen nur einen Teil des gesamten von der CPC-Liste erfaßten Tätigkeitsbereichs darstellen.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	DK: Für maximal 18 Monate kann eine begrenzte Genehmigung zur Erfüllung einer besonderen Funktion erteilt werden. GR, P: Staatsangehörigkeitserfordernis. F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Im Rahmen jährlich festgesetzter Quoten ist der Zugang zum Beruf jedoch möglich. D: Staatsangehörigkeitserfordernis für Ärzte und Zahnärzte. Von dieser Bedingung kann im öffentlichen Gesundheitsinteresse abgewichen werden. Nullquote für Hebammen.	DK: Wohnsitzerfordernis für die notwendige Einzelzulassung der staatlichen Gesundheitsbehörde. I: Wohnsitzerfordernis.		
i) Veterinärdienstleistungen (CPC 932)	1) Ungebunden 2) Keine 3) D, DK, E, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) unter natürlichen Personen zulässig. IRL, UK: Zugang wird nur natürlichen Personen oder Gemeinschaftspraxen gewährt. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: D, F, GR, P: Staatsangehörigkeitserfordernis.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I: Wohnsitzerfordernis.		
j) Dienstleistungen von Krankenpflegepersonal, Physiotherapeuten und Angehörigen nichtärztlicher Heilberufe (CPC 93191) ¹⁴⁾	1) Ungebunden 2) Keine 3) E, P: Krankenpflegepersonal: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I: Krankenpflegepersonal: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Beruflicher Zusammenschluß von natürlichen Personen (keine Gründung einer juristischen Person) zulässig. F: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée ou en commandite par actions) oder SCP	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine		

14) Bedeutet, daß die angegebenen Dienstleistungen nur einen Teil des gesamten von der CPC-Liste erfaßten Tätigkeitsbereichs darstellen.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
Versorgung der Öffentlichkeit mit pharmazeutischen Produkten (Apotheker)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Für maximal 18 Monate kann eine begrenzte Genehmigung zur Ausübung bestimmter Aufgaben erteilt werden. GR, P: Staatsangehörigkeitserfordernis. I: Vorbehaltlich einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung: die Entscheidung hängt von der Anzahl freier Stellen und Unterversorgung in einer Region ab.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Wohnsitzerfordernis für die notwendige Einzelzulassung der staatlichen Gesundheitsbehörde.		
	1) Ungebunden 2) Keine 3) ¹⁵⁾ D, DK, E, GR, L, NL, P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. Berufliche Zusammenschlüsse (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig. B, DK, E, F, GR, I, L, P: Monopol für Apotheker bei der Versorgung der Öffentlichkeit mit pharmazeutischen Produkten. B, DK, IRL, P: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung. F: Apotheken werden nach dem Bedarf der Bevölkerung und im Rahmen festgesetzter Quoten genehmigt. Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée, ou en commandite par actions), SNC oder SARL. E, I: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung für die Gründung neuer Apotheken. D: Gründung einer neuen Apotheke ist beschränkt und nur durch Übernahme einer bereits bestehenden Apotheke möglich. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen:	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, D, DK, P: Wohnsitzerfordernis.		

15) Soweit die Gründung von Apotheken der wirtschaftlichen Bedarfsprüfung unterliegt, werden die folgenden Hauptkriterien berücksichtigt: Bevölkerung, Anzahl bereits existierender Apotheken und deren geographische Dichte.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
k) Sonstige Verbundene wissen- schaftliche und technische Beratungs- dienstleistungen ¹⁶⁾ (CPC 8675)	F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Innerhalb festgesetzter Quoten haben jedoch Staatsangehörige von Drittstaaten Zugang, sofern sie über ein französisches Diplom in Pharmazie verfügen. D, DK, GR: Staatsangehörigkeitserfordernis.			
	1) Ungebunden für Explorationsdienstleistungen 2) Keine 3) F: „Vermessungswesen“: Erbringung nur durch SEL (anonyme, à responsabilité limitée, ou en commandite par actions), SCP, SA oder SARL. I: Für mit dem Bergbau zusammenhängende bestimmte Explorationsdienstleistungen (Mineralien, Öl, Gas usw.) können ausschließliche Rechte bestehen. E: Zugang zum Beruf des Vermessers und Geologen nur für natürliche Personen. P: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. I: Zugang zum Beruf des Vermessers und Geologen nur für natürliche Personen. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) von natürlichen Personen zulässig. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: D: Staatsangehörigkeit für öffentlich bestellte Vermesser erforderlich. F: „Vermessungswesen“: Tätigkeiten zur Feststellung von Eigentumsrechten und im Bereich des Bodenrechts sind EG – „experts – géomètres“ – vorbehalten.	1) Ungebunden für Explorationsdienstleistungen D: Anwendung der nationalen Gebührenregelungen für Vermessungsdienstleistungen, die aus dem Ausland erbracht werden. 2) Keine 3) F: „Explorations- und Prospektierungsdienstleistungen“ vorbehaltlich Genehmigung. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis.		
B. Computer- und verbundene Dienstleistungen	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
a) Beratungsdienstleistungen zur Installation von Computerhardware (CPC 841).				

16) Bei den betreffenden Dienstleistungen ist der Betrieb von Bergwerken usw. ausgeschlossen.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
b) Beratungsdienstleistungen zur Installation von Software (CPC 842)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
c) Datenverarbeitungsdienstleistungen (CPC 843)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
d) Datenbankdienstleistungen (CPC 844)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
Wartungs- und Reparaturdienstleistungen (CPC 845)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
e) Sonstige Computerdienstleistungen (CPC 849)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
C. Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen				
b) F & E-Dienstleistungen im Bereich Sozial- und Geisteswissenschaften (CPC 852)	1) Keine 2) Keine 3) I: Zugang zum Beruf des Psychologen nur für natürliche Personen. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig. P: Zugang zum Beruf des Psychologen nur für natürliche Personen.	1) Keine 2) Keine 3) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
D: Immobilien-Dienstleistungen ¹⁷⁾	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis für Psychologen.		
a) Dienstleistungen betreffend eigene oder gemietete Immobilien (CPC 821)	1) IRL: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang wird nur natürlichen Personen, Personengesellschaften oder „sociedad en comandita“ gewährt. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: E, GR: Staatsangehörigkeitserfordernis.	1) IRL: Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F, I, P: Wohnsitzerfordernis.		
b) Auf Gebühren- oder vertraglicher Grundlage (z. B. Wertgutachten, Grundstücksverwaltung etc.; CPC 822)	1) IRL: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang wird nur natürlichen Personen gewährt. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Zugelassene Immobilienmakler: Staatsangehörigkeitserfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen. Nicht zugelassener Immobilienmakler: Staatsangehörigkeitserfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen GR: Staatsangehörigkeitserfordernis	1) IRL: Ungebunden 2) Keine 3) DK: Die Zulassung als zugelassener Immobilienmakler kann den Tätigkeitsbereich beschränken. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: zugelassener und nicht zugelassener Immobilienmakler: Wohnsitzerfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen. F, I, P: Wohnsitzerfordernis		
E. Miet-Leasing-Dienstleistungen ohne Betreiber				
a) Für Schiffe (CPC 83103)	1) F: Charters sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe. D: Ungebunden 2) F: Charters sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe.	1) D: Ungebunden 2) D: Ungebunden		

17) Die betreffende Dienstleistung bezieht sich auf den Beruf des Immobilienmaklers und betrifft keine Rechte und/oder Beschränkungen für natürliche oder juristische Personen, die Immobilien erwerben.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
b) Für Luftfahrzeuge (CPC 83104)	D: Ungebunden			
	3) F: Chartern sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Keine	1) Keine		
	2) Sämtliche Mitgliedstaaten: Luftfahrzeuge, die von Luftverkehrsunternehmen der Gemeinschaften benutzt werden, müssen in dem die Lizenz für die Transportgesellschaft ausstellenden Mitgliedstaat oder einem anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaften registriert sein. Für kurzfristige Pachtverträge oder unter außergewöhnlichen Umständen kann darauf verzichtet werden.	2) Keine		
c) Für sonstige Transportmittel (CPC 83101, 83102, 83105)	3) Sämtliche Mitgliedstaaten: Um in dem Luftfahrzeugregister dieser Mitgliedstaaten eingetragen werden zu können, muß der Eigentümer des Luftfahrzeugs entweder eine natürliche Person, die ganz bestimmte Kriterien für die Staatsangehörigkeit erfüllt, oder eine juristische Person sein, die bestimmte Kriterien für Eigenkapital und Kontrolle (einschließlich der Staatsangehörigkeit der Direktoren) erfüllt.	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Keine	1) Keine		
	2) Keine	2) Keine		
	3) Keine	3) Keine		
d) Für sonstige Maschinen und Geräte (CPC 83106, 83107, 83109)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Keine	1) Keine		
	2) Keine	2) Keine		
	3) Keine	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
Mietdienstleistungen mit Betreibern Vermietung von Schiffen mit Besatzung (CPC 7213, 7223)	1) F: Chartern sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe.	1) D: Ungebunden		
	D: Ungebunden			
	2) F: Chartern sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe.	2) D: Ungebunden		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
Vermietung von gewerblichen Straßennutzfahrzeugen mit Fahrer (CPC 7124)	3) F: Charters sämtlicher Schiffe vorbehaltlich vorheriger Bekanntgabe. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“. 1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“: 1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
F. Sonstige gewerbliche Dienstleistungen				
a) Werbung (CPC 871)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
b) Markt- und Meinungsforschung (CPC 864)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
c) Unternehmensberatung (CPC 865)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
d) Mit Unternehmensberatung im Zusammenhang stehende Dienstleistungen (CPC 866)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
e) Technische Prüfungs- und Analyse-Dienstleistungen (CPC 8676)	1) I: Ungebunden für Biologen und chemische Analytiker. 2) Keine 3) E: Nur natürliche Personen dürfen chemische Analyse-Dienstleistungen erbringen.	1) I: Ungebunden für Biologen und chemischen Analytiker. 2) Keine 3) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
f) Beratungsdienstleistungen für Landwirtschaft, Jagd- und Forstwirtschaft	I: Nur natürliche Personen haben Zugang zum Beruf des Biologen und chemischen Analytikers. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen zulässig. P: Nur natürliche Personen haben Zugang zum Beruf des Biologen und chemischen Analytikers. 4) Ungebunden mit Ausnahme unter „Horizontale Verpflichtungen“. 1) I: Ungebunden für Tätigkeiten, die Agronomen und „periti agrari“ vorbehalten sind. 2) Keine 3) E: Nur natürliche Personen haben Zugang zu den Berufen des Agronomen und Forstwirts. P: Nur natürliche Personen haben Zugang zu dem Beruf des Agronomen. I: Nur natürliche Personen haben Zugang zu den Berufen des Agronomen und des „periti agrari“. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürlichen Personen ist zulässig. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für „periti agrari“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis für Biologen und chemische Analytiker. 1): Ungebunden für Tätigkeiten, die Agronomen und „periti agrari“ vorbehalten sind. 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, P: Wohnsitzerfordernis für Agronomen.		
g) Beratungsdienstleistungen für Fischereiwesen	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
h) Beratungsdienstleistungen für Bergbau	1) Keine 2) Keine 3) E, P: Zugang für Bergbauingenieure ist beschränkt auf natürliche Personen. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben und „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: P: Wohnsitzerfordernis		
k) Dienstleistungen zur Stellenvermittlung und Suche von leitendem Personal (CPC 87201)	1) D, E, IRL, P: Ungebunden 2) Keine	1) D, E, IRL, P: Ungebunden 2) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
Stellenvermittlung (CPC 87202)	3) D, P: Ungebunden E: Staatliches Monopol 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“. 1) Ungebunden 2) Keine 3) D: Vorbehaltlich eines Mandats, das dem Dienstleistungserbringer von der zuständigen Behörde erteilt wird. Das Mandat wird in Abhängigkeit von der Lage und Entwicklung am Arbeitsmarkt erteilt. P: Ungebunden B, F, E, I: Staatliches Monopol. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	3) D, P: Ungebunden 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“. 1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine		
Stellenvermittlung für Büropersonal (CPC 87203)	1) D, F, I, IRL, NL, P: Ungebunden 2) Keine 3) D, P: Ungebunden I: Staatliches Monopol 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) D, F, I, IRL, NL, P: Ungebunden 2) Keine 3) D, P: Ungebunden 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
Sicherheitsdienstleistungen (CPC 87302, 87303, 87304, 87305)	1) B, E, F, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) E: Zugang nur durch Sociédades Anónimas, Sociédades de Responsabilidad Limitada, Sociédades Anónimas Laborales und Sociédades Cooperativas und vorbehaltlich vorheriger Genehmigung. Der Ministerrat legt bei der Erteilung der Genehmigung Bedingungen wie Kompetenz, berufliche Integrität und Unabhängigkeit sowie die angemessene Sicherheit der Bevölkerung und der öffentlichen Ordnung zugrunde. DK: Ungebunden für Wachdienste an Flughäfen. Erfordernis juristischer Person nach nationalem Recht. Zugang nur vorbehaltlich vorheriger Genehmigung. Bei der Erteilung der Genehmigung legt das Justizministerium Bedingungen wie Fähigkeit, berufliche Integrität und Unabhängigkeit, Erfahrung und guten Ruf der sich niederlassenden Firma zugrunde.	1) B, E, F, I, P: Ungebunden 2) Keine 3) DK: Wohnsitz- und Staatsangehörigkeitserfordernis für die Mehrheit der Direktoriumsmitglieder und für Geschäftsführer. Ungebunden für Wachdienst an Flughäfen.		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Ungebunden für Wachdienst an Flughäfen. Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer. F: Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer und Direktoren B: Staatsangehörigkeitserfordernis für leitendes Personal. E, P: Staatsangehörigkeitserfordernis für Fachpersonal. I: Staatsangehörigkeitserfordernis, um die notwendige Genehmigung für Wachdienste und den Transport von Wertsachen zu erhalten.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Ungebunden für Wachdienste an Flughäfen. Wohnsitzerfordernis für Geschäftsführer B: Wohnsitzerfordernis für leitendes Personal I: Wohnsitzerfordernis, um die notwendige Genehmigung für Wachdienste und den Transport von Wertsachen zu erhalten.		
n) Wartung und Reparatur von Anlagen (ausgenommen Seeschiffe, Luftfahrzeuge oder sonstige Transportmittel) (CPC 633, 8861, 8866)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
o) Gebäudereinigungsdienstleistungen (CPC 874)	1) Ungebunden¹⁸⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden²¹⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
p) Photographendienstleistungen (CPC 875 ausgenommen Einzelhandel)	1) Ungebunden¹⁹⁾ mit Ausnahme von Luftaufnahmen: keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden²²⁾ mit Ausnahme von Luftaufnahmen: keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
q) Verpackungsdienstleistungen (CPC 876)	1) Ungebunden²⁰⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

18) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

19) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

20) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

21) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

22) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
r) Druck und Verlagswesen (CPC 88422)	1) Keine 2) Keine 3) I: ausländische Beteiligung an Verlagen begrenzt auf 49 v.H. des Kapitals oder der Stimmrechte. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
s) Kongreßdienstleistungen	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
t) Sonstige Übersetzungsdienstleistungen (CPC 87905)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Zugelassene öffentliche Übersetzer und Dolmetscher: Staatsangehörigkeitserfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen.	1) Keine 2) Keine 3) DK: Zulassung für zugelassene öffentliche Übersetzer und Dolmetscher kann den Tätigkeitsbereich einschränken. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Zugelassene öffentliche Übersetzer und Dolmetscher: Wohnsitzerfordernis außer bei Verzicht durch dänische Behörde für Handel und Unternehmen.		
Innenarchitekturdienstleistungen (CPC 87907) ²³⁾	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) D: Anwendung der nationalen Honorarordnung für alle aus dem Ausland erbrachten Dienstleistungen. 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

23) Bedeutet, daß die angegebene Dienstleistung nur einen Teil des gesamten von der CPC-Liste erfaßten Tätigkeitsbereichs darstellt.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
2. Kommunikationsdienstleistungen				
C. Telekommunikationsdienstleistungen				
h) Mehrwertdienstleistungen ²⁴⁾ , elektronische Post, gesprochener Brief, On-Line- Informations- und Datenbankabfragen, elektronischer Datenaustausch, Code- und Protokollkonvertierung	1) Keine 2) Keine 3) P: Die direkte oder indirekte Beteiligung natürlicher Personen, die nicht Staatsangehörige von EG-Mitgliedstaaten sind, oder von Nicht-Gemeinschaftsunternehmen oder -firmen am Kapital von Betreibern ergänzender Telekommunikationsdienste, bei deren Nutzung ergänzende Telekommunikationsinfrastrukturen verwendet werden, darf 25 v. H. nicht überschreiten. Ergänzende Telekommunikationsinfrastrukturen sind sämtliche öffentlichen Telekommunikationsinfrastrukturen, die nicht Teil des Telekommunikationsnetzes für die Grunddienste („basic telecommunication“) sind. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
3. Bau- und damit verbundene Ingenieurleistungen (CPC 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518)	1) Ungebunden ²⁵⁾ mit Ausnahme von 5111 und 5114; keine 2) Keine 3) I: Für den Bau, die Instandhaltung und die Verwaltung von Autobahnen und den Flughafen von Rom sind ausschließliche Rechte erteilt. P: Für die Instandhaltung und die Verwaltung von Autobahnen sind ausschließliche Rechte erteilt. GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für Leiter von Bauunternehmen, die den öffentlichen Sektor beliefern. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontaler Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen. GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für Leiter von Bauunternehmen, die den öffentlichen Sektor beliefern.	1) Ungebunden ²⁶⁾ mit Ausnahme von CPC 5111 und 5114; keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontaler Verpflichtungen“		
4. Vertriebsdienstleistungen ²⁷⁾	1) F: ungebunden für Händler und Makler, die in Märkten von nationalem Interesse tätig sind. I: ungebunden 2) Keine	1) F: Ungebunden für Händler und Makler, die in Märkten von nationalem Interesse tätig sind. I: Ungebunden 2) Keine		
A. Dienstleistungen von Provisionsvertretern (CPC 621)				

24) Ausgenommen Fernsprechen, Datendienste mit Paket- und Durchschaltvermittlung, Telegraf, Fernschreiben, mobile Funktelephondienste, Cityruf- und Satellitendienste.

25) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

26) Eine Verpflichtung ist bei dieser Art der Erbringung nicht möglich.

27) Ausgenommen Handel mit Waffen, chemischen Erzeugnissen, Explosivstoffen und Edelmetallen

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis für Tätigkeiten von Händlern, Provisionsvertretern und Maklern, die in zwanzig (20) Märkten von nationalem Interesse tätig sind.	3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I, E, P: Wohnsitzerfordernis		
B. Großhandelsdienstleistungen (CPC 622)	1) E, I, P: staatliches Tabakmonopol F: Ungebunden für Apotheken 2) Keine 3) E, I, P: staatliches Tabakmonopol F: Großhandelsapotheken werden entsprechend dem Bedarf der Bevölkerung und innerhalb festgesetzter Quoten zugelassen. Staatliches Tabak- und Zündholzmonopol. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis für Großhandel mit Pharmazeutika.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: E, I, P: Wohnsitzerfordernis		
C. Einzelhandelsdienstleistungen (CPC 631, 632, 633, 61112, 6113, 6121 ausgenommen 63211)	1) Ungebunden mit Ausnahme von Versandhandel: keine 2) Keine 3)²⁸⁾ B: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung für Kaufhäuser; DK: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung für neue Kaufhäuser; F: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung für größere Kaufhäuser; E, F, I: staatliches Tabakmonopol I: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung bei Gründung neuer Kaufhäuser/Geschäfte. Genehmigung kann verweigert werden zum Schutz von besonderem historischen und künstlerischem Interesse; P: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung für große Kaufhäuser (d. h. mehr als 2000 qm); IRL: Ungebunden für Einzelhandel mit alkoholischen Getränken	1) Ungebunden mit Ausnahme von Versandhandel: keine 2) Keine 3) Keine		

28) Wenn die Niederlassung einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung unterliegt, sind die Hauptkriterien: Anzahl und Beeinträchtigung der bestehenden Geschäfte, Bevölkerungsdichte, geographische Verteilung, Auswirkung auf die Verkehrsbedingungen und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
D. Franchising (CPC 8929)	4) Ungebunden mit Ausnahme unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis für Tabakeinzelhändler (d. h. Buraliste) erforderlich.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Keine	1) Keine		
	2) Keine	2) Keine		
	3) Keine	3) Keine		
5. Privat finanzierte Aus- bildungsdienstleistungen A. Primarausbildungs- dienstleistungen (CPC 921)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben und „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörige von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen und zu leiten sowie zu unterrichten.	1) I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Anbieter von Dienstleistungen, die befugt sein müssen, staatlich anerkannte Diplome auszustellen.		
	2) Keine	2) Keine		
	3) Keine	3) GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für die Mehrzahl der Mitglieder des Schulvorstands.		
B. Sekundarausbildungs- dienst (CPC 922)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörigen von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen und zu leiten sowie zu unterrichten. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Dienstleistungserbringer, die befugt sind, staatlich anerkannte Diplome auszustellen. GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für Lehrer	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörige von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen und zu leiten sowie zu unterrichten.	1) I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Anbieter von Dienstleistungen, die befugt sein müssen, staatlich anerkannte Diplome auszustellen.		
	2) Keine	2) Keine		
	3) Keine	3) GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für die Mehrzahl der Mitglieder des Schulvorstands.		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen:	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
C. Dienstleistungen im Bereich der höheren Schulausbildung (CPC 923)	F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörige von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen und zu leiten sowie zu unterrichten. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Dienstleistungserbringer, die befugt sind, staatlich anerkannte Diplome auszustellen. GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für Lehrer 1) F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörige von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen und zu leiten sowie zu unterrichten. 2) Keine 3) E, I: Bedarfsprüfung für die Gründung einer Privatuniversität, die befugt ist, anerkannte Diplome oder Titel auszustellen; Verfahren beinhaltet Stellungnahme des Parlaments; GR: Ungebunden für Bildungsanstalten, die anerkannte staatliche Diplome erteilen. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Staatsangehörigkeitserfordernis für Professoren. F: Staatsangehörigkeitserfordernis. Staatsangehörige von Drittländern können jedoch von den zuständigen Behörden die Genehmigung erhalten, eine Bildungsanstalt zu gründen sowie zu unterrichten. I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Dienstleistungserbringer, die befugt sein müssen, staatlich anerkannte Diplome auszustellen.	1) I: Staatsangehörigkeitserfordernis für Dienstleistungserbringer, die befugt sein müssen, staatlich anerkannte Diplome auszustellen. 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
D. Dienstleistungen im Bereich der Erwachsenenbildung (CPC 924)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
6. Umweltdienstleistungen	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden		
A. Abwasserbeseitigung (CPC 9401)				
B. Abfallbeseitigung (CPC 9402)	1) Ungebunden 2) Keine	1) Ungebunden 2) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
C. Umwelthygiene und ähnliche Dienstleistungen (CPC 9403)	3) Keine	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Ungebunden	1) Ungebunden		
	2) Keine	2) Keine		
Abgasreinigung (CPC 9404)	3) Keine	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Ungebunden	1) Ungebunden		
	2) Keine	2) Keine		
Natur- und Landschaftsschutz (CPC 9406)	3) Keine	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Ungebunden	1) Ungebunden		
	2) Keine	2) Keine		
D. Sonstige Umweltschutzdienstleistungen (CPC 9409)	3) Keine	3) Keine		
	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Ungebunden	1) Ungebunden		
	2) Keine	2) Keine		

7. Sektor Finanzdienstleistungen²⁹⁾

1. Die Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten gehen Verpflichtungen bezüglich Finanzdienstleistungen in Übereinstimmung mit der „Vereinbarung über Verpflichtungen bei Finanzdienstleistungen“ („Vereinbarung“) ein.
2. Diese Verpflichtungen unterliegen den im Abschnitt „alle Sektoren“ dieser Liste enthaltenen Beschränkungen des Marktzugangs und der Inländerbehandlung und denjenigen, die sich auf die nachstehend aufgeführten Teilssektoren beziehen.
3. Die Verpflichtungen bezüglich des Marktzugangs im Hinblick auf die Erbringungsarten 1 und 2 gelten nur für die Transaktionen, die in Absatz 3 bzw. 4 des Abschnitts über den Marktzugang in der Vereinbarung angegeben sind.
4. Unbeschadet der o. g. Anmerkung 1 sind die Verpflichtungen zu Marktzugang und Inländerbehandlung bezüglich der Erbringungsart 4 bei Finanzdienstleistungen die im Abschnitt „alle Sektoren“ dieser Liste enthaltenen.
5. Die Marktzulassung neuer Finanzdienstleistungen oder -produkte kann vom Vorhandensein eines gesetzlichen Rahmens oder der Vereinbarkeit mit diesem abhängen, der die in Artikel 2 Absatz 1 der „Anlage zu den Finanzdienstleistungen“ angebenen Ziele erreichen soll.
6. In der Regel und ohne Diskriminierung müssen Finanzinstitute, die ihren Sitz in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft haben, eine spezielle Rechtsform annehmen

29) Im Gegensatz zu ausländischen Tochtergesellschaften unterliegen Zweigstellen, die von einem Finanzinstitut aus einem Nicht-EG-Land unmittelbar in einem Mitgliedstaat errichtet werden, mit bestimmten begrenzten Ausnahmen nicht den auf Gemeinschaftsebene harmonisierten Aufsichtsvorschriften, die es solchen Tochtergesellschaften unter erleichterten Bedingungen möglich machen, in der gesamten Gemeinschaft neue Niederlassungen zu errichten und grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erbringen. Deshalb erhalten solche Zweigstellen eine Genehmigung, im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats unter denselben Bedingungen tätig zu werden, die auch für inländische Finanzinstitute des betreffenden Mitgliedstaats gelten; ihnen kann darüber hinaus auferlegt werden, eine Reihe spezifischer aufsichtsrechtlicher Erfordernisse zu erfüllen, wie z. B. im Bankwesen und bei Wertpapieren getrennte Kapital- und andere Liquiditätsanforderungen sowie Berichts- und Veröffentlichungspflichten über Abschlüsse, oder bei Versicherung spezifische Anforderungen zu Garantien und Einlagen, getrennte Kapitalausstattung und die Belegenheit des Vermögens im betreffenden Mitgliedstaat, das die versicherungstechnischen Rücklagen und mindestens ein Drittel der Liquiditätsreserve darstellt. Die Mitgliedstaaten dürfen die in dieser Liste aufgeführten Beschränkungen nur auf die direkte Begründung einer kommerziellen Präsenz von einem Drittland aus oder auf die Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen aus einem Drittland anwenden; folglich darf ein Mitgliedstaat diese Beschränkungen einschließlich derjenigen bezüglich der Niederlassung nicht auf Tochtergesellschaften aus Drittländern anwenden, die in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaften niedergelassen sind, es sei denn, daß diese Beschränkungen in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht auch auf Unternehmen oder Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten angewandt werden können.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
A. Versicherungen und damit verbundene Dienstleistungen	1) DK: Lufttransport-Pflichtversicherungen können nur von Gesellschaften übernommen werden, die ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft haben. DK: Weder Personen noch Gesellschaften (einschließlich Versicherungsgesellschaften) dürfen zu geschäftlichen Zwecken in Dänemark beim Abschluß einer Direktversicherung für in Dänemark ansässige Personen, für dänische Schiffe oder für Immobilien in Dänemark behilflich sein, ausgenommen dänische Gesellschaften, in Dänemark eingetragene ausländische Gesellschaften, oder ausländische Versicherungsgesellschaften, die dem dänischen Gesetz über die Erbringung von Versicherungsdienstleistungen bei direkter Sachversicherung (zur Durchführung der zweiten EG-Richtlinie zu Sach- und Schadenversicherungen) unterliegen. Der Industrieminister kann anderslautende Vorschriften erlassen. D: Lufttransport-Pflichtversicherungen können nur von einer Tochtergesellschaft mit Sitz in der Gemeinschaft oder von einer Zweigstelle mit Sitz in Deutschland übernommen werden. D: Hat eine ausländische Versicherungsgesellschaft in Deutschland eine Zweigstelle errichtet, so darf sie in Deutschland Versicherungsverträge für internationale Transporte nur über die Zweigstelle mit Sitz in Deutschland schließen. E, I: Ungebunden für den Beruf des Versicherungsmathematikers. F: Risikoversicherungen für den Landtransport dürfen nur von Versicherungsunternehmen mit Sitz in den Gemeinschaften übernommen werden. I: Risikoversicherungen für CIF-Exporte durch in Italien ansässige Personen dürfen nur von Versicherungsunternehmen mit Sitz in den Gemeinschaften geschlossen werden.	1) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	I: Transportversicherungen für Güter, Versicherungen für Fahrzeuge als solche und Haftpflichtversicherungen hinsichtlich Risiken in Italien dürfen nur von Versicherungsgesellschaften mit Sitz in Italien oder von Gesellschaften, die ihre Hauptverwaltung in der EG haben, übernommen werden. Dieser Vorbehalt gilt nicht für den internationalen Transport, der mit Importen nach Italien verbunden ist. P: Luft- und Seetransportversicherungen, die Güter, Luftfahrzeuge, Kasko und Haftpflicht decken, dürfen nur von Gesellschaften mit Sitz in der EG übernommen werden; nur in der EG ansässige Personen und Gesellschaften dürfen in Portugal als Vermittler für derartige Versicherungsgeschäfte auftreten. 2) DK: Lufttransport-Pflichtversicherungen können nur von Gesellschaften mit Sitz in der EG übernommen werden DK: Weder Personen noch Gesellschaften (einschließlich Versicherungsgesellschaften) dürfen zu geschäftlichen Zwecken in Dänemark beim Abschluß einer Direktversicherung für in Dänemark ansässige Personen, für dänische Schiffe oder für Immobilien in Dänemark behilflich sein, ausgenommen dänische Gesellschaften, in Dänemark eingetragene ausländische Gesellschaften oder ausländische Versicherungsgesellschaften, die dem dänischen Gesetz über die Erbringung von Versicherungsdienstleistungen bei direkter Sachversicherung (zur Durchführung der zweiten EG-Richtlinie zu Sach- und Schadenversicherungen) unterliegen. Der Industrieminister kann anderslautende Vorschriften erlassen. D: Lufttransport-Pflichtversicherungen können nur von Tochtergesellschaften mit Sitz in der Gemeinschaft oder von einer Zweigstelle mit Sitz in Deutschland übernommen werden. D: Hat eine ausländische Versicherungsgesellschaft in Deutschland eine Zweigstelle errichtet, so darf sie in Deutschland Versicherungsverträge für internationale Transporte nur über die Zweigstelle mit Sitz in Deutschland schließen.	2) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	F: Risikoversicherungen für den Landtransport dürfen nur von Versicherungsunternehmen mit Sitz in der Gemeinschaft übernommen werden. I: Risikoversicherungen für CIF-Exporte durch in Italien ansässige Personen dürfen nur von Versicherungsunternehmen mit Sitz in den Gemeinschaften übernommen werden. I: Transportversicherungen für Güter, Versicherungen für Fahrzeuge als solche und Haftpflichtversicherungen hinsichtlich Risiken in Italien dürfen nur von Versicherungsgesellschaften mit Sitz in Italien oder von Gesellschaften, die ihre Hauptverwaltung in der EG haben, übernommen werden. Dieser Vorbehalt gilt nicht für den internationalen Transport, der mit Importen nach Italien verbunden ist. P: Luft- und Seetransportversicherungen, die Güter, Luftfahrzeuge, Kasko und Haftpflicht decken, dürfen nur von Gesellschaften mit Sitz in der EG übernommen werden; nur in der EG ansässige Personen und Gesellschaften dürfen in Portugal als Vermittler für derartige Versicherungsgeschäfte auftreten. 3) GR, E, IRL: Das Niederlassungsrecht bezieht sich nicht auf die Gründung von Vertretungen oder sonstige ständige Präsenzen von Versicherungsgesellschaften, es sei denn, solche Büro werden als Agenturen, Zweigstellen oder Hauptverwaltungen errichtet. E: Bevor ein ausländischer Versicherer in Spanien eine Zweigstelle oder Agentur errichtet, um bestimmte Arten von Versicherungen anzubieten, muß er mindestens fünf Jahre lang in seinem Herkunftsland zu denselben Versicherungsarten befugt gewesen sein. F: Die Errichtung von Zweigstellen durch Versicherungsunternehmen, die ihre Hauptverwaltung nicht in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft haben, bedarf einer Sondergenehmigung für den Vertreter des Unternehmens in Frankreich. I: Zugang zum Beruf des Versicherungsmathematikers nur für natürliche Personen. Beruflicher Zusammenschluß (keine Gründung einer juristischen Person) zwischen natürliche Personen ist zulässig.			
		3) E: Die Errichtung von Zweigstellen von Versicherungsunternehmen, die ihre Hauptverwaltung nicht in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaften haben, ist davon abhängig, daß der Vertreter der Zweigstelle die unter Erbringungsart 4 genannte Sondergenehmigung erhalten hat.		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
B. Banken- und andere Finanzdienstleistungen (ausgenommen Versicherungen)	I: Die Genehmigung zur Errichtung von Zweigstellen von Versicherungsunternehmen, die ihre Hauptverwaltung nicht in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaft haben, unterliegt letztlich der Beurteilung durch die Aufsichtsbehörden. P: Ausländische Gesellschaften dürfen in Portugal eine Vermittler-tätigkeit bei Versicherungen nur über eine Gesellschaft ausüben, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft gegründet wurde. P: Um eine Zweigstelle in Portugal zu errichten, müssen ausländische Versicherungsgesellschaften eine vorherige Betriebserfahrung von mindestens fünf Jahren nachweisen. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Der Generalagent der Zweigstelle einer Versicherung muß Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft sein. Das Industrieministerium kann Befreiung von diesem Erfordernis gewähren. Die Geschäftsführer und die Mitglieder des Vorstands einer Gesellschaft müssen Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft sein. Der Industrieminister kann jedoch Befreiung von diesem Erfordernis gewähren. Die Befreiung erfolgt auf nicht diskriminierender Grundlage. GR: Die Mehrheit des Vorstands einer griechischen Versicherungsgesellschaft muß die Staatsangehörigkeit Griechenlands oder eines Mitgliedstaats der Gemeinschaft besitzen	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden Beschränkungen: DK: Der Generalagent der Zweigstelle einer Versicherung muß während der letzten beiden Jahre seinen Aufenthalt in Dänemark gehabt haben. Das Arbeitsministerium kann Befreiung gewähren. E, I: Wohnsitzerfordernis für Versicherungsmathematiker. E: Der Vertreter der Zweigstelle einer Versicherungsgesellschaft, die ihre Hauptverwaltung nicht in einem Mitgliedstaat der Gemeinschaften hat, bedarf einer Sondergenehmigung. Die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, beziehen sich auf die fachliche Befähigung und das Ansehen der Person.		
		1) B: Niederlassung in Belgien ist erforderlich für Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Anlageberatung. I: Das öffentliche Anbieten und Vertreiben von Dienstleistungen über Telekommunikation oder andere Informationsmittel durch Informationen über Preise, den Geschäftsumfang, die Angebots- und Nachfragebedingungen von Wertpapieren, die auf dem gesetzlich geregelten italienischen Markt oder auf anderen anerkannten Märkten gehandelt werden, bedürfen der vorherigen Genehmigung der Börsenkommission (Consob). Diese	1) Keine	

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	Genehmigung kann verweigert werden, wenn die Behörden ein Risiko feststellen, daß die vorgelegten Angaben für die Öffentlichkeit irreführend sein können. I: Eine Niederlassung (eine Wertpapieranlagegesellschaft mit Sitz in Italien oder eine Tochtergesellschaft oder Zweigstelle einer Bank) ist zur Erbringung von Dienstleistungen zur Anlagebewertung und -beratung im Hinblick auf Wertpapiere (Handel, Emission, Übernahme) und Vermögensverwaltung, Depotverwahrung sowie Dienstleistungen bezüglich Fusionen, Übernahmen, Umstrukturierungen, Übernahmen durch das Management und Risikokapital erforderlich. Die gemeinsame Vermögensverwaltung (ausgenommen „UCITS“) erstreckt sich auf Banken, Versicherungsgesellschaften und Wertpapieranlagegesellschaften, die ihre gesetzliche Hauptverwaltung in der EG haben. I: Ungebunden für „promotori di servizi finanziari“ (Finanzdienstleistungserbringer). 2) D: Die Emission von auf Deutsche Mark lautenden Wertpapieren kann nur unter der Konsortialführung eines Kreditinstituts, einer Tochtergesellschaft oder einer Zweigstelle mit Sitz in Deutschland erfolgen. GR: Eine Niederlassung ist für die Übernahme der Depot- und Anlagenverwaltung mit Verwaltung von Zins- und Kapitalzahlungen erforderlich, die auf in Griechenland ausgegebene Wertpapiere entfallen. I: Eine Niederlassung (eine Wertpapieranlagegesellschaft mit Sitz in Italien oder eine Tochtergesellschaft oder Zweigstelle einer Bank) ist zur Erbringung von Dienstleistungen zur Anlagebewertung und -beratung im Hinblick auf Wertpapiere (Handel, Emission, Übernahme) und Vermögensverwaltung, Depotverwahrung sowie Dienstleistungen bezüglich Fusionen, Übernahmen, Umstrukturierungen, Übernahmen durch das Management und Risikokapital erforderlich. Die gemeinsame Vermögensverwaltung (ausgenommen „UCITS“) erstreckt sich auf Banken, Versicherungsgesellschaften und Wertpapieranlagegesellschaften, die ihre gesetzliche Hauptverwaltung in der EG haben.	2) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	I: In Italien ansässige Personen benötigen eine Genehmigung zum Kauf und Verkauf von legiertem Gold im Ausland. P: Offene Investmentfonds müssen 95 v. H. ihrer Mittel in portugiesischen Staatspapieren investieren. Die Durchführung folgender Tätigkeit im Ausland von in Portugal ansässigen Personen ist eingeschränkt: Emission inländischer Wertpapiere und begebbarer Wertpapiere auf einem ausländischen Markt. UK: Die Konsortialführung für Sterling-Emissionen einschließlich privater Emissionen kann nur von einer Firma mit Sitz im Vereinigten Königreich übernommen werden. 3) Alle Mitgliedstaaten: – Die Errichtung einer spezialisierten Verwaltungsgesellschaft ist für die Verwaltung offener Investmentfonds und von Investmentgesellschaften erforderlich (Artikel 6 und 13 der UCITS- Richtlinie, 85/611/ EWG). – Nur Firmen mit eingetragenem Sitz in den Gemeinschaften können als Verwahrer der Vermögen von Investmentfonds handeln (Artikel 8.1 und 15.1 der UCITS-Richtlinie, 85/611/EWG). B: Mit bestimmten Ausnahmen (Pakethandel) dürfen Finanzinstitute nur über Börsenfirmen, die ihren Sitz in Belgien haben, mit Wertpapieren handeln. DK: Nichtansässige Finanzinstitute dürfen an der Kopenhagener Börse nur über Tochtergesellschaften mit Sitz in Dänemark mit Wertpapieren handeln. E: Finanzinstitute dürfen nur über Wertpapierfirmen mit Sitz in Spanien mit Wertpapieren handeln, die an einer amtlichen Wertpapierbörse oder auf dem staatlichen Wertpapiermarkt notiert sind. P: Die Niederlassung von Nicht-EG-Banken kann einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung unterliegen.		F: Die Konsortialführung für Emissionen, die auf französische Francs lauten, darf außer von französischen Kreditinstituten nur von Tochtergesellschaften (nach französischem Recht) nichtfranzösischer Banken übernommen werden, die auf der Grundlage ausreichender Mittel und Geschäftstätigkeit in Paris zugelassen sind. Diese Bedingungen gelten für Banken, welche die Konsortialführung innehaben. Eine nichtfranzösische Bank kann ohne Beschränkungen oder Niederlassungserfordernis an einer Gemeinschafts- oder Mit-Konsortialführung für Emissionen von Eurofranc-Anleihen teilnehmen. I: Die Repräsentanten ausländischer Vermittler dürfen keine Werbetätigkeiten im Bereich der Wertpapieranlage durchführen NL: Zweigstellen und Tochtergesellschaften von Banken aus Nicht-EG-Ländern benötigen eine Genehmigung für die Konsortialführung von auf Gulden lautenden Wertpapieren.	

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	GR: Die Beteiligung von Nicht-EG-Investoren am Aktienkapital einer Bank mit Sitz in Griechenland ist grundsätzlich auf 40 v. H. begrenzt. Für die Errichtung einer Zweigstelle muß ein Mindestbetrag von Devisen nach Griechenland eingeführt, in Drachmen umgetauscht und während der gesamten weiteren Tätigkeit der ausländischen Bank in Griechenland gehalten werden; dieser Mindestbetrag entspricht dem Mindestaktienkapital, das zur Gründung einer griechischen Bank erforderlich ist. GR: Finanzinstitute dürfen nur über Börsenmakler, die ihren Sitz in Griechenland haben, mit Wertpapieren handeln. IRL: Das Niederlassungsrecht bezieht sich nicht auf die Gründung von Repräsentanzen ausländischer Banken. IRL: Im Falle von Investmentgesellschaften und gemeinsamen Kapitalanlageprojekten, die als Gesellschaften mit variablem Kapital gegründet sind (außer Unternehmen für gemeinsame Anlage in Wertpapieren (UCITS)), muß die Depotbank, die Verwaltungs- oder Investmentgesellschaft ihren Sitz in Irland oder einem anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaft haben. I: Für andere Firmen als Banken (einschließlich Niederlassungen ausländischer Banken) ist eine getrennte Gründung einer juristischen Person in Italien in der Form einer Wertpapiergesellschaft erforderlich, damit sie Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Wertpapierhandel erbringen dürfen (einschließlich des Handels für eigene Rechnung oder Rechnung des Kunden³⁰⁾, Emission und Vertrieb von Wertpapieren, Annahme von Kauf- und Verkaufsaufträgen, Anlageberatung, Vermögensverwaltung und Portfolio-Management und die Beschaffung von Geldern aus der Öffentlichkeit mittels Aktivitäten, die auch Werbetätigkeiten³¹⁾ sein können und die an einem anderen Ort als dem gesetzlichen Sitz oder der Hauptverwaltung des Emittenten, Anbieters oder der Person, welche die Investition vermarktet, ausgeübt werden). I: Die Abrechnung und Verrechnung von Wertpapieren darf nur von dem amtlichen Abrechnungssystem durchgeführt werden.			

30) Ab 1. Januar 1993 dürfen aus- und inländische Banken weder für eigene Rechnung noch für Rechnung von Kunden mit Wertpapieren handeln; jedoch dürfen Banken, einschließlich Zweigstellen ausländischer Banken, mit Staatsschuldverschreibungen und Staatsanleihen handeln.

31) Haustürverkauf

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	I: Das öffentliche Angebot von Wertpapieren (wie in Art. 18 bis des Gesetzes 216/74 vorgesehen) außer Aktien und Schuldverschreibungen (einschließlich konvertibler Schuldverschreibungen) darf nur durch italienische Gesellschaften mit beschränkter Haftung, ordnungsgemäß zugelassene ausländische Gesellschaften, öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie Gesellschaften im Besitz von Kommunalbehörden erfolgen, deren gezeichnetes Kapital mindestens 2 Milliarden Lire beträgt. I: Zentrale Dienstleistungen für Hinterlegung, Verwahrung und Verwaltung von Staatspapieren dürfen bezüglich Aktien, beteiligungsähnlicher Wertpapiere und sonstiger in einem gesetzlich geregelten Markt gehandelter Anleihen nur von der Bank von Italien oder von Monte Titoli SpA erbracht werden. NL: Nur Gesellschaften, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften eines EG-Mitgliedstaats gegründet wurden, dürfen Mitglied der Amsterdamer Börse werden. P: Die Bereitstellung von Risikokapital, Factoring, Unternehmensentwicklung, Verwaltung von Pensions- und Investmentfonds sowie Makler- und Händlerdienstleistungen dürfen nur von Gesellschaften mit Sitz in Portugal erbracht werden. UK: Die folgenden Kategorien von Finanzinstituten, die mit Staatsanleihen handeln, müssen ihren Sitz im Vereinigten Königreich haben und getrennt kapitalisiert sein: – Wertpapierhändler für Staatspapiere („GEMMs“), die Primärhändler für Staatsanleihen sind und über die der Staat seine Schuldenpolitik umsetzt; – Diskonthäuser, die Primärhändler für Schatzwechsel und andere Geldmarktpapiere sind und über die der Staat seine Geldpolitik umsetzt; – Makler auf Geldmärkten für britische Staatspapiere (SEMBS), die als Vermittler zwischen „GEMMs“ und Erwerbern von Staatspapieren tätig sind, sowie – zwischen Primärhändlern vermittelnde Makler („IDBs“), die als Vermittler zwischen „GEMMs“ tätig sind.			

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
8. Gesundheits- und soziale Dienstleistungen A. Krankenhausleistungen (CPC 9311)	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Sociétés d'investissement à capital fixe: Staatsangehörigkeitsanfordernis für den Vorstandsvorsitzenden, die Generaldirektoren und mindestens zwei Drittel der Mitglieder der Geschäftsführung sowie, wenn die Wertpapierfirma einen Aufsichtsrat hat, für die Mitglieder dieses Rates oder für seinen Vorsitzenden und mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder. GR: Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder einer Bank mit Sitz in Griechenland müssen Staatsangehörige eines EG-Mitgliedstaats sein und ihren Aufenthalt in Griechenland haben.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I: Wohnsitzerfordernis für „promotori di servizi finanziari“ (Finanzdienstleistungserbringer).		
	1) Ungebunden 2) Keine 3) B: Die Bettenzahl und der Einsatz aufwendiger medizinischer Geräte ist auf der Grundlage eines Gesundheitsplans eingeschränkt. Die Bedarfsprüfung hängt von dem Grad der Spezialisierung, der Kapazität sowie der Ausstattung ab. Die Kriterien sind festgelegte rechnerische Regeln oder Formeln, mit denen der Bedarf in Abhängigkeit von der Bevölkerung, der Altersstruktur, der Sterblichkeitsrate sowie der geographischen Verteilung errechnet werden soll. F, I, L: Die Anzahl der genehmigten Betten wird durch einen Gesundheitsversorgungsplan begrenzt, dem der Bedarf zugrunde liegt. F, I, L, P: Die Ausstattung mit aufwendigem medizinischen Gerät wird durch einen Gesundheitsversorgungsplan begrenzt, dem der Bedarf zugrunde liegt. I: Private Gesundheits- und Hygienesdienste benötigen eine Genehmigung der örtlichen Gesundheitsbehörden. Die Kriterien beruhen auf einer Kennzahl in Abhängigkeit von der Bevölkerung.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	NL: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung durch einen Gesundheitsplan, der eine Höchstzahl von Betten im Verhältnis zur Bevölkerung der jeweiligen Region vorsieht. E: Die „Comunidades Autónomas“ verlangen eine vorherige Genehmigung auf der Grundlage einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung, welche die Bevölkerung und die schon bestehenden Gesundheitsdienste in der jeweiligen Region berücksichtigt. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Zugang zu Führungsfunktionen unterliegt vorheriger Genehmigung. Bei der Erteilung der Genehmigung werden Faktoren wie Berufserfahrung und Kenntnisse, Verfügbarkeit ortsansässiger Führungspersonen und das erforderliche Maß an Spezialisierung zugrunde gelegt. GR: Staatsangehörigkeitserfordernis für öffentliche Krankenhäuser			
C. Soziale Dienstleistungen Genesungs- und Erholungsheime, Seniorenheime	1) Ungebunden 2) Keine 3) F: Die Erbringung von Dienstleistungen wird von den Behörden entsprechend dem örtlichen Bedarf genehmigt. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Zugang zu Führungsfunktionen unterliegt vorheriger Genehmigung. Bei der Erteilung der Genehmigung werden Faktoren wie Berufserfahrung und Kenntnisse, Verfügbarkeit ortsansässiger Führungspersonen und das erforderliche Maß an Spezialisierung zugrunde gelegt.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
9. Fremdenverkehr und mit Reisen verbundene Dienstleistungen A. Hotels, Restaurants und Catering (CPC 641, 642, 643) (ohne Catering bei Transportdienstleistungen)	1) Ungebunden³²⁾ ausgenommen Catering: keine 2) Keine	1) Ungebunden³³⁾ ausgenommen Catering: keine 2) Keine		

32) Eine Verpflichtung für diese Erbringungsart ist nicht möglich.

33) Eine Verpflichtung für diese Erbringungsart ist nicht möglich.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
B. Reisebüros und Reiseveranstalter (einschließlich Reiseleiter) (CPC 7471)	3) E, GR, P: Eine Genehmigung kann verweigert werden zum Schutz von Gebieten von besonderer historischer oder künstlerischer Bedeutung. I: Örtliche wirtschaftliche Bedarfsprüfung bezüglich der Eröffnung neuer Gaststätten, Cafés und Restaurants; eine Genehmigung kann verweigert werden zum Schutz von Gebieten von besonderer historischer oder künstlerischer Bedeutung. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Cafés und Bars: Staatsangehörigkeitserfordernis	3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
	1) Keine 2) Keine 3) B: Eine Genehmigung für Unternehmen, die nicht in der EG gegründet sind, ein Reisebüro zu betreiben, wird nur erteilt, wenn das Unternehmen einen ständigen Standort in Belgien (siège d'opération permanent) hat und wenn die Person, welche die täglichen Geschäfte leitet, (oder der Antragsteller) ein Staatsangehöriger der EG ist. P: Bedingung für die Gründung einer Handelsgesellschaft ist, daß sich der Firmensitz in Portugal befindet. I: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden Beschränkungen. GR: Zugang beschränkt auf zwei Personen pro Unternehmen.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
C. Fremdenführer (CPC 7472)	1) I, P: Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: E, I: Das Recht der Berufsausübung ist den örtlichen Fremdenführerorganisationen vorbehalten. GR, E, F, I, P: Staatsangehörigkeitserfordernis für die Zulassung zu dieser Tätigkeit.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden ausgenommen der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
10. Dienstleistungen in den Bereichen Erholung, Kultur und Sport (ausgenommen audiovisuelle Dienstleistungen)				
A. Unterhaltung (einschließlich Theater, Musikkapellen und Zirkus) (CPC 9619)	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: F: Zugang zu Führungsfunktionen unterliegt der Genehmigung der zuständigen Behörden. Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer von Unterhaltungsbetrieben, wenn eine Genehmigung für mehr als zwei Jahre benötigt wird. I: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung	1) Ungebunden 2) Keine 3) F, I: Ungebunden für Subventionen und jede andere Form der unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
B. Nachrichten- und Presseagenturen (CPC 962)	1) Keine 2) Keine 3) F: Ausländische Beteiligung an Gesellschaften, die Publikationen in französischer Sprache veröffentlichen, darf 20 v. H. des Kapitals oder der Stimmrechte in der Gesellschaft nicht überschreiten. Presseagenturen: ungebunden I: In den Sektoren Tagespresse und Rundfunk gelten spezielle Regelungen zur Verhinderung von Unternehmenskonzentrationen; besondere Begrenzungen gelten für Medienverbundbesitz. Ausländische Gesellschaften dürfen Verlags- oder Rundfunkgesellschaften nicht kontrollieren: ausländische Kapitalbeteiligung ist auf 49 v. H. begrenzt. P: Ausländische Beteiligung, gleich ob durch natürliche oder juristische Personen, am Kapital von Verlagsgesellschaften einschließlich Zeitungen ist auf 10 v. H. begrenzt, ohne Stimmrechte. Nachrichtenagenturen, die in Portugal in der Rechtsform der „Soziedade Anonima“ errichtet sind, müssen ihr Gesellschaftskapital in Form von Namensaktien halten. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“		

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilsektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	Beschränkungen:			
	P: Staatsangehörigkeitserfordernis für Geschäftsführer und Unternehmensleiter			
D. Sport- und sonstige Erholungsdienstleistungen, ausgenommen Glücksspiel und Wetten (CPC 9641, 96491)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: I: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“		
11. Verkehrsdienstleistungen				
C. Luftverkehrsdienstleistungen				
d) Wartung und Reparatur von Luftfahrzeugen und Luftfahrzeugteilen	1) Ungebunden ³⁴⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden ³⁵⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“		
Vertrieb und Marketing	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“	1) Für CRS (Computerreservierungssystem) -gestützten Vertrieb von Luftverkehrsdienstleistungen durch ein CRS-Mutterunternehmen: ungebunden 2) Keine 3) Für CRS (Computerreservierungssystem) -gestützten Vertrieb von Luftverkehrsdienstleistungen durch ein CRS-Mutterunternehmen: ungebunden 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
Computer-Reservierungssystem	1) Keine 2) Keine 3) Keine	1) Bezüglich der Verpflichtungen von Beförderungs-Mutterunternehmen oder beteiligter Beförderungsunternehmen bezüglich eines CRS, das durch eine Luftverkehrsgesellschaft aus einem oder mehreren Drittländern kontrolliert wird: ungebunden. 2) Keine 3) Bezüglich der Verpflichtungen von Beförderungs-Mutterunternehmen oder beteiligter Beförderungsunternehmen bezüglich eines CRS, das durch eine Luftverkehrsgesellschaft aus einem oder mehreren Drittländern kontrolliert wird: ungebunden		

34) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

35) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
E. Eisenbahnverkehrs- dienstleistungen	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
d) Wartung und Reparatur von Eisenbahnverkehrsmitteln (CPC 8868)	1) Ungebunden ³⁶⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden ³⁷⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
F. Straßenverkehrs- dienstleistungen				
a) Personenbeförderung (CPC 71213, 7122)	1) Ungebunden 2) Keine 3) Für die Beförderung innerhalb eines Mitgliedstaats (Kabotage) durch ein Beförderungsunternehmen, das seinen Sitz außerhalb des Mitgliedstaats hat: ungebunden; ausgenommen sind Anmietung von Bussen mit Fahrem (71223 ³⁸⁾) für die nicht-fahrplanmäßige Beförderung, für die ab 1996 keine Beschränkungen gelten werden. – für 7122 E: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung – für 71221 (Taxiunternehmen): Alle Mitgliedsstaaten: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung ³⁹⁾ u. a. DK: Zugang nur für natürliche Personen; örtliche Niederlassung erforderlich. I: Zugang nur für natürliche Personen. – für 71222 (Limousinendienste): DK: Zugang nur für natürliche Personen; örtliche Niederlassung erforderlich I: Zugang nur für natürliche Personen; wirtschaftliche Bedarfsprüfung P: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung – für 71213 (Städteverbindender Bundesverkehr) ⁴⁰⁾ ;	1) Ungebunden 2) Keine 3) Ungebunden für die Beförderung innerhalb eines Mitgliedstaats (Kabotage) durch ein Beförderungsunternehmen, das seinen Sitz außerhalb dieses Mitgliedstaats hat.		

36) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

37) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

38) Bedeutet, daß die angegebene Dienstleistung nur einen Teil des gesamten von der CPC-Liste erfaßten Tätigkeitsbereichs darstellt.

39) Bedarfsprüfung ausgehend von der Zahl der Dienstleister in dem jeweiligen örtlichen Gebiet.

40) Sofern die Erbringung der Dienstleistung einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung unterliegt, richtet sich diese im wesentlichen nach den vorhandenen öffentlichen Verkehrsmitteln auf der betreffenden Strecke.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
	I; E; IRL: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung F: Ungebunden DK: Wirtschaftliche Bedarfsprüfung sowie Wohnsitz- und Staatsangehörigkeitserfordernis für den Geschäftsführer. P: Zugang nur durch Gründung einer juristischen Person. 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Staatsangehörigkeitserfordernis für die Geschäftsführer. P: Staatsangehörigkeitserfordernis für Fachkräfte	4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“ und vorbehaltlich der folgenden spezifischen Beschränkungen: DK: Wohnsitzerfordernis für die Geschäftsführer		
b) Güterverkehr (CPC 7123)	1) Ungebunden 2) Keine 3) Für den Transport innerhalb eines Mitgliedstaats durch ein Beförderungsunternehmen, das seinen Sitz in einem anderen Mitgliedstaat hat: ungebunden I: Für den Transport innerhalb des Landes unterliegt die Erteilung der Genehmigung einer wirtschaftlichen Bedarfsprüfung E: ungebunden 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Ungebunden 2) Keine 3) Ungebunden für Transporte innerhalb eines Mitgliedstaats durch ein Beförderungsunternehmen, das in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist. E: Ungebunden 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
d) Wartung und Reparatur von Verkehrsmitteln für den Straßenverkehr (CPC 6112)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
H. Hilfsdienstleistungen für alle Transportarten				
b) Lagerung und Stauung (CPC 742) (außer in Häfen)	1) Ungebunden⁴¹⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“	1) Ungebunden⁴²⁾ 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

41) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

42) Eine Verpflichtung in dieser Erbringungsart ist nicht möglich.

Arten der Erbringung	1) Grenzüberschreitende Erbringung	2) Nutzung im Ausland	3) Kommerzielle Präsenz	4) Präsenz natürlicher Personen
Sektor oder Teilssektor	Marktzugangsbeschränkungen	Beschränkungen der Inländerbehandlung	Zusätzliche Verpflichtungen	
c) Spedition/Speditionsdienstleistungen (CPC 748)	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
Prüfung vor dem Versand (CPC 749) ⁴³⁾	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.	1) Keine 2) Keine 3) Keine 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		
I. Sonstige Verkehrsdienstleistungen Beförderung auf dem Landweg – (Erbringung kombinierter Transportdienstleistungen) Keine	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine, unbeschadet der Beschränkungen, die jede beliebige Verkehrsart betreffen 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“	1) Ungebunden 2) Keine 3) Keine, unbeschadet der Beschränkungen, die jede beliebige Verkehrsart betreffen 4) Ungebunden mit Ausnahme der Angaben unter „Horizontale Verpflichtungen“.		

43) Bedeutet, daß die angegebene Dienstleistung nur einen Teil des gesamten von der CPC-Liste erfaßten Tätigkeitsbereichs darstellt.

Beiblatt A

Glossar

Verwendete Begriffe für einzelne Mitgliedstaaten

Frankreich	
SC	Société Civile
SCP	Société Civile Professionnelle
SEL	Société d'Exercice Libéral
SNC	Société en Nom Collectif
SCS	Société en Commandite Simple
SARL	Société à Responsabilité Limitée
SCA	Société en Commandite par Actions
SA	Société Anonyme
Deutschland	
GmbH & Co KG	Kommanditgesellschaft, bei der der persönlich haftende Gesellschafter eine GmbH ist.
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
Italien	
SPA	Società per Azioni
SRL	Società a Responsabilità Limitata
Für Italien sind die folgenden freien Berufe vom EG-Angebot erfaßt:	
Ragionieri-periti commerciali	Buchhaltung, Buchprüfung, Wirtschaftsprüfung
Commercialisti	Buchhaltung, Buchprüfung, Wirtschaftsprüfung
Geometri	Vermesser
Ingegneri	Ingenieure
Architetti	Architekten
Geologi	Geologen
Medici	Ärzte
Farmacisti	Apotheker
Psicologi	Psychologen
Veterinari	Tierärzte
Biologi	Biologen
Chimici	Chemiker
Periti agrari	Landwirtschaftliche Sachverständige
Agronomi	Agronomen
Attuari	Versicherungsmathematiker

Allgemeines Übereinkommen
über den Handel mit Dienstleistungen

Europäische Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten

Endgültige Liste der Ausnahmen zu Artikel II
(Meistbegünstigung)

(Nur englischer Wortlaut verbindlich)

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unververeinbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Audiovisuelle Dienstleistungen – Verbreitung audiovisueller Werke	Ausgleichszölle, die erhoben werden können, um unlauteren Preispraktiken von Drittländern zu begegnen, die audiovisuelle Werke verbreiten.	Alle Mitglieder	Unbegrenzt	Unlautere Preispraktiken können schwerwiegende Störungen für die Verbreitung europäischer Werke verursachen.
Audiovisuelle Dienstleistungen	Maßnahmen zur Vermeidung, Berichtigung oder zum Ausgleich nachteiliger, unlauterer oder unzumutbarer Bedingungen oder Handlungen, die audiovisuelle Dienstleistungen, Produkte oder Dienstleistungserbringer der EG beeinträchtigen, als Reaktion auf entsprechende oder vergleichbare Maßnahmen anderer Mitglieder.	Alle Mitglieder	Unbegrenzt. Die Notwendigkeit der Ausnahme entfällt zusammen mit den entsprechenden Ausnahmen anderer Mitglieder.	Notwendigkeit, die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten vor nachteiligen, unlauteren oder unzumutbaren einseitigen Maßnahmen anderer Mitglieder zu schützen.
Audiovisuelle Dienstleistungen – Produktion und Verbreitung audiovisueller Werke durch Sendung oder andere Formen der Übertragung an die Öffentlichkeit	Maßnahmen, die Werke europäischen Ursprungs so definieren, daß sie Inländerbehandlung für solche audiovisuellen Werke gewähren, die bestimmten sprachlichen und Ursprungskriterien hinsichtlich des Zugangs zu Sendungen oder ähnlichen Übertragungsformen entsprechen.	Vertragsparteien des Übereinkommens des Europarats über das grenzüberschreitende Fernsehen oder andere europäische Länder, mit denen ein Übereinkommen geschlossen werden kann.	Unbegrenzt. Die Ausnahme ist für bestimmte Länder nur erforderlich, bis ein Abkommen über Wirtschaftsintegration geschlossen oder vervollständigt ist.	Die Maßnahmen zielen innerhalb des Sektors darauf ab, kulturelle Werke sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten der EG als auch in anderen Ländern in Europa zu fördern und Ziele der Sprachpolitik zu erreichen.
Audiovisuelle Dienstleistungen – Produktion und Verbreitung kinematographischer Werke und Fernsehprogramme	Maßnahmen aufgrund Regierungs-Rahmenvereinbarungen und plurilateralen Übereinkommen über die Ko-Produktion audiovisueller Werke, die den erfaßten audiovisuellen Werken Inländerbehandlung gewähren, insbesondere in bezug auf Verbreitung und Zugang zu Finanzmitteln.	Alle Länder, mit denen kulturelle Zusammenarbeit wünschenswert sein kann. (Vereinbarungen bestehen oder werden ausgehandelt mit den folgenden Ländern: Algerien, Angola, Argentinien, Australien, Brasilien, Burkina Faso, Kanada, Kap Verde, Chile, Côte d'Ivoire, Kolumbien, Kuba, Ägypten, Guinea-Bissau, Indien, Israel, Mali, Mexiko, Marokko, Mosambik, Neuseeland, São Tomé und Príncipe, Senegal, Staaten in Mittel-, Ost- und Südost-Europa, Schweiz, Tunesien, Türkei, Venezuela)	Unbegrenzt	Das Ziel dieser Übereinkommen ist die Förderung kultureller Bindungen zwischen den betreffenden Ländern.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unvereinbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Audiovisuelle Dienstleistungen – Produktion und Verbreitung von Fernsehprogrammen und kinematographischen Werken	Maßnahmen, die audiovisuellen Werken und ihren Anbietern, die bestimmte europäische Ursprungskriterien erfüllen, die Vorteile von Unterstützungsprogrammen wie der Aktionsplan für fortgeschrittene Fernseh-Dienstleistungen, MEDIA oder EURIMAGES gewähren.	Europäische Länder	Unbegrenzt. Die Ausnahme ist für bestimmte Länder nur erforderlich, bis ein Abkommen über Wirtschaftsintegration geschlossen oder vervollständigt ist.	Diese Programme zielen darauf ab, die regionale Identität der Länder in Europa zu bewahren und zu fördern, die seit langem kulturelle Bindungen haben.
Audiovisuelle Dienstleistungen zur Verbreitung	Befreiung von dem Erfordernis, in Spanien Lizenzen für die Verbreitung synchronisierter, nicht ursprünglich aus der Gemeinschaft stammender Filme einzuholen, die Filmen europäischer Herkunft gewährt werden, die besonders für Kinderpublikum empfohlen werden.	Mitglieder des Europarats	Unbegrenzt. Die Ausnahme ist für bestimmte Länder nur erforderlich, bis ein Abkommen über Wirtschaftsintegration geschlossen oder vervollständigt ist.	Die Maßnahme zielt darauf ab, die europäischen Kulturwerte und -ziele der Sprachenpolitik für die Jugend zu fördern.
Audiovisuelle Dienstleistungen: Fernseh- und Rundfunkdienste	Ausländische Beteiligungen an Firmen in Italien mit mehr als 49 v. H. des Kapitals und der Stimmrechte, vorbehaltlich der Bedingung der Gegenseitigkeit.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, den wirklichen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für italienische Dienstleistungserbringer sicherzustellen.
Audiovisuelle Dienstleistungen: Produktion und Verbreitung kinematographischer Werke und Fernsehprogramme in nordischen Ländern	Maßnahmen in Dänemark, die für die Förderung aufgrund solcher Hilfsprogramme wie den Nordic Film und TV Fund ergriffen werden, um die Produktion und Verbreitung von in den nordischen Ländern hergestellten audiovisuellen Werken zu steigern.	Finnland, Norwegen, Schweden, Island	Unbegrenzt	Wahrung und Förderung der regionalen Identität der betreffenden Länder
Straßenverkehr – Personen und Fracht	Bestimmungen in bestehenden oder künftigen Übereinkünften in bezug auf den internationalen Straßengütertransport (einschließlich des kombinierten Transports – Straße/ Eisenbahn) und den internationalen Straßenpersonentransport, die zwischen der EG oder ihren Mitgliedstaaten und Drittstaaten geschlossen wurden und welche	Schweiz, Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und alle Mitglieder der GUS, Albanien, Türkei, Libanon, Israel, Syrien, Jordanien, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko, Zypern, Malta, Iran, Afghanistan, Irak, Kuwait	Unbegrenzt	Die Notwendigkeit der Ausnahme hängt zusammen mit den regionalen Besonderheiten der Bereitstellung von grenzüberschreitenden Straßentransportdienstleistungen.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unvereinbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Straßentransportdienste – Fracht (CPC 7123)	– die Bereitstellung von Transportdiensten zwischen den Vertragsparteien oder durch das Gebiet der Vertragsparteien zugunsten von Fahrzeugen vorbehalten oder beschränken, die bei den Vertragsparteien registriert sind, – Steuerbefreiung für solche Fahrzeuge vorsehen. Die Genehmigung zur Errichtung einer gewerblichen Niederlassung in Spanien kann den Dienstleistungserbringern verweigert werden, deren Herkunftsland den spanischen Dienstleistungserbringern keinen wirksamen Marktzugang gewährt.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, einen wirksamen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für spanische Dienstleistungserbringer zu gewährleisten.
Computergesteuerte Buchungssysteme (CRS); Verkauf und Vermarktung von Luftverkehrsdienstleistungen	Die Bestimmung des Artikels 7 der Verordnung (EWG) Nr. 2299/89, in der Fassung (EWG) Nr. 3089/93, wonach die Verpflichtungen des CRS-Verkäufers oder von Mutter- und beteiligten Luftfahrtunternehmen keine Anwendung finden, wenn eine der Verordnung entsprechende gleichwertige Behandlung im Herkunftsland des Mutterunternehmers oder des Systemverkäufers nicht gewährt wird.	Alle Länder, in denen ein CRS-Verkäufer oder ein Mutterluftfahrtunternehmen ansässig ist.	Unbegrenzt	Die Notwendigkeit der Ausnahme ergibt sich aus der unzulänglichen Umsetzung der multilateral vereinbarten Regeln für den Betrieb von CRS.
Transport auf Binnenwasserstraßen	Maßnahmen, die auf bestehenden oder künftigen Übereinkünften über den Zugang zu Binnenwasserstraßen beruhen (einschließlich Übereinkünften aufgrund der Rhein-Main-Donau-Verbindung), die Verkehrsrechte für Betreiber vorbehalten, die ihren Sitz in den betreffenden Ländern haben und die bestimmte Nationalitätserfordernisse hinsichtlich der Eigentümerschaft erfüllen.	Schweiz, Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und alle Mitglieder der GUS	Unbegrenzt. Die Ausnahme ist für bestimmte Länder nur erforderlich, bis ein Abkommen über Wirtschaftsintegration geschlossen oder vervollständigt ist.	Zur Regelung der Transportkapazität auf Binnenwasserstraßen unter Berücksichtigung besonderer geographischer Gegebenheiten.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unvereinbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Transport auf Binnenwasserstraßen	Regelungen zur Durchführung der Mannheimer Akte	Schweiz	Unbegrenzt	Zur Regelung der Transportkapazität auf Binnenwasserstraßen unter Berücksichtigung besonderer geographischer Gegebenheiten.
Vermietung/Leasing von Diensten ohne Betreiberpersonal in bezug auf Schiffe (CPC 83103), Vermietung von Schiffen mit Besatzung (CPC 7213, 7223)	Das Chartern ausländischer Schiffe durch Kunden mit Wohnsitz in Deutschland kann von der Bedingung der Gegenseitigkeit abhängig sein.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, den wirksamen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für deutsche Dienstleistungserbringer sicherzustellen.
Verlagswesen (Teil von CPC 88442)	Ausländische Beteiligung an Firmen in Italien mit mehr als 49 v. H. des Kapitals und der Stimmrechte, vorbehaltlich der Bedingung der Gegenseitigkeit.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, den wirksamen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für italienische Dienstleistungserbringer sicherzustellen.
Nachrichtenagenturdienste (Teil von CPC 962)	Ausländische Beteiligung an Firmen in Frankreich, die Publikationen in französischer Sprache veröffentlichen, mit mehr als 20 v. H. des Kapitals oder der Stimmrechte in der Firma, vorbehaltlich der Bedingung der Gegenseitigkeit.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, den wirksamen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für französische Dienstleistungserbringer sicherzustellen.
Presseagenturdienste (Teil von CPC 962)	Marktzugang in Frankreich vorbehaltlich der Bedingung der Gegenseitigkeit.	Alle Länder	Unbegrenzt	Notwendigkeit, den wirksamen Marktzugang und gleichwertige Behandlung für französische Dienstleistungserbringer sicherzustellen.
Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung	Maßnahmen, die auf einem zweiseitigen Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Schweiz betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung beruhen. Dieses Abkommen gewährleistet auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Freiheit der Niederlassung und das Recht der Agenturen und Zweigniederlassungen von Unternehmen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei haben, Versicherungsgeschäfte mit Ausnahme der Lebensversicherung aufzunehmen und auszuüben.	Schweiz	Unbegrenzt	Die Notwendigkeit, Hindernisse bei der Aufnahme und Ausübung von Versicherungsgeschäften mit Ausnahme der Lebensversicherung im Rahmen eines Abkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Schweiz betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung im Einklang mit Absatz 3 der Anlage über Finanzdienstleistungen zu beseitigen.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unvereinbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Finanzdienstleistungen	Maßnahme, die in Italien günstige Steuerbehandlung (off-shore-regime) für Dienstleistungserbringer gewährt, die mit den Ländern Handel betreiben, für die diese Maßnahme gilt.	Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und alle Mitglieder der GUS.	10 Jahre	Die Notwendigkeit, den betreffenden Ländern bei ihrem Übergang zur Marktwirtschaft zu helfen.
Alle Sektoren	Maßnahmen, die in Dänemark mit dem Ziel der Förderung der nordischen Zusammenarbeit ergriffen werden, wie: – finanzielle Unterstützung bei F & E Projekten (der Nordische Industrie-fonds); – Finanzierung von Durchführbarkeitsstudien für internationale Projekte (der Nordische Fonds für Projektexporte); – finanzielle Unterstützung für Firmen ¹⁾ , die Umweltschutztechnologien nutzen (die Nordische Umweltschutzfinanzierungsgesellschaft)	Schweden, Finnland, Island und Norwegen	Unbegrenzt	Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der nordischen Zusammenarbeit.
Alle Sektoren	Genehmigung für den Kauf von Immobilien in Italien durch ausländische natürliche Personen und juristische Personen, die auf der Grundlage der Gegenseitigkeit gewährt wird.	Alle Länder	Unbegrenzt	Das Erfordernis der Gegenseitigkeit wurde festgelegt, um eine gleichwertige Behandlung von Italienern in anderen Ländern sicherzustellen.
Alle Sektoren	Befreiung von dem Erfordernis in bezug auf die Staatsangehörigkeit für die Ausübung gewisser Tätigkeiten und Berufe in Portugal durch natürliche Personen, die Dienstleistungen aus den genannten Ländern erbringen.	Länder mit portugiesischer Amtssprache (Angola, Brasilien, Kap Verde, Guinea-Bissau, Mosambik und São Tomé und Príncipe)	Unbegrenzt	Diese Maßnahme gibt die historischen Bindungen zwischen Portugal und diesen Ländern wieder.
Alle Sektoren	Erleichterung der Zugangsverfahren in Frankreich für die Ausübung gewisser Dienstleistungstätigkeiten und Berufe durch natürliche und juristische Personen aus bestimmten Drittländern.	Französischsprachige afrikanische Länder, Algerien, Schweiz und Rumänien	10 Jahre	Diese Maßnahme gibt die historischen Bindungen zwischen Frankreich und diesen Ländern wieder.

¹⁾ Gilt für osteuropäische Firmen, die mit einer oder mehreren nordischen Firmen zusammenarbeiten.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unver- einbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Alle Sektoren	Für Bürger aus den Commonwealth-Ländern mit einem Großelternanteil, der im Vereinigten Königreich geboren ist, gewährt das Vereinigte Königreich Befreiung von dem Erfordernis einer Arbeitserlaubnis in allen Dienstleistungssektoren.	Mitgliedsländer des britischen Commonwealth	Unbegrenzt	Diese Maßnahme gibt die historischen Bindungen zwischen diesen Ländern und dem Vereinigten Königreich wieder.
Alle Sektoren	Maßnahmen, die auf zweiseitigen Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und/oder ihren Mitgliedstaaten und der Schweiz beruhen, mit dem Ziel, für grenzüberschreitenden Verkehr aller Kategorien von natürlichen Personen zu sorgen, die Dienstleistungen erbringen.	Schweiz	Unbegrenzt	Diese Abkommen geben den Prozeß einer fortschreitenden Handelsliberalisierung zwischen der EG und ihren regionalen Handelspartnern wieder.
Alle Sektoren	Maßnahmen, die auf bestehenden oder künftigen zweiseitigen Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und bestimmten Mitgliedstaaten und den betreffenden Ländern und Fürstentümern beruhen, die folgendes vorsehen: a) das Recht auf Niederlassung für juristische und natürliche Personen und b) Befreiung von dem Erfordernis einer Arbeitserlaubnis für natürliche Personen, die Dienstleistungen erbringen.	San Marino, Monaco, Andorra und Staat Vatikanstadt	Unbegrenzt	Die geographische Lage und historische, wirtschaftliche und kulturelle Bindungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und den betreffenden Ländern und Fürstentümern.
Alle Sektoren	Maßnahmen, die auf zweiseitigen Abkommen zwischen Italien und Drittländern beruhen, die Arbeitserlaubnisse für Saisonarbeiter gewährleisten.	Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und im Mittelmeergebiet	Unbegrenzt	Saisonaler Mangel an Arbeitskräften und um den ordnungsgemäßen grenzüberschreitenden Verkehr von Saisonarbeitern zu gewährleisten.

Sektor oder Subsektor	Beschreibung der Maßnahme unter Angabe ihrer Unver- einbarkeit mit Artikel II	Länder, auf welche die Maßnahme angewendet wird	Beabsichtigte Dauer	Bedingungen, welche die Ausnahme erfordern
Alle Sektoren haupt- sächlich Bau-, Hotel- und Gaststättenbereich	Maßnahmen, die auf zweiseitigen Abkom- men zwischen Mit- gliedstaaten der Ge- meinschaft und Euro- päischen und Mittel- meerländern beruhen, die Arbeitserlaubnisse für den Zweck von Werkverträgen auf der Grundlage von Verträ- gen zwischen dem Ar- beitgeber aus dem be- treffenden Drittland und einer Firma im be- treffenden Mitglied- staat gewähren und die Beschäftigung einer begrenzten An- zahl von Arbeitern aus den betreffenden Län- dern in bestimmten Dienstleistungssektoren erlauben; die An- zahl unterliegt Schwankungen ent- sprechend der in dem Abkommen festgeleg- ten Kriterien.	Staaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, einschließlich Rußland, Ukraine, Belarus und Georgien und im Mit- telmeergebiet	Unbegrenzt. Die Aus- nahme ist für bestimm- te Länder nur erfor- derlich, bis ein Abkom- men über Wirtschafts- integration geschlos- sen oder vervollstän- digt ist.	Die Abkommen sind Teil einer weitreichenden In- itiative zur Unterstützung der betreffenden Länder in ihrem Prozeß des wirtschaftlichen Über- gangs und der wirt- schaftlichen Entwicklung.

Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums

- Teil I** Allgemeine Bestimmungen und Grundprinzipien
- Teil II** Normen betreffend die Verfügbarkeit, den Umfang und die Ausübung von Rechten des geistigen Eigentums
1. Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
 2. Marken
 3. Geographische Angaben
 4. Gewerbliche Muster und Modelle
 5. Patente
 6. Layout-Designs (Topographien) integrierter Schaltkreise
 7. Schutz nicht offenbarer Informationen
 8. Kontrolle wettbewerbswidriger Praktiken in vertraglichen Lizenzen
- Teil III** Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums
1. Allgemeine Pflichten
 2. Zivil- und Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfe
 3. Einstweilige Maßnahmen
 4. Besondere Erfordernisse bei Grenzmaßnahmen
 5. Strafverfahren
- Teil IV** Erwerb und Aufrechterhaltung von Rechten des geistigen Eigentums und damit im Zusammenhang stehende Interpartes-Verfahren
- Teil V** Streitvermeidung und -beilegung
- Teil VI** Übergangsregelungen
- Teil VII** Institutionelle Regelungen; Schlußbestimmungen

Die Mitglieder –

von dem Wunsch geleitet, Verzerrungen und Behinderungen des internationalen Handels zu verringern, und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, einen wirksamen und angemessenen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums zu fördern sowie sicherzustellen, daß die Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums nicht selbst zu Schranken für den rechtmäßigen Handel werden,

in der Erkenntnis, daß es zu diesem Zweck neuer Regeln und Disziplinen bedarf im Hinblick auf

- a) die Anwendbarkeit der Grundprinzipien des GATT 1994 und der einschlägigen internationalen Übereinkünfte über geistiges Eigentum,
- b) die Aufstellung angemessener Normen und Grundsätze betreffend die Verfügbarkeit, den Umfang und die Ausübung handelsbezogener Rechte des geistigen Eigentums,
- c) die Bereitstellung wirksamer und angemessener Mittel für die Durchsetzung handelsbezogener Rechte des geistigen Eigentums unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Rechtssystemen der einzelnen Länder,
- d) die Bereitstellung wirksamer und zügiger Verfahren für die multilaterale Vermeidung und Beilegung von Streitigkeiten zwischen Regierungen und
- e) Übergangsregelungen, die auf eine möglichst umfassende Beteiligung an den Ergebnissen der Verhandlungen abzielen,

in Erkenntnis der Notwendigkeit eines multilateralen Rahmens von Grundsätzen, Regeln und Disziplinen betreffend den internationalen Handel mit gefälschten Waren,

in der Erkenntnis, daß Rechte an geistigem Eigentum private Rechte sind,

in Erkenntnis der dem öffentlichen Interesse dienenden grundsätzlichen Ziele der Systeme der einzelnen Länder für den Schutz des geistigen Eigentums, einschließlich der entwicklungs- und technologiepolitischen Ziele,

sowie in Erkenntnis der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, in bezug auf größtmögliche Flexibilität bei der Umsetzung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften im Inland, um es ihnen zu ermöglichen, eine gesunde und tragfähige technologische Grundlage zu schaffen,

unter Betonung der Bedeutung des Abbaus von Spannungen durch die verstärkte Verpflichtung, Streitigkeiten betreffend handelsbezogene Fragen des geistigen Eigentums durch multilaterale Verfahren zu lösen,

in dem Wunsch, eine der gegenseitigen Unterstützung dienende Beziehung zwischen der Welthandelsorganisation und der Weltorganisation für geistiges Eigentum (in diesem Übereinkommen als „WIPO“ bezeichnet) sowie anderen einschlägigen internationalen Organisationen aufzubauen –

kommen hiermit wie folgt überein:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen und Grundprinzipien

Artikel 1

Wesen und Umfang der Pflichten

(1) Die Mitglieder wenden die Bestimmungen dieses Übereinkommens an. Die Mitglieder dürfen in ihr Recht einen umfassenderen Schutz als den durch dieses Übereinkommen geforderten aufnehmen, vorausgesetzt, dieser Schutz läuft diesem Übereinkommen nicht zuwider, sie sind dazu aber nicht verpflichtet. Es steht den Mitgliedern frei, die für die Umsetzung dieses Übereinkommens in ihrem eigenen Rechtssystem und in ihrer Rechtspraxis geeignete Methode festzulegen.

(2) Der Begriff „geistiges Eigentum“ im Sinne dieses Übereinkommens umfaßt alle Arten des geistigen Eigentums, die Gegenstand der Abschnitte 1 bis 7 des Teils II sind.

(3) Die Mitglieder gewähren die in diesem Übereinkommen festgelegte Behandlung den Angehörigen der anderen Mitglieder.¹⁾ In bezug auf das einschlägige Recht des geistigen Eigentums sind unter den Angehörigen anderer Mitglieder diejenigen natürlichen oder juristischen Personen zu verstehen, die den Kriterien für den Zugang zum Schutz nach der Pariser Verbandsübereinkunft (1967), der Berner Übereinkunft (1971), dem Rom-Abkommen und dem Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise entsprächen, wenn alle Mitglieder der Welthandelsorganisation Vertragsparteien dieser Übereinkünfte wären.²⁾ Ein Mitglied, das von den in Artikel 5 Absatz 3 oder Artikel 6 Absatz 2 des Rom-Abkommens vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch macht, hat eine Notifikation gemäß den genannten Bestimmungen an den Rat für handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (den „Rat für TRIPS“) vorzunehmen.

¹⁾ Soweit in diesem Übereinkommen der Begriff „Angehörige“ verwendet wird, bedeutet dieser Begriff im Fall eines gesonderten Zollgebiets, das Mitglied der WTO ist, natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz oder einer wirklichen und tatsächlichen gewerblichen oder Handelsniederlassung in diesem Zollgebiet.

²⁾ In diesem Übereinkommen bedeutet „Pariser Verbandsübereinkunft“ die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, „Pariser Verbandsübereinkunft (1967)“ die Stockholmer Fassung dieser Übereinkunft vom 14. Juli 1967, „Berner Übereinkunft“ die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst, „Berner Übereinkunft (1971)“ die Pariser Fassung dieser Übereinkunft vom 24. Juli 1971, „Rom-Abkommen“ das Internationale Abkommen über den Schutz der ausübenden Künstler, der Hersteller von Tonträgern und der Sendunternehmen, angenommen in Rom am 26. Oktober 1961, „Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise“ (IPIC-Vertrag) den am 26. Mai 1989 in Washington angenommenen Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise, „WTO-Übereinkommen“ das Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation.

Artikel 2**Übereinkünfte über geistiges Eigentum**

(1) In bezug auf die Teile II, III und IV dieses Übereinkommens befolgen die Mitglieder die Artikel 1 bis 12 sowie Artikel 19 der Pariser Verbandsübereinkunft (1967).

(2) Die in den Teilen I bis IV dieses Übereinkommens enthaltenen Bestimmungen setzen die nach der Pariser Verbandsübereinkunft, der Berner Übereinkunft, dem Rom-Abkommen und dem Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise bestehenden Verpflichtungen der Mitglieder untereinander nicht außer Kraft.

Artikel 3**Inländerbehandlung**

(1) Die Mitglieder gewähren den Angehörigen der anderen Mitglieder eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, die sie ihren eigenen Angehörigen in bezug auf den Schutz⁷⁾ des geistigen Eigentums gewähren, vorbehaltlich der jeweils bereits in der Pariser Verbandsübereinkunft (1967), der Berner Übereinkunft (1971), dem Rom-Abkommen oder dem Vertrag über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise vorgesehenen Ausnahmen. In bezug auf ausübende Künstler, Hersteller von Tonträgern und Sendeunternehmen gilt diese Verpflichtung nur in bezug auf die durch dieses Übereinkommen vorgesehenen Rechte. Ein Mitglied, das von den in Artikel 6 der Berner Übereinkunft (1971) oder in Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe b des Rom-Abkommens vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch macht, hat eine Notifikation gemäß den genannten Bestimmungen an den Rat für TRIPS vorzunehmen.

(2) Die Mitglieder dürfen in bezug auf Gerichts- und Verwaltungsverfahren, einschließlich der Bestimmung einer Anschrift für die Zustellung oder der Ernennung eines Vertreters innerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitglieds, von den in Absatz 1 vorgesehenen Ausnahmen nur Gebrauch machen, wenn diese Ausnahmen notwendig sind, um die Einhaltung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften sicherzustellen, die mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens nicht unvereinbar sind, und wenn diese Praktiken nicht in einer Weise angewendet werden, die eine verschleierte Handelsbeschränkung bilden würde.

Artikel 4**Meistbegünstigung**

In bezug auf den Schutz des geistigen Eigentums werden Vorteile, Vergünstigungen, Sonderrechte und Befreiungen, die von einem Mitglied den Angehörigen eines anderen Landes gewährt werden, sofort und bedingungslos den Angehörigen aller anderen Mitglieder gewährt. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind von einem Mitglied gewährte Vorteile, Vergünstigungen, Sonderrechte und Befreiungen,

- a) die sich aus internationalen Übereinkünften über Rechtshilfe oder Vollstreckung ableiten, die allgemeiner Art sind und sich nicht speziell auf den Schutz des geistigen Eigentums beschränken;
- b) die gemäß den Bestimmungen der Berner Übereinkunft (1971) oder des Rom-Abkommens gewährt werden, in denen gestattet wird, daß die gewährte Behandlung nicht von der Inländerbehandlung, sondern von der in einem anderen Land gewährten Behandlung abhängig gemacht wird;
- c) die sich auf die in diesem Übereinkommen nicht geregelten Rechte von ausübenden Künstlern, Herstellern von Tonträgern und Sendeunternehmen beziehen;
- d) die sich aus internationalen Übereinkünften betreffend den Schutz des geistigen Eigentums ableiten, die vor dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens in Kraft getreten sind, vorausgesetzt, daß diese Übereinkünfte dem Rat für TRIPS notifiziert werden und keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung von Angehörigen anderer Mitglieder darstellen.

Artikel 5**Mehrseitige Übereinkünfte
über den Erwerb oder die Aufrechterhaltung des Schutzes**

Die in den Artikeln 3 und 4 aufgeführten Verpflichtungen finden keine Anwendung auf Verfahren, die in im Rahmen der Weltorganisation für geistiges Eigentum geschlossenen mehrseitigen Übereinkünften betreffend den Erwerb oder die Aufrechterhaltung von Rechten des geistigen Eigentums enthalten sind.

Artikel 6**Erschöpfung**

Für die Zwecke der Streitbeilegung im Rahmen dieses Übereinkommens darf vorbehaltlich der Artikel 3 und 4 dieses Übereinkommen nicht dazu verwendet werden, die Frage der Erschöpfung von Rechten des geistigen Eigentums zu behandeln.

Artikel 7**Ziele**

Der Schutz und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sollen zur Förderung der technischen Innovation sowie zur Weitergabe und Verbreitung von Technologie beitragen, dem beiderseitigen Vorteil der Erzeuger und Nutzer technischen Wissens dienen, in einer dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohl zuträglichen Weise erfolgen und einen Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten herstellen.

⁷⁾ Im Sinne der Artikel 3 und 4 schließt „Schutz“ Angelegenheiten ein, welche die Verfügbarkeit, den Erwerb, den Umfang, die Aufrechterhaltung und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums betreffen, sowie diejenigen Angelegenheiten, welche die Ausübung von Rechten des geistigen Eigentums betreffen, die in diesem Übereinkommen ausdrücklich behandelt werden.

Artikel 8**Grundsätze**

(1) Die Mitglieder dürfen bei der Abfassung oder Änderung ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften die Maßnahmen ergreifen, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und Ernährung sowie zur Förderung des öffentlichen Interesses in den für ihre sozio-ökonomische und technische Entwicklung lebenswichtigen Sektoren notwendig sind; jedoch müssen diese Maßnahmen mit diesem Übereinkommen vereinbar sein.

(2) Geeignete Maßnahmen, die jedoch mit diesem Übereinkommen vereinbar sein müssen, können erforderlich sein, um den Mißbrauch von Rechten des geistigen Eigentums durch die Rechtsinhaber oder den Rückgriff auf Praktiken, die den Handel unangemessen beschränken oder den internationalen Technologietransfer nachteilig beeinflussen, zu verhindern.

Teil II**Normen betreffend die Verfügbarkeit, den Umfang und die Ausübung von Rechten des geistigen Eigentums****Abschnitt 1:****Urheberrecht und verwandte Schutzrechte****Artikel 9****Verhältnis zur Berner Übereinkunft**

(1) Die Mitglieder befolgen die Artikel 1 bis 21 der Berner Übereinkunft (1971) und den Anhang dazu. Die Mitglieder haben jedoch aufgrund dieses Übereinkommens keine Rechte oder Pflichten in bezug auf die in Artikel 6^{ter} der Übereinkunft gewährten oder die daraus abgeleiteten Rechte.

(2) Der urheberrechtliche Schutz erstreckt sich auf Ausdrucksformen und nicht auf Ideen, Verfahren, Arbeitsweisen oder mathematische Konzepte als solche.

Artikel 10**Computerprogramme und Zusammenstellungen von Daten**

(1) Computerprogramme, gleichviel, ob sie in Quellcode oder in Maschinenprogrammcode ausgedrückt sind, werden als Werke der Literatur nach der Berner Übereinkunft (1971) geschützt.

(2) Zusammenstellungen von Daten oder sonstigem Material, gleichviel, ob in maschinenlesbarer oder anderer Form, die aufgrund der Auswahl oder Anordnung ihres Inhalts geistige Schöpfungen bilden, werden als solche geschützt. Dieser Schutz, der sich nicht auf die Daten oder das Material selbst erstreckt, gilt unbeschadet eines an den Daten oder dem Material selbst bestehenden Urheberrechts.

Artikel 11**Vermietrechte**

Zumindest in bezug auf Computerprogramme und Filmwerke gewähren die Mitglieder den Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern das Recht, die gewerbliche Vermietung von Originalen oder Vervielfältigungsstücken ihrer urheberrechtlich geschützten Werke an die Öffentlichkeit zu gestatten oder zu verbieten. Ein Mitglied ist in bezug auf Filmwerke von dieser Pflicht befreit, es sei denn, diese Vermietung hat zu weit verbreiteter Vervielfältigung dieser Werke geführt, die das den Urhebern und ihren Rechtsnachfolgern in diesem Mitglied gewährte ausschließliche Vervielfältigungsrecht erheblich beeinträchtigt. In bezug auf Computerprogramme findet diese Verpflichtung keine Anwendung auf Vermietungen, bei denen das Programm selbst nicht der wesentliche Gegenstand der Vermietung ist.

Artikel 12**Schutzdauer**

Wird die Dauer des Schutzes eines Werkes, das kein photographisches Werk und kein Werk der angewandten Kunst ist, auf einer anderen Grundlage als der Lebensdauer einer natürlichen Person berechnet, so darf die Schutzdauer nicht weniger als 50 Jahre ab dem Ende des Kalenderjahrs der gestatteten Veröffentlichung und, wenn es innerhalb von 50 Jahren ab der Herstellung des Werkes zu keiner gestatteten Veröffentlichung kommt, nicht weniger als 50 Jahre ab dem Ende des Kalenderjahrs der Herstellung betragen.

Artikel 13**Beschränkungen und Ausnahmen**

Die Mitglieder begrenzen Beschränkungen und Ausnahmen von ausschließlichen Rechten auf bestimmte Sonderfälle, die weder die normale Auswertung des Werkes beeinträchtigen noch die berechtigten Interessen des Rechtsinhabers unzumutbar verletzen.

Artikel 14**Schutz von ausübenden Künstlern,
Herstellern von Tonträgern (Tonaufnahmen) und Sendeunternehmen**

(1) In bezug auf die Festlegung ihrer Darbietung auf einem Tonträger haben ausübende Künstler die Möglichkeit, folgende Handlungen zu verhindern, wenn diese ohne ihre Erlaubnis vorgenommen werden: die Festlegung ihrer nicht festgelegten Darbietung und die Vervielfältigung einer solchen Festlegung. Ausübende Künstler haben auch die Möglichkeit, folgende Handlungen zu verhindern, wenn diese ohne ihre Erlaubnis vorgenommen werden: die Funksendung auf drahtlosem Weg und die öffentliche Wiedergabe ihrer lebenden Darbietung.

(2) Die Hersteller von Tonträgern haben das Recht, die unmittelbare oder mittelbare Vervielfältigung ihrer Tonträger zu gestatten oder zu verbieten.

(3) Sendeunternehmen haben das Recht, folgende Handlungen zu verbieten, wenn diese ohne ihre Erlaubnis vorgenommen werden: die Festlegung, die Vervielfältigung von Festlegungen und die drahtlose Weitersendung von Funksendungen sowie die öffentliche Wiedergabe von Fernsehsendungen solcher Funksendungen. Mitglieder, die den Sendeunternehmen solche Rechte nicht gewähren, müssen den Inhabern des Urheberrechts an dem Gegenstand von Funksendungen die Möglichkeit gewähren, die genannten Handlungen vorbehaltlich der Berner Übereinkunft (1971) zu verhindern.

(4) Die Bestimmungen des Artikels 11 betreffend Computerprogramme gelten, wie im innerstaatlichen Recht des Mitglieds bestimmt, sinngemäß auch für Hersteller von Tonträgern und sonstige Inhaber der Rechte an Tonträgern. Ist am 15. April 1994 in einem Mitglied ein System der angemessenen Vergütung für die Inhaber von Rechten in Bezug auf die Vermietung von Tonträgern in Kraft, so kann das Mitglied dieses System beibehalten, sofern die gewerbliche Vermietung von Tonträgern die ausschließlichen Vervielfältigungsrechte der Rechtsinhaber nicht erheblich beeinträchtigt.

(5) Die nach diesem Übereinkommen ausübenden Künstlern und Herstellern von Tonträgern gewährte Schutzdauer läuft mindestens bis zum Ende eines Zeitraums von 50 Jahren, gerechnet ab dem Ende des Kalenderjahrs, in dem die Festlegung vorgenommen wurde oder die Darbietung stattgefunden hat. Die Dauer des nach Absatz 3 gewährten Schutzes beträgt mindestens 20 Jahre ab dem Ende des Kalenderjahrs, in dem die Funksendung stattgefunden hat.

(6) Die Mitglieder können in Bezug auf die nach den Absätzen 1, 2 und 3 gewährten Rechte in dem durch das Rom-Abkommen gestatteten Umfang Bedingungen, Beschränkungen, Ausnahmen und Vorbehalte vorsehen. Jedoch findet Artikel 18 der Berner Übereinkunft (1971) sinngemäß auch auf die Rechte der ausübenden Künstler und der Hersteller von Tonträgern an Tonträgern Anwendung.

Abschnitt 2:

Marken

Artikel 15

Gegenstand des Schutzes

(1) Alle Zeichen und alle Zeichenkombinationen, die geeignet sind, die Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denen anderer Unternehmen zu unterscheiden, können eine Marke darstellen. Solche Zeichen, insbesondere Wörter einschließlich Personennamen, Buchstaben, Zahlen, Abbildungen und Farbverbindungen, sowie alle Verbindungen solcher Zeichen sind als Marken eintragungsfähig. Sind Zeichen nicht ihrer Natur nach geeignet, die betreffenden Waren oder Dienstleistungen zu unterscheiden, so können die Mitglieder ihre Eintragungsfähigkeit von ihrer durch Benutzung erworbenen Unterscheidungskraft abhängig machen. Die Mitglieder können die visuelle Wahrnehmbarkeit von Zeichen als Eintragungsvoraussetzung festlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so zu verstehen, daß er ein Mitglied daran hindert, die Eintragung einer Marke aus anderen Gründen zu verweigern, wenn diese nicht im Widerspruch zu der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) stehen.

(3) Die Mitglieder können die Eintragungsfähigkeit von der Benutzung abhängig machen. Die tatsächliche Benutzung einer Marke darf jedoch keine Voraussetzung für die Einreichung eines Antrags auf Eintragung sein. Ein Antrag darf nicht allein aus dem Grund abgelehnt werden, daß die beabsichtigte Benutzung nicht vor Ablauf einer Frist von drei Jahren, gerechnet ab dem Tag der Antragstellung, stattgefunden hat.

(4) Die Art der Waren oder Dienstleistungen, für die eine Marke verwendet werden soll, darf keinesfalls ein Hindernis für die Eintragung der Marke bilden.

(5) Die Mitglieder veröffentlichen alle Marken entweder vor ihrer Eintragung oder sofort nach ihrer Eintragung und sehen eine angemessene Gelegenheit für Anträge auf Löschung der Eintragung vor. Darüber hinaus können die Mitglieder die Gelegenheit vorsehen, gegen die Eintragung einer Marke Widerspruch einzulegen.

Artikel 16

Rechte aus der Marke

(1) Dem Inhaber einer eingetragenen Marke steht das ausschließliche Recht zu, Dritten zu verbieten, ohne seine Zustimmung im geschäftlichen Verkehr identische oder ähnliche Zeichen für Waren oder Dienstleistungen, die identisch oder ähnlich denen sind, für welche die Marke eingetragen ist, zu benutzen, wenn diese Benutzung die Gefahr von Verwechslungen nach sich ziehen würde. Bei der Benutzung identischer Zeichen für identische Waren oder Dienstleistungen wird die Verwechslungsgefahr vermutet. Die vorstehend beschriebenen Rechte beeinträchtigen bestehende ältere Rechte nicht; sie beeinträchtigen auch nicht die Möglichkeit, daß die Mitglieder Rechte aufgrund von Benutzung vorsehen.

(2) Artikel 6^{ter} der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) findet sinngemäß auf Dienstleistungen Anwendung. Bei der Bestimmung, ob eine Marke notorisch bekannt ist, berücksichtigen die Mitglieder die Bekanntheit der Marke im maßgeblichen Teil der Öffentlichkeit, einschließlich der Bekanntheit der Marke im betreffenden Mitglied, die aufgrund der Werbung für die Marke erreicht wurde.

(3) Artikel 6^{ter} der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) findet sinngemäß auf Waren oder Dienstleistungen Anwendung, die denen nicht ähnlich sind, für die eine Marke eingetragen ist, wenn die Benutzung der betreffenden Marke im Zusammenhang mit diesen Waren oder Dienstleistungen auf eine Verbindung zwischen diesen Waren oder Dienstleistungen und dem Inhaber der eingetragenen Marke hinweisen würde und wenn den Interessen des Inhabers der eingetragenen Marke durch eine solche Benutzung wahrscheinlich Schaden zugefügt würde.

Artikel 17

Ausnahmen

Die Mitglieder können begrenzte Ausnahmen von den Rechten aus einer Marke vorsehen, wie etwa eine lautere Benutzung beschreibender Angaben, wenn diese Ausnahmen die berechtigten Interessen des Inhabers der Marke und Dritter berücksichtigen.

Artikel 18**Schutzdauer**

Die Laufzeit der ursprünglichen Eintragung und jeder Verlängerung der Eintragung einer Marke beträgt mindestens sieben Jahre. Die Eintragung einer Marke kann unbegrenzt verlängert werden.

Artikel 19**Erfordernis der Benutzung**

(1) Wenn die Benutzung für die Aufrechterhaltung einer Eintragung vorausgesetzt wird, darf die Eintragung erst nach einem ununterbrochenen Zeitraum der Nichtbenutzung von mindestens drei Jahren gelöscht werden, sofern der Inhaber der Marke nicht auf das Vorhandensein von Hindernissen für eine solche Benutzung gestützte triftige Gründe nachweist. Umstände, die unabhängig vom Willen des Inhabers der Marke eintreten und die ein Hindernis für die Benutzung der Marke bilden, wie zum Beispiel Einfuhrbeschränkungen oder sonstige staatliche Auflagen für durch die Marke geschützte Waren oder Dienstleistungen, werden als triftige Gründe für die Nichtbenutzung anerkannt.

(2) Die Benutzung einer Marke durch einen Dritten wird als Benutzung der Marke zum Zweck der Erhaltung der Eintragung anerkannt, wenn sie der Kontrolle durch ihren Inhaber unterliegt.

Artikel 20**Sonstige Erfordernisse**

Die Benutzung einer Marke im geschäftlichen Verkehr darf nicht ungerechtfertigt durch besondere Erfordernisse erschwert werden, wie die Benutzung zusammen mit einer anderen Marke, die Benutzung in einer besonderen Form oder die Benutzung in einer Weise, die ihre Fähigkeit beeinträchtigt, die Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denen anderer Unternehmen zu unterscheiden. Dies schließt die Verpflichtung nicht aus, die Marke, welche das die Waren oder Dienstleistungen herstellende Unternehmen kennzeichnet, zusammen, aber ohne Verknüpfung, mit der Marke zu benutzen, welche die konkret betroffenen Waren oder Dienstleistungen dieses Unternehmens unterscheidet.

Artikel 21**Lizenzen und Übertragungen**

Die Mitglieder können die Bedingungen für die Vergabe von Lizenzen und für die Übertragung von Marken festlegen, wobei davon ausgegangen wird, daß die Zwangslizenzierung von Marken nicht zulässig ist und daß der Inhaber einer eingetragenen Marke berechtigt ist, seine Marke mit oder ohne den Geschäftsbetrieb, zu dem die Marke gehört, zu übertragen.

Abschnitt 3:**Geographische Angaben****Artikel 22****Schutz geographischer Angaben**

(1) Geographische Angaben im Sinne dieses Übereinkommens sind Angaben, die eine Ware als aus dem Hoheitsgebiet eines Mitglieds oder aus einer Gegend oder aus einem Ort in diesem Gebiet stammend kennzeichnen, wenn eine bestimmte Qualität, der Ruf oder eine sonstige Eigenschaft der Ware im wesentlichen auf ihrer geographischen Herkunft beruht.

(2) In bezug auf geographische Angaben bieten die Mitglieder den beteiligten Parteien die rechtlichen Mittel für ein Verbot

- a) der Benutzung irgendeines Mittels in der Bezeichnung oder Aufmachung einer Ware, das auf eine das Publikum hinsichtlich der geographischen Herkunft der Ware irreführende Weise angibt oder nahelegt, daß die fragliche Ware ihren Ursprung in einem anderen geographischen Gebiet als dem wahren Ursprungsort hat;
- b) jeder Benutzung, die eine unlautere Wettbewerbshandlung im Sinne des Artikels 10^{ter} der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) darstellt.

(3) Die Mitglieder weisen von Amts wegen, sofern ihr Recht dies erlaubt, oder auf Antrag einer beteiligten Partei die Eintragung einer Marke, die eine geographische Angabe enthält oder aus ihr besteht, für Waren, die ihren Ursprung nicht in dem angegebenen Hoheitsgebiet haben, zurück oder erklären sie für ungültig, wenn die Benutzung der Angabe in der Marke für solche Waren in diesem Mitglied derart ist, daß das Publikum hinsichtlich des wahren Ursprungsorts irreführt wird.

(4) Der Schutz nach den Absätzen 1, 2 und 3 ist auch gegen eine geographische Angabe anwendbar, die zwar in bezug auf das Hoheitsgebiet, die Gegend oder den Ort, aus dem die Waren stammen, tatsächlich zutreffend ist, aber dem Publikum gegenüber fälschlich die Herkunft der Waren aus einem anderen Hoheitsgebiet darstellt.

Artikel 23**Zusätzlicher Schutz
für geographische Angaben für Weine und Spirituosen**

(1) Die Mitglieder bieten beteiligten Parteien die rechtlichen Mittel für ein Verbot der Verwendung geographischer Angaben zur Kennzeichnung von Weinen für Weine, die ihren Ursprung nicht an dem durch die fragliche geographische Angabe bezeichneten Ort haben, oder zur Kennzeichnung von Spirituosen für Spirituosen, die ihren Ursprung nicht an dem durch die fragliche geographische Angabe bezeichneten Ort haben, selbst wenn der wahre Ursprung der Waren angegeben oder die geographische Angabe in Übersetzung oder zusammen mit Ausdrücken wie „Art“, „Typ“, „Stil“, „Imitation“ oder dergleichen benutzt wird.^{*)}

^{*)} Ungeachtet des Artikels 42 Satz 1 sind die Mitglieder befugt, in bezug auf diese Verpflichtungen statt dessen die Durchsetzung durch Verwaltungsmaßnahmen vorzusehen.

(2) Die Eintragung einer Marke, die eine geographische Angabe enthält oder aus ihr besteht, durch die Weine gekennzeichnet werden, für Weine oder die Eintragung einer Marke, die eine geographische Angabe enthält oder aus ihr besteht, durch die Spirituosen gekennzeichnet werden, für Spirituosen, wird in bezug auf solche Weine oder Spirituosen, die diesen Ursprung nicht haben, von Amts wegen, wenn das Recht eines Mitglieds dies erlaubt, oder auf Antrag einer beteiligten Partei zurückgewiesen oder für ungültig erklärt.

(3) Im Fall homonymer geographischer Angaben für Weine wird vorbehaltlich des Artikels 22 Absatz 4 jeder Angabe Schutz gewährt. Jedes Mitglied legt die praktischen Bedingungen fest, unter denen die fraglichen homonymen Angaben voneinander unterschieden werden, wobei die Notwendigkeit berücksichtigt wird, sicherzustellen, daß die betroffenen Erzeuger angemessen behandelt und die Verbraucher nicht irregeführt werden.

(4) Um den Schutz geographischer Angaben für Weine zu erleichtern, werden im Rat für TRIPS Verhandlungen über die Errichtung eines mehrseitigen Systems der Notifikation und Eintragung geographischer Angaben für Weine, die in den an dem System beteiligten Mitgliedern schutzfähig sind, geführt.

Artikel 24

Internationale Verhandlungen; Ausnahmen

(1) Die Mitglieder vereinbaren, in Verhandlungen einzutreten, die darauf abzielen, den Schutz einzelner geographischer Angaben nach Artikel 23 zu stärken. Die Absätze 4 bis 8 dürfen von einem Mitglied nicht dazu verwendet werden, die Führung von Verhandlungen oder den Abschluß zweiseitiger oder mehrseitiger Übereinkünfte zu verweigern. Im Rahmen solcher Verhandlungen sind die Mitglieder bereit, die weitere Anwendbarkeit dieser Bestimmungen auf einzelne geographische Angaben, deren Benutzung Gegenstand solcher Verhandlungen war, in Betracht zu ziehen.

(2) Der Rat für TRIPS überprüft laufend die Anwendung dieses Abschnitts; die erste Überprüfung findet innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens statt. Alle Angelegenheiten, welche die Erfüllung der sich aus diesen Bestimmungen ergebenden Pflichten betreffen, können dem Rat zur Kenntnis gebracht werden, der sich auf Ersuchen eines Mitglieds mit einem oder mehreren Mitgliedern in bezug auf eine solche Angelegenheit berät, hinsichtlich deren es nicht möglich war, durch zweiseitige oder mehrseitige Konsultationen zwischen den betroffenen Mitgliedern eine befriedigende Lösung zu finden. Der Rat ergreift die vereinbarten Maßnahmen, um die Anwendung dieses Abschnitts zu erleichtern und seine Ziele zu fördern.

(3) Bei der Umsetzung dieses Abschnitts vermindern die Mitglieder nicht den Schutz geographischer Angaben, der in dem jeweiligen Mitglied unmittelbar vor dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens gegeben war.

(4) Dieser Abschnitt verpflichtet die Mitglieder nicht, die fortgesetzte und gleichartige Benutzung einer bestimmten geographischen Angabe eines anderen Mitglieds zu verbieten, durch die Weine oder Spirituosen im Zusammenhang mit Waren oder Dienstleistungen durch seine Angehörigen oder Personen, die in dem Land ihren Wohnsitz haben, gekennzeichnet werden, wenn sie diese geographische Angabe laufend für dieselben oder verwandte Waren oder Dienstleistungen im Hoheitsgebiet dieses Mitglieds entweder a) mindestens zehn Jahre lang vor dem 15. April 1994 oder b) gutgläubig vor diesem Tag benutzt haben.

(5) Wenn entweder

- a) vor dem Zeitpunkt der Anwendung dieser Bestimmungen in einem Mitglied gemäß Teil VI oder
- b) bevor die geographische Angabe in ihrem Ursprungsland geschützt wird,

eine Marke gutgläubig angemeldet oder eingetragen wurde oder Rechte an einer Marke durch gutgläubige Benutzung erworben wurden, beeinträchtigen zur Umsetzung dieses Abschnitts ergriffene Maßnahmen nicht die Eintragungsfähigkeit oder die Gültigkeit der Eintragung einer Marke oder das Recht zur Benutzung einer Marke aufgrund der Tatsache, daß eine solche Marke mit einer geographischen Angabe identisch oder ihr ähnlich ist.

(6) Dieser Abschnitt verpflichtet die Mitglieder nicht, ihre Bestimmungen in bezug auf eine geographische Angabe eines anderen Mitglieds in bezug auf Waren oder Dienstleistungen anzuwenden, für die diese Angabe identisch mit dem Begriff ist, der in der allgemeinen Sprache der übliche Name solcher Waren oder Dienstleistungen im Hoheitsgebiet dieses Mitglieds ist. Dieser Abschnitt verpflichtet die Mitglieder nicht, ihre Bestimmungen in bezug auf eine geographische Angabe eines anderen Mitglieds in bezug auf Erzeugnisse des Weinbaus anzuwenden, für die diese Angabe identisch mit dem üblichen Namen einer Rebsorte ist, die im Hoheitsgebiet dieses Mitglieds zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens vorhanden ist.

(7) Jedes Mitglied kann vorsehen, daß ein nach diesem Abschnitt im Zusammenhang mit der Benutzung oder Eintragung einer Marke gestellter Antrag innerhalb von fünf Jahren, nachdem die entgegenstehende Benutzung der geschützten Angabe in diesem Mitglied allgemein bekannt geworden ist oder nach dem Tag der Eintragung der Marke in diesem Mitglied, sofern die Marke zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht ist, wenn dieser Zeitpunkt vor dem Tag liegt, an dem die entgegenstehende Benutzung in diesem Mitglied allgemein bekannt geworden ist, eingereicht werden muß, sofern die geographische Angabe nicht bösgläubig benutzt oder eingetragen wird.

(8) Dieser Abschnitt beeinträchtigt nicht das Recht einer Person, im geschäftlichen Verkehr ihren Namen oder den Namen ihres Geschäftsvorgängers zu benutzen, sofern dieser Name nicht in einer das Publikum irreführenden Weise benutzt wird.

(9) Dieses Übereinkommen begründet keine Verpflichtung, geographische Angaben zu schützen, die in ihrem Ursprungsland nicht oder nicht mehr geschützt sind oder die in diesem Land außer Gebrauch gekommen sind.

Abschnitt 4:

Gewerbliche Muster und Modelle

Artikel 25

Schutzvoraussetzungen

(1) Die Mitglieder sehen den Schutz unabhängig geschaffener gewerblicher Muster und Modelle vor, die neu sind oder Eigenart haben. Die Mitglieder können bestimmen, daß Muster oder Modelle nicht neu sind oder keine Eigenart haben, wenn sie sich von bekannten Mustern oder Modellen oder Kombinationen bekannter Merkmale von Mustern oder Modellen nicht wesentlich unterschei-

den. Die Mitglieder können bestimmen, daß sich dieser Schutz nicht auf Muster oder Modelle erstreckt, die im wesentlichen aufgrund technischer oder funktionaler Überlegungen vorgegeben sind.

(2) Jedes Mitglied stellt sicher, daß die Voraussetzungen für die Gewährung des Schutzes von Textilmustern, insbesondere hinsichtlich Kosten, Prüfung oder Bekanntmachung, die Möglichkeit, diesen Schutz zu begehren und zu erlangen, nicht unangemessen beeinträchtigen. Es steht den Mitgliedern frei, dieser Verpflichtung durch musterrechtliche oder urheberrechtliche Bestimmungen nachzukommen.

Artikel 26

Schutz

(1) Der Inhaber eines geschützten gewerblichen Musters oder Modells ist berechtigt, Dritten zu verbieten, ohne seine Zustimmung Gegenstände herzustellen, zu verkaufen oder einzuführen, die ein Muster oder Modell tragen oder in die ein Muster oder Modell aufgenommen wurde, das eine Nachahmung oder im wesentlichen eine Nachahmung des geschützten Musters oder Modells ist, wenn diese Handlungen zu gewerblichen Zwecken vorgenommen werden.

(2) Die Mitglieder können begrenzte Ausnahmen vom Schutz gewerblicher Muster und Modelle vorsehen, sofern solche Ausnahmen nicht unangemessen im Widerspruch zur normalen Verwertung geschützter gewerblicher Muster oder Modelle stehen und die berechtigten Interessen des Inhabers des geschützten Musters oder Modells nicht unangemessen beeinträchtigen, wobei auch die berechtigten Interessen Dritter zu berücksichtigen sind.

(3) Die erhaltliche Schutzdauer beträgt mindestens zehn Jahre.

Abschnitt 5:

Patente

Artikel 27

Patentfähige Gegenstände

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 ist vorzusehen, daß Patente für Erfindungen auf allen Gebieten der Technik erhaltlich sind, sowohl für Erzeugnisse als auch für Verfahren, vorausgesetzt, daß sie neu sind, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruhen und gewerblich anwendbar sind.⁵⁾ Vorbehaltlich des Artikels 65 Absatz 4, des Artikels 70 Absatz 8 und des Absatzes 3 dieses Artikels sind Patente erhaltlich und können Patentrechte ausgeübt werden, ohne daß hinsichtlich des Ortes der Erfindung, des Gebiets der Technik oder danach, ob die Erzeugnisse eingeführt oder im Land hergestellt werden, diskriminiert werden darf.

(2) Die Mitglieder können Erfindungen von der Patentierbarkeit ausschließen, wenn die Verhinderung ihrer gewerblichen Verwertung innerhalb ihres Hoheitsgebiets zum Schutz der öffentlichen Ordnung oder der guten Sitten einschließlich des Schutzes des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen oder zur Vermeidung einer ernsten Schädigung der Umwelt notwendig ist, vorausgesetzt, daß ein solcher Ausschluß nicht nur deshalb vorgenommen wird, weil die Verwertung durch ihr Recht verboten ist.

(3) Die Mitglieder können von der Patentierbarkeit auch ausschließen

- a) diagnostische, therapeutische und chirurgische Verfahren für die Behandlung von Menschen oder Tieren;
- b) Pflanzen und Tiere, mit Ausnahme von Mikroorganismen, und im wesentlichen biologische Verfahren für die Züchtung von Pflanzen oder Tieren mit Ausnahme von nicht-biologischen und mikrobiologischen Verfahren. Die Mitglieder sehen jedoch den Schutz von Pflanzensorten entweder durch Patente oder durch ein wirksames System sui generis oder durch eine Kombination beider vor. Die Bestimmungen dieses Buchstabens werden vier Jahre nach dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens überprüft.

Artikel 28

Rechte aus dem Patent

(1) Ein Patent gewährt seinem Inhaber die folgenden ausschließlichen Rechte:

- a) wenn der Gegenstand des Patents ein Erzeugnis ist, es Dritten zu verbieten, ohne die Zustimmung des Inhabers folgende Handlungen vorzunehmen: Herstellung, Gebrauch, Anbieten zum Verkauf, Verkauf oder diesen Zwecken dienende Einfuhr⁶⁾ dieses Erzeugnisses;
- b) wenn der Gegenstand des Patents ein Verfahren ist, es Dritten zu verbieten, ohne die Zustimmung des Inhabers das Verfahren anzuwenden und folgende Handlungen vorzunehmen: Gebrauch, Anbieten zum Verkauf, Verkauf oder Einfuhr zu diesen Zwecken zumindest in bezug auf das unmittelbar durch dieses Verfahren gewonnene Erzeugnis.

(2) Der Patentinhaber hat auch das Recht, das Patent rechtsgeschäftlich oder im Weg der Rechtsnachfolge zu übertragen und Lizenzverträge abzuschließen.

Artikel 29

Bedingungen für Patentanmelder

(1) Die Mitglieder sehen vor, daß der Anmelder eines Patents die Erfindung so deutlich und vollständig zu offenbaren hat, daß ein Fachmann sie ausführen kann, und können vom Anmelder verlangen, die dem Erfinder am Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen wird, am Prioritätstag bekannte beste Art der Ausführung der Erfindung anzugeben.

(2) Die Mitglieder können vom Anmelder eines Patents verlangen, Angaben über seine entsprechenden ausländischen Anmeldungen und Erteilungen vorzulegen.

⁵⁾ Im Sinne dieses Artikels kann ein Mitglied die Begriffe „erfinderische Tätigkeit“ und „gewerblich anwendbar“ als Synonyme der Begriffe „nicht naheliegend“ beziehungsweise „nützlich“ auffassen.

⁶⁾ Dieses Recht unterliegt ebenso wie alle sonstigen nach diesem Übereinkommen gewährten Rechte in bezug auf Gebrauch, Verkauf, Einfuhr oder sonstigen Vertrieb von Waren Artikel 6.

Artikel 30**Ausnahmen von den Rechten aus dem Patent**

Die Mitglieder können begrenzte Ausnahmen von den ausschließlichen Rechten aus einem Patent vorsehen, sofern solche Ausnahmen nicht unangemessen im Widerspruch zur normalen Verwertung des Patents stehen und die berechtigten Interessen des Inhabers des Patents nicht unangemessen beeinträchtigen, wobei auch die berechtigten Interessen Dritter zu berücksichtigen sind.

Artikel 31**Sonstige Benutzung ohne Zustimmung des Rechtsinhabers**

Läßt das Recht eines Mitglieds die sonstige Benutzung⁷⁾ des Gegenstands eines Patents ohne die Zustimmung des Rechtsinhabers zu, einschließlich der Benutzung durch die Regierung oder von der Regierung ermächtigte Dritte, so sind folgende Bestimmungen zu beachten:

- a) die Erlaubnis zu einer solchen Benutzung wird aufgrund der Umstände des Einzelfalls geprüft;
- b) eine solche Benutzung darf nur gestattet werden, wenn vor der Benutzung derjenige, der die Benutzung plant, sich bemüht hat, die Zustimmung des Rechtsinhabers zu angemessenen geschäftsüblichen Bedingungen zu erhalten, und wenn diese Bemühungen innerhalb einer angemessenen Frist erfolglos geblieben sind. Auf dieses Erfordernis kann ein Mitglied verzichten, wenn ein nationaler Notstand oder sonstige Umstände von äußerster Dringlichkeit vorliegen oder wenn es sich um eine öffentliche, nicht gewerbliche Benutzung handelt. Bei Vorliegen eines nationalen Notstands oder sonstiger Umstände von äußerster Dringlichkeit ist der Rechtsinhaber gleichwohl so bald wie zumutbar und durchführbar zu verständigen. Wenn im Fall öffentlicher, nicht gewerblicher Benutzung die Regierung oder der Unternehmer, ohne eine Patentrecherche vorzunehmen, weiß oder nachweisbaren Grund hat zu wissen, daß ein gültiges Patent von der oder für die Regierung benutzt wird oder werden wird, ist der Rechtsinhaber umgehend zu unterrichten;
- c) Umfang und Dauer einer solchen Benutzung sind auf den Zweck zu begrenzen, für den sie gestattet wurde, und im Fall der Halbleitertechnik kann sie nur für den öffentlichen, nicht gewerblichen Gebrauch oder zur Beseitigung einer in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren festgestellten wettbewerbswidrigen Praktik vorgenommen werden;
- d) eine solche Benutzung muß nicht ausschließlich sein;
- e) eine solche Benutzung kann nur zusammen mit dem Teil des Unternehmens oder des Goodwill, dem diese Benutzung zusteht, übertragen werden;
- f) eine solche Benutzung ist vorwiegend für die Versorgung des Binnenmarkts des Mitglieds zu gestatten, das diese Benutzung gestattet;
- g) die Gestattung einer solchen Benutzung ist vorbehaltlich eines angemessenen Schutzes der berechtigten Interessen der zu ihr ermächtigten Personen zu beenden, sofern und sobald die Umstände, die zu ihr geführt haben, nicht mehr vorliegen und wahrscheinlich nicht wieder eintreten werden. Die zuständige Stelle muß die Befugnis haben, auf begründeten Antrag hin die Fortdauer dieser Umstände zu überprüfen;
- h) dem Rechtsinhaber ist eine nach den Umständen des Falles angemessene Vergütung zu leisten, wobei der wirtschaftliche Wert der Erlaubnis in Betracht zu ziehen ist;
- i) die Rechtsgültigkeit einer Entscheidung im Zusammenhang mit der Erlaubnis zu einer solchen Benutzung unterliegt der Nachprüfung durch ein Gericht oder einer sonstigen unabhängigen Nachprüfung durch eine gesonderte übergeordnete Behörde in dem betreffenden Mitglied;
- j) jede Entscheidung betreffend die in bezug auf eine solche Benutzung vorgesehene Vergütung unterliegt der Nachprüfung durch ein Gericht oder einer sonstigen unabhängigen Nachprüfung durch eine gesonderte übergeordnete Behörde in dem betreffenden Mitglied;
- k) die Mitglieder sind nicht verpflichtet, die unter den Buchstaben b und f festgelegten Bedingungen anzuwenden, wenn eine solche Benutzung gestattet ist, um eine in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren festgestellte wettbewerbswidrige Praktik abzustellen. Die Notwendigkeit, eine wettbewerbswidrige Praktik abzustellen, kann in solchen Fällen bei der Festsetzung des Betrags der Vergütung berücksichtigt werden. Die zuständigen Stellen sind befugt, eine Beendigung der Erlaubnis abzulehnen, sofern und sobald die Umstände, die zur Gewährung der Erlaubnis geführt haben, wahrscheinlich wieder eintreten werden;
- l) wenn eine solche Benutzung gestattet ist, um die Verwertung eines Patents („zweites Patent“) zu ermöglichen, das nicht verwertet werden kann, ohne ein anderes Patent („erstes Patent“) zu verletzen, kommen die folgenden zusätzlichen Bedingungen zur Anwendung:
 - i) die im zweiten Patent beanspruchte Erfindung muß gegenüber der im ersten Patent beanspruchten Erfindung einen wichtigen technischen Fortschritt von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung aufweisen;
 - ii) der Inhaber des ersten Patents muß das Recht auf eine Gegenlizenz zu angemessenen Bedingungen für die Benutzung der im zweiten Patent beanspruchten Erfindung haben, und
 - iii) die Benutzungserlaubnis in bezug auf das erste Patent kann nur zusammen mit dem zweiten Patent übertragen werden.

Artikel 32**Widerruf/Verfall**

Es ist eine Möglichkeit zur gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen, mit denen Patente widerrufen oder für verfallen erklärt werden, vorzusehen.

⁷⁾ Mit „sonstiger Benutzung“ ist eine andere als die nach Artikel 30 erlaubte Benutzung gemeint.

Artikel 33

Schutzdauer

Die erhöhte Schutzdauer endet nicht vor dem Ablauf einer Frist von 20 Jahren, gerechnet ab dem Anmeldetag.^{*)}

Artikel 34

Verfahrenspatente: Beweislast

(1) Ist Gegenstand des Patentbesitzes ein Verfahren zur Herstellung eines Erzeugnisses, so sind in zivilrechtlichen Verfahren wegen einer Verletzung der in Artikel 28 Absatz 1 Buchstabe b genannten Rechte des Inhabers die Gerichte befugt, dem Beklagten den Nachweis aufzuerlegen, daß sich das Verfahren zur Herstellung eines identischen Erzeugnisses von dem patentierten Verfahren unterscheidet. Daher sehen die Mitglieder, wenn zumindest einer der nachstehend aufgeführten Umstände gegeben ist, vor, daß ein identisches Erzeugnis, das ohne die Zustimmung des Patentinhabers hergestellt wurde, mangels Beweises des Gegenteils als nach dem patentierten Verfahren hergestellt gilt,

- a) wenn das nach dem patentierten Verfahren hergestellte Erzeugnis neu ist;
- b) wenn mit erheblicher Wahrscheinlichkeit das identische Erzeugnis nach dem Verfahren hergestellt wurde und es dem Inhaber des Patents bei Aufwendung angemessener Bemühungen nicht gelungen ist, das tatsächlich angewendete Verfahren festzustellen.

(2) Den Mitgliedern steht es frei, vorzusehen, daß die in Absatz 1 angegebene Beweislast dem angeblichen Verletzer auferlegt wird, wenn nur die unter Buchstabe a genannte Bedingung oder wenn nur die unter Buchstabe b genannte Bedingung erfüllt ist.

(3) Bei der Führung des Beweises des Gegenteils sind die berechtigten Interessen des Beklagten am Schutz seiner Herstellungs- und Geschäftsgeheimnisse zu berücksichtigen.

Abschnitt 6:

Layout-Designs (Topographien) integrierter Schaltkreise

Artikel 35

Verhältnis zum IPIC-Vertrag

Die Mitglieder vereinbaren, nach den Artikeln 2 bis 7 (mit Ausnahme des Artikels 6 Absatz 3), Artikel 12 und Artikel 16 Absatz 3 des Vertrags über den Schutz des geistigen Eigentums im Hinblick auf integrierte Schaltkreise den Layout-Designs (Topographien) integrierter Schaltkreise (in diesem Übereinkommen als „Layout-Designs“ bezeichnet) Schutz zu gewähren und darüber hinaus die nachstehenden Bestimmungen zu befolgen.

Artikel 36

Schutzumfang

Vorbehaltlich des Artikels 37 Absatz 1 erachten die Mitglieder folgende Handlungen, wenn sie ohne Erlaubnis des Rechtsinhabers^{*)} vorgenommen werden, für rechtswidrig: Einfuhr, Verkauf oder sonstiger Vertrieb zu kommerziellen Zwecken in bezug auf ein geschütztes Layout-Design oder einen integrierten Schaltkreis, in den ein geschütztes Layout-Design aufgenommen ist, oder einen Gegenstand, in den ein derartiger integrierter Schaltkreis aufgenommen ist, nur insoweit, als er weiterhin ein rechtswidrig nachgebildetes Layout-Design enthält.

Artikel 37

Handlungen, die keiner Erlaubnis durch den Rechtsinhaber bedürfen

(1) Ungeachtet des Artikels 36 betrachtet kein Mitglied die Vornahme einer der in jenem Artikel genannten Handlungen in bezug auf einen integrierten Schaltkreis, in den ein rechtswidrig nachgebildetes Layout-Design aufgenommen ist, oder einen Gegenstand, in den ein derartiger integrierter Schaltkreis aufgenommen ist, als rechtswidrig, wenn die Person, die diese Handlungen vorgenommen oder veranlaßt hat, beim Erwerb des integrierten Schaltkreises oder des Gegenstands, in den ein derartiger integrierter Schaltkreis aufgenommen ist, nicht wußte und keinen hinreichenden Grund zu der Annahme hatte, daß darin ein rechtswidrig nachgebildetes Layout-Design aufgenommen war. Die Mitglieder sehen vor, daß diese Person nach dem Zeitpunkt, zu dem sie ausreichende Kenntnis davon erlangt hat, daß das Layout-Design rechtswidrig nachgebildet wurde, zwar alle genannten Handlungen in bezug auf die vorhandenen oder vor diesem Zeitpunkt bestellten Bestände vornehmen darf, aber an den Rechtsinhaber einen Betrag zu entrichten hat, der einer angemessenen Lizenzgebühr, wie sie aufgrund eines frei ausgehandelten Lizenzvertrags über ein solches Layout-Design zu zahlen wäre, entspricht.

(2) Die in Artikel 31 Buchstaben a bis k aufgeführten Bedingungen sind auf Zwangslizenzen an einem Layout-Design oder seiner Benutzung durch oder für die Regierung ohne Erlaubnis des Rechtsinhabers sinngemäß anzuwenden.

Artikel 38

Schutzdauer

(1) In Mitgliedern, welche die Eintragung als Voraussetzung des Schutzes verlangen, endet die Schutzdauer für Layout-Designs nicht vor Ablauf eines Zeitraums von zehn Jahren, gerechnet ab dem Anmeldetag oder ab der ersten geschäftlichen Verwertung, gleichviel, an welchem Ort der Welt sie stattfindet.

^{*)} Es besteht Einigkeit darüber, daß Mitglieder, die kein System der eigenständigen Erteilung kennen, festlegen können, daß die Schutzdauer ab dem Anmeldetag im System der ursprünglichen Erteilung gerechnet wird.

^{*)} Der Begriff „Rechtsinhaber“ ist als bedeutungsgleich mit dem im IPIC-Vertrag verwendeten Begriff „Inhaber des Rechts“ zu verstehen.

(2) In Mitgliedern, welche die Eintragung als Voraussetzung des Schutzes nicht verlangen, werden Layout-Designs während eines Zeitraums von nicht weniger als zehn Jahren geschützt, gerechnet ab dem Tag der ersten geschäftlichen Verwertung, gleichviel, an welchem Ort der Welt sie stattfindet.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 können die Mitglieder vorsehen, daß der Schutz fünfzehn Jahre nach der Schaffung des Layout-Designs erlischt.

Abschnitt 7:

Schutz nicht offenbarer Informationen

Artikel 39

(1) Bei der Sicherung eines wirksamen Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb, wie er in Artikel 10^{6a} der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) vorgesehen ist, schützen die Mitglieder nicht offenbarte Informationen nach Maßgabe des Absatzes 2 und Regierungen oder Regierungsstellen vorgelegte Daten nach Maßgabe des Absatzes 3.

(2) Natürliche und juristische Personen haben die Möglichkeit, zu verhindern, daß Informationen, die rechtmäßig unter ihrer Kontrolle stehen, ohne ihre Zustimmung auf eine Weise, die den anständigen Gepflogenheiten in Gewerbe und Handel zuwiderläuft,¹⁹⁾ Dritten offenbart, von diesen erworben oder benutzt werden, solange diese Informationen

- a) in dem Sinne geheim sind, daß sie entweder in ihrer Gesamtheit oder in der genauen Anordnung und Zusammenstellung ihrer Bestandteile Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit den fraglichen Informationen zu tun haben, nicht allgemein bekannt oder leicht zugänglich sind,
- b) wirtschaftlichen Wert haben, weil sie geheim sind, und
- c) Gegenstand von den Umständen nach angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen seitens der Person waren, unter deren Kontrolle sie rechtmäßig stehen.

(3) Mitglieder, in denen die Vorlage nicht offener Test- oder sonstiger Daten, deren Erstellung beträchtlichen Aufwand verursacht, Voraussetzung für die Marktzulassung pharmazeutischer oder agrochemischer Erzeugnisse ist, in denen neue chemische Stoffe verwendet werden, schützen diese Daten vor unlauterem gewerblichen Gebrauch. Darüber hinaus schützen die Mitglieder solche Daten vor Offenbarung, es sei denn, daß diese zum Schutz der Öffentlichkeit notwendig ist oder daß Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß die Daten vor unlauterem gewerblichen Gebrauch geschützt werden.

Abschnitt 8:

Kontrolle wettbewerbswidriger Praktiken in vertraglichen Lizenzen

Artikel 40

(1) Die Mitglieder sind sich darin einig, daß gewisse Praktiken oder Bestimmungen bei der Vergabe von Lizenzen an Rechten des geistigen Eigentums, die den Wettbewerb beschränken, nachteilige Auswirkungen auf den Handel haben können und die Weitergabe und Verbreitung von Technologie behindern können.

(2) Dieses Übereinkommen hindert die Mitglieder nicht daran, in ihren Rechtsvorschriften Lizenzierungspraktiken und Lizenzbedingungen aufzuführen, die in bestimmten Fällen einen Mißbrauch von Rechten des geistigen Eigentums mit nachteiligen Auswirkungen auf den Wettbewerb auf dem entsprechenden Markt bilden können. Wie vorstehend vorgesehen, kann ein Mitglied im Einklang mit den sonstigen Bestimmungen dieses Übereinkommens geeignete Maßnahmen ergreifen, um solche Praktiken, zu denen zum Beispiel Bestimmungen über exklusive Rücklizenzen, über die Verhinderung von Angriffen auf die Gültigkeit sowie erzwungene Paketlizenzen gehören können, unter Berücksichtigung seiner einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften zu verhindern oder zu kontrollieren.

(3) Auf Ersuchen tritt ein Mitglied mit einem anderen Mitglied, das Grund zur Annahme hat, daß der Inhaber eines Rechts des geistigen Eigentums, der Angehöriger des Mitglieds ist, an welches das Ersuchen um Konsultationen gerichtet wurde, oder der dort seinen Wohnsitz hat, Praktiken betreibt, mit denen die den Gegenstand dieses Abschnitts betreffenden Gesetze und sonstigen Vorschriften des ersuchenden Mitglieds verletzt werden, und das die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften wünscht, in Konsultationen ein unbeschadet jeder Maßnahme nach dem Recht des jeweiligen Mitglieds und der völligen Freiheit einer abschließenden Entscheidung des jeweiligen Mitglieds. Das Mitglied, an welches das Ersuchen gerichtet wurde, prüft die Frage von Konsultationen mit dem ersuchenden Mitglied umfassend und wohlwollend, bietet angemessene Gelegenheit für solche Konsultationen und wirkt dadurch mit, daß es öffentlich verfügbare nicht vertrauliche Informationen, die für die fragliche Angelegenheit von Bedeutung sind, sowie andere ihm zugängliche Informationen zur Verfügung stellt, vorbehaltlich innerstaatlicher Rechtsvorschriften und des Abschlusses beide Seiten zufriedenstellender Vereinbarungen über die Wahrung ihrer Vertraulichkeit durch das ersuchende Mitglied.

(4) Einem Mitglied, dessen Angehörige oder Gebietsansässige in Verfahren in einem anderen Mitglied wegen einer angeblichen Verletzung der Gesetze und sonstigen Vorschriften dieses anderen Mitglieds in bezug auf den Gegenstand dieses Abschnitts verwickelt sind, ist auf Ersuchen durch das andere Mitglied Gelegenheit zu Konsultationen unter den in Absatz 3 aufgeführten Bedingungen zu geben.

¹⁹⁾ Im Sinne dieser Bestimmung bedeutet „eine Weise, die den anständigen Gepflogenheiten in Gewerbe und Handel zuwiderläuft“ zumindest Handlungen wie Vertragsbruch, Vertrauensbruch und Verleitung dazu und schließt den Erwerb nicht offener Informationen durch Dritte ein, die wußten oder grob fahrlässig nicht wußten, daß solche Handlungen beim Erwerb eine Rolle spielten.

Teil III**Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums****Abschnitt 1:****Allgemeine Pflichten****Artikel 41**

(1) Die Mitglieder stellen sicher, daß die in diesem Teil aufgeführten Durchsetzungsverfahren in ihrem Recht vorgesehen werden, um ein wirksames Vorgehen gegen jede Verletzung von unter dieses Übereinkommen fallenden Rechten des geistigen Eigentums einschließlich Eilverfahren zur Verhinderung von Verletzungshandlungen und Rechtsbehelfe zur Abschreckung von weiteren Verletzungshandlungen zu ermöglichen. Diese Verfahren sind so anzuwenden, daß die Errichtung von Schranken für den rechtmäßigen Handel vermieden wird und die Gewähr gegen ihren Mißbrauch gegeben ist.

(2) Die Verfahren zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums müssen fair und gerecht sein. Sie dürfen nicht unnötig kompliziert oder kostspielig sein und keine unangemessenen Fristen oder ungerechtfertigten Verzögerungen mit sich bringen.

(3) Sachentscheidungen sind vorzugsweise schriftlich abzufassen und mit Gründen zu versehen. Sie müssen zumindest den Verfahrensparteien ohne ungebührliche Verzögerung zur Verfügung gestellt werden. Sachentscheidungen dürfen sich nur auf Beweise stützen, zu denen die Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.

(4) Die Parteien eines Verfahrens erhalten Gelegenheit zur Nachprüfung von Endentscheidungen der Verwaltungsbehörden durch ein Gericht und, vorbehaltlich der Bestimmungen über die gerichtliche Zuständigkeit im innerstaatlichen Recht des Mitglieds in bezug auf die Bedeutung einer Rechtssache, zumindest auch der Rechtsfragen erstinstanzlicher Sachentscheidungen der Gerichte. Es besteht jedoch keine Verpflichtung, eine Gelegenheit zur Nachprüfung von Freisprüchen in Strafverfahren vorzusehen.

(5) Es besteht Einvernehmen darüber, daß dieser Teil weder eine Verpflichtung begründet, ein gerichtliches System für die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums getrennt von dem für die Durchsetzung des Rechts im allgemeinen zu errichten, noch die Fähigkeit der Mitglieder berührt, ihr Recht allgemein durchzusetzen. Dieser Teil schafft keine Verpflichtung hinsichtlich der Aufteilung von Mitteln für Zwecke der Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums und für Zwecke der Durchsetzung des Rechts im allgemeinen.

Abschnitt 2:**Zivil- und Verwaltungsverfahren und Rechtsbehelfe****Artikel 42****Faire und gerechte Verfahren**

Die Mitglieder stellen den Rechtsinhabern¹⁾ zivilprozessuale Verfahren für die Durchsetzung aller unter dieses Übereinkommen fallenden Rechte des geistigen Eigentums zur Verfügung. Die beklagte Partei hat Anspruch auf rechtzeitige schriftliche Benachrichtigung, die genügend Einzelheiten einschließlich der Grundlage für den Anspruch enthält. Den Parteien ist zu gestatten, sich durch einen unabhängigen Rechtsanwalt vertreten zu lassen, und im Verfahren dürfen keine übermäßig erschwerten Anforderungen hinsichtlich der Notwendigkeit des persönlichen Erscheinens gestellt werden. Alle Parteien solcher Verfahren sind berechtigt, ihre Ansprüche zu begründen und alle sachdienlichen Beweismittel vorzulegen. Das Verfahren muß Möglichkeiten vorsehen, vertrauliche Informationen festzustellen und zu schützen, sofern dies nicht bestehenden verfassungsrechtlichen Erfordernissen zuwiderlaufen würde.

Artikel 43**Beweise**

(1) Hat eine Partei alle vernünftigerweise verfügbaren Beweismittel zur hinreichenden Begründung ihrer Ansprüche vorgelegt und rechterhebliche Beweismittel zur Begründung ihrer Ansprüche, die sich in der Verfügungsgewalt der gegnerischen Partei befinden, bezeichnet, so sind die Gerichte befugt anzuordnen, daß diese Beweismittel von der gegnerischen Partei vorgelegt werden, gegebenenfalls unter Bedingungen, die den Schutz vertraulicher Informationen gewährleisten.

(2) In Fällen, in denen eine Prozeßpartei aus eigenem Willen und ohne stichhaltigen Grund den Zugang zu notwendigen Informationen verweigert oder diese nicht innerhalb einer angemessenen Frist vorlegt oder ein Verfahren zur Durchsetzung eines Rechts wesentlich behindert, kann ein Mitglied die Gerichte ermächtigen, auf der Grundlage der ihnen vorgelegten Informationen, einschließlich der Klageschrift oder des Vorbringens der durch die Verweigerung des Zugangs zu den Informationen beschwerten Partei, bestätigende oder abweisende Entscheidungen vorläufiger und endgültiger Art zu treffen, sofern die Parteien die Gelegenheit hatten, zu dem Vorbringen und den Beweisen Stellung zu nehmen.

Artikel 44**Unterlassungsanordnungen**

(1) Die Gerichte sind befugt, gegenüber einer Partei anzuordnen, daß eine Rechtsverletzung zu unterlassen ist, unter anderem um zu verhindern, daß eingeführte Waren, die eine Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums mit sich bringen, unmittelbar nach der Zollfreigabe in die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Vertriebswege gelangen. Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, diese Befugnisse auch in bezug auf einen geschützten Gegenstand zu gewähren, der von einer Person erworben oder bestellt wurde, bevor sie wußte oder vernünftigerweise hätte wissen müssen, daß der Handel mit diesem Gegenstand die Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums nach sich ziehen würde.

¹⁾ Im Sinne dieses Teils schließt der Begriff „Rechtsinhaber“ auch Verbände und Vereinigungen ein, die gesetzlich zur Geltendmachung solcher Rechte befugt sind.

(2) Ungeachtet der anderen Bestimmungen dieses Teils und unter der Voraussetzung, daß die Bestimmungen des Teils II, in denen es speziell um die Benutzung durch Regierungen oder durch von einer Regierung ermächtigte Dritte ohne Zustimmung des Rechtsinhabers geht, eingehalten werden, können die Mitglieder die gegen eine solche Benutzung zur Verfügung stehenden Ansprüche auf die Zahlung einer Vergütung nach Artikel 31 Buchstabe h beschränken. In anderen Fällen finden die in diesem Teil festgelegten Rechtsbehelfe Anwendung oder sind, wenn diese Rechtsbehelfe nicht im Einklang mit dem Recht eines Mitglieds stehen, Feststellungsurteile und angemessene Entschädigung vorzusehen.

Artikel 45

Schadensersatz

(1) Die Gerichte sind befugt anzuordnen, daß der Verletzer dem Rechtsinhaber zum Ausgleich des von diesem wegen einer Verletzung seines Rechts des geistigen Eigentums durch einen Verletzer, der wußte oder vernünftigerweise hätte wissen müssen, daß er eine Verletzungshandlung vornahm, erlittenen Schadens angemessenen Schadensersatz zu leisten hat.

(2) Die Gerichte sind ferner befugt anzuordnen, daß der Verletzer dem Rechtsinhaber die Kosten zu erstatten hat, zu denen auch angemessene Anwaltshonorare gehören können. In geeigneten Fällen können die Mitglieder die Gerichte ermächtigen, die Herausgabe der Gewinne und/oder die Zahlung eines festgelegten Schadensersatzbetrags selbst dann anzuordnen, wenn der Verletzer nicht wußte oder nicht vernünftigerweise hätte wissen müssen, daß er eine Verletzungshandlung vornahm.

Artikel 46

Sonstige Rechtsbehelfe

Um wirksam von Verletzungen abzuschrecken, sind die Gerichte befugt anzuordnen, daß über Waren, die nach ihren Feststellungen ein Recht verletzen, ohne Entschädigung irgendwelcher Art außerhalb der Vertriebswege so verfügt wird, daß dem Rechtsinhaber kein Schaden entstehen kann, oder daß sie vernichtet werden, sofern dies nicht bestehenden verfassungsrechtlichen Erfordernissen zuwiderlaufen würde. Die Gerichte sind ferner befugt anzuordnen, daß über Material und Werkzeuge, die vorwiegend zur Herstellung der rechtsverletzenden Waren verwendet wurden, ohne Entschädigung irgendwelcher Art außerhalb der Vertriebswege so verfügt wird, daß die Gefahr weiterer Rechtsverletzungen möglichst gering gehalten wird. Bei der Prüfung derartiger Anträge sind die Notwendigkeit eines angemessenen Verhältnisses zwischen der Schwere der Rechtsverletzung und den angeordneten Maßnahmen sowie die Interessen Dritter zu berücksichtigen. Bei nachgeahmten Markenwaren reicht das einfache Entfernen der rechtswidrig angebrachten Marke außer in Ausnahmefällen nicht aus, um eine Freigabe der Waren in die Vertriebswege zu gestatten.

Artikel 47

Recht auf Auskunft

Die Mitglieder können vorsehen, daß die Gerichte befugt sind anzuordnen, daß der Verletzer dem Rechtsinhaber Auskunft über die Identität Dritter, die an der Herstellung und am Vertrieb der rechtsverletzenden Waren oder Dienstleistungen beteiligt waren, und über ihre Vertriebswege erteilen muß, sofern dies nicht außer Verhältnis zur Schwere der Verletzung steht.

Artikel 48

Entschädigung des Beklagten

(1) Die Gerichte sind befugt anzuordnen, daß eine Partei, auf deren Antrag hin Maßnahmen ergriffen wurden und die Durchsetzungsverfahren mißbräuchlich benutzt hat, einer zu Unrecht mit einem Verbot oder einer Beschränkung belegten Partei angemessene Entschädigung für den durch einen solchen Mißbrauch erlittenen Schaden zu leisten hat. Die Gerichte sind ferner befugt anzuordnen, daß der Antragsteller dem Antragsgegner die Kosten zu erstatten hat, zu denen auch angemessene Anwaltshonorare gehören können.

(2) In bezug auf die Anwendung von Rechtsvorschriften über den Schutz oder die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums dürfen die Mitglieder sowohl Behörden als auch Beamte von der Haftung auf angemessene Wiedergutmachung nur freistellen, wenn ihre Handlungen in gutem Glauben bei der Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorgenommen oder unternommen werden.

Artikel 49

Verwaltungsverfahren

Soweit zivilrechtliche Ansprüche als Ergebnis von Sachentscheidungen im Verwaltungsverfahren zuerkannt werden können, müssen diese Verfahren Grundsätzen entsprechen, die im wesentlichen den in diesem Abschnitt dargelegten gleichwertig sind.

Abschnitt 3:

Einstweilige Maßnahmen

Artikel 50

(1) Die Gerichte sind befugt, schnelle und wirksame einstweilige Maßnahmen anzuordnen,

- a) um die Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums zu verhindern, und insbesondere, um zu verhindern, daß Waren, einschließlich eingeführter Waren unmittelbar nach der Zollfreigabe, in die innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs liegenden Vertriebswege gelangen;
- b) um einschlägige Beweise hinsichtlich der behaupteten Rechtsverletzung zu sichern.

(2) Die Gerichte sind befugt, gegebenenfalls einstweilige Maßnahmen ohne Anhörung der anderen Partei zu treffen, insbesondere dann, wenn durch eine Verzögerung dem Rechtsinhaber wahrscheinlich ein nicht wiedergutzumachender Schaden entstünde oder wenn nachweislich die Gefahr besteht, daß Beweise vernichtet werden.

(3) Die Gerichte sind befugt, dem Antragsteller aufzuerlegen, alle vernünftigerweise verfügbaren Beweise vorzulegen, um sich mit ausreichender Sicherheit davon überzeugen zu können, daß der Antragsteller der Rechtsinhaber ist und daß das Recht des Antragstellers verletzt wird oder daß eine solche Verletzung droht, und anzuordnen, daß der Antragsteller eine Kautions zu stellen oder eine entsprechende Sicherheit zu leisten hat, die ausreicht, um den Antragsgegner zu schützen und einem Mißbrauch vorzubeugen.

(4) Wenn einstweilige Maßnahmen ohne Anhörung der anderen Partei getroffen wurden, sind die betroffenen Parteien spätestens unverzüglich nach der Vollziehung der Maßnahmen davon in Kenntnis zu setzen. Auf Antrag des Antragsgegners findet eine Prüfung, die das Recht zur Stellungnahme einschließt, mit dem Ziel statt, innerhalb einer angemessenen Frist nach der Mitteilung der Maßnahmen zu entscheiden, ob diese abgeändert, aufgehoben oder bestätigt werden sollen.

(5) Der Antragsteller kann aufgefordert werden, weitere Informationen vorzulegen, die für die Identifizierung der betreffenden Waren durch die Behörde, welche die einstweiligen Maßnahmen vollzieht, notwendig sind.

(6) Unbeschadet des Absatzes 4 werden aufgrund der Absätze 1 und 2 ergriffene einstweilige Maßnahmen auf Antrag des Antragsgegners aufgehoben oder auf andere Weise außer Kraft gesetzt, wenn das Verfahren, das zu einer Sachentscheidung führt, nicht innerhalb einer angemessenen Frist eingeleitet wird, die entweder von dem die Maßnahmen anordnenden Gericht festgelegt wird, sofern dies nach dem Recht des Mitglieds zulässig ist, oder, wenn es nicht zu einer solchen Festlegung kommt, 20 Arbeitstage oder 31 Kalendertage, wobei der längere der beiden Zeiträume gilt, nicht überschreitet.

(7) Werden einstweilige Maßnahmen aufgehoben oder werden sie aufgrund einer Handlung oder Unterlassung des Antragstellers unfällig oder wird in der Folge festgestellt, daß keine Verletzung oder drohende Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums vorlag, so sind die Gerichte befugt, auf Antrag des Antragsgegners anzuordnen, daß der Antragsteller dem Antragsgegner angemessenen Ersatz für durch diese Maßnahmen entstandenen Schaden zu leisten hat.

(8) Soweit einstweilige Maßnahmen aufgrund von Verwaltungsverfahren angeordnet werden können, müssen diese Verfahren Grundsätzen entsprechen, die im wesentlichen den in diesem Abschnitt dargelegten gleichwertig sind.

Abschnitt 4:

Besondere Erfordernisse bei Grenzmaßnahmen¹²⁾

Artikel 51

Aussetzung der Freigabe durch die Zollbehörden

Die Mitglieder sehen gemäß den nachstehenden Bestimmungen Verfahren¹³⁾ vor, die es dem Rechtsinhaber, der den begründeten Verdacht hat, daß es zur Einfuhr von nachgeahmten Markenwaren oder unerlaubt hergestellten urheberrechtlich geschützten Waren¹⁴⁾ kommen kann, ermöglichen, bei den zuständigen Gerichten oder Verwaltungsbehörden schriftlich zu beantragen, daß die Zollbehörden die Freigabe dieser Waren in den freien Verkehr aussetzen. Die Mitglieder können vorsehen, daß ein solcher Antrag auch in bezug auf Waren gestellt werden kann, bei denen es um andere Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums geht, sofern die Erfordernisse dieses Abschnitts beachtet werden. Die Mitglieder können ferner entsprechende Verfahren betreffend die Aussetzung der Freigabe rechtsverletzender Waren, die für die Ausfuhr aus ihren Hoheitsgebieten bestimmt sind, vorsehen.

Artikel 52

Antrag

Ein Rechtsinhaber, der die in Artikel 51 aufgeführten Verfahren in Gang bringt, muß ausreichende Beweise vorlegen, um die zuständigen Behörden davon zu überzeugen, daß nach Maßgabe des Rechts des Einfuhrlands prima facie eine Verletzung des Rechts des geistigen Eigentums des Rechtsinhabers vorliegt, sowie eine hinreichend genaue Beschreibung der Waren, um sie für die Zollbehörden leicht erkennbar zu machen. Die zuständigen Stellen setzen innerhalb einer angemessenen Frist den Antragsteller davon in Kenntnis, ob sie den Antrag angenommen haben, und davon, innerhalb welchen Zeitraums die Zollbehörden Maßnahmen ergreifen werden, sofern ein solcher von den zuständigen Stellen festgelegt worden ist.

Artikel 53

Kautions oder gleichwertige Sicherheitsleistung

(1) Die zuständigen Stellen sind befugt, vom Antragsteller eine Kautions oder eine gleichwertige Sicherheitsleistung zu verlangen, die ausreicht, um den Antragsgegner und die zuständigen Stellen zu schützen und einem Mißbrauch vorzubeugen. Eine solche Kautions oder gleichwertige Sicherheitsleistung darf nicht unangemessen von der Inanspruchnahme dieser Verfahren abschrecken.

(2) Wenn aufgrund eines Antrags nach diesem Abschnitt von den Zollbehörden auf der Grundlage einer nicht von einem Gericht oder einer sonstigen unabhängigen Stelle getroffenen Entscheidung die Freigabe von Waren, welche die Rechte an gewerblichen Mustern und Modellen, Patenten, Layout-Designs oder nicht offenbarten Informationen betreffen, in den freien Verkehr ausgesetzt wurde und wenn die in Artikel 55 festgelegte Frist verstrichen ist, ohne daß die hierzu befugte Stelle eine einstweilige Maßnahme getroffen hat, und sofern alle anderen Einfuhrvoraussetzungen erfüllt sind, hat der Eigentümer, der Einführer oder der Empfänger solcher Waren das Recht auf deren Freigabe nach Leistung einer Sicherheit in Höhe eines Betrags, der zum Schutz des Rechtsinhabers vor einer

¹²⁾ Hat ein Mitglied im wesentlichen alle Kontrollen über den Verkehr von Waren über seine Grenze mit einem anderen Mitglied, mit dem es Teil einer Zollunion bildet, abgebaut, so braucht es die Bestimmungen dieses Abschnitts an der betreffenden Grenze nicht anzuwenden.

¹³⁾ Es besteht Einvernehmen, daß keine Verpflichtung besteht, solche Verfahren auf die Einfuhr von Waren, die in einem anderen Land vom Rechtsinhaber oder mit seiner Zustimmung in den Verkehr gebracht wurden, oder auf Waren im Transit anzuwenden.

¹⁴⁾ Im Sinne dieses Übereinkommens sind

a) „nachgeahmte Markenwaren“ Waren einschließlich Verpackungen, auf denen unbefugt eine Marke angebracht ist, die mit einer rechtsgültig für solche Waren eingetragenen Marke identisch ist oder die sich in ihren wesentlichen Merkmalen nicht von einer solchen Marke unterscheiden läßt und die dadurch nach Maßgabe des Rechts des Einfuhrlands die Rechte des Inhabers der betreffenden Marke verletzt;

b) „unerlaubt hergestellte urheberrechtlich geschützte Waren“ Waren, die ohne Zustimmung des Rechtsinhabers oder der vom Rechtsinhaber im Land der Herstellung ordnungsgemäß ermächtigten Person hergestellte Vervielfältigungsstücke sind und die unmittelbar oder mittelbar von einem Gegenstand gemacht wurden, dessen Vervielfältigung die Verletzung eines Urheberrechts oder eines verwandten Schutzrechts nach Maßgabe des Rechts des Einfuhrlands dargestellt hätte.

Verletzung ausreicht. Die Leistung einer solchen Sicherheit darf nicht den Rückgriff des Rechtsinhabers auf andere Rechtsbehelfe beeinträchtigen, wobei davon ausgegangen wird, daß die Sicherheit freigegeben wird, wenn der Rechtsinhaber nicht innerhalb einer angemessenen Frist seinen Anspruch geltend macht.

Artikel 54

Mitteilung der Aussetzung

Der Einführer und der Antragsteller werden umgehend von der Aussetzung der Freigabe von Waren nach Artikel 51 in Kenntnis gesetzt.

Artikel 55

Dauer der Aussetzung

Sind die Zollbehörden nicht innerhalb einer Frist von zehn Arbeitstagen nach der Mitteilung der Aussetzung an den Antragsteller davon in Kenntnis gesetzt worden, daß ein zu einer Sachentscheidung führendes Verfahren von einer anderen Partei als dem Antragsgegner in Gang gesetzt worden ist oder daß die hierzu befugte Stelle einstweilige Maßnahmen getroffen hat, um die Aussetzung der Freigabe der Waren zu verlängern, so sind die Waren freizugeben, sofern alle anderen Voraussetzungen für die Einfuhr oder Ausfuhr erfüllt sind; in geeigneten Fällen kann diese Frist um weitere zehn Arbeitstage verlängert werden. Ist ein zu einer Sachentscheidung führendes Verfahren eingeleitet worden, so findet auf Antrag des Antragsgegners eine Prüfung, die das Recht zur Stellungnahme einschließt, mit dem Ziel statt, innerhalb einer angemessenen Frist zu entscheiden, ob diese Maßnahmen abgeändert, aufgehoben oder bestätigt werden sollen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen findet Artikel 50 Absatz 6 Anwendung, wenn die Aussetzung der Freigabe von Waren nach Maßgabe einer einstweiligen gerichtlichen Maßnahme durchgeführt oder fortgeführt wird.

Artikel 56

Entschädigung des Einführers und des Eigentümers der Waren

Die zuständigen Stellen sind befugt anzuordnen, daß der Antragsteller dem Einführer, dem Empfänger und dem Eigentümer der Waren angemessenen Ersatz für alle Schäden zu leisten hat, die sie aufgrund der unrechtmäßigen Zurückhaltung von Waren oder aufgrund der Zurückhaltung von nach Artikel 55 freigegebenen Waren erlitten haben.

Artikel 57

Recht auf Untersuchung und Auskunft

Unbeschadet des Schutzes vertraulicher Informationen ermächtigen die Mitglieder die zuständigen Stellen, dem Rechtsinhaber ausreichend Gelegenheit zu geben, die von den Zollbehörden zurückgehaltenen Waren untersuchen zu lassen, um seine Ansprüche begründen zu können. Die zuständigen Stellen haben ferner die Befugnis, dem Einführer eine gleichwertige Gelegenheit zu bieten, solche Waren untersuchen zu lassen. Ist eine Sachentscheidung zugunsten des Rechtsinhabers ergangen, so können die Mitglieder die zuständigen Stellen ermächtigen, dem Rechtsinhaber die Namen und Anschriften des Absenders, des Einführers und des Empfängers und die Menge der fraglichen Waren mitzuteilen.

Artikel 58

Vorgehen von Amts wegen

Sofern Mitglieder verlangen, daß die zuständigen Stellen von sich aus tätig werden und die Freigabe der Waren aussetzen, hinsichtlich deren ihnen ein Prima-facie-Beweis für eine Verletzung eines Rechts des geistigen Eigentums vorliegt,

- a) können die zuständigen Stellen jederzeit vom Rechtsinhaber Auskünfte einholen, die ihnen bei der Ausübung dieser Befugnisse helfen können,
- b) werden Einführer und Rechtsinhaber umgehend von der Aussetzung in Kenntnis gesetzt. Hat der Einführer bei den zuständigen Stellen ein Rechtsmittel gegen die Aussetzung eingelegt, so unterliegt die Aussetzung sinngemäß den in Artikel 55 festgelegten Bedingungen,
- c) stellen die Mitglieder sowohl Behörden als auch Beamte von der Haftung auf angemessene Wiedergutmachung nur frei, wenn Handlungen in gutem Glauben vorgenommen oder unternommen werden.

Artikel 59

Rechtsbehelfe

Unbeschadet anderer Rechte des Rechtsinhabers und vorbehaltlich des Rechts des Antragsgegners, die Überprüfung durch ein Gericht zu beantragen, sind die zuständigen Stellen befugt, die Vernichtung oder Beseitigung der rechtsverletzenden Waren im Einklang mit den in Artikel 46 aufgeführten Grundsätzen anzuordnen. In bezug auf nachgeahmte Markenwaren gestatten die zuständigen Stellen nur ausnahmsweise die Wiederausfuhr der rechtsverletzenden Waren in unverändertem Zustand und unterwerfen sie nur in Ausnahmefällen einem anderen Zollverfahren.

Artikel 60

Einführen in Kleinmengen

Die Mitglieder können kleine Mengen von Waren ohne gewerblichen Charakter, die sich im persönlichen Gepäck von Reisenden oder in kleinen Sendungen befinden, von der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen ausnehmen.

Abschnitt 5: Strafverfahren

Artikel 61

Die Mitglieder sehen Strafverfahren und Strafen vor, die zumindest bei vorsätzlicher Nachahmung von Markenwaren oder vorsätzlicher unerlaubter Herstellung urheberrechtlich geschützter Waren in gewerbsmäßigem Umfang Anwendung finden. Die vorgesehenen Sanktionen umfassen zur Abschreckung ausreichende Haft- und/oder Geldstrafen entsprechend dem Strafmaß, das auf entsprechend schwere Straftaten anwendbar ist. In geeigneten Fällen umfassen die vorzusehenden Sanktionen auch die Beschlagnahme, die Einziehung und die Vernichtung der rechtsverletzenden Waren und allen Materials und aller Werkzeuge, die überwiegend dazu verwendet wurden, die Straftat zu begehen. Die Mitglieder können Strafverfahren und Strafen für andere Fälle der Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums vorsehen, insbesondere wenn die Handlungen vorsätzlich und in gewerbsmäßigem Umfang begangen werden.

Teil IV

Erwerb und Aufrechterhaltung von Rechten des geistigen Eigentums und damit im Zusammenhang stehende Inter-partes-Verfahren

Artikel 62

(1) Die Mitglieder sind befugt, als Voraussetzung für den Erwerb oder die Aufrechterhaltung der in den Abschnitten 2 bis 6 des Teils II vorgesehenen Rechte des geistigen Eigentums die Beachtung angemessener Verfahren und Förmlichkeiten vorzuschreiben. Solche Verfahren und Förmlichkeiten müssen mit den Bestimmungen dieses Übereinkommens im Einklang stehen.

(2) Wenn der Erwerb eines Rechts des geistigen Eigentums die Erteilung oder Eintragung des Rechts voraussetzt, stellen die Mitglieder sicher, daß die Verfahren für die Erteilung oder Eintragung, vorbehaltlich der Erfüllung der materiellrechtlichen Bedingungen für den Erwerb des Rechts, die Erteilung oder Eintragung innerhalb einer angemessenen Frist möglich machen, um eine ungerechtfertigte Verkürzung der Schutzdauer zu vermeiden.

(3) Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) findet sinngemäß auf Dienstleistungsmarken Anwendung.

(4) Die Verfahren betreffend den Erwerb oder die Aufrechterhaltung von Rechten des geistigen Eigentums und, sofern das Recht eines Mitglieds solche Verfahren vorsieht, der Widerruf im Verwaltungsweg und Inter-partes-Verfahren wie zum Beispiel Einspruch, Widerruf und Löschung, unterliegen den in Artikel 41 Absätze 2 und 3 dargelegten allgemeinen Grundsätzen.

(5) Verwaltungsrechtliche Endentscheidungen in einem der in Absatz 4 genannten Verfahren unterliegen der Nachprüfung durch ein Gericht oder eine gerichtsähnliche Einrichtung. Es besteht jedoch keine Verpflichtung, die Gelegenheit zu einer solchen Überprüfung von Entscheidungen in Fällen eines erfolglosen Einspruchs oder Widerrufs im Verwaltungsweg vorzusehen, sofern die Gründe für solche Verfahren Gegenstand von Nichtigkeitsverfahren sein können.

Teil V

Streitvermeidung und -beilegung

Artikel 63

Transparenz

(1) Gesetze und sonstige Vorschriften sowie allgemein anwendbare rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen und Verwaltungsverfügungen in bezug auf den Gegenstand dieses Übereinkommens (die Verfügbarkeit, den Umfang, den Erwerb und die Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sowie die Verhütung ihres Mißbrauchs), die in einem Mitglied rechtswirksam geworden sind, sind in einer Amtssprache zu veröffentlichen oder, wenn eine solche Veröffentlichung nicht durchführbar ist, in einer Weise öffentlich zugänglich zu machen, die es Regierungen und Rechtsinhabern ermöglicht, sich damit vertraut zu machen. Zwischen der Regierung oder einer Regierungsbehörde eines Mitglieds und der Regierung oder einer Regierungsbehörde eines anderen Mitglieds in Kraft befindliche Übereinkünfte über den Gegenstand dieses Übereinkommens sind gleichfalls zu veröffentlichen.

(2) Die Mitglieder notifizieren dem Rat für TRIPS die in Absatz 1 genannten Gesetze und sonstigen Vorschriften, um den Rat bei der Überprüfung der Wirkungsweise dieses Übereinkommens zu unterstützen. Der Rat versucht, die im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Pflicht entstehende Belastung der Mitglieder möglichst gering zu halten, und kann beschließen, auf die Pflicht zur Notifikation dieser Gesetze und sonstigen Vorschriften unmittelbar an den Rat zu verzichten, wenn Konsultationen mit der WIPO über die Einrichtung eines gemeinsamen Registers dieser Gesetze und sonstigen Vorschriften erfolgreich sind. In diesem Zusammenhang berücksichtigt der Rat auch die im Hinblick auf die Notifikation erforderlichen Maßnahmen, die sich in Erfüllung der aus diesem Übereinkommen erwachsenden Verpflichtungen aus Artikel 6^{ter} der Pariser Verbandsübereinkunft (1967) ergeben.

(3) Die Mitglieder sind bereit, in Beantwortung eines schriftlichen Ersuchens eines anderen Mitglieds Informationen der in Absatz 1 angeführten Art zur Verfügung zu stellen. Ein Mitglied, das Grund zu der Annahme hat, daß eine bestimmte gerichtliche Entscheidung oder Verwaltungsverfügung oder zweiseitige Übereinkunft auf dem Gebiet der Rechte des geistigen Eigentums seine Rechte nach diesem Übereinkommen berührt, kann auch schriftlich darum ersuchen, Zugang zu solchen bestimmten Entscheidungen oder Verwaltungsverfügungen oder zweiseitigen Übereinkünften zu erhalten oder davon ausreichend genau in Kenntnis gesetzt zu werden.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 verpflichten die Mitglieder nicht, vertrauliche Informationen zu offenbaren, wenn dies die Durchsetzung der Gesetze behindern oder sonst dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen oder den berechtigten kommerziellen Interessen bestimmter öffentlicher oder privater Unternehmen schaden würde.

Artikel 64**Streitbeilegung**

(1) Die Artikel XXII und XXIII des GATT 1994, wie sie durch die Vereinbarung über Streitbeilegung im einzelnen ausgeführt und angewendet werden, finden auf Konsultationen und die Streitbeilegung nach diesem Übereinkommen Anwendung, sofern hierin nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist.

(2) Artikel XXIII Absatz 1 Buchstaben b und c des GATT 1994 findet während eines Zeitraums von fünf Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens, keine Anwendung auf die Streitbeilegung im Rahmen dieses Übereinkommens.

(3) Während des in Absatz 2 genannten Zeitraums untersucht der Rat für TRIPS den Anwendungsbereich und die Modalitäten für Beschwerden der in Artikel XXIII Absatz 1 Buchstaben b und c des GATT 1994 vorgesehenen Art, die nach diesem Übereinkommen erhoben werden, und legt seine Empfehlungen der Ministerkonferenz zur Billigung vor. Entscheidungen der Ministerkonferenz, diese Empfehlungen zu billigen oder den in Absatz 2 genannten Zeitraum zu verlängern, können nur durch Konsens getroffen werden, und die gebilligten Empfehlungen werden für alle Mitglieder ohne einen weiteren förmlichen Annahmevergang rechtswirksam.

Teil VI**Übergangsregelungen****Artikel 65****Übergangsregelungen**

(1) Vorbehaltlich der Absätze 2, 3 und 4 ist kein Mitglied verpflichtet, dieses Übereinkommen vor Ablauf einer allgemeinen Frist von einem Jahr nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens anzuwenden.

(2) Ein Entwicklungsland, das Mitglied ist, ist berechtigt, den in Absatz 1 festgelegten Zeitpunkt der Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 3, 4 und 5 um eine weitere Frist von vier Jahren zu verschieben.

(3) Andere Mitglieder, die sich im Prozeß des Übergangs von der Planwirtschaft zur freien Marktwirtschaft befinden und die eine Strukturreform ihres Systems des geistigen Eigentums unternehmen und bei der Erarbeitung und Umsetzung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften über das geistige Eigentum auf besondere Probleme stoßen, können ebenfalls die in Absatz 2 vorgesehene Aufschubfrist in Anspruch nehmen.

(4) Soweit ein Entwicklungsland, das Mitglied ist, durch dieses Übereinkommen verpflichtet wird, den Schutz von Stoffpatenten auf Gebiete der Technik auszudehnen, die in seinem Hoheitsgebiet zum Zeitpunkt der allgemeinen Anwendung dieses Übereinkommens auf dieses Mitglied nach Absatz 2 nicht schutzfähig waren, kann es die Anwendung der Bestimmungen über Stoffpatente im Teil II Abschnitt 5 auf solche Gebiete der Technik um eine weitere Frist von fünf Jahren verschieben.

(5) Ein Mitglied, das eine Übergangsfrist nach Absatz 1, 2, 3 oder 4 in Anspruch nimmt, stellt sicher, daß während dieser Frist vorgenommene Änderungen seiner Gesetze, seiner sonstigen Vorschriften und seiner Praxis nicht zu einem geringeren Grad der Vereinbarkeit mit diesem Übereinkommen führen.

Artikel 66**Am wenigsten entwickelte Länder, die Mitglieder sind**

(1) In Anbetracht der besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse der am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und administrativen Engpässe und ihres Bedarfs an Flexibilität bei der Schaffung einer tragfähigen technologischen Grundlage sind solche Mitglieder während einer Frist von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt der Anwendung nach Artikel 65 Absatz 1 nicht verpflichtet, die Bestimmungen dieses Übereinkommens mit Ausnahme der Artikel 3, 4 und 5 anzuwenden. Der Rat für TRIPS gewährt auf ordnungsgemäß begründeten Antrag eines der am wenigsten entwickelten Länder, das Mitglied ist, Verlängerungen dieser Frist.

(2) Entwickelte Länder, die Mitglieder sind, sehen für Unternehmen und Institutionen in ihrem Hoheitsgebiet Anreize vor, um den Technologietransfer in die am wenigsten entwickelten Länder, die Mitglieder sind, zu fördern und zu unterstützen, damit diese in die Lage versetzt werden, eine gesunde und tragfähige technologische Grundlage zu schaffen.

Artikel 67**Technische Zusammenarbeit**

Um die Umsetzung dieses Übereinkommens zu erleichtern, sehen die entwickelten Länder, die Mitglieder sind, auf Antrag und zu gegenseitig vereinbarten Bedingungen technische und finanzielle Zusammenarbeit zugunsten der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder vor, die Mitglieder sind. Diese Zusammenarbeit schließt die Unterstützung bei der Erarbeitung von Gesetzen und sonstigen Vorschriften zum Schutz und zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums sowie zur Verhütung ihres Mißbrauchs ein und umfaßt auch die Unterstützung bei der Errichtung und Stärkung der für diese Angelegenheiten zuständigen nationalen Ämter und Dienststellen, einschließlich der Ausbildung der Mitarbeiter.

Teil VII**Institutionelle Regelungen; Schlußbemerkungen****Artikel 68****Rat für handelsbezogene Aspekte
der Rechte des geistigen Eigentums**

Der Rat für TRIPS überwacht die Wirkungsweise dieses Übereinkommens und insbesondere die Erfüllung der hieraus erwachsenden Verpflichtungen durch die Mitglieder und bietet den Mitgliedern Gelegenheit zu Konsultationen über Angelegenheiten im Zusammenhang mit den handelsbezogenen Aspekten der Rechte des geistigen Eigentums. Er nimmt die sonstigen Obliegenheiten wahr, die ihm von den Mitgliedern übertragen werden, und bietet insbesondere jede von ihnen angeforderte Unterstützung im Rahmen der Streitbeilegung. Der Rat für TRIPS ist befugt, bei der Ausübung seiner Aufgaben jede Stelle, die er für geeignet hält, zu konsultieren und von dort Informationen einzuholen. In Konsultationen mit der WIPO ist der Rat bestrebt, innerhalb eines Jahres nach seinem ersten Zusammentreten geeignete Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit mit Gremien der genannten Organisation zu treffen.

Artikel 69**Internationale Zusammenarbeit**

Die Mitglieder sind sich darin einig, mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, den internationalen Handel mit Waren, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen, zu beseitigen. Zu diesem Zweck errichten sie Kontaktstellen in ihren Verwaltungen, die sie einander notifizieren, und sind zum Austausch von Informationen über den Handel mit rechtsverletzenden Waren bereit. Insbesondere fördern sie den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden in Bezug auf den Handel mit nachgeahmten Markenwaren und unerlaubt hergestellten urheberrechtlich geschützten Waren.

Artikel 70**Schutz bestehender Gegenstände des Schutzes**

(1) Aus diesem Übereinkommen ergeben sich keine Verpflichtungen in Bezug auf Handlungen, die vor dem Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied stattfanden.

(2) Sofern in diesem Übereinkommen nichts anderes vorgesehen ist, ergeben sich daraus Verpflichtungen in Bezug auf sämtliche Gegenstände des Schutzes, die zum Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied vorhanden und zu diesem Zeitpunkt in diesem Mitglied geschützt sind oder die Schutzvoraussetzungen nach Maßgabe dieses Übereinkommens erfüllen oder in der Folge erfüllen werden. Hinsichtlich dieses Absatzes und der Absätze 3 und 4 bestimmen sich urheberrechtliche Verpflichtungen in Bezug auf vorhandene Werke ausschließlich nach Artikel 18 der Berner Übereinkunft (1971) und Verpflichtungen in Bezug auf die Rechte der Hersteller von Tonträgern und der ausübenden Künstler an vorhandenen Tonträgern ausschließlich nach Artikel 18 der Berner Übereinkunft (1971), wie er durch Artikel 14 Absatz 6 dieses Übereinkommens für anwendbar erklärt wurde.

(3) Es besteht keine Verpflichtung, den Schutz eines Gegenstands wiederherzustellen, der zum Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied Gemeingut geworden ist.

(4) In Bezug auf Handlungen betreffend bestimmte, einen geschützten Gegenstand enthaltende Gegenstände, die nach Maßgabe der diesem Übereinkommen entsprechenden Rechtsvorschriften rechtsverletzend werden und die vor dem Zeitpunkt der Annahme des WTO-Übereinkommens durch dieses Mitglied begonnen waren oder in Bezug auf die eine bedeutende Investition vorgenommen worden war, kann jedes Mitglied eine Begrenzung der dem Rechteinhaber zustehenden Rechtsbehelfe hinsichtlich der weiteren Vornahme solcher Handlungen nach dem Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied vorsehen. In solchen Fällen sehen die Mitglieder jedoch zumindest die Zahlung einer angemessenen Vergütung vor.

(5) Ein Mitglied ist nicht verpflichtet, Artikel 11 und Artikel 14 Absatz 4 in Bezug auf Originale oder Kopien anzuwenden, die vor dem Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied gekauft wurden.

(6) Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, Artikel 31 oder das Erfordernis in Artikel 27 Absatz 1, wonach Patentrechte ohne Diskriminierung aufgrund des Gebiets der Technik ausgeübt werden können, auf eine Benutzung ohne die Zustimmung des Rechteinhabers anzuwenden, wenn die Ermächtigung zu einer solchen Benutzung von der Regierung vor dem Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen bekannt wurde, erteilt wurde.

(7) Bei Rechten des geistigen Eigentums, deren Schutz von der Eintragung abhängig ist, dürfen Anträge auf Schutz, die zum Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens auf das betreffende Mitglied anhängig sind, so geändert werden, daß ein nach Maßgabe dieses Übereinkommens vorgesehener erweiterter Schutz beansprucht wird. Solche Änderungen dürfen keine neuen Gegenstände einschließen.

(8) Sieht ein Mitglied zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens keinen seinen Verpflichtungen nach Artikel 27 entsprechenden Patentschutz für pharmazeutische und agrochemische Erzeugnisse vor, so muß dieses Mitglied

- a) ungeachtet des Teils VI ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens eine Möglichkeit für das Einreichen von Anmeldungen von Patenten für solche Erfindungen vorsehen,
- b) auf diese Anmeldungen vom Zeitpunkt der Anwendung dieses Übereinkommens an die in diesem festgelegten Voraussetzungen für die Patentfähigkeit so anwenden, als würden sie am Tag der Anmeldung in diesem Mitglied oder, sofern Priorität zur Verfügung steht und in Anspruch genommen wird, am Prioritätstag der Anmeldung angewendet, und
- c) Patentschutz nach Maßgabe dieses Übereinkommens ab der Erteilung des Patents und für die verbleibende Schutzdauer des Patents, gerechnet ab dem Anmeldetag im Sinne des Artikels 33, für diejenigen Anmeldungen vorsehen, die den unter Buchstabe b genannten Schutzvoraussetzungen entsprechen.

(9) Ist ein Erzeugnis Gegenstand einer Patentanmeldung in einem Mitglied nach Absatz 8 Buchstabe a, so werden ungeachtet des Teils VI ausschließliche Vermarktungsrechte für eine Frist von fünf Jahren nach der Erlangung der Marktzulassung in diesem Mitglied oder bis zur Erteilung oder Zurückweisung eines Stoffpatents in diesem Mitglied gewährt, wobei die jeweils kürzere Frist gilt,

vorausgesetzt, daß nach dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens in einem anderen Mitglied für das betreffende Erzeugnis eine Patentanmeldung eingereicht und ein Patent erteilt und die Marktzulassung in diesem anderen Mitglied erlangt wurde.

Artikel 71

Überprüfung und Änderung

(1) Der Rat für TRIPS überprüft die Umsetzung dieses Übereinkommens nach Ablauf der in Artikel 65 Absatz 2 genannten Übergangsfrist. Der Rat überprüft es unter Berücksichtigung der bei seiner Umsetzung gesammelten Erfahrungen zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt und danach in gleichen zeitlichen Abständen. Der Rat kann Überprüfungen auch in Anbetracht einschlägiger neuer Entwicklungen vornehmen, die eine Ergänzung oder Änderung dieses Übereinkommens rechtfertigen könnten.

(2) Änderungen, die lediglich einer Anpassung an ein höheres Niveau des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums dienen, das in anderen mehrseitigen Übereinkünften erreicht wurde und in Kraft ist und das nach Maßgabe jener Übereinkünfte von allen Mitgliedern der WTO angenommen wurde, können auf der Grundlage eines im Weg des Konsenses vom Rat für TRIPS vorgelegten Vorschlags an die Ministerkonferenz für ein Tätigwerden nach Artikel X Absatz 6 des WTO-Übereinkommens überwiesen werden.

Artikel 72

Vorbehalte

Vorbehalte zu irgendeiner Bestimmung dieses Übereinkommens können nicht ohne die Zustimmung der anderen Mitglieder angebracht werden.

Artikel 73

Ausnahmen zur Wahrung der Sicherheit

Dieses Übereinkommen ist nicht dahingehend auszulegen,

- a) daß ein Mitglied Informationen zur Verfügung stellen muß, deren Offenbarung nach seiner Auffassung seinen wesentlichen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft, oder
- b) daß ein Mitglied daran gehindert wird, Maßnahmen zu treffen, die es zum Schutz seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen für notwendig hält
 - i) in bezug auf spaltbares Material oder das Material, aus dem dieses gewonnen wird,
 - ii) in bezug auf den Handel mit Waffen, Munition und Kriegsgerät und auf den Handel mit anderen Waren oder anderem Material, der unmittelbar oder mittelbar der Versorgung einer militärischen Einrichtung dient,
 - iii) in Kriegszeiten oder bei sonstigen Krisen in internationalen Beziehungen,oder
- c) daß ein Mitglied daran gehindert wird, Maßnahmen in Erfüllung seiner Pflichten im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu treffen.

Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten

Die Mitglieder kommen wie folgt überein:

Artikel 1

Geltungsbereich und Anwendung

(1) Die Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung gelten für Streitigkeiten, die aufgrund der Bestimmungen über Konsultationen und Streitbeilegung der in Anhang 1 dieser Vereinbarung genannten Übereinkommen (im folgenden als „unter die Vereinbarung fallende Übereinkommen“ bezeichnet) vorgebracht werden. Die Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung gelten auch für Konsultationen und die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten nach den Bestimmungen des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (im folgenden als „WTO-Übereinkommen“ bezeichnet) und der vorliegenden Vereinbarung entweder allein oder in Verbindung mit einem anderen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen.

(2) Die Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung gelten vorbehaltlich besonderer oder zusätzlicher Regeln und Verfahren über Streitbeilegung, die in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen laut Anhang 2 dieser Vereinbarung enthalten sind. Soweit ein Unterschied zwischen den Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung und den besonderen oder zusätzlichen der in Anhang 2 dargelegten Regeln und Verfahren besteht, sind die besonderen oder zusätzlichen Regeln und Verfahren in Anhang 2 maßgebend. Bei Streitigkeiten, die Regeln und Verfahren aus mehr als einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen betreffen, wenn ein Konflikt zwischen besonderen und zusätzlichen Regeln und Verfahren der Überprüfung unterliegenden Übereinkommen besteht und wenn die Streitparteien sich nicht innerhalb von zwanzig Tagen nach Einsetzung des Panels auf Regeln und Verfahren einigen können, legt der Vorsitzende des in Artikel 2 Absatz 1 vorgesehenen Streitbeilegungsgremiums (im folgenden in dieser Vereinbarung als „DSB“ bezeichnet) nach Rücksprache mit den Streitparteien die zu beachtenden Regeln und Verfahren innerhalb von zehn Tagen nach Antrag durch ein Mitglied fest. Der Vorsitzende des DSB läßt sich von dem Grundsatz leiten, daß nach Möglichkeit die besonderen und zusätzlichen Regeln und Verfahren angewendet werden sollen und daß die in dieser Vereinbarung enthaltenen Regeln und Verfahren nur angewendet werden sollen, soweit dies zur Vermeidung von Konflikten notwendig ist.

Artikel 2

Verwaltung

(1) Das DSB wird hiermit gebildet, um diese Regeln und Verfahren und, soweit in einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen nichts anderes vereinbart ist, die Bestimmungen über Konsultationen und Streitbeilegung der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen anzuwenden. Demgemäß hat das DSB die Befugnis, Panels einzusetzen, Berichte der Panels und des Berufungsgremiums anzunehmen, die Überwachung der Umsetzung von Entscheidungen und Empfehlungen durchzuführen und die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Verpflichtungen aus den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zu genehmigen. Hinsichtlich der Streitigkeiten, die aufgrund eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens entstehen, das ein plurilaterales Handelsübereinkommen ist, bezeichnet der dort verwendete Begriff „Mitglied“ nur solche Mitglieder, die Vertragsparteien des betreffenden Plurilateralen Handelsübereinkommens sind. Wendet das DSB die Streitbeilegungsbestimmungen eines Plurilateralen Handelsübereinkommens an, so dürfen sich nur solche Mitglieder an den vom DSB hinsichtlich dieser Streitigkeit getroffenen Entscheidungen oder ergriffenen Maßnahmen beteiligen, die Vertragsparteien des betreffenden Übereinkommens sind.

(2) Das DSB unterrichtet die entsprechenden WTO-Räte und -Ausschüsse über alle Entwicklungen bei Streitigkeiten, die mit Bestimmungen der entsprechenden unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zusammenhängen.

(3) Das DSB tritt so oft wie nötig zusammen, um seine Aufgaben innerhalb der in dieser Vereinbarung festgelegten Zeiträume zu erfüllen.

(4) Sofern die Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung vorsehen, daß das DSB eine Entscheidung zu treffen hat, erfolgt diese durch Konsens.¹⁾

Artikel 3

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die Mitglieder bekräftigen die Einhaltung der Grundsätze über die Streitbeilegung, die bisher aufgrund der Artikel XXII und XXIII des GATT 1947 angewendet und hierin weiterentwickelt und abgeändert wurden.

(2) Das Streitbeilegungssystem der WTO ist ein zentrales Element zur Schaffung von Sicherheit und Vorhersehbarkeit im multilateralen Handelssystem. Die Mitglieder erkennen an, daß es dazu dient, die Rechte und Pflichten der Mitglieder aus den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zu bewahren und die geltenden Bestimmungen dieser Übereinkommen im Einklang mit den herkömmlichen Regeln der Auslegung des Völkerrechts zu klären. Die Empfehlungen und Entscheidungen des DSB können die in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen enthaltenen Rechte und Pflichten weder ergänzen noch einschränken.

(3) Die sofortige Klärung von Situationen, in denen ein Mitglied der Auffassung ist, daß Vorteile, die sich für das Mitglied mittelbar oder unmittelbar aufgrund der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen ergeben, durch Maßnahmen eines anderen Mitglieds geschmälert werden, trägt wesentlich zum wirksamen Funktionieren der WTO und zur Erhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den Rechten und Pflichten der Mitglieder bei.

(4) Die Empfehlungen oder Entscheidungen des DSB haben zum Ziel, eine zufriedenstellende Regelung der Angelegenheit in Übereinstimmung mit den Rechten und Pflichten aus dieser Vereinbarung und den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zu erreichen.

¹⁾ Eine Entscheidung des DSB über eine ihm zur Prüfung unterbreitete Angelegenheit gilt als durch Konsens gefaßt, wenn kein Mitglied, das bei der Sitzung des DSB, auf der die Entscheidung getroffen wird, anwesend ist, gegen die vorgeschlagene Entscheidung förmlich Einspruch erhebt.

(5) Alle Lösungen von Angelegenheiten, die aufgrund der Bestimmungen über Konsultationen und Streitbeilegung der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen förmlich vorgebracht werden, einschließlich Schiedssprüche, müssen mit diesen Übereinkommen vereinbar sein und dürfen Vorteile, die sich für ein Mitglied aus diesen Übereinkommen ergeben, weder zunichte machen oder schmälern noch die Erreichung eines der Ziele dieser Übereinkommen behindern.

(6) Gemeinsam vereinbarte Lösungen von Angelegenheiten, die aufgrund der Bestimmungen über Konsultationen und Streitbeilegung der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen förmlich vorgebracht werden, werden dem DSB und den entsprechenden Räten und Ausschüssen mitgeteilt, in denen jedes Mitglied jeden damit im Zusammenhang stehenden Punkt zur Sprache bringen kann.

(7) Bevor ein Mitglied einen Fall vorbringt, soll es prüfen, ob Maßnahmen nach diesen Verfahren erfolgreich wären. Das Ziel des Streitbeilegungsmechanismus ist die positive Lösung einer Streitigkeit. Eine für die Streitparteien beiderseits akzeptable und mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen übereinstimmende Lösung ist eindeutig vorzuziehen. Kommt eine einvernehmlich vereinbarte Lösung nicht zustande, so besteht das erste Ziel des Streitbeilegungsmechanismus gewöhnlich in der Rücknahme der betreffenden Maßnahmen, wenn diese als mit den Bestimmungen eines der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen unvereinbar befunden werden. Auf Schadenersatzleistungen soll nur dann zurückgegriffen werden, wenn die sofortige Rücknahme der Maßnahme praktisch nicht möglich ist, und als vorübergehende Maßnahme bis zur Rücknahme der Maßnahme, die mit einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen unvereinbar ist. Das letzte Mittel, das dem Mitglied, welches die Streitbeilegungsverfahren in Anspruch nimmt, aufgrund dieser Vereinbarung zur Verfügung steht, ist die Möglichkeit, die Anwendung von Zugeständnissen oder sonstigen Verpflichtungen aus den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zum Nachteil des anderen Mitglieds auszusetzen, wobei solche Maßnahmen der Genehmigung durch den DSB bedürfen.

(8) In Fällen, in denen Pflichten aus einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen verletzt werden, wird die Maßnahme prima facie als Fall der Zunichtemachung oder Schmälderung von Vorteilen betrachtet. Das heißt, es wird gewöhnlich angenommen, daß ein Verstoß gegen die Regeln eine nachteilige Auswirkung auf andere Mitglieder hat, die Vertragsparteien des betreffenden unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens sind, und daß es in solchen Fällen dem Mitglied, gegen das die Beschwerde vorgebracht wird, obliegt, die Anschuldigung zu widerlegen.

(9) Diese Vereinbarung läßt die Rechte der Mitglieder unberührt, eine verbindliche Auslegung von Bestimmungen eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens durch Beschlußfassung im Rahmen des WTO-Übereinkommens oder eines unter die Vereinbarung fallenden Plurilateralen Handelsübereinkommens zu erwirken.

(10) Es wird davon ausgegangen, daß Anträge auf einen Vergleich und die Inanspruchnahme der Streitbeilegungsverfahren nicht als streitige Handlungen beabsichtigt oder zu betrachten sind und daß sich beim Entstehen einer Streitigkeit alle Mitglieder nach Treu und Glauben an diesen Verfahren beteiligen in dem Bemühen, die Streitigkeit beizulegen. Es wird außerdem davon ausgegangen, daß Beschwerden und Gegenbeschwerden in bezug auf unterschiedliche Angelegenheiten nicht miteinander verknüpft werden sollen.

(11) Diese Vereinbarung wird nur auf neue Anträge auf Konsultationen aufgrund der Konsultationsbestimmungen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen angewendet, die an oder nach dem Tag des Inkrafttretens des WTO-Übereinkommens gestellt werden. Auf Streitigkeiten, für die der Antrag auf Konsultationen nach dem GATT 1947 oder nach einer anderen Vorläuferübereinkunft der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen vor dem Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens gestellt wurde, finden weiterhin die einschlägigen Streitbeilegungsregeln und -verfahren Anwendung, die unmittelbar vor Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens wirksam waren.²⁾

(12) Ungeachtet des Absatzes 11 hat die beschwerdeführende Partei, wenn eine Beschwerde auf der Grundlage eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens von einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, gegen ein Mitglied, das Industriestaat ist, vorgebracht wird, das Recht, sich alternativ zu den Bestimmungen der Artikel 4, 5, 6 und 12 dieser Vereinbarung auf die entsprechenden Bestimmungen der Entscheidung vom 5. April 1966 (BISD 14S/18) zu berufen; ist das Panel jedoch der Auffassung, daß der in Absatz 7 jener Entscheidung vorgesehene Zeitrahmen für die Vorlage seines Berichts nicht ausreicht, so kann mit Einverständnis der beschwerdeführenden Partei dieser Zeitrahmen verlängert werden. Soweit Unterschiede zwischen den Regeln und Verfahren der Artikel 4, 5, 6 und 12 und den entsprechenden Regeln und Verfahren der Entscheidung vorhanden sind, sind letztere maßgebend.

Artikel 4

Konsultationen

(1) Die Mitglieder bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Wirksamkeit der von den Mitgliedern angewendeten Konsultationsverfahren zu stärken und zu verbessern.

(2) Jedes Mitglied verpflichtet sich, die Vorstellungen eines anderen Mitglieds in bezug auf Maßnahmen wohlwollend zu prüfen, die im Hoheitsgebiet des erstgenannten Mitglieds getroffen worden sind und die Wirksamkeit eines der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens beeinflussen, und es räumt ausreichend Gelegenheit zu Konsultationen³⁾ ein.

(3) Wird ein Antrag auf Konsultationen nach einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen gestellt, so nimmt das Mitglied, an das der Antrag gerichtet ist, soweit nichts anderes einvernehmlich vereinbart wird, zu dem Antrag innerhalb von zehn Tagen nach dessen Eingang Stellung und eröffnet nach Treu und Glauben die Konsultationen innerhalb einer Frist von nicht mehr als dreißig Tagen nach Eingang des Antrags mit dem Ziel, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung herbeizuführen. Nimmt das Mitglied nicht innerhalb von zehn Tagen nach Eingang des Antrags Stellung oder eröffnet es die Konsultationen nicht innerhalb von nicht mehr als dreißig Tagen oder einer anderen einvernehmlich vereinbarten Frist nach Eingang des Antrags, so kann das Mitglied, das die Konsultationen beantragt hat, unmittelbar die Einsetzung eines Panels beantragen.

(4) Alle derartigen Anträge auf Konsultationen werden dem DSB und den entsprechenden Räten und Ausschüssen von dem Mitglied, das die Konsultationen beantragt, angezeigt. Jeder Antrag auf Konsultationen wird schriftlich gestellt mit einer Begründung des Antrags einschließlich Angaben über die strittigen Maßnahmen und eines Hinweises auf die Rechtsgrundlage der Beschwerde.

²⁾ Dieser Absatz gilt auch für Streitigkeiten, für die Berichte des Panels nicht angenommen oder vollständig umgesetzt worden sind.

³⁾ Wenn die Bestimmungen eines anderen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens betreffend Maßnahmen, die von regionalen oder kommunalen Verwaltungen oder Behörden innerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitglieds getroffen werden, von den Bestimmungen dieses Absatzes abweichen, sind die Bestimmungen des anderen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens maßgebend.

(5) Im Verlauf von Konsultationen aufgrund der Bestimmungen eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens und vor Inanspruchnahme weiterer Maßnahmen aufgrund dieser Vereinbarung sollen Mitglieder versuchen, einen zufriedenstellenden Ausgleich in der Angelegenheit zu finden.

(6) Die Konsultationen sind vertraulich und lassen die Rechte jedes Mitglieds in weiteren Verfahren unberührt.

(7) Kann eine Streitigkeit durch die Konsultationen nicht innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang des Antrags auf Konsultationen beigelegt werden, so kann die beschwerdeführende Partei die Einsetzung eines Panels beantragen. Die beschwerdeführende Partei kann die Einsetzung eines Panels innerhalb der Frist von sechzig Tagen beantragen, wenn die in Konsultationen stehenden Parteien gemeinsam der Auffassung sind, daß es in den Konsultationen nicht gelungen ist, die Streitigkeit beizulegen.

(8) In dringenden Fällen, darunter solche, die verderbliche Güter betreffen, nehmen die Mitglieder die Konsultationen innerhalb von nicht mehr als zehn Tagen nach Eingang des Antrags auf. Gelingt es in den Konsultationen nicht, die Streitigkeit innerhalb von zwanzig Tagen nach Eingang des Antrags beizulegen, so kann die beschwerdeführende Partei die Einsetzung eines Panels beantragen.

(9) In dringenden Fällen, darunter solche, die verderbliche Güter betreffen, bemühen sich die Streitparteien, die Panels und das Berufungsgremium nach besten Kräften, das Verfahren soweit wie möglich zu beschleunigen.

(10) Während der Konsultationen sollen die Mitglieder den speziellen Problemen und Interessen der Mitglieder, die Entwicklungsstaaten sind, besonders Rechnung tragen.

(11) Sobald ein Mitglied, das nicht zu den in Konsultationen stehenden Mitgliedern gehört, der Auffassung ist, daß es ein wesentliches Handelsinteresse an den Konsultationen hat, die nach Artikel XXII Absatz 1 des GATT 1994 und Artikel XXII Absatz 1 des GATS oder nach den entsprechenden Bestimmungen anderer unter die Vereinbarung fallender Übereinkommen⁴⁾ gehalten werden, so kann dieses Mitglied innerhalb von zehn Tagen, nachdem der Antrag auf Konsultationen entsprechend den oben genannten Artikeln in Umlauf gebracht wurde, den in Konsultationen stehenden Mitgliedern und dem DSB seinen Wunsch mitteilen, an den Konsultationen teilzunehmen. Dieses Mitglied nimmt an den Konsultationen teil, sofern das Mitglied, an das der Antrag auf Konsultationen gerichtet war, zustimmt, daß die Behauptung eines wesentlichen Interesses begründet ist. In diesem Fall unterrichten sie den DSB davon. Wird der Antrag auf Teilnahme an den Konsultationen abgelehnt, so steht es dem antragstellenden Mitglied frei, Konsultationen nach Artikel XXII Absatz 1 oder Artikel XXIII Absatz 1 des GATT 1994, nach Artikel XXII Absatz 1 oder Artikel XXIII Absatz 1 des GATS oder nach den entsprechenden Bestimmungen in anderen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zu beantragen.

Artikel 5

Gute Dienste, Vergleich und Vermittlung

(1) Gute Dienste, Vergleich und Vermittlung sind Verfahren, die freiwillig angewendet werden, wenn die Streitparteien sich darauf einigen.

(2) Verfahren, in denen gute Dienste, Vergleich und Vermittlung zum Tragen kommen, und insbesondere Standpunkte, die von den Streitparteien während dieser Verfahren eingenommen werden, sind vertraulich und lassen die Rechte jeder Partei in allen weiteren Verhandlungen im Rahmen dieser Verfahren unberührt.

(3) Gute Dienste, Vergleich oder Vermittlung können von jeder Streitpartei jederzeit beantragt werden. Sie können jederzeit beginnen und jederzeit beendet werden. Sobald die Verfahren der guten Dienste, des Vergleichs oder der Vermittlung beendet sind, kann die beschwerdeführende Partei die Einsetzung eines Panels beantragen.

(4) Werden die guten Dienste, der Vergleich oder die Vermittlung innerhalb von sechzig Tagen nach Eingang eines Antrags auf Konsultationen aufgenommen, so muß die beschwerdeführende Partei eine Frist von sechzig Tagen nach Eingang des Konsultationsantrags verstreichen lassen, bevor sie die Einsetzung eines Panels beantragt. Die beschwerdeführende Partei kann während der Frist der sechzig Tage die Einsetzung eines Panels beantragen, wenn die Streitparteien gemeinsam der Auffassung sind, daß durch die guten Dienste, den Vergleich oder die Vermittlung die Streitigkeit nicht beigelegt werden konnte.

(5) Falls die Streitparteien Einvernehmen erzielen, können die Verfahren der guten Dienste, des Vergleichs oder der Vermittlung während des Panelverfahrens fortgeführt werden.

(6) Der Generaldirektor kann kraft seines Amtes gute Dienste, Vergleich oder Vermittlung in der Absicht anbieten, Mitglieder bei der Streitbeilegung zu unterstützen.

Artikel 6

Einsetzung der Panels

(1) Falls die beschwerdeführende Partei dies beantragt, wird ein Panel spätestens auf der nächsten DSB-Sitzung nach derjenigen eingesetzt, auf der der Antrag zum ersten Mal als DSB-Tagesordnungspunkt erscheint, sofern das DSB auf dieser Sitzung nicht durch Konsens beschließt, kein Panel einzusetzen.⁵⁾

(2) Der Antrag auf Einsetzung eines Panels muß schriftlich erfolgen. Er muß Angaben enthalten, ob Konsultationen stattgefunden haben, die einzelnen strittigen Maßnahmen nennen und eine kurze Zusammenfassung der Rechtsgrundlage der Beschwerde geben, die zur Verdeutlichung des Problems ausreicht. Beantragt der Antragsteller die Einsetzung eines Panels, das nicht das übliche Mandat hat, so muß der schriftliche Antrag den vorgeschlagenen Wortlaut des besonderen Mandats enthalten.

⁴⁾ Die entsprechenden Bestimmungen über Konsultationen in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen sind nachfolgend aufgeführt: Artikel 19 des Übereinkommens über Landwirtschaft; Artikel 11 Absatz 1 des Übereinkommens über die Anwendung von Gesundheits- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen; Artikel 8 Absatz 4 des Übereinkommens über Textilien und Bekleidung; Artikel 14 Absatz 1 des Übereinkommens über technische Handelshemmnisse; Artikel 8 des Übereinkommens über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen; Artikel 17 Absatz 2 des Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VI des GATT 1994; Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens zur Durchführung des Artikels VII des GATT 1994; Artikel 7 des Übereinkommens über Kontrolle vor dem Versand; Artikel 7 des Übereinkommens über Ursprungsregeln; Artikel 6 des Übereinkommens über Einfuhrlicenzverfahren; Artikel 30 des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen; Artikel 14 des Übereinkommens über Schutzmaßnahmen; Artikel 64 Absatz 1 des Übereinkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums sowie entsprechende Konsultationsbestimmungen in Plurilateralen Handelsübereinkommen, wie von den zuständigen Gremien jedes einzelnen Übereinkommens bestimmt und dem DSB angezeigt.

⁵⁾ Falls die beschwerdeführende Partei darum ersucht, wird eine Sitzung des DSB zu diesem Zweck innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Antragstellung einberufen; jedoch muß mindestens zehn Tage vor der Sitzung eine Vorankündigung erfolgen.

Artikel 7**Mandat des Panels**

(1) Die Panels haben folgendes Mandat, sofern die Streitparteien nicht innerhalb von zwanzig Tagen nach Einsetzung eines Panels etwas anderes vereinbaren:

„Sie prüfen im Licht der einschlägigen Bestimmungen in (Bezeichnung/ des/der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen/s, auf das/die sich die Streitparteien beziehen) die von (Name der Partei) in Dokument ... dem DSB unterbreitete Angelegenheit und treffen Feststellungen, die den DSB bei seinen in diesem/diesen Übereinkommen vorgesehenen Empfehlungen oder Entscheidungen unterstützen.“

(2) Die Panels stützen sich auf die einschlägigen Bestimmungen aller unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen, auf die sich die Streitparteien beziehen.

(3) Bei der Einsetzung eines Panels kann das DSB seinen Vorsitzenden ermächtigen, das Mandat des Panels nach Konsultation mit den Streitparteien vorbehaltlich des Absatzes 1 festzulegen. Das so festgelegte Mandat wird an alle Mitglieder verteilt. Wird ein anderes als das übliche Mandat vereinbart, so kann jedes Mitglied jeden damit zusammenhängenden Punkt im DSB zur Debatte stellen.

Artikel 8**Zusammensetzung der Panels**

(1) Die Panels bestehen aus hochqualifizierten Einzelpersonen, die dem öffentlichen Dienst angehören können, aber nicht müssen, darunter Personen, die in einem Panel tätig waren oder einem Panel einen Fall unterbreitet haben, als Vertreter eines Mitglieds oder einer Vertragspartei des GATT 1947 oder als Vertreter in einem Rat oder Ausschuß eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens oder eines Vorläuferübereinkommens beziehungsweise im Sekretariat tätig waren und die auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts oder der internationalen Handelspolitik gelehrt oder veröffentlicht haben oder als hochrangige Bedienstete eines Mitglieds im Bereich der Handelspolitik tätig waren.

(2) Bei der Auswahl der Mitglieder des Panels sollen die Unabhängigkeit der Mitglieder, ein ausreichend weitgefächelter Hintergrund und ein breites Spektrum an Erfahrungen gewährleistet sein.

(3) Staatsangehörige von Mitgliedern, deren Regierungen*) Streitparteien oder Dritte im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 sind, dürfen nicht in einem mit dieser Angelegenheit befaßten Panel tätig sein, sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbaren.

(4) Zur Erleichterung der Auswahl der Mitglieder des Panels führt das Sekretariat eine Liste von Einzelpersonen, die dem öffentlichen Dienst angehören können, aber nicht müssen, und die über die in Absatz 1 genannten Qualifikationen verfügen, aus der gegebenenfalls die Panel-Mitglieder ausgewählt werden können. Diese Liste umfaßt das am 30. November 1984 (BISD 31S/9) erstellte Verzeichnis der nicht dem öffentlichen Dienst angehörenden Panel-Mitglieder, sowie andere aufgrund eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens erstellten Verzeichnisse und Listen; sie übernimmt die Namen der Einzelpersonen, die bei Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens in diesen Verzeichnissen und Listen aufgeführt sind. Die Mitglieder können in regelmäßigen Abständen Namen von Einzelpersonen, die dem öffentlichen Dienst angehören können, aber nicht müssen, zur Aufnahme in die Liste vorschlagen, wobei sie einschlägige Informationen über deren Sachkenntnisse auf dem Gebiet des internationalen Handels und der Sektoren oder Fachgebiete der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen angeben; diese Namen werden nach Genehmigung durch den DSB in die Liste aufgenommen. Die Liste enthält für jede Einzelperson Angaben über besondere Erfahrungs- und Sachkenntnisgebiete in den Sektoren oder Fachbereichen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen.

(5) Panels bestehen aus drei Panel-Mitgliedern, sofern die Streitparteien sich nicht innerhalb von zehn Tagen nach Einsetzung des Panels auf ein fünfköpfiges Panel einigen. Die Mitglieder werden umgehend über die Zusammensetzung des Panels in Kenntnis gesetzt.

(6) Das Sekretariat schlägt den Streitparteien Nominierungen für das Panel vor. Die Streitparteien dürfen Nominierungen nur aus zwingenden Gründen ablehnen.

(7) Wird innerhalb von zwanzig Tagen nach Einsetzung eines Panels keine Einigung über die Panel-Mitglieder erzielt, so bestimmt der Generaldirektor auf Ersuchen einer Partei nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des DSB und dem Vorsitzenden des entsprechenden Ausschusses oder Rates die Zusammensetzung des Panels, indem er die Panel-Mitglieder ernennt, die er in Übereinstimmung mit den einschlägigen besonderen oder zusätzlichen Regeln oder Verfahren der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen, die streitig sind, als am geeignetsten erachtet, nachdem er sich mit den Streitparteien beraten hat. Der Vorsitzende des DSB unterrichtet die Mitglieder über die Zusammensetzung des auf diese Weise gebildeten Panels spätestens zehn Tage, nachdem er einen entsprechenden Antrag erhalten hat.

(8) Die Mitglieder verpflichten sich, ihren Bediensteten in der Regel die Tätigkeit als Panel-Mitglieder zu gestatten.

(9) Die Panel-Mitglieder gehören dem Panel in persönlicher Eigenschaft und nicht als Vertreter einer Regierung oder einer Organisation an. Die Mitglieder dürfen ihnen daher keine Weisungen erteilen oder versuchen, sie als Einzelpersonen hinsichtlich der Angelegenheiten vor einem Panel zu beeinflussen.

(10) Liegt eine Streitigkeit zwischen einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, und einem Mitglied, das Industriestaat ist, vor, so wird auf Ersuchen des Mitglieds, das Entwicklungsstaat ist, mindestens ein Panel-Mitglied aus einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, gewählt.

(11) Die Kosten für die Panel-Mitglieder, einschließlich Reisekosten und Tagegelder, werden aus dem WTO-Haushalt entsprechend den Kriterien getragen, die der Allgemeine Rat, gestützt auf Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltung, verabschiedet.

*) Sind Zollunionen oder gemeinsame Märkte Streitparteien, so gilt diese Bestimmung für die Staatsangehörigen aller Mitgliedsländer der Zollunionen oder der gemeinsamen Märkte.

Artikel 9**Verfahren für mehrere Beschwerdeführer**

(1) Wenn mehr als ein Mitglied die Einsetzung eines Panels wegen derselben Angelegenheit beantragt, kann ein einziges Panel zur Prüfung dieser Beschwerden eingesetzt werden, wobei die Rechte aller betroffenen Mitglieder berücksichtigt werden. Nach Möglichkeit soll immer ein einziges Panel zur Prüfung solcher Beschwerden eingesetzt werden.

(2) Das einzige Panel führt seine Prüfung so durch und unterbreitet seine Ergebnisse dem DSB derart, daß die Rechte, welche die Streitparteien gehabt hätten, wenn mehrere Panels die Beschwerden geprüft hätten, nicht beeinträchtigt werden. Auf Antrag einer Streitpartei legt das Panel getrennte Berichte über die betreffende Streitigkeit vor. Die schriftlichen Vorlagen jedes einzelnen Beschwerdeführers werden den anderen Beschwerdeführern zur Verfügung gestellt, und jeder Beschwerdeführer hat das Recht, anwesend zu sein, wenn einer der anderen Beschwerdeführer vor dem Panel seine Stellungnahme abgibt.

(3) Wird mehr als ein Panel zur Prüfung der Beschwerden über dieselbe Angelegenheit eingesetzt, so sind soweit möglich dieselben Einzelpersonen in den getrennten Panels tätig, und der Zeitplan für das Panelverfahren über diese Streitigkeiten wird abgestimmt.

Artikel 10**Dritte**

(1) Während des Panelverfahrens wird den Interessen der Streitparteien und denen anderer Mitglieder eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens, das in der Streitigkeit zur Entscheidung steht, voll Rechnung getragen.

(2) Jedes Mitglied, das ein wesentliches Interesse an einer Angelegenheit hat, mit der ein Panel befaßt ist, und das dem DSB sein Interesse angezeigt hat (im folgenden als „Dritter“ bezeichnet), hat die Möglichkeit, vom Panel gehört zu werden und dem Panel schriftliche Vorlagen zu unterbreiten. Diese Vorlagen werden auch an die Streitparteien verteilt und finden Eingang in den Panelbericht.

(3) Dritte erhalten die Vorlagen der Streitparteien für die erste Sitzung des Panels.

(4) Ist ein Dritter der Auffassung, daß eine Maßnahme, die bereits Gegenstand eines Panelverfahrens ist, Vorteile zunichte macht oder schmälert, die sich für ihn aus einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen ergeben, so kann dieses Mitglied die aufgrund dieser Vereinbarung üblichen Streitbelegungsverfahren in Anspruch nehmen. Eine derartige Streitigkeit wird nach Möglichkeit an das ursprüngliche Panel verwiesen.

Artikel 11**Aufgabe der Panels**

Die Aufgabe der Panels besteht darin, das DSB bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben aufgrund dieser Vereinbarung und der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zu unterstützen. Demgemäß nimmt das Panel eine objektive Beurteilung der vor ihm liegenden Angelegenheit vor, einschließlich einer objektiven Beurteilung des Sachverhalts und der Anwendbarkeit sowie der Vereinbarkeit mit den einschlägigen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen, und trifft andere Feststellungen, die dem DSB helfen, die in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen vorgesehenen Empfehlungen abzugeben oder Entscheidungen zu treffen. Die Panels sollen sich regelmäßig mit den Streitparteien beraten und ihnen ausreichend Gelegenheit geben, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Artikel 12**Panelverfahren**

(1) Die Panels sollen die Arbeitsverfahren in Anhang 3 befolgen, sofern das Panel nicht nach Rücksprache mit den Streitparteien etwas anderes beschließt.

(2) Die Panelverfahren sollen ausreichend flexibel sein, damit hochwertige Panelberichte sichergestellt sind, ohne die Panelverhandlung ungebührlich zu verzögern.

(3) Nach Rücksprache mit den Streitparteien legen die Panel-Mitglieder sobald wie möglich und nach Möglichkeit innerhalb einer Woche, nachdem die Zusammensetzung und das Mandat des Panels vereinbart wurden, den Zeitplan für die Panelverhandlung fest, wobei gegebenenfalls Artikel 4 Absatz 9 Berücksichtigung findet.

(4) Bei der Festlegung des Zeitplans für die Panelverhandlung räumt das Panel den Streitparteien genügend Zeit ein, damit sie ihre Vorlagen vorbereiten können.

(5) Die Panels sollen für die schriftlichen Vorlagen der Parteien genaue Stichtage festlegen, und die Parteien sollen diese Stichtage einhalten.

(6) Jede Streitpartei hinterlegt ihre schriftlichen Vorlagen beim Sekretariat zur sofortigen Übermittlung an das Panel und die andere Streitpartei oder die anderen Streitparteien. Die beschwerdeführende Partei unterbreitet ihre erste Vorlage vor der ersten Vorlage der erwidern Partei, sofern das Panel nicht bei der Festlegung des in Absatz 3 bezeichneten Zeitplans und nach Rücksprache mit den Streitparteien entscheidet, daß die Parteien ihre ersten Vorlagen gleichzeitig unterbreiten. Wird für die Hinterlegung der ersten Vorlagen eine zeitliche Abfolge entschieden, so legt das Panel einen festen Zeitplan für den Eingang der Vorlage der erwidern Partei fest. Alle weiteren schriftlichen Vorlagen werden gleichzeitig unterbreitet.

(7) Gelingt es den Streitparteien nicht, eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung zu finden, so legt das Panel dem DSB seine Feststellungen in Form eines schriftlichen Berichts vor. In solchen Fällen legt das Panel die Sachverhaltsfeststellungen, die Anwendbarkeit der einschlägigen Bestimmungen und die wesentliche Begründung ihrer Feststellungen und Empfehlungen dar. Konnte die zwischen den Parteien streitige Angelegenheit bereinigt werden, so beschränkt sich der Bericht des Panels auf eine kurze Beschreibung des Falles und auf die Feststellung, daß eine Lösung gefunden wurde.

(8) Um die Wirksamkeit des Verfahrens zu erhöhen, darf der Zeitraum, in dem das Panel seine Prüfung durchführt, von dem Zeitpunkt an, zu dem die Zusammensetzung und das Mandat des Panels vereinbart wurden, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem den Streitparteien der

Schlußbericht zugestellt wird, in der Regel sechs Monate nicht überschreiten. In dringenden Fällen, darunter solche, die verderbliche Güter betreffen, setzt das Panel sich das Ziel, seinen Bericht den Streitparteien innerhalb von drei Monaten zuzustellen.

(9) Ist das Panel der Auffassung, daß es seinen Bericht nicht innerhalb von sechs Monaten oder in dringenden Fällen nicht innerhalb von drei Monaten zustellen kann, so teilt es dem DSB schriftlich die Gründe für die Verzögerung und den Zeitraum mit, innerhalb dessen es seinen Bericht voraussichtlich zustellen wird. Der Zeitraum zwischen der Einsetzung des Panels und der Verteilung des Berichts an die Mitglieder soll neun Monate keinesfalls überschreiten.

(10) Im Zusammenhang mit Konsultationen über eine Maßnahme, die von einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, ergriffen wurde, können die Parteien eine Verlängerung der in Artikel 4 Absätze 7 und 8 festgelegten Zeiträume vereinbaren. Können sich die Streitparteien nach Ablauf des festgelegten Zeitraums nicht darauf einigen, daß die Konsultationen abgeschlossen sind, so entscheidet der Vorsitzende des DSB nach Rücksprache mit den Parteien, ob der festgelegte Zeitraum verlängert wird und gegebenenfalls wie lange. Darüber hinaus räumt das Panel bei Prüfung der Beschwerde gegen ein Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, diesem Mitglied genügend Zeit für die Vorbereitung und Darlegung seiner Beweisführung ein. Artikel 20 Absatz 1 und Artikel 21 Absatz 4 bleiben von Maßnahmen aufgrund des vorliegenden Absatzes unberührt.

(11) Sofern eine oder mehrere Parteien Mitglieder sind, die Entwicklungsstaaten sind, gibt der Panelbericht ausdrücklich an, in welcher Form den einschlägigen Bestimmungen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen über unterschiedliche Behandlung und Meistbegünstigung von Mitgliedern, die Entwicklungsstaaten sind, Rechnung getragen wurde, welche im Laufe des Streitbelegungsverfahrens von dem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, geltend gemacht worden sind.

(12) Das Panel kann seine Arbeit jederzeit auf Antrag der beschwerdeführenden Partei für einen Zeitraum von höchstens zwölf Monaten aussetzen. Im Fall einer solchen Aussetzung werden die in den Absätzen 8 und 9 dieses Artikels, in Artikel 20 Absatz 1 und in Artikel 21 Absatz 4 festgelegten Fristen um den Zeitraum verlängert, für den die Arbeit ausgesetzt wurde. Wird die Arbeit des Panels für mehr als zwölf Monate ausgesetzt, so erlischt die Genehmigung für die Einsetzung des Panels.

Artikel 13

Recht auf Information

(1) Jedes Panel hat das Recht, von jeder Einzelperson oder jedem Gremium, die es für geeignet hält, Informationen oder fachlichen Rat einzuholen. Bevor ein Panel jedoch Informationen oder fachlichen Rat von einer Einzelperson oder einem Gremium unter der Hoheitsgewalt eines Mitglieds einholt, unterrichtet es die Behörden des betreffenden Mitglieds. Ein Mitglied soll umgehend und umfassend auf einen Antrag eines Panels auf Erteilung von Informationen reagieren, die das Panel für notwendig und angebracht hält. Vertrauliche Informationen, die erteilt werden, dürfen nicht ohne die förmliche Genehmigung durch die Einzelperson, das Gremium oder die Behörden des Mitglieds offengelegt werden, welche die Informationen erteilen.

(2) Die Panels können von jeder einschlägigen Stelle Informationen erbitten und Sachverständige befragen, um deren Gutachten zu bestimmten Aspekten der Angelegenheit einzuholen. Bei einer von einer Streitpartei aufgeworfenen Sachfrage, die eine wissenschaftliche oder technische Angelegenheit betrifft, kann ein Panel einen schriftlichen Gutachterbericht von einer Sachverständigengutachtergruppe einholen. Die Regeln über die Einsetzung einer solchen Gruppe und deren Verfahrensordnung sind in Anhang 4 dargelegt.

Artikel 14

Vertraulichkeit

(1) Die Beratungen des Panels sind vertraulich.

(2) Die Berichte der Panels werden in Abwesenheit der Streitparteien unter Berücksichtigung der unterbreiteten Informationen und der abgegebenen Stellungnahmen erstellt.

(3) Die von einzelnen Panel-Mitgliedern im Panelbericht geäußerten Auffassungen sind anonym.

Artikel 15

Zwischenprüfung

(1) Nach Erörterung der unterbreiteten Erwidierungen und mündlichen Ausführungen legt das Panel den Streitparteien die beschreibenden Teile (Sachlage und Beweisführung) seines Berichtsentwurfs vor. Innerhalb einer vom Panel festgelegten Frist legen die Parteien schriftlich ihre Stellungnahmen vor.

(2) Nach Ablauf der Frist für den Eingang der Stellungnahmen der Streitparteien händigt das Panel den Parteien einen Zwischenbericht aus, der sowohl die beschreibenden Teile als auch die Feststellungen und Schlußfolgerungen des Panels enthält. Innerhalb eines vom Panel festgesetzten Zeitraums kann eine Partei schriftlich beantragen, daß das Panel bestimmte Aspekte des Zwischenberichts vor der Verteilung des Abschlußberichts an die Mitglieder überprüft. Auf Antrag einer Partei beraumt das Panel eine weitere Sitzung mit den Parteien über die in der schriftlichen Stellungnahme genannten Punkte an. Erhält das Panel von keiner Partei eine Stellungnahme innerhalb des dafür vorgesehenen Zeitraums, so wird der Zwischenbericht als der Abschlußbericht des Panels betrachtet und umgehend an die Mitglieder verteilt.

(3) Die Feststellungen in dem Abschlußbericht enthalten eine Erörterung der in der Zwischenprüfung vorgelegten Beweisführung. Die Zwischenprüfung erfolgt innerhalb des in Artikel 12 Absatz 8 festgelegten Zeitraums.

Artikel 16

Annahme der Panelberichte

(1) Um den Mitgliedern ausreichend Zeit für die Prüfung der Panelberichte zu geben, werden die Berichte nicht vor Ablauf von 20 Tagen nach ihrer Verteilung an die Mitglieder zur Annahme durch den DSB vorgesehen.

(2) Mitglieder, die Einwände gegen einen Panelbericht haben, reichen eine schriftliche Begründung für ihre Einwände so rechtzeitig ein, daß sie mindestens 10 Tage vor der Sitzung des DSB, auf welcher der Panelbericht erörtert wird, verteilt werden kann.

(3) Die Streitparteien haben das Recht, an der Erörterung des Panelberichts durch den DSB voll teilzunehmen, und ihre Ansichten werden vollständig zu Protokoll genommen.

(4) Innerhalb von 60 Tagen nach der Verteilung eines Panelberichts an die Mitglieder wird der Bericht auf einer DSB-Sitzung⁷⁾ angenommen, es sei denn, daß eine Streitpartei dem DSB förmlich ihre Entscheidung anzeigt, Rechtsmittel einzulegen, oder das DSB durch Konsens entscheidet, den Bericht nicht anzunehmen. Zeigt eine Partei ihre Entscheidung an, Rechtsmittel einzulegen, so wird die Annahme des Panelberichts durch den DSB nicht erörtert, bevor das Rechtsmittelverfahren abgeschlossen ist. Dieses Annahmeverfahren läßt das Recht der Mitglieder auf Äußerung ihrer Auffassungen über einen Panelbericht unberührt.

Artikel 17

Rechtsmittelprüfung Ständiges Berufungsgremium

(1) Das DSB setzt ein Ständiges Berufungsgremium ein. Das Berufungsgremium befaßt sich mit Berufungen von Panelentscheidungen. Es setzt sich aus sieben Personen zusammen, von denen drei sich mit jeweils einem Fall befassen. Dem Berufungsgremium angehörnde Personen wechseln turnusmäßig. Dieser Wechsel wird in den Arbeitsverfahren des Berufungsgremiums festgelegt.

(2) Das DSB ernennt Personen, die im Berufungsgremium tätig sind, für eine Amtszeit von vier Jahren; jede Person kann einmal wiedervernannt werden. Die Amtszeit von drei der sieben Personen, die unmittelbar nach Inkrafttreten des WTO-Übereinkommens ernannt werden, endet jedoch nach Ablauf von zwei Jahren, wobei das Los entscheidet. Frei werdende Sitze werden wieder besetzt, sobald sie frei werden. Eine Person, die ernannt wird, um eine Person zu ersetzen, deren Amtszeit noch nicht abgelaufen ist, nimmt die Aufgabe für den Rest der Amtszeit des Vorgängers wahr.

(3) Das Berufungsgremium umfaßt anerkannte und angesehene Fachleute mit ausgewiesenen Sachkenntnissen auf den Gebieten Recht, internationaler Handel und allgemein den Gegenständen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen. Diese müssen von einer Regierung unabhängig sein. Die Mitgliedschaft im Berufungsgremium soll weitgehend die Mitgliedschaft in der WTO widerspiegeln. Alle im Berufungsgremium tätigen Personen müssen jederzeit und kurzfristig verfügbar und in bezug auf Tätigkeiten im Bereich der Streitbeilegung und andere entsprechende Tätigkeiten der WTO auf dem laufenden sein. Sie dürfen sich nicht an der Erörterung von Streitigkeiten beteiligen, die zu einem mittelbaren oder unmittelbaren Interessenkonflikt führen würden.

(4) Nur Streitparteien, keine Dritten, dürfen gegen eine Panelentscheidung Rechtsmittel einlegen. Dritte, die dem DSB nach Artikel 10 Absatz 2 ein wesentliches Interesse an der Angelegenheit angezeigt haben, können dem Berufungsgremium schriftliche Vorlagen unterbreiten und erhalten die Gelegenheit, vor dem Berufungsgremium gehört zu werden.

(5) In der Regel sollen die Verfahren von dem Zeitpunkt an, zu dem eine Streitpartei förmlich ihre Entscheidung anzeigt, Rechtsmittel einzulegen, bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Berufungsgremium seinen Bericht verteilt, 60 Tage nicht überschreiten. Bei der Festlegung seines Zeitplans soll das Berufungsgremium gegebenenfalls dem Artikel 4 Absatz 9 Rechnung tragen. Ist das Berufungsgremium der Auffassung, daß es seinen Bericht nicht innerhalb von 60 Tagen vorlegen kann, so teilt es dem DSB schriftlich die Gründe für die Verzögerung und den Zeitraum mit, innerhalb dessen es seinen Bericht voraussichtlich unterbreiten wird. Das Verfahren darf keinesfalls länger dauern als 90 Tage.

(6) Ein Rechtsmittel beschränkt sich auf die in dem Panelbericht behandelten Rechtsfragen und auf die Rechtsauslegung durch das Panel.

(7) Das Berufungsgremium erhält entsprechend seinen Anforderungen Unterstützung in Verwaltungs- und Rechtsfragen.

(8) Die Kosten für die im Berufungsgremium tätigen Personen, einschließlich Reisekosten und Tagegelder, werden aus dem WTO-Haushalt entsprechend den Kriterien getragen, die der Allgemeine Rat, gestützt auf Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltung, verabschiedet.

Verfahren für die Rechtsmittelprüfung

(9) Die Arbeitsverfahren werden vom Berufungsgremium nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des DSB und dem Generaldirektor festgelegt und den Mitgliedern zur Kenntnisnahme übermittelt.

(10) Die Verfahren vor dem Berufungsgremium sind vertraulich. Die Berichte des Berufungsgremiums werden in Abwesenheit der Streitparteien unter Berücksichtigung der unterbreiteten Informationen und der abgegebenen Stellungnahmen erstellt.

(11) Die von einzelnen im Berufungsgremium tätigen Personen im Bericht des Berufungsgremiums geäußerten Auffassungen sind anonym.

(12) Das Berufungsgremium befaßt sich mit jeder nach Absatz 6 während des Berufungsverfahrens aufgeworfenen Frage.

(13) Das Berufungsgremium kann die rechtlichen Feststellungen und die Schlußfolgerungen des Panels bestätigen, abändern oder aufheben.

Annahme von Berichten des Berufungsgremiums

(14) Ein Bericht des Berufungsgremiums wird vom DSB angenommen und von den Streitparteien bedingungslos übernommen, sofern das DSB nicht innerhalb von dreißig Tagen nach Verteilung des Berichts an die Mitglieder⁸⁾ durch Konsens beschließt, den Bericht des Berufungsgremiums nicht anzunehmen. Dieses Annahmeverfahren läßt das Recht der Mitglieder auf Äußerung ihrer Auffassungen über einen Bericht des Berufungsgremiums unberührt.

Artikel 18

Mitteilungen an das Panel oder das Berufungsgremium

(1) Es darf keine einseitigen Mitteilungen an das Panel oder das Berufungsgremium über Angelegenheiten geben, die dem Panel oder Berufungsgremium vorliegen.

⁷⁾ Findet keine planmäßige Sitzung des DSB innerhalb dieser Frist zu einem Zeitpunkt statt, der es ermöglicht, die Vorschriften des Artikels 16 Absätze 1 und 4 einzuhalten, so wird eine Sitzung des DSB zu diesem Zweck anberaumt.

⁸⁾ Findet keine planmäßige Sitzung des DSB innerhalb dieses Zeitraums statt, so wird eine Sitzung zu diesem Zweck anberaumt.

(2) Schriftliche Vorlagen an das Panel oder das Berufungsgremium werden vertraulich behandelt; sie werden den Streitparteien jedoch zugänglich gemacht. Diese Vereinbarung hindert eine Streitpartei nicht daran, Stellungnahmen zu ihrer eigenen Position der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die Mitglieder behandeln Informationen vertraulich, die ein anderes Mitglied, das diese als vertraulich bezeichnet, dem Panel oder dem Berufungsgremium vorgelegt hat. Eine Streitpartei stellt auch auf Antrag eines Mitglieds eine nichtvertrauliche Zusammenfassung der in seinen Vorlagen enthaltenen Informationen zur Verfügung, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden könnte.

Artikel 19

Empfehlungen des Panels und des Berufungsgremiums

(1) Kommt ein Panel oder das Berufungsgremium zu dem Schluß, daß eine Maßnahme mit einem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen unvereinbar ist, so empfiehlt es, daß das betreffende Mitglied^{*)} die Maßnahme mit dem Übereinkommen in Einklang bringt.^{**)} Zusätzlich zu seinen Empfehlungen kann das Panel oder das Berufungsgremium Möglichkeiten vorschlagen, wie das betreffende Mitglied die Empfehlungen umsetzen könnte.

(2) Nach Artikel 3 Absatz 2 können das Panel und das Berufungsgremium mit ihren Feststellungen und Empfehlungen die in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen enthaltenen Rechte und Pflichten weder ergänzen noch schmälern.

Artikel 20

Zeitraumen für Entscheidungen des DSB

Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbart haben, darf der Zeitraum von der Einsetzung des Panels durch das DSB bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das DSB den Bericht des Panels oder des Berufungsgremiums zur Annahme prüft, in der Regel neun Monate nicht übersteigen, wenn gegen den Bericht keine Berufung, oder zwölf Monate, wenn gegen den Bericht Berufung eingelegt wurde. Hat entweder das Panel oder das Berufungsgremium Maßnahmen nach Artikel 12 Absatz 9 oder Artikel 17 Absatz 5 ergriffen, um den Zeitraum bis zur Vorlage seines Berichts zu verlängern, so werden den oben genannten Zeiträumen die zusätzlich benötigten Zeiten hinzugefügt.

Artikel 21

Überwachung der Umsetzung der Empfehlungen und Entscheidungen

(1) Die umgehende Beachtung der Empfehlungen und Entscheidungen des DSB ist für die wirksame Beilegung von Streitigkeiten zum Wohl aller Mitglieder wesentlich.

(2) Besondere Aufmerksamkeit ist den Angelegenheiten zu widmen, welche die Interessen von Mitgliedern, die Entwicklungsstaaten sind, berühren und sich auf Maßnahmen beziehen, die Gegenstand der Streitbeilegung gewesen sind.

(3) Auf einer Sitzung des DSB, die innerhalb von 30 Tagen¹¹⁾ nach der Annahme des Berichts des Panels oder des Berufungsgremiums abgehalten wird, unterrichtet das betreffende Mitglied das DSB über seine Absichten hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen und Entscheidungen des DSB. Ist es unmöglich, die Empfehlungen und Entscheidungen sofort umzusetzen, so wird dem betreffenden Mitglied ein angemessener Zeitraum dafür eingeräumt. Als angemessener Zeitraum gilt folgendes:

- a) Der von dem betreffenden Mitglied vorgeschlagene Zeitraum, sofern das DSB diesem zugestimmt hat; oder, falls diese Zustimmung fehlt,
- b) ein von den Streitparteien innerhalb von 45 Tagen nach Annahme der Empfehlungen und Entscheidungen gemeinsam vereinbarter Zeitraum; oder, falls diese Vereinbarung fehlt,
- c) ein durch bindendes Schiedsverfahren innerhalb von 90 Tagen nach Annahme der Empfehlungen und Entscheidungen festgelegter Zeitraum.¹²⁾ In einem solchen Schiedsverfahren sollte Richtschnur für einen Schiedsrichter¹³⁾ sein, daß der angemessene Zeitraum zur Umsetzung von Empfehlungen des Panels oder des Berufungsgremiums 15 Monate ab Annahme des Berichts des Panels oder des Berufungsgremiums nicht überschreiten sollte. Jedoch kann dieser Zeitraum je nach den besonderen Umständen kürzer oder länger sein.

(4) Außer wenn das Panel oder das Berufungsgremium den Zeitraum für die Vorlage seines Berichts nach Artikel 12 Absatz 9 oder Artikel 17 Absatz 5 verlängert hat, darf der Zeitraum zwischen der Einsetzung des Panels durch das DSB und der Entscheidung über den angemessenen Zeitraum 15 Monate nicht überschreiten, sofern die Streitparteien nicht etwas anderes vereinbaren. Hat entweder das Panel oder das Berufungsgremium den Zeitraum bis zur Vorlage seines Berichts verlängert, so wird die zusätzlich erforderliche Zeit dem Zeitraum vom 15 Monaten hinzugefügt; der Gesamtzeitraum darf jedoch 18 Monate nicht überschreiten, es sei denn, die Streitparteien kommen überein, daß außergewöhnliche Umstände vorliegen.

(5) Bei einer Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen und Entscheidungen ergriffen wurden oder ob sie mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen vereinbar sind, wird eine solche Streitigkeit unter Inanspruchnahme dieser Streitbeilegungsverfahren entschieden, wobei nach Möglichkeit auch auf das ursprüngliche Panel zurückgegriffen wird. Das Panel verteilt seinen Bericht innerhalb von 90 Tagen, nachdem die Angelegenheit an es verwiesen wurde. Ist das Panel der Auffassung, daß es seinen Bericht nicht innerhalb dieses Zeitrahmens vorlegen kann, so teilt es dem DSB schriftlich die Gründe für die Verzögerung und den Zeitraum mit, innerhalb dessen es voraussichtlich seinen Bericht vorlegen wird.

^{*)} Das „betreffende Mitglied“ ist die Streitpartei, an die sich die Empfehlungen des Panels oder Berufungsgremiums richten.

^{**)} In bezug auf Empfehlungen in Fällen, die keinen Verstoß gegen das GATT 1994 oder ein anderes unter die Vereinbarung fallendes Übereinkommen betreffen, vergl. Artikel 26.

¹¹⁾ Findet innerhalb dieses Zeitraums keine planmäßige Sitzung des DSB statt, so wird eine Sitzung zu diesem Zweck anberaumt.

¹²⁾ Können sich die Parteien innerhalb von 10 Tagen, nachdem sie die Angelegenheit einem Schiedsverfahren unterbreitet haben, nicht auf einen Schiedsrichter einigen, so wird der Schiedsrichter vom Generalsekretär nach Rücksprache mit den Parteien innerhalb von zehn Tagen ernannt.

¹³⁾ Unter dem Begriff „Schiedsrichter“ kann eine Einzelperson oder eine Gruppe verstanden werden.

(6) Das DSB überwacht die Umsetzung der angenommenen Empfehlungen oder Entscheidungen. Die Frage der Umsetzung der Empfehlungen oder Entscheidungen kann im DSB von jedem Mitglied jederzeit nach deren Annahme aufgeworfen werden. Sofern das DSB nichts anderes beschließt, wird die Frage der Umsetzung der Empfehlungen oder Entscheidungen auf die Tagesordnung der Sitzung des DSB sechs Monate nach der Entscheidung über den angemessenen Zeitraum gemäß Absatz 3 gesetzt und so lange auf der Tagesordnung des DSB bleiben, bis die Frage geklärt ist. Spätestens 10 Tage vor jeder derartigen Sitzung des DSB legt das betreffende Mitglied dem DSB einen schriftlichen Sachstandsbericht über seine Fortschritte hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlungen oder Entscheidungen vor.

(7) Handelt es sich um eine Angelegenheit, die von einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, unterbreitet wurde, so prüft das DSB, welche weiteren Maßnahmen es ergreifen könnte, die unter den gegebenen Umständen angebracht wären.

(8) Handelt es sich um einen von einem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, vorgebrachten Fall, so berücksichtigt das DSB bei der Erörterung möglicher angemessener Maßnahmen nicht nur das Handelsvolumen, das von den beanstandeten Maßnahmen betroffen ist, sondern auch deren Folgen für die Volkswirtschaft der betreffenden Mitglieder, die Entwicklungsstaaten sind.

Artikel 22

Entschädigung und Aussetzung von Zugeständnissen

(1) Eine Entschädigung und die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten sind vorübergehende Maßnahmen, die zur Verfügung stehen, wenn die Empfehlungen und Entscheidungen nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums umgesetzt werden. Jedoch erhält weder eine Entschädigung noch die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten Vorrang vor der vollen Umsetzung einer Empfehlung, eine Maßnahme mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen in Einklang zu bringen. Eine Entschädigung erfolgt freiwillig und muß, falls sie gewährt wird, mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen vereinbar sein.

(2) Gelingt es dem betreffenden Mitglied nicht, eine mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen als unvereinbar erachtete Maßnahme mit der Vereinbarung in Einklang zu bringen oder sonst die Empfehlungen und Entscheidungen innerhalb des nach Artikel 21 Absatz 3 festgelegten angemessenen Zeitraums zu beachten, so nimmt dieses Mitglied, falls es darum ersucht wird, vor Ablauf dieses Zeitraums Verhandlungen mit jeder Partei auf, die das Streitbeilegungsverfahren angestrengt hat, mit dem Ziel, einvernehmlich eine Entschädigung festzulegen. Wird innerhalb von 20 Tagen nach Ablauf des angemessenen Zeitraums eine zufriedenstellende Einigung hinsichtlich der Entschädigung nicht erzielt, so kann jede Partei, die das Streitbeilegungsverfahren angestrengt hat, das DSB um die Genehmigung bitten, die Anwendung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten aus den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen gegenüber dem betreffenden Mitglied auszusetzen.

(3) In ihren Erwägungen, welche Zugeständnisse oder sonstigen Pflichten auszusetzen sind, wendet die beschwerdeführende Partei folgende Grundsätze und Verfahren an:

- a) Der allgemeine Grundsatz lautet, daß die beschwerdeführende Partei zunächst versuchen soll, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten hinsichtlich desselben Sektors/derselben Sektoren wie des-/derjenigen auszusetzen, in dem/denen das Panel oder das Berufungsgremium einen Verstoß oder eine sonstige Zunichtemachung oder Schmälierung festgestellt hat;
- b) ist diese Partei der Auffassung, daß es nicht möglich oder wirksam ist, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten hinsichtlich desselben Sektors/derselben Sektoren auszusetzen, so kann sie versuchen, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten in anderen Sektoren unter demselben Übereinkommen auszusetzen;
- c) ist diese Partei der Auffassung, daß es nicht möglich oder wirksam ist, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten in bezug auf andere Sektoren unter demselben Übereinkommen auszusetzen, und daß die Umstände ernst genug sind, so kann sie versuchen, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten aus einem anderen unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen auszusetzen;
- d) bei der Anwendung der oben genannten Grundsätze berücksichtigt diese Partei
 - i) den Handel in dem Sektor oder aufgrund des Übereinkommens, zu dem das Panel oder das Berufungsgremium einen Verstoß oder eine Zunichtemachung oder Schmälierung festgestellt hat, sowie die Bedeutung dieses Handels für die betreffende Partei;
 - ii) die weitergehenden wirtschaftlichen Aspekte, die mit der Zunichtemachung oder der Schmälierung zusammenhängen, sowie die weiteren wirtschaftlichen Folgen der Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten;
- e) beschließt die betreffende Partei, eine Genehmigung zur Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten nach Buchstabe b oder c zu beantragen, so gibt sie in ihrem Antrag die Gründe dafür an. Der Antrag an das DSB wird gleichzeitig auch den entsprechenden Räten und im Fall eines Antrags nach Buchstabe b auch den entsprechenden Gremien zugeleitet, die für die betreffenden Sektoren zuständig sind;
- f) für die Zwecke dieses Absatzes hat der Begriff „Sektor“ folgende Bedeutung:
 - i) in bezug auf Waren alle Waren;
 - ii) in bezug auf Dienstleistungen einen Hauptsektor der gültigen „Liste zur Klassifizierung der Dienstleistungssektoren“, die diese Hauptsektoren ausweist¹⁾;
 - iii) in bezug auf handelsbezogene Rechte des geistigen Eigentums alle Kategorien von Rechten des geistigen Eigentums, die unter Teil II Abschnitte 1 bis 7 fallen, oder die Pflichten aus Teil III oder Teil IV des TRIPS-Übereinkommens;
- g) für die Zwecke dieses Absatzes hat der Begriff „Übereinkommen“ folgende Bedeutung:
 - i) in bezug auf Waren die in Anlage 1A des WTO-Übereinkommens genannten Übereinkommen in ihrer Gesamtheit sowie die Plurilateralen Handelsübereinkommen, soweit die betreffenden Streitparteien Vertragsparteien dieser Übereinkommen sind;
 - ii) in bezug auf Dienstleistungen das GATS;
 - iii) in bezug auf die Rechte des geistigen Eigentums das TRIPS-Übereinkommen.

¹⁾ Die Liste in Dokument MTN.GNS/W/120 nennt elf Hauptsektoren.

(4) Der von dem DSB genehmigte Umfang einer Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten muß dem Umfang der zunichte gemachten oder geschmäleren Vorteile entsprechen.

(5) Das DSB darf die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten nicht genehmigen, wenn ein unter die Vereinbarung fallendes Übereinkommen eine solche Aussetzung verbietet.

(6) Tritt die in Absatz 2 beschriebene Situation ein, so erteilt das DSB auf Antrag innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf des angemessenen Zeitraums die Genehmigung, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten auszusetzen, sofern es nicht durch Konsens beschließt, den Antrag abzulehnen. Erhebt das betreffende Mitglied jedoch Einspruch gegen die Aussetzung in dem vorgeschlagenen Umfang oder behauptet es, daß die in Absatz 3 festgelegten Grundsätze und Verfahren nicht beachtet wurden, als eine beschwerdeführende Partei die Genehmigung beantragte, Zugeständnisse oder sonstige Pflichten nach Absatz 3 Buchstabe b oder c auszusetzen, so wird die Angelegenheit einem Schiedsverfahren unterbreitet. Dieses Schiedsverfahren wird vom ursprünglichen Panel durchgeführt, falls Mitglieder zur Verfügung stehen, oder von einem vom Generaldirektor ernannten Schiedsrichter¹⁵⁾; es muß innerhalb von 60 Tagen nach Ablauf des angemessenen Zeitraums abgeschlossen sein. Während des Schiedsverfahrens werden Zugeständnisse oder sonstige Pflichten nicht ausgesetzt.

(7) Der nach Absatz 6 tätige Schiedsrichter¹⁶⁾ prüft nicht die Art der auszusetzenden Zugeständnisse oder sonstigen Pflichten, sondern stellt fest, ob der Umfang einer solchen Aussetzung dem Umfang der zunichte gemachten oder geschmäleren Vorteile entspricht. Der Schiedsrichter kann auch feststellen, ob die vorgeschlagene Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten nach dem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen gestattet ist. Enthält die einem Schiedsgerichtsverfahren unterbreitete Angelegenheit jedoch die Behauptung, daß die in Absatz 3 festgelegten Grundsätze und Verfahren nicht beachtet wurden, so prüft der Schiedsrichter diese Behauptung. Stellt der Schiedsrichter fest, daß diese Grundsätze und Verfahren nicht beachtet wurden, so wendet die beschwerdeführende Partei diese in Übereinstimmung mit Absatz 3 an. Die Parteien nehmen die Entscheidung des Schiedsrichters als endgültig an, und die betreffenden Parteien dürfen kein zweites Schiedsverfahren anstrengen. Das DSB wird umgehend von der Entscheidung des Schiedsrichters in Kenntnis gesetzt; es erteilt auf Antrag die Genehmigung für die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten, wenn der Antrag mit der Entscheidung des Schiedsrichters vereinbar ist, sofern das DSB nicht durch Konsens beschließt, den Antrag abzulehnen.

(8) Die Aussetzung von Zugeständnissen oder sonstigen Pflichten ist vorübergehend und wird nur so lange angewendet, bis die Maßnahme, die mit dem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen als unvereinbar betrachtet wird, eingestellt worden ist oder bis das Mitglied, das Empfehlungen oder Entscheidungen umsetzen muß, eine Lösung für die Zunichtemachung oder Schmälerung der Vorteile vorlegt, oder bis eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden wird. Nach Artikel 21 Absatz 6 überwacht das DSB weiterhin die Umsetzung der angenommenen Empfehlungen oder Entscheidungen, einschließlich der Fälle, in denen eine Entschädigung geleistet oder andere Zugeständnisse oder sonstige Pflichten ausgesetzt wurden, die Empfehlungen, eine Maßnahme mit den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen in Einklang zu bringen, jedoch nicht umgesetzt wurden.

(9) Eine Berufung auf die Streitbeilegungsbestimmungen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen ist hinsichtlich der Maßnahmen möglich, die deren Einhaltung betreffen und die von regionalen oder kommunalen Verwaltungen oder Behörden innerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitglieds ergriffen werden. Hat das DSB entschieden, daß eine Bestimmung eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens nicht beachtet wurde, so ergreift das verantwortliche Mitglied die ihm zur Verfügung stehenden angemessenen Maßnahmen, um deren Einhaltung sicherzustellen. Die Bestimmungen der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen und der vorliegenden Vereinbarung, die sich auf Entschädigung und die Aussetzung von Zugeständnissen und sonstigen Pflichten beziehen, finden auf die Fälle Anwendung, in denen es nicht möglich war, diese Einhaltung zu gewährleisten.¹⁷⁾

Artikel 23

Stärkung des multilateralen Systems

(1) Bemühen sich Mitglieder um die Beseitigung einer Verletzung von Pflichten oder einer sonstigen Zunichtemachung oder Schmälerung von Vorteilen aus den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen oder einer Behinderung bei der Erreichung eines der Ziele der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen, so halten sie sich an die Regeln und Verfahren dieser Vereinbarung und befolgen sie.

(2) In solchen Fällen werden die Mitglieder

- a) nicht die Feststellung treffen, daß eine Verletzung vorliegt, daß Vorteile zunichte gemacht oder geschmälert wurden oder daß die Erreichung eines der Ziele der unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen behindert wurde, es sei denn durch Inanspruchnahme der Streitbeilegung in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahren der vorliegenden Vereinbarung; sie werden jede derartige Feststellung mit dem vom DSB angenommenen Bericht des Panels oder des Berufungsgremiums oder einem aufgrund dieser Vereinbarung gefaßten Schiedsspruch in Einklang bringen;
- b) die in Artikel 21 festgelegten Verfahren zur Festsetzung des angemessenen Zeitraums, in dem das betreffende Mitglied Empfehlungen und Entscheidungen umzusetzen hat, befolgen und
- c) die in Artikel 22 festgelegten Verfahren zur Festsetzung des Umfangs, in dem Zugeständnisse oder sonstige Pflichten ausgesetzt werden dürfen, befolgen und die Genehmigung des DSB in Übereinstimmung mit diesem Verfahren einholen, bevor sie Zugeständnisse oder sonstige Pflichten nach den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen als Reaktion auf die Unterlassung des betreffenden Mitglieds aussetzen, die Empfehlungen und Entscheidungen innerhalb dieses angemessenen Zeitraums umzusetzen.

¹⁵⁾ Unter dem Begriff „Schiedsrichter“ kann eine Einzelperson oder eine Gruppe verstanden werden.

¹⁶⁾ Unter dem Begriff „Schiedsrichter“ können eine Einzelperson oder eine Gruppe oder die Mitglieder des ursprünglichen Panels, wenn sie in der Eigenschaft eines Schiedsrichters tätig sind, verstanden werden.

¹⁷⁾ Wenn die Bestimmungen eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens über die von regionalen oder kommunalen Verwaltungen oder Behörden innerhalb des Hoheitsgebiets eines Mitglieds ergriffenen Maßnahmen Bestimmungen enthalten, die von denen in diesem Absatz abweichen, sind die Bestimmungen des unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens maßgebend.

Artikel 24**Besondere Verfahren im Zusammenhang mit Mitgliedern,
die am wenigsten entwickelte Staaten sind**

(1) In allen Phasen der Ermittlung der Gründe für eine Streitigkeit und ein Streitbeilegungsverfahren, an denen ein Mitglied, das ein am wenigsten entwickelter Staat ist, beteiligt ist, wird der speziellen Lage der Mitglieder, die am wenigsten entwickelte Staaten sind, besonders Rechnung getragen. In diesem Zusammenhang halten sich die Mitglieder gebührend davor zurück, im Rahmen dieser Verfahren Angelegenheiten aufzuwerfen, an denen ein Mitglied, das ein am wenigsten entwickelter Staat ist, beteiligt ist. Wird festgestellt, daß ein Zunichtemachen oder eine Schmälerung auf eine Maßnahme zurückgeht, die von einem Mitglied, das ein am wenigsten entwickelter Staat ist, ergriffen wurde, so halten sich die beschwerdeführenden Parteien bei einem Antrag auf Entschädigung oder auf Genehmigung der Aussetzung von Zugeständnissen oder anderen Pflichten aufgrund dieser Verfahren gebührend zurück.

(2) In Fällen der Streitbeilegung, an denen ein Mitglied, das ein am wenigsten entwickelter Staat ist, beteiligt ist und in denen eine zufriedenstellende Lösung im Verlauf der Konsultationen nicht gefunden wird, bietet der Generaldirektor oder der Vorsitzende des DSB auf Antrag des Mitglieds, das ein am wenigsten entwickelter Staat ist, seine guten Dienste, einen Vergleich und seine Vermittlung an mit dem Ziel, den Parteien bei der Beilegung der Streitigkeit zu helfen, bevor die Einsetzung eines Panels beantragt wird. Der Generaldirektor oder der Vorsitzende des DSB kann sich im Rahmen der oben genannten Hilfe jedes Rates bedienen, den er für zweckdienlich hält.

Artikel 25**Schiedsverfahren**

(1) Ein beschleunigtes Schiedsverfahren innerhalb der WTO als alternatives Mittel der Streitbeilegung kann die Lösung bestimmter Streitigkeiten erleichtern, die von beiden Parteien klar definierte Streitfragen betreffen.

(2) Sofern in dieser Vereinbarung nichts anderes vorgesehen ist, bedarf ein Schiedsverfahren der einvernehmlichen Zustimmung der Parteien, die sich auf die zu befolgenden Verfahren einigen müssen. Das Einvernehmen über die Inanspruchnahme eines Schiedsverfahrens wird allen Mitgliedern rechtzeitig vor dem eigentlichen Beginn der Schiedsgerichtsverhandlung angezeigt.

(3) Andere Mitglieder können nur mit Zustimmung der Parteien, die sich auf die Inanspruchnahme eines Schiedsverfahrens geeinigt haben, Parteien in einem Schiedsverfahren werden. Die an dem Verfahren beteiligten Parteien stimmen zu, den Schiedsspruch zu befolgen. Die Schiedssprüche werden dem DSB und dem Rat oder dem Ausschuß jedes betroffenen Übereinkommens angezeigt, in dem jedes Mitglied jede damit zusammenhängende Frage aufwerfen kann.

(4) Die Artikel 21 und 22 dieser Vereinbarung gelten sinngemäß für Schiedssprüche.

Artikel 26

(1) Nichtverletzungsbeschwerden der in Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe b des GATT 1994 beschriebenen Art

Soweit Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe b des GATT 1994 auf ein unter die Vereinbarung fallendes Übereinkommen Anwendung findet, kann ein Panel oder das Berufungsgremium nur dann Entscheidungen fällen oder Empfehlungen aussprechen, wenn eine Streitpartei der Auffassung ist, daß Vorteile, die sich unmittelbar oder mittelbar aufgrund des entsprechenden unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens für sie ergeben, durch Maßnahmen eines Mitglieds zunichte gemacht oder geschmälert werden, oder daß die Erreichung eines der Ziele jenes Übereinkommens behindert wird, gleichviel ob diese Maßnahme zu den Bestimmungen jenes Übereinkommens in Widerspruch steht. Sofern und soweit die betreffende Partei der Auffassung ist und ein Panel oder ein Berufungsgremium feststellt, daß ein Fall eine Maßnahme betrifft, die nicht zu den Bestimmungen eines unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommens im Widerspruch steht, auf das Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe b des GATT 1994 anzuwenden sind, finden die Verfahren in dieser Vereinbarung Anwendung mit folgender Maßgabe:

- a) Die beschwerdeführende Partei legt eine ausführliche Begründung für ihre Beschwerde vor, die eine Maßnahme betrifft, welche nicht zu dem entsprechenden unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen im Widerspruch steht;
- b) wird festgestellt, daß eine Maßnahme Vorteile aus dem entsprechenden unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen zunichte macht oder schmälert oder die Erreichung von Zielen eines solchen Übereinkommens behindert, ohne dieses zu verletzen, besteht keine Verpflichtung zur Einstellung der Maßnahme. In solchen Fällen empfiehlt das Panel oder das Berufungsgremium jedoch dem betreffenden Mitglied, einen für alle Seiten zufriedenstellenden Ausgleich herbeizuführen;
- c) ungeachtet des Artikels 21 kann das in Artikel 21 Absatz 3 vorgesehene Schiedsverfahren auf Antrag einer der Parteien eine Entscheidung über den Umfang der zunichte gemachten oder geschmälerten Vorteile umfassen und Wege und Mittel zur Erzielung eines für alle Seiten zufriedenstellenden Ausgleichs vorschlagen; diese Vorschläge sind für die Streitparteien nicht bindend;
- d) ungeachtet des Artikels 22 Absatz 1 kann eine Entschädigung Teil eines für alle Seiten zufriedenstellenden Ausgleichs als endgültige Streitbeilegung sein.

(2) Beschwerden der in Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe c des GATT 1994 beschriebenen Art

Sofern Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe c des GATT 1994 auf ein unter die Vereinbarung fallendes Übereinkommen Anwendung findet, kann ein Panel oder ein Berufungsgremium nur dann Entscheidungen fällen oder Empfehlungen aussprechen, wenn eine Streitpartei der Auffassung ist, daß Vorteile, die sich unmittelbar oder mittelbar aus dem unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen für sie ergeben, zunichte gemacht oder geschmälert werden oder daß die Erreichung eines der Ziele jenes Übereinkommens aufgrund einer Situation behindert wird, die sich von den Situationen unterscheidet, auf die Artikel XXIII Absatz 1 Buchstabe a und b des GATT 1994 Anwendung findet. Sofern und soweit diese Partei der Auffassung ist und ein Panel oder ein Berufungsgremium feststellt, daß die Angelegenheit unter diesen Absatz fällt, werden die Verfahren dieser Vereinbarung nur bis zu dem Zeitpunkt angewendet, zu dem der Panelbericht an die Mitglieder verteilt worden ist. Die Streitbeilegungsregeln und -verfahren des Beschlusses vom 12. April 1989 (BISD 36S/61-67) gelten für die Prüfung der Annahme und für die Überwachung und Umsetzung der Empfehlungen und Entscheidungen. Außerdem gilt folgendes:

- a) Die beschwerdeführende Partei bringt eine ausführliche Begründung aller Argumente bei, die hinsichtlich der unter diesen Absatz fallenden Streitfragen vorgebracht werden;

- b) stellt ein Panel in Fällen, die unter diesen Absatz fallende Angelegenheiten betreffen, fest, daß Fälle auch Angelegenheiten der Streitbeilegung betreffen, die nicht unter diesen Absatz fallen, so übermittelt das Panel einen Bericht an das DSB, in dem solche Angelegenheiten angesprochen werden, und einen gesonderten Bericht über Angelegenheiten, die unter diesen Absatz fallen.

Artikel 27

Verantwortlichkeiten des Sekretariats

(1) Das Sekretariat ist dafür verantwortlich, die Panels zu unterstützen, insbesondere in bezug auf die rechtlichen Hintergründe, die Vorgeschichte und Verfahrensfragen der behandelten Angelegenheiten; es leistet Sekretariatsarbeit und technische Unterstützung.

(2) Das Sekretariat hilft zwar den Mitgliedern auf deren Antrag bei einer Streitbeilegung, doch kann außerdem die Notwendigkeit bestehen, Mitgliedern, die Entwicklungsstaaten sind, bei einer Streitbeilegung zusätzlich juristischen Rat und rechtliche Hilfe zukommen zu lassen. Zu diesem Zweck stellt das Sekretariat jedem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist und das einen entsprechenden Antrag stellt, einen befähigten Rechtsgelehrten der WTO-Dienste für technische Zusammenarbeit zur Verfügung. Dieser Fachmann hilft dem Mitglied, das Entwicklungsstaat ist, in einer Weise, welche die Unparteilichkeit des Sekretariats weiterhin gewährleistet.

(3) Das Sekretariat führt für interessierte Mitglieder spezielle Fortbildungskurse über diese Streitbeilegungsverfahren und -praktiken durch, damit die Fachleute der Mitglieder in dieser Hinsicht besser informiert sind.

Anhang 1

Unter die Vereinbarung fallende Übereinkommen

- A) Übereinkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation
- B) Multilaterale Handelsübereinkommen
 - Anlage 1A: Multilaterale Übereinkommen über den Handel mit Waren
 - Anlage 1B: Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen
 - Anlage 1C: Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums
 - Anlage 2: Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten
- C) Plurilaterale Handelsübereinkommen
 - Anlage 4: Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen
 - Übereinkommen über öffentliches Beschaffungswesen
 - Internationales Übereinkommen über Milcherzeugnisse
 - Internationales Übereinkommen über Rindfleisch

Die Anwendbarkeit dieser Vereinbarung auf Plurilaterale Handelsübereinkommen bedarf der Annahme einer Entscheidung der Vertragsparteien des einzelnen Übereinkommens, in der die Bedingungen für die Anwendbarkeit der Vereinbarung auf das jeweilige Übereinkommen dargelegt werden, einschließlich besonderer oder zusätzlicher Regeln oder Verfahren, die in den Anhang 2 einbezogen werden sollen und dem DSB angezeigt werden.

Anhang 2

**Besondere oder zusätzliche Regeln und Verfahren
in den unter die Vereinbarung fallenden Übereinkommen**

Übereinkommen	Regeln und Verfahren
Übereinkommen über die Anwendung von Gesundheits- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen	11.2
Übereinkommen über Textilien und Bekleidung	2.14, 2.21, 4.4, 5.2, 5.4, 5.6, 6.9, 6.10, 6.11, 8.1 bis 8.12
Übereinkommen über technische Handelshemmnisse	14.2 bis 14.4, Anlage 2
Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VI des GATT 1994	17.4 bis 17.7
Übereinkommen zur Durchführung des Artikels VII des GATT 1994	19.3 bis 19.5, Anlage II.2(f), 3, 9, 21
Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen	4.2 bis 4.12, 6.6, 7.2 bis 7.10, 8,5 Fußnote 35, 24.4, 27.7, Anlage V
Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen	XXII:3, XXIII:3
Anlage zu Finanzdienstleistungen	4
Anlage zu Luftverkehrsdienstleistungen	4
Beschluß über bestimmte Streitbeilegungsverfahren für das GATS	1 bis 5
Die Liste der Regeln und Verfahren in diesem Anhang enthält Bestimmungen, von denen nur ein Teil in diesem Zusammenhang von Bedeutung sein kann.	
Alle besonderen oder zusätzlichen Regeln oder Verfahren in Plurilateralen Handelsübereinkommen, wie sie von den für das jeweilige Übereinkommen zuständigen Gremien beschlossen und dem DSB angezeigt sind.	

Anhang 3 Arbeitsverfahren

- (1) In seinen Verfahren beachtet das Panel die einschlägigen Bestimmungen dieser Vereinbarung. Darüber hinaus finden folgende Arbeitsverfahren Anwendung.
- (2) Die Panelsitzungen sind nicht öffentlich. Die Streitparteien und andere interessierte Parteien nehmen an den Sitzungen des Panels nur teil, wenn sie vom Panel dazu aufgefordert werden.
- (3) Die Beratungen des Panels und die ihm vorgelegten Unterlagen werden vertraulich behandelt. Diese Vereinbarung hindert eine Streitpartei nicht daran, Erklärungen über ihren eigenen Standpunkt in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Von einem anderen Mitglied dem Panel zugeleitete und von diesem Mitglied als vertraulich gekennzeichnete Informationen werden von den Mitgliedern vertraulich behandelt. Legt eine Streitpartei dem Panel eine vertrauliche Fassung ihrer schriftlichen Vorlagen vor, so stellt sie auch auf Antrag eines Mitglieds eine nichtvertrauliche Kurzfassung der in ihren Unterlagen enthaltenen Informationen zur Verfügung, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden könnte.
- (4) Vor der ersten Sitzung des Panels mit den Parteien in der Sache leiten die Streitparteien dem Panel schriftliche Vorlagen zu, in denen sie den Sachverhalt und ihre Argumente darlegen.
- (5) In der ersten Sitzung in der Sache mit den Parteien fordert das Panel die beschwerdeführende Partei auf, ihren Fall darzulegen. Anschließend und noch während derselben Sitzung wird die beklagte Partei aufgefordert, ihren Standpunkt darzulegen.
- (6) Alle Dritten, die dem DSB ihr Interesse an der Streitigkeit angezeigt haben, werden schriftlich gebeten, ihre Auffassungen auf einer hierzu bestimmten Sitzung während der ersten Sitzung des Panels in der Sache darzulegen. Diese Dritten dürfen während dieser gesamten Sitzung anwesend sein.
- (7) Förmliche Darstellungen werden in einer zweiten Sitzung in der Sache vorgebracht. Die beklagte Partei hat zuerst das Recht, gehört zu werden; ihr folgt die beschwerdeführende Partei. Vor der Sitzung legen die Parteien dem Panel schriftliche Darstellungen vor.
- (8) Das Panel kann jederzeit entweder im Verlauf einer Sitzung oder schriftlich Fragen an die Parteien richten und sie um Erklärungen bitten.
- (9) Die Streitparteien und Dritte, die nach Artikel 10 aufgefordert wurden, ihre Auffassungen darzulegen, stellen dem Panel eine schriftliche Fassung ihrer mündlichen Erklärungen zur Verfügung.
- (10) Im Interesse einer vollständigen Transparenz erfolgen die in den Absätzen 5 bis 9 bezeichneten Darlegungen, Darstellungen und Erklärungen in Anwesenheit der Parteien. Darüber hinaus werden die schriftlichen Vorlagen jeder Partei einschließlich etwaiger Bemerkungen zu dem beschreibenden Teil des Berichts sowie Antworten auf Fragen des Panels der anderen Partei oder den anderen Parteien zur Verfügung gestellt.
- (11) Zusätzliche panelspezifische Verfahren.
- (12) Für die Arbeit des Panels wird folgender Zeitplan vorgeschlagen:
- | | |
|---|------------|
| a) Eingang der ersten schriftlichen Vorlagen der Parteien: | |
| 1. beschwerdeführende Partei: | 3-6 Wochen |
| 2. beklagte Partei: | 2-3 Wochen |
| b) Datum, Uhrzeit und Ort der ersten Sitzung in der Sache mit den Parteien; Sitzung mit Dritten: | 1-2 Wochen |
| c) Eingang der schriftlichen Darlegungen der Parteien: | 2-3 Wochen |
| d) Datum, Uhrzeit und Ort der zweiten Sitzung in der Sache mit den Parteien: | 1-2 Wochen |
| e) Übermittlung des beschreibenden Teils des Berichts an die Parteien: | 2-4 Wochen |
| f) Eingang der Bemerkungen der Parteien zu dem beschreibenden Teil des Berichts: | 2 Wochen |
| g) Übermittlung des Zwischenberichts einschließlich der Sachverhaltsfeststellungen und Schlußfolgerungen an die Parteien: | 2-4 Wochen |
| h) Frist für Anträge einer Partei, einen Teil/Teile des Berichts zu überprüfen: | 1 Woche |
| i) Zeitraum für die Überprüfung durch das Panel, gegebenenfalls einschließlich einer zusätzlichen Sitzung mit den Parteien: | 2 Wochen |
| j) Übermittlung des Abschlußberichts an die Streitparteien: | 2 Wochen |
| k) Verteilung des Abschlußberichts an die Mitglieder: | 3 Wochen |
- Der angegebene Zeitplan kann wegen unvorhergesehener Entwicklungen geändert werden. Falls erforderlich, werden zusätzliche Sitzungen mit den Parteien einberufen.

Anhang 4

Sachverständigengutachtergruppen

Die folgenden Regeln und Verfahren finden auf Sachverständigengutachtergruppen Anwendung, die nach Artikel 13 Absatz 2 eingesetzt werden.

(1) Sachverständigengutachtergruppen unterstehen dem Panel. Ihr Mandat und die Einzelheiten ihrer Arbeitsverfahren werden vom Panel bestimmt; sie erstatten dem Panel Bericht.

(2) Die Teilnahme an den Sachverständigengutachtergruppen ist auf Personen mit beruflichem Ansehen und Erfahrung auf dem betreffenden Gebiet beschränkt.

(3) Staatsangehörige der Streitparteien dürfen nur mit dem gemeinsamen Einverständnis der Streitparteien in einer Sachverständigengutachtergruppe tätig sein, es sei denn, es liegen außergewöhnliche Umstände vor, unter denen das Panel der Auffassung ist, daß das erforderliche spezielle wissenschaftliche Fachwissen sonst nicht zur Verfügung steht. Angehörige des öffentlichen Dienstes der Streitparteien dürfen nicht in einer Sachverständigengutachtergruppe tätig sein. Die Mitglieder der Sachverständigengutachtergruppen sind in ihrer persönlichen Eigenschaft und nicht als Vertreter einer Regierung oder einer Organisation tätig. Die Regierungen oder Organisationen dürfen ihnen deshalb keine Weisungen zu Fragen erteilen, mit denen eine Sachverständigengutachtergruppe befaßt ist.

(4) Die Sachverständigengutachtergruppen dürfen von jeder Stelle, die sie für geeignet halten, Informationen und fachlichen Rat einholen. Bevor eine Sachverständigengutachtergruppe jedoch Informationen oder fachlichen Rat von einer Stelle unter der Hoheitsgewalt eines Mitglieds einholt, unterrichtet sie die Regierung des betreffenden Mitglieds. Jedes Mitglied reagiert umgehend und vollständig auf jedes Ersuchen einer Sachverständigengutachtergruppe um Informationen, welche die Gruppe für notwendig und geeignet hält.

(5) Die Streitparteien haben Zugang zu allen einer Sachverständigengutachtergruppe zur Verfügung gestellten sachdienlichen Informationen, sofern sie nicht vertraulich sind. Der Sachverständigengutachtergruppe zur Verfügung gestellte vertrauliche Informationen dürfen nicht ohne förmliche Genehmigung der Regierung, der Organisation oder der Person, welche die Informationen zur Verfügung gestellt hat, freigegeben werden. Wird die Sachverständigengutachtergruppe um solche Informationen gebeten, wird die Freigabe der Informationen durch die Sachverständigengutachtergruppe jedoch nicht genehmigt, so wird von der Regierung, der Organisation oder der Person, welche die Informationen zur Verfügung gestellt hat, eine nicht vertrauliche Zusammenfassung der Informationen beigebracht.

(6) Die Sachverständigengutachtergruppe legt den Streitparteien den Entwurf eines Berichts mit der Bitte um Stellungnahme vor, um deren Stellungnahme zu erwirken und diese gegebenenfalls im Abschlußbericht zu berücksichtigen, der auch den Streitparteien übermittelt wird, wenn er dem Panel unterbreitet wird. Der Schlußbericht der Sachverständigengutachtergruppe dient nur der Beratung.

**Beschluß zur Anwendung und Überprüfung
der Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten**

Die Minister

bekräftigen den Beschluß vom 22. Februar 1994, wonach die bestehenden Durchführungsbestimmungen des GATT 1947 im Bereich der Streitbeilegung bis zum Datum des Inkrafttretens des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation in Kraft bleiben,

fordern die entsprechenden Räte und Ausschüsse auf, zu beschließen, daß sie mit Streitigkeiten, für die vor diesem Datum ein Konsultationsersuchen gestellt worden ist, befaßt bleiben,

fordern die Ministerkonferenz zur Durchführung einer vollständigen Überprüfung der Durchführungsbestimmungen zur Streitbeilegung binnen vier Jahren nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation und zur Beschlußfassung anläßlich der ersten Sitzung nach Abschluß der Überprüfung über die Beibehaltung, Änderung oder Beendigung dieser Durchführungsbestimmungen auf.

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 9. Februar 1994
über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen**

Vom 30. August 1994

Der Bundestag hat mit der Mehrheit seiner Mitglieder und mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zum Übereinkommen

Dem in Brüssel am 9. Februar 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht. Die Bestimmungen des Übereinkommens finden ab 1. Januar 1995 Anwendung.

Artikel 2

**Gesetz
zur Durchführung des Übereinkommens
vom 9. Februar 1994
über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung bestimmter Straßen
mit schweren Nutzfahrzeugen
(Autobahnbenutzungsgebührengesetz
für schwere Nutzfahrzeuge – ABBG)**

§ 1

Autobahnbenutzungsgebühr

(1) Im Geltungsbereich dieses Gesetzes wird nach diesem Übereinkommen für die Benutzung von Bundesauto-

bahnen mit Kraftfahrzeugen im Sinne des Artikels 2 der Richtlinie 93/89/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Oktober 1993 über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten (ABl. EG Nr. L 279 S. 32) eine Gebühr erhoben.

(2) Hiervon ausgenommen sind folgende Bundesautobahnabschnitte:

1. Die Bundesautobahn A 6 von der deutsch-französischen Grenze bis zur Anschlußstelle Saarbrücken-Fechingen in beiden Fahrtrichtungen.
2. Die Bundesautobahn A 5 von der deutsch-schweizerischen Grenze und der deutsch-französischen Grenze bis zur Anschlußstelle Müllheim/Neuenburg in beiden Fahrtrichtungen.

(3) Das Bundesministerium für Verkehr wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Gebührenpflicht nach Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen vom 9. Februar 1994 (BGBl. 1994 II S. 1768) und unter den dort genannten Voraussetzungen auf andere genau bezeichnete Abschnitte von Bundesfernstraßen auszudehnen. In diesem Fall ist auf die Gebührenpflichtigkeit dieser Straßenabschnitte in geeigneter Weise hinzuweisen.

§ 2

Gebührenentrichtung

(1) Die Gebühren nach dem Übereinkommen sind an das Bundesamt für Güterverkehr zu entrichten.

(2) Verpflichtet sich ein Dritter zur Entrichtung der Gebühr und stellt er hierüber dem Gebührenschuldner eine Bescheinigung aus, so kann das Bundesamt für Güterverkehr diese Bescheinigung der Bescheinigung nach Artikel 9 des Übereinkommens gleichstellen. Die Entscheidung ist im Bundesanzeiger bekanntzumachen.

§ 3

Kontrolle

(1) Das Bundesamt für Güterverkehr überwacht die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes. Daneben überwachen auch die Zollbehörden im Rahmen von zollamtlichen Überwachungsmaßnahmen und im Rahmen ihrer sonstigen Aufgaben die Grenzpolizeidienststellen und die Polizei der Länder die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes. Die mit der Kontrolle Beauftragten des Bundesamtes für Güterverkehr sind Vollzugsbeamte im Sinne des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang durch Vollzugsbeamte des Bundes.

(2) Die Beauftragten des Bundesamtes für Güterverkehr und der Zollbehörden im Rahmen von zollamtlichen Überwachungsmaßnahmen können Kraftfahrzeuge nach § 1 Abs. 1 zum Zwecke der Kontrolle anhalten. Die Zeichen und Weisungen der zur Kontrolle befugten Personen sind zu befolgen. Dies entbindet den Verkehrsteilnehmer nicht von seiner Sorgfaltspflicht.

(3) Der Fahrzeugführer hat der zur Kontrolle befugten Person die Bescheinigung nach Artikel 9 des Übereinkommens, den Fahrzeugschein, die Beförderungspapiere

und den Reisepaß oder Personalausweis zur Prüfung auszuhändigen. Er hat Auskunft über alle Tatsachen zu erteilen, die für die Durchführung der Kontrolle von Bedeutung sind.

(4) Die Beauftragten des Bundesamtes für Güterverkehr sind berechtigt, die Gebühr für die Weiterfahrt am Ort der Kontrolle zu erheben. Auch die Beauftragten der Zollbehörden im Rahmen von zollamtlichen Überwachungsmaßnahmen sind berechtigt, die Gebühr für die Weiterfahrt am Ort der Kontrolle zu erheben. Sie können die Weiterfahrt bis zur Entrichtung der Gebühr untersagen, wenn die Gebühr trotz Aufforderung am Ort der Kontrolle nicht entrichtet wird und Zweifel an der späteren Einbringlichkeit der Gebühr bestehen.

§ 4

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. a) als Fahrzeugführer eine Bundesautobahn oder einen durch Rechtsverordnung nach § 1 Abs. 3 bezeichneten anderen Abschnitt einer Bundesfernstraße mit einem Kraftfahrzeug im Sinne des § 1 Abs. 1 benutzt oder
- b) als Halter des Motorfahrzeuges oder als Person, die über den Gebrauch des Motorfahrzeuges bestimmt, oder als Eigentümer des Motorfahrzeuges eine solche Benutzung anordnet oder zuläßt,

obwohl die nach diesem Gesetz geschuldete Gebühr nicht entrichtet und nicht gestundet worden ist,

2. als Fahrzeugführer entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2 ein Zeichen oder eine Weisung einer zur Kontrolle befugten Person nicht befolgt oder
3. a) als Fahrzeugführer entgegen Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens die Bescheinigung nicht mitführt oder entgegen § 3 Abs. 3 Satz 1 einer zur Kontrolle befugten Person ein dort genanntes Dokument nicht aushändigt oder
- b) als Halter des Motorfahrzeuges oder als Person, die über den Gebrauch des Motorfahrzeuges bestimmt, oder als Eigentümer des Motorfahrzeuges anordnet oder zuläßt, daß die Bescheinigung entgegen Artikel 9 Abs. 3 des Übereinkommens nicht mitgeführt wird oder ein in § 3 Abs. 3 Satz 1 genanntes Dokument nicht ausgehändigt wird.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Bundesamt für Güterverkehr.

§ 5

Register

(1) Das Bundesamt für Güterverkehr führt ein Register über die abgeschlossenen Verfahren nach § 4 Abs. 1, soweit dies zur Erteilung von Auskünften für Zwecke der Verfolgung weiterer Ordnungswidrigkeiten nach § 4 Abs. 1 erforderlich ist.

(2) In dem Register sind zu speichern:

1. Name, Anschrift und Geburtsdatum des Betroffenen, Name und Anschrift des Unternehmens,

2. Zeit und Ort der Begehung der Ordnungswidrigkeit,
3. die gesetzlichen Merkmale der Ordnungswidrigkeit und die angewendeten Bußgeldvorschriften,
4. Bußgeldbescheide mit dem Datum ihres Erlasses und dem Datum des Eintritts der Rechtskraft,
5. die Höhe der Geldbuße.

(3) Auskünfte aus dem Register dürfen nur an die nach § 4 Abs. 3 für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne des § 4 Abs. 1 zuständige Verwaltungsbehörde, Staatsanwaltschaften und Gerichte zu dem in Absatz 1 genannten Zweck erteilt werden. Die übermittelten Daten dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dessen Erfüllung sie übermittelt worden sind.

(4) Eine Eintragung wird zwei Jahre nach dem Eintritt der Rechtskraft des Bußgeldbescheides gelöscht.

§ 6

Gebührenaufkommen

Das Gebührenaufkommen steht dem Bund zu.

Artikel 3

Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

In § 35 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9231-1 veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 6 Abs. 110 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) geändert worden ist, wird folgende Nummer 10 angefügt:

„10. zur Verfolgung von Ansprüchen nach dem Autobahnbenutzungsgebührengesetz vom 30. August 1994 (BGBl. 1994 II S. 1766).“

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 1995 in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 19 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. August 1994

Der Bundespräsident
Roman Herzog

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Der Bundesminister der Finanzen
Theo Waigel

Übereinkommen über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen

Inhaltsübersicht

- Artikel 1: Zweck des Übereinkommens
- Artikel 2: Begriffsbestimmungen
- Artikel 3: Gebührenpflicht
- Artikel 4: Ausnahmen von der Gebührenpflicht (Befreiungen)
- Artikel 5: Gebührenschuldner
- Artikel 6: Gebührenerhebung
- Artikel 7: Entrichtungszeitraum
- Artikel 8: Gebührensätze
- Artikel 9: Nachweis der Gebührenerichtung
- Artikel 10: Erstattung bei Nichtbenutzung
- Artikel 11: Kontrolle
- Artikel 12: Sanktionen
- Artikel 13: Verteilung des Gebührenaufkommens
- Artikel 14: Einrichtung eines Koordinierungsausschusses
- Artikel 15: Schiedsverfahren
- Artikel 16: Beitritt
- Artikel 17: Verzicht auf Gebührenerhebung
- Artikel 18: Kündigung
- Artikel 19: Inkrafttreten
- Artikel 20: Geltungsdauer

Die Regierungen
des Königreichs Belgien,
des Königreichs Dänemark,
der Bundesrepublik Deutschland,
des Großherzogtums Luxemburg und
des Königreichs der Niederlande –

aufgrund der Richtlinie 93/89/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Oktober 1993 über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten,

aufgrund der während der 1668. Tagung des Rates der Europäischen Gemeinschaften am 7., 8. und 19. Juni 1993 in Luxemburg abgegebenen Gemeinsamen Erklärung der belgischen, der dänischen, der deutschen, der luxemburgischen und der niederländischen Delegation zu einem gemeinsamen Benutzungsgebührensysteem –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1 Zweck des Übereinkommens

Zweck dieses Übereinkommens ist die Erhebung einer gemeinsamen Benutzungsgebühr durch die Vertragsparteien für Kraftfahrzeuge, die bestimmte Straßen in ihrem Hoheitsgebiet benutzen, sowie die Festlegung der Bedingungen und Verfahren zur Verteilung der Gebühreneinnahmen.

Aftale om opkrævning af afgifter for tunge erhvervskøretøjers benyttelse af visse veje

Indholdsfortegnelse

- Artikel 1: Aftalens formål
- Artikel 2: Definitioner
- Artikel 3: Afgiftspligt
- Artikel 4: Fritagelser for afgift (dispensationer)
- Artikel 5: Afgiftspligtige parter
- Artikel 6: Afgiftsopkrævning
- Artikel 7: Betalingsperiode
- Artikel 8: Afgiftssatser
- Artikel 9: Dokumentation for betaling af afgifter
- Artikel 10: Refusion ved undladelse af brug
- Artikel 11: Kontrol
- Artikel 12: Sanktioner
- Artikel 13: Fordeling af afgiftsindtægterne
- Artikel 14: Nedsættelse af et koordineringsudvalg
- Artikel 15: Voldgift
- Artikel 16: Tiltrædelse
- Artikel 17: Afståelse fra at opkræve afgifter
- Artikel 18: Opsigelse
- Artikel 19: Ikrafttræden
- Artikel 20: Gyldighedsperiode

Regeringerne i
Kongeriget Belgien,
Kongeriget Danmark,
Forbundsrepublikken Tyskland,
Storhertugdømmet Luxembourg og
Kongeriget Nederlandene

har i medfør af Rådets direktiv 93/89/EØF af 25. oktober 1993 om opkrævning i medlemsstaterne af afgifter på visse køretøjer, der anvendes til vejgodstransport, samt af vejafgifter og brugsafgifter for benyttelse af visse infrastrukturer

i medfør af Fælleserklæringen fra delegationerne for Belgien, Danmark, Forbundsrepublikken Tyskland, Luxembourg og Nederlandene vedrørende et fælles brugsafgiftssystem, ved det 1668. møde i Rådet for De Europæiske Fællesskaber den 7., 8. og 19. juni 1993 i Luxembourg

indgået følgende aftale:

Artikel 1 Aftalens formål

Formålet med nærværende aftale er parternes opkrævning af en fælles brugsafgift på køretøjer, der benytter visse veje inden for parternes territorier, samt fastsættelse af betingelserne og proceduren for fordelingen af afgiftsindtægterne.

Accord
relatif à la perception d'un droit d'usage
pour l'utilisation de certaines routes
par des véhicules utilitaires lourds

Tableau synoptique

Article 1:	Objectif de l'accord
Article 2:	Définitions
Article 3:	Assujettissement au droit d'usage
Article 4:	Exemptions du droit d'usage
Article 5:	Débiteur du droit d'usage
Article 6:	Perception du droit d'usage
Article 7:	Période couverte par le droit d'usage
Article 8:	Taux du droit d'usage
Article 9:	Attestation de l'acquittement du droit d'usage
Article 10:	Remboursement en cas de non-utilisation
Article 11:	Contrôle
Article 12:	Sanctions
Article 13:	Répartition des recettes du droit d'usage
Article 14:	Instauration d'un comité de coordination
Article 15:	Procédure d'arbitrage
Article 16:	Adhésion
Article 17:	Renonciation à la perception du droit d'usage
Article 18:	Dénonciation
Article 19:	Entrée en vigueur
Article 20:	Durée de validité

Les Gouvernements
de la République fédérale d'Allemagne,
du Royaume de Belgique,
du Royaume du Danemark,
du Grand-Duché de Luxembourg
et du Royaume des Pays-Bas

vu la Directive 93/89/CEE du Conseil des Communautés européennes du 25 octobre 1993 relative à l'application par les Etats membres des taxes sur certains véhicules utilisés pour le transport de marchandises par route, ainsi que des péages et droits d'usage perçus pour l'utilisation de certaines infrastructures,

vu la Déclaration commune concernant l'introduction d'un droit d'usage commun faite à Luxembourg par les délégations allemande, belge, danoise, luxembourgeoise et néerlandaise à la 1668^e session du Conseil des Communautés européennes des 7, 8 et 19 juin 1993,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier
Objectif de l'Accord

Le présent Accord a pour objet la perception d'un droit d'usage commun par les Parties contractantes à charge de certains véhicules empruntant certaines routes sur leur territoire, ainsi que les conditions et modalités de répartition du produit de ce droit.

Verdrag
inzake de heffing van rechten
voor het gebruik van bepaalde wegen
door zware vrachtwagens

Inhoud

Artikel 1:	Doel van het Verdrag
Artikel 2:	Begripsbepalinge
Artikel 3:	Verplichting tot het betalen van het gebruiksrecht
Artikel 4:	Uitzonderingen op de verplichting tot het betalen van het gebruiksrecht (vrijstellingen)
Artikel 5:	Betalingsplichtige
Artikel 6:	Heffing van het gebruiksrecht
Artikel 7:	Betalingstijdvak
Artikel 8:	Tarieven
Artikel 9:	Bewijs van betaling van het gebruiksrecht
Artikel 10:	Terugbetaling bij niet-gebruik
Artikel 11:	Toezicht op de naleving
Artikel 12:	Sancties
Artikel 13:	Verdeling van de inkomsten uit het gebruiksrecht
Artikel 14:	Instelling van een coördinatiecommissie
Artikel 15:	Arbitrageprocedure
Artikel 16:	Toetreding
Artikel 17:	Afzien van heffing van het gebruiksrecht
Artikel 18:	Opzegging
Artikel 19:	Inwerkingtreding
Artikel 20:	Geldigheidsduur

De Regeringen van
het Koninkrijk België,
het Koninkrijk Denemarken,
de Bondsrepubliek Duitsland,
het Groothertogdom Luxemburg
en het Koninkrijk der Nederlanden

op grond van Richtlijn 93/89/EEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 25 oktober 1993 betreffende de toepassing door de Lid-Staten van de belastingen op sommige voor het goederenvervoer over de weg gebruikte voertuigen en van de voor het gebruik van sommige infrastructuurvoorzieningen geheven tolgelden en gebruiksrechten,

op grond van de gemeenschappelijke verklaring van de Belgische, de Deense, de Duitse, de Luxemburgse en de Nederlandse delegatie inzake een gemeenschappelijk stelsel van gebruiksrechten, afgelegd tijdens de 1668^e zitting van de Raad van de Europese Gemeenschappen op 7, 8 en 19 juni 1993 te Luxemburg,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1
Doel van het Verdrag

Doel van dit Verdrag is het heffen van een gemeenschappelijk gebruiksrecht door de Verdragsluitende Partijen voor motorvoertuigen die bepaalde wegen binnen hun grondgebied gebruiken, alsmede het vaststellen van de voorwaarden en procedures voor het verdelen van de inkomsten uit het gebruiksrecht.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

(1) Es gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels 2 der Richtlinie 93/89/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 25. Oktober 1993 über die Besteuerung bestimmter Kraftfahrzeuge zur Güterbeförderung sowie die Erhebung von Maut- und Benutzungsgebühren für bestimmte Verkehrswege durch die Mitgliedstaaten, im folgenden als Richtlinie bezeichnet.

(2) Im übrigen bedeutet im Sinne dieses Übereinkommens:

„Hoheitsgebiet der Vertragsparteien“ das jeweilige europäische Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande.

Artikel 3

Gebührenpflicht

(1) Die Vertragsparteien erheben in ihrem Hoheitsgebiet für die Benutzung von Autobahnen mit Kraftfahrzeugen im Sinne des Artikels 2 der Richtlinie ab 1. Januar 1995 entsprechend diesem Übereinkommen eine gemeinsame Gebühr. Autobahnen, die zu oder von einem Grenzübergang zu Mitgliedstaaten der Europäischen Union führen, in denen die gemeinsame Gebühr nicht erhoben wird, können im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien vom Grenzübergang bis zur nächsten Anschlußstelle zum gebührenfreien Netz entsprechend dem Verfahren nach Artikel 9 der Richtlinie von der Gebühr ausgenommen werden.

(2) Jede Vertragspartei kann die Erhebung der gemeinsamen Gebühr entsprechend Artikel 7 Buchstabe d der Richtlinie auf andere Straßen ausdehnen.

(3) Jede Vertragspartei kann für in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Kraftfahrzeuge nach Artikel 7 Buchstabe e der Richtlinie die Gebühr für ihr gesamtes Straßennetz erheben.

(4) Die Gebühr wird für ein bestimmtes Kraftfahrzeug entrichtet. Sie ist nicht von einem Kraftfahrzeug auf ein anderes übertragbar.

Artikel 4

Ausnahmen von der Gebührenpflicht (Befreiungen)

(1) Von der Gebühr nach Artikel 3 sind Kraftfahrzeuge der Streitkräfte, des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Feuerwehr und anderer Notdienste, der Ordnungsbehörden und des Straßenunterhaltungs- oder Straßenbetriebsdienstes befreit.

(2) Jede Vertragspartei kann für ihr Hoheitsgebiet Kraftfahrzeuge, die in Artikel 6 Absatz 3 2. Anstrich der Richtlinie bezeichnet sind, von der Gebühr nach Artikel 3 befreien.

(3) Voraussetzung für die Gebührenbefreiung nach Absatz 1 ist, daß die Kraftfahrzeuge äußerlich als für die dort genannten Zwecke bestimmt erkennbar sind. Im Fall des Absatzes 2 unterrichten die Vertragsparteien einander sowie die Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Kraftfahrzeuge, für die sie Gebührenbefreiung gewähren.

(4) Im Fall von Fahrzeugkombinationen ist das Motorfahrzeug für die Gebührenbefreiung der Kombination maßgebend.

Artikel 5

Gebührenschildner

Gebührenschildner ist die Person, die während der Zeit der Benutzung der in Artikel 3 genannten Straßen

Artikel 2

Definitionen

1) Definitionerne i artikel 2 i Rådets direktiv 93/89 EØF af 25. oktober 1993 om opkrævning i medlemsstaterne af afgifter på visse køretøjer, der anvendes til vejgodstransport, samt af vejafgifter og brugsafgifter for benyttelse af visse infrastrukturer, herefter benævnt direktivet, er gældende.

2) løvrigt gælder i denne aftale:

»En parts territorium« betyder Kongeriget Belgien. Kongeriget Danmark, Forbundsrepublikken Tyskland, Storhertugdømmet Luxembourg og Kongeriget Nederlandenes respektive territorier i Europa.

Artikel 3

Afgiftspligt

1) Fra 1. januar 1995 opkræver parterne inden for deres territorium i overensstemmelse med nærværende aftale en fælles afgift for de i direktivets artikel 2 nævnte køretøjers benyttelse af motorveje. Motorveje, der fører til eller fra en grænseovergang til lande, der er medlemmer af Den Europæiske Union, og som ikke opkræver den fælles afgift, kan fritages for afgiften inden for parternes territorium fra grænseovergangen til næste forbindelse til det afgiftsfrie net i overensstemmelse med den i artikel 9 i direktivet angivne procedure.

2) Parterne kan i henhold til artikel 7, litra d, i direktivet udvide opkrævningen af den fælles afgift til også at omfatte andre veje.

3) I henhold til artikel 7, litra e, i direktivet kan parterne opkræve afgiften fra køretøjer, der er indregistreret i det pågældende lands territorium, på hele partens vejnet.

4) Afgiften betales for et specifikt køretøj. Den kan ikke overføres fra et køretøj til et andet.

Artikel 4

Fritagelse for afgift (dispensationer)

1) Køretøjer tilhørende forsvaret, civilforsvaret, brandvæsenet og andre beredskabstjenester, ordensmagten og vejvæsenet er fritaget for afgiften i henhold til artikel 3.

2) Parterne kan for deres respektive territorier fritage køretøjer, der er nævnt i artikel 6, stk. 3, andet led i direktivet, for afgiften i henhold til artikel 3.

3) En forudsætning for afgiftsdispensationen i henhold til stk. 1 er, at køretøjerne udefra kan genkendes som beregnet til de i stk. 1 nævnte formål. I det i stk. 2 omhandlede tilfælde informerer parterne hinanden samt Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber om, hvilke køretøjer der er fritaget for afgift.

4) I tilfælde af køretøjskombinationer er motorkøretøjet bestemmende for, om kombinationen er fritaget for afgift.

Artikel 5

Afgiftspligtige parter

Afgiftspligten påhviler den person, der på tidspunktet for benyttelsen af de i artikel 3 nævnte veje

Article 2**Définitions**

1) Les définitions reprises à l'article 2 de la Directive 93/89/CEE du Conseil des Communautés européennes du 25 octobre 1993 relative à l'application par les Etats membres des taxes sur certains véhicules utilisés pour le transport de marchandises par route, ainsi que des péages et droits d'usage perçus pour l'utilisation de certaines infrastructures, dénommée ci-après la Directive, s'appliquent au présent Accord.

2) Par ailleurs, aux fins du présent Accord, on entend par:

«territoire des Parties contractantes» respectivement le territoire européen de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume de Belgique, du Royaume du Danemark, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas.

Article 3**Assujettissements au droit d'usage**

1) Conformément aux dispositions du présent Accord, les Parties contractantes perçoivent sur leur territoire, à partir du 1^{er} janvier 1995, un droit commun pour l'utilisation des autoroutes par les véhicules définis à l'article 2 de la Directive. Les autoroutes menant à ou venant d'un point frontière avec un Etat membre de l'Union européenne par lequel le droit d'usage commun n'est pas perçu peuvent, conformément à la procédure de l'article 9 de la Directive, être exemptées du droit d'usage sur le territoire des Parties contractantes entre le point frontière et l'échangeur le plus proche donnant accès au réseau gratuit.

2) Conformément à l'article 7 point d) de la Directive, chaque Partie contractante peut étendre la perception du droit d'usage commun à d'autres routes.

3) Pour les véhicules immatriculés sur son territoire, chaque Partie contractante peut percevoir, conformément à l'article 7 point e) de la Directive, le droit d'usage pour l'ensemble de son réseau routier.

4) Le droit d'usage est acquitté pour un véhicule déterminé. Il n'est pas transférable d'un véhicule à un autre.

Article 4**Exemption du droit d'usage**

1) Sont exemptés du droit d'usage visé à l'article 3, les véhicules appartenant aux forces armées, aux services de protection civile et d'intervention en cas de catastrophes, aux services de lutte contre les incendies et autres services de secours, aux services responsables du maintien de l'ordre public et aux services d'entretien et d'exploitation des routes.

2) Sur leur territoire respectif, les Parties contractantes peuvent exempter les véhicules énumérés à l'article 6 paragraphe 3, deuxième tiret de la Directive du droit d'usage visé à l'article 3.

3) Pour être exemptés du droit d'usage prévu au paragraphe 1 les véhicules doivent pouvoir être identifiés comme étant affectés à l'usage visé à ce paragraphe. Dans le cas du paragraphe 2 les Parties contractantes se communiquent l'une à l'autre ainsi qu'à la Commission des Communautés européennes les informations sur les véhicules pour lesquels ils ont octroyé des exemptions.

4) Dans le cas d'ensembles de véhicules, le véhicule à moteur est déterminant pour l'exemption du droit d'usage.

Article 5**Débiteur du droit d'usage**

Le débiteur du droit d'usage est la personne qui, pendant la durée d'utilisation des routes visées à l'article 3,

Artikel 2**Begripsbepalingen**

1) Van toepassing zijn de begripsbepalingen van artikel 2 van Richtlijn 93/89 EEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 25 oktober 1993 betreffende toepassing door de Lid-Staten van de belastingen op sommige voor het goederenvervoer over de weg gebruikte voertuigen en van de voor het gebruik van sommige infrastructuurvoorzieningen geheven tolgeden en gebruiksrechten, hierna richtlijn te noemen.

2) Overigens wordt voor de toepassing van dit Verdrag verstaan onder:

„grondgebied van de Verdragsluitende Partijen“ het onderscheiden Europese grondgebied van het Koninkrijk België, van het Koninkrijk Denemarken, van de Bondsrepubliek Duitsland, van het Groothertogdom Luxemburg en van het Koninkrijk der Nederlanden.

Artikel 3**Verplichting tot het betalen van het gebruiksrecht**

1) De Verdragsluitende Partijen heffen binnen hun grondgebied overeenkomstig dit Verdrag vanaf 1 januari 1995 een gemeenschappelijk gebruiksrecht voor het gebruik van autosnelwegen met voertuigen in de zin van artikel 2 van de richtlijn. Autosnelwegen naar of vanaf een grensovergang met Lid-Staten van de Europese Unie waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht niet wordt geheven, kunnen binnen het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen vanaf de grensovergang tot aan de eerstvolgende aansluiting op het wegennet waar het gebruiksrecht niet wordt geheven, overeenkomstig de procedure als bedoeld in artikel 9 van de richtlijn worden vrijgesteld van het gebruiksrecht.

2) Elk der Verdragsluitende Partijen kan de heffing van het gemeenschappelijke gebruiksrecht overeenkomstig artikel 7, onder d, van de richtlijn eveneens toepassen voor het gebruik van andere wegen.

3) Elk der Verdragsluitende Partijen kan voor binnen haar grondgebied geregistreerde voertuigen overeenkomstig artikel 7, onder e, van de richtlijn gebruiksrechten heffen voor haar gehele wegennet.

4) Het gebruiksrecht wordt betaald voor een bepaald voertuig. Het kan niet op een ander voertuig worden overgedragen.

Artikel 4**Uitzonderingen van de verplichting tot het betalen van het gebruiksrecht (vrijstellingen)**

1) Militaire voertuigen, voertuigen van de burgerbescherming, de brandweer en andere diensten voor eerstehulpverlening, alsook voertuigen voor de ordehandhaving en voertuigen voor de aanleg en het onderhoud van de wegen zijn vrijgesteld van het in artikel 3 bedoelde gebruiksrecht.

2) Elk der Verdragsluitende Partijen kan binnen haar grondgebied voertuigen als bedoeld in artikel 6, derde lid, tweede streepje, van de richtlijn vrijstellen van het in artikel 3 bedoelde gebruiksrecht.

3) Een voorwaarde voor vrijstelling van het in het eerste lid bedoelde gebruiksrecht is dat de voertuigen aan de buitenkant herkenbaar zijn als bestemd voor de in dat lid genoemde doeleinden. In het geval van het tweede lid delen de Verdragsluitende Partijen elkaar alsmede de Commissie van de Europese Gemeenschappen mede voor welke voertuigen zij vrijstelling van het gebruiksrecht verlenen.

4) In het geval van samengestelde voertuigen (combinaties) is het motorvoertuig doorslaggevend voor de vrijstelling van de combinatie.

Artikel 5**Betalingsplichtige**

De betalingsplichtige is degene die voor de duur van het gebruik van de in artikel 3 bedoelde wegen

1. über den Gebrauch des Motorfahrzeugs bestimmt,
2. das Motorfahrzeug führt,
3. Eigentümer oder Halter des Motorfahrzeugs ist.

Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

Artikel 6

Gebührenerhebung

Das Verfahren der Gebührenerhebung wird auf Verwaltungsebene zwischen den Vertragsparteien unter Beiziehung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften entsprechend Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie geregelt.

Artikel 7

Entrichtungszeitraum

(1) Die Gebühr kann für einen nach Kalendertagen, Wochen, Monaten oder Jahren bestimmbar Zeitraum entrichtet werden; ein Jahr ist der längste Zeitraum, der vorgesehen werden kann.

(2) Für einen Zeitraum von einer Woche oder mehr kann die Gebühr unbeschadet des Absatzes 3 mit Wirkung vom Beginn jedes Kalendertags entrichtet werden.

(3) Vertragsparteien, die für in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Kraftfahrzeuge nur Jahresgebühren erheben, können als jährlichen Zeitraum das Kalenderjahr festlegen.

Artikel 8

Gebührensätze

(1) Die Gebühr einschließlich der Verwaltungskosten für ein Jahr beträgt für Kraftfahrzeuge

1. mit bis zu drei Achsen	750 ECU,
2. mit vier oder mehr Achsen	1 250 ECU.

(2) Die Gebühr einschließlich der Verwaltungskosten für einen Monat beträgt für Kraftfahrzeuge

1. mit bis zu drei Achsen	75 ECU,
2. mit vier oder mehr Achsen	125 ECU.

(3) Die Gebühr einschließlich der Verwaltungskosten für eine Woche beträgt für Kraftfahrzeuge

1. mit bis zu drei Achsen	20 ECU,
2. mit vier oder mehr Achsen	33 ECU.

(4) Die Gebühr einschließlich der Verwaltungskosten für einen Tag beträgt für beide Fahrzeugklassen einheitlich 6 ECU.

(5) Für Kraftfahrzeuge, die in Griechenland zugelassen sind, beträgt die Gebühr nach den Absätzen 1 bis 4 für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1997 die Hälfte der dort genannten Sätze.

Für Kraftfahrzeuge, die in Irland oder Portugal zugelassen sind, beträgt die Gebühr nach den Absätzen 1 bis 4 für eine Übergangszeit bis zum 31. Dezember 1996 die Hälfte der dort genannten Sätze.

(6) Vertragsparteien, die für in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Kraftfahrzeuge nur Jahresgebühren erheben, können bei der Festlegung der zu entrichtenden Gebühr nach Absatz 1 die größtmögliche Fahrzeugkombination zugrundelegen, deren Teil ein gebührenpflichtiges Motorfahrzeug sein kann.

(7) Für die Zwecke dieses Übereinkommens wird der Kurs für die Umrechnung der ECU in die verschiedenen Landeswährungen nach Artikel 11 der Richtlinie festgelegt.

1. tager beslutning om brugen af motorkøretøjet,
2. fører motorkøretøjet,
3. er faktisk ejer af motorkøretøjet eller den person, der har rådighed over det i egen interesse.

Hvor der er tale om flere afgiftspligtige parter, hæfter disse solidrisk.

Artikel 6

Afgiftsopkrævning

Proceduren for afgiftsopkrævningen skal administreres af parternes forvaltningsmyndigheder med Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber som observatør i overensstemmelse med artikel 8, stk. 1 i direktivet.

Artikel 7

Betalingsperiode

1) Afgiften kan betales for enhver periode, der kan opgøres i kalenderdage, uger, måneder eller år, dog ikke længere end for et år.

2) For en periode på en uge eller mere kan afgiften betales med virkning fra starten af en kalenderdag, jf. dog stk. 3.

3) Parter, der kun opkræver årlige afgifter for køretøjer, der er indregistreret i deres territorium, kan fastsætte kalenderåret som den årlige periode.

Artikel 8

Afgiftssatser

1) Afgiften, inklusive administrationsomkostningerne, for et år er for køretøjer:

1. med op til tre aksler	ECU 750,
2. med fire eller flere aksler	ECU 1.250.

2) Afgiften, inklusive administrationsomkostningerne, for en måned er for køretøjer:

1. med op til tre aksler	ECU 75,
2. med fire eller flere aksler	ECU 125.

3) Afgiften, inklusive administrationsomkostningerne, for en uge er for køretøjer:

1. med op til tre aksler	ECU 20,
2. med fire eller flere aksler	ECU 33.

4) Afgiften, inklusive administrationsomkostningerne, for en dag beløber sig til ECU 6 for begge køretøjskategorier.

5) For køretøjer, der er indregistreret i Grækenland, er afgiften i henhold til stk. 1-4 50 % af de deri angivne satser i en overgangsperiode frem til 31. december 1997.

For køretøjer, der er indregistreret i Irland eller Portugal, er afgiften i henhold til stk. 1-4 50 % af deri angivne satser i en overgangsperiode frem til 31. december 1996.

6) Parter, der udelukkende opkræver årlige afgifter for køretøjer indregistreret i deres territorium, kan ved fastsættelsen af afgiftssatserne i henhold til stk. 1. lægge den størst mulige køretøjskombination til grund, hvoraf en del kan være et afgiftspligtigt motor-køretøj.

7) Med henblik på nærværende aftale fastsættes kursen for omregningen af ECU til de forskellige nationale valutaer i overensstemmelse med artikel 11 i direktivet.

1. décide de l'utilisation du véhicule à moteur,
2. conduit le véhicule à moteur,
3. est propriétaire ou détenteur du véhicule à moteur.

Plusieurs débiteurs sont tenus solidairement au paiement du droit d'usage.

Article 6

Perception du droit d'usage

Les modalités de la perception du droit d'usage sont réglées sur le plan administratif entre les Parties contractantes, la Commission des Communautés européennes y étant associée conformément à l'article 8 paragraphe 1 de la Directive.

Article 7

Période couverte par le droit d'usage

1) Le droit d'usage peut être acquitté pour une période définie en termes de jours calendrier, de semaines, de mois ou d'années; l'année est la période la plus longue pouvant être prévue.

2) Sans préjudice des dispositions du paragraphe 3, pour une période égale ou supérieure à une semaine, le droit d'usage peut être acquitté pour prendre effet à chaque jour calendrier.

3) Les Parties contractantes qui, pour les véhicules immatriculés sur leur territoire, ne perçoivent qu'un droit d'usage annuel peuvent retenir l'année calendrier comme période annuelle.

Article 8

Taux du droit d'usage

1) Le droit d'usage annuel, y compris les frais administratifs, s'élève pour les véhicules

1. jusqu'à trois essieux	à 750 ECU,
2. à quatre essieux ou plus	à 1.250 ECU.

2) Le droit d'usage mensuel, y compris les frais administratifs, s'élève pour les véhicules

1. jusqu'à trois essieux	à 75 ECU,
2. à quatre essieux ou plus	à 125 ECU.

3) Le droit d'usage hebdomadaire, y compris les frais administratifs, s'élève pour les véhicules

1. jusqu'à trois essieux	à 20 ECU,
2. à quatre essieux ou plus	à 33 ECU.

4) Le droit d'usage journalier, y compris les frais administratifs, pour les deux catégories de véhicules, est fixé uniformément à 6 ECU.

5) Pour les véhicules immatriculés en Grèce, le droit d'usage mentionné aux paragraphes 1 à 4 est réduit à la moitié des montants prévus, pendant une période transitoire allant jusqu'au 31 décembre 1997.

Pour les véhicules immatriculés en Irlande ou au Portugal, le droit d'usage mentionné aux paragraphes 1 à 4 est réduit à la moitié des montants prévus, pendant une période transitoire allant jusqu'au 31 décembre 1996.

6) Les Parties contractantes qui, pour les véhicules immatriculés sur leur territoire, ne perçoivent qu'un droit d'usage annuel, peuvent, lors de la fixation des taux du droit d'usage prévus au paragraphe 1, prendre comme base l'ensemble de véhicules le plus large dont pourra faire partie le véhicule moteur assujéti au droit d'usage.

7) Pour l'application du présent Accord, le taux de change de l'ECU dans les différentes monnaies nationales est fixé conformément à l'article 11 de la Directive.

1. beslist over het gebruik van het motorvoertuig,
2. het motorvoertuig bestuurt,
3. eigenaar of houder van het motorvoertuig is,

Meerdere betalingsplichtigen zijn hoofdelijk aansprakelijk.

Artikel 6

Heffing van het gebruiksrecht

De werkwijze inzake de heffing van het gebruiksrecht wordt op bestuursrechtelijk niveau geregeld in overleg tussen de Verdragsluitende Partijen, waarbij de Commissie van de Europese Gemeenschappen als waarnemer wordt betrokken overeenkomstig artikel 8, eerste lid, van de richtlijn.

Artikel 7

Betalingstijdvak

1) Het gebruiksrecht kan worden betaald voor een tijdvak bestaande in kalenderdagen, weken, maanden of jaren; een jaar is het langste tijdvak waarvoor betaald kan worden.

2) Voor een tijdvak van een week of meer kan het gebruiksrecht, onverminderd het derde lid, worden berekend met ingang van iedere kalenderdag.

3) Verdragsluitende Partijen die voor binnen hun grondgebied geregistreerde voertuigen alleen jaarlijkse rechten heffen, kunnen als jaarlijks tijdvak het kalenderjaar vaststellen.

Artikel 8

Tarieven

1) Het gebruiksrecht met inbegrip van de administratiekosten bedraagt voor één jaar voor voertuigen:

1. met ten hoogste drie assen:	750 ECU,
2. met vier of meer assen:	1 250 ECU.

2) Het gebruiksrecht met inbegrip van de administratiekosten bedraagt voor één maand voor voertuigen:

1. met ten hoogste drie assen:	75 ECU,
2. met vier of meer assen:	125 ECU.

3) Het gebruiksrecht met inbegrip van de administratiekosten bedraagt voor één week voor voertuigen:

1. met ten hoogste drie assen:	20 ECU,
2. met vier of meer assen:	33 ECU.

4) Het gebruiksrecht met inbegrip van de administratiekosten voor een dag is gelijk voor beide voertuigklassen en bedraagt 6 ECU.

5) Voor voertuigen die in Griekenland geregistreerd staan, bedraagt het gebruiksrecht bedoeld in het eerste tot en met het vierde lid gedurende een overgangperiode tot en met 31 december 1997 de helft van de in die leden genoemde tarieven.

Voor voertuigen die in Ierland of Portugal geregistreerd staan, bedraagt het gebruiksrecht bedoeld in het eerste tot en met het vierde lid gedurende een overgangperiode tot en met 31 december 1996 de helft van de in die leden genoemde tarieven.

6) Verdragsluitende Partijen die voor binnen hun grondgebied geregistreerde voertuigen alleen jaarlijkse gebruiksrechten heffen, kunnen de vaststelling van de te betalen gebruiksrechten als bedoeld in het eerste lid baseren op de grootst mogelijke combinatie van voertuigen waarvan een motorvoertuig waarvoor betaling van het gebruiksrecht verplicht is, deel kan uitmaken.

7) Voor de toepassing van dit Verdrag wordt de koers voor het omrekenen van de ECU in de verschillende nationale valuta vastgesteld overeenkomstig artikel 11 van de richtlijn.

Artikel 9**Nachweis der Gebührenentrichtung**

(1) Über die Entrichtung der Gebühr wird eine Bescheinigung erteilt.

(2) Die Bescheinigung nach Absatz 1 muß enthalten:

1. das Datum und die Uhrzeit der Ausstellung,
2. den Zeitraum, für den die Gebühr entrichtet wird,
3. die Gebührenklasse,
4. die Höhe der Gebühr,
5. das amtliche Kennzeichen des Motorfahrzeuges einschließlich der Nationalität.

(3) Der Fahrzeugführer hat die Bescheinigung nach Absatz 1 während der Benutzung gebührenpflichtiger Straßen mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Artikel 10**Erstattung bei Nichtbenutzung**

(1) Die Gebühr wird auf Antrag erstattet, wenn die Bescheinigung vor Ablauf des Entrichtungszeitraums zurückgegeben wird. Eine Erstattung ist ausgeschlossen, wenn die Gebühr für weniger als ein Jahr entrichtet worden ist.

(2) Bei der Berechnung des Erstattungsbetrags wird nur die Anzahl der verbleibenden vollen Monate des Entrichtungszeitraums, und zwar in Teilbeträgen in Höhe je eines Zwölftels der Gebühr nach Artikel 8 Absatz 1, zugrunde gelegt. Für die Bearbeitung des Erstattungsantrags wird eine Verwaltungsgebühr von 25 ECU erhoben.

(3) Vertragsparteien, die für in ihrem Hoheitsgebiet zugelassene Kraftfahrzeuge nur Jahresgebühren erheben, können für diese Kraftfahrzeuge auf die Erstattung verzichten.

Artikel 11**Kontrolle**

(1) Jede Vertragspartei kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über die Gebührenentrichtung in eigener Verantwortung; sie bestimmt die für die Kontrolle zuständigen Behörden und richtet sie ein.

(2) Sie teilt den anderen Vertragsparteien sowie der Kommission der Europäischen Gemeinschaften die zu diesem Zweck von ihr erlassenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie die Behörden und Organisationen mit, die für die Einhaltung der Vorschriften über die Gebührenentrichtung in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zuständig sind.

(3) Die Vertragsparteien und die von ihnen bezeichneten Behörden und Organisationen arbeiten zum Zweck der Kontrolle zusammen.

Artikel 12**Sanktionen**

Die Vertragsparteien stellen sicher, daß Verstöße gegen die Gebührenpflicht sowie gegen die Pflicht zur Mitführung der Bescheinigung geahndet werden.

Artikel 13**Verteilung des Gebührenaufkommens**

(1) Das Gebührenaufkommen, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, von der die gemeinsame Gebühr erhoben wird, erzielt wird, fällt dieser Vertragspartei zu.

Zwischen den Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, wird das Aufkommen, das von den Verkehrs-

Artikel 9**Dokumentation for betaling af afgifter**

1) Der udstedes et bevis for betaling af afgiften.

2) Beviset i henhold til stk. 1 skal indeholde:

1. udstedelsesdato og -klokkeslæt,
2. perioden for hvilken afgiften betales,
3. afgiftskategori,
4. afgiftsbeløb,
5. motorkøretøjets registreringsnummer og -land.

3) Køretøjets fører skal medføre det i stk. 1 nævnte bevis ved benyttelse af afgiftsbelagte veje og forevise det på forlangende.

Artikel 10**Refusion ved undladelse af brug**

1) Afgiften refunderes ved ansøgning, såfremt beviset returneres inden udløbet af betalingsperioden. Der kan ikke opnås refusion, når afgiften er blevet betalt for perioder under et år.

2) Beregningen af refusionsbeløbet baseres udelukkende på antallet af de resterende hele måneder af betalingsperioden, dvs. delbeløb på en tolvtedel af afgiften henhold til artikel 8, stk. 1. Der opkræves et administrationsgebyr på ECU 25 for behandling af refusionsansøgninger.

3) Parter, der udelukkende opkræver årlige afgifter for køretøjer indregistreret i deres territorium, kan for disse køretøjers vedkommende afslå refusion.

Artikel 11**Kontrol**

1) Parterne er selv ansvarlige for kontrollen med overholdelsen af bestemmelserne om betaling af afgifter; de udpeger og etablerer myndighederne med ansvar for denne kontrol.

2) Parterne informerer hinanden samt Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber om de love og administrative bestemmelser, som de udsteder i dette øjemed, samt om de myndigheder og organisationer, der er ansvarlige for, at bestemmelserne om betaling af afgift overholdes i deres respektive territorier.

3) Parterne og de af dem udpegede myndigheder og organisationer indgår et samarbejde med henblik på denne kontrol.

Artikel 12**Sanktioner**

Parterne skal sikre, at overtrædelser af afgiftspligten samt af pligten til at medføre beviset sanktioneres.

Artikel 13**Fordeling af afgiftsindtægterne**

1) Indtægten fra afgiftsbetalingen i en parts territorium, i hvilket den fælles afgift opkræves, tilfalder denne part.

Mellem parterne, i hvis territorier den fælles afgift opkræves, korrigeres indtægterne, der stammer fra parternes transportvirk-

Article 9

Attestation de l'acquiescement du droit d'usage

1) Lors de l'acquiescement du droit d'usage, une attestation est délivrée.

2) L'attestation visée au paragraphe 1 doit contenir:

1. La date et l'heure de délivrance;
2. la période pour laquelle le droit d'usage est acquiescé;
3. la catégorie du droit d'usage;
4. le montant du droit d'usage;
5. le numéro d'immatriculation du véhicule à moteur ainsi que sa nationalité.

3) Le conducteur du véhicule doit être en possession de l'attestation visée au paragraphe 1 lorsqu'il emprunte des routes assujetties au droit d'usage et doit la présenter à toute réquisition.

Article 10

Remboursement en cas de non-utilisation

1) Sur demande, le droit d'usage est remboursé lorsque l'attestation est restituée avant l'expiration de la période pour laquelle le droit d'usage a été payé. Le remboursement n'est pas autorisé lorsque le droit d'usage a été acquiescé pour une période inférieure à un an.

2) Lors du calcul du montant à restituer, il sera uniquement tenu compte des mois complets restants de la période pour laquelle le droit d'usage a été acquiescé, et ceci en tranches égales à 1/12^{ème} du droit d'usage fixé conformément à l'article 8 paragraphe 1. Des frais administratifs de 25 ECU sont prélevés pour l'examen de la demande de remboursement.

3) Les Parties contractantes qui ne perçoivent que le droit d'usage annuel pour les véhicules immatriculés sur leur territoire, peuvent renoncer au remboursement pour ces véhicules.

Article 11

Contrôle

1) Chaque partie contractante contrôle, sous sa responsabilité, le respect de la réglementation portant sur le droit d'usage; elle désigne et institue les autorités compétentes pour ces contrôles.

2) Elle communique aux autres Parties Contractantes et à la Commission des Communautés européennes les dispositions légales et administratives prises à cet effet, ainsi que les autorités et organismes compétents pour assurer le respect de la réglementation portant sur le droit d'usage sur son territoire.

3) Les Parties contractantes et les autorités et organismes qu'elles ont désignés collaborent en matière de contrôle.

Article 12

Sanctions

Les Parties contractantes prennent les dispositions pour que les infractions concernant le non-acquiescement du droit d'usage ou la non-possession de l'attestation à bord du véhicule soient sanctionnées.

Article 13

Répartition du produit du droit d'usage

1) Le produit du droit d'usage perçu sur le territoire d'une partie contractante où le droit d'usage commun est perçu, revient à cette dernière.

Le produit du droit d'usage provenant des transporteurs des Parties contractantes où le droit d'usage commun est perçu, sera

Artikel 9

Bewijs van betaling van het gebruiksrecht

1) Er wordt een certificaat afgegeven als bewijs van betaling van het gebruiksrecht.

2) In het in het eerste lid bedoelde certificaat dienen te zijn vermeld:

1. datum en tijdstip van afgifte,
2. het tijdvak waarover het gebruiksrecht wordt betaald,
3. de klasse van het gebruiksrecht,
4. de hoogte van het gebruiksrecht,
5. het kenteken van het motorvoertuig alsook de nationaliteit.

3) De bestuurder van het voertuig dient het in het eerste lid bedoelde certificaat tijdens het gebruik van wegen waarvoor betaling van het gebruiksrecht verplicht is, met zich mee te voeren en op verzoek te tonen.

Artikel 10

Terugbetaling bij niet-gebruik

1) Het gebruiksrecht wordt op verzoek terugbetaald indien het certificaat vóór het verstrijken van het betalingstijdvak wordt teruggegeven. Terugbetaling is uitgesloten indien het gebruiksrecht voor minder dan een jaar is betaald.

2) Het terug te betalen bedrag wordt berekend op basis van alleen het restende aantal volledige maanden van het betalingstijdvak, en bestaat uit deelbedragen per maand ter hoogte van een twaalfde van het gebruiksrecht bedoeld in artikel 8, eerste lid. Voor de behandeling van het verzoek tot terugbetaling worden administratiekosten in rekening gebracht ad 25 ECU.

3) Verdragsluitende Partijen die alleen een jaarlijks gebruiksrecht heffen voor op hun grondgebied geregistreerde voertuigen, kunnen ten aanzien van deze voertuigen afzien van terugbetaling.

Artikel 11

Toezicht op de naleving

1) Elke Verdragsluitende Partij ziet op eigen verantwoordelijkheid toe op de naleving van de voorschriften inzake de betaling van het gebruiksrecht; zij wijst de voor het toezicht verantwoordelijke autoriteiten aan respectievelijk stelt deze in.

2) Zij deelt de overige Verdragsluitende Partijen alsmede de Commissie van de Europese Gemeenschappen de hiertoe door haar uitgevaardigde wettelijke en bestuursrechtelijke voorschriften mede, en deelt hun ook mede welke autoriteiten en organisaties binnen haar onderscheiden grondgebied verantwoordelijk zijn voor het toezicht op de naleving van de voorschriften inzake de betaling van het gebruiksrecht.

3) De Verdragsluitende Partijen en de door hen aangewezen autoriteiten en organisaties werken ten behoeve van het toezicht samen.

Artikel 12

Sancties

De Verdragsluitende Partijen verzekeren dat nietnakoming van de verplichting tot het betalen van het gebruiksrecht alsmede van de verplichting het certificaat met zich mee te voeren, wordt gestraft.

Artikel 13

Verdeling van inkomsten uit het gebruiksrecht

1) Inkomsten uit het gebruiksrecht die worden verworven binnen het grondgebied van een Verdragsluitende Partij waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven, vallen toe aan deze Verdragsluitende Partij.

De inkomsten die afkomstig zijn van de vervoersondernemingen van de Verdragsluitende Partijen binnen wier grondgebied het

unternehmen dieser Vertragsparteien stammt, nach Absatz 2 korrigiert.

Das Gebührenaufkommen, das von Kraftfahrzeugen stammt, die außerhalb des Hoheitsgebiets der Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, zugelassen sind, wird nach Absatz 3 festgestellt und zwischen diesen Vertragsparteien verteilt

(2) Das Gebührenaufkommen, das von den Verkehrsunternehmen der Vertragsparteien stammt, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, wird unter Zugrundelegung der Höhe der Benutzungsgebühr, der durchschnittlichen Anzahl der zurückgelegten Kilometer pro Kraftfahrzeug und der Anzahl Kilometer, welche die Verkehrsunternehmen einer Vertragspartei 1992 jeweils im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei zurückgelegt haben, korrigiert. Die Vertragsparteien unterstützen einander hierbei mit den erforderlichen statistischen Angaben. Zwei oder mehr Vertragsparteien können beschließen, von einer Korrektur des Aufkommens aus der gemeinsamen Benutzungsgebühr abzu-
sehen.

Die Korrektur wird nach folgender Formel vorgenommen:

$C(D - E) = F$, wobei $C = A/B$ ist.

A = Jahresgebühr in Höhe von 1 250 ECU;

B = durchschnittliche Jahresfahrleistung von 130 000 km;

C = Höhe der gemeinsamen Benutzungsgebühr je zurückgelegtem Kilometer;

D = Anzahl der von Kraftfahrzeugen aus Vertragspartei B in Vertragspartei A zurückgelegten Kilometer;

E = Anzahl der von Kraftfahrzeugen aus Vertragspartei A in Vertragspartei B zurückgelegten Kilometer;

F = zu korrigierender Betrag.

(3) Zum Zweck der Verteilung stellen die Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, zunächst die Höhe des an sie entrichteten Gebührenaufkommens für Kraftfahrzeuge fest, die außerhalb des Hoheitsgebiets dieser Vertragsparteien zugelassen sind. Die Feststellung erfolgt mit Ablauf des jeweiligen Kalenderjahrs, erstmals zum 31. Dezember 1995, für den jeweils abgelaufenen jährlichen Entrichtungszeitraum. Sie übermitteln den anderen Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird, innerhalb von drei Monaten eine Mitteilung hierüber.

Diese Vertragsparteien prüfen gemeinsam die erstellten Mitteilungen und stellen gemeinsam deren Richtigkeit fest.

Das so festgestellte Gebührenaufkommen wird zwischen den Vertragsparteien wie folgt verteilt:

- Das Königreich Belgien erhält 13 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Königreich Dänemark erhält 4 vom Hundert dieses Aufkommens,
- die Bundesrepublik Deutschland erhält 73 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Großherzogtum Luxemburg erhält 1 vom Hundert dieses Aufkommens,
- das Königreich der Niederlande erhält 9 vom Hundert dieses Aufkommens.

Auf einstimmigen Beschluß der Vertragsparteien können diese Vomhundertsätze unter Zugrundelegung statistischer Angaben geändert werden, aus denen hervorgeht, inwieweit die betreffenden Verkehrsunternehmen die Verkehrswege einer jeden Vertragspartei, die das gemeinsame Benutzungsgebührensysteem anwendet, benutzt haben. In diesem Fall unterstützen die Vertragsparteien einander hierbei mit den erforderlichen statistischen Angaben.

somheder, i henhold til stk. 2.

Indtægter, som stammer fra køretøjer, som er indregistreret uden for parternes territorier, i hvilke den fælles afgift opkræves, opgøres og fordeles mellem parterne i henhold til stk. 3.

2) Afgiftsindtægter, som stammer fra transportvirksomheder fra parter, i hvis territorier den fælles afgift opkræves, korrigeres på grundlag af brugsafgiftssatsen, det gennemsnitlige kørte kilometertal pr. lastbil og det antal kilometer, som transportvirksomheder fra én part har kørt i en anden parts territorium i 1992. Parterne stiller hertil de nødvendige statistiske oplysninger til rådighed for hinanden. To eller flere parter kan aftale at undlade at korrigere indtægterne fra den fælles brugsafgift.

Korrekturen foretages på grundlag af følgende formel:

$C(D - E) = F$, hvor $C = A/B$.

A = den årlige afgift på ECU 1.250,

B = det gennemsnitlige årlige kilometertal på 130.000 km,

C = satsen for den fælles brugsafgift pr. kørt kilometer,

D = antal kilometer kørt af køretøjer fra part B i part A's territorium,

E = antal kilometer kørt af køretøjer fra part A i part B's territorium,

F = korrigeringsbeløb.

3) Med henblik på fordelingen opgør parterne, i hvis territorier den fælles afgift opkræves, først størrelsen af de afgiftsindtægter, der er betalt til dem for køretøjer, der er indregistreret uden for disses territorier. Opgørelsen foretages ved udgangen af hvert kalenderår, første gang pr. 31. december 1995, for den forløbne årlige betalingsperiode. De udfærdiger inden for tre måneder en meddelelse herom til de andre parter, i hvis territorier den fælles afgift opkræves.

Disse parter kontrollerer sammen de udfærdigede meddelelser og bekræfter sammen rigtigheden heraf.

De opgjorte afgiftsindtægter fordeles mellem parterne som følger:

- Kongeriget Belgien modtager 13 % af indtægterne,
- Kongeriget Danmark modtager 4 % af indtægterne,
- Forbundsrepublikken Tyskland modtager 73 % af indtægterne,
- Storhertugdømmet Luxembourg modtager 1 % af indtægterne,
- Kongeriget Nederlandene modtager 9 % af indtægterne.

Disse procentsatser kan ved enstemmig vedtagelse ændres på grundlag af statistiske oplysninger, som viser, hvorvidt de pågældende transportvirksomheder har benyttet infrastrukturen hos hver af de parter, der anvender det fælles vejbrugersystem. Hertil stiller parterne de nødvendige statistiske oplysninger til rådighed for hinanden.

corrigé conformément au paragraphe 2.

Le produit du droit d'usage provenant de véhicules immatriculés en dehors du territoire des Parties contractantes où le droit d'usage commun est perçu, est déterminé et réparti entre ces Parties contractantes conformément au paragraphe 3.

2) Le produit du droit d'usage provenant des transporteurs des Parties contractantes où le droit d'usage commun est perçu est corrigé sur la base du taux du droit d'usage, du nombre moyen de kilomètres parcourus par véhicule et du nombre de kilomètres parcourus par les transporteurs d'une Partie contractante sur le territoire d'une autre Partie contractante en 1992. Les Parties contractantes se communiqueront les données statistiques nécessaires. Deux ou plusieurs Parties contractantes peuvent convenir de ne pas appliquer de correction au produit du droit d'usage commun.

La correction est effectuée sur la base de la formule suivante:

$C(D - E) = F$, où $C = A/B$.

A = droit d'usage annuel de 1 250 ECU;

B = kilométrage annuel moyen par véhicule de 130 000 km;

C = montant du droit d'usage commun par kilomètre parcouru;

D = nombre de kilomètres parcourus sur le territoire de la Partie contractante A par les véhicules de la Partie contractante B;

E = nombre de kilomètres parcourus sur le territoire de la Partie contractante B par les véhicules de la Partie contractante A;

F = montant auquel s'applique la correction.

3) En vue de la répartition du produit du droit d'usage perçu sur les véhicules immatriculés en dehors du territoire des Parties contractantes où le droit d'usage commun est perçu, les Parties contractantes déterminent le montant du produit qui leur a été versé. Ce calcul se fera à la fin de l'année calendrier en cours, et ce pour la première fois au 31 décembre 1995, pour la période annuelle de perception révolue. Les informations qui s'y rapportent sont transmises aux autres Parties contractantes où le droit d'usage commun est perçu, endéans les trois mois.

Ces Parties contractantes procèdent, en commun, à la vérification de ces informations et établissent leur exactitude.

Le produit du droit d'usage ainsi déterminé est réparti de la façon suivante entre les parties contractantes:

- le Royaume de Belgique obtient 13% de ce produit;
- le Royaume de Danemark obtient 4% de ce produit;
- la République fédérale d'Allemagne obtient 73% de ce produit;
- le Grand-Duché de Luxembourg obtient 1% de ce produit;
- le Royaume des Pays-Bas obtient 9% de ce produit.

Ces pourcentages peuvent être corrigés par décision unanime des Parties contractantes sur la base des statistiques reflétant l'utilisation qui est faite par les entreprises concernées de l'infrastructure de chaque Partie contractante participant au droit d'usage commun. Dans ce but, les Parties contractantes collaborent en se communiquant mutuellement les données statistiques nécessaires.

gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven, worden tussen deze Verdragsluitende Partijen gecorrigeerd overeenkomstig het tweede lid.

Inkomsten uit het gebruiksrecht die afkomstig zijn van voertuigen die geregistreerd staan buiten het grondgebied van de Verdragsluitende Partijen waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven, worden overeenkomstig het derde lid vastgesteld en tussen deze Verdragsluitende Partijen verdeeld.

2) Inkomsten uit het gebruiksrecht die afkomstig zijn van de vervoersondernemingen van de Verdragsluitende Partijen waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven, worden tussen twee Verdragsluitende Partijen gecorrigeerd op basis van de hoogte van het gebruiksrecht, het gemiddelde aantal afgelegde kilometers per motorvoertuig en het aantal kilometers dat de vervoersondernemingen van de ene Verdragsluitende Partij in 1992 hebben afgelegd binnen het grondgebied van een andere Verdragsluitende Partij. De Verdragsluitende Partijen verstrekken elkaar hiertoe de vereiste statistische gegevens. Twee of meer Verdragsluitende Partijen kunnen besluiten af te zien van correctie van de inkomsten uit het gemeenschappelijk gebruiksrecht.

De correctie geschiedt aan de hand van de volgende formule:

$C(D - E) = F$, waarbij $C = A/B$.

A = jaarlijks gebruiksrecht ad 1.250 ECU.

B = gemiddeld afgelegde afstand van 130 000 km per jaar.

C = hoogte van het gemeenschappelijk gebruiksrecht per afgelegde kilometer.

D = aantal kilometers afgelegd in Verdragsluitende Partij A door voertuigen uit Verdragsluitende Partij B.

E = aantal kilometers afgelegd in Verdragsluitende Partij B door voertuigen uit Verdragsluitende Partij A.

F = te corrigeren bedrag.

3) Ten behoeve van de verdeling stellen de Verdragsluitende Partijen waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven, eerst de hoogte vast van de aan hen betaalde gebruiksrechten voor voertuigen die geregistreerd staan buiten het grongebied van deze Verdragsluitende Partijen. De vaststelling geschiedt steeds aan het eind van het lopende kalenderjaar, voor het eerst op 31 december 1995, voor het afgelopen jaarlijkse betalingstijvak. Zij doen hiervan binnen drie maanden een mededeling toekomen aan de andere Verdragsluitende Partijen waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven.

Deze Verdragsluitende Partijen controleren gezamenlijk de opgestelde mededelingen en stellen gezamenlijk de juistheid ervan vast.

De aldus vastgestelde inkomsten uit het gebruiksrecht worden als volgt onder de Verdragsluitende Partijen verdeeld:

- het Koninkrijk België ontvangt 13% van deze inkomsten;
- het Koninkrijk Denemarken ontvangt 4% van deze inkomsten;
- de Bondsrepubliek Duitsland ontvangt 73% van deze inkomsten;
- het Groothertogdom Luxemburg ontvangt 1% van deze inkomsten;
- het Koninkrijk der Nederlanden ontvangt 9% van deze inkomsten.

Bij unaniem besluit van de Verdragsluitende Partijen kunnen deze percentages worden veranderd op basis van statistische gegevens waaruit blijkt in hoeverre de desbetreffende vervoersondernemingen gebruik hebben gemaakt van de infrastructuur van iedere Verdragsluitende Partij die het gemeenschappelijk stelsel van gebruiksrechten toepast. In dat geval verstrekken de Verdragsluitende Partijen elkaar hiertoe de vereiste statistische gegevens.

(4) Die Vertragsparteien stellen einstimmig die nach vorstehenden Methoden ermittelten Ausgleichsbeträge fest und führen den Zahlungsausgleich innerhalb eines Monats nach Feststellung der Ausgleichsbeträge durch.

Artikel 14

Einrichtung eines Koordinierungsausschusses

(1) Zur Durchführung der in diesem Übereinkommen genannten gemeinsamen Arbeiten zum Zweck der gemeinsamen Gebührenerhebung richten die Vertragsparteien einen Koordinierungsausschuß ein. Dieser nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. die Anwendung des Korrektur- und Verteilungsschlüssels nach diesem Übereinkommen;
2. die Überwachung und Abrechnung der Gebührenerhebung in den Staaten, in denen die gemeinsame Gebühr nicht erhoben wird;
3. die Koordinierung der nationalen Aufsichtsgremien der Vertragsparteien, von denen die gemeinsame Gebühr erhoben wird.

(2) Der Koordinierungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung, in der das Verfahren und die in diesem Übereinkommen genannten Beschlüßfassungen im einzelnen geregelt werden.

(3) Der Koordinierungsausschuß hält mindestens einmal jährlich auf Einladung einer Vertragspartei eine Sitzung ab. Auf Antrag einer Vertragspartei ist der Koordinierungsausschuß einzuberufen.

(4) Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird zu allen Sitzungen des Koordinierungsausschusses eingeladen.

Artikel 15

Schiedsverfahren

Jede Streitigkeit, die zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens und hierzu getroffener ergänzender Vereinbarungen entsteht und nicht durch unmittelbare Verhandlungen im Rahmen des Koordinierungsausschusses beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer Vertragspartei nach Artikel 182 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften vorgelegt.

Artikel 16

Beitritt

Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union kann diesem Übereinkommen beitreten. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen diesem Staat und den Vertragsparteien geregelt.

Artikel 17

Verzicht auf Gebührenerhebung

(1) Jede Vertragspartei kann auf die Erhebung der gemeinsamen Benutzungsgebühr verzichten oder beschließen, die Erhebung der gemeinsamen Gebühr in ihrem Hoheitsgebiet einzustellen. Sie darf jedoch keine nationale zeitabhängige Benutzungsgebühr und vor dem 1. Januar 1998 kein nationales generelles entfernungsabhängiges Benutzungsgebührensysteem einführen.

(2) Die Einstellung der Gebührenerhebung ist dem Verwahrer neun Monate vorher schriftlich anzuzeigen. Mit Wirkung vom gleichen Zeitpunkt können andere Vertragsparteien die Erhebung der Gebühr mit einer auf sechs Monate verkürzten Anzeigefrist gleichfalls einstellen.

(3) In diesen Fällen passen die Vertragsparteien auf Vorschlag des in Artikel 14 bezeichneten Koordinierungsausschusses den in

4) Parterne fastsætter ved enstemmig vedtagelse kompensationsbeløbene opgjort efter ovenstående metoder og foretager afregning inden for en måned efter fastsættelse af disse beløb.

Artikel 14

Nedsættelse af et koordineringsudvalg

1) Parterne nedsætter et koordineringsudvalg til iværksættelse af samarbejdet om den fælles afgiftsopkrævning som nævnt i nærværende aftale. Koordineringsudvalget varetager især følgende opgaver:

1. Anvendelse af korrigerings- og fordelingsnøglen i henhold til nærværende aftale.
2. Overvågning og afregning af afgiftsbetalingen i de stater, i hvilke den fælles afgift ikke opkræves.
3. Koordinering af de nationale kontrolinstanser i de stater, i hvilke den fælles afgift opkræves.

2) Koordineringsudvalget fastsætter en forretningsorden, i hvilken beslutningsprocessen og de i nærværende aftale nævnte vedtagelser er specificeret i enkeltheder.

3) Koordineringsudvalget afholder møder, når en af parterne indkalder et sådant, og mindst én gang om året. Koordineringsudvalget træder sammen efter anmodning fra en part.

4) Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber inviteres til at overvære alle koordineringsudvalgets møder.

Artikel 15

Voldgift

Enhver tvist, der måtte opstå mellem parterne vedrørende fortolkningen eller anvendelsen af nærværende aftale med tillæg, og som ikke kan afgøres ved direkte forhandlinger i koordineringsudvalgets regi, afgøres efter anmodning fra en part i henhold til artikel 182 i traktaten til oprettelse af Det Europæiske Økonomiske Fællesskab af Domstolen for De Europæiske Fællesskaber.

Artikel 16

Tiltrædelse

Hver medlemsstat af Den Europæiske Union kan tiltræde nærværende aftale. Tiltrædelsen reguleres ved indgåelse af en aftale mellem den pågældende stat og parterne.

Artikel 17

Afståelse fra at opkræve afgifter

1) Hver part kan afstå fra at opkræve den fælles brugsafgift eller beslutte at ophøre med at opkræve den fælles brugsafgift i sit territorium. Parterne må dog ikke indføre tidsafhængige brugsafgifter på nationalt plan og inden 1. januar 1998 ikke indføre generelle afstandsafhængige brugsafgiftssystemer på nationalt plan.

2) Ophøret af afgiftsopkrævningen skal ni måneder forinden skriftligt meddeles depositaren. Med virkning fra samme tidspunkt kan andre parter ligeledes ophøre med at opkræve afgiften med en informationsfrist reduceret til seks måneder.

3) I disse tilfælde justerer parterne efter oplæg fra koordineringsudvalget i henhold til artikel 14 den ved artikel 13, stk. 3

4) Les Parties contractantes établissent à l'unanimité les montants de compensation déterminés selon les méthodes décrites ci-avant et effectuent les paiements compensatoires dans le mois qui suit l'établissement des montants de compensation.

Article 14

Instauration d'un comité de coordination

1) Afin d'effectuer les travaux communs décrits dans le présent Accord aux fins de la perception d'un droit d'usage commun, les Parties contractantes créent un comité de coordination. Celui-ci assure notamment les fonctions suivantes:

1. application de la clé de correction et de répartition conformément aux dispositions du présent Accord;
2. contrôle et décompte de la distribution du droit d'usage dans les Etats qui ne prélèvent pas le droit d'usage commun;
3. coordination des organes nationaux de surveillance établis par les Parties contractantes qui prélèvent le droit d'usage commun.

2) Le comité de coordination adopte un règlement intérieur qui fixe les détails de la procédure et de la prise des décisions citées dans le présent Accord.

3) Le comité de coordination se réunit au moins une fois par an sur invitation d'une des parties contractantes. Le comité doit être convoqué sur demande d'une Partie contractante.

4) La Commission des Communautés européennes sera invitée à participer à toutes les réunions du comité de coordination.

Article 15

Procédure d'arbitrage

Tout différend entre les Parties contractantes relatif à l'interprétation ou à l'application du présent Accord et des arrangements complémentaires y afférents, qui ne peut être réglé par des négociations directes dans le cadre du comité de coordination, est réglé par la Cour de justice des Communautés européennes, conformément à l'article 182 du Traité instituant la Communauté européenne.

Article 16

Adhésion

Tout Etat membre de l'Union européenne peut adhérer au présent Accord. L'adhésion est régie dans un accord à conclure entre cet Etat et les Parties contractantes.

Article 17

Renonciation à la perception du droit d'usage

1) Chaque partie contractante peut renoncer à prélever le droit d'usage commun ou décider de cesser de le percevoir sur son territoire. Dans ce cas, elle ne peut introduire de droit d'usage national lié au temps d'utilisation ni introduire avant le 1^{er} janvier 1998 un système général national de droit d'usage lié à la distance parcourue.

2) La cessation de la perception du droit d'usage commun doit être communiquée au depositaire avec un préavis de neuf mois. A partir de cette date les autres Parties contractantes peuvent également cesser la perception du droit d'usage commun sous réserve d'un préavis réduit à six mois.

3) Dans ces cas, les Parties contractantes adaptent, sur proposition du comité de coordination visé à l'article 14, la clé de

4) De Verdragsluitende Partijen stellen de volgens de hierboven beschreven methoden berekende verrekeningsbedragen unaniem vast en voeren de verrekening uit binnen een maand na de vaststelling van de verrekeningsbedragen.

Artikel 14

Instelling van een coördinatiecommissie

1) Voor de uitvoering van de in dit Verdrag genoemde gemeenschappelijke werkzaamheden ten behoeve van de gemeenschappelijke heffing van het gebruiksrecht stellen de Verdragsluitende Partijen een coördinatiecommissie in. Deze heeft in het bijzonder de volgende taken:

1. de toepassing van de correctie- en verdeelsleutel overeenkomstig dit Verdrag;
2. het toezicht op en de afrekening van rechten die worden geïnd in staten waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht niet wordt geheven;
3. de coördinatie tussen de nationale toezichhoudende autoriteiten van de Verdragsluitende Partijen waar het gemeenschappelijk gebruiksrecht wordt geheven.

2) De coördinatiecommissie stelt haar eigen reglement op, waarin de bijzonderheden worden geregeld van de werkwijze en de in dit Verdrag genoemde te nemen beslissingen.

3) De coördinatiecommissie houdt ten minste eens per jaar zitting op uitnodiging van een Verdragsluitende Partij. Op verzoek van een Verdragsluitende Partij dient de coördinatiecommissie te worden bijeengeroepen.

4) De Commissie van de Europese gemeenschappen wordt uitgenodigd bij alle zittingen van de coördinatiecommissie.

Artikel 15

Arbitrageprocedure

Ieder geschil dat tussen de Verdragsluitende Partijen ontstaat betreffende de uitlegging of toepassing van dit Verdrag en de hiertoe gemaakte aanvullende afspraken, en dat niet door rechtstreekse onderhandelingen binnen het kader van de coördinatiecommissie kan worden beslecht, wordt op verzoek van een der Verdragsluitende Partijen overeenkomstig artikel 182 van het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voorgelegd aan het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen.

Artikel 16

Toetreding

Iedere Lid-Staat van de Europese Unie kan tot dit Verdrag toetreden. De toetreding wordt geregeld in een Verdrag tussen die Staat en de Verdragsluitende Partijen.

Artikel 17

Afzien van heffing van het gebruiksrecht

1) Iedere Verdragsluitende Partij kan afzien van heffing van het gemeenschappelijk gebruiksrecht of besluiten de heffing van het gemeenschappelijk gebruiksrecht binnen haar grondgebied te beëindigen. Zij kan echter geen nationaal aan een tijdvak gebonden gebruiksrecht invoeren, en voor 1 januari 1998 geen nationaal algemeen aan een afstandgebonden stelsel van gebruiksrechten invoeren.

2) Van beëindiging van heffing van het gebruiksrecht dient negen maanden van tevoren schriftelijk kennisgeving te worden gedaan aan de Depositaris. Met ingang van hetzelfde tijdstip kunnen andere Verdragsluitende partijen de heffing van het gebruiksrecht eveneens beëindigen met een tot zes maanden bekende kennisgevingstermijn.

3) In deze gevallen passen de Verdragsluitende Partijen op voorstel van de in artikel 14 beschreven coördinatiecommissie de

Artikel 13 Absatz 3 genannten Verteilungsschlüssel an. Die Annahme dieser Anpassung erfolgt durch diplomatischen Notenwechsel.

Artikel 18 Kündigung

(1) Dieses Übereinkommen kann erstmals zum 31. Dezember 1997 durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Verwahrer mit einer Frist von neun Monaten gekündigt werden. Nach diesem Zeitpunkt kann das Übereinkommen mit der zuvor genannten Frist jeweils zum Ende eines Kalenderjahrs gekündigt werden.

Macht eine Vertragspartei von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch, so können die anderen Vertragsparteien ihrerseits das Übereinkommen mit einer auf sechs Monate verkürzten Frist kündigen.

Die Vertragspartei, die von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch macht, darf keine nationale zeitabhängige Benutzungsgebühr einführen.

(2) Im Fall einer Kündigung nach Absatz 1 passen die verbleibenden Vertragsparteien den in Artikel 13 Absatz 3 genannten Verteilungsschlüssel an. Die Annahme dieser Anpassung erfolgt durch diplomatischen Notenwechsel.

Artikel 19 Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem alle Vertragsparteien der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf diplomatischem Weg schriftlich mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Der Verwahrer übermittelt den Regierungen aller Vertragsparteien die in Absatz 1 bezeichneten Mitteilungen und teilt ihnen den Tag des Inkrafttretens des Übereinkommens mit.

(3) Falls eine oder mehrere Vertragsparteien die in Absatz 1 genannte Mitteilung nicht vor dem 1. Januar 1995 abgeben können, können die übrigen Vertragsparteien oder auch nur eine von ihnen das Übereinkommen ab diesem Zeitpunkt vorläufig anwenden.

Artikel 20 Geltungsdauer

Dieses Übereinkommen gilt bis zum 31. Dezember 2019. Es kann durch Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien verlängert werden.

Geschehen zu Brüssel am 9. Februar 1994 in dänischer, deutscher, französischer und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Kommission der Europäischen Gemeinschaften hinterlegt und verwahrt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For regeringen i Forbundsrepublikken Tyskland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Voor de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland

fastsatte fordelingsnøgle. Denne justering godkendes ved diplomatisk noteudveksling.

Artikel 18 Opsigelse

1) Nærværende aftale kan først opsiges pr. 31. december 1997 med ni måneders varsel ved en skriftlig erklæring til depositaren. Efter dette tidspunkt kan aftalen til enhver tid opsiges med førnævnte varsel til udgangen af et kalenderår.

Udnytter en part sin opsigelsesret, kan de øvrige parter opsiges aftalen med en frist reduceret til seks måneder.

Den part, der udnytter sin opsigelsesret, må ikke indføre en tidsafhængig brugsafgift på nationalt plan.

2) I tilfælde af en opsigelse i henhold til stk. 1 justerer de øvrige parter fordelingsnøglen fastsat ved artikel 13, stk. 3. Denne justering godkendes ved diplomatisk noteudveksling.

Artikel 19 Ikrafttræden

1) Nærværende aftale træder i kraft den første dag i den måned, efter hvilken alle parter ad diplomatisk vej skriftligt har meddelt Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber, at de påkrævede nationale forudsætninger for aftalens ikrafttræden er opfyldt.

2) Depositaren notificerer alle parters regeringer om de i stk. 1 omhandlede meddelelser og informerer dem om datoen for aftalens ikrafttræden.

3) Såfremt en eller flere parter ikke kan afgive den i stk. 1 nævnte meddelelse før 1. januar 1995, kan de øvrige parter eller blot en af dem foreløbig anvende den foreliggende aftale fra dette tidspunkt.

Artikel 20 Gyldighedsperiode

Denne aftale gælder indtil 31. december 2019. Den kan forlænges ved aftale mellem to eller flere parter.

Udarbejdet i Bruxelles den 9. februar 1994 på dansk, fransk, hollandsk og tysk med samme gyldighed, i en originaludgave, som deponeres i arkivet hos Kommissionen for De Europæiske Fællesskaber; Kommissionen sender hver part en bekræftet kopi.

Für die Regierung des Königreichs Dänemark
For regeringen i Kongeriget Danmark
Pour le gouvernement du Royaume du Danemark
Voor de Regering va het Koninkrijk Denemarken

répartition fixée à l'article 13 paragraphe 3. L'approbation de cette adaptation se fait par échange de notes diplomatiques.

Article 18 **Dénonciation**

1) Le présent Accord peut être par dénoncé pour la première fois au 31 décembre 1997 une déclaration écrite au depositaire et sous réserve d'un préavis de neuf mois. Après cette date, il peut être dénoncé à la fin de chaque année civile sous réserve du préavis précité.

Au cas où une des Parties contractantes exerce son droit de dénonciation, les autres Parties contractantes peuvent dénoncer le présent Accord sous réserve d'un préavis réduit à six mois.

La Partie contractante, qui exerce son droit de dénonciation, ne peut introduire de droit d'usage national lié au temps d'utilisation.

2) Dans le cas d'une dénonciation conformément au paragraphe 1, les parties contractantes restantes adaptent la clé de répartition fixée à l'article 13 paragraphe 3. L'approbation de cette adaptation se fait par échange de notes diplomatiques.

Article 19 **Entrée en vigueur**

1) Le présent Accord entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui où toutes les Parties contractantes ont notifié à la Commission des Communautés européennes par voie diplomatique que les exigences constitutionnelles nationales nécessaires à l'entrée en vigueur sont remplies.

2) Le depositaire transmet aux gouvernements de toutes les Parties contractantes les notifications visées au paragraphe 1 et leur communique la date de l'entrée en vigueur du présent Accord.

3) Dans le cas où une ou plusieurs Parties contractantes n'ont pu remettre la notification visée au paragraphe 1 avant le 1^{er} janvier 1995, les autres Parties contractantes, ou même une d'entre-elles, peuvent appliquer le présent Accord à partir de cette date, à titre provisoire.

Article 20 **Durée de validité**

Le présent Accord est valable jusqu'au 31 décembre 2010. Deux Parties contractantes ou plus peuvent convenir de prolonger cette durée.

Fait à Bruxelles le 9 février 1994 en langues allemande, danoise, française et néerlandaise, chaque texte faisant également foi, dans un original déposé dans les archives de la Commission des Communautés européennes; celle-ci transmet à chaque Partie contractante une copie certifiée conforme.

Für die Regierung des Königreichs Belgien
For regeringen i Kongeriget Belgien
Pour le Gouvernement du Royaume de Belgique
Voor de Regering van het Koninkrijk België

in artikel 13, derde lid, genoemde verdeelsleutel aan. De aanneming van deze aanpassing geschiedt door middel van diplomatieke-notawisseling.

Artikel 18 **Opzegging**

1) Dit Verdrag kan voor het eerst per 31 december 1997 door middel van een aan de Depositaris gerichte schriftelijke verklaring worden opgezegd, met een opzegtermijn van negen maanden. Na dit tijdstip kan het Verdrag met inachtneming van bovengenoemde termijn aan het eind van ieder kalenderjaar worden opgezegd.

Indien een Verdragsluitende Partij gebruik maakt van haar opzeggingsrecht, dan kunnen de overige Verdragsluitende Partijen hunnerzijds het Verdrag opzeggen met inachtneming van een tot zes maanden bekorte opzegtermijn.

De Verdragsluitende Partij die gebruik maakt van haar opzeggingsrecht, mag geen nationaal tijdgebonden gebruiksrecht invoeren.

2) In geval van een opzegging overeenkomstig het eerste lid passen de overgebleven Verdragsluitende Partijen de in artikel 13, derde lid, genoemde verdeelsleutel aan. De aanneming van deze aanpassing geschiedt door middel van diplomatieke-notawisseling.

Artikel 19 **Inwerkingtreding**

1) Dit verdrag treedt in werking op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin alle Verdragsluitende Partijen de Commissie van de Europese Gemeenschappen langs diplomatieke weg schriftelijk hebben medegedeeld dat aan de binnen hun staten geldende voorwaarden voor de inwerkingtreding van het Verdrag is voldaan.

2) De Depositaris doet de Regeringen van alle Verdragsluitende Partijen de in het eerste lid bedoelde mededelingen toekomen en deelt hun de datum van de inwerkingtreding van het Verdrag mede.

3) Indien een of meer Verdragsluitende Partijen de in het eerste lid bedoelde mededeling niet voor 1 januari 1995 kunnen doen, kunnen de overige Verdragsluitende Partijen of zelfs slechts één van hen het onderhavige Verdrag vanaf die datum voorlopig toepassen.

Artikel 20 **Geldigheidsduur**

Dit Verdrag geldt tot 31 december 2019. Het kan worden verlengd indien twee of meer Verdragsluitende Partijen zulks overeenkomen.

Gedaan te Brussel op 9 februari 1994 in de Deense, de Duitse, de Franse en de Nederlandse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk authentiek, in één oorspronkelijk exemplaar, dat wordt nedergelegd en bewaard in het archief van de Commissie van de Europese Gemeenschappen; deze doet iedere Verdragsluitende Partij een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift toekomen.

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
For regeringen i Storhertugdømmet Luxembourg
Pour le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
Voor de Regering van het Groothertogdom Luxemburg

Für die Regierung des Königreichs der Niederlande
For regeringen i Kongeriget Nederlandene
Voor de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden
Pour le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas

**Bekanntmachung
des deutsch-chinesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 2. August 1994

Das in Bonn am 4. Juli 1994 unterzeichnete Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle
Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 4. Juli 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. August 1994

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Volksrepublik China
über Finanzielle Zusammenarbeit 1994**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Volksrepublik China –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik
China,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Bezie-
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Volksrepublik China beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Abkommen vom 10. Juni 1985 über
Finanzielle Zusammenarbeit einschließlich des dazugehörenden
Briefwechsels und auf die Vereinbarung vom 11./12. Dezember
1986 zur Änderung dieses Abkommens sowie

unter Bezugnahme auf das Protokoll vom 27. Mai 1994 über die
12. Sitzung der Gemischten Kommission für entwicklungspoliti-
sche Zusammenarbeit –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Volksrepublik China, von der Kreditanstalt
für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main,

a) für die Vorhaben

aa) Fernmeldewesen Shandong III

bb) Fernmeldewesen Guangxi II

cc) Fernmeldewesen Qinghai

dd) Kohlekraftwerke moderner Umwelttechnologie

ee) Sektorbezogenes Programm Windenergie

ff) Kohlewaschanlagen

Darlehen bis zu insgesamt 168 Mio. DM (in Worten: einhun-
dertachtundsechzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten,
wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt
worden ist,

b) für die Vorhaben

aa) Müllentsorgung Peking

bb) Aufforstung Hebei

cc) Aufforstung Anhui

dd) Abwasserbeseitigung Wei Shan-See

ee) Infrastruktur Naturschutz Wolong

Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 24 Mio. DM (in Worten: vierundzwanzig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß sie als Vorhaben des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Volksrepublik China zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Kann bei einem der in Absatz 1 Buchstabe b bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Volksrepublik China, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(5) Wird ein in Absatz 1 Buchstabe b bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie

das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Volksrepublik China zu schließenden Verträge.

Artikel 3

Die Regierung der Volksrepublik China stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Volksrepublik China erhoben werden können.

Artikel 4

Für die sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporte treffen die beiden Regierungen eine beide Seiten befriedigende Regelung.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Im übrigen gelten die Bestimmungen des eingangs erwähnten Abkommens vom 10. Juni 1985 sowie des dazugehörigen Briefwechsels in der durch die Vereinbarung vom 11./12. Dezember 1986 geänderten Fassung auch für dieses Abkommen.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 4. Juli 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher, chinesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des chinesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Kastrup
Spranger

Für die Regierung der Volksrepublik China

Wang Zhong Yu

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. August 1994

Das in Tirana am 3. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. August 1994

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Studien- und Fachkräftefonds II“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien, unter Einschaltung der

Bank of Albania von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, einen Finanzierungsbeitrag bis zur Höhe von insgesamt 1 000 000,- DM (eine Million Deutsche Mark) für den „Studien- und Fachkräftefonds II“ zu erhalten.

(2) Bei den aus dem Finanzierungsbeitrag zu finanzierenden Maßnahmen muß es sich um Leistungen handeln, über die die entsprechenden Verträge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen worden sind.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Der Finanzierungsbeitrag wird in ein Darlehen umgewandelt, wenn er nicht für das in Absatz 1 erwähnte Vorhaben verwendet wird.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gege-

benenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tirana am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

U. Zagorski

Für die Regierung der Republik Albanien

Belortaja

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. August 1994

Das in Tirana am 3. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. August 1994

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Ausbau der kommunalen Infrastruktur durch Regiearbeiten“)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien, unter Einschaltung der Bank of Albania von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, einen Finanzierungsbeitrag bis zur Höhe von insgesamt 10 000 000,- DM (zehn Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Ausbau der kommunalen Infrastruktur durch Regiearbeiten“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Der Finanzierungsbeitrag wird in ein Darlehen umgewandelt, wenn er nicht für das in Absatz 1 erwähnte Vorhaben verwendet wird.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tirana am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
U. Zagorski

Für die Regierung der Republik Albanien
Belortaja

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. August 1994

Das in Tirana am 3. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. August 1994

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Sektorprogramm Private Landwirtschaft“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien, unter Einschaltung der Bank of Albania von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 10 000 000,- DM (zehn Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Sektor-

programm Private Landwirtschaft“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Die Regierung der Republik Albanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten des Darlehensnehmers aufgrund des nach Absatz 1 zu schließenden Vertrags.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der

Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tirana am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
U. Zagorski

Für die Regierung der Republik Albanien
Belortaja

Bekanntmachung des deutsch-albanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 10. August 1994

Das in Tirana am 3. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. August 1994

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Ausbau der kommunalen Infrastruktur durch Regiearbeiten“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien, unter Einschaltung der Bank of Albania, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, einen Finanzierungsbeitrag bis zur Höhe von insgesamt 5 000 000,- DM (fünf Millionen Deutsche Mark) für das Vorhaben „Ausbau der kommunalen Infrastruktur durch Regiearbeiten“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Der Finanzierungsbeitrag wird in ein Darlehen umgewandelt, wenn er nicht für das in Absatz 1 erwähnte Vorhaben verwendet wird.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das

Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tirana am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
U. Zagorski

Für die Regierung der Republik Albanien
Belortaja

**Bekanntmachung
des deutsch-albanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. August 1994

Das in Tirana am 3. Juni 1994 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Albanien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juni 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. August 1994

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Albanien
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Warenhilfe V“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Albanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Albanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Albanien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen.

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Albanien, unter Einschaltung der Bank of Albania von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, ein Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 5 000 000,- DM (fünf Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Geräten, Ausrüstungen und Ersatzteilen für die privaten Transport- und Handwerkssektoren und der im Zusam-

menhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage zu erhalten.

(2) Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland handeln gemäß der diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste, für die die entsprechenden Verträge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Albanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in der Republik Albanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Albanien überläßt bei den sich aus der Gewährung des Darlehens ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagie-

ren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung

ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Tirana am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und albanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
U. Zagorski

Für die Regierung der Republik Albanien
Belortaja

**Liste
der Güter und Dienstleistungen,
die nach Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 3. April 1993
aus dem Darlehen finanziert werden können:**

1. Aus dem Darlehen für Warenhilfe V:
bis zu einem Betrag von 5 000 000,00 DM (in Worten: fünf Millionen DM): Geräte, Ausrüstungen und Ersatzteile für den privaten Sektor im Bereich Verkehr und Handwerk.
2. Importgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur dann finanziert werden, wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.
3. Die Einfuhr von Luxus- und Verbrauchsgütern für den zivilen Bedarf sowie von Gütern oder Ausrüstungsgegenständen für militärische Zwecke ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zur Änderung
des deutsch-kenianischen Handels- und Wirtschaftsabkommens**

Vom 16. August 1994

In Nairobi ist durch Notenwechsel vom 22. Februar 1993/25. Februar 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia eine Vereinbarung zur Änderung des Handels- und Wirtschaftsabkommens vom 4. Dezember 1964 (Rund-
erlaß Außenwirtschaft Nr. 26/66 vom 22. Juni 1966, BAnz. Nr. 165 vom 3. September 1966) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist

am 25. Februar 1993

in Kraft getreten. Die einleitende deutsche Note der Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. August 1994

Bundesministerium für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Gehring

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
The Ambassador
of the Federal Republic of Germany
Wi 423/1

Nairobi, 22. Februar 1993

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung zur Änderung des Handels- und Wirtschaftsabkommens vom 4. Dezember 1964 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kenia vorzuschlagen:

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Kenia kommen überein, Artikel 1 Absatz 2c, Artikel 2 und Artikel 4 des genannten Abkommens zu streichen und den Artikel 5 (neuer Artikel 3) wie von der Regierung von Kenia mit Schreiben vom 16. Juni 1992 (Ministry of Finance Ref. Nr. CONF 268/01) vorgeschlagen zu ändern. Im übrigen bleibt das Handels- und Wirtschaftsabkommen unverändert gültig.

Falls sich die Regierung der Republik Kenia mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, werden diese Note und Ihre, das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote, eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Bernd Mützelburg

Dem Finanzminister
der Republik Kenia
Herrn Mr. Musalia Mudavadi
Nairobi

**Bekanntmachung
des deutsch-indischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 17. August 1994

Das in New Delhi am 28. Juli 1994 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Indien über
Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 9

am 28. Juli 1994

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. August 1994

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schaffer**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Indien
über Finanzielle Zusammenarbeit 1994**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Indien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Indien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch
partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen
die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
Indien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 18. bis 21. April 1994
geführten Verhandlungen und auf das Verhandlungsprotokoll vom
21. April 1994 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Indien oder anderen, von beiden
Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für die in
Artikel 2 genannten Vorhaben Darlehen bis zu insgesamt

245 000 000,00 DM (in Worten: zweihundertfünfundvierzig Millio-
nen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Republik Indien oder anderen, von beiden
Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern darüber
hinaus, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am
Main, für die in Artikel 3 genannten Vorhaben Finanzierungsbei-
träge bis zu insgesamt 70 000 000,00 DM (in Worten: sieben-
zig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grund-
sätzlich bereit, zusätzlich zu den in Absatz 1 und 2 genannten
Beträgen im Rahmen der in Deutschland bestehenden innerstaat-
lichen Richtlinien und bei Vorliegen der übrigen Deckungsvoraus-
setzungen Bürgschaften bis zu 145 000 000,00 DM (in Worten:
einhundertfünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) zur Ermög-
lichung von Verbundkrediten der Finanziellen Zusammenarbeit
durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für
die in Artikel 4 genannten Vorhaben zu übernehmen.

Artikel 2

(1) Die Darlehen nach Artikel 1 Absatz 1 werden für die folgen-
den Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung deren Förderungs-
würdigkeit festgestellt worden ist:

- a) ein Darlehen bis zu 30 000 000,00 DM (in Worten: dreißig
Millionen Deutsche Mark) für die Erweiterung des Braunkohle-
tagebaus und des Kraftwerks Neyveli I;
- b) ein Darlehen bis zu 70 000 000,00 DM (in Worten: sieben-
zig Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung von Devisenko-
sten für den Bezug von Düngemitteln aus der Bundesrepublik
Deutschland und der im Zusammenhang mit der finanzierten

Wareneinfuhr anfallenden Devisenkosten für Transport und Versicherung (Düngemittel-Sektorprogramm IV);

- c) ein Darlehen bis zu insgesamt 18 000 000,00 DM (in Worten: achtzehn Millionen Deutsche Mark) für die NSIC und/oder die SIDBI zur Refinanzierung von Investitionsvorhaben kleiner privater Unternehmen;
- d) ein Darlehen bis zu 12 000 000,00 DM (in Worten: zwölf Millionen Deutsche Mark) als Warenhilfe für das Rajiv Gandhi Cancer Institute and Research Center in Delhi; die Mittel des Darlehens dienen der Finanzierung von Devisenkosten für den Bezug von medizinischen Ausrüstungen aus der Bundesrepublik Deutschland und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage;
- e) ein Darlehen bis zu 30 000 000,00 DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) für die regionale Ausweitung des laufenden Kleinbewässerungsvorhabens in Rajasthan;
- f) ein Darlehen bis zu insgesamt 45 000 000,00 DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) für die Durchführung von Kleinbewässerungsmaßnahmen in Maharashtra;
- g) ein Darlehen bis zu insgesamt 20 000 000,00 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) für die Durchführung von Kleinbewässerungsanlagen in Himachal Pradesh;
- h) ein Darlehen bis zu insgesamt 20 000 000,00 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) für die Errichtung einer Spanplattenfabrik in Maharashtra.

(2) Die in Absatz 1 genannten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung. Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen werden in Darlehen umgewandelt, wenn sich nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 3

(1) Finanzierungsbeiträge nach Artikel 1 Absatz 2 werden für die folgenden Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, daß sie als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung oder als Vorhaben, das die Einrichtung eines Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe vorsieht, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen:

- a) ein Finanzierungsbeitrag bis zu 15 000 000,00 DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark) für die Aufstockung des Trinkwasserversorgungsvorhabens in Rajasthan (einschließlich Hygieneaufklärungs- und Entsorgungsmaßnahmen);
- b) ein Finanzierungsbeitrag bis zu 20 000 000,00 DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark) für ein Gesundheitsvorhaben in Karnataka;
- c) ein Finanzierungsbeitrag bis zu 35 000 000 DM (in Worten: fünfunddreißig Millionen Deutsche Mark) für die Wüstenbekämpfung und die nachhaltige Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten in Rajasthan.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es der Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Indien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Indien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Wird ein in Absatz 1 bezeichnetes Vorhaben durch ein anderes Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur, der selbsthilfeorientierten Armutsbekämpfung oder durch ein Vorhaben, das die Einrichtung eines Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe vorsieht, ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, andernfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Indien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 4

Bürgschaften nach Artikel 1 Absatz 3 können bei folgenden Vorhaben übernommen werden, wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist:

- a) eine Bürgschaft über bis zu 100 000 000,00 DM (in Worten: einhundert Millionen Deutsche Mark) für einen Verbundkredit der Finanziellen Zusammenarbeit zur Mitfinanzierung des in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a genannten Vorhabens;
- b) eine Bürgschaft über bis zu 45 000 000,00 DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) für einen Verbundkredit der Finanziellen Zusammenarbeit zur Mitfinanzierung des in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a neu vereinbarten Vorhabens.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Indien vereinbaren die Reprogrammierung folgender Mittelzusagen aus früheren Jahren, sofern nach Prüfung die Förderungswürdigkeit der Neubelegungen festgestellt worden ist:

- a) Mittel in Höhe von 45 000 000,00 DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) aus der Zusage für das Vorhaben Uran III (Regierungsabkommen vom 12. Oktober 1992) werden nunmehr für technische Verbesserungen im existierenden Braunkohletagebau und im Kraftwerk Neyveli I eingesetzt.
- b) Die restlichen Mittel aus der Zusage für das Vorhaben Uran III in Höhe von 30 000 000,00 DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) werden nunmehr für die Beschaffung von Ersatzteilen für das Kraftwerk Uran eingesetzt.
- c) Mittel in Höhe von 10 000 000,00 DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) aus der Zusage für das Sunderban Entwicklungsprogramm (Regierungsabkommen vom 6. September 1991) werden nunmehr für Maßnahmen zur Linderung der Erdbebenschäden eingesetzt.
- d) Die restlichen Mittel aus der Zusage für das Sunderban Entwicklungsprogramm in Höhe von 25 000 000,00 DM (in Worten: fünfundzwanzig Millionen Deutsche Mark) werden nunmehr für die Beschaffung von asbestfreien Wasserrohren im Rahmen des Vorhabens „Wasserversorgung Rajasthan“ eingesetzt.

Artikel 6

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung der Republik Indien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, garantiert gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Darlehensverträge.

Artikel 7

Die Regierung der Republik Indien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 6 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Indien erhoben werden.

Artikel 8

(1) Die Regierung der Republik Indien überläßt bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und

Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Darlehen und Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 6 genannten Verträge.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu New Delhi am 28. Juli 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher, Hindi- und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des Hindi-Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kinkel

Für die Regierung der Republik Indien
Manmohan Singh

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 71,30 DM (75,05 DM zuzüglich 3,75 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 76,05 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1996 A · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße

Vom 17. August 1994

Das Europäische Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) – BGBl. 1969 II S. 1489; 1985 II S. 1115 – ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für

Rumänien am 8. Juli 1994

Russische Föderation am 28. Mai 1994

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Mai 1994 (BGBl. II S. 668).

Bonn, den 17. August 1994

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann